

**Integration von Genderperspektiven in der technischen
Zusammenarbeit in Konfliktgebieten – das Beispiel der
Wasserversorgung im Ramallah Distrikt**

Natalie Mutlak

Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Ingenieurwissenschaften
- Dr. Ing. -

Vorgelegt im Fachbereich 3 (Mathematik & Informatik)
der Universität Bremen
im September 2012

Gutachterinnen

Prof. Dr. Ines Weller
Artec-Forschungszentrum Nachhaltigkeit
Universität Bremen

Prof. Dr. Susanne Maaß
Arbeitsgruppe "Soziotechnische Systemgestaltung und Gender"
Fachbereich 3 (Mathematik & Informatik)
Universität Bremen

Prof. Dr. Christine Eifler
Zentrum Gender Studies (ZGS)
Universität Bremen

Tag des Kolloquiums: 1. Februar 2013

Danksagung

Mein Dank gilt der Heinrich-Böll-Stiftung, die mich in den Genuss eines dreijährigen Promotionsstipendiums kommen ließ, den Leiterinnen des zweiten Gunda-Werner-Kollegs „Genderdynamiken in gewaltförmigen Konflikten“ Christine Eifler und Ruth Seifert sowie dem Zentrum Gender Studies (ZGS) an der Universität Bremen (ZGS), dessen Infrastruktur wir StipendiatInnen nutzen konnten.

Mein besonderer Dank gilt meinen Betreuerinnen und Gutachterinnen Ines Weller und Christine Eifler für ihre wertvolle Unterstützung und Geduld. Ohne ihr offenes Ohr, das sie während der gesamten Zeit der Dissertation stets für mich hatten, ihre unzähligen inhaltlichen Anregungen und ihre unschätzbare Unterstützung in organisatorischen Angelegenheiten wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Ebenso möchte ich meiner Gutachterin Susanne Maaß danken.

Meinen Mit-Kollegiatinnen Anne Jenichen, Miriam Schroer, Michaela Schäuble und Andrea Hapke danke ich für den fruchtbaren Austausch während der gemeinsamen Zeit in Bremen sowie die emotionale und inhaltlich-organisatorische Unterstützung auch Jahre nach Auslaufen unseres Promotionskollegs. Insbesondere Anne hat mir mit ihren analytisch brillianten Kommentaren zu meinen Texten aus diversen Schwierigkeiten geholfen.

Selbstverständlich gilt mein Dank den (ehemaligen) MitarbeiterInnen des GTZ-Wasserbüros in Ramallah, die mir die Untersuchung ermöglicht haben und bereitwillig auf meine Fragen eingegangen sind. Clemens Messerschmid danke ich dafür, dass er mich an seinem unschätzbaren Wissen über die Wasserversorgungssituation in den palästinensischen Gebieten und seinen Kontakten teilhaben ließ sowie für seine kritischen Fragen. Majeda Alawhi von der PWA und den MitarbeiterInnen der PHG verdanke ich wertvolle Einblicke in die Wasserprojektpraxis. Auch möchte ich allen meinen Interview-PartnerInnen für Ihr freundliches Entgegenkommen danken.

Dank gebührt auch meinen ArbeitskollegInnen der Clearingstelle EEG, die zeitweise mehr Arbeit zu stemmen hatten und mich gleichwohl im Dissertationsvorhaben bestärkt haben, allen voran dem Leiter der Clearingstelle EEG, Sebastian Lovens, der nicht nur durch das Ermöglichen einer „Dissertations-Auszeit“ zum Abschluss der Arbeit beigetragen hat.

Natürlich möchte ich auch meinen KorrekturleserInnen bzw. Profi-LektorInnen Anne Jennichen, Faustin Vierrath, Gerrit Hansen, Sarah Galbierz, Elena Richter, Alexandra Rieg, Katharina Mutlak und Rahel Stichtenoth sowie dem LibreOffice-Tüftler Mirco Gaul für Ihre unersetzliche Hilfe danken.

Meiner Tochter Yasmín danke ich für ihr – für eine Vierjährige bemerkenswertes – Verständnis „Du sollst eine Woche nicht mit mir spielen, damit du deine Doktorarbeit fertig schreibst, Mama“. Meiner ganzen Familie, meinem Partner, meinen FreundInnen und meiner WG danke ich für Geduld und Unterstützung.

Schließlich möchte ich meinem Vater Suhail Mutlak für sein grenzenloses Vertrauen, seine unermüdliche Motivation „Was macht deine Doktorarbeit?“, seine moralische und auch finanzielle Unterstützung danken. Ihm sei diese Arbeit gewidmet.

– Für meinen Vater Suhail –

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen.....	vii
1. Einleitung	1
1.1 Beschreibung und Einordnung der Problemstellung	1
1.2 Das Fallbeispiel: Gender, Wasserversorgung und das GTZ Wasserversorgungsprojekt im Ramallah Distrikt	4
1.3 Ziel der Arbeit und Forschungsfragen.....	8
1.4 Gender- Konzeption und Terminologie.....	8
1.5 Untersuchungsdesign, Methode und Datenbasis.....	10
1.6 Aufbau der Arbeit.....	12
2. Stand der Forschung zu „Gender, Wasser und Konflikt“	15
2.1. Debatten um Frauen, Gender und Wasser	15
2.1.1 Entwicklung globaler Wasserdiskurse mit Blick auf Gender	16
2.1.2 Gender Mainstreaming als Konzept zur Integration von Genderperspektiven in Wasserprojekte.....	19
2.1.3 Stand der Umsetzung – ein kritischer Blick auf die Integration von Genderaspekten in Wasserprojekten	22
2.1.4 Genderrelevante Dimensionen bei der Durchführung von EZ-Wasserprojekten.....	27
2.1.4.1 Integration von Gender im gesamten Projektzyklus	27
2.1.4.2 Organisationsebene.....	29
2.1.4.3 Partizipationsstrategien	32
2.1.4.4 Technische Gestaltung und deren Gender Impact.....	39
2.1.4.5 Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Bezug auf Wasser	42
2.1.4.6 Genderspezifischer Zugang zu Wasser und Kontrolle über Wasser.....	45
2.2 Ausgewählte Beiträge aus Konfliktdebatten.....	49
2.2.1 Konfliktbegriff	49
2.2.2 Wasser und Konflikt.....	51
2.2.3 Genderdynamiken in Konfliktkontexten	53
2.2.4 Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktkontexten.....	56
2.3 Zusammenführung der Zusammenhänge von Gender und Wasserversorgung in Konfliktkontexten.....	59
2.4 Untersuchungsdesign	63
2.5 Methoden und Datenbasis.....	65
3. Kontextanalyse: Einführung in die Region – Gender, Wasserversorgung und Konflikt im Ramallah Distrikt.....	71
3.1 Kurze Charakteristik der ökonomisch-politischen Situation in den palästinensischen Gebieten.....	71
3.2 Zusammenhänge von Wasserversorgung und Konflikt.....	76
3.2.1 Der Ramallah Distrikt: Bevölkerung, Wasserdargebot und Wasserverbrauch.....	77
3.2.2 Institutionelles Setting und Akteure des palästinensischen Wassersektors	81
3.2.3 Wasserinfrastruktur im Ramallah Distrikt	85

3.2.3.1 Entstehung der Wasserinfrastruktur und Wechselwirkungen mit dem Konfliktkontext	86
3.2.3.2 Elemente großtechnischer Wasserversorgungsinfrastruktur	91
3.2.3.3 Elemente dezentraler Wasserversorgungsinfrastruktur.....	95
3.3 Geschlechterverhältnisse und Konflikt – der Kontext für EZ-Projekte.....	97
3.3.1 Genderdynamiken im palästinensischen Konfliktkontext	98
3.3.2 Genderdisaggregierte Daten zu ausgewählten Genderdimensionen.....	101
3.3.2.1 Genderspezifischer Zugang und Kontrolle über Ressourcen.....	101
3.3.2.2 Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Arbeitsbelastung und Wassernutzung.....	108
3.4 Zusammenfassung.....	111
4. Die Umsetzung der Genderprogrammatik im GTZ-Projekt	116
4.1 Projektdurchführende Institutionen und programmatische Ansprüche	116
4.1.1 Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)	116
4.1.2 Jerusalem Water Undertaking (JWU)	137
4.1.3 Zusammenfassung.....	139
4.2 Analyse der Umsetzung der Genderprogrammatik im GTZ-Wasserprojekt	140
4.2.1 Vorstellung des untersuchten GTZ-Projektes.....	141
4.2.2 Erste Projektphase (12/1993 bis 12/1997).....	144
4.2.3 Zweite Projektphase (01/1998 bis 12/2001).....	147
4.2.4 Dritte Projektphase (01/2002 bis 03/2006).....	152
4.3 Fazit	159
5. Gender, Wasser und Konflikt im Ramallah-Distrikt – Projektanalyse und erweiterter Blick auf die Wasserversorgung	163
5.1 AkteurInnen mit Wassernutzer-(naher) Perspektive	163
5.1.1 Im Wassersektor aktive NGO	164
5.1.2 Fraueninstitutionen.....	168
5.1.3 Lokale Frauengruppen.....	170
5.2 Untersuchung der Genderbezüge von Wasserversorgung im Ramallah-Distrikt	171
5.2.1 Geschlechterzusammensetzung und Organisationsstruktur innerhalb der Akteursgruppen	171
5.2.2 Partizipationsstrategien	176
5.2.3 Technische Gestaltung, Konflikt und Gender.....	186
5.2.4 Zugang zu Wasserressourcen	196
5.2.5 Arbeitsteilung und Wassernutzung	205
5.3 Fazit.....	221
6. Schluss.....	230
6.1 Zusammenfassung der Forschungsarbeit.....	230
6.2 Diskussion der Ergebnisse.....	241
6.3 Ausblick	243
Anhang 1- GTZ-Projektunterlagen	245
Anhang 2- Liste der Interviews und Exkursionen.....	248
Literatur.....	252

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zweiteiliges Untersuchungsdesign.....	11
Tabelle 2: Ausgewählte Arbeitsmarktdaten weltweit (2007).....	47
Tabelle 3: Politische Repräsentation von Frauen in Legislative (2007) und Exekutive (2005) in ausgewählten Ländern und Regionen.....	48
Tabelle 4: Zweiteiliges Untersuchungsdesign	63
Tabelle 5: Grundwasseranreicherung und Entnahme aus WB-Grundwasserleitern (1999/2000)	79
Tabelle 6: Wasserverbrauch der verschiedenen Sektoren (2000).....	80
Tabelle 7: Zerstörte Wasser- Abwasserinfrastruktur in der West Bank (05/2004-02/2005)....	91
Tabelle 8: Wasserspeicher im Ramallah Distrikt	94
Tabelle 9: Genderspezifische Verteilung des Besitzes in Rallamah und palästinensischen Gebieten (2003).....	102
Tabelle 10: Liste der ExpertInnen-Interviews.....	248
Tabelle 11: Liste der Interviews in verschiedenen Dörfern des Ramallah Distriktes.....	250
Tabelle 12: Exkursionen.....	251

Boxenverzeichnis

Box 1: Bad-Practice-Beispiele für fehlende gendersensible Partizipationsstrategien bei der technischen Gestaltung von Wasserprojekten	34
Box 2: Beispiele für Partizipationsstrategien in großtechnischen zentralen Wasserversorgungsprojekten.....	38
Box 3: Exkurs: F- und G-Kennungen in GTZ Dokumentationen.....	126

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Territoriale Aufteilung und Kontrolle der West Bank nach Oslo II Abkommen	74
Abbildung 2: Hydro-geologische Grenzen der West Bank Grundwasserleiter (PWA 2000)....	78
Abbildung 3: Gestaltung des Wasserspeichers Khaled Batrakh.....	88
Abbildung 4: Eigentumsverhältnisse des Wasserversorgungsnetzes im Ramallah Distrikt	89

Abkürzungen

AMA	Auslandsmitarbeiter	PA	Public Awareness (dtsh: Öffentlichkeitsarbeit)
BIP	Brutto Inlandsprodukt	PCBS	Palestinian Central Bureau of Statistics
DAC	Development Assistance Committee	PFB	Projektfortschrittsbericht
DED	Deutsche Entwicklungsdienst	PFK	Projektfortschrittskontrolle
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit	PLO	Palestinian Liberation Organisation
GTZ	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit	PPG	Pilotprogramm Gender
GUWP	General Union of Palestinian Women	PLC	Palestinian Legislative Council (dtsh. palästinensisches Parlament)
EZ	Entwicklungszusammenarbeit	PM	Personenmonate
GAD	Gender and Development	PNC	Palestinian National Council (Exekutivkomitee der PLO)
GIA	Gender impact Assessment	PNA	Palestinian National Authority (dtsh: Palästinensische Autonomiebehörde)
GIS	Geografisches Informationssystem	PR	Public Relation
GUWP	General Union of Palestinian Women	PWA	Palestinian Water Authority
GWA	Gender Water Alliance	UNDP	United Nations Development program
IDF	Israeli Defence Forces; (dtsh: israelische Armee)	UN	United Nations (dtsh: Vereinte Nationen)
JWC	Joint (Israeli-Palestinian) Water Council	WAD	Women and Development
JWU	Jerusalem Water Undertaking	WaSH	Water and Sanitation Hygiene Monitoring
KAP	Knowledge, Attitudes and Practice	WB	West Bank
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau	WBGS	West Bank Gaza Streifen
l/c/d	Liter pro Kopf und Tag	WBWD	West Bank Water Department
MDG	Millenium Development Goals	WHO	World Health Organization
MIS	Management Informationssystem	WID	Women in Development
Mm ³ /a	Millionen Kubikmeter pro Jahr	WSSA	Water Supply and Sewage Authority
MO	Military Orders	ZOPP	Zielorientierte Projektplanung
MoE	Bildungsministerium		
MOPIC	Ministerium für Planung und Internationale Kooperation		
NGO	Non Governmental Organisation		
NIS	New Israeli Schekel, israelische Währung		
NWC	National Water Councils		

1. Einleitung

In der vorliegenden Forschungsarbeit wurde die Integration von Genderperspektiven in der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktgebieten am Beispiel der Wasserversorgung im Ramallah Distrikt untersucht. Im Folgenden werden zunächst die Problemstellung (Kapitel 1.1), das ausgewählte Fallbeispiel (Kapitel 1.2) sowie Ziel und Forschungsfragen der Arbeit (Kapitel 1.3) dargestellt. In Kapitel 1.4 wird auf die der Arbeit zugrunde liegende Gender-Konzeption und -Terminologie eingegangen. Sodann werden das zur Anwendung gekommene Untersuchungsdesign, die Forschungsmethoden und die Datenbasis der Arbeit beschrieben (Kapitel 1.5), um abschließend den Aufbau der Arbeit nachzuzeichnen (Kapitel 1.6).

1.1 Beschreibung und Einordnung der Problemstellung

Entwicklungspolitik gehört laut den Erklärungen des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) neben Außen- und Sicherheitspolitik zum Kernbereich der Friedenspolitik der deutschen Bundesregierung. Beide sollen explizit dazu beitragen, strukturelle Ursachen gewalttätiger Konflikte abzubauen (BMZ 2005). Im Jahr 2009 fanden 30 Prozent der bilateralen Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) des BMZ in Krisen- und Konfliktregionen statt.¹ EZ-Institutionen sind somit zu relevanten AkteurInnen in (Post-)Konfliktsituationen geworden, die mit dem programmatischen Anspruch antreten, Konfliktursachen abzubauen.

Einen wichtigen Teil der Aktivitäten im Rahmen technischer Zusammenarbeit in (Post)Konfliktgebieten stellt die (Re-)Konstruktion der Infrastruktur zur Sicherung der Grundversorgung der Bevölkerung dar. Dazu ist der Bereich der Wasserversorgung zu zählen. Nicht selten spielt dabei die Ressource Wasser selbst eine Rolle innerhalb der jeweiligen Konflikte; sei es aufgrund ungleicher Verteilung bzw. ungleichen Zugangs zu Wasser, Versorgungsengpässen oder als strategisch-militärische Ziele beim Austragen kriegerischer Handlungen (CFD 2005). Gleichzeitig verschärfen die meisten gewalttätigen Konflikte bestehende ungleiche Zugangschancen zur Ressource Wasser, die entlang der Kategorien Ethnie, Religion, Klasse und Geschlecht bestehen.

Die von der Bundesregierung herausgegebenen Grundlagen der Entwicklungspolitik orientieren sich zudem am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, wie sie in der Agenda 21, dem Abschlussdokument des ersten „Nachhaltigkeitsgipfels“ in Rio de Janeiro 1992

¹<http://www.bmz.de/de/themen/frieden/friedensentwicklung/index.html> (17.2.2009).

festgehalten wurde². Integraler Bestandteil des Konzeptes nachhaltiger Entwicklung ist neben dem sozio-ökonomischen Ausgleich und einer gerechten Teilhabe an natürlichen Ressourcen zwischen den Regionen („Nord-Süd Gefälle“) die Geschlechtergerechtigkeit. Diese wurde in Kapitel 24 der Agenda 21 hervorgehoben und im Abschlussdokument des zweiten "Nachhaltigkeitsgipfels" in Johannesburg 2002 weiter ausgeführt (vgl. NRO-Frauenforum 2002).

In diesem Zusammenhang ist auf die weite Verbreitung von genderpolitischen Konzepten wie dem Gender Mainstreaming hinzuweisen, das mittlerweile in vielen Ländern mit vergleichsweise hoher Verbindlichkeit als Instrument zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen aufgenommen worden ist³. Das Gender Mainstreaming Konzept, demzufolge Gender ein wesentliches Kriterium bei der Lösung sozialer, wirtschaftlicher und umweltpolitischer Probleme darstellt, wurde insbesondere im entwicklungspolitischen Kontext früh aufgenommen (Stiegler 1998:21, Frey 2003:10)⁴. In der deutschen Entwicklungspolitik ist Gender Mainstreaming seit Mitte der 1990er Jahre programmatisch etabliert.

Trotz des programmatischen Anspruchs der internationalen AkteurInnen bezüglich der Relevanz von Geschlechterfragen bei EZ-Aktivitäten in Krisenregionen, wurde den Wechselwirkungen zwischen technisch-materieller Zusammenarbeit in Konfliktgebieten und dem gesellschaftlichen Gefüge inklusive Geschlechterverhältnissen bei der wissenschaftlichen Bearbeitung und in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit bislang nur unzureichend Beachtung geschenkt. Dabei zeichnen sich (Post-)Konfliktgesellschaften durch eine Verschiebung vormals herrschender Geschlechterrollenbilder und -arrangements aus, die mit der Militarisierung der Gesellschaft einhergeht (Eifler 1999:157). Einerseits ist vielfach eine Verstärkung traditioneller Rollenbilder zu beobachten, indem Männer als Kämpfer und

²Das BMZ leitet daraus vier Zieldimensionen nachhaltiger Entwicklung ab - soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, politische Stabilität und ökologisches Gleichgewicht – die zu einem Interessenausgleich im Sinne einer inter- und intragenerationalen Gerechtigkeit beitragen sollen. <http://www.bmz.de/infoteh/fachinformationen/konzeptebmz/konzept119/a03.html> (25.4.2004).

³ 1996 wurde von der Europäischen Kommission die "Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft" mitgeteilt (vgl. EU 1996). Mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages 1999 (EG Vertrag) sind durch Artikel 2 und Artikel 3 Absatz 2 die Mitgliedsstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming verpflichtet (BMFSFJ 2002:22). In der Bundesrepublik Deutschland wurde „Chancengleichheit von Männern und Frauen“ durch das Bundeskabinett daraufhin als „Leitprinzip“ anerkannt und Gender Mainstreaming in der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) 2001 verankert (vgl. dazu auch Weller et al. 2003:69).

⁴ Im entwicklungspolitischen Kontext spielt „Gender“ eine wichtige Rolle. Dem können aber sehr unterschiedliche Gender-Konzeptionen zugrunde liegen (Frey 2003:11). Frey weist darauf hin, dass Erkenntnisse aus der Gender-Forschung nicht in den genderpolitischen Diskurs der entwicklungspolitischen AkteurInnen aufgenommen werden. Dies gilt insbesondere für das Forschungsfeld „Race und Postkolonialismus“, in dessen Rahmen „nicht-weiße“ Feministinnen, Feministinnen des Südens sowie postkoloniale feministische Kritik die Eindimensionalität der westlichen Feministinnen anprangern und statt dessen auf vielschichtige Differenzen unter Frauen abheben (vgl. Clough 1994, Mohanty 1988, Marchand, Parpart 1995).

Beschützer, Frauen als Mütter und potenzielle Opfer stilisiert werden. Andererseits geraten diese Rollenbilder aufgrund der krisenbedingten Umstände, in denen Männer zu Invaliden und Frauen zu Haushaltsvorständen werden, ins Wanken und eröffnen neue unkonventionelle Handlungsspielräume (CFD 2004:1 f., CFD 2005, Reimann 2004:4). In solchen komplexen Situationen treten EZ-MitarbeiterInnen auf, die als VertreterInnen von internationalen Institutionen nie als neutral innerhalb eines Konfliktes wahrgenommen werden (Byrne 1995:46). Durch die Wahl der Projektpartner und (Nicht-)Berücksichtigung spezifischer Interessen – dazu gehört die Entscheidung, ob Wasser für Vieh oder Landwirtschaft, für produktive oder reproduktive Zwecke genutzt werden soll – werden Zeichen gesetzt und nicht selten neue Konflikte durch Veränderung des Status-Quo auch bezüglich der Geschlechterrollen und –verhältnisse hervorgerufen (KRIUM 2004).

Ein Grund für die oben genannte Genderblindheit der EZ-Arbeit im Wassersektor in Konfliktgebieten besteht darin, dass Wasser als Teil des jeweiligen Konfliktes und als Teil von Friedensverhandlungen ein stark politisiertes Thema darstellt. Dies führt dazu, dass die Beschäftigung mit Genderaspekten unangemessen erscheint (Williams 2002).

Eine weitere Ursache ist, dass insbesondere im natur- und ingenieurwissenschaftlich-technischen Bereich Genderbezüge nicht *"offen auf der Hand liegen, sondern jeweils bezogen auf die konkrete Frage- und Problemstellung herausgearbeitet werden müssen"* (Weller et al. 2003:70). In diesen Disziplinen herrscht die Annahme von der Objektivität und Genderneutralität der Technik. Darüber hinaus existiert eine Rezeptionssperre gegenüber Erkenntnissen aus der Frauen- und Geschlechterforschung vor (Collmer 1999:7, Weller et al. 2003:70).

In der Technikgenese-Forschung wird seit Ende der 1980er Jahre auf den komplexen Zusammenhang zwischen Technik und Gesellschaft hingewiesen: Diesem Verständnis zufolge stellen Technologien keine neutralen Artefakte dar, sondern beinhalten immer auch den jeweiligen sozialen Kontext. Dies schließt auch die Gender-Beziehungen der an der Planung Beteiligten mit ein. Cockburn (1992) spricht in diesem Zusammenhang von *„gendered technologies“*.

Wasserversorgungssysteme umfassen neben institutionellen, technisch-materiellen und natürlichen Strukturen auch die unterschiedlichen Formen und Muster der wasserbezogenen Versorgungsarbeit (Hummel 2004:19). Veränderungen des Wasserversorgungssystems durch Einführung einer (neuen) Wasserversorgungstechnologie können somit zu einer Veränderung in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, sowohl innerhalb von Haushalten als auch

zwischen Hausarbeit und Erwerbsarbeit führen (Hummel 2004:20). Auch der genderspezifische Zugang und die Kontrolle über Wasser werden durch die jeweilige technische Gestaltung des Wassersystems beeinflusst. Gleichzeitig entsteht technische Infrastruktur nicht unabhängig vom jeweiligen gesellschaftlichen Kontext. Die Wahl und Gestaltung der jeweiligen Technologie spiegelt immer die Vorstellungen der an Planung und Entscheidung Beteiligten wider. In der Techniksoziologie wird deshalb von einem wechselseitigen Einfluss von (Wasser-)Versorgungssystem und Gesellschaft ausgegangen. Bislang liegen jedoch nur wenige genderspezifische Untersuchungen zu großtechnischen Wasserversorgungssystemen vor.⁵ Auch empirische Studien, inwieweit die programmatischen Ansprüche in Bezug auf Gender Mainstreaming von EZ Institutionen in Krisenregionen tatsächlich umgesetzt werden stehen noch aus (Frey 2003:13). Die vorliegende Arbeit soll dazu beitragen, diese Lücken zu schließen.

1.2 Das Fallbeispiel: Gender, Wasserversorgung und das GTZ Wasserversorgungsprojekt im Ramallah Distrikt

Der Nahe Osten ist seit Jahrzehnten aufgrund der schwelenden und immer wieder offen zutage tretenden kriegerischen Konflikte regelmäßig in den internationalen Schlagzeilen. Im Mittelpunkt steht dabei der komplexe israelisch-palästinensische Konflikt. Dabei ist es nahezu unmöglich, „neutral“ über den Israel-Palästina Konflikt zu schreiben. Schon durch die Wahl des Namens von Regionen wie „Westbank“ oder die von israelischen Nationalisten benutzte biblische Bezeichnung „Judäa und Samaria“ wird eine politische Botschaft und letztendlich Parteinahme impliziert. Herz spricht in diesem Zusammenhang von einem „*semantischen Minenfeld* [für den] *unabhängigen Betrachter*“ (Herz 2003:20). In dieser Arbeit werden die von den Vereinten Nationen benutzten Bezeichnungen wie „Westbank“ und „besetzte palästinensische Gebiete“ verwendet.

Die beschriebene Interdependenz von Wasserversorgungssystem als technischer Infrastruktur und Gesellschaft im Kontext des israelisch-palästinensischen Konfliktes wird am Beispiel des in der zentralen Westbank gelegenen Ramallah Distriktes deutlich. Gemäß Pierpaolo Faggi versuchen Staaten, den Prozess der Territorialisierung anhand ihrer Wasserpolitik, der sogenannten „*national hydraulic policy*“, zu forcieren. Dieses „*hydraulic development*“ hat in starkem Maße seit der Staatswerdung Israels stattgefunden. So beschreibt Selby, dass die zionistische Bewegung dem Thema Wasser von Beginn an eine geostrategische Bedeutung als

⁵ In Deutschland ist in diesem Zusammenhang auf die Arbeiten des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) hinzuweisen, die ihren Blick auf die sozialen Dimensionen von Versorgungssystemen, insbesondere auf netzgebundene Wasserversorgungssysteme, richten. (Vgl. dazu die Projekte DEMONS, NETWORKS, www.isoe.de).

Teil des „*nation building*“ zusprach. Der Zugang zu Wasser wurde als Frage nationaler Sicherheit erachtet. In diesem Sinne ist Israels aktive Rolle beim Ausbau der Kontrolle über die regionalen Wasserressourcen und beim Bau des immensen Wassernetzes, das heute als eines der integriertesten Wassernetze der Welt gilt, zu verstehen (Selby 2003:73). Auf der anderen Seite verweigert Israel den Prozess des „*hydraulic development*“, also die Entwicklung der Wasserressourcen und Wasserinfrastruktur der palästinensischen Seite seit der Besetzung der Westbank im Jahr 1967 mittels Militärgesetzen (Messerschmid 2005:3). In der Folge existiert ein unterentwickelter palästinensischer Wassersektor und ein für die palästinensische Seite unvorteilhafter Status Quo in der Wasserverteilung zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten (Trottier 1999:35f). Vor dem Hintergrund, dass großtechnische zentrale Wasserversorgungssysteme von langanhaltender Dauer sind (van Laak 2001), durch deren Bau somit ein Status Quo geschaffen wird, ist dies von besonderer politischer Brisanz. Hier bestätigt sich einmal mehr, dass es keine immanente Neutralität von Technologien gibt und dass implementierte Technologien nicht per Definition die jeweils beste Lösung für ein bestimmtes Problem darstellen. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass Israel im Jahr 1999/2000 91% des aus den Westbank-Grundwasserleitern geförderten Wassers entnahm (Shalabi/Nicol 2002) und dieses teilweise wieder an die palästinensischen Wasserversorger verkaufte. So waren 80% des vom in Ramallah ansässigen Wasserversorger JWU an die palästinensischen Gemeinden ausgelieferten Wassers vom israelischen Wassermonopolisten Mekorot gekauft (JWU 2001). Aus technischer Sicht ergeben sich damit unnötig hohe Pumpkosten und Wasserverluste.

Für die Ausgestaltung des Wassersektors in den besetzten palästinensischen Gebieten und des Ramallah Distriktes spielen internationale Geberorganisationen eine wichtige Rolle. Nach Abschluss der Osloer (Friedens-)Verträge und der Schaffung der palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) 1993 flossen große Geldmengen in die palästinensischen Gebiete, die 1996 rund einem Fünftel des palästinensischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) entsprachen. Davon wiederum flossen mehr als 10% in den Wassersektor (Selby 2005:5). Auch bei den deutschen EZ-Institutionen, die zu den wichtigsten Geldgebern in den palästinensischen Gebieten gehören⁶, ist der Wassersektor nach wie vor ein Förderschwerpunkt. Die (Re)Konstruktion von Wasser-Infrastruktur stellt hier einen wichtigen Bestandteil von Entwicklungszusammenarbeit in (Post-)Konfliktgebieten dar und wird als Beitrag zum Abbau von Konfliktursachen angesehen.

⁶Bis 2005 investierte Deutschland 397 Millionen Euro in die palästinensischen Gebiete (KfW 2005). Deutschland ist dabei einer der größten Geber in den Palästinensischen Gebieten. Gemessen an der pro Kopf-Förderung lagen die Palästinensischen Gebiete 2002 an der Spitze der Empfänger deutscher Entwicklungsgelder (KfW 2003).

In diesem Kontext spielen auch die programmatischen Ansprüche der internationalen Geberorganisationen, einen Beitrag zu Geschlechtergerechtigkeit zu leisten, eine wichtige Rolle. Studien belegen, dass alle in der Post-Oslo-Periode ab 1994 in den palästinensischen Gebieten tätigen internationalen Institutionen über Gender Mainstreaming Unternehmensstrategien verfügen. Dabei verfolgen sie das Ziel, Genderaspekte in allen Sektoren systematisch zu integrieren (Abu Nahleh et al 1999:46, PNA 2002:94ff). Im Report 2002 der palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) wird allerdings der Umsetzung des Gender Mainstreamings ein nur mäßiger Erfolg zugesprochen. Statt eines tatsächlichen *Mainstreamings* von *Gender*, würden separate Frauen- bzw. Gender-Projekte lanciert (vgl. PNA 2002:100).

Die Frauen und Genderprojekte der internationalen EZ treffen auf politische Erfahrungen von Frauen vor Ort. So kann die palästinensische Frauenbewegung auf eine langjährige Geschichte zurückblicken. Laut Abu Nahleh et al. (1999:47ff) beginnt die Formierung der palästinensischen Frauenbewegung 1919. Sie ist eng verknüpft mit der Entstehung der palästinensischen National- und Unabhängigkeitsbewegung im Kontext des Ersten Weltkriegs.⁷ Die katastrophale humanitäre Situation nach dem Krieg 1948 führte zur Gründung von Wohltätigkeitsorganisationen durch Frauen aus der Mittelschicht. Mit dem Wiedererstarken des palästinensischen Nationalismus seit Formierung der PLO 1964 kam es zur Gründung der General Union of Palestinian Women (GUWP), die international als Dachverband für palästinensische Frauenorganisationen fungierte. 1967 wurde die GUWP in den besetzten Gebieten verboten, arbeitete aber nichtsdestotrotz im Wohltätigkeitsbereich weiter. Ab Mitte der 1970er wurden in den besetzten palästinensischen Gebieten Frauenkomitees gegründet, die sich als Teil der verbotenen palästinensischen politischen Parteien verstanden und soziale und politische Ziele miteinander verbanden.

Im Verlauf der Massenproteste der ersten Intifada (1987) kam es zur breiten Mobilisierung von Studierenden, Frauen, ArbeiterInnen und gut ausgebildeten Angestellten. Die Frauenbewegung erreichte zu dieser Zeit des offenen Konfliktes einen Höhepunkt. Dies fand Ausdruck in der verstärkten Sichtbarkeit von Frauen in öffentlichen Räumen, deren Übernahme nicht-traditioneller Rollen infolge der Abwesenheit der Männer oder bei Auseinandersetzungen mit dem israelischen Militär. Ebenfalls von Bedeutung waren dabei Verbindungen mit der internationalen Frauenbewegung, so dass „Gender“ auf die politische Agenda gebracht werden konnte (Johnson, Kuttub 2002:63). Seit Anfang der 1990er Jahre

⁷ 1919 kam es dabei zur Gründung einer allgemeinen Frauen-Gewerkschaft, die das Ziel verfolgte, gegen das Britische Mandat, das in der Nachkriegszeit errichtet wurde, sowie gegen die zunehmenden zionistischen Siedlungsaktivitäten zu protestieren.

begann die palästinensische Frauenbewegung sich auf die Teilhabe an Führungspositionen in der neuzugründenden palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) vorzubereiten. Dabei setzten sich Formen des Lobbying sowie eine Professionalisierung der Arbeit durch die Gründung von Forschungsinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durch. Mit der Stagnation des Friedensprozesses in der Post-Oslo Periode sieht sich die palästinensische Frauenbewegung zunehmend in dem Dilemma, Rechte für Frauen einzufordern – dazu gehört das Recht auf Bewegungsfreiheit, volle Staatsangehörigkeit und Bürgerrechte für Frauen - die bis heute der gesamten Bevölkerung verwehrt geblieben sind (Johnson, Kuttab 2002:62). Mit dem Ausbruch der zweiten Intifada (2000) sind die zivilgesellschaftlichen Massenmobilisierungen bewaffneten Aktionen militärisch ausgebildeter Gruppen gewichen. Johnson und Kuttab konstatieren die Verdrängung der Zivilgesellschaft und von Frauen aus dem öffentlichen und politischen Raum (Johnson, Kuttab 2002:62ff).

Ebenso wie im Fall des palästinensischen Wassersektors übten die internationalen Geberorganisationen einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf die palästinensischen Frauenorganisationen und die Genderpolitik aus. So beschreibt Kuttab (1995:49), dass die internationale EZ von Teilen der palästinensischen Frauenaktivistinnen eher als „*crushing wheel*“ denn als Hilfe wahrgenommen wurde. Es sei nicht sinnvoll, dass große Geldmengen in eine ressourcenarme Umgebung fließen, in der die lokalen Kräfte unfähig sind, eine eigene Strategie zu entwickeln. Die palästinensische Gender-Forscherin Giacamann (1995:57f) hält deshalb die kritische Begleitung der lokalen Praxis internationaler EZ-Organisationen für erforderlich.

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Wechselwirkung zwischen Konfliktgesellschaft und Wasserversorgungsinfrastruktur einerseits und den im Wassersektor aktiven internationalen EZ-Institutionen mit ihrem Anspruch, Frieden und Geschlechtergerechtigkeit zu fördern, andererseits, stellt der Ramallah Distrikt ein interessantes Beispiel dar, um den Zusammenhang von Technik und (Konflikt-)Gesellschaft aus einer Genderperspektive näher zu beleuchten. Die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) machte es sich schon seit Anfang der 1990er Jahre zum Ziel, Gender zum integralen Bestandteil ihrer Arbeit zu machen, wovon sie sich nicht zuletzt auch eine Verbesserung der entwicklungspolitischen Wirksamkeit versprach.⁸ Sie war zudem seit den 1980er Jahren schwerpunktmäßig im Wassersektor in den besetzten palästinensischen Gebieten aktiv⁹. Aus

⁸ Dies schlägt sich in der Veröffentlichung zahlreicher konzeptioneller Papieren der GTZ zum Thema Gender nieder (vergleiche dazu ausführlich Kapitel 4.1.1).

⁹ Deutschland eröffnete 1994 als erstes Land eine diplomatische Vertretung in den palästinensischen Gebieten.

diesen Gründen wurde für die Untersuchung der vorliegenden Forschungsarbeit als Fallbeispiel das von 1994 bis 2006 laufende GTZ-Projekt zur Wasserversorgung im Ramallah Distrikt ausgewählt. Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) und die ebenfalls deutsche Bildungsorganisation InWent sind seit dem 1. Januar 2011 zur neuen *Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (GIZ) verschmolzen worden. Nichtsdestotrotz wird im Folgenden weiterhin von der GTZ, gesprochen, da diese die projektdurchführende Entwicklungsorganisation im beschriebenen Untersuchungszeitraum war.

1.3 Ziel der Arbeit und Forschungsfragen

Ziel der Forschungsarbeit ist es, anhand der empirischen Untersuchung des GTZ-Projektes zur Wasserversorgung im Ramallah Distrikt, die Umsetzung von Gender Mainstreaming durch AkteurInnen der Technischen Zusammenarbeit in Konfliktgebieten zu analysieren. Gleichzeitig soll der wechselseitige Einfluss von Wasserversorgung und (Konflikt-)Gesellschaft im Ramallah Distrikt aus einer Genderperspektive untersucht werden. Daran schließen sich folgende Forschungsfragen an:

- Inwieweit wird die praktische Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Technischen Zusammenarbeit den eigenen Ansprüchen der GTZ gerecht?
- Welche Genderbezüge von EZ-Wasserversorgungsprojekten in einer Konfliktgesellschaft lassen sich herausarbeiten?
- Welche Akteure beteiligen sich bzw. werden an der Organisation der Wasserversorgung beteiligt? Welche Interessen werden bedient bzw. ausgegrenzt? Welche Rolle spielen dabei Kriterien wie Stadt - Land, Männer - Frauen, arm - ökonomisch besser gestellt, Industrie – Landwirtschaft?
- Lassen sich neue genderspezifische Belastungen, Entlastungen oder Risiken in Folge des Wasserprojektes ausmachen?
- Welche Gender-Blindstellen gibt es in der Wasserversorgung im Ramallah Distrikt und welche Vorteile können sich durch die Integration einer Genderperspektive für die Wasserversorgung in einem Konfliktgebiet ergeben?

1.4 Gender- Konzeption und Terminologie

In der Literatur finden sich verschiedene, teilweise konkurrierende Interpretationen des Begriffes Gender.¹⁰ Eine häufig herangezogene Definition ist die Unterscheidung von Gender

¹⁰ Ausführlicher dazu vgl. Frey 2003:25ff.

als sozialem Geschlecht im Gegensatz zu Sex als biologischem Geschlecht (vgl. dazu Oakley 1992). Dabei wird Gender als soziale Konstruktion, als gesellschaftlich geprägte Vorstellungen von „männlichen“ und „weiblichen“ Attributen wie Verhaltensweisen, Einstellungen, Rollen und sozialer Stellung verstanden.¹¹ Neuere sozialkonstruktivistische Ansätze haben zudem die Prozesshaftigkeit der Konstruktion von Gender hervorgehoben. In diesem Zusammenhang ist auf das von (West 1991) geprägte „doing gender“ zu verweisen: Gender wird durch Interaktion immer wieder neu hergestellt und institutionalisiert.

In der vorliegenden Forschungsarbeit wird Gender als Analysekategorie gefasst, die ebenso wie Klasse und Schicht als grundlegende Dimension sozialer Organisation zu verstehen ist (vgl. Dietzen 1993:1). Für die Analyse von Gender finden in der einschlägigen Literatur verschiedenen Analysedimensionen Verwendung. Im Folgenden beziehe ich mich auf die von Weller benutzte Unterscheidung zwischen expliziten und impliziten Genderbezügen (Weller 2004:21, Weller et al. 2003:11).

Explizite Genderbezüge beschreiben mögliche Unterschiede bei Zielformulierung und Projektplanung, Implementierung und bezüglich der Projektfolgen für Männer und Frauen und für die Geschlechterverhältnisse. Nach Harding (1991) lässt sich dabei eine individuelle von einer strukturellen Ebene unterscheiden. Auf der individuellen Ebene können sich Geschlechterverhältnisse in Geschlechterunterschieden beim Gebrauch von Produkten und Technologien ausdrücken. Auf der strukturellen Ebene lassen sich Geschlechterverhältnisse anhand der Differenzen bezüglich der geschlechtsspezifischen Verteilung von Erwerbs- und Versorgungsarbeit, der geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu Berufen im naturwissenschaftlich-technischen und im sozialen Bereich sowie der Machtpositionen innerhalb von Berufshierarchien beschreiben. An explizite Genderbezüge schließt sich direkt die Frage nach Geschlechtergerechtigkeit an, was für das Gender Mainstreaming Konzept von zentraler Bedeutung ist.

Implizite Genderbezüge beziehen sich hingegen auf „genderbezogene Ausblendungen und Schief lagen“ (Weller et al. 2003:11). Dazu gehört die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen der jeweiligen Zielformulierung eines Projektes und der Ausblendung von Geschlechterverhältnissen in der Bearbeitung des Projektes besteht. Implizite Genderbezüge beziehen sich damit nicht auf Männer und Frauen, sondern auf geschlechtlich besetzte gesellschaftliche Bereiche, wie die Gegensatzpaare Produktion- Reproduktion, öffentlich-privat, Expertenwissen- Alltagskompetenz oder Objektivität- Subjektivität. Die jeweilige

¹¹ Mittlerweile ist die Unterscheidung in *sex* und *gender* von verschiedenen feministischen Wissenschaftlerinnen kritisiert worden (vgl. dazu Andermahr 1997:102, Butler 1991, Butler 1993).

geschlechtliche Besetzung und Polarisierung geht häufig mit einer Aufwertung des "männlich" konnotierten Parts wie Erwerbsarbeit und Expertenwissen und einer Abwertung des „weiblich“ konnotierten Teils, wie Reproduktion und Alltagskompetenz, einher (Weller 2002:21). Weller hebt dabei hervor, dass es ein wichtiges Ziel der Integration einer Genderperspektive sei, bislang vernachlässigte, „weiblich“ gedachte Bereiche wie Alltagsorganisation verstärkt in den Blick zu nehmen und als relevante gesellschaftliche Bereiche hervorzuheben, ohne jedoch diese als weibliche Verantwortungsbereiche zu belassen (Weller 2002:21f).

In der vorliegenden Forschungsarbeit werden insbesondere explizite Genderbezüge herausgearbeitet. Dies birgt jedoch eine Gefahr in sich. Durch das Beschreiben von Geschlechtsunterschieden wird zwar ein Betrag zur Sichtbarmachung von Geschlechterungerechtigkeit geleistet und somit werden Ansatzpunkte für mehr Geschlechtergerechtigkeit geschaffen. Jedoch wird durch die Wiederholung der oftmals vorherrschenden traditionellen Geschlechterrollen die eigentlich unerwünschte Geschlechterdichotomie reproduziert und ggf. noch verstärkt. Weller (2002:22f) weist diesbezüglich darauf hin, dass gerade im naturwissenschaftlich-technischen Bereich - zu denen auch die großtechnische Wasserversorgung zu zählen ist- das Herausarbeiten von expliziten Genderbezügen noch aussteht. Durch das Demaskieren der angeblichen Genderneutralität von Naturwissenschaft und Technik kann somit ein wissenschaftskritischer Beitrag geleistet werden, der nichtsdestotrotz bezüglich der Gefahr der Fortführung traditioneller Geschlechterrollenzuweisungen zu überprüfen ist.

1.5 Untersuchungsdesign, Methode und Datenbasis

In dieser Forschungsarbeit werden wie in Kapitel 1.3 dargestellt zwei Ziele verfolgt. Einerseits soll anhand der empirischen Untersuchung des GTZ-Projektes „Wasserversorgung im Ramallah Distrikt“ die Umsetzung von Gender Mainstreaming durch AkteurInnen der Technischen Zusammenarbeit in Konfliktgebieten überprüft werden. Andererseits soll der wechselseitige Einfluss von Wasserversorgung und (Konflikt-)Gesellschaft im Ramallah Distrikt aus einer Genderperspektive untersucht werden. Aus diesem Grunde wurde basierend auf dem Stand der Forschung (dazu ausführlich Kapitel 2.4) ein zweiteiliges Untersuchungsdesign entwickelt (vgl. Tabelle 1):

Tabelle 1: Zweiteiliges Untersuchungsdesign

Teil 1 – Umsetzung der Genderunternehmensstrategien im GTZ-Wasserprojekt im Ramallah Distrikt	
1	Vorstellung der projektdurchführenden Institutionen GTZ und JWU und Bewertung der jeweiligen Genderprogramme
2	Überprüfung der Anwendung der Genderprogramme auf Planungs- und Umsetzungsebene in den drei Projektphasen
Teil 2 – Wechselwirkungen von Wasserversorgung und Gesellschaft im Ramallah Distrikt aus Gendersicht	
	Genderdimensionen zum Herausarbeiten von Genderbezügen der Wasserversorgung in Konfliktgebieten in Anlehnung an das Gender Impact Assessment (GIA)
	1. Geschlechterzusammensetzung
	2. Partizipationsstrategien
„eye opener“	3. Technische Gestaltung
	4. Genderspezifischer Zugang und Kontrolle über Wasser-Ressourcen
	5. Genderspezifische Arbeitsteilung

Im ersten Teil der Untersuchung wird die Umsetzung der jeweils geltenden GTZ-Genderunternehmensstrategien im GTZ-Projekt zur Wasserversorgung im Ramallah Distrikt untersucht. Dazu werden die für die drei Projektphasen einschlägigen Gender-Unternehmensstrategien der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) analysiert und vor dem Hintergrund der in Kapitel 2 gewonnenen Erkenntnisse bewertet. Schließlich wird untersucht, inwiefern in den drei Projektphasen der programmatische Anspruch der GTZ hinsichtlich der Integration eines Genderansatzes, so wie in den jeweiligen Genderprogrammen niedergelegt, umgesetzt wurde. Der Abgleich erfolgt anhand einer Dokumentenanalyse der verfügbaren Projektunterlagen (vgl. Anhang 1 und 2.5). Da die Projekt-Dokumentationen nicht selten der Rechtfertigung der erhaltenen Projektmittel dienen (vgl. Kapitel 2.1), stellen punktuelle Leitfaden-gestützte Interviews mit GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen (vgl. Anhang 2) eine Möglichkeit dar, weitere Informationen zur Umsetzung der Genderprogramme zu erhalten. Dabei erheben die Interviews und die daraus gezogenen Erkenntnisse nicht den Anspruch auf Repräsentativität (dazu ausführlicher Kapitel 2.5).

Im zweiten Teil der Untersuchung werden die Wechselwirkungen von Wasserversorgung und (Konflikt-)Gesellschaft im Ramallah Distrikt aus einer Genderperspektive untersucht. Hier wird Bezug auf das Gender Mainstreaming-Konzept genommen, das der Integration der Geschlechterperspektive dient. Dabei orientiert sich das hier entwickelte Forschungsdesign am Instrument des Gender Impact Assessment (GIA) (vgl. Kapitel 2.1.2). Basierend auf den in der Literatur genannten genderrelevanten Dimensionen von EZ-Wasserversorgungs-

projekten (vgl. Kapitel 2.1.4) werden für die Bearbeitung der Forschungsfragen fünf Genderdimensionen zur Analyse ausgewählt (vgl. Tabelle 1 – Teil 2).

Die Analyse erfolgt dabei anhand derselben für den ersten Teil der Untersuchung herangezogenen Datenmaterials in Form von Projektunterlagen und ergänzenden Interviews mit GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen. Da jedoch einerseits nicht alle Forschungsfragen auf Basis der Projektunterlagen beantwortet werden konnten und andererseits das untersuchte GTZ-Wasserversorgungsprojekt nur einen kleinen Teil des Wassersektors im Ramallah Distrikt abbildet, wurden basierend auf einer Akteursanalyse (Kapitel 3.2.2) weitere AkteurInnen des palästinensischen Wassersektors ausgewählt. Da die Nutzungsebene und damit auch die NutzerInnenebene und ihr Alltagswissen für das Herausarbeiten der Genderbezüge von Technologien von Relevanz ist, jedoch oftmals in der Wasserversorgungspraxis vernachlässigt wird, betrifft dies ausgewählte nutzerInnennah arbeitende NGO sowie ausgewählte, die WassernutzerInnenebene selbst repräsentierende lokale Frauengruppen (vgl. Anhang 2). Die genannten Akteure verfügen kaum über geeignetes Schriftmaterial zur Dokumentenanalyse, weshalb Interviews als Mittel der Wahl zur Informationserhebung geführt wurden (vgl. Anhang 2). Die geführten Interviews dienen als „Türöffner“ für weitere Perspektiven hinsichtlich der Zusammenhänge von Wasserversorgung und Gender im Konfliktkontext.

Untersuchungszeitraum Das für die beiden Teile der empirischen Untersuchung verwendete Datenmaterial wurde während zwei Forschungsaufenthalten in Ramallah – von August bis Oktober 2005 und von April bis Juni 2006 – erhoben.¹² Dabei wird der Projektzeitraum von 1994 bis 2006 des GTZ-Projekts zur Wasserversorgung im Ramallah Distrikt untersucht. Auch die Aufarbeitung der Literatur zu Gender, Wasser und Konflikt (Kapitel 2) sowie zur Einführung in die Projektregion (Kapitel 3) bezieht sich auf den Forschungsstand im Jahr 2007. Nachfolgende Entwicklungen wurden in dieser Forschungsarbeit nicht mehr berücksichtigt.

1.6 Aufbau der Arbeit

In dem dieser Einleitung folgenden Kapitel 2 wird zunächst der Forschungsstand hinsichtlich der Zusammenhänge von „Gender und Wasser“ insbesondere im internationalen (Entwicklungs-)Kontext aufgearbeitet (Kapitel 2.1). Anschließend wird auf ausgewählte, für die vorliegende Forschungsarbeit relevante „Konflikt-Debatten“ – insbesondere hinsichtlich der Zusammenhänge von Konflikt und Gender, Konflikt in der Entwicklungszusammenarbeit sowie Konflikt und Wasser – eingegangen (Kapitel 2.2). Die Zusammenhänge von Gender,

¹²Ausführlicher zu Datenbasis und Methode vgl. Kapitel 2.5.

Wasserversorgung und Konflikt werden daran anknüpfend in Kapitel 2.3 zusammengeführt. In Kapitel 2.4 wird sodann das Untersuchungsdesign für die vorliegende Forschungsarbeit entwickelt. Schließlich werden in Kapitel 2.5 die zur Anwendung gekommenen Forschungsmethoden und die Datenbasis der vorliegenden Arbeit vorgestellt, ihre Wahl begründet und die Datenlage diskutiert.

Kapitel 3 umfasst eine Kontextanalyse, in der ein Überblick über die Projektregion – der palästinensische Ramallah Distrikt – unter besonderer Berücksichtigung der Kategorien Gender, Wasserversorgung und Konflikt gegeben wird. Zu diesem Zweck erfolgt zunächst die Darstellung der ökonomisch-politischen Situation in den palästinensischen Gebieten (Kapitel 3.1). Sodann wird der palästinensische Wassersektor unter Berücksichtigung der relevanten AkteurInnen sowie die Wasserinfrastruktur im Konfliktkontext beschrieben (Kapitel 3.2). Die zur Projektregion vorhandenen genderdisaggregierten Daten hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse sowie Informationen zu den Genderdynamiken im palästinensischen Konfliktkontext werden in Kapitel 3.3 aufgearbeitet. Abschließend werden in Kapitel 3.4 die anhand der durchgeführten Kontextanalyse gefundenen Zusammenhänge von Gender und Wasserversorgung im palästinensischen Konfliktkontext herausgestellt.

In Kapitel 4 wird entsprechend des ersten Teils des entwickelten Untersuchungsdesigns anhand des GTZ-Projektes „Wasserversorgung im Ramallah Distrikt“ überprüft, inwiefern die selbstgestellten Gender-Unternehmensziele in der Umsetzung Berücksichtigung fanden. Dazu werden zunächst die beiden projektdurchführenden Institutionen GTZ und JWU und deren programmatisch-konzeptionellen Ansprüche in Bezug auf Gender (und Konflikt) dargestellt (Kapitel 4.1). Diese sind der Maßstab, anhand dessen sich die Projekt-Umsetzungspraxis messen lassen muss. Die jeweils vorfindliche Genderprogrammatik wird zudem vor dem Hintergrund der international mit Gender Mainstreaming gewonnenen Erfahrungen hinsichtlich ihrer potentiellen Wirksamkeit bewertet. In Kapitel 4.2 wird sodann die tatsächliche Umsetzung der in den für die verschiedenen Projektphasen geltenden Genderprogramme definierten GTZ-Genderziele anhand der Projektunterlagen sowie ergänzend anhand von Interviews mit GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen überprüft. Die Ergebnisse dieser Umsetzungsüberprüfung werden in Kapitel 4.3 zusammengefasst.

In Kapitel 5 werden entsprechend des zweiten Teils des entwickelten Untersuchungsdesigns die Wechselwirkungen von Wasserversorgung und (Konflikt-)Gesellschaft im Ramallah Distrikt aus einer Genderperspektive dargestellt. Dazu werden zunächst in Kapitel 5.1 die weiteren befragten AkteurInnen mit Wassernutzer-(naher) Perspektive vorgestellt. In Kapitel 5.2 werden Genderbezüge der Wasserversorgung im spezifischen Konfliktkontext in den

Blick genommen: einerseits für das untersuchte Wasserprojektbeispiel, andererseits über den Projektrahmen hinausgehend unter Einbezug der Perspektiven der nutzerInnennahen Akteure entlang der fünf Genderdimensionen – (1) Geschlechterzusammensetzung, (2) Partizipationsstrategien, (3) technische Gestaltung, (4) Zugang zu Ressourcen und (5) Arbeitsteilung. In Kapitel 5.3 werden schließlich die herausgearbeiteten Genderbezüge von Wasserversorgung im Ramallah Distrikt dargestellt und in Zusammenhang zu den in den vorangegangenen Kapiteln erarbeiteten Ergebnissen gesetzt.

Abschließend wird in Kapitel 6 zunächst eine Zusammenfassung der Forschungsarbeit gegeben (Kapitel 6.1). Sodann werden die Ergebnisse in Hinblick auf die Forschungsfragen diskutiert, Anregungen zur Integration von Genderperspektiven aufgezeigt (Kapitel 6.2) und daran anknüpfende Forschungsfragen herausgearbeitet (Kapitel 6.3).

2. Stand der Forschung zu „Gender, Wasser und Konflikt“

In diesem Kapitel wird der Forschungsstand bei Abschluss des in dieser Arbeit untersuchten GTZ-Wasserversorgungsprojektes im Jahr 2007 hinsichtlich der Zusammenhänge von „Gender und Wasser“ insbesondere im internationalen (Entwicklungs-)Kontext aufgearbeitet (Kapitel 2.1). Anschließend wird auf ausgewählte, für die vorliegende Forschungsarbeit relevante „Konflikt-Debatten“ eingegangen (Kapitel 2.2). Da die Zusammenhänge von Gender, (großtechnischer) Wasserversorgung und Konflikt, wie zu zeigen ist, bis zu diesem Zeitpunkt kaum systematisch untersucht wurden, werden in Kapitel 2.3 die wechselseitigen Bezüge der drei Kategorien Gender, Wasserversorgung und Konflikt aufgezeigt. In Kapitel 2.4 wird sodann das Untersuchungsdesign für die empirische Untersuchung des GTZ-Projektes und der Genderbezüge von Wasserversorgungssystemen im spezifischen Konfliktkontext entwickelt. Abschließend werden die zur Anwendung gekommenen Forschungsmethoden und die Datenbasis der vorliegenden Arbeit begründet und die Datenlage diskutiert (Kapitel 2.5).

2.1. Debatten um Frauen, Gender und Wasser

Globale Wasserdiskurse und die Art und Weise, wie „Gender“ seit den 1970er Jahren in den Blick genommen wurde, bilden einen wichtigen Rahmen für international durchgeführte Wasserprojekte (Kapitel 2.1.1). Dabei hat sich das Konzept des Gender Mainstreaming als ein wesentliches Konzept zur Integration von Genderaspekten auch im Wasserbereich herausgestellt, an das in der vorliegenden Forschungsarbeit angeknüpft wird (Kapitel 2.1.2).

Zum Thema „Gender und Wasser“ liegen mittlerweile zahlreiche Arbeiten vor. Der Großteil davon stammt aus dem Kontext der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), wobei sich Policy- und umsetzungsorientierte Veröffentlichungen von EZ-AkteurInnen selbst¹³ von anderen wissenschaftlichen Studien von Forschungseinrichtungen unterscheiden lassen.¹⁴ In Kapitel 2.1.3 wird ein kritischer Blick die Wirkungen von Genderdiskursen und die Umsetzung von Genderprogrammen in Wasserprojekten geworfen, der offenbart, dass in

¹³Dazu gehören Handbücher (Fong 1996; UNDP 2003; ADB 2005c; ADB 2005b; ADB 2005a), Handreichungen (GTZ 1994; Boschmann 1996) und Checklisten (OECD/DAC), wie Genderperspektiven in die praktische Arbeit im Wassersektor integriert werden können.

¹⁴Wissenschaftliche Analysen des Zusammenhanges von Gender und Wassertechnologie im Entwicklungskontext v.a. anhand von Fallbeispielen werden führend von universitären Einrichtungen wie dem Institute of Water, Engineering and Development (WEDC) und dem Institute of Irrigation and Development Studies (IIDS) aus Großbritannien, und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie dem International Water and Sanitation Center (IRC) in Holland durchführt. In Deutschland sind hier auf die Arbeiten des ISOE hinzuweisen, die weniger einen Fokus auf Entwicklung und Länder des Südens legen sondern stärker den Blick innerhalb der Grenzen Deutschlands und Europas belassen.

der Wasserprojektpraxis nur selten tatsächlich Genderaspekte integriert oder Frauen in allen Projektstadien gezielt beteiligt werden.

In Kapitel 2.1.4 wird schließlich im Einzelnen auf wesentliche in der Literatur genannten Aspekte für die Integration von Genderperspektiven im Wassersektor eingegangen, die neben der formalen Ebene von Organisationsstruktur und Partizipationsstrategien auch inhaltliche Aspekte wie genderspezifische Arbeitsteilung und den genderspezifischen Zugang zu Wasser bzw. die Kontrolle über Wasser umfassen.

2.1.1 Entwicklung globaler Wasserdiskurse mit Blick auf Gender

Während die internationale Gemeinschaft in den 1950er und 1960er Jahren im Wassersektor den Bau großtechnischer Infrastruktur nach dem Vorbild westlicher Technologien vorantrieb, ohne auf die jeweiligen lokalen ökologischen und sozio-ökonomischen Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen (Joshi 2002), setzte sich in den 1970er und 1980er Jahren eine neue Entwicklung durch. Als Meilenstein gilt hier die World Conference on Water Resources der Vereinten Nationen 1977 im argentinischen Mar Del Plata, auf der die unzureichende Wasserversorgung erstmals im globalen sozio-ökonomischen und ökologischen Kontext betrachtet wurde (Klaphake, Scheumann 2001: 5, Joshi 2002)¹⁵ und dabei auch Frauen als wichtige Akteurinnen bei Bereitstellung, Management und Schutz der globalen Frischwasserressourcen in den Blick kamen. In den Konferenz-Proceedings zur dort ausgerufenen *International Drinking Water Supply and Sanitation Decade* (1981-1990) wurde als Ziel festgehalten: „to promote full participation of women at all levels of water supply projects and to take full account the needs and concerns of women“ (Water Decade Proceedings, INSTRAW 1985).

Diese Epoche globaler Wasserpolitik zeichnete sich durch das Verständnis von Wasser als einer endlichen Ressource und durch die Adressierung von Frauen als wichtigen Akteurinnen von Entwicklung aus, die es im Wassermanagement einzubeziehen gelte. Letzteres wurde in starkem Maße von der Annahme getragen, dass durch die Einbindung von Frauen in den gesamten Projektplanungs- und -implementierungsprozess die Projekteffizienz erhöht werde, da Frauen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für Wasser ein erhöhtes Interesse an einer gesicherten Wasserversorgung hätten¹⁶ (Schultz et al. 2001; Wallace 2005a). Gleichzeitig sei die Einbeziehung von Frauen im Wassersektor der Geschlechtergerechtigkeit zuträglich; z.B. wenn Frauen freiwerdende Zeitressourcen in einkommensgenerierende

¹⁵Vgl. dazu GWA 2003; UNDP 2003; Coles 2005; Wallace 2005a.

¹⁶In diesem Zusammenhang wird die Verbesserung der Zahlung von Wasserrechnungen durch die Erhöhung des Frauenanteils in lokalen WassernutzerInnen-Komitees genannt (vgl. Fong 1996, UNDP 2003).

Aktivitäten investieren und so ihren sozialen und ökonomischen Status verbessern könnten (INSTRAW 1985).¹⁷

Zum Ende der internationalen Wasserdekade Anfang der 1990er Jahre war jedoch Ernüchterung zu verzeichnen. Trotz hoher Investitionen hatte es kaum Verbesserungen bezüglich des weltweiten Trinkwasserzugangs und keine Verbesserung bezüglich der Ausstattung mit sanitären Anlagen gegeben. Von den wenigen erzielten Erfolgen profitierten v.a. mittlere und höhere Einkommensschichten, nicht jedoch die zahlenmäßig bei weitem überlegenen ärmeren Schichten (Klaphake und Scheumann 2001:5; von Braunmühl 2005). In einer 1998 veröffentlichten Weltbankstudie wird konstatiert, dass 40% der während der internationalen Wasserdekade (1981-1990) implementierten Wasserversorgungs-Infrastrukturprojekte 1998 nicht mehr funktionierten bzw. nicht mehr genutzt wurden. Als Gründe wurden dabei die Implementierung nicht angepasster Technologien und die fehlende Beteiligung der Zielgruppen, dabei insbesondere von Frauen, genannt, deren Vernachlässigung zu negativen, die Zielgruppen-Bedürfnissen verfehlenden Projektergebnissen oder gar zur Verschärfung von Konflikten und Konkurrenz um Wasser führte (World Water Council 1999:8). Es zeigte sich, dass trotz der Bekenntnisse auf programmatischer Ebene die Wasserdekade in den 1980er Jahren nach wie vor vom Glauben an technische Lösungen geprägt war. Dabei wurde die Ebene der *Wassernutzung*, die jeweiligen sozio-ökonomischen Gegebenheiten und die spezifischen Genderdynamiken außen vor gelassen (Klaphake und Scheumann 2001:5).¹⁸

Seit den 1990er Jahren mit Beendigung des Kalten Kriegs veränderten sich die internationalen Rahmenbedingungen. Im Gegensatz zur Ausrichtung an großen zentralisierten Infrastrukturprojekten in den 1950er/60er Jahren und dem bis Ende der 1970er Jahre in der EZ vorherrschenden Grundsatz des kostenfreien Zugangs zu Wasser für ärmere

¹⁷Hier zeigt sich der Einfluss der in den frühen 1970er Jahren von EZ-Praktikerinnen gegründeten Women in Development (WID) Bewegung, die aufzeigten, dass sich die Situation von Frauen infolge von Entwicklungsprojekten nicht zuletzt aufgrund schlechter Bildung, unzureichender Arbeitsmöglichkeiten, Ausgrenzung vom Marktgeschehen sowie ungenügender Teilhabe am Entwicklungsprozesse nicht verbesserte (Reeves 2000). In Konsequenz wurde soziale Gerechtigkeit und Gleichheit für Frauen gefordert. Frauen sollten nicht mehr als passive Empfängerinnen von Entwicklung(sprojekten) sondern als aktive „*agents of change*“, als Akteurinnen im Entwicklungsprozess gesehen werden. Ziel der WID-Bewegung war das Sichtbarmachen von Frauen und deren Integration in die EZ Projekte als „Frauenprojekte“, um einerseits eine erhöhte Geschlechtergerechtigkeit, als auch eine erhöhte Effizienz zu erreichen (Tinker 1990:31). Es zeigt sich, dass beide Argumentationsstränge der WID Bewegung für die Einbeziehung von Frauen in den Entwicklungsprozess – die Effizienzhypothese und die Geschlechtergerechtigkeitshypothese- sich auf programmatischer Ebene in der globalen Wasserpolitik der 1970 und 1980er Jahre widerspiegelte.

¹⁸Nicht in den globalen Wasserdiskursen der 1980er und 90er Jahre spiegelt sich wieder, dass Anfang der 1980er Jahre der Gender and Development (GAD) Ansatz aufgrund der fehlenden Erfolge des WID-Ansatzes mit seinen isolierten Frauenprojekten von Gender-PraktikerInnen der EZ entwickelt wurde. Der GAD Ansatz erachtet Macht- und Geschlechterverhältnisse als relevant für die Unterdrückung der Frauen und verfolgt das Ziel, die bestehenden Genderrollen und Genderverhältnisse zu verändern (vgl. dazu ausführlich Kerner 1999).

Bevölkerungsschichten zeichneten sich die 1990er Jahre durch eine Welle von Privatisierungen, Dezentralisierung und der Hervorhebung von Nachfrage-Management aus. Dabei wurde im Zuge der von internationalen Finanzinstitutionen verordneten Strukturanpassungsmaßnahmen vermehrt versucht, Elemente der Kostenbeteiligung für soziale Infrastruktur und Grundversorgung – einschließlich der Wasserversorgung – zu integrieren (Weltbank 1993). Dies wurde im Zuge der Krise der Entwicklungsfinanzierung der 1990er Jahre auch von EZ-Institutionen übernommen und es wurde das Prinzip der Vollkostendeckung etabliert (von Braunmühl 2005:12). Nun wurde die Einbindung lokaler Stakeholder verstärkt unter dem Aspekt der Effizienzsteigerung durch Kostenbeteiligung verfolgt (Finger 2002: 81ff.). Insbesondere in privatisierungskritischen Texten wurde auf mögliche genderspezifische Wirkungen der Privatisierung im Wassersektor hingewiesen. Die infolge von Privatisierungen und des Ziels der Vollkostendeckung zu erwartende Erhöhung von Wassertarifen könne in eine gestiegene finanzielle Belastung für Frauen münden, da Frauen vielerorts für die Wasserbereitstellung verantwortlich sind, was auch das Begleichen der Wasserrechnung betrifft (von Braunmühl 2005:7). Frauen seien infolgedessen gezwungen, auf billigere, oftmals verschmutzte Wasserquellen auszuweichen, was gesundheitsschädliche Folgen habe (UNDP 2006:41ff, CSD 2004:8).

Gleichzeitig gelangte in den 1990er Jahren mit dem Rio-Gipfel¹⁹ der Vereinten Nationen 1992 das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ international zum Durchbruch, das auf der Einsicht basiert, dass die globalen Probleme nur durch die integrierte Behandlung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte in den Griff zu bekommen seien. Angestrebt wurden insbesondere partizipative Formen von Wassermanagement durch Anwendung konsequenter Partizipationsstrategien aller direkt und indirekt beteiligten BürgerInnen und gesellschaftlichen Gruppen, wobei die Beteiligung von Frauen als entscheidend für die Erreichung nachhaltiger Entwicklung erachtet wurde²⁰ (Knothe 2002; CSD 2004:11). Diese Prinzipien wurden auf der 1992 in Dublin durchgeführten *International Conference on Water and Environment*, die international große Beachtung fand, bekräftigt (Hummel 2004b:14). Dieser Trend fand sich im ausgehenden 20. Jahrhundert auch im internationale Wassersektor mit einem breiten Bekenntnis zu den Prinzipien „Zugang zu Wasser für alle“, „Basisbeteiligung“, „Gender“ und „Empowerment“ wieder (Wallace 2005a).

¹⁹Auf der auch als „Nachhaltigkeits-“ oder „Erdgipfel“ bekannt gewordenen United Nations Conference on Environment and Development in Rio 1992 wurde mit den dort verabschiedeten Rio Prinzipien und der Agenda 21 der bisherige Fokus innerhalb der Wasserversorgung/Abwasserentsorgung auf eine nachhaltige Bewirtschaftung der Ressource Wasser im ökologischen Sinne des Ressourcenschutzes erweitert (Knothe 2002; CSD 2004).

²⁰Das Rio Prinzip Nr. 20 besagt, dass „*Women have a vital role in environmental management and development. Their full participation is therefore essential to achieve sustainable development.*“

Darüber hinaus stellte „Water and Poverty Alleviation“ ein neues Betätigungsfeld dar (Cosgrove und Rijsberman 2000). Hier wird vielfach davon ausgegangen, dass die Einbeziehung von Frauen in Wasserversorgungsprojekte nicht nur den Zielen der Projekteffizienz und der Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch dem Ziel der Armutsreduktion zuträglich sei. Hintergrund ist hier der viel beschriebene Umstand, dass die Mehrheit der Armen weltweit Frauen sind (Coates 2000). Insbesondere von Frauen geführte Haushalte werden als „arm“ klassifiziert und verstärkt in den Blick genommen (Joshi 2002:77).²¹

Seit 2000 intensivierte sich die Beschäftigung des internationalen Wassersektor mit der Gender-Thematik, was nicht zuletzt der Gründung des globalen Netzwerks „Gender and Water Alliance“ (GWA) im Jahr 2000 zugeschrieben wird. Allerdings konstatiert die Gender Water Alliance (GWA 2003:xiv), dass es weit mehr erfordere als Deklarationen auf Konferenzen, um Genderaspekte in der Praxis des Wassersektors zu etablieren (vgl. auch Kapitel 2.1.3).

Es ist deutlich geworden, dass Gender auf programmatischer Ebene Einzug in die globale Wasserpolitik gefunden hat. Dabei wird davon ausgegangen, dass durch Einbeziehung von Frauen in Wasserversorgungsprojekten sowohl Projekteffizienz als auch Geschlechtergerechtigkeit gefördert werde.²²

2.1.2 Gender Mainstreaming als Konzept zur Integration von Genderperspektiven in Wasserprojekte

Aus dem Bedürfnis, den auch im internationalen Wassersektor programmatisch verankerten Genderansatz zu operationalisieren, entstanden Richtlinien und Anleitungen, wie Genderrollen, -interessen, -verantwortungen und sozialer Status systematisch in Entwicklungsprojekten einbezogen werden können (vgl. Moser 1993, Kerstan 1995, Kabeer 1994). Ein für die Analyse hilfreiches Strukturierungselement ist die Differenzierung nach Moser (1993) zwischen praktischen Genderbedürfnissen und strategischen Genderbedürfnissen. *Praktische Genderbedürfnisse* stellen demzufolge unmittelbare Bedürfnisse dar, die das Überleben im Rahmen der sozial definierten Rollen und Geschlechterverhältnisse sichern. Dies betrifft Gesundheitsversorgung, Zugang zu Wasser

²¹Die möglichen Widersprüche zwischen den Zielen von Kosteneffizienz und Kostendeckung im Rahmen von Liberalisierung und Privatisierungen einerseits und dem Anspruch des „Wasser für alle“ im Rahmen von Armutsreduktion andererseits werden dabei selten auf Policy-Ebene thematisiert (Wallace 2003 ; Joshi 2005b; Wallace 2005a).

²²Wallace stellt dazu fest, dass sich die Debatte teilweise darum drehe, „*whether agencies should promote gender equality through water projects because of a commitment to equity, or whether they should try to promote positive changes in gender relations to ensure that water projects provide more water.*“ (Wallace et al. 2005b:116).

und sanitären Anlagen, aber auch die Möglichkeit, einkommensgenerierenden Aktivitäten nachzugehen. Praktische Genderbedürfnisse stellen bestehende Genderungerechtigkeiten nicht direkt in Frage. *Strategische Genderbedürfnisse* fordern hingegen männliche Privilegien und Dominanz heraus. Dies betrifft Ungleichheit bezüglich der genderspezifischen Arbeitsteilung, des Besitzes und der Kontrolle über Ressourcen sowie der Teilhabe an entscheidungsgebenden Strukturen. Da durch strategische Genderbedürfnisse die sozialen Rollen der Geschlechter verändert werden sollen, sind hier Widerstände wahrscheinlicher. Reeves und Baden (2000:14) weisen allerdings darauf hin, dass in der Praxis die Unterscheidung zwischen praktischen und strategischen Genderbedürfnissen oft nicht eindeutig getroffen werden kann. So könne durch die breite Berücksichtigung praktischer Genderbedürfnisse auch eine strategische Transformation der sozialen Rollen erreicht werden. Nichtsdestotrotz ist das Konzept der praktischen und strategischen Genderbedürfnisse als analytische Unterscheidung hilfreich, um die Wechselwirkungen zwischen EZ-Wasser-Projekten und Gender zu beschreiben, weshalb es auch für die in Kapitel 4 vorgenommene Analyse des GTZ-Wasserprojektes aufgegriffen wird.

In diesem Zusammenhang ist auf das Gender Mainstreaming Konzept hinzuweisen, das mittlerweile in vielen Ländern mit vergleichsweise hoher Verbindlichkeit als politische Vorgabe zur Integration einer Genderperspektive in allen Politikbereichen auf die Agenda gehoben wurde²³. Dem Gender Mainstreaming Konzept liegt die Annahme zugrunde, dass *"die Geschlechterfrage als ein wesentliches Kriterium bei der Lösung sozialer, wirtschaftlicher und umweltpolitischer Probleme angesehen"* werden kann. Letztere umfassen auch die Bereitstellung von Trinkwasser und die Klärung von verunreinigten Abwässern²⁴ (Stiegler 1998:21). Deshalb seien *"bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vorneherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt"* (BMFSFJ 2002:5). Das als sektor- und politikfeldübergreifend konzipierte Gender Mainstreaming wurde insbesondere im entwicklungspolitischen Kontext schon früh aufgenommen (vgl. Frey 2003:10)²⁵. In der deutschen Entwicklungspolitik ist Gender

²³1996 wurde von der Europäischen Kommission die "Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft" mitgeteilt (vgl. EU 1996). Mit In-Kraft-Treten des Amsterdamer Vertrages 1999 (EG Vertrag) sind durch Artikel 2 und Artikel 3 Absatz 2 die Mitgliedsstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming verpflichtet (BMFSFJ 2002:22). Auf BRD Ebene „Chancengleichheit von Männern und Frauen“ durch das Bundeskabinett daraufhin als „Leitprinzip“ anerkannt und Gender Mainstreaming wurde in der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) 2001 verankert (vgl. dazu auch Weller et al. 2003:69).

²⁴Vgl. dazu Punkt 256 www.un.org/womenwatch/daw/beijing/platform/ (1.5.2004).

²⁵Im entwicklungspolitischen Kontext wird zwar regelmäßig von „Gender“ gesprochen, dem können aber sehr unterschiedliche Gender-Konzeption zugrunde liegen (Frey 2003:11). Frey weist auf die Tendenz hin, dass neuere Erkenntnisse aus der Gender-Forschung nicht in den genderpolitischen Diskurs der

Mainstreaming seit Mitte der 1990er Jahre programmatisch etabliert. Die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) machte es sich schon seit Anfang der 1990er Jahre zum Ziel, Gender zum integralen Bestandteil ihrer Arbeit zu machen, wovon sie sich nicht zuletzt auch eine Verbesserung der entwicklungspolitischen Wirksamkeit versprach. So stelle *„geschlechtsspezifische Diskriminierung [...] ein Hemmnis für soziale und ökonomische Entwicklung“* dar (GTZ 2001:3).

Gender Mainstreaming kann damit als eines der wesentlichen Konzepte zur Integration von Genderaspekten auch im Wassersektor erachtet werden, weshalb in der vorliegenden Forschungsarbeit daran angeknüpft wird. Gender Impact Assessment (GIA) stellt dabei ein zentrales Instrument des politischen Gender Mainstreaming Konzeptes dar. Da es im (umwelt-)technischen Bereich schon mehrfach zur Anwendung gekommen ist (vgl. Hayn, Schultz 2002; Weller et al. 2003:13) und sich an etablierten Folgenabschätzungsinstrumenten wie der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) orientiert, eignet es sich besonders für die vorliegende Forschungsarbeit. Zu den zentralen Funktionen von GIA gehört die Feststellung, welche Wirkungen eine Maßnahme auf Männer und Frauen sowie auf Geschlechterverhältnisse hat. Darauf aufbauend können Verbesserungsmöglichkeiten bezüglich der Durchsetzung von Chancengleichheit aufgezeigt werden (Hayn, Schultz 2002:12). Das GIA nach Weller et al. (2003:7) beinhaltet dabei zwei Ebenen. Die erste Ebene betrifft die Geschlechterzusammensetzung bei der Beteiligung von Frauen und Männern in den Zielgruppen der jeweiligen Maßnahmen. Die zweite Ebene betrifft das Herausarbeiten inhaltlicher Genderbezüge (Weller et al. 2003:71). Hayn und Schultz (2002:22) schlagen zu diesem Zweck drei Gender-Dimensionen vor, die der Sichtbarmachung von genderspezifischen Betroffenheiten dienen sollen: Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, der Zugang und die Kontrolle über Ressourcen sowie die Gestaltungsmacht von Männern und Frauen in Technik, Wissenschaft und Politik. In ihrer Richtlinie zur Durchführung von GIA schlägt die EU-Kommission wiederum vor, vier Bereiche in den Blick zu nehmen: (1) Die Beteiligung von Männern und Frauen an Entscheidungsprozessen und Entscheidungspositionen sowie das Geschlechterverhältnis in Ziel- und Bevölkerungsgruppe, (2) die Geschlechterunterschiede in Verteilung und Nutzung von Ressourcen, (3) Werte und Normen, wie Ungleichheiten in der Wertschätzung „männlicher“ und „weiblicher“ Charakteristika sowie (4) den Zugang zum Rechtssystem bezüglich legaler, politischer und

entwicklungspolitischen AkteurInnen aufgenommen werden. Dies gilt für das Forschungsfeld „Race und Postkolonialismus“, in dessen Rahmen farbige Feministinnen, Feministinnen des Südens sowie postkoloniale feministische Kritik die Eindimensionalität der westlichen Feministinnen anprangern und statt dessen auf vielschichtige Differenzen unter Frauen abheben (vgl. Clough 1994, Mohanty 1988, Marchand und Parpart 1995).

sozioökonomischer Angelegenheiten (EU 1998:5). Für jeden zu untersuchenden Sachverhalt ist damit spezifisch zu überprüfen, ob die vorgeschlagenen Gender-Dimensionen zum Aufdecken von inhaltlichen Genderbezügen im Rahmen des GIA so anwendbar sind oder ob sie anzupassen bzw. zu erweitern sind (vgl. Kapitel 2.4).

Am Konzept des Gender Mainstreaming wird von EZ-PraktikerInnen mit Arbeitserfahrung im Wassersektor jedoch auch Kritik geäußert. Gender Mainstreaming und die dazugehörigen Instrumente bergen ihnen zufolge die Gefahr, Geschlechterdualismen durch das Differenzieren in Männer- und Frauenrollen noch zu verstärken. Auch wird die Frage aufgeworfen, inwieweit das emanzipative geschlechterpolitische Anliegen von Gender Mainstreaming im Prozess der Integration und Operationalisierung in technokratische Verfahren „verschlungen“ wird. Joshi drückt dies wie folgt aus: *„Gender analysts fear that the dangers of mainstreaming gender as practices currently misinterprets and reduces gender to women and men – stripping away the consideration of the relational aspects of gender power and ideology and how patterns of subordination are reproduced.”* (Joshi 2002:42). Wallace und Coles benennen zudem das Problem, dass Gender nun im Verantwortungsbereich aller liege, was oftmals in der Praxis bedeute „im Verantwortungsbereich von niemandem“ (Wallace und Coles 2005a:7). Auch von Braunnühl (1997) und Callenius (2002) äußern sich grundsätzlich skeptisch bezüglich des emanzipatorischen Potenzials von Gender Mainstreaming. Gleichwohl wird von vielen GenderanalytistInnen (vgl. Frey 2003:180) hervorgehoben, dass die Vielfalt an Interpretationsmöglichkeiten neue Handlungsspielräume eröffne, die es zu nutzen gelte. Die Wirksamkeit des Gender Mainstreaming Konzeptes am Beispiel des GTZ-Wasserversorgungsprojektes Ramallah wird vor diesem Hintergrund kritisch in den Blick genommen.

2.1.3 Stand der Umsetzung – ein kritischer Blick auf die Integration von Genderaspekten in Wasserprojekten

Es zeichnet sich eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Umsetzung von gendergerechten Konzepten ab. So ist ein zentrales Ergebnis der BMZ-Serienevaluierung, in der die Umsetzung des BMZ-Gleichbeteiligungskonzepts in acht Vorhaben der technischen Zusammenarbeit (TZ)- und drei Vorhaben der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) in Marokko, Tansania und Burkina Faso bewertet wurde, dass Frauen deutlich weniger von Entwicklungsvorhaben profitieren als Männer (BMZ 2000). In der Evaluierung wird kritisch bemerkt, dass sich die Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Förderung von Frauen und Männern in den Partnerländern einerseits verbessert haben, die dadurch entstandenen

größeren Gestaltungsmöglichkeiten durch die Vorhaben allerdings nur unzureichend genutzt wurden. Zu dem langfristigen Ziel der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, d.h. den strategischen Genderbedürfnissen, trugen die Vorhaben nur in Ansätzen bei. Männer zogen den größeren Nutzen aus den Projekten; dies gilt auch für die im Projektrahmen angebotenen Weiterbildungsmaßnahmen. Somit wurde der wirtschaftliche und soziale Abstand zwischen Männern und Frauen durch die Projekte nur geringfügig abgebaut (BMZ 2000).

Auch für den Wassersektor ist zu konstatieren, dass obwohl auf programmatischer Ebene die Integration von Genderaspekten in der Wasserversorgung, insbesondere in der häuslichen Wasserversorgung, fortgeschritten ist und sich nahezu alle EZ-AkteurInnen zum Gender Mainstreaming verpflichten, die Umsetzung sich weniger vorteilhaft darstellt. Trotz der vielzitierten Annahme, dass die Projekteffektivität mit Beteiligung von Frauen zunehme, setzen nur wenige Projekte tatsächlich diese programmatischen Ansprüche um (Fong 1996:90). EZ-Wasseraktivitäten mit explizitem Genderbezug finden schwerpunktmäßig in ländlichen, armen Gebieten ohne zentrale Wasserversorgung im Rahmen von kleineren Projekten statt. Sie konzentrieren sich dabei auf die Beteiligung von Frauen in WassernutzerInnen-Komitees, sowie auf Weiterbildung von Frauen im Bereich der Hygieneerziehung und Gesundheit sowie der sparsamen Wassernutzung auf Haushaltsebene. Als „blinde Flecken“ für die Integration von Genderperspektiven im Wassersektor erweisen sich somit großtechnische städtische Wasserversorgungsprojekte (Joshi 2002; von Braunnmühl 2005:16). Außerdem werden durch den Fokus auf den Bereich der häuslichen Wasserversorgung und die Rolle der Frau als Wasserkonsumentin, wie es sich sowohl in Projektpraxis als auch in der Literatur zu Gender, Wasser und Entwicklung widerspiegelt (Wallace 2005a:12), die Bereiche Landwirtschaft und Produktion oft vernachlässigt, obwohl deren prozentualer Anteil an der Wassernutzung mit bis zu 90% des Gesamtwasserverbrauchs wesentlich größer ist (Barlow 2002:126). Auch ist die Rolle von Frauen im Umgang mit der Ressource Wasser ist jedoch nicht auf die häusliche Sphäre zu reduzieren. Frauen sind in vielen Ländern des Südens stark im Bereich der Subsistenzlandwirtschaft, in der kommerziellen Landwirtschaft sowie in den verschiedenen Produktionsbereichen aktiv.

Auch die Annahme, dass es durch Einbeziehung von Frauen in Wasserprojekte zu einer Erhöhung der Projekteffizienz und der Verbesserung des sozialen Status und der Geschlechtergerechtigkeit komme, wird kritisiert; es habe zwar durchaus einige Beispiele für die Erhöhung der Projekteffizienz gegeben, doch die Annahme, dass sich neben der

Projekteffizienz auch der Status von Frauen durch eine verbesserte Wasserversorgung erhöhe, wird von kritischen GenderforscherInnen in Zweifel gezogen (Metha 2000; Joshi 2002). Eingesparte Zeit würde zum Einen nicht unbedingt für einkommensgenerierende Aktivitäten verwendet. Dies hänge oftmals mit fehlenden Ressourcen, Erfahrung, Wissen und Zugang zu Märkten zusammen, aber auch mit der Tatsache, dass freigewordene Zeit von projektbegleitenden, oft ehrenamtlichen Aktivitäten aufgezehrt werde. Es könne zum Anderen nicht pauschal davon ausgegangen werden, dass Frauen über zusätzlich verdientes Geld frei verfügen könnten und dass mit einer geringfügigen Erhöhung des Einkommens auch tatsächlich ein verbesserter sozialer Status einherginge (Wallace 2003). Schließlich kritisiert Joshi in diesem Zusammenhang, dass durch allgemeine Aussagen über den sozialen und ökonomischen Status von Frauen die heterogenen Interessen und Bedürfnisse von Frauen vernachlässigt würden.

Die weit verbreitete Auffassung, dass durch die schiere Präsenz von Frauen in Wasserkomitees schon deren *Empowerment* erreicht würde, wird ebenfalls kritisch gesehen (von Braunmühl 2005:10). So weist von Braunmühl darauf hin, dass jeder tatsächliche Zugewinn an Empowerment von Frauen im Einzelfall erkämpft werden müsse und nicht automatisch durch deren Beteiligung in Wasserkomitees erfolge. Außerdem passiere es nicht selten, dass *"die Wasserversorgung, einmal zufriedenstellend geregelt, vom überaus wichtigen Projekt in den Status von Weiberkram absinkt"* (von Braunmühl 2005:20).

Joshi bringt einen weiteren Aspekt ins Spiel: *"Involving women in projects, rather than challenging the social construction of gender inequality, is easier to achieve and is also quantifiable"* (Joshi 2005:135). House (2005:210) hebt diesbezüglich hervor, dass wenn durch Wasserprojekte auch die Struktur und Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern verändert adressiert werden sollen, die Wasserprojekte gleichzeitig auch von begleitenden Aktivitäten – etwa bildungsfördernden bzw. einkommensgenerierenden Aktivitäten – flankiert werden müssten, um ein strategisches Empowerment von Frauen zu ermöglichen.

Auf einer anderen Ebene weisen EZ-PraktikerInnen auf die Fehlinterpretation des Gender-Konzeptes im Entwicklungsprozess hin. Vielfach werde *Gender* als „Frauen“ bzw. bestenfalls als „Männer und Frauen“ und *Gender Mainstreaming* als „Einbeziehung von Frauen – bzw. Männer und Frauen – in den Entwicklungsprozess“ verstanden, wobei v.a. die Anzahl von beteiligten Frauen in den verschiedenen Projektstadien gezählt werde. Laut Baden und Goetz ist es bei der Übertragung von Gendertheorien in den Entwicklungskontext zu einer Reduktion von *gender* auf *sex* gekommen. Frauen würden isoliert vom gesamten sozialen Kontext als Hauptproblem adressiert und zudem werde angenommen, dass

Geschlechtergerechtigkeit nur auf Haushaltsebene existiere (Baden und Goetz 1998:6f). Dies zeigt sich auch im EZ-Wassersektor.

Während auf Policy Ebene die Erfüllung strategischer Genderbedürfnisse, die das strukturelle Machtgefälle zwischen den Geschlechtern wie den ungleichen Zugang und die Kontrolle über Ressourcen und Teilhabe an Entscheidungsprozessen betreffen, angestrebt wird, wird in der Praxis der Fokus auf die Erfüllung der praktischen Bedürfnisse wie Gesundheit und Arbeitsbelastung von Frauen gelegt, strategische Genderbedürfnisse jedoch weitgehend ausgeblendet (Wallace 2005a:11, Wallace 2003). Laut Osterhaus (1995:9) ist hierfür ausschlaggebend, dass letzteres die (politisch) sensiblere Ebene darstellt, „*da es letztendlich um Macht und Einfluss und um das Selbstbild und Verhalten von Menschen geht.*“

Zu den Gründen, warum sich von der anspruchsvollen Genderprogrammatik nur so wenig in der Umsetzung widerspiegelt, gehören laut Baden und Goetz (1998:7) bürokratisch-technokratische Anforderungen, in deren Verlauf die Komplexität von Genderaspekten und Genderdynamiken verloren gehe. So werde in der EZ-Praxis oft die Berücksichtigung von Gender im Wassersektor durch das Hinzufügen eines „Gender-Absatzes“ in Antragstellung, Projektberichten und Evaluation abgehandelt. Ein häufig dabei auftauchendes Argument ist, dass Wasserversorgung der Gesamtbevölkerung zugute komme und somit gender-neutral sei (Schimmel 1998; Frey 2005:26). Trotz der starken Rhetorik von *poverty*, *gender equality* und *empowerment* werden von Seiten der Geberorganisationen keine Monitoring- und Evaluations-Vorgaben bezüglich der Partizipation am Projektgeschehen und der Wirkungen von Wasserprojekten auf den genderspezifischen Zugang zu Ressourcen oder die Kontrolle über Wasser gemacht. Eine Rolle spiele dabei, dass die Evaluierungen von EZ-Wasserprojekten häufig auf Projektberichten und weniger auf Vor-Ort-Recherchen beruhen und „*mindestens so sehr dem Nachweis erzielter positiver Wirkungen wie dem der kritischen Überprüfung und dem Aufdecken von Schwachstellen dienen*“ (Goetz 2001, zitiert in von Braunmühl 2005:10). Dies treffe in besonderem Maße auf den Bereich Gender zu (von Braunmühl 2005:10). Die wichtigen Fragen, inwiefern einkommensgenerierende Begleit-Projekte Frauen tatsächlich *empowern* und wie lange neu etablierte Wasserkomitees nach Projektabschluss weiter funktionieren, werden jedoch oft nicht evaluiert (Wallace 2003, Wallace und Coles 2005:11).

House berichtet aus ihrer Erfahrung als Ingenieurin in der Entwicklungszusammenarbeit, dass EZ-AuslandsmitarbeiterInnen häufig unter großem Druck stünden, umfangreiche Arbeitspakete zu bewältigen. Dadurch fielen Genderaspekte schnell unter den Tisch, wenn es keine klaren Zielvorgaben, Umsetzungsinstrumente und Evaluationsmethoden gebe (House

2005:223, vgl. auch Wallace und Coles 2005:11). Zwar würden von GenderspezialistInnen theoretische Vorgaben gemacht und Umsetzungsfehler kritisiert, es fehlten jedoch praktische Anleitungen, wie Genderaspekte im Alltagsgeschäft zu integrieren seien. Hier zeigt sich ein Interessenkonflikt zwischen dem Ziel, einerseits schnell eine Wasserversorgung zu gewährleisten und andererseits dies mit Hilfe einer breiten und Frauen *empowernden* Partizipation zu tun. Letzteres erfordert die Erfassung einer komplexen sozialen Realität, was nur durch geschulte, das gesamte Projekt begleitende SozialwissenschaftlerInnen erfüllt werden kann. Dies nimmt jedoch mehr Zeit und mehr Budget in Anspruch (Wallace 2003). In der Realität werden – wenn überhaupt – nur für kurze Zeiträume Personen für den Bereich „Gemeindepertizipation und Gender“ angestellt, die darüber hinaus wenig einflussreiche *junior positions* besetzen (Wallace 2003).

Als weitere Erklärung für die Lücke zwischen internationalen Verlautbarungen, Organisationspolitik und Umsetzung wird die in der Praxis häufig anzutreffende Auffassung genannt, dass *Gender* Teil einer westlichen, feministischen Agenda sei, die nicht in den „Süden“ passe (House 2005:210) und somit eine „*Störung kultureller Authentizität*“ darstelle (von Braunmühl 2005:20).

Schließlich ist es wichtig, um angemessen auf jedes Szenario zu reagieren, die kontextspezifische Umgebung zu berücksichtigen, zumal Geschlechterverhältnisse und deren Einfluss auf Wassersektor und Wasserprojekte sowohl geografisch-kulturell, als auch zeitlich variabel sind (UNDP 2003:16f). Entsprechend wird empfohlen, im Vorfeld eines Projekts eine umfassende Genderanalyse durchzuführen²⁶ (vgl. GTZ 1996, GTZ 1994). In der Praxis wird jedoch selten – weder im Vorfeld, noch im Verlauf von Wasserprojekten – eine Genderanalyse durchgeführt. Ein Problem in diesem Zusammenhang besteht darin, dass bislang nicht genug genderdisaggregierte Daten vorliegen, um zu überprüfen, wer von einer verbesserter Wasserversorgung profitiert, da Daten unterhalb der Haushaltsebene kaum erhoben werden (Wallace, Wilson 2005:116). Dadurch werden jedoch die Interessenkonflikte, die sich aus unterschiedlichen, teilweise überlappenden Interessen der einzelnen Haushaltsmitglieder ergeben, und die Art und Weise, wie diese verhandelt werden, nicht erfasst. Dabei ist bekannt, dass die Interessen der Haushaltsmitglieder entlang der Kategorien Geschlecht, Alter, Wohlstand, Ethnie variieren (UN 2000:4; Fisher 2006).

Bei der nachfolgenden empirischen Untersuchung des GTZ-Wasserversorgungsprojektes (vgl. Kapitel 4 und 5) gilt es, die vorgenannten Kritikpunkte zu berücksichtigen.

²⁶Dabei wird auf die Frage des geschlechtsspezifischen Zugang zu Ressourcen und Infrastruktur, der Arbeitsteilung und -belastung, rechtliche Rahmenbedingungen und Gesundheit verwiesen (vgl. GTZ 1996, GTZ 1994).

2.1.4 Genderrelevante Dimensionen bei der Durchführung von EZ-Wasserprojekten

In der Literatur zum Thema Frauen bzw. Gender und Wasser werden verschiedene Aspekte als relevant für die Integration von Genderperspektiven in Wasserprojekten genannt. Von Bedeutung sind dabei zunächst die Anregungen, die von Gender-PraktikerInnen der Entwicklungszusammenarbeit zur Integration von Gender in den verschiedenen Projektstadien gegeben werden (Kapitel 2.1.4.1). Anschließend werden die in der Literatur genannten Genderdimensionen vorgestellt. Im Einzelnen wird dabei zunächst auf die Organisationsebene (2.1.4.2) und auf Partizipationsstrategien in EZ-Wasserprojekten (2.1.4.3) sowie auf die in der Literatur zu den Genderdimensionen Technische Gestaltung von Wasserversorgung (2.1.4.4), Arbeitsteilung (2.1.4.5) und Zugang zu Wasser (2.1.4.6) beschriebenen Genderaspekte eingegangen.

2.1.4.1 Integration von Gender im gesamten Projektzyklus

Zur Frage, wie Genderaspekte im gesamten Projektzyklus von der Projektplanung über die Implementierung bis zum Monitoring und der Evaluation eines Wasserprojektes integriert werden können, wurden verschiedene Empfehlungen gegeben (vgl. Osterhaus 1995; AusAID 2000; Osterhaus 2000; ADB 2005c). Diese Anregungen sind für die Überprüfung der Umsetzung von Gender Mainstreaming im GTZ-Wasserversorgungsprojekt Ramallah (vgl. Kapitel 4) sowie die daran anknüpfenden Handlungsempfehlungen zu berücksichtigen.

Projektplanung und -vorbereitung Dem Stadium der Projektplanung und -vorbereitung wird als Weichenstellung für das gesamte folgende Projekt und insofern auch für die Integration von Genderperspektiven besondere Bedeutung beigemessen. Hier sollte darauf geachtet werden, dass schon in den Projektzielen Gendergerechtigkeit und die Integration einer Genderperspektive explizit mit aufgenommen werden (ADB 2005c:12f). Dabei ist auch Sorge dafür zu tragen, dass alle ProjektmitarbeiterInnen darüber informiert werden. Schon in der Projektantragstellung sollten entsprechende Maßnahmen wie die Durchführung einer umfassenden Genderanalyse und die Möglichkeit, einkommensgenerierende Aktivitäten in den Projektrahmen einzubinden, schriftlich fixiert werden (ADB 2005c:8f). Von entscheidender Bedeutung ist dabei, dass dafür auch genug Zeit und Budget bereitgestellt wird, da es andernfalls erfahrungsgemäß unwahrscheinlich ist, dass ernsthaft Genderperspektiven im Projekt integriert werden können. Auch das Festlegen der Verantwortlichkeiten für einzelne Schritte der Integration von Genderaspekten entlang des gesamten Projektzyklus im Vorfeld hat sich als günstig erwiesen (ADB 2005c:7).

Schon in einem frühen Stadium des Projektes ist es erforderlich, die Einstellung von ausreichend weiblichem Projektpersonal, die Sicherstellung von Genderexpertise im Projektteam und Gender-Fortbildungsmaßnahmen für das Projektteam sowie die oftmals technokratisch arbeitenden Partnerorganisationen des Wassersektors zu verankern (AusAID 2000:4ff; Osterhaus 2000).

Außerdem sollten auf Projektzielebene geschlechtsspezifische Indikatoren unterhalb der Haushaltsebene etabliert werden, um die Projektfortschritte überwachen und evaluieren zu können. Beispiele für solche Indikatoren sind die Anzahl der Männer und Frauen, die an Trainingsmaßnahmen, Projektmeetings und Bauaktivitäten teilgenommen haben, die Anzahl von Frauen und ihre jeweiligen Positionen in Wasserorganisationen und lokalen Wasserkomitees sowie die Anzahl von Frauen, die Zugang zu Krediten erlangt haben und deren Einkommen sich durch projektbegleitende Aktivitäten und Arbeitsmöglichkeiten erhöht hat (ADB 2005c:23).

Für die Durchführung der Genderanalyse, die als Basis für ein besseres Projektdesign und eine bessere -umsetzung dient, wird empfohlen, zunächst schon vorhandenes Material wie Genderstatistiken und Genderanalysen zur Wasserversorgung in der Projektregion, sozio-ökonomische Daten der Zielgruppe sowie die wasserrelevante Gesetzgebung wie Erbschafts- und Wassersubventionsgesetz zu analysieren (ADB 2005c:12). Darüber hinaus sollte auch eine eigene empirische Haushaltsstudie zur Erhebung genderdisaggregierter Daten bezüglich Nutzung und Umgang mit Wasser, Wasser-Bedürfnissen und -Beschränkungen in der Zielgruppe durchgeführt werden (ADB 2005c:12).²⁷

Implementierung Osterhaus (2000) weist auf das Problem hin, dass die Projektplanung oftmals genderblind erfolgt und somit keine grundlegende Weichenstellung zur Integration von Genderperspektiven vorhanden ist. Nichtsdestotrotz können ProjektmitarbeiterInnen vor Ort noch in der Durchführungsphase wichtige Schritte unternehmen. Osterhaus (2000) zählt dazu drei Maßnahmen auf: Zunächst sollte unter Beteiligung der Partnerorganisation eine geschlechterspezifische Zielgruppenanalyse durchgeführt werden, in der die spezifischen Interessen, Ansichten und Organisationsformen von Frauen und Männern im betreffenden Sektor identifiziert werden. Außerdem sei die Durchführung eines Genderworkshops eine Chance "*[...] sich als Team systematisch mit dem Thema auseinander zu setzen.*" Der

²⁷Laut (ADB 2005c:16ff) sollten die erhobenen Daten optimalerweise demografische, ökonomische und Informationen über Gesundheit, Bildung, Status von Frauen, Geschlechterrollen und -verantwortungen, die Verfügbarkeit und die Kosten von Wasser, die Art der Wassersammlung, -aufbewahrung und -transport sowie *coping* Mechanismen bei Wasserknappheit und bei Wasserkonflikte umfassen. Relevant sind darüber hinaus Daten zum nicht wasserbezogenen Zugang und der Kontrolle über Ressourcen sowie über Wasserorganisationen in der Projektregion und dem Interesse und der Beteiligung von Frauen.

Workshop sollte dabei aber kein isoliertes Ereignis darstellen. Die Ergebnisse des Gender-Workshops sollten Handlungsrelevanz für das Projekt haben (Osterhaus 2000:16f.). Schließlich können GenderexpertInnen angestellt werden, die das Projekt bezüglich gendersensibler Vorgebensweisen begleiten und beraten (Osterhaus 2000).

Während der Implementationsphase ist auf gendersensible Partizipationsstrategien zu achten (vgl. dazu auch Kapitel 2.1.4.3); dies betrifft die Etablierung von WassernutzerInnenkomitees, Projektmeetings, die Mitbestimmung bei der technischen Ausgestaltung des Projektes sowie der jeweiligen Finanzierungsoptionen (ADB 2005c:19). Auch bei Betrieb und Wartung der neuen Technologien und der Infrastruktur sollten Frauen nicht vom Training und der Anstellung als PumpenmechanikerInnen oder Wasserquellen-BeobachterInnen ausgeschlossen werden. Während der Implementationsphase sind darüber hinaus Mechanismen zu entwickeln, die sowohl Männern als auch Frauen die Möglichkeit zum Feedback geben (ADB 2005c:29).

Monitoring und Evaluation Bei Monitoring und Evaluation ist darauf zu achten, dass in der gesamten Projektdokumentation Projektergebnisse und -aktivitäten geschlechtsspezifisch differenziert werden (ADB 2005c). Dies wird dadurch erschwert, dass die oftmals unbezahlten Tätigkeiten von Frauen nicht dokumentiert und deshalb schwer zu erfassen sind (Khosla 2004). Dabei sollten die Ergebnisse des fortlaufenden projektinternen Monitorings auch in der Formulierung der neuen Jahrespläne Niederschlag finden (Osterhaus 1995; Osterhaus 2000) Bei den externen Projektprüfungen sollte außerdem sichergestellt werden, dass Gender als Querschnittsthema in den Gutachterteams verankert wird (Osterhaus 2000:21). Die externe Projektprüfung stellt eine Chance dar, die genderpolitischen Vorgaben (von BMZ und GTZ) in das Vorhaben zu integrieren (Osterhaus 2000:21). Auch eine abschließende Genderevaluierung des Projektes erweist sich als vorteilhaft, um die Frage zu untersuchen, ob Männer und Frauen in gleichem Maße Partizipationsmöglichkeiten im Projekt hatten und wie Männer und Frauen vom Projekt profitieren konnten (AusAID 2000:42).

2.1.4.2 Organisationsebene

Auf der Ebene von internationalen, nationalen und lokalen Organisationen sind verschiedene Aspekte für die Integration einer Genderperspektive von Bedeutung. Sie betreffen neben dem Organisationsprofil und der jeweiligen Geschlechterzusammensetzung auf den verschiedenen Hierarchieebenen auch Fragen der Organisationskultur und des jeweiligen "persönlichen" Bereichs der einzelnen MitarbeiterInnen (vgl. dazu Diaz-Gonzalez 2001:15).

Geschlechtsspezifische Unterschiede drücken sich innerhalb von Organisationen auf vielfältige Weise aus. Ein augenscheinlicher Unterschied besteht in der Geschlechterzusammensetzung. Weltweit sind in den oberen Hierarchieebenen von Organisationen und Unternehmen vorwiegend Männer, in den mittleren und unteren Hierarchieebenen jedoch mehr Frauen zu finden (Diaz-Gonzalez 2001:10). Dies gilt ebenso für den Wassersektor in Ländern des Südens (House 2005:213) wie für den europäischen Raum, wo in technischen Bereichen des Wassersektors deutlich mehr Männern als Frauen arbeiten²⁸ (Schultz et al. 2001:85ff.).

Hier spielt laut Diaz-Gonzalez (2001:10) eine Rolle, dass Familie in vielen Fällen ein Hindernis für die Karriere von Frauen, jedoch nur selten für die Karriere von Männer darstelle. Frauen besetzten häufiger als Männer Teilzeitstellen und seien oftmals weniger flexibel als Männer, sowohl was Arbeitszeit, als auch was den Arbeitsort angehe. Weibliche Angestellte verbringen darüber hinaus im Durchschnitt mehr Zeit mit Kindern und Haushaltsaufgaben als männliche Angestellte.

Für die Umsetzung von Genderzielen wird darauf hingewiesen, dass sich ein angemessener Mix innerhalb der Belegschaft, sowohl was Geschlechter als auch Disziplinen – technische und sozialwissenschaftliche – angeht, als günstig erweist, um kreative, gendersensible Lösungen zu finden (Osterhaus 2000; ADB 2005c:8f). Dies ist gerade auch in den mit der Projektumsetzung befassten lokalen Teams von Bedeutung, die eine Schlüsselrolle spielen, um einen besseren Zugang zu Wasser zu erreichen, ohne Frauen vom Projektgeschehen auszuschließen. Da in verschiedenen Kulturen Frauen nicht ohne weiteres mit nicht zur Familie gehörenden Männern kommunizieren können, ist für sie die Möglichkeit, mit weiblichen MitarbeiterInnen im Projektteam in Kontakt zu treten, von entscheidender Bedeutung (Wallace 2003).

Von Interesse ist zudem das in Kapitel 2.1.2 angesprochene Gender Mainstreaming-Konzept, das für Organisationen im Allgemeinen und nicht nur für spezifisch im Wassersektor tätige Organisationen entwickelt wurde. Laut von Braunmühl (2004) besteht die Umsetzung von Gender Mainstreaming in entwicklungspolitischen Organisationen aus mindestens drei Phasen, die für die Umsetzungsüberprüfung (Kapitel 4) zu berücksichtigen sind: Die Phase der Verschriftlichung, in der das Mandat festgelegt und Handreichungen und Tool-Kits publiziert werden, die Art und Weise der institutionellen Handhabung und schließlich die

²⁸In der Wasserqualitätskontrolle seien mehr Frauen zu finden. In der Abwasserbehandlungsforschung wiederum seien kaum Frauen im mechanisch-technischen Bereich zu finden, sondern in der (mikro-)biologischen Analyse (vgl. Schultz et al. 2001:85ff.).

Frage, wie im Rahmen lokaler Kooperationsbezüge das Gender Mainstreaming vermittelt und umgesetzt wird.

Obwohl viele Organisationen, insbesondere solche, die in der internationalen Zusammenarbeit tätig sind, explizite Gender-Unternehmensstrategien haben, sehen sie sich vielfach mit internen Widerständen gegen die Arbeit mit Gender konfrontiert (Porter 1999). Diaz-Gonzalez (2001:14f) beobachtet verschiedene Haltungen und Reaktionen auf die Einführung von Genderperspektiven in die Organisation durch die einzelnen MitarbeiterInnen. Für viele sind Genderbelange schlichtweg unsichtbar und somit nicht relevant. Andere erkennen Geschlechtergerechtigkeit zwar auf gesellschaftlicher Ebene an, nicht jedoch innerhalb der eigenen Organisation. Verbreitet ist schließlich auch die Haltung, die Genderproblematik auch innerhalb der Organisation anzuerkennen, dabei aber anzunehmen, dass durch vereinzelte Aktivitäten wie die Durchführung eines Gendertrainings oder Gründung einer Genderabteilung das Problem zu lösen sei.

Als Gründe für die Widerstände gegen die Umsetzung von Gender Mainstreaming werden genannt, dass die Integration von Genderaspekten in die bisherigen Arbeit und damit deren Veränderung auch die Auseinandersetzung mit Gender auf einer persönlichen Ebene erfordere. Dies werde oftmals als komplex, zeitaufwendig und konfliktrüchig empfunden. Auch werde die Befürchtung geäußert, dass ein Genderfokus die ursprünglichen Organisationsziele – möglichst viele Leute mit Frischwasser zu beliefern – verändern bzw. den Rahmen sprengen würde (Levy 2001). Die jeweilige Haltung der projektdurchführenden MitarbeiterInnen gegenüber Gender Mainstreaming ist damit für dessen Umsetzung von entscheidender Bedeutung und ist entsprechend auch in der Umsetzungsprüfung (Kapitel 4.2) zu berücksichtigen.

Die Verpflichtung bzw. das Bekenntnis von höchster Stelle zur Genderprogrammatisierung kann laut Wallace (2005b:130) und House (2005:224) als essentiell erachtet werden, um gegen solche Widerstände anzukommen und den Willen zu einem Wandel und die Bereitschaft zur Beschäftigung mit der Genderthematik zu schaffen. Ferner sei darauf zu achten, dass die Gender-Unternehmensstrategie auch Niederschlag in den Organisationszielen, der Organisationsstruktur und -kultur findet. So sollte Männern und Frauen der gleiche Zugang zu den ausgeschriebenen Arbeitsstellen ermöglicht werden. Auch sei es sinnvoll darauf zu achten, dass das neu eingestellte Personal über Genderexpertise bzw. Genderbewusstsein verfüge. Schließlich könne durch ein angemessenes Belohnungssystem für Gender-Engagement sowie ein gutes Gendertraining-System organisationsinternen Widerständen entgegengewirkt werden (Diaz-Gonzalez 2001).

2.1.4.3 Partizipationsstrategien

Wasserpolitik umfasst neben Infrastrukturpolitik auch Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitik. Die ausschließliche Orientierung an der technischen Effizienz der Versorgungs- und Entsorgungsstrukturen, die in den meisten Fällen von IngenieurInnen sichergestellt wird, verstellt dabei den Blick auf alternative lokale bzw. regionale nachfrageorientierte Ansätze der Wasserwirtschaft. In der feministischen Technikkritik wird deshalb schon lange gefordert, dass beim Umgang mit Wasser neben fachspezifischem Wissen auch Alltags- und Erfahrungswissen zum Tragen kommen sollte (Knothe 2003:23). Wassermanagement sollte dabei als partizipatorischer Dialogprozess unter Einbeziehung aller Stakeholder verstanden werden. Dies erfordert neben der Berücksichtigung der Sektoren Landwirtschaft und Industrie auch, dass die Phase der Wassernutzung unter Einbeziehung des spezifischen Wissens von Frauen und Laien sowie regionaler Spezifika wie Wasserreserven und Landschaft in den Blick genommen wird (Knothe 2002, Knothe 2003:22ff, Schultz et al. 2001:89).

In der Entwicklungszusammenarbeit wurde schon seit den 1980er Jahren erkannt, dass Zielgruppen stärker in die Projektarbeit einbezogen werden müssen. Dies war nicht zuletzt der Erfahrung geschuldet, dass es aufgrund mangelnder Beteiligung der Stakeholder zuvor immer wieder zu Problemen bei der technischen Umsetzung der Projekte und zu unbefriedigenden Projektergebnissen gekommen war (vgl. auch Kapitel 2.1.1). Mittlerweile ist Partizipation – unter dem Stichwort *community participation* – im gesamten Projektzyklus ein wichtiges Prinzip der EZ-Praxis geworden, das erhöhte Legitimität und Projekteffizienz verspricht (vgl. BMZ 2005).²⁹

Partizipation kann auf verschiedenen Ebenen und mit sehr unterschiedlicher Intensität stattfinden. Von Braunmühl fasst diese zu folgender viergliedriger Einteilung zusammen, auf die auch bei der Analyse des GTZ-Wasserversorgungsprojektes im Ramallah Distrikt zurückgegriffen wird: Die höchste Partizipationsebene ist die der institutionalisierten Rechte, gefolgt von der Ebene der Einflussnahme im Sinne von Mitwirkung bzw. Mitentscheidung sowie der Ebene der Konsultation und schließlich der niedrigsten Partizipationsebene, der Informationsvermittlung (von Braunmühl 2005:9f).³⁰

²⁹Dies entspricht der Argumentationsstruktur für die Einbeziehung von Gender/ Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit im Allgemeinen und in Wasserprojekten im Speziellen (vgl. Kapitel 2.1).

³⁰Die deutsche Entwicklungsorganisation GTZ unterscheidet diesbezüglich zwischen systemischer Partizipation im Sinne der Verankerung von Institutionen, Gesetzen und Regeln, die Partizipation ermöglichen und gewährleisten; demokratischer Beteiligung an Entscheidungs- und Steuerungsprozessen und der direkten Beteiligung der NutzerInnen. <http://www.gtz.de/de/themen/uebergreifende-themen/908.htm> (Zugriff 5.2.2009). Von Braunmühl 2005 unterscheidet des Weiteren für den Fall der Wasserversorgung die an Partizipation Beteiligten in drei Statusgruppen: BürgerInnen, die über das Recht auf demokratische Steuerung, Kontrolle und

In EZ-Projekten findet Partizipation dabei oft als Entgegennahme von Informationen von Behörden, Wasserversorgern oder EZ-Institutionen durch die WassernutzerInnen sowie als physische Beteiligung an Baumaßnahmen bzw. an der Versorgung der Bau-Teams statt. Zunehmend werden aufgrund negativer Erfahrungen bei Ausbleiben weiterreichender Partizipation Nutzergruppen nicht mehr lediglich als EmpfängerInnen von Regeln und Informationen, sondern als KonsultationspartnerInnen wahrgenommen. Insbesondere bei der Neueinrichtung von Wasserstellen – dazu gehören Brunnen im ländlichen und öffentliche Zapfstellen oder Anschlusspolitik im städtischen Bereich – werden vermehrt die Präferenzen der WassernutzerInnen bezüglich deren Lokalität und der technischen Optionen konsultiert und ggf. berücksichtigt. Das gleiche gilt für die Veränderungen von Wasserpreisen, wobei Einzelmodalitäten wie soziale oder verbrauchsbezogene Tarifabstufungen von Nutzergruppen ausgearbeitet und vorgeschlagen werden können (von Braunmühl 2005:17ff.).

Hinsichtlich der Partizipationsstrategien im EZ-Kontext hat das sogenannte Ownership-Konzept entscheidende Bedeutung gewonnen. Gemeint ist damit, *„außerhalb eines bestimmten sozialen Zusammenhangs entstandene Konzepte und per Intervention umgesetzte materielle Maßnahmen bei den so genannten Zielgruppen solchermaßen zu verankern, dass diese die externe Vorgabe als ihr Eigenes annehmen und weiterführen.“* (von Braunmühl 2005:61). Durch die Würdigung lokalen Wissens, indem in Umsetzungsprozesse selbst gewählte Optionen eingehen und an vertraute Verfahrensweisen angeknüpft werden kann, soll die Aneignung bzw. zumindest die Akzeptanz der EZ-Intervention erhöht werden (von Braunmühl 2005:61). Das Ownership-Konzept wurde dabei aus frauenpolitischer Perspektive mit Blick auf die mögliche gestiegene Belastung von Frauen im Zuge der Verantwortungsverlagerung für die Grundversorgung vom Staat auf die BürgerInnen kritisch diskutiert (von Braunmühl 2005; Brewster 2006:22). Insbesondere infolge des seit den 1990er Jahren verfolgten Ziels der Vollkostendeckung sind Partizipationsstrategien zur Erhöhung der Akzeptanz für Tariferhöhungen sowie zur Projekteffizienzsteigerung durch die Kostenbeteiligung der WassernutzerInnen auf die Tagesordnung der EZ-Arbeit im Wassersektor gerückt (von Braunmühl 2005:12f).

Fallstricke nicht gendersensibler Partizipationsstrategien Einhelligkeit herrscht in der Auffassung, dass Partizipationsstrategien nützlich sind, um diejenigen zu erreichen, die ansonsten vom Projektgeschehen ausgeschlossen wären. Obwohl EZ-Institutionen nicht müde werden, die besondere Rolle von Frauen als Wassermanagerinnen zu betonen und auf die

Legitimation verfügen; KundInnen mit Verbraucherrechten, deren Zugang zu Wasser über Kaufkraft vermittelt ist sowie NutzerInnen. Dabei weist von Braunmühl (2005:67) darauf hin, dass bei entwickelter technischer Versorgungs-Infrastruktur *„der Unterschied zwischen Bürger und Kunde tendenziell virtuell wird“*.

Effizienzsteigerung der Projekte durch explizite Adressierung und Einbeziehung von Frauen zu verweisen, werden häufig in Wasserprojekten als Zielgruppe lediglich die Gemeinde, die NutzerInnen bzw. die Projektbegünstigten allgemein benannt, ohne weiter zu differenzieren. Hier ist Vorsicht geboten, da innerhalb der allgemein gefassten Zielgruppen – wie „Wasser-NutzerInnen“ – Macht- und Hierarchiegefälle bestehen. Die Erfahrungen mit partizipativen Prozessen haben gezeigt, dass ohne besondere Berücksichtigung der Verschiedenheiten zwischen Männern und Frauen, Angehörigen unterschiedlicher sozialer Schichten, Ethnien, Religionen etc. die Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen vernachlässigt und Machtungleichgewichte innerhalb von Gemeinden, Haushalten und Familien reproduziert werden (vgl. World Water Council 1999, UNDP 2003:13f., Regmi 2005:97) und sich häufig die Ansichten von führenden Persönlichkeiten der Gemeinde (*local leaders*) stellvertretend für die Ansicht der gesamten Zielgruppe durchsetzen (Joshi 2005:140). Dies führt nicht selten zu einer erhöhten Belastung für diejenigen mit den geringsten Machtressourcen, die sich im Partizipationsprozess nicht durchsetzen konnten (Joshi 2005:141). Verschiedene Studien haben gezeigt, dass insbesondere in diesen Fällen die Partizipation nicht zur erwünschten Erhöhung von Projekteffizienz, sondern vielmehr zu negativen Projektergebnissen führt (Prokopy 2004, Joshi 2005:141, vgl. auch Box 1).

Box 1: Bad-Practice-Beispiele für fehlende gendersensible Partizipationsstrategien bei der technischen Gestaltung von Wasserprojekten

Bei der Planung und Implementierung von Wasserprojekten sollte bezüglich der Anzahl, der genauen Verortung und technischen Gestaltung von Brunnen, Wasserpumpen, Latrinen, der Art des Wassertransportes bei Abwesenheit einer zentralen Wasserversorgung und der individuellen oder kollektiven Ausgestaltung der Nutzungsform der Infrastruktur auf genderspezifische Präferenzen geachtet werden (ADB 2005c:12ff.). Auch die Frage der Wahl von einfachen bzw. technisch komplexen Lösungen spielt hier eine Rolle, da letztlich die NutzerInnen die Technologie durch ihre Wasserrechnungen wenigstens in Teilen finanzieren.

Ein Beispiel für eine nicht genutzte Infrastruktur aufgrund fehlender Berücksichtigung der NutzerInnenpräferenzen wird von Fisher (2006:10) angeführt: So waren in einem Projekt in Südafrika Toiletten gebaut worden, die für schwangere Frauen und Frauen mit kleinen Kindern zu klein waren. (Fong 1996:13) führt ein weiteres Projektbeispiel in einem ostafrikanischen Land an, wo Latrinen und Wasserstellen entlang der Straßen gebaut wurden, da sie so für die ProjektmitarbeiterInnen leichter zugänglich waren. Da es jedoch als unschicklich für Frauen gilt, beim Betreten der Toiletten bzw. beim Baden gesehen zu werden, wurden die neu errichtete Infrastruktur nicht, bzw. nur nachts von Frauen und Mädchen genutzt. Hier wurde die Arbeitsbelastung für Frauen und Mädchen erhöht, anstatt diese zu entlasten.

Ein weiteres *bad practice* Beispiel aufgrund von fehlender Beteiligung führen (Coates 2000) an. So wurden in einem Wasserversorgungsprojekt in Nepal Brunnen in Betrieb genommen, deren gemauerte Fassung so hoch und breit war, dass es selbst für einen der hochgewachsenen Evaluatoren schwierig war, Wasser aus dem Brunnen zu holen. Dementsprechend schwierig muss es für die generell kleineren nepalesischen Frauen sein, ihrer täglichen Aufgabe des Wasserholens nachzukommen. Hier hätte stärker auf die körperlichen Eigenschaften der HauptwassernutzerInnen geachtet werden sollen. Es zeigt sich, dass IngenieurInnen und PlanerInnen häufig nach der sogenannten *I-methodology* vorgehen, d.h. die eigenen Eigenschaften und Fähigkeiten zum Maßstab nehmen (Akrich 1995). Aus der unzulänglichen technischen Gestaltung des Brunnens ergaben sich negative Folgen für die Arbeitsbelastung wasserholender Frauen sowie ein erschwerter Zugang zur Ressource Wasser.

In der Literatur werden Empfehlungen für die gendersensible Umsetzung von Partizipationsstrategien gegeben. Dazu gehört zunächst abzusichern, dass durch Einführung einer Frauenquote bei Projekt- und NutzerInnen-Treffen eine angemessene Repräsentation der Geschlechter gewährleistet ist (UNDP 2003:13f). Dabei sei es wichtig, darauf zu achten, dass nicht nur Frauen und Männer der höheren sozialen Schichten eingebunden werden, da dies bestehende Konflikte und Ungleichheiten noch verstärken könne. Auch das Abhalten geschlechtlich getrennter Treffen kann sinnvoll sein, da in vielen Kulturen Frauen nicht frei vor Männern sprechen können und wollen (Khosla 2004:34).

Um niemanden indirekt von Arbeits- und Planungstreffen der Wasserprojekte auszuschließen, ist die Berücksichtigung von männlicher und v.a. weiblicher Arbeitsbelastung, familiärer Verpflichtungen und Arbeitszeiten für das Ansetzen für Zeit und Ort von Arbeitstreffen von großer Bedeutung (Khosla 2004:34). Außerdem sollte mindestens eine Frau im Projektteam eingestellt werden, um einen leichteren Zugang zu Frauen der Zielgruppe zu finden. Um das Gender-Bewusstseins des Projektteams zu steigern, sollten Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt werden, zumal nicht davon ausgegangen werden kann, dass Frauen automatisch über ein größeres Genderwissen und -interesse verfügten (ADB 2005c:8, Coates 2000). Schließlich sollte darauf geachtet werden, dass die projektbegleitenden Trainings- und einkommensgenerierenden Aktivitäten explizit auch für Frauen stattfinden, um nicht den verbreiteten Fehler zu wiederholen, Männern bezahlte Arbeit und Frauen unbezahlte Aufgaben aufzubürden (Coates 2000, UNDP 2003:13f, Andersson 1985).

Von Braunmühl (2005:20) resümiert, dass aus Frauenbeteiligung resultierende Rechte und ein verbesserter Status selten ohne konfliktreiche Auseinandersetzungen erreicht werden. Die aktive Veränderung der Rolle von Frauen im Zuge von Projektaktivitäten sollte nicht ohne ausreichendes Wissen über die lokalen Genderrollen und -dynamiken in Angriff genommen

werden, das im Projektvorfeld mittels Genderanalysen zu sammeln ist (Wallace 2005a:17). Bei Fehlen begleitender Maßnahmen kann es andernfalls zu einem erhöhten sozialen Druck auf Frauen und damit einer zusätzlichen Belastung für diese kommen (Khosla 2004:40).

Partizipation in dezentralen kleintechnischen und zentralen großtechnischen Wasserprojekten In der EZ-Umsetzungspraxis hat sich gezeigt, dass das umfassendste Angebot an (gendersensiblen) Partizipationsmodellen sich auf die Ebene der unmittelbaren WassernutzerInnen bezieht, wobei direkte partizipative Strukturen insbesondere für unterversorgte ländliche, ökonomisch und infrastrukturell marginalisierte Gebiete angeboten werden (Narayan 1995; Gross 2001; GWA 2003). Dabei wird auf die potenzielle Gefahr hingewiesen, Genderrollen als gegeben anzunehmen, anstatt diese herauszufordern, da Projektplanende und -durchführende oftmals implizit davon ausgingen, dass Männer für die „öffentlich-technische“ Sphäre und Frauen für die „häuslich-private“ Sphäre von Wassermanagement zuständig seien (Wallace 2003, Knothe 2003). Damit wird jedoch die häufig zentrale Rolle von Frauen in der Landwirtschaft und Produktion übergangen. Gerade im Wassersektor seien naturalisierende Geschlechterbilder wirksam (von Braunmühl 2004). Bestenfalls führe dies zur Nicht-Adressierung von Ausschlussmechanismen im schlimmsten Fall zur Reproduktion und Verstärkung von Geschlechterdichotomien und damit zu einer Eingrenzung von Handlungsoptionen für Männer und Frauen, statt wie erwünscht zu einer Ausweitung (Knothe 2003, von Braunmühl 2004, Joshi 2005:135). Ein Beispiel dafür ist die weitverbreitete Projekt-Praxis, im öffentlichen Raum sichtbare und bezahlte Arbeiten an Männer zu vergeben und die unsichtbaren, unbezahlten Gemeinde-Aufgaben an Frauen zu delegieren (Khosla 2004:39).

Es zeigt sich somit, dass aus dem auf Policy-Ebene formulierten Anspruch, Frauen auf allen Ebenen und in allen Projektstadien im Wassersektor zu beteiligen, oftmals die Beteiligung von Frauen auf Gemeindeebene in ländlichen kleintechnisch-dezentralen Wasserprojekten geworden ist (Wallace 2003). Systematisch vernachlässigt wird dabei, wie Frauen auf institutioneller, nationaler und regionaler Ebene an Entscheidungsprozessen teilhaben können (Joshi 2002). Auch für großtechnische städtische Wasserversorgungssysteme mit Hausanschlüssen gibt es neben den üblichen Repräsentations- und Delegationsorganen wie sektorbezogenen Verbraucherverbänden kaum direkte – und noch weniger gendersensible – Partizipationsmöglichkeiten für die WassernutzerInnen in Bezug auf die Planung und Entscheidung über technische Optionen, Wartung und Betrieb. Das Phänomen, dass bei Einführung zentraler Wasserversorgungssystemen "die Genderdimension markant

zurücktritt“, ist dabei sowohl in Entwicklungsländern als auch in Industrieländern anzutreffen (von Braunmühl 2005:12, 64).³¹

Als eine Ursache dafür wird angeführt, dass die Möglichkeiten zur *direkten* Beteiligung von NutzerInnen an Planungs- und Umsetzungsprozessen für die zentrale Wasserversorgung größerer Gemeinden und Städte aus organisatorischen Gründen begrenzt sind. Vorgeschlagen wird hier Beteiligung mit Hilfe eines Delegiertensystems, bei dem jeweils VertreterInnen für einzelne Nachbarschaften, Viertel oder Straßenzüge benannt werden, wobei wiederum auf eine gender- und sozial-gerechte Auswahl der Delegierten zu achten ist (GWA 2003:28). House (2005:219) regt als Ingenieurin in EZ-Wasserprojekten sogar an, dass wichtige Projektentscheidungen in Generalversammlungen getroffen werden sollten, um tatsächlich auf die Bedürfnisse der WassernutzerInnen eingehen zu können. Für städtische Wasserversorgungsprojekte mit zentraler Versorgungsinfrastruktur wird weiter angeregt, dass Kontakt zu vorhandenen Interessengruppen in der Projektregion wie lokalen Frauengruppen, und NGOs, Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherverbänden aufgenommen werden sollte. Hier gelte es, deren Interesse und Potenzial, sich mit dem Thema Wasserversorgung zu beschäftigen, zu analysieren und verschiedene von Informationsvermittlung und Konsultation bis hin zu Entscheidungsrechten reichenden Einbindungsmöglichkeiten zu prüfen (Coates 2000).

Laut von Braunmühl treten im Fall großtechnischer Wasserversorgung die Eigenmechanismen von politischen und betrieblichen Prozessen mit ihrer allgemeinen Problematik patriarchal geprägter bürokratischer Strukturen besonders stark hervor. Insofern sieht von Braunmühl als Genderdimension netzgebundener Wasserversorgung *"allgemeine Geschlechterdifferenzen in Betrieb, Verwaltungen oder politischen Beteiligungsstrukturen"*,³¹; diese ergäben sich jedoch nicht *„unmittelbar aus einem geschlechtsspezifischen Bezug zu Wasser.“* Sie resümiert, dass ein Herrschaftskonflikt vorliegen mag, der *"allerdings [...] solange latent bleibt, wie aus ihm nicht artikulierte Ansprüche und offen ausgetragene Auseinandersetzungen resultieren. [...] Sie [Partizipation] ist nur denkbar, wenn Strukturen der Unterordnung und der Fremdrepräsentation in Frage gestellt und eigene Ansprüche angemeldet werden.“* (von Braunmühl 2005:64 f.).

³¹In einer Fallstudie zur Partizipation im Wassersektor Frankreichs und England/ Wales identifiziert von Braunmühl bezüglich der Partizipation im Wassersektor ein *"deutlich vernehmbares geschlechterpolitisches Schweigen"*. Dies betreffe auch Bereiche, wo aufgrund internationaler Debatten Gender-Ansatzpunkte zu erwarten wären, wie die bei der Erhöhung der Wasserpreise zu erwartende besondere Belastung für alleinerziehende Frauen. Gleichzeitig seien auch keinerlei Statements von Seiten der lokalen, regionalen und nationalen Frauenorganisationen zu finden (von Braunmühl 2005:58).

Dass Partizipation der NutzerInnen auch bei zentraler Wasserversorgungsinfrastruktur funktionieren kann, wird anhand der beiden in Box 2 dargestellten Beispiele deutlich. Diese bestätigen die genannte These von Braunmühl, dass das Anmelden eigener Bedürfnisse nach Mitsprache und Gestaltungsmacht eine wichtige Voraussetzung für gelungene Partizipation darstellt.

Box 2: Beispiele für Partizipationsstrategien in großtechnischen zentralen Wasserversorgungsprojekten

Zwei seltene Beispiele für eine gelungene Partizipationsstrategie bei der Implementierung eines zentralen Wasserversorgungssystems führen (Coates 2000) an.

Das erste Beispiel ist ein Ende der 1960er Jahre begonnenes Wasserprogramm in Malawi, bei dem 47 zentrale Wasserversorgungssysteme implementiert wurden, die insgesamt über eine Millionen Menschen mit Wasser versorgen. Der Erfolg des Projekts bestand darin, dass als Wasserquelle höhergelegene Quellen oder Flüsse genutzt wurden, so dass keine Pumpenergie für den Wassertransport notwendig war (*gravity flow water system*) und somit die Wasserversorgung günstig und zuverlässig umgesetzt werden konnte. Neue Anschlüsse wurden nur auf Anfrage der Gemeinden durchgeführt, die daraufhin systematisch in Systemdesign und -planung sowie Implementierung integriert wurden (Coates 2000).

Das zweite Beispiel ist der Fall der *Mothers' Clubs* in Surigao, Philippinen. Die Clubs bieten Gesundheitsvorsorge und einkommensgenerierende Aktivitäten an. Da viele Frauen mehrere Kilometer weit in die Berge gehen mussten, um Wasser zu holen, wandten sie sich an die Stadtverwaltung, um ein schwerkraftbasiertes Wasserversorgungssystem in ihre Dörfer legen zu lassen. Dazu arbeiteten die *Mothers' Clubs* mit dem technischen Team bei der Durchführbarkeitsstudie (*feasibility study*), dem Systemdesign und der Implementierung zusammen. Nicht zuletzt auch aufgrund der guten Geländekenntnisse der Clubmitglieder konnten Geld gespart und weitere Dörfer an das System angeschlossen werden (Coates 2000).

Von Braunmühl konstatiert im Sinne der feministischen Technikkritik, dass das Fehlen von Genderbezügen bei großtechnischen zentralen Wasserversorgungssystemen in der einschlägigen Literatur auf einen „blinden Fleck“ deuten kann. Hier verweist sie auf Wellers Konzept der expliziten und impliziten Genderbezüge, die es erst aufzudecken gelte. Der blinde Fleck resultiere nicht zuletzt aus dem Fehlen genderdifferenzierter Daten zur Wasserversorgung insbesondere unterhalb der Haushaltsebene sowie „*aus der Einseitigkeit der Fragestellungen*“ (von Braunmühl 2005:69). In diesem Sinne ist es Ziel der vorliegenden Forschungsarbeit, Einblicke in die Genderbezüge großtechnischer Wasserversorgungsprojekte zu geben. Deutlich geworden ist, dass gendersensible Partizipationsstrategien Institutionen bezüglich Kompetenzen, Zeit und Flexibilität herausfordern.

2.1.4.4 Technische Gestaltung und deren Gender Impact

Im natur- und ingenieurwissenschaftlich-technischen Bereich, zu dem auch der Wassersektor zählt, herrscht nach wie vor die Annahme von Geschlechtsneutralität und eine Rezeptionssperre gegenüber Erkenntnissen aus der Frauen- und Geschlechterforschung vor (Collmer 1999:7, Weller et al. 2003:70). RepräsentatInnen der feministischen Technikforschung kritisieren seit Anfang der 1980er Jahre den Anspruch der Natur- und Ingenieurwissenschaften auf Objektivität und Geschlechtsneutralität³². Auch aus der Technikgenese-Forschung³³ wird seit Ende der 1980er Jahre auf den komplexen Zusammenhang zwischen Technik und Gesellschaft hingewiesen: Diesem Verständnis zufolge stellen Technologien keine neutralen Artefakte dar, sondern tragen immer auch den jeweiligen sozialen (Entstehungs-)Kontext in sich, was auch die Gender-Beziehungen der an der Planung Beteiligten beinhaltet. Cockburn (1992) spricht in diesem Zusammenhang von „*gendered technologies*“.³⁴ Technologien sind in dieser Perspektive Ergebnis von Konflikten und Kompromissen, deren Lösung zu großen Teilen von der Verteilung von Macht und Mitteln zwischen verschiedenen Gruppen abhängt (Wajcman 1994:194). Im Fall der Entwicklungszusammenarbeit betrifft dies nicht nur Gruppen innerhalb einer Gesellschaft, sondern auch zwischen zwei Gesellschaften mit sehr unterschiedlicher Macht- und Mittel-Ausstattung. Da die Wahl und Gestaltung der jeweiligen Technologie auch die Vorstellungen der an Planung und Entscheidung Beteiligten widerspiegelt, spielen auch der genderspezifische Zugang zu entscheidungsrelevanten Stellen des Wassersektors bzw. bei EZ-Wasserprojekten deren jeweilige Partizipationsstrategien eine entscheidende Rolle.

Zentrale Wasserversorgungssysteme werden in der Technikforschung als „*großtechnische, sachtechnisch vernetzte, über weite Räume und Zeiten erstreckte Strukturen oder Gebilde*“, definiert, „*bei denen materiell-technische Artefaktsysteme mit sozialen Organisationssystemen verbunden werden, wobei von System zu System das Dominanzverhältnis zwischen diesen beiden Subsystemen variiert*“ (Gil 1999:82). Die genaue Ausgestaltung von Wasserversorgungssystemen ist als Resultat regional unterschiedlicher historischer Prozesse zu verstehen und kann sich daher auch unterschiedlich vollziehen

³²Hier gibt es ebenfalls verschiedene Ansätze, die Gender und Technologie erfassen. Ökofeministische Studien, Liberale feministische Studien oder die Strömung, die aus einer historischen Perspektive Technologie als maskuline Kultur versteht (Grint 1995:1). Letztere hebt hervor, dass Frauen seit dem frühkapitalistischen Stadium bis zur heutigen westlichen Zivilisation von Technologie(-entwicklung) ausgeschlossen sind (vgl. dazu auch Cockburn 1992; Wajcman 1994; Wächter 2000, Greif 2000:33).

³³Die sozialwissenschaftliche Technikforschung stellt ein weites Feld dar, das Technikfolgenabschätzung, Technikbewertung und Techniksoziologie umfasst. Die Technikgeneseforschung untersucht seit Ende 80er Anfang 90er Jahre, wie soziale Konstellationen (gesellschaftliche Akteure, kulturelle Muster, Leitbilder, wirtschaftliche, militärische und staatliche Interessen) in den Prozess der Technikentwicklung und -produktion einfließen und die Entscheidung für oder gegen eine Technologie mitbedingen (vgl. dazu Collmer 1999:56).

³⁴Akrich spricht in diesem Zusammenhang auch von *I-methodology* (Akrich 1995).

(Hummel 2004:18).³⁵ Dabei stellt ein einmal geschaffenes zentrales Wasserversorgungssystem ein Element langer Dauer mit starken Beharrungstendenzen dar (van Laak 2001). Nichtsdestotrotz können auch großtechnische Wasserversorgungssysteme durch neue technische Entwicklungen, zunehmende Diversifizierung der Nachfrage, ökologische Problemlagen, ebenso wie durch Bevölkerungsexplosionen bzw. Bevölkerungsrückgang oder bei gewaltsamen Konflikten unter Druck geraten (Hummel 2004:81).

Die historisch-veränderliche gesellschaftliche Wasserversorgungsordnung umfasst neben institutionellen, technisch-materiellen und natürlichen Strukturen auch die unterschiedlichen Formen und Muster der wasserbezogenen Versorgungsarbeit (Hummel 2004:19). Die Veränderung des Wasserversorgungssystems durch Einführung einer (neuen) Technologie bzw. Infrastruktur – auch im Rahmen von EZ-Wasserprojekten – kann somit zu einer Veränderung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Arbeitsbelastung – sowohl innerhalb von Haushalten als auch zwischen Hausarbeit und Erwerbsarbeit – führen (Hummel 2004:20). Auch der genderspezifische Zugang zu Wasser sowie die Kontrolle über Wasser kann durch die jeweilige technische Gestaltung des Wassersystems beeinflusst werden (Hummel 2004a:20). In der Techniksoziologie wird deshalb von einem wechselseitigen Einfluss von (Wasser-)Versorgungssystem und Gesellschaft ausgegangen. Insbesondere zu großtechnischen Wasserversorgungssystemen im EZ-Kontext lagen dabei nur wenig genderspezifische Untersuchungen vor.³⁶

Ein Ansatzpunkt zur Ermittlung dieser Genderbezüge ist die Untersuchung der Frage, ob die neue Wasserinfrastruktur tatsächlich den Bedürfnissen der verschiedenen sozialen Gruppen gerecht wird. Dazu gehört auch die Frage, ob sie von diesen in gleichem Maße genutzt wird oder ob im Projektverlauf bestimmte Ausschlussmechanismen wirksam geworden sind. So ist ein häufig genannter Kritikpunkt an EZ-Wasserversorgungsprojekten, dass Hausanschlüsse an das zentrale Wassernetz oftmals mittelständischen Haushalten zugute komme, indem sich deren Zugang zu Wasser verbessere. Die zahlenmäßig weit überlegenen ärmeren Bevölkerungsschichten in ländlichen und städtischen Gebieten hingegen blieben aufgrund ihres oft nicht vorhandenen Anschlusses an das zentrale Wassernetz außen vor und müssten

³⁵Ein Beispiel dafür stellt die Durchsetzung der im nord-europäischen Raum etablierten Schwemmkanalisation im 19. Jahrhundert dar, die zu ihrer Zeit keineswegs unumstritten sondern Gegenstand kontroverser Diskussionen gewesen war. Dagegen ins Feld geführt wurde insbesondere der Verlust von organischen Wertstoffen für die Landwirtschaft sowie das Problem der Flussverunreinigung, wohingegen die Verfechter der Schwemmkanalisation von der „Selbstreinigungskraft natürlicher Gewässer ausgingen“ und zum anderen die technische Durchführbarkeit anderer Systeme anzweifelten (ausführlich dazu Knothe 2002:23ff).

³⁶In Deutschland ist in diesem Zusammenhang auf die Arbeiten des Instituts für sozial ökologische Forschung (ISOE) hinzuweisen, die ihren Blick auf die sozialen Dimensionen auch von netzgebundenen Wasserversorgungssystemen richten. Dazu gehören die Projekte DEMONS, NETWORKS www.isoe.de (18.6.2007).

sich paradoxerweise für teures Geld Wasser von Wassertankern oder Wasser kiosken kaufen (von Braunmühl 2005:60).

Auch die in Box 1 genannten Beispiele verdeutlichen, dass beispielsweise durch ungünstiges Brunnendesign die Arbeitsbelastung für Frauen sich erhöhen und deren Zugang zu Wasser sich verschlechtern kann. Aufschlussreich sind die Studien von Page, der die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung beim Bau von Wasserinfrastruktur untersucht hat. Page (2005:60f) hebt hervor, dass zum Bau von Wasserinfrastruktur zum einen die physische Arbeit wie das Bewegen von Materialien, Graben und Bauen gehört. Dabei weist er historisch nach, dass an den genannten Arbeiten immer auch Frauen teilgenommen haben. Zum anderen gehören jedoch zum Bau von (Wasser-)Infrastruktur auch indirekte Arbeiten wie Geld zu sammeln, Essen für die GemeindearbeiterInnen zuzubereiten und die Arbeitskomitees am Laufen zu halten. Insbesondere die letztgenannten Aktivitäten, die zwar wichtig, aber wenig prestigeträchtig seien, blieben ihm zufolge oft unsichtbar und seien hauptsächlich von Frauen übernommen worden (Page 2005:60f).

Dieses Phänomen wird noch heute in EZ-Wasserprojekten beobachtet. Zwar proklamieren insbesondere solche Projekte, die auf programmatischer Ebene Gender berücksichtigt haben, dass aufgrund der verbesserten Wasserversorgung die Arbeitsbelastung von Frauen sich verringere und dadurch mehr Zeit für einkommensgenerierende Aktivitäten bliebe. Studien haben jedoch gezeigt, dass in vielen wasserarmen Regionen die Implementierung und Ausgestaltung von moderneren Wasserversorgungssystemen die Arbeitsbelastung von Frauen verstärkt hat, während Männer häufig begünstigt wurden (vgl. Zwarteven 1997; Francis 2001). Laut Regmi (2005:107) und Kamminga (1991) wurden tatsächlich freigewordene Zeitressourcen von Frauen durch unbezahlte Aktivitäten wie die Teilnahme an Wasserkomitee-Meetings, das Eintreiben von Wasserrechnungen oder das Sauberhalten und Warten von Wasserstellen aufgebraucht. Die höhere Projekteffizienz werde damit durch eine erhöhte Belastung von Frauen erreicht (Joshi 2002). Noch in den frühen 2000ern gültig war der Befund, dass bezahlte Stellen (auch) in EZ-Wasserprojekten regelmäßig an Männer vergeben und unbezahlte freiwillige Gemeinde-Aufgaben von Frauen ausgeführt wurden (Regmi 2005:108).

Damit zusammenhängend bestehen auch Zweifel, ob sich im Zuge von Projektaktivitäten Statusveränderungen von Frauen ergeben. So kann es vorkommen, dass traditionell von Frauen ausgeführten Tätigkeiten von Männern übernommen werden. Ein Beispiel dafür sind die Wartung und das Monitoring von Wasserstellen, die vormals von Frauen erledigt wurden und infolge von Projekten zu bezahlten, daraufhin von Männern übernommenen Tätigkeiten

wurden. Dies stellt einen Wegfall von potenziellen Einkommensquellen für Frauen dar (GTZ 1994, ADB 2005, von Braunmühl 2005:20). Umgekehrt kann sich die bewusste Vergabe bezahlter Stellen in gesellschaftlich männlich konnotierten Berufen wie etwa als WasserpumpentechnikerInnen und die Übernahme von verantwortungsvollen Posten in Wassernutzerinnenkomitees sich positiv auf das Selbstvertrauen von Frauen und deren Status in der Gemeinde auswirken (Fisher 2006:48f).

In der Techniksoziologie wird weiter angeregt, das Augenmerk nicht nur auf Technologie-Erfindung und -Entwicklung, sondern auch auf die Technik-Nutzung in den verschiedenen Kontexten zu richten da diese jeweils mit unterschiedlichen sozialen Gestaltungsmöglichkeiten verbunden sind (Schmidt 1999:16). Insbesondere die Technologie-Nutzung und Anwendung wurden lange Zeit in der Technikforschung vernachlässigt, bieten jedoch wichtige Gender-Anknüpfungspunkte, die es auch für die vorliegende Forschungsarbeit zu berücksichtigen gilt (vgl. dazu auch Weller et al. 2004).

Die Notwendigkeit, die Technologienutzung in der Projektpraxis stärker zu berücksichtigen illustriert ein Beispiel von House (2005:215): Die internationale Hilfsorganisation WaterAID hatte in einem Dorf in Kiteto (Tanzania) ein Brunnenfeld rehabilitiert und anschließend ein Nutzungssystem etabliert, demzufolge Männer für das Diesel der Wasserpumpe zahlen mussten, um ihr Vieh zu tränken, während Frauen die Wasserpumpe umsonst nutzen konnten. Es zeigte sich, dass als Resultat Frauen den ganzen Tag neben dem Brunnen warten mussten, bis sie ihr Wasser holen konnten, da die zahlenden Männer Priorität hatten. Insofern stieg hier die Arbeitsbelastung der Frauen, gleichzeitig hatte sich ihr Zugang zu Wasser verschlechtert.

2.1.4.5 Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Bezug auf Wasser

Unabhängig von der technischen Gestaltung von Wasserinfrastruktur bietet die Genderdimension „Arbeitsteilung“ einen Ansatzpunkt, um inhaltliche Genderbezüge von Wasserversorgung sichtbar zu machen. Laut Schultz et al. (2001:95) stellen sich hier Fragen nach der genderspezifischen Wassernutzung, der Verantwortungsteilung für wasserbezogene Aufgaben und der daraus resultierenden Arbeitsbelastung.

Es lässt sich beobachten, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Wasserbereich global erstaunliche Übereinstimmungen aufweist: Frauen wird vielerorts gesellschaftlich die Verantwortung für die Bereitstellung und den Umgang mit Wasser für den häusliche Bedarf zugewiesen. Dies umfasst zum einen auf Haushaltsebene die Bereiche des Waschens, Putzens und Kochens, der Pflege von Kranken und Alten sowie der Hygiene- und Gesundheitserziehung der Kinder. Die genannten Tätigkeiten sind dabei dem Bereich der

Reproduktion zuzuordnen. Diese geschlechtsspezifische Zuordnung ist grundsätzlich auch in Industrieländern anzutreffen;³⁷ der Unterschied besteht insbesondere darin, dass die Aufgabe des Wasserholens aufgrund der größtenteils vorhandenen zentralen Wasserversorgungsnetze in den Siedlungsgebieten der Industrieländer wegfällt. In wasserarmen, ländlichen Regionen des Südens bringen Frauen und Mädchen bis zu acht Stunden täglich für Wasserholen auf (WEDO 2003; Khosla 2004).³⁸ In der Folge bleiben Mädchen aufgrund ihrer Verantwortung für die Wasserbereitstellung vom Schulunterricht fern (Fisher 2006:45, UNDP 2006)³⁹ und Frauen fehlt die Zeit für einkommensgenerierende Tätigkeiten. Beides wirkt sich nachteilig auf das Einkommen und die Bildung und damit den sozialen Status von Frauen aus (Schultz et al 2001:90).

In diesem Zusammenhang relevant ist auch die Frage der Hygiene(-erziehung) und Gesundheit. So stellen mangelhafte Wasserqualität, mangelhafte sanitäre Einrichtungen und Hygienepaxis die Hauptursachen für bis zu 88% der Durchfallerkrankungen in Entwicklungsländern dar; jährlich sterben 1,8 Millionen Kinder an Durchfall und anderen durch Wasser übertragenen Krankheiten (UNDP 2006:V). Durch eine verbesserte Wasser- und Abwasserqualität könnte die Sterblichkeit aufgrund von Durchfallerkrankungen um durchschnittlich 65% und die ähnlicher Krankheiten um 26% reduziert werden. Neben Kindern sind auch Frauen, da sie aufgrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung am meisten direkten Kontakt mit Wasser und häuslichen Abwässern haben, einem besonderen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt.⁴⁰ Außerdem erhöht sich durch die Krankheitsfälle auch die Arbeitsbelastung von Frauen, die häufig die anfallenden Pflege- und Fürsorgearbeiten übernehmen. Dies resultiert wiederum in soziale Benachteiligungen für Frauen und Mädchen, da diese weniger Zeit haben, um einkommensgenerierenden Tätigkeiten nachzugehen bzw. regelmäßig zur Schule zu gehen (Schultz et al. 2001:87ff.). Schließlich führt auch das Tragen der schweren Wasserkanister in vielen Fällen langfristig zu gesundheitlichen Problemen für Frauen.

Einen weiteren Faktor, der für die genderspezifische Arbeitsteilung von Bedeutung ist, stellt die Wasserknappheit dar. Laut Human Development Report der UN (UNDP 2006) verfügten 2006 über eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu ausreichend sauberem Wasser. Es

³⁷Schultz verweist hier auf eine Studie des Statistischen Bundesamtes (1998, 110), dass der Vorgang des Wäsche-Waschens in Deutschland 1999 die größte Gender-Lücke aufwies: Männer beschäftigten sich demzufolge täglich 3 Minuten, Frauen im Durchschnitt täglich 45 Minuten mit Waschen und Bügeln (Schultz et al. 2001).

³⁸Vgl. auch http://www.unfpa.org/issues/factsheets/pdfs/linking_water.pdf (10.2.2006).

³⁹Vgl. auch http://www.unicef.org/pdeduc/education/girlsedu/girls_ed.htm (10.2.2006).

⁴⁰Laut UNFPA konsumieren rund eine Milliarde Menschen unsauberes Wasser, wobei hervorgehoben wird, dass die meisten davon arme Frauen und Kinder seien http://www.unfpa.org/issues/factsheets/pdfs/linking_water.pdf (10.2.2006).

wurde prognostiziert, dass sich diese Situation noch zuspitzen werde. Dabei sind die Auswirkungen von Wasserknappheit gender- und klassenspezifisch. Wasserknappheit betrifft weltweit am stärksten arme Männer und Frauen, die nicht über die notwendigen Mittel verfügen, um auf teurere Alternativen zurückgreifen zu können. Am stärksten betroffen sind dabei kleine ländliche Gebiete und arme städtische Viertel, die über keine Wasseranschlüsse an eine zentrale Wasserversorgung verfügen. Dabei leiden Frauen und Mädchen besonders unter Wasserknappheit, da sie immer längere Wege zu und längere Wartezeiten an Wasserstellen in Kauf nehmen müssen und mehr Aufwand betreiben müssen, um Wasser zu sparen und trotzdem ihren Haushalts- und subsistenzwirtschaftlichen Aktivitäten nachgehen zu können. Auch führt Wasserknappheit zu riskanteren Hygienepraktiken und somit zum verstärkten Auftreten von durch Wasser übertragenen Krankheiten, was wiederum die Arbeitsbelastung für Frauen und Mädchen erhöht (GWA 2003:27).

Auch die Wassernutzung spielt für das Herausarbeiten von Genderbezügen in EZ-Wasserversorgungsprojekten eine Rolle. Wasserqualität und -quantität haben abhängig von sozialem Status, Gender, Alter oder Lokalität eine unterschiedliche Relevanz. Dies resultiert in jeweils unterschiedlichen Wassernutzungsschemata. Die von den verschiedenen NutzerInnengruppen verbrauchte Wassermenge und die Art der Wassernutzung variiert dabei abhängig von der klimatischen Zone, vom Umweltbewusstsein, vom Geschlecht mit jeweils genderspezifischen wasserbezogenen Zuständigkeiten, von kulturellen Gewohnheiten, Hygienestandards sowie der jeweiligen wirtschaftlichen Situation. Ein Beispiel dafür ist, dass ökonomisch besser gestellte Frauen oft mehr Wasser zum Kochen, Saubermachen und Waschen benutzen, als ärmere Frauen (Schultz et al 2001:94, von Braunmühl 2004:71, Knothe 2002, Joshi 2005a). Frauen aus armen Haushalten insbesondere in ländlichen Gebieten brauchen Wasser zum Gemüseanbau und zur Viehhaltung in kleinem Maßstab, häufig für Subsistenzwirtschaft, während Männer in ländlichen Gebieten Wasser für größere Anbauflächen und Viehhaltung in größerem Maßstab, oft für exportorientierte Wirtschaft benötigen. Hier kommt es nicht selten zu Konkurrenzen um die Wassernutzung zwischen Männern und Frauen (Schultz et al. 2001:87). EZ-Bewässerungsprojekte priorisieren jedoch häufig den Wasserbedarf von Männern, während der Wasserbedarf von Frauen von ProgrammplanerInnen oft nur in Bezug auf ihre Haushaltsrolle wahrgenommen wird (CFD 2005:3). Insofern ist es wichtig, die genderspezifische Wassernutzung nicht nur im häuslichen Bereich, sondern auch in den Bereichen Industrie, Produktion und Landwirtschaft genderspezifisch zu analysieren, da dies für die wasserbezogene Arbeitsteilung und Alltagsorganisation von Bedeutung ist. Andersfalls werden durch EZ-Programme und

-Projekte Geschlechterstereotypen verstärkt, indem Frauen und Männer auf fixe Rollen festgeschrieben werden (CFD 2005:3).

2.1.4.6 Genderspezifischer Zugang zu Wasser und Kontrolle über Wasser

Der genderspezifische Zugang zu Wasser und die Kontrolle über die Ressourcen gehören zu den strategischen Genderbedürfnissen, die das strukturelle Machtgefälle zwischen den Geschlechtern berühren (vgl. Moser 1993). Aus der Literatur zu Gender, Wasser und EZ (vgl. Boschmann 1996; GWA 2003; Coles 2005) lassen sich jenseits der Frage der jeweiligen Technikgestaltung (vgl. Kapitel 2.1.4.4) verschiedene Gender-Anknüpfungspunkte benennen, die hier von Bedeutung sein können. Dazu gehören der genderspezifische Besitz von Land, Haus und Einkommen und die genderspezifische Beteiligung an entscheidungsrelevanten Stellen des Wassersektors und der Politik.

EZ-Fachkräften ist häufig nicht bekannt, wie der Zugang zu wichtigen Ressourcen – Land, Kapital, Beratung, Ausbildung und Information – geschlechtsspezifisch festgelegt ist. Der oft eingeschränkte Zugang von Frauen und armen Bevölkerungsschichten zu wichtigen Ressourcen ist jedoch eine der Ursachen, die diese Gruppen häufig ohne entsprechende kompensatorische Maßnahmen von Entwicklungsvorhaben a priori ausschließen (Osterhaus 1995:15). Der Zugang zu Wasser und die Kontrolle über Wasser wird durch verschiedene soziale und technische Bedingungen bestimmt. So kann Zugang zu Wasser durch privaten Landbesitz mit dazugehörigem Brunnen, durch kollektiven Landbesitz und durch den Zugang zu öffentlichen Wasserspeichern, Flüssen oder Wasserquellen gewährleistet werden. Auch das Verfügen über (Haus-)Wasseranschlüsse an die zentrale Wasserversorgungsinfrastruktur bzw. den marktwirtschaftlich geregelten Zugang zu Wasser mittels Kauf von Wassertankern oder privaten Brunnenbesitz bestimmen die Art der Wasserversorgung (Khosla 2004). Jede dieser Zugangsarten hat spezifische soziale und technische Charakteristiken, nach denen Arbeitsaufwand, Kosten, Art der Entscheidungsfindung, Technologien und Innovationsprozesse variieren (Khosla 2004).⁴¹

Insofern spielen für die Frage des Zugangs und der Kontrolle über Wasser die Verfügung über Land- und Haustitel sowie über Einkommen bzw. Ersparnisse eine Rolle. In vielen Fällen sind Wasserrechte und damit der Zugang zu Wasser an Landtitel geknüpft. Dies gilt insbesondere für die Bewässerung landwirtschaftlich genutzter Flächen. Auch der Besitz von Häusern bzw.

⁴¹Joshi weist dabei darauf hin, dass die Unterschiede bezüglich der Einkommens-Armut in Haushalten ein Resultat des unterschiedlichen Zugangs und Besitz von Gütern ist, dessen produktiver Wert oftmals durch den Zugang zu Wasser gewährleistet ist. Gradueller Zugang und Kontrolle über Wasser innerhalb von Haushalten weise auf eine komplexe Verknüpfung von sozialen, politischen und ökonomischen Dimensionen von Armut hin, die water decision-making beeinflussen. „*the poorest have not only the least access to physical and/or capital assets, but also the least opportunities to convert assets to productive resources.*” (Joshi 2005a).

Wohnungen ist generell günstig für den gesicherten Zugang zu Wasser, da nur so die Voraussetzung dafür gegeben ist, bei Vorhandensein einer zentralen Wasserversorgung einen Hausanschluss zu legen. Landbesitz ist in vielen Ländern jedoch extrem ungleich verteilt, ein kleiner Teil der Bevölkerung besitzt den Großteil des Landes. Dies gilt auch für die Verteilung des Landbesitzes zwischen Frauen und Männern: Frauen besaßen im Jahr 2004 global nur 2% des bebaubaren Landes, obwohl sie 60-80% der Nahrungsmittel produzierten (CFD 2005:2).

Land- und Haustitel werden vielfach auf den Namen der meist männlichen Haushaltsvorstände ausgestellt, so dass diese letztlich das Eigentum an Grund und Boden kontrollieren. Darüber hinaus definiert sich Bodeneigentum oft über Blutsverwandtschaft, was auf Frauen durch ihre Einheirat nicht zutrifft. Sie verfügen daher zumeist nur über Nutzungsrechte (Fahrenhorst 2000:245). Im Todesfall des Ehemanns, im Fall dauerhafter Migration, Scheidung oder anderer Streitigkeiten befinden sich Frauen bezüglich ihrer Besitzansprüche in einer rechtlich ungesicherten Situation, was insbesondere bei Streitigkeiten zu einem Problem werden kann (Boschmann 1996). Insofern spielt auch der legale Rahmen in Form von Erbschaftsrecht, Eigentumsrecht und Personenstandsgesetz mit den jeweiligen Heirats- und Scheidungsregelungen sowie ggf. Wassersubventionsgesetze mit möglichen Sozialklauseln eine Rolle für den genderspezifischen Zugang zu Wasser und sollte sinnvollerweise für jeden Fall einzeln analysiert werden (ADB 2005c:8).

Der Besitz von Einkommen bzw. Guthaben und Ersparnissen ist ebenso von Bedeutung, da in vielen Fällen saubere, sichere Wasserquellen kostenpflichtig sind. Das für Wasser ausgegebene Geld kann insbesondere für ärmere Haushalte mit bis zu 30% des Gesamthaushaltsbudgets durchaus signifikant sein (Khosla 2004; PHG 2005a). Dabei sind es häufig Frauen, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für häusliches Wassermanagement die Wasserrechnungen zu begleichen haben (von Braunmühl 2005:20). Auch hier ist wiederum der Besitz von Haus- und Landtiteln relevant, da dieser den Zugang zu Krediten und damit zu Finanzmitteln erleichtert (Boschmann 1996, Khosla 2004).

Laut Human Development Report der UN (UNDP 1995:4) waren 1994 weltweit 1,3 Milliarden Menschen arm, davon 70% Frauen. Dies ist mitnichten ein „Entwicklungslandproblem“, sondern ist auch in Industriestaaten wie Deutschland virulent, wo laut Bundesregierung Frauen im Jahr 2003 nur etwa 70 Prozent der Vermögenssummen besaßen, über die Männer im Schnitt verfügten (Bundesregierung 2004: 35). Auch die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt hängt direkt mit ihrem Einkommen und somit mit ihrem potenziellen Zugang zu Wasser zusammen. Hier zeigt sich, dass trotz signifikanter

regionaler Unterschiede weltweit Frauen eine durchweg niedrigere Beteiligung am formalen Arbeitsmarkt und höhere Arbeitslosenraten aufweisen als Männer und insofern über weniger Einkommen verfügen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 2: Ausgewählte Arbeitsmarktdaten weltweit (2007)

	Anzahl ökonom. aktiver Frauen je 100 ökonom. aktiver Männer	Erwerbstätigenquote [%]		Erwerbslosenquote [%]	
		Frauen	Männer	Frauen	Männer
Welt	66,9	49,1	74,3	6,4	5,7
EU und entwickelte Ökonomien	82,0	49,1	64,0	6,7	6,2
Lateinamerika und Karibik	70,5	47,1	73,7	10,9	6,9
Naher und Mittlere Osten	38,7	28,1	70,3	15,6	10,3
Nordafrika	34,8	21,9	69,1	16,2	9

Quelle: (ILO 2008:24 f.)

Wie schon in Kapitel 2.1.1 dargestellt, sind von Frauen geführte Haushalte, deren Zahl im Kontext von gewaltförmigen Konflikten häufig rapide ansteigt, im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit ins Blickfeld gerückt, da diese als besonders von Armut und sozialem Ausschluss betroffen gelten (Hasiba 2004; Joshi 2005a). Dieser Umstand kann entsprechend negative Auswirkungen auf den Zugang zu Wasser bzw. die Kontrolle über Wasser für diese Haushalte haben, weshalb in Gender Mainstreaming-Handreichungen im Wassersektor häufig angeregt wird, auf das Vorhandensein und die spezifische Situation von Frauen geführter Haushalte in der Zielgruppe einzugehen (vgl. GTZ 1994; ADB 2005c:8f).

Joshi kritisiert dabei, dass das generalisierende Negativ-Bild der „*poor third world women*“ der komplexen Realität nicht gerecht werde (Joshi 2005:136). Stattdessen könne ein weiblicher Haushaltsvorstand auch positive Aspekte wie weniger patriarchale Kontrolle, weniger häusliche Gewalt und Missbrauch mit sich bringen (Baden und Milward 2000, BRIDGE 2001). Gleichwohl sollten die vielfach größeren Schwierigkeiten für weibliche Haushaltsvorstände in Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Krediten, Haus- und Landtiteln nicht verleugnet werden. Die oben angeregte Überprüfung der spezifischen Situation von Frauen geführten Haushalten in der Projektregion kann also bezüglich des Zugangs zu Ressourcen und zu Wasser – ohne jedoch generalisierend von einer Marginalisierung derselben auszugehen – als wichtiger Gender-Anknüpfungspunkt erachtet werden.

Die Gestaltung der Wasserversorgung und damit auch der Zugang zu Wasser und die Kontrolle über die Wasserressourcen wird maßgeblich von herrschenden Macht- und

Besitzverhältnissen wie von entscheidungsrelevanten Gremien des Wassersektors und der Politik bestimmt. Dazu gehören lokale und regionale Räte, nationale Regierungen und Legislativgremien sowie Wasserversorger und -entsorger, Wasserverbände und -behörden. Von Braunmühl (2005:18) resümiert in diesem Kontext, dass die Art und Weise, wie die meisten Gesellschaften – sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer – verfasst sind, „*im öffentlichen Raum in Präsenz und Stimme das männliche Geschlecht begünstigt*“. Ein Blick auf die politische Arena, insbesondere deren höhere Ebenen zeigt, dass weltweit Frauen deutlich unterrepräsentiert sind (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Politische Repräsentation von Frauen in Legislative (2007) und Exekutive (2005) in ausgewählten Ländern und Regionen

	Legislative (Frauen im Parlament) [%]	Exekutive (Frauen auf Ministerialebene/ in der Regierung) [%]
Schweden	47,3	52,4
Ruanda	45,3	35,7
Finnland	42,0	47,1
Costa Rica	38,6	25
Argentinien	36,8	8,3
Deutschland	30,6	46,2
Spanien	30,5	50,0
Namibia	26,9	19
Albanien	7,1	5,3
OECD	24,0	22,0
EU	22,5	21,3
Welt	16,6	14,5

Quelle: (UNDP 2007:330-346.)

Ähnliches gilt wie in Kapitel 2.1.4.2 dargestellt für den Wassersektor, in dem Frauen weltweit deutlich unterrepräsentiert sind. Der gleiche Zugang für Männer und Frauen der unterschiedlichen sozialen Schichten zu entscheidungsrelevanten Strukturen stellt aber eine Grundvoraussetzung für Geschlechtergerechtigkeit und Empowerment von Frauen dar. Durch eine angemessene Präsenz von Frauen in entscheidungsrelevanten Positionen können frauenspezifische Belange, Werte und Erfahrungen und neue Perspektiven in die Mainstream Politik eingebracht werden (UN Weltfrauenkonferenz Peking 1995). Die Unterrepräsentation von Frauen führt somit dazu, dass die aus den unterschiedlichen sozialen Realitäten von Männern und Frauen resultierenden spezifischen Bedürfnisse und Prioritäten von Frauen bezüglich Fragen des Wassermanagements und infrastruktureller Entscheidungen nicht berücksichtigt werden, woraus sich negative Folgen für Arbeitsbelastung und Zugang zu Ressourcen für die nicht-repräsentierten sozialen Gruppen ergeben.

Es lässt sich abschließend vermuten, dass Frauen, da sie im Durchschnitt nicht nur über weniger Einkommen und Vermögen, sondern aufgrund vielfach patriarchaler Erbschafts- und Scheidungsregelungen sowie nicht gendergerechter bürokratischer Praktiken auch über

weniger Land- und Haustitel verfügen, sich auch bezüglich ihres spezifischen Zugangs zu Wasser in einer benachteiligten Situation gegenüber Männern befinden. Da die Kontrollregime über Wasserressourcen häufig mit den jeweiligen Besitzverhältnissen zusammenhängen, gilt obige Vermutung auch für die Kontrolle über Wasserressourcen. Dem ist – soweit dies die politischen und sozio-kulturellen Bedingungen des Landes zulassen – im Rahmen von EZ-Kooperationen, durch ein entsprechendes, gendersensibles Vorgehen entgegenzuwirken (Osterhaus 1995:16).

2.2 Ausgewählte Beiträge aus Konfliktdebatten

Entwicklungspolitik gehört laut Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zusammen mit Außen- und Sicherheitspolitik zum Kernbereich der Friedenspolitik der Bundesregierung und soll explizit dazu beitragen, strukturelle Ursachen gewalttätiger Konflikte abzubauen (BMZ 2005a; BMZ 2005b).⁴² Einen wichtigen Teil der Aktivitäten im Rahmen von Technischer Zusammenarbeit in (Post-)Konfliktgebieten stellt die (Re-)Konstruktion von technischer Infrastruktur zur Sicherung der Grundversorgung der Bevölkerung dar, wozu der Bereich der Wasserversorgung an prominenter Stelle zu zählen ist. So betonte der ehemalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin zum Thema Konfliktprävention: *"Wenn wir Armut in der Welt wirksam bekämpfen und Konflikte vermindern wollen, hat Wasser erste Priorität"* (KRIUM 2005:6). Gleichzeitig bekennen sich nahezu alle EZ-Institutionen zu Gender Mainstreaming und streben auf programmatischer Ebene an, Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Nichtsdestotrotz ist der Zusammenhang von Gender, Wasserversorgung und Konflikt bislang kaum systematisch untersucht worden. Nach der Einordnung des verwendeten Konfliktbegriffes (Kapitel 2.2.1) werden im Folgenden einzelne für die Forschungsfragen relevante Beiträge aus den Debatten zu Wasser und Konflikt (2.2.2), Gender und Konflikt (2.2.3) sowie Entwicklungszusammenarbeit und Konflikt (2.2.4) aufgegriffen.

2.2.1 Konfliktbegriff

Ein Konflikt beruht laut Bonacker (2005) auf Unterschieden in der sozialen Lage bzw. in der Interessenkonstellation der Konfliktparteien. Dabei ist zwischen den Analyseebenen des Individuums, der Gesellschaft und des internationalen Systems zu unterscheiden. In der vorliegenden Forschungsarbeit wird der Konfliktbegriff ausschließlich auf gesellschaftlicher, nicht auf individual-psychologischer Ebene verwendet.

⁴²Fahrenhorst kritisiert die hochgesteckten Ziele der Entwicklungszusammenarbeit. Ihrer Ansicht nach ist der mögliche Einfluss von TZ, Konflikte zu lösen und Konfliktpotentiale abzubauen, relativ gering; hier könne allenfalls eine flankierende Rolle gespielt werden. Dasselbe gelte auch für andere hochgesteckte EZ Ziele, wie für Armutsminderung und Schutz der natürlichen Ressourcen (Fahrenhorst et al 2000:67).

In der Literatur werden verschiedene Arten von kriegerischen Konflikten unterschieden. Dazu gehört die Unterscheidung in internationale Konflikte einerseits und innerstaatliche Konflikte andererseits. Internationale Konflikte wiederum können Kriege zwischen Staaten, Stellvertreterkriege oder die Invasion eines Staates durch einen anderen sein, während bei innerstaatlichen Konflikten in Bürgerkrieg, „versteckten“ Bürgerkrieg und Staatszerfall unterschieden werden kann (Byrne 1995a:4). Neuere Erkenntnisse legen jedoch nahe, dass diese Unterscheidung jeweils kontextspezifisch zu treffen und nicht trennscharf ist; so hätten auch innerstaatliche Konflikte häufig einen internationalen Charakter (El-Jack 2003).

Zeitlich wird in der Literatur zwischen der Vorkonfliktphase, der Phase des offenen Konflikts, der Konfliktbeilegungsphase und der Postkonfliktphase unterschieden (vgl. Byrne 1996:8). Dabei lassen sich jeder Konfliktphase typische Gender-Muster wie Geschlechterverhältnisse und genderspezifische Bedürfnisse zuordnen, was für die Gestaltung von EZ-Interventionen mit Berücksichtigung von Genderdimensionen von Bedeutung ist. Allerdings ist zu bedenken, dass kriegerische Konflikte sich nur selten an die theoretisch beschriebene Abfolge von Konfliktphasen halten. Cockburn und Zarkov beschreiben dies wie folgt: *“war can surely never be said to start and end at a clearly defined moment. Rather, it seems part of a continuum of conflict, expressed now in armed force, now in economic sanctions or political pressure. A time of supposed peace may later come to be called ‘the pre-war period’. During the fighting of a war, unseen by the foot soldiers under fire, peace processes are often already at work. A time of postwar reconstruction, later, may be re-designated as an inter bellum – a mere pause between wars”* (Cockburn und Zarkov 2002:10). Auch nach Seifert kann es keine klare Abgrenzung von Konflikten und Genderdynamiken geben: Es handele sich bei gewaltförmigen Konflikten um *„ein mit den Geschlechterverhältnissen verwobenes Kontinuum von Konfliktentstehung, Konfliktaustrag und Konfliktbeilegung“* (Seifert 2004b:205f).

Dies trifft auch auf die politische Situation in den palästinensischen Gebieten zu. Hier kann beispielsweise die erste Zeit nach den Osloer Friedensabkommen (1994), in die auch die erste Projektphase des untersuchten GTZ-Wasserprojektes im Ramallah Distrikt fällt (vgl. Kapitel 4), zugleich als Vorkonfliktphase zum Ausbruch der ersten Intifada im Jahr 2000 interpretiert werden. In dieser Zeit sahen sich die PalästinenserInnen trotz Friedensabkommen mit einer deutlichen Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit und gleichzeitig mit dem Ausbau der jüdischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten konfrontiert (Herz 2003:110f.,120). Auch hat der palästinensisch-israelische Konflikt sowohl eine internationale Dimension, die sich an der Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel manifestiert,

als auch eine innerstaatliche Dimension, die sich in den gewaltförmigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien Fatah und Hamas insbesondere seit dem Jahr 2006 zeigt, so dass hier neben der Überlagerung von Konfliktstadien auch von einer Überlagerung von Konflikttypen zu sprechen ist (vgl. auch Kapitel 3.1).

2.2.2 Wasser und Konflikt

Innerhalb von Konflikten – so auch im israelisch-palästinensischen Konflikt – spielt nicht selten die Ressource Wasser selbst eine Rolle. Zum Zusammenhang von Wasser und Konflikt finden sich in der Literatur verschiedene Erklärungsansätze, die zur Erklärung von Wasserkonflikten herangezogen werden. Selby unterteilt diese in drei Diskurse: erstens ökologische Diskurse, zweitens technisch-administrative Diskurse und drittens politische Diskurse (Selby 2003:21).

Der ökologische Diskurs geht von dem Befund aus, dass die Welt mit dem Problem der stetig zunehmenden (Über-)Bevölkerung zu kämpfen hat, während die natürlichen Ressourcen inklusive Wasser nur begrenzt vorhanden sind. Mit zunehmender Bevölkerung steigt somit die Konkurrenz um Wasser, was zu kriegerischen Konflikten führen kann. Die populär gewordenen Szenarien zukünftiger Kriege um Wasser, das „blaue Gold“, sind somit dem ökologischen Diskursstrang zu Wasserkonflikten zuzuordnen (vgl. dazu Starr 1991:17, Falkenmark 1986:192). Falkenmark (1989) erstellte in diesem Kontext einen „*Water Stress Index*“, der der Identifikation zukünftiger Wasserkonflikte dienen soll. Dazu wird die verfügbare Frischwassermenge für jedes Land durch die Bevölkerungszahl geteilt und verschiedene „*water stress*“ Level definiert. Dem Index zufolge leiden sowohl Israel als auch die Westbank und Gaza unter chronischem Wassermangel. Selby hebt hervor, dass in dieser Perspektive außer der Beschränkung des Bevölkerungswachstums keine Lösung von Wasserkonflikten denkbar ist. Damit stellt der ökologische Diskurs eine äußerst pessimistische Sicht auf die Zukunft dar (Selby 2003:26).

Neuere Strömung innerhalb der Umweltkonflikt-Forschung stellen den vermeintlich direkten Zusammenhang von Umweltressourcenknappheit und Gewaltkonflikt in Frage und fordern, dass weitere Parameter wie Armut, Art des politischen Regimes, technische und administrative Fragen des Wassermanagements sowie kulturelle Aspekte einbezogen werden. Hier wird der Blick verstärkt auf Fälle gelegt, in denen Umweltknappheit nicht zu Konflikten geführt hat und das Potenzial von knappen Umweltressourcen als Kooperationschance zwischen Konfliktparteien untersucht (vgl. dazu Hagmann 2005:10).

Diese optimistischere Sicht auf Wasserkonflikte teilt auch die von Selby als technische Diskurse beschriebene Strömung. Hier wird die Auffassung vertreten, dass Wasserkonflikte v.a. aufgrund von technischem, ökonomischem und administrativem Missmanagement sowie aufgrund von Unterentwicklung und fehlendem Fachwissen entstehen. Zu den renommiertesten VertreterInnen dieser Strömung gehört nicht zuletzt die Weltbank (Weltbank 1995:1). Diesem Ansatz zufolge können Wasserkonflikte durch den Einsatz der richtigen Technologie, eines effektiven Managementsystems oder eines angemessenen Tarifsystems leicht behoben werden (Selby 2003:26ff).

Einen weniger technokratischen Blick auf Wasserkonflikte bieten die politischen Diskurse, denen zufolge Ungleichheit und Unterschiede in der Verteilung von Wasserressourcen maßgeblich für Wasserkonflikte sind (vgl. Selby 2003:29). Diese Ungleichheit wird dabei teilweise auf den Nord-Süd-Gegensatz bezogen (Frank 1967; Amin 1976), teilweise auf ungleichen Zugang und ungleiche Kontrolle über Wasserressourcen zwischen Nachbarstaaten mit grenzüberschreitenden Flüssen oder Grundwasservorkommen wie im israelisch-palästinensischen Fall (Durth 1996; Dombrowsky 2008), aber auch auf den unterschiedlichen Wasserzugang innerhalb eines Staates, insbesondere zwischen Stadt und Land, zwischen Haushalten, Geschlecht oder Klasse (vgl. Trottier 1999). Gemäß dieser politischen Perspektive sind Wasserkonflikte folgerichtig auf politischer Ebene, durch das Klären von Wasserrechten und die Umverteilung von Wasserressourcen zu lösen (Selby 2003:29ff). Im Gegensatz zu den Lösungsvorschlägen der technisch-administrativen Diskurse – wie der Verbesserung von betrieblichen Abläufen – sind Aushandlungsprozesse auf politischer Ebene oft sensibler und mit Einbußen mindestens auf einer Seite verbunden, weshalb entsprechende Lösungen häufiger auf Widerstände einiger Konfliktparteien stoßen.

Seit den 2000er Jahren dominiert die Deutungsweise, dass die meisten Konflikte im Zusammenhang mit Wasser sich weniger am Mangel entzünden, sondern vielmehr an der Art und Weise, wie diese Ressourcen verteilt, verwaltet und kontrolliert werden. Als Faktoren, die gewaltsame Konflikte im Zusammenhang mit Wasser begünstigen, werden dabei ungesicherte Besitzrechte, rivalisierende symbolische oder religiöse Ansprüche, ungleiche Verteilung und Zugang zu Wasser, Vertreibung, Flucht und Rückkehr genannt (CFD 2005:1f.; Tamas 2003).

Wasser als Teil von Konflikten kann außerdem auf der politischen Agenda als Bestandteil von Friedensverhandlungen weit oben stehen. Ein Beispiel dafür ist der Israel-Palästina-Konflikt. Hier ist die Frage der Wasserrechte mit der der Bodenrechte verknüpft, weshalb die Wasserfrage lange Zeit aus den politischen Verhandlungen ausgeklammert und auf die nach wie vor nicht stattfindende endgültige Verhandlungsphase verschoben wurde (Fahrenhorst

2000: 215). In solchen Fällen erscheint die Beschäftigung mit Genderaspekten häufig als nachrangig. Williams (2002) beschreibt dies wie folgt: *„during periods of conflict, it is considered inappropriate to address gender relations. The result is that the effect of technical interventions, such as large-scale sanitation projects, on the dynamics between men and women, is not raised.“* Auch ist hier ein Zusammenhang zur in Kapitel 2.1.4.4 aufgezeigten Ausblendung sozialer, kultureller und Gender-Aspekte in der technischen Sphäre, zu der EZ-Wasserprojekte in Konfliktgebieten zu zählen sind, herzustellen.

Für die empirische Analyse des Wasserprojektes wird an die Erkenntnis angeknüpft, dass Wasser auf vielfältige Weisen in Konflikte eingebettet sein kann: Sei es aufgrund von ungleicher Verteilung bzw. ungleichem Zugang zu Wasser, sowohl im Fall grenzüberschreitender Wasserressourcen, als auch innerhalb eines Landes, aufgrund von hydro-geologisch oder politisch-administrativ begründeten Versorgungsengpässen oder als strategisch-militärisches Ziele und Mittel beim Austragen kriegerischer Konflikte. Dabei ist damit zu rechnen, dass insbesondere wenn Wasser, wie vorliegend, ein Politikum darstellt, die Beschäftigung mit Gender als unangemessen erscheint. Dies kann sich erschwerend auf die Erforschung der jeweiligen Zusammenhänge von Gender, Wasser und Konflikt auswirken.

2.2.3 Genderdynamiken in Konfliktkontexten

In deutlichem Gegensatz zur vorangegangenen beschriebenen Vernachlässigung steht die Bedeutung von Gender gerade in Konflikten. Gewalt erschüttert soziale Beziehungen in vielfältiger Weise. Im Zuge von gewaltförmigen Konflikten werden Männer und Frauen gleichzeitig zu Opfern und zu AkteurInnen (Zdunek 2002:143, Birckenbach 2004:14). Laut Eifler stellen Krisenzeiten dabei historische Zeiträume dar, in denen *„Prozesse der Vergeschlechtlichung mit äußerster Intensität stattfinden. Dies resultiert aus der Neuformierung der durch Krieg erschütterten sozialen Beziehungen und sozialen Verhältnisse, einschließlich der Geschlechterverhältnisse“* (Eifler 1999:157). Dabei erfahren Männer, Frauen, Jungen und Mädchen Konflikte und die verschiedenen Konfliktphasen auf unterschiedliche Weise. Die Vorkonfliktphase zeichnet sich oft durch eine verstärkte Präsenz von Militär und massiver nationalistischer Kriegspropaganda aus, die sich Genderstereotypen bedient und diese noch verstärkt. Dabei wird Druck auf diejenigen ausgeübt, die den herrschenden Vorstellungen von Männlichkeit – beispielsweise als aggressive Kämpfer – und

Weiblichkeit – als aufopfernde Hausfrauen und Mütter – nicht entsprechen⁴³ (Reimann 2004:1,3).

Während des Konfliktes kommt es zur Zerstörung sozialer Netzwerke. Frauen sind häufig Opfer sexualisierter Gewalt, diesem Risiko sind jedoch auch Männer ausgesetzt (Reimann 2004:1). Frauen übernehmen fast immer die Pflege der Verwundeten und sind für das Überleben der Familien zuständig. Im Zusammenspiel mit der häufig hinzukommenden Lebensmittelknappheit und dem erschwerten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Wasser bedeutet die Phase des offenen Konfliktes eine erhöhte Arbeitsbelastung für Frauen, die in Konflikten Familienerhaltungsarbeit unter extremen Bedingungen leisten (UNDP 2001:11, Eifler 2004:123).⁴⁴ Hier zeigt sich außerdem eine Verstärkung der schon vor gewaltsamen Konflikten bestehenden Gender-Ungleichheiten bezüglich des Zugangs zu Ressourcen (El-Jack 2003:14). Die Ressourcenknappheit führt dabei auch dazu, dass die Geschlechter um Ressourcen konkurrieren (Richter-Lyonette 2004:267).

Männer dominieren in Politik und Armee; nichtsdestotrotz unterstützen Frauen nicht selten den Kampf direkt als Kämpferinnen oder indirekt durch Akzeptanz und Unterstützung der Kriegshandlung (UNDP 2001:11). Durch die Mobilisierung von meist männlichen Soldaten verändert sich die Arbeitsteilung sowohl zu Hause als auch am Arbeitsplatz, was zu einem radikalen Wechsel in den Familienstrukturen führen kann. In Abwesenheit der Männer übernehmen Frauen traditionell als männlich definierte Aufgabenbereiche. Gewaltförmige Konflikte können insofern auch als Katalysatoren für die soziale und gesellschaftlich-kulturelle Befreiung der Frauen wirken. Männer, die nicht am Kampfgeschehen teilhaben, geraten häufig unter gesellschaftlichen Druck. Angesichts der den Konflikt oftmals begleitenden ökonomischen Krisen sind Männer darüber hinaus immer weniger in der Lage, ihrer gesellschaftlich definierten Rolle als „Brotverdiener des Hauses“ nachzukommen (Reimann 2004:2).

In der Post-Konflikt-Phase leiden sowohl Männer als auch Frauen am *Post-traumatic-Stress-Disorder* (PTSD) Syndrom; die konkreten Lebensumstände jedoch sind genderspezifisch. Überlebende Frauen erfüllen oft auch nach Beendigung der offiziellen Kriegshandlungen nicht-traditionelle Aufgaben. Jedoch bleiben die neuen bzw. reformierten staatlichen Institutionen meistens männerdominiert und im öffentlichen Raum lässt sich in vielen Fällen

⁴³FeministInnen in Kroatien wurden in der Presse als Hexen oder Huren verunglimpft und in Nordirland wurden während der Friedensgespräche in Zeitungsarikaturen die Frauen am Friedentisch als aufgeschweuchte Hühner dargestellt. Analog werden auch Männer, die sich weigern, Soldat zu sein, oder Frauen, die ins Militär gehen, mit dem Vorwurf belegt, nicht «männlich» bzw. nicht «weiblich» zu sein (CFD 2004b:1f).

⁴⁴Eifler führt darüber hinaus an, dass aufgrund dessen auf jedes direkte Kriegsoffer mindestens neun indirekte Kriegsoffer kommen (Eifler 2004:123).

ein sozialer Ausschluss von Frauen feststellen. Dies manifestiert sich in Armut, begrenzten Arbeitsgelegenheiten für Frauen, insbesondere für Alleinstehende, Witwen oder weibliche Haushaltsvorstände, deren Zahl infolge von gewaltförmigen Konflikten ansteigt. Dieses Phänomen wird dadurch noch verstärkt, dass bei Rückkehr der Männer aus dem Krieg Frauen oft wieder aus den eingenommenen Verantwortungen verdrängt werden (Eifler 1999:157). Gleichzeitig ist vielfach ein Anstieg von häuslicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verzeichnen (Reimann 2004:3, Fischer 2004:84, Eifler 2004:121).

In verschiedenen Konfliktkontexten hat sich außerdem gezeigt, dass Frauen von den offiziellen Friedensverhandlungen ausgeschlossen wurden, so dass in den Verträgen v.a. männliche Interessen berücksichtigt und weibliche Prioritäten bezüglich des Wiederaufbaus vernachlässigt werden (Sørensen 1998:vif., Fischer 2004:78).

Dies steht in Widerspruch zum Ergebnis verschiedener AutorInnen, dass Gendergerechtigkeit und Demokratisierung wesentliche Grundlagen für nachhaltigen Frieden bzw. für eine geringere Neigung zu gewaltsamen Konflikten darstellen (Sørensen 1998:vif., Fischer 2004:80, Eifler 2004:122, Seifert 2004b:193). In Gesellschaften mit ausgeprägt niedriger Geschlechtergleichstellung können neue soziale Spannungen produziert werden, die gewaltförmige Identitäts-, Status- und Verteilungskonflikte wieder aufleben lassen können (Sørensen 1998:vif., Seifert 2004b:193).⁴⁵ Hier wird auch hervorgehoben, dass nicht nur der Einfluss des Konfliktes auf Frauen, Männer und Geschlechterverhältnisse von Bedeutung ist, sondern auch umgekehrt der Einfluss von Geschlechterverhältnissen auf Verlauf und Beilegung gewaltsamer Konflikte sowie auf Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zu berücksichtigen sei (Seifert 2004b:186, Reimann 2001:35, Fischer 2004:83).

Gleichzeitig geben verschiedene AutorInnen zu bedenken, dass kein direkter Zusammenhang zwischen „Frauen und Frieden“ herzustellen ist. Frauen können nicht als inhärent friedfertige Wesen erachtet werden, die, wenn sie nur über ausreichend Macht und Einfluss verfügten, automatisch für Frieden sorgen würden (vgl. dazu Byrne 1995a:57, Birckenbach 2004:14, Fischer 2004:80, Seifert 2004a:16).

Seifert weist außerdem darauf hin, dass Gender nicht als „unabhängige Variable“ für die Erklärung von gewaltsamen Konflikten herangezogen werden könne, sondern immer mit Variablen wie soziale Schicht, Ethnie und Religion verknüpft sei (Seifert 2004b:187). Daran gilt es in der empirischen Analyse des Wasserprojektes anzuknüpfen. Auch die Erkenntnis,

⁴⁵In diesem Zusammenhang ist auf den Ansatz hinzuweisen, Genderindikatoren als Frühwarnsystem für gewaltsame Konflikte zu verankern. Dieser Ansatz basiert auf dem Wissen, dass sich Geschlechterbeziehungen mit wachsender Zuspitzung von Konflikten stark polarisieren (Schmeidl/ Piza-Lopez 2002).

dass es infolge gewaltförmiger Konflikte einerseits zu einer Verstärkung traditioneller Rollenbilder kommt, diese jedoch andererseits aufgrund der konfliktbedingten Umstände – dass Männer zu Invaliden werden oder abwesend sind und Frauen zu Haushaltsvorständen werden – ins Wanken geraten und damit abhängig von Faktoren wie städtischer bzw. ländlicher Umgebung oder Bildungsstand neue unkonventionelle Handlungsspielräume entstehen können, ist für EZ-Wasserprojekte mit einem Gender Mainstreaming Ansatz zu berücksichtigen.

2.2.4 Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktkontexten

EZ-MitarbeiterInnen sind in ihrer Arbeit mit Konflikten unterschiedlicher Art konfrontiert und können der Konfrontation mit militärischen Strukturen in Konfliktgebieten oft nicht ausweichen. Ein Beispiel dafür sind die palästinensischen Gebiete, wo die israelische Armee (IDF) immer neue formale Hürden für die Mobilität von EZ-MitarbeiterInnen und die Einfuhr von Baumaterialien einführt und somit zivile Handlungsspielräume einschränkt (CFD 2004b:3).

Dabei sind EZ-MitarbeiterInnen und ihre Handlungen innerhalb eines Konfliktes nie neutral. Sie werden selbst zu einem Teil der meist komplexen Konfliktlage. In Mangelsituationen wird durch die Verteilung von Ressourcen im Rahmen von EZ-Projekten immer ein politischer, sozialer oder ökonomischer Einfluss auf die Umgebung ausgeübt (Byrne 1995a:46). Durch die Wahl der Projektpartner und damit die Entscheidung, wem Ressourcen, Weiterbildung oder Dienstleitungen zugedacht werden und wem keine Leistungen erbracht werden – beispielsweise Viehzüchtern oder Bauern, Frauen oder Männern, Armen oder Angehörigen der Mittelschicht – werden Zeichen gesetzt und nicht selten neue Konflikte durch die Veränderung des Status Quo geschaffen (KRIUM 2004).

Vielfach wird deshalb empfohlen, alle EZ-Maßnahmen in einem Konfliktkontext unter dem Gesichtspunkt ihrer beabsichtigten und unbeabsichtigten Wirkungen auf den Konflikt zu betrachten (Fahrenhorst 2000:70). Dazu wurde das Analyseinstrument *Do no Harm* entwickelt, dessen Ansatz es von den EZ-MitarbeiterInnen erfordert, sich der Auswirkungen ihrer Arbeit bewusst zu werden und diese in einer Weise durchzuführen, die zu einer Verringerung negativer Effekte führt (KRIUM 2004). Dabei wird davon ausgegangen, dass es in jedem Konflikt Faktoren gibt, die die Menschen voneinander trennen (*dividers*), sowie Faktoren, die die Menschen miteinander verbinden (*connectors*). Diese Faktoren können in Strukturen und Institutionen, Einstellungen und Handlungen, Werten und Interessen,

Erfahrungen und Symbolen liegen. Entwicklungsorganisationen sind aufgefordert, die *connectors* zu stützen und die *dividers* zu schwächen (Leonhardt 2001a:96).

EZ-Interventionen in Konfliktkontexten sind nicht nur nie „neutral“, sondern ebenso niemals „genderneutral“. Wie in Kapitel 2.2.3 beschrieben, haben Frauen vor, während und nach Gewaltkonflikten weniger Zugang zu Machtstrukturen und Ressourcen als Männer, erfahren die verschiedenen Konfliktphasen anders als Männer und spielen oft andere Rollen in gewaltförmigen Konflikten. Abhängig von Ethnie, Klasse oder Alter haben Männer und Frauen unterschiedliche Bedürfnisse und Rollen bei der Konfliktprävention, Konfliktbearbeitung und in der Postkonflikt-Friedensarbeit (Reimann 2001:35). Dementsprechend sind auch die Aktivitäten der Konfliktbearbeitung immer gegendert. EZ-Projektaktivitäten und die Entscheidung, wem Ressourcen, Weiterbildung oder Dienstleitungen zukommen werden und wem nicht, haben immer auch einen Einfluss auf die Geschlechterverhältnisse; sie tragen entweder zu ihrem Wandel oder zur Verstärkung des Status Quo bei (Byrne 1995a:46). In diesem Zusammenhang wird vielfach kritisiert, dass EZ-MitarbeiterInnen in der Konfliktbearbeitung dazu neigen, Frauen als hilflose Opfer und Männer als Hauptakteure des Konfliktes zu sehen (Reimann 2004a:94). Außerdem werde Frauen häufig durch EZ-Projekte nur ein eingeschränkter Zugang zu Weiterbildungsprogrammen gewährt, der sich wenn überhaupt auf typische „Frauenberufe“ wie „frisieren, sticken und nähen begrenzt“ (Eifler 2004:125). Seifert mahnt in diesem Kontext, dass „*die Produktion und Reproduktion von Gendervorstellungen [...] keine unschuldigen Akte*“ sind (Seifert 2004b:186). EZ-MitarbeiterInnen sind deshalb auch und besonders im Kontext der Konfliktbearbeitung angehalten, ihre Aktivitäten kontinuierlich kritisch zu überprüfen, um nicht zur Stabilisierung von ungerechten Geschlechterverhältnissen beizutragen (Fischer 2004:86).

Tatsächlich wird Gender Mainstreaming von EZ-AkteurInnen auch in der Konfliktbearbeitung ebenso wie in der Nachkriegsrekonstruktion auf programmatischer Ebene großgeschrieben. Die Beachtung von Genderaspekten in der Konfliktbearbeitung wird als erfolgssteigernd erachtet (Birckenbach 2004:14, Fischer 2004:80, Richter-Lyonette 2004:263). Eine weitere Parallele zu den Debatten zur Integration von Genderaspekten in Wasserprojekte (vgl. Kapitel 2.1) ist die Forderung von Gender-PraktikerInnen in der Konfliktbearbeitung, gender- und konflikt-relevante Informationen mittels Genderanalysen zu erheben, um die EZ-Arbeit konflikt- und gendersensitiv zu gestalten. Dies solle die Analyse der oft unterschiedlichen Interessen, Bedürfnisse, Rechte, Handlungsspielräume und Rollen von Frauen und Männern in Konflikten umfassen, die sich aufgrund der geschlechtlich

strukturierten Arbeitsteilung sowie sozialer Normen und Ausschlussmechanismen ergäben (CFD 2005:1, CFD 2004a:3). Die in Abschnitt 2.2.3 beschriebenen Genderdynamiken im Zuge von Konfliktsituationen erschweren dabei die Durchführung von Genderanalysen. Dies mag ein Grund dafür sein, warum nur wenige Genderanalysen in Konfliktkontexten von in der Konfliktbearbeitung aktiven Organisationen durchgeführt wurden (Byrne 1995a:56).

Der genannte Mangel ist jedoch auch vor dem Hintergrund der Feststellung von Gender-PraktikerInnen zu lesen, dass Gender Mainstreaming auch in der Konfliktbearbeitung kaum in die Praxis umgesetzt wird (Fischer 2004:94, Richter-Lyonette 2004:264). So wird zwar in vielen EZ-Wiederaufbauprogrammen ein Gender- oder Frauenkapitel eingefügt, die dazugehörigen Aktivitäten bleiben jedoch häufig unterfinanziert (Richter-Lyonette 2004:268). „Gender“ wird zudem vielfach als Frauenförderung (miss-)verstanden (Fischer 2004:79, 82). Die in Kapitel 2.1.3 aufgezeigten, in die Organisationsebene einzuordnenden Gründe für die mangelnde Umsetzung von Gender Mainstreaming wie Personal- und Budgetpolitik oder Organisationskultur sowie Widerstände auf operationaler Ebene gegen den Gender Mainstreaming Ansatz, der nicht mit dem Ziel der „*quick impact*“-Projekte vereinbar sei, finden sich ebenso in den EZ-Projekten der Konfliktbearbeitung (Richter-Lyonette 2004:271, Byrne 1995b).

Schließlich ist zu erwähnen, dass im Rahmen von Krisenprävention angeregt wird, die genderspezifisch ungleichen Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten natürlicher Ressourcen wie Wasser, Land oder Wald in die EZ-Programme und -Projekte einzubeziehen (CFD 2005:1). Hintergrund ist, dass im Zuge von gewaltförmigen Konflikten der Zerfall von Lebensgrundlagen ausgelöst bzw. verschärft wird, was sich unterschiedlich auf Frauen und Männer auswirkt: Junge Männer verlieren beispielsweise durch den oft auch konfliktbedingten Verlust von Ackerland oder Bewässerungswasser ihre Arbeitsperspektive. Dies macht es bei Fehlen neuer Lebensgrundlagen bewaffneten Gruppierungen leicht, sie zu mobilisieren. Junge Frauen müssen aufgrund ihrer Genderrollen häufig die Schule verlassen, um zum Überleben der Familie beizutragen. Wenn Konflikte um Lebensgrundlagen gewaltsam ausgetragen werden, sind zudem Frauen oft die ersten, deren Sicherheit durch Gewalt bedroht ist (CFD 2005:1). Abschließend wird darauf hingewiesen, dass es den meisten gewalttätigen Konflikte gemeinsam ist, dass sie bestehende ungleiche Zugangschancen zu natürlichen Ressourcen wie Wasser verschärfen, was sich entlang der Kategorien Ethnie, Religion, Klasse und Geschlecht manifestiert. Dabei lassen sich die genannten Kategorien oft nicht klar voneinander abgrenzen (CFD 2005:1).

2.3 Zusammenführung der Zusammenhänge von Gender und Wasserversorgung in Konfliktkontexten

Die Themen Gender und Wasser insbesondere im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit (Kapitel 2.1), sowie die Zusammenhänge von Wasser und Konflikt, Genderdynamiken in Konflikten und Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktkontexten (Kapitel 2.2) wurden in der einschlägigen Literatur behandelt. Dabei wird für den Anspruch der Integration von Gender als Analyse- und Planungskategorie dem Gender Mainstreaming Konzept eine besondere Bedeutung beigemessen. Es ist auch deutlich geworden, dass die Zusammenhänge von Gender, Wasser *und* Konflikt jedoch bis zum Untersuchungszeitpunkt⁴⁶ kaum systematisch aufgearbeitet wurden, obwohl mittlerweile eine Vielzahl von EZ-Wasserprojekten, wie das Fallbeispiel des GTZ-Wasserversorgungsprojekts im Ramallah Distrikt, in Konfliktgebieten stattfinden; die Kategorie „Konflikt“ ist somit als Teil des jeweiligen gesellschaftlichen Kontextes zu verstehen.

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Verwobenheit von Technik und Gesellschaft inklusive Geschlechterverhältnissen und der komplexen Einflüsse und Wechselwirkungen, die Konflikte wiederum auf Geschlechterverhältnisse und Technik(-gestaltung) haben gilt es, die in Kapitel 2.2 gewonnenen Erkenntnisse aus verschiedenen Diskursen der Konfliktforschung in die Erkenntnisse aus den „Gender und Wasser“-Diskursen im Kontext der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren. Es ließen sich mehrere Parallelen zwischen den „Gender und Wasser“- Diskursen und den „Gender und Konflikt(-bearbeitungs)“-Diskursen in der EZ identifizieren:

Wasserversorgungsprojekte – insbesondere großtechnische Wasserversorgungssysteme – werden in der Praxis oftmals weder als „genderrelevant“ noch als „konfliktrelevant“, sondern als rein technische Infrastrukturprojekte und damit als „neutral“ erachtet. Dies steht im Widerspruch dazu, dass sowohl „Konflikt“ als auch „Gender“ Querschnittsthemen der EZ darstellen, die dem Anspruch nach in jedem Projekt – nicht nur in expliziten „Gender“ – oder „Konfliktbearbeitungsprojekten“ mitgedacht und integriert werden sollen.

Sowohl bei EZ-Wasserprojekten als auch bei Konfliktbearbeitungsprojekten zeigt sich, dass die praktische Umsetzung den in den Programmen von EZ-Organisationen formulierten Ansprüchen bezüglich der Integration von Genderperspektiven nicht gerecht wird. Programmatisch wird zwar vielfach auf die gestiegene Projekt-Effizienz hingewiesen, die durch die Berücksichtigung von Genderaspekten sowie durch die verstärkte Beteiligung von Frauen sowohl in Wasserprojekten als auch in Projekten der Konfliktbearbeitung erzielt

⁴⁶Vgl. dazu Kapitel 1.5 und 2.5.

werden können. Tatsächlich wird jedoch in beiden Bereichen die Integration von Gender wenn überhaupt verkürzend als „Beteiligung von Frauen“ übersetzt bzw. findet kaum Berücksichtigung in der Praxis. Ebenso wird sowohl für Infrastrukturprojekte des Wassersektors als auch für der Konfliktbearbeitung zuzuordnende Projekte in Handreichungen die Durchführung von Genderanalysen zu einem möglichst frühen Projektstadium empfohlen. Projekte, in denen tatsächlich Genderanalysen durchgeführt wurden, sind jedoch in beiden Bereichen äußerst selten. Dabei erscheint dies gerade bei Wasserprojekten in Konfliktgebieten mit den verschiedenen sich überlagernden Konfliktlinien und den komplexen Zusammenhängen von Gender, Wasser und Konflikt als besonders relevant und hilfreich, um Genderperspektiven in die Projektarbeit zu integrieren und dadurch sowohl zu einer erhöhten Projekteffizienz, als auch zu Geschlechtergerechtigkeit beitragen zu können.

Eine weitere Parallele besteht darin, dass sowohl in EZ-Wasserprojekten als auch in Projekten der Konfliktbearbeitung Projektplanende und -durchführende oft implizit an traditionellen Geschlechterrollenbildern festhalten. Dazu gehört, Männer als Hauptakteure im öffentlich-politischen Raum und in Konflikten als Kämpfer und Täter zu denken, während die Rolle von Frauen auf den privaten-häuslichen Bereich reduziert wird und sie in Konflikten v.a. als friedfertige Opfer wahrgenommen werden. Dadurch können EZ-MitarbeiterInnen jedoch dazu beitragen, vorhandene Geschlechterdichotomien zu verstärken und potenzielle neue Handlungsoptionen für Männer und Frauen zu verstellen.

Ein aus der einschlägigen Literatur Zusammenhang zwischen Gender und Wasserversorgung in Konfliktkontexten wurde hinsichtlich der Umsetzungsebene von Gender Mainstreaming abgeleitet: Demnach finden EZ-Wasseraktivitäten mit explizitem Genderbezug schwerpunktmäßig in ländlichen, armen Gebieten ohne zentrale Wasserversorgung im Rahmen von kleineren Projekten stattfinden. Als „blinde Flecken“ für die Integration von Genderperspektiven im Wassersektor erweisen sich somit großtechnische städtische Wasserversorgungsprojekte.

Weiterhin hat sich gezeigt, dass auf programmatischer Ebene die Erfüllung strategischer Genderbedürfnisse, die das strukturelle Machtgefälle zwischen den Geschlechtern wie den ungleichen Zugang und die ungleiche Kontrolle über Ressourcen und Teilhabe an Entscheidungsprozessen betreffen, angestrebt wird, während in der Praxis der Fokus auf die Erfüllung der praktischen Bedürfnisse wie Gesundheit und Arbeitsbelastung von Frauen gelegt, strategische Genderbedürfnisse jedoch weitgehend ausgeblendet werden.

Gender Mainstreaming in der EZ-Praxis wird mehr noch im Wassersektor und auch in Konfliktbearbeitungsprojekten oft lediglich durch das Hinzufügen eines Absatzes zu „Gender“ in Antragstellung, Projektberichten und Evaluation abgehandelt. Ein häufig dabei auftauchendes Argument ist, dass Wasserversorgung der Gesamtbevölkerung zugute komme und somit genderneutral sei. „Gender“ wird zudem vielfach als „Frauen“ bzw. bestenfalls als „Männer und Frauen“ und Gender Mainstreaming als „Einbeziehung von Frauen (bzw. Männern und Frauen) in den Entwicklungsprozess“ verstanden, wobei insbesondere die Anzahl von beteiligten Frauen in den verschiedenen Projektstadien gezählt wird. Es zeigt sich also ein reduziertes Verständnis von „Gender“ bei den EZ-ProjektmitarbeiterInnen.

Häufig gibt es organisationsinterne Widerstände gegen die Umsetzung von Gender Mainstreaming, die sich mit zunehmender Konfliktintensität verstärken. Das Bekenntnis der Leitungsebene zur unternehmenseigenen Genderprogrammatik ist dabei essentiell, um die Bereitschaft der MitarbeiterInnen zur Beschäftigung mit der Genderthematik zu steigern. Auch die Information der MitarbeiterInnen über die Genderziele der Organisation und das möglichst frühzeitige Einbinden des Genderansatzes in alle Projektstadien sind hier hilfreich. Die empfohlene Durchführung von Genderanalysen – sowohl unter Rückgriff auf vorhandene genderdisaggregierte Daten zur Projektregion als auch in Form eigener Erhebungen von Daten unterhalb der Haushaltebene – wird in der Praxis sowohl im Vorfeld als auch im Verlauf oder nach Abschluss von Wasserprojekten nur äußerst selten durchgeführt. Dies bietet sich jedoch vor dem Hintergrund der komplexen Genderdynamiken in Konfliktkontexten in besonderem Maße an.

Hinsichtlich der Geschlechterzusammensetzung zeigt sich, dass im Regelfall die oberen Hierarchieebenen von Organisationen und Unternehmen vorwiegend mit Männern, die mittleren und unteren Hierarchieebenen vorwiegend mit Frauen besetzt sind. Dies gilt ganz besonders auch für den Wassersektor, zumal in den technischen Bereichen deutlich mehr Männern als Frauen arbeiten. Dabei gilt es zu berücksichtigen, inwiefern der Konfliktkontext Einfluss auf die jeweiligen Arbeitsmöglichkeiten und ggf. Aufstiegschancen oder Ausgrenzungsmechanismen von Frauen nimmt.

Zudem wird trotz häufiger Betonung der „besondere Rolle der Frauen als Wassermanagerinnen“ in EZ-Wasserprojekten häufig die Gesamtbevölkerung als Zielgruppe genannt, ohne diese weiter nach Gender bzw. weiteren Kategorien zu differenzieren. In der Folge setzen sich durch nicht gendersensible Partizipationsstrategien meistens die Ansichten von *local leaders* stellvertretend als Ansicht der gesamten Zielgruppe durch, die Bedürfnisse

marginalisierter Gruppen, darunter in vielen Fällen auch Frauen, hingegen werden vernachlässigt.

Aus der Literatur geht hervor, dass Frauen vielerorts gesellschaftlich die Verantwortung für Trinkwasserbereitstellung, wasserbezogene Haushaltsaufgaben inklusive Wassermanagement und Hygiene- sowie Gesundheitserziehung zugeschrieben wird. Dabei ist diese Arbeitsteilung vielfach mit sozialen, ökonomischen und gesundheitlichen Benachteiligungen von Frauen und Mädchen verbunden. Oftmals führt zudem in Konfliktkontexten der erhöhte Pflegebedarf der Verwundeten und die konfliktbedingte (Wasser-)Ressourcenverknappung zu einem veränderten, häufig arbeitsintensiveren Umgang mit Wasser und damit zu einer erhöhten Arbeitsbelastung insbesondere für Frauen und Mädchen.

Frauen verfügen weltweit über weniger Land- und Hausbesitz sowie weniger Einkommen als Männer. Da der Zugang zu Wasser in vielen Fällen direkt mit Landbesitz verknüpft und Hausbesitz einer sichereren Wasserversorgung zuträglich ist, ist davon auszugehen, dass sich Frauen gegenüber Männern in einer nachteiligen Situation bezüglich des Zugangs zu Wasser befinden. Das Gleiche lässt sich aus dem niedrigeren Einkommensniveau von Frauen und deren schlechterem Zugang zu Krediten ableiten. Konfliktsituationen, die häufig mit Landenteignungen, Vertreibungen, Hauszerstörungen und dem Verlust von Einkommensmöglichkeiten einhergehen, erschweren dabei nicht nur den Zugang zu Wasser insgesamt, sondern verstärken oftmals auch den ungleichen Zugang zu Wasser zwischen den Geschlechtern und sozialen Schichten. Nicht selten sind Haushalte mit weiblichem Vorstand in besonderem Maße von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, was sich in der Folge häufig auch negativ auf ihren Zugang zu Wasser auswirkt. Hier besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zu Konflikten, da es aufgrund der getöteten, verletzten und gefangenen Männer oft zu einem rapiden Anstieg von weiblich geführten Haushalten kommt.

Der Umstand, dass Frauen in geringerem Maße in entscheidungsrelevante Stellen im Wassersektor und Politik eingebunden sind, führt dazu, dass die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und ihre jeweiligen Prioritäten bezüglich Wassermanagement und infrastruktureller Ausgestaltung vielfach nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Konfliktkontexte können die genderspezifische Arbeitsteilung, die Kontrolle über und auch den Zugang zu (Wasser-)Ressourcen auf vielfältige Weise beeinflussen: Einerseits kommt es im Zuge von gewaltförmigen Konflikten häufig zu einer Verstärkung traditioneller Genderrollen, andererseits erfordern konfliktbedingte Umstände auch die Wahrnehmung nicht-traditioneller Aufgaben durch beide Geschlechter. Dies ist für jeden spezifischen

Konfliktkontext zu überprüfen und ist bei der Projektplanung und -umsetzung zu berücksichtigen.

Die Evaluation von EZ-Wasserprojekten in wasserarmen Gebieten hat schließlich gezeigt, dass technische Veränderungen an der Wasserinfrastruktur häufig die Arbeitsbelastung für Frauen erhöhten, während Männer im Gegenzug durch die Vergabe bezahlter Arbeiten an Männer oft begünstigt wurden. Auch gingen die durchgeführten infrastrukturellen Veränderungen vielfach mit einer Erhöhung der Wasserpreise einher, was wiederum zu einem verschlechterten Zugang zu Wasser insbesondere für arme Bevölkerungsteile mit genderspezifisch unterschiedlichen Folgen führte. Die Evaluation großstädtischer Wasserversorgungsprojekte machte deutlich, dass oft gerade mittelständische Haushalte begünstigt werden, während die zahlenmäßig weit überlegenen ärmeren Bevölkerungsschichten in städtischen und ländlichen Gegenden außen vor bleiben.

Schließlich kann durch die fehlende Berücksichtigung der genderspezifischen Bedürfnisse bei der technischen Ausgestaltung von Wasserinfrastruktur durch nicht auf die NutzerInnen angepasstes Brunnendesign oder die ungünstige Verortung von Wasserstellen der Zugang zu Wasser sowie die Arbeitsbelastung von Frauen erschwert bzw. erhöht werden.

2.4 Untersuchungsdesign

Ziel der Forschungsarbeit ist es einerseits, anhand der empirischen Untersuchung des GTZ Projektes „Wasserversorgung im Ramallah Distrikt“ die Umsetzung von Gender Mainstreaming durch AkteurInnen der Technischen Zusammenarbeit in Konfliktgebieten zu analysieren. Andererseits soll der wechselseitige Einfluss von Wasserversorgung und (Konflikt-)Gesellschaft im Ramallah Distrikt aus einer Genderperspektive untersucht werden.

Zu diesem Zweck wurde basierend auf dem in den Kapiteln 2.1 bis 2.3 dargestellten Stand der Forschung zu den Zusammenhängen von Gender und Wasserversorgung in Konfliktgebieten folgendes zweiteiliges Untersuchungsdesign entwickelt (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Zweiteiliges Untersuchungsdesign

Teil 1 – Umsetzung der Genderunternehmensstrategien im GTZ-Wasserprojekt im Ramallah Distrikt	
1	Vorstellung der projektdurchführenden Institutionen GTZ und JWU und Bewertung der jeweiligen Genderprogramme
2	Analyse der Umsetzung der Genderprogramme auf Planungs- und Umsetzungsebene in den drei Projektphasen
Teil 2 – Wechselwirkungen von Wasserversorgung und Gesellschaft im Ramallah Distrikt aus Gendersicht	
	Genderdimensionen zum Herausarbeiten von Genderbezügen der Wasserversorgung in

	Konfliktgebieten in Anlehnung an Gender Impact Assessment (GIA)
	1. Geschlechterzusammensetzung
	2. Partizipationsstrategien
„eye opener“	3. Technische Gestaltung
	4. Genderspezifischer Zugang und Kontrolle über Wasser-Ressourcen
	5. Genderspezifische Arbeitsteilung

Im ersten Teil der Untersuchung wird die Umsetzung der jeweils geltenden GTZ-Genderunternehmensstrategien im untersuchten Projekt analysiert. Dazu werden die projektdurchführenden Institutionen, namentlich der lokale Projektträger Jerusalem Water Undertaking (JWU) sowie die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) vorgestellt, die für die drei Projektphasen einschlägigen GTZ-Gender-Unternehmensstrategien analysiert und vor dem Hintergrund der in Kapitel 2 gewonnenen Erkenntnisse bewertet. Schließlich wird untersucht, inwiefern in den drei Projektphasen der programmatische Anspruch der GTZ hinsichtlich der Integration eines Genderansatzes umgesetzt wurde.

Im zweiten Teil der Untersuchung werden die Wechselwirkungen von Wasserversorgung und (Konflikt-)Gesellschaft im Ramallah Distrikt aus einer Genderperspektive untersucht. Hier wird Bezug auf das von EZ-Organisationen früh aufgegriffene Gender Mainstreaming Konzept genommen. Dabei orientiert sich das hier entwickelte Forschungsdesign am Instrument des Gender Impact Assessment (vgl. Kapitel 2.1.2), das der Feststellung von Wirkungen einer Maßnahme auf Männer und Frauen sowie auf Geschlechterverhältnisse dient. Basierend auf den aus der Literatur identifizierten genderrelevanten Dimensionen von EZ-Wasserversorgungsprojekten (vgl. Kapitel 2.1.4) wurden für die Beantwortung der Forschungsfragen fünf Genderdimensionen zur Analyse ausgewählt (vgl. Tabelle 4 – Teil 2).

Bei der ersten Genderdimension wird die Geschlechterzusammensetzung in den jeweiligen projektdurchführenden Organisationen betrachtet. Wichtig ist dabei die Berücksichtigung der verschiedenen Hierarchieebenen, der Aufgabenbereiche (technische versus nicht-technische Arbeitsbereiche) und der Organisationskultur. Diese Analysekategorie berührt mit der Frage der geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu Berufsfeldern Aspekte der strukturellen Dimension expliziter Genderbezüge (vgl. Kapitel 1.4).

Im Rahmen der zweiten Genderdimension werden die im Projektes angewandten Partizipationsstrategien aus einer Genderperspektive in den Blick genommen. Relevant ist dabei, welche AkteurInnen Einfluss auf die Gestaltung von Wasserversorgung im Ramallah Distrikt haben und welche in Planung und Durchführung des Projektes einbezogen wurden

bzw. welche Ausgrenzungsmechanismen sich erkennen lassen. Damit ist die strukturelle Dimension expliziter Genderbezüge berührt (Kapitel 1.4). Von Bedeutung ist auch, ob die Partizipationsstrategien gendersensibel gestaltet wurden und inwiefern die Konfliktsituation die Partizipationsmöglichkeiten der verschiedenen NutzerInnengruppen beeinflusst.

Die nächsten drei Genderdimensionen sind als „*eye-opener*“ (vgl. Weller et al. 2003:71) für das Herausarbeiten inhaltlicher Genderbezüge und damit als Anknüpfungspunkte für die Integration von Genderperspektiven in die Projektpraxis von Bedeutung.

In der dritten Genderdimension werden mögliche genderspezifische Veränderungen im jeweiligen Zugang zu Ressourcen und der Arbeitsteilung und -belastung untersucht, die durch technikgestaltenden Aktivitäten im Rahmen des Wasserprojektes resultieren. Ebenso wird die Schwerpunktsetzung im Projektverlauf und die Frage, wessen Interessen damit bedient wurden, in den Blick genommen. Schließlich wird analysiert, welche Wechselwirkungen zwischen dem Konfliktkontext und der technischen Gestaltung des Wasserversorgungssystems im Ramallah Distrikt sich – auch jenseits der konkret im GTZ-Projekt vorgenommenen Aktivitäten – erkennen lassen.

Mit der vierten Genderdimension werden der genderspezifische Zugang zu Wasser und die Kontrolle über Wasser analysiert. Für den Zugang zu Wasser sind einerseits Haus- und Landbesitz, Einkommen und Zugang zu Finanzmitteln sowie die Teilhabe an entscheidungsrelevanten Stellen des Wassersektors und der Politik von Bedeutung. Dabei wird der Blick auf die Situation der von Frauen geführten Haushalte gerichtet. Hier sind insbesondere die konfliktbedingten Genderdynamiken sowie neben Gender auch Faktoren wie sozio-ökonomischer Status oder Nationalität zu berücksichtigen. Auch dies betrifft die strukturelle Dimension expliziter Genderbezüge (Kapitel 1.4).

Die fünfte Genderdimension fragt schließlich nach der genderspezifischen wasserbezogenen Arbeitsteilung und der daraus resultierenden Arbeitsbelastung angesichts der konfliktbedingten Wasserengpässe. Auch die genderspezifische Wassernutzung wird in den Blick genommen. Hier wird mit der Frage nach der genderspezifischen Arbeitsteilung einerseits die strukturelle Dimension expliziter Genderbezüge angesprochen, andererseits unter dem Aspekt der genderspezifischen Verhaltensweisen hinsichtlich der Wassernutzung auch deren individuelle Dimension.

2.5 Methoden und Datenbasis

Im Folgenden werden die bei der vorliegenden Forschungsarbeit angewendeten Methoden und die zugrundeliegende Datenbasis dargestellt. Das für die beiden Teile der empirischen

Untersuchung (Kapitel 4 und 5) verwendete Datenmaterial wurde während zweier Forschungsaufenthalte in Ramallah – von August bis Oktober 2005 und von April bis Juni 2006 – in einem Gesamtzeitraum von sechs Monaten erhoben. Der Untersuchungszeitraum umfasst dabei die zwölf Jahre von 1994 bis 2006, in denen das GTZ-Projekt zur Wasserversorgung im Ramallah Distrikt in drei Phasen lief.

Für die Aufarbeitung der **Literatur zu Gender, Wasser und Konflikt** (Kapitel 2) sowie zur **Einführung in die Projektregion** (Kontextanalyse – Kapitel 3) wurde eine Dokumentenanalyse durchgeführt. Ebenso wie bei der empirischen Untersuchung bezieht sich der Stand der Forschung und Literatur auf das Jahr 2007. Nachfolgende Entwicklungen wurden in dieser Forschungsarbeit nicht mehr berücksichtigt. Für die Kontextanalyse (Kapitel 3) wurde ergänzend auf Informationen aus den während der zwei Forschungsaufenthalte geführten ExpertInnen-Interviews zurückgegriffen (vgl. Anhang 2).

Der **erste Teil der empirischen Untersuchung** – die Umsetzungsüberprüfung der GTZ-Genderprogrammatik im konkreten Wasserprojekt (vgl. Kapitel 4) – basiert auf einer Dokumentenanalyse der zur Verfügung stehenden GTZ-Projektunterlagen der Planungs- und Umsetzungsebene. Diese stellen den ersten Zugriff dar, da hier die Projektplanungen und die tatsächliche Umsetzung im Rahmen des GTZ-Berichtswesens schriftlich dokumentiert sind. Zu den im Rahmen dieser Forschungsarbeit analysierten Dokumenten gehören auf Planungsebene drei Projektangebote. Diese werden zu Beginn jeder neuen Projektphase von der GTZ an das BMZ geschickt. In den Projektangeboten wird das Projektvorhaben vorgestellt sowie Ziele und Indikatoren festgelegt. Darüber hinaus lagen aus den drei Projektphasen Dokumente vor, die der GTZ-Selbstevaluierung⁴⁷ zuzuordnen sind: Dies betrifft Sachstandsberichte, Projektfortschrittsberichte, die von der GTZ an das BMZ geschickt wurden, sowie für die erste Projektphase GTZ-interne Berichte. Weiter zählen dazu die Dokumentationen der drei in den Projektphasen durchgeführten Stakeholder-Workshops des GTZ-Wasserprojektes sowie jeweils aus allen drei Projektphasen Mitschriften von diversen Arbeitstreffen, technische Berichte und Studien, Arbeitsplanungen, dokumentierte

⁴⁷Es wird unterschieden zwischen Fremdevaluierung einerseits, bei der vom BMZ oder durch Institute im Auftrag der GTZ die Evaluierung laufender Vorhaben, Schlussevaluierungen und Ex-post-Evaluierungen durchgeführt werden, und Selbstevaluierung andererseits, bei der die projektdurchführende Arbeitseinheit selbst eine systematische Projektüberprüfung vornimmt. Zur Selbstevaluierung zählen wirkungsorientiertes Monitoring, Projektfortschritts- und Sachstandsberichte, Projektfortschrittskontrollen, die seit 1999 anlassbezogen eingesetzt werden, z.B. am Ende einer Projektphase bzw. in der Vorbereitungszeit einer neuen, sowie Schlussberichte. Im Rahmen der Berichterstattung ist der GTZ-Auftragsverantwortliche dazu verpflichtet, dem BMZ auf Basis von GTZ-internen Berichten über die aktuelle Situation des Vorhabens – wie Stand der Zielerreichung und Wirkungen – wichtige Veränderungen im Vorhaben zu berichten und Vorschläge für vom BMZ zu ergreifende Maßnahmen der entwicklungspolitischen Steuerung zu unterbreiten. (vgl. „Das Evaluierungssystem der GTZ“ <http://www.gtz.de/de/unternehmen/6332.htm>, [19.6.2007]).

Email-Kommunikation sowie in Auftrag gegebene Studien zu verschiedenen Themen der Wasserproblematik (vgl. Anhang 1).

Ergänzend zur Dokumentenanalyse wurden leitfadengestützte Interviews mit sieben MitarbeiterInnen der projektdurchführenden Institutionen GTZ und JWU geführt (vgl. Anhang 2). Die Interviews stellen eine wichtige Möglichkeit dar, die Informationen zur Umsetzung der Genderprogramme zu ergänzen. Projektdokumentationen dienen nämlich immer auch der Rechtfertigung von Projektmitteln dienen. Auch ist nicht zwingend davon auszugehen, dass sich in den Projektunterlagen die Ansichten der tatsächlich für die Umsetzung der Projekte zuständigen ProjektmitarbeiterInnen von GTZ und Projektträger JWU und deren Erfahrungen in der Projektarbeit widerspiegeln.

Zum Herausarbeiten der Genderbezüge von Wasserversorgung im palästinensischen Konfliktkontext im **zweiten Teil der empirischen Untersuchung** wurde in einem **ersten Schritt** das untersuchte GTZ-Wasserversorgungsprojekt im Ramallah Distrikt anhand des schon im ersten Teil verwendeten Datenmaterials – verfügbare Projektunterlagen und ergänzende Interviews mit GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen – unter Anwendung des in Kapitel 2.4 in Anlehnung an das Gender Impact Assessment Instrument entwickelten Analyserasters untersucht.

Auf Basis der Projektunterlagen konnten jedoch nicht alle Forschungsfragen beantwortet werden. Zudem bildet das GTZ-Wasserprojekt mit den projektdurchführenden Institutionen GTZ und JWU nur einen kleinen Ausschnitt des komplexen Akteursgefüges des palästinensischen Wassersektors im Ramallah Distrikt ab (vgl. Kapitel 3.2.2).

Aus diesen Gründen wurden in einem **zweiten Schritt** weitere AkteurInnen des palästinensischen Wassersektors aus der Gruppe der nutzerInnennah arbeitenden NGOs sowie aus der Gruppe der die WassernutzerInnenebene selbst repräsentierenden lokalen Frauengruppen für die Genderanalyse ausgewählt (vgl. Anhang 2). Grund für diese Akteurswahl ist einerseits, dass WassernutzerInnen die Hauptzielgruppe auch des untersuchten Wasserprojektes darstellen. Andererseits sind die Nutzungsebene und damit auch die NutzerInnenebene und ihr Alltagswissen – im Unterschied zum ExpertInnenwissen – für das Herausarbeiten der Genderbezüge von Technologien von entscheidender Relevanz (vgl. Kapitel 2.1.4). Dies wird jedoch von zentralen Wasserversorgern und bei großtechnischen Wasserinfrastrukturprojekten oft vernachlässigt .

Da die genannten AkteurInnen häufig über sehr wenig programmatisch-konzeptionelle Dokumente zum Thema Wasser, Gender und Konflikt verfügen, wurden Interviews als Mittel

der Wahl zur Informationserhebung geführt. Die Interviews dienen hier als „Türöffner“ für alternative Perspektiven auf die Zusammenhänge von Wasserversorgung und Gender im Konfliktkontext. Für den zweiten Teil der Untersuchung wurden 17 leitfadengestützte Interviews mit Angestellten aus verschiedenen Institutionen des Wassersektors und Fraueninstitutionen sowie neun Gruppen-Interviews mit Mitgliedern lokaler Frauengruppen aus verschiedenen Gemeinden des Ramallah Distriktes analysiert (vgl. Anhang 2).

Um Redundanzen zu vermeiden, die durch eine separate Darstellung der Analyse entlang der fünf Genderdimensionen für das GTZ-Projekt einerseits und für die durch die NutzerInnen(-nahe) AkteurInnen gegebenen, auch über den Projektrahmen hinausgehenden Perspektiven auf Wasserversorgung andererseits entstehen würden, werden die Ergebnisse des zweiten Teils der Untersuchung integriert dargestellt (vgl. Kapitel 5).⁴⁸

Datenlage und politische Situation vor Ort Die Datenlage der vorliegenden Forschungsarbeit wird im Folgenden hinsichtlich der Vollständigkeit der Projekt-Unterlagen, der Heterogenität der Datenquellen und der politischen Situation vor Ort diskutiert.

Das Archiv des GTZ-Wasserbüros in Ramallah erwies sich als weniger systematisch und vollständig als erwartet. Dies ist auf die auch konfliktbedingt hohe Personalfuktuation in der Büro- und Projektleitung zurückzuführen. Problematisch ist insbesondere, dass die der Analyse zugänglichen Unterlagen nicht vollständig waren. Dies hängt damit zusammen, dass der bei der Planung der ersten Forschungsphase Anfang 2005 im GTZ-Wasserbüro Ramallah tätige Büroleiter Herr D.D. zunächst vollständige Einsicht in alle Projektunterlagen zugesichert hatte, im Verlauf der empirischen Untersuchung die Büroleitung jedoch wechselte. Der neue GTZ-Wasserbüro-Leiter Herr N.M. gewährte dagegen aus Gründen der Vertraulichkeit keine Einsicht in die zu der Zeit aktuellen Projektunterlagen einschließlich der Projektfortschrittsberichte ab dem Jahr 2003. Damit ist die Analyse der Umsetzungsdokumentation der dritten Projektphase unvollständig, was die Aussagekraft der Untersuchung mindert.

Die Auswertung wurde zudem durch die verwendeten heterogenen Datenquellen erschwert. So haben die schriftlichen Projektunterlagen einen anderen Aussagegehalt als die punktuell geführten, nicht repräsentativen Interviews. Damit sind die jeweiligen abgeleiteten Aussagen aus Projektunterlagen und Interviews auch nicht „gleichartig“; dies galt es bei der Analyse zu berücksichtigen. Zudem unterscheiden sich auch die Interviewsituationen insbesondere in den

⁴⁸Jedoch wird zur Abgrenzung jeweils hervorgehoben, wenn Erkenntnisse jenseits des Projektrahmens gewonnen wurden.

Dörfern beträchtlich voneinander; sie reichten von Gruppendiskussionen mit 20-40 Frauen bis zu Einzelinterviews (vgl. Anhang 2).

Die Interviews dienten im Fall der Interviews mit GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen als ergänzende Informationsquelle zur Umsetzungsüberprüfung der Genderprogrammatik, im Fall der Gespräche mit den nutzernahen AkteurInnen zur Eröffnung weiterer, oftmals vernachlässigter Perspektiven. Die geführten Interviews ersetzen nicht die fehlenden, im Projekt nicht erhobenen genderdisaggregierten Daten hinsichtlich der wasserbezogenen Arbeitsteilung, Arbeitsbelastung, des Zugangs zu und der Kontrolle über Wasser-Ressourcen. Eine solche systematische und repräsentative Datenerhebung war schon aus zeitlichen und finanziellen Gründen im Rahmen der zwei insgesamt sechs Monate dauernden Forschungsaufenthalte 2005 und 2006 in Ramallah nicht zu leisten. Hier spielt ebenso eine Rolle, dass das Fehlen solcher genderdisaggregierter Daten erst nach Ende des ersten Forschungsaufenthalts 2005 deutlich geworden ist.⁴⁹

Schließlich ist auf die Problematik der Durchführung von Forschungsvorhaben in Konfliktgebieten hinzuweisen, die sich auf vielfältige Weise auch in der vorliegende Forschungsarbeit gezeigt haben. Der zweite Forschungsaufenthalt vom 30.3.-30.6.2006 fand in einer Zeit politischer Unsicherheit statt. Hintergrund war der Wahlsieg der islamistischen Hamas in den demokratischen Wahlen Anfang 2006 und die darauf folgende politische Isolation der neuen Regierung. In der Folge wurden die internationalen Entwicklungsgelder weitgehend eingefroren. Im Ergebnis bekamen die 165.000 Angestellten der Palästinensischen Autonomiebehörde, einschließlich der Angestellten staatlicher Krankenhäuser, Stadt- und Dorfverwaltungen und sämtlicher Ministerien einschließlich der palästinensischen Wasserbehörde PWA seit März 2006 kein Gehalt ausgezahlt. Insbesondere ab Mai 2006 nahmen die innerpalästinensischen Spannungen beträchtlich zu. Im Juni 2006, dem letzten Monat des zweiten Forschungsaufenthaltes, kam es zu militärischen Eingriffen des israelischen Militärs auch in der Stadt Ramallah. In dieser Zeit waren vermehrt Stimmen zu hören, die den Ausbruch eines Bürgerkrieges zwischen Fatah und Hamas AnhängerInnen befürchteten. Dies drückte sich auch in der Stimmung der Bevölkerung aus, die in dieser Zeit die politische und soziale Situation als so hoffnungslos und schlecht wie nie zuvor empfand (vgl. dazu auch Hass 2006:6 ff.).

In der Folge der politisch instabilen Situation konnten einige geplante Interviews nicht umgesetzt werden bzw. mussten aufgrund militärischer Interventionen durch das israelische

⁴⁹Außerdem lief das Projekt zum Zeitpunkt der empirischen Untersuchung schon seit 12 Jahren, eine „rückwirkende“ Datenerhebung war damit schon denklogisch ausgeschlossen.

Militär⁵⁰ oder innerpalästinensischer Unruhen abgebrochen werden. Aus diesem Grund konnten detailliertere Informationen zur spezifischen Situation der palästinensischen Flüchtlingslager, die sich von den ländlichen und städtischen Kontexten unterscheiden, nicht wie geplant erhoben werden.⁵¹

Forschungsethisch ist zudem fraglich, inwieweit Interviews mit Personen vertretbar bzw. zu bewerten sind, die seit mehreren Monaten keine Lohnzahlung erhalten haben und mit existentiellen Problemen und Ängsten konfrontiert sind, um anschließend die instabile Situation in eine „heile Welt“ zu verlassen und das Forschungsmaterial dort auszuwerten. Die Aufforderung des Deutschen Vertretungsbüros in Ramallah an deutsche StaatsbürgerInnen, die West Bank aus Sicherheitsgründen zu verlassen, kam – zwei Tage vor Ablauf des zweiten Forschungsaufenthaltes am 30.6.2006 – am 28.6.2006, als Israel aufgrund des Kidnapping eines israelischen Soldaten durch die Hamas eine massive militärische Offensive im Gaza-Streifen startete und ein Drittel des in Ramallah angesiedelten palästinensischen Parlamentes einschließlich acht Ministern verhaftete.

⁵⁰Das Interview mit der Mitarbeiterin der NGO RWDS F.Kh. musste am 8.6.2006 wiederholt werden, da am zunächst vereinbarten Termin das israelische Militär in Ramallah einrückte und die MitarbeiterInnen der NGO sich um Angehörige sorgten und entsprechend nicht für Interviews zur Verfügung standen.

⁵¹Während des Termins mit einem Mitarbeiter des UN Flüchtlingshilfswerks UNRWA kam es im ersten der vier zu besuchen geplanten Flüchtlingscamps, im Al-Amari Camp in Ramallah Stadt kurz nach Beginn des Interviews mit der Leiterin des dortigen Frauen-Clubs am 15.6.2006 zu Unruhen im Flüchtlingscamp. Hintergrund der Unruhen war, dass wenige Tage zuvor die palästinensische Polizei einen jungen Mann aus dem Al-Amari-Camp erschossen hatte. Das Interview musste abgebrochen werden, da der UN-Mitarbeiter das Dienstfahrzeug zurück in das Büro bringen musste.

3. Kontextanalyse: Einführung in die Region – Gender, Wasserversorgung und Konflikt im Ramallah Distrikt

Nachdem in Kapitel 2 der Stand der Forschung hinsichtlich der globalen Zusammenhänge von Gender und Wasserversorgung in Konfliktkontexten ausgearbeitet wurde, wird in diesem Kapitel ein Überblick über die Projektregion gegeben. Dies dient der Kontextualisierung des untersuchten Fallbeispiels, dem GTZ Wasserversorgungsprojekt im Ramallah Distrikt. Ein solches Vorgehen wird in Handreichungen zur Integration von Genderaspekten in Wasserprojekten sowie zur Erfolgssteigerung von EZ-Projekten in Konfliktkontexten empfohlen (vgl. Kapitel 2.3). Zu diesem Zweck erfolgt zunächst die Darstellung der ökonomisch-politischen Situation in den palästinensischen Gebieten (Kapitel 3.1). Sodann wird der palästinensische Wassersektor unter Berücksichtigung der relevanten AkteurInnen sowie der Wasserinfrastruktur im Konfliktkontext beschrieben (Kapitel 3.2). Die zur Projektregion vorhandenen genderdisaggregierten Daten sowie Informationen zu den Genderdynamiken im palästinensischen Konfliktkontext werden in Kapitel 3.3 aufgearbeitet. Abschließend werden in Kapitel 3.4 die gefundenen Zusammenhänge von Gender und Wasserversorgung im palästinensischen Konfliktkontext herausgestellt.

3.1 Kurze Charakteristik der ökonomisch-politischen Situation in den palästinensischen Gebieten

Im Folgenden wird auf die ökonomische und politische Entwicklung seit 1947 bis zum Jahr 2006 eingegangen.⁵² Der im November 1947 in der UN Generalversammlung beschlossene Palästina-Teilungsbeschluss, demzufolge 43% des ehemals britischen Mandatsgebiets⁵³ dem arabischen Staat und 56% dem jüdischen Staat zugesprochen wurde und seine Ablehnung durch die arabischen Staaten wird vielfach als Meilenstein im israelisch-palästinensischen Konflikt erachtet, in dessen Folge es zur Eskalation mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen kam (Baumgarten 1991:41ff., Herz 2003:31ff.). Im Mai 1948 zogen die Briten ihre Truppen ab, woraufhin die jüdische Seite den UN-Teilungsbeschluss unilateral umsetzte und den Staat Israel ausrief. Es folgte der Angriff der arabischen Staaten und damit der erste arabisch-israelische Krieg von Mai 1948 bis März 1949. Als Resultat des Krieges war das Staatsgebiet Israels um ein Drittel größer als im UN-Teilungsbeschluss vorgesehen (76% des ehemaligen Mandatgebiets) und ca. 700.000 arabische PalästinenserInnen waren geflohen bzw. vertrieben worden (Pappe 2006:127ff). Die Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 ist nicht

⁵²Für einen umfassenden Überblick über den palästinensisch-israelischen Konflikt vgl. u.a. Baumgarten 1991, Ibrahim/Ashkenasi 1997, Bernstein/ Reiner 1982, Herz 2003, Pappe 2008.

⁵³Nach Ende des 1. Weltkrieges kam das Gebiet des historischen Palästinas unter britische Verwaltung (vgl. dazu u.a. Herz 2003).

zuletzt auch deshalb im palästinensischen Bewusstsein als *al-nakba* (die Katastrophe) eingegangen, während sie von jüdischen Israelis als Tag der Unabhängigkeit gefeiert wird (Pappe 2006:225ff.). Statt eines palästinensischen Staates waren nun die Gebiete östlich der sogenannten grünen Linie – der Waffenstillstandslinie von 1948 – unter jordanischer (West Bank) und der Gazastreifen unter ägyptischer Verwaltung (Baumgarten 1991:41ff., Herz 2003:31ff.).

1967 kam es nach wechselseitiger Aufrüstung von Israel und Ägypten zum sogenannten Sechs-Tage Krieg, einem Überraschungsangriff Israels, der zur militärischen Besetzung der West Bank, des Gaza Streifens und Ost Jerusalems – im Folgenden als palästinensische Gebiete bezeichnet – durch Israel führte und in dessen Folge weitere 500.000 PalästinenserInnen flohen bzw. vertrieben wurden (Herz 2003:46ff., Shalabi und Nicol 2005:15f.). Die israelische Besatzungspolitik in den palästinensischen Gebieten zeichnete sich durch die Annektierung Ost Jerusalems, der proklamierten Hauptstadt der PalästinenserInnen und eine forcierte jüdische Siedlungspolitik innerhalb der palästinensischen Gebiete aus (Herz 2003:70ff., Baumgarten 1991:270ff.). Auch die Erlasse zahlreicher Military Orders durch die israelische Militärverwaltung erschwerten den Alltag der Bevölkerung. Mit dem System der rund 1200 Military Orders zur Kontrolle von Landbesitz, Baugenehmigungen und Wasserressourcen erschwerte Israel nicht nur die Entwicklung des palästinensischen Wassersektor sondern der gesamten palästinensischen Ökonomie (Shalabi und Nicol 2005:15f., Daibes 2003:25ff.).⁵⁴ Die ökonomische und politische Situation der PalästinenserInnen verschlechterte sich zusehends und Gefängniserfahrungen gehörten und gehören zur Alltagserfahrung der Mehrheit palästinensischer Jugendlicher. Dies führte zum Erstarken der palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) und schließlich zum Ausbruch der ersten Intifada 1987, die als Massenbewegung zivilgesellschaftlich geprägt war (Baumgarten 1991:270ff., Herz 2003:76ff., Shalabi und Nicol 2005:16f.). Charakteristisch für die erste Intifada war, dass sie stark von Frauen getragen wurde und zu deren Empowerment beitrug (vgl. Kapitel 3.3.1). Die erste Intifada hob das Problem der palästinensischen Gebiete auf die internationale Agenda (Herz 2003:87ff.) und mündete in den Osloer Friedensprozess 1993-1995 und in der Verabschiedung der Prinzipienerklärung über die vorübergehende palästinensische Selbstverwaltung 1994 (Oslo I- Abkommen) sowie des Abkommens über die Autonomie des Westjordanlands und des Gazastreifens 1995 (Oslo II-Abkommen) (Herz 2003:90ff., Daibes 2003:31ff.).

⁵⁴Shalabi führt als Folge an, dass die palästinensischen Gebiete als Absatzmarkt für israelische Güter und als Fundus für billige Arbeitskräfte in Israel und den jüdischen Siedlungen genutzt wurden (Shalabi/ Nicol 2005:15f.).

Das Oslo II-Abkommen regelte zunächst den Abzug der israelischen Truppen aus Gaza und Jericho sowie die Entstehung der palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) inklusive Legislativrat (PLC), Polizei und Sicherheitsdiensten. Die Klärung der strittigen Punkte hingegen wurde auf Endstatus-Verhandlungen verschoben, zu denen es bis heute nicht gekommen ist. Zu den noch immer nicht geklärten Hauptkonfliktpunkten zählen die Grenzen des zukünftigen Staates Palästina, das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge, der Status von Ost-Jerusalem, die jüdischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten sowie die Frage der Wasserrechte (Al-Baz 2000:215; Wolf 2003:7, Herz 2003:95ff., 112.).

Auch nach den Osloer Abkommen wurde durch die Aufteilung der West Bank in drei Zonen A, B und C zur territorialen und administrativen Kontrolle, illustriert in Abbildung 1, sowie das Weiterbestehen der zahlreichen israelischen Military Orders die israelische Kontrolle über die West Bank und ihre Wasserressourcen weitgehend aufrecht erhalten (Shalabi und Nicol 2005:17).

Abbildung 1: Territoriale Aufteilung und Kontrolle der West Bank nach Oslo II Abkommen



Quelle: PASSIA⁵⁵

Gleichzeitig zeichnete sich ein Wachstum im öffentlichen Sektor ab, v.a. im Sicherheitsbereich. Öffentliche Gehälter machten Ende der 1990er Jahre 14% des BIP aus, was zum großen Teil auf die gestiegenen Zahlungen der internationalen Geberinstitutionen für die Errichtung der PNA zurückzuführen ist (Shalabi und Nicol 2005:17).

Jedoch stellten die Osloer Abkommen keine nachhaltige Lösung dar; der Konflikt mit Israel blieb auch nach 1995 prägend für die Lebenssituation der meisten PalästinenserInnen. Die zunehmende Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der forcierte jüdische Siedlungsausbau in den palästinensischen Gebieten⁵⁷ und das Scheitern einer Einigung über die in den Osloer Verträgen ausgeklammerten problematischen Themen, und somit der Aussicht auf einen

Zone C, die 59% des Gebiets der West Bank umfasst, befindet sich vollständig – sowohl in zivilen als auch in militärischen Angelegenheiten – unter israelischer Kontrolle. In Zone B, die die palästinensischen Dörfer umfasst und 23,8% des Gebiets der West Bank ausmacht, behält sich Israel die Kontrolle über Sicherheitsfragen vor, während die palästinensische Autonomiebehörde die Kontrolle in zivilen Angelegenheiten inne hat. Vollständige Kontrolle hat die PNA zumindest formal nur über Zone A, die palästinensischen Städte der West Bank, die 17,2% des Gebiets der West Bank umfasst (Shalabi und Nicol 2005:17).⁵⁶ Im Zuge des Friedensprozesses kam es von 1994-1999 zur Rückkehr vieler Flüchtlinge in die palästinensischen Gebiete und zu einem Wachstum des BIP von 5% pro Jahr.

⁵⁵http://www.passia.org/palestine_facts/MAPS/Oslo-2.html (21.10.2008).

⁵⁶Die Tatsache, dass das israelische Militär (IDF) regelmäßig militärische Operationen auch in den in Zone A gelegenen palästinensischen Städten durchführt, sei es zur Exekutierung mutmaßlicher Staatsfeinde, oder gar im Zuge der temporären Wiederbesetzung von Städten wie im Fall von Ramallah im Jahr 2003 zeigt, dass die vollständige Kontrolle der Autonomiebehörde in Zone A allenfalls formaler Natur ist (vgl. u.a. Hass 2006:7ff. Shalabi und Nicol 2005).

⁵⁷Die Zahl der Häuser in den jüdischen Siedlungen stieg von 1992 bis 2003 um über 50% auf ca. 200.000 Siedler in der West Bank an (Shalabi und Nicol 2005:17).

eigenständigen palästinensischen Staat, führte Ende September 2000 zum Ausbruch der zweiten Intifada⁵⁸ und damit zu dem vorläufigen Ende des Friedensprozesses und einer Rückkehr zum bewaffneten Konflikt (Herz 2003:110ff.,120ff., Hass 2006:13ff.).

Seit Beginn der zweiten Intifada im Herbst 2000 bis 2005 waren über 5.000 Menschen getötet worden. Laut Kuttab und Barghouti (2002:86f.) hatten im Jahr 2001 27% der Familien einen Toten und 37% eine verletzte Person zu verzeichnen. 12% der Haushalte hatten mindestens ein im Gefängnis sitzendes Haushaltsmitglied und in 50% der Haushalte gab es Angehörige mit psychischen Krankheiten. Die Wirtschaft erlitt nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Isolierung dramatische Einbußen. Offiziellen Statistiken zufolge lebten vor Ausbruch der zweiten Intifada 21% der Palästinenser mit weniger als 2 US Dollar pro Tag. Im Dezember 2002 hatte sich diese Zahl auf 60% verdreifacht, in Gaza sogar vervierfacht (World Bank 2006, Shalabi und Nicol 2005). Der vollständige Zusammenbruch der Wirtschaft konnte nur durch das Weiterbestehen der von den Geberinstitutionen subventionierten palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) verhindert werden. Die rund 165.000 Angestellten der PNA machen die Hälfte aller Lohnempfänger und ein Drittel aller Angestellten in den palästinensischen Gebieten aus. Auch die Geldzahlungen durch im Ausland arbeitende Angehörige an die in Palästina gebliebenen Familienangehörigen spielen für die palästinensische Ökonomie eine entscheidende Rolle (World Bank, 2003:2, Shalabi und Nicol 2005:16).

Trotz der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen 2003 (sogenannte *Road Map*) und des Abzugs der jüdischen SiedlerInnen aus Gaza im Juli und August 2005 verschlechterte sich die Situation in den palästinensischen Gebieten weiter. Der Buchtitel der israelischen Journalistin Amira Hass (2006) „Morgen wird alles schlimmer“ erfasst dies paradigmatisch. Als in der demokratischen Parlamentswahl am 25. Januar 2006 in den palästinensischen Gebieten die islamistische Hamas den Wahlsieg errang, stellten die meisten Geberländer ihre Hilfszahlungen für die palästinensischen Gebiete unter der Bedingung ein, dass die Hamas das Existenzrecht Israels anerkenne. In der Folge erhielten ab März 2006 die 165.000 Angestellten der PNA, einschließlich der MitarbeiterInnen staatlicher Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Stadt und Dorfverwaltungen und sämtlicher Ministerien, keine Gehaltszahlungen. Angesichts der oben beschriebenen Rolle der palästinensischen Autonomiebehörde für die palästinensische Wirtschaft hatte dies fatale Konsequenzen.

⁵⁸Am 28. September 2000 hatte der demonstrative Besuch des damaligen Oppositionsführers und späteren Ministerpräsidenten Ariel Sharon auf dem Tempelberg - auf dem die wichtige moslemische Moschee, die Al-Aksa Moschee, steht - besucht und damit die zweite Intifada, die sogenannte Al-Aksa Intifada ausgelöst (Herz 2003:120).

Innerhalb des ersten Quartals 2006 war ein signifikanter Anstieg der Armut zu verzeichnen. Davon waren insbesondere Frauen und kinderreiche Familie betroffen (PCBS).⁵⁹ Die Frauen-NGO WATC berichtete im Mai 2006, dass Frauen begonnen hätten, ihren Goldschmuck zu verkaufen⁶⁰. Dieser ist in den palästinensischen Gebieten das traditionelle Brautgeschenk zur Hochzeit und stellt oft den einzige Besitz von Frauen dar, über den sie vollständig und eigenmächtig verfügen können. Der Verkauf von Brautschmuck gehört dabei zu den Frühwarnindikatoren für aufkommende Konflikte (vgl. Schmeidl und Piza-Lopez 2002:21).

Schließlich ist auf den Bau der Mauer zwischen Israel und der West Bank hinzuweisen, mit dem Israel 2003 völkerrechtswidrig begonnen hat⁶¹. Durch den Mauerbau über dem wasserreichen West-Grundwasserleiter im Gebiet um Qalqilya und Tulkarem wurden etwa 15% der West Bank "israelisch", da die Mauer nicht auf der „grünen Linie“ steht, sondern stellenweise kilometerweit in die palästinensischen Gebiete hineinreicht. Dieses Gebiet gilt aufgrund des fruchtbaren Ackerlandes mit 45% der landwirtschaftlichen Produktion der West Bank als "Brotkorb" der palästinensischen Gebiete (ARIJ 2005). Infolge des Mauerbaus wurden große landwirtschaftliche Anbauflächen sowie in der Gegend liegende Brunnen zerstört. Darüber hinaus wurde die Mobilität von Menschen und Gütern in dieser Gegend massiv eingeschränkt (Shalabi und Nicol 2005:18ff.).

3.2 Zusammenhänge von Wasserversorgung und Konflikt

Der Großteil der Literatur zum Thema Wasser und Konflikt in den palästinensischen Gebieten beschäftigt sich mit der Frage der Wasserrechte aus einer juristischen bzw. völkerrechtlichen Perspektive. Ein anderer bedeutender Teil der Literatur zur Thematik nimmt Fragen des Wassermanagements aus einer institutionellen Perspektive in den Blick.⁶² Die in der vorliegenden Forschungsarbeit gestellten Fragen nach dem Einfluss des Wasserkonfliktes auf den genderspezifischen Alltag sowie den Wechselwirkungen von (Konflikt-)Gesellschaft und Wasserversorgungssystemen wurden weniger bearbeitet (Selby 2003:12). Mit dem Ziel, den Kontext zur Beantwortung der genannten Fragen darzustellen, wird der palästinensische Wassersektor im Konfliktkontext beschrieben. Dazu wird zunächst ein Überblick über die allgemeine Wasserversorgungssituation im Ramallah Distrikt (Kapitel 3.2.1) und die

⁵⁹Petra Tabeling in onlinezeitung qantara.de (Zugriff 15.10.2008).

http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-469/_nr-532/_cmt1c77c8c3e2e24465adceedf778f46d45/i.html

⁶⁰"women resort to selling their jewelery" in: Voice of Women, Issue no. 240, May 11, 2006 <http://www.watcpal.org/english/display.asp?DocID=46> (Zugriff 10.11.2008).

⁶¹Der Internationale Gerichtshof in Den Haag erklärte am 9. Juli 2004, dass "*der Bau der Mauer ... dem Völkerrecht widerspricht.*"

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Nahost/mauer-igh-orig.pdf> (15.10.2008).

⁶²Trottier 1999 und Selby 2003 geben einen guten Überblick über die einschlägige Literatur zum Thema Wasser und Konflikt im Nahen Osten.

relevanten Akteure des palästinensischen Wassersektors gegeben (Kapitel 3.2.2). Anschließend werden die Entstehungsgeschichte der Wasserinfrastruktur im Ramallah Distrikt und die Wechselwirkungen mit der palästinensischen Konfliktgesellschaft nachgezeichnet und die großtechnische Wasserinfrastruktur sowie Elemente der kleintechnischen Wasserversorgung beschrieben (Kapitel 3.2.3).

3.2.1 Der Ramallah Distrikt: Bevölkerung, Wasserdargebot und Wasserverbrauch

In den palästinensischen Gebieten lebten nach Angabe des Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS) im Jahr 2007 rund 3,8 Millionen Menschen, davon 2,4 Millionen in der West Bank und 1,4 Million im Gaza Streifen (PCBS 2009).⁶³ Das Bevölkerungswachstum lag bei 3,5% pro Jahr. Insgesamt wies die palästinensische Gesellschaft eine sehr junge Altersstruktur auf: Über die Hälfte der Bevölkerung war im Jahr 2007 unter 14 Jahre alt. Der Ramallah Distrikt⁶⁴ gehört zusammen mit dem Jerusalem Distrikt zu den zentralen West Bank Distrikten.

Ramallah weist eine geografische Ausdehnung von ca. 1800 km² und eine Höhenvarianz von 200m bis 1000m über dem Meeresspiegel auf, was für die netzgebundene Wasserversorgung eine Herausforderung darstellt. Es gibt 76 palästinensische Gemeinden im Ramallah Distrikt, davon sieben städtische Zentren mit mehr als 10.000 Einwohnern⁶⁵ und vier Flüchtlingslager⁶⁶ (PCBS 2003; Mubarak 2004). Basierend auf den Zahlen des vom PCBS durchgeführten Census lebten im Jahr 2007 rund 280 000 Personen – d.h 7,4% der gesamten Bevölkerung der palästinensischen Gebiete – im Ramallah Distrikt (PCBS 2009). Der größte Teil der Bevölkerung (52%) des Ramallah Distriktes lebte im Jahr 2007 in städtischen Gebieten, 42% in urbanen Gebieten und 6% in Flüchtlingslagern(PCBS 2009)⁶⁷. Es ist hervorzuheben, dass sich der Ramallah Distrikt im Vergleich mit den anderen Distrikten der West Bank und des Gaza Streifens in einer bevorzugten Situation befindet. Insbesondere die Städte Ramallah und Al-Bireh beherbergen die wichtigsten städtischen, ökonomischen und politischen Institutionen, hier versammeln sich die meisten Intellektuellen, Künstler sowie nationale und internationale Institutionen. Dabei befindet sich die städtischen Bevölkerung im Vergleich zu den ländlichen Gegenden und den Flüchtlingslagern insgesamt in einer besseren

⁶³Dazu kommen ca. 4.5 Millionen PalästinenserInnen, die außerhalb von West Bank und Gaza leben (PCBS 2008) <http://www.pcbs.gov.ps/DesktopDefault.aspx?tabID=3845&lang=en> (30.9.2008).

⁶⁴Der Ramallah Distrikt wird aufgrund der räumlichen Nähe zur „Zwillingsstadt“ Al-Bireh auch als „Ramallah – Al-Bireh Distrikt“ bezeichnet (vgl. PCBS Publikationen). Im Folgenden wird – in Anlehnung an die in Kapitel 4 und 5 untersuchten Projektunterlagen – von „Ramallah Distrikt“ gesprochen.

⁶⁵Diese sind namentlich Ramallah, Al-Bireh, Silwad, Bani Zeid, Bir Zeit, Deir Dibwan und Bitunia.

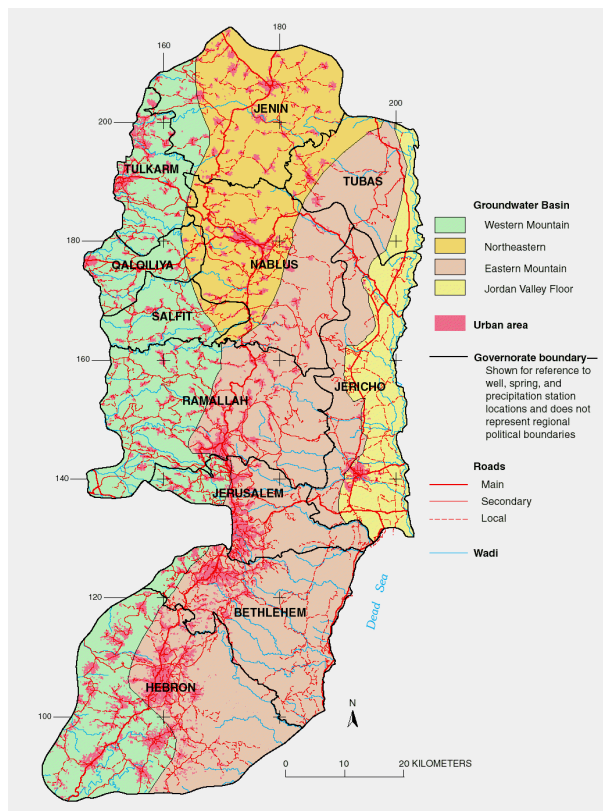
⁶⁶Namentlich sind dies die Flüchtlingslager Al-Am'ari, Qaddura, Al-Jalazon und Deir 'Ammar.

⁶⁷In den gesamten palästinensischen Gebieten lebten im Jahr 2007 73% der Bevölkerung in urbaner Umgebung, 17% in ländlicher Umgebung und 10% in Flüchtlingslagern (PCBS 2009).

ökonomischen Situation (PCBS 2009). Als Differenzierungskategorien bei der Beschreibung der palästinensischen Gesellschaft findet sich deshalb vielfach die Unterscheidung nach Lokalität (Stadt, Land, Flüchtlingslager) (vgl. neben PCBS Publikationen auch Giacaman und Johnson 2002:xii); diese wird im weiteren Verlauf der Forschungsarbeit aufgegriffen.

Zur Beschreibung der Wasserversorgung im Ramallah Distrikt gehört zunächst einmal das **Wasserdargebot**, wie es sich aus dem **hydrogeologischen Status der West Bank und des Ramallah Distriktes** ergibt. Der Nahe Osten wird insgesamt als wasserarme Region charakterisiert, die eine Diskrepanz zwischen Wassernachfrage und -dargebot aufweist (Selby 2003:25). In den palästinensischen Gebieten ist diese Diskrepanz überproportional hoch, was von verschiedenen Autoren dem künstlich niedrig gehaltenen Wasserangebot aufgrund der Stagnation des Friedensprozesses zugeschrieben wird (vgl. Assaf 2004:145, Selby 2003:30). Laut Messerschmid kann die Wasserknappheit insbesondere in der West Bank nicht der ökologischen Wasserressourcenknappheit zugeschrieben werden, da abgesehen vom ariden Jordantal das Klima in der West Bank semi-arid bis sub-humid sei. So fielen im Ramallah Distrikt im Jahr 2004 524 mm Regen, was mit den durchschnittlichen Daten für Berlin mit 600mm Regen pro Jahr vergleichbar ist (Messerschmid 2005:1; PCBS 2005b).

Abbildung 2: Hydro-geologische Grenzen der West Bank Grundwasserleiter (PWA 2000)



Die West Bank ist zwar Anrainer des Jordan-Flusses, hat jedoch seit der israelischen Besetzung 1967 keinen Zugang zu dieser Wasserressource (Trottier 1999:66ff., PASSIA 2002:2f.). Damit ist die West Bank vollständig von den Grundwasserressourcen abhängig. Abbildung 2 zeigt die drei Grundwasserleiter der West Bank: Die mit Israel geteilten West- und Nord-Ost Grundwasserleiter, deren Grundwasseranreicherung zu ca. 90% in der West Bank stattfindet und der kleinere Ost Grundwasserleiter mit ausschließlich palästinensischem Grundwasseranreicherungsgebiet (Messerschmid 2005). Der Ramallah Distrikt liegt dabei zu gleichen

Teilen über dem West- und dem Ost- Grundwasserleiter. Tabelle 5 zeigt die Grundwasseranreicherung und die Aufteilung der Grundwasserentnahme durch Israelis und Palästinenser für die Jahre 1999 und 2000.

Tabelle 5: Grundwasseranreicherung und Entnahme aus WB-Grundwasserleitern (1999/2000)

Grundwasserleiter	Anreicherung [Mm ³ /a]	Entnahme PAL Brunnen [Mm ³ /a]	Entnahme Brunnen in außerhalb [Mm ³ /a]	IL und WB	Gesamtentnahme [Mm ³ /a]
Ost Grundwasserleiter, 1)	141	26	36		62
Nord-Ost Grundwasserleiter, 2)	145	19	72		91
West Grundwasserleiter, 3)	366	27	545		572
Summe	672	72	653		725

(SUSMAQ, 2002) 1) palästinensischer Grundwasserleiter, 2,3) geteilte israelisch-palästinensische Grundwasserleiter

Demnach wurden 1999/2000 insgesamt 725 Mm³ Wasser aus den Brunnen entnommen, während die Wasserneubildungsrate nur bei 672 Mm³ im Jahr lag. Hier zeigt sich die Problematik der Überpumpung der Grundwasserleiter. Von dem durch Brunnen geförderten Wasser kontrollieren die PalästinenserInnen dabei rund 10%, die Israelis 90%. Von dem insgesamt an natürlichen Quellen – unabhängig von Brunnen – entnommenen 284 Mm³ Wasser pro Jahr nutzen die PalästinenserInnen wiederum nur 23%, die Israelis 77%. Diese ungleiche Verteilung der Wasserressourcen, die einen der Kernpunkte des Wasserkonfliktes darstellen, hat nach Ansicht verschiedener Autoren mit zum Ausbruch der ersten Intifada beigetragen (vgl. Bashir 2005, Selby 2003:29ff, PASSIA 2002:3).

Die Wasserproblematik kann zudem anhand des **Wasserverbrauchs** veranschaulicht werden. So lag der durchschnittliche Wasserverbrauch pro Kopf und Tag in den palästinensischen Gebieten im Jahr 2006 bei 63 l/c/d, in 43 Gemeinden sogar unter 30 l/c/d. Fünf dieser Gemeinden liegen dabei im Ramallah Distrikt (PHG 2005a).⁶⁸ Diese Zahlen liegen deutlich unterhalb des von der WHO als Minimum für ländliche Haushalte empfohlenen Wertes von 100 l/c/d. Im Vergleich dazu lagen die häuslichen Wasserverbräuche im Jahr 2004 in Israel zwischen 220 und 300 l/c/d und in Deutschland bei 126l/c/d.⁶⁹

Die niedrigen Wasserverbrauchszahlen für die palästinensischen Gemeinden sind nicht wie in Deutschland auf einen Rückgang der Nachfrage aufgrund wassersparenden Verhaltens zurückzuführen. Vielmehr wurde in den palästinensischen Gebieten die erlaubte Wasserfördermenge aus palästinensischen Brunnen von Israel 1967 eingefroren und 1986

⁶⁸Saffa, Deir Abu Mash'al, Badi al Mu'arrajat, Shuqba, Beit 'Ur at Tahta (PHG 2005a).

⁶⁹Werte für Israel: www.mfa.gov.il, Werte für Deutschland: <https://www.destatis.de> (13.6.2007).

sogar um weitere 10% reduziert. Dies kommt in Anbetracht des Bevölkerungswachstums einem stetigen Sinken der pro Kopf zur Verfügung stehenden Wassermenge gleich (PASSIA 2002).

Von Bedeutung zur Beschreibung der regionalen Wasserversorgungssituation sind die Wasserverbräuche pro Sektor (vgl. Tabelle 6). Es zeigt sich, dass der kommunale und häusliche Wasserverbrauch, der das von privaten Haushalten und öffentlichen Einrichtungen

Tabelle 6: Wasserverbrauch der verschiedenen Sektoren (2000)

Region	kommunaler & häuslicher Wasserverbrauch [Mm ³ /a]	Landwirtschaft [Mm ³ /a]	Industrie [Mm ³ /a]	Gesamt [Mm ³ /a]
Israel	672	1365	129	2166
West Bank	57	89	Included in domestic (4,5)	146
Gaza Streifen	50	85	Included in domestic (4)	135

Quelle: Israel: *Statistical Abstract of Israel Nr 51 (2000)*, WBGS: *PWA Water Sector Strategic Plan 2000*

genutzte Wasser umfasst, in West Bank und Gaza vergleichsweise niedrig ist. Wie in den meisten Ländern weist auch in den palästinensischen Gebieten die Landwirtschaft den höchsten Wasserverbrauch auf. Die Landwirtschaft spielt dabei eine Schlüsselrolle für die palästinensische Wirtschaft, was sich in ihrer zentralen Rolle als Arbeitgeber und im vergleichsweise hohen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausdrückt. Allerdings ist dieser Beitrag stetig geschrumpft: trug 1968 die Landwirtschaft noch mit 40% zum BIP bei, waren es 1994 nur noch 19% (El-Jafari 1997:102). Dies ist einerseits auf die durch die israelische Besatzung auferlegten Restriktionen für Land und Wasser zurückzuführen, zumal der für Landwirtschaft zur Verfügung stehende Wasseranteil im Zuge des begrenzten Wasserdargebots geschrumpft ist. Andererseits spielt hier die Konkurrenz mit den hochsubventionierten israelischen Agrarprodukten eine Rolle (Shalabi und Nicol 2005:16ff.).

Der industrielle Sektor in den palästinensischen Gebieten ist aufgrund der allgemeinen Beschränkungen für die wirtschaftliche Entwicklung seit der israelischen Besetzung nur sehr schwach entwickelt und besteht insbesondere aus Leichtindustrie bzw. Kleinindustrie wie Steinbrüchen und Lebensmittelverarbeitung. Dementsprechend ist auch der Wasserverbrauch gering und wird auf 8% des häuslichen und kommunalen Wasserverbrauchs geschätzt, was rund 4,5 Mm³/a in der West Bank entspricht (Assaf et al. 2004).

Die entsprechenden Zahlen des Wasserverbrauchs pro Sektor für den Ramallah Distrikt ließen sich der Literatur nicht entnehmen.⁷⁰ Laut ExpertInnenbefragung werde jedoch im Ramallah

⁷⁰In der Praxis des regionalen Wasserversorgers JWU werde mit geschätzten Zahlen auf Grundlage einer Ende der 1980er Jahre durchgeführten Studie zur Erhebung der sektorspezifischen Wassernutzung gearbeitet (B.S.

Distrikt kaum Bewässerungslandwirtschaft in größerem Maßstab durchgeführt. Auch die industrielle, bzw. kleingewerbliche Produktion und deren Wassernutzung falle mengenmäßig nicht ins Gewicht.⁷¹ Es wird damit deutlich, dass im Ramallah Distrikt Wasser hauptsächlich von häuslichen bzw. kommunalen Wassernutzern verbraucht wird.

3.2.2 Institutionelles Setting und Akteure des palästinensischen Wassersektors

Der palästinensische Wassersektor zeichnet sich durch ein hohes Maß an Komplexität des institutionellen Rahmens und der Besitzverhältnisse an der vorhandenen Infrastruktur aus (dazu ausführlicher Kapitel 3.2.3).⁷² Diese Komplexität wird auch mit mehreren Jahrzehnten israelischer Besatzung in Zusammenhang gesetzt, deren Regime auf Gemeindeebene nicht eingriff, so dass sich hier jeweils eigene unabhängige Arrangements ausbildeten, die mit den erst später geschaffenen nationalen Wasser-Institutionen ko-existieren (Shalabi und Nicol 2005:6,8, Selby 2003:79). Im Folgenden wird ein Blick auf die wichtigsten AkteurInnen geworfen, gegliedert nach der nationalen Ebene, der Dienstleistungsebene mit besonderem Fokus auf den Ramallah Distrikt, der NutzerInnen- bzw. nutzerInnennahe Ebene sowie der Ebene der Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Auf nationaler Ebene spielt zunächst die palästinensische Wasserbehörde (Palestinian Water Authority PWA) eine Rolle, die im Jahr 1995 vor dem Hintergrund des Oslo-Prozesses etabliert wurde. Die PWA stellt die regulierende Institution des palästinensischen Wassersektors dar und ist als solche für alle technischen und finanziellen Aspekte von Wasserressourcenmanagement und Infrastrukturplanung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zuständig. Zudem führt sie mittels ihrer Project Management Unit (PMU) drittmittelgeförderte Wasserprojekte durch. In Ermangelung der Konstituierung des nationalen Wasserrats (National Water Council NWC) übernahm die PWA seit ihrer Gründung auch die Politik- und Strategieformulierung für den palästinensischen Wassersektor (PNA 2000, Haddad 2003:131f., Klawitter 2006:7ff.).⁷³

Die Arbeit der PWA als regulierende Instanz des palästinensischen Wassersektors wird in hohem Maße dadurch limitiert, dass sie nur über eine eingeschränkte Kontrolle über die Wasserressourcen der West Bank verfügt. Diese liegt auch über 20 Jahre nach Etablierung der

(JWU) Interview vom 25.4.2006 und 8.5.2006).

⁷¹Hier beschränkte sich die industrielle Wassernutzung auf 4 Fabriken (v.a. Betonfabriken) in Ramallah und in Al Bireh (C.M. (GTZ) Interview vom 10.4.2006, N.Kh. (JWU) Interview vom 8.5.2006).

⁷²Einen umfassenden Überblick über die institutionelle Komplexität und deren Hintergründe gibt Trotter (1999).

⁷³Zwar stellt formal der nationale Wasserrat (National Water Council NWC), der auf Basis des By-Law No.2 (1996) zu etablieren war, die politikgestaltende Institution im palästinensischen Wassersektor dar. Da dieser jedoch erst im Februar 2006 nach einer langen und kontroversen Planungsphase und unter großem Druck der internationalen Gebergemeinschaft konstituiert wurde und im Sommer 2006 seine Arbeit noch immer nicht aufgenommen hatte, spielt er für den Analysezeitraum bis zum Jahr 2006 keine Rolle.

palästinensischen Autonomiebehörde nach wie vor maßgeblich in der Hand verschiedener israelischer Akteure, wie durch das in Kapitel 3.2.1 beschriebene System der administrativen und territorialen Kontrolle und der nach wie vor geltenden „Militärgesetzgebung“ deutlich geworden ist. Diese stellen damit wichtige Akteure des palästinensischen Wassersektors dar (Klawitter 2006:25ff.).

Dies zeigt sich anhand der Institution des **Joint Water Committee (JWC)**, das auf Basis des Oslo II Abkommens zwischen Israel und der PLO (1994) gegründet wurde. Das JWC, das zu gleicher Zahl aus palästinensischen und israelischen Repräsentanten besteht, hat über alle palästinensischen Wasser- und Abwasserprojekte einschließlich sämtlicher neuer sowie zu rehabilitierender Infrastrukturvorhaben zu bescheiden. Formal gesehen stellt das JWC ein israelisch-palästinensisches Kooperationsinstrument dar, bei dem Entscheidungen im Konsens zu fällen sind. In der praktischen Umsetzung stellt das JWC jedoch ein Instrument der Machtausübung durch Israel dar, zumal jegliche Wasser-Entwicklungsvorhaben in den palästinensischen Gebieten – einschließlich derjenigen im ausschließlich palästinensischen Ost-Grundwasserleiter – der Zustimmung Israels bedürfen (Klawitter 2006:25). Der israelische Wasser-Bevollmächtigte hat damit ein faktisches Vetorecht (JMCC 1996).⁷⁴ Laut Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) warteten im Jahr 2005 über 150 Wasser- und Abwasserprojekte auf eine Genehmigung durch den JWC, in einigen Fällen seit mehreren Jahren. Dies legt eine strategische Hinhaltetaktik der Israelis nahe (OCHA 2006. Haddad 2003:140ff.).⁷⁵

Jenseits der nationalen politischen und regulatorischen Ebene sind die **AkteurInnen der Dienstleistungsebene** angesiedelt. Hier sind zunächst die Stadtverwaltungen, bzw. Dorfräte⁷⁶ formal verantwortlich für die Bereitstellung von Wasserdienstleistungen inklusive der Wasserversorgung (Klawitter 2006:17ff.). Ausnahmen stellen der Ramallah und der

⁷⁴“*All development of water resources and systems, by either side, shall require the prior approval of the JWC*” Article 40 Schedule 8, 1, b. (JMCC 1996).

⁷⁵Dies wird anhand der im Folgenden dargestellten Schritte eines prototypischen Genehmigungsverfahrens für Brunnen deutlich: Nach Klärung der Frage, ob das vorgesehene Landstück käuflich ist, wird die erste Prüfung vom Koordinator der Palästinensischen Autonomiebehörde vorgenommen. Im nächsten Schritt wird das Vorhaben an den israelischen Koordinator gereicht, der über ein Veto-Recht verfügt. Bei positiver Einschätzung wird das Vorhaben an den Joint Water Council weitergeleitet. Auch hier hat der Israelische Water Commissioner ein Veto-Recht. Bei Genehmigung geht das Projektvorhaben weiter an die israelische Militärverwaltung, die insbesondere die Interessen der jüdischen Siedler in der West Bank vertritt. Im Fall des GTZ Wasserversorgungsprojektes Ramallah dauerte allein der letzte Schritt 2 Jahre. Hier zeichnet sich insgesamt ab, dass PalästinenserInnen gegenüber Israelis bezüglich des Zugangs und der Kontrolle zu Wasser auch innerhalb der palästinensischen Gebiete benachteiligt sind. (C.M. (GTZ) Interview vom 10.4.2006).

⁷⁶2003 waren rund 370 lokale Dorf- und Projekträte in West Bank und Gaza aktiv, die um die begrenzten nationalen und internationalen Gelder konkurrierten (PCBS 2003). Um die Effizienz und Professionalität dieser Institutionen zu erhöhen wurden 1997 *Joint Service Councils* und *Micro-Region Planning Committees* etabliert. Dazu werden Gemeinden zu Gruppen zusammengefasst, die die Verantwortung für verschiedene Dienstleistungen inklusive Wasserversorgung und ggf- Abwasserentsorgung für ihre Mitgliedsgemeinden innehaben (Klawitter 2006:17ff.).

Bethlehem Distrikt dar. Hier sind statt der Stadtverwaltung eigene regionale Wasserversorger für die Wasserver- und Abwasserentsorgung zuständig, namentlich das Jerusalem Water Undertaking (JWU), das einen Großteil des Ramallah Distriktes versorgt, und die Water Supply and Sewage Authority (WSSA), die Bethlehem, Beit Sahur und Beit Jala mit Wasser- und Abwasserdienstleistungen versorgt.

Auch auf der Dienstleistungsebene spielen israelische Akteure eine Rolle. Dies zeigt sich am Beispiel des größten Wasserversorgers der West Bank Gemeinden, dem West Bank Water Departments (WBWD). Das WBWD wurde noch unter der jordanischen zentralen Wasserbehörde 1961 gegründet (HWASP 2003, Selby 2003:82). Mit der Besetzung der West Bank im Jahr 1967 wurde das WBWD-Büro von Jerusalem nach Beit El neben Israels militärisches Hauptquartier in der Nähe von Ramallah verlegt. Seitdem erfüllte das WBWD eine „Schnittstellenfunktion“ zwischen israelischem Militär und der palästinensischen Zivilbevölkerung. Zu den Aufgaben von WBWD gehört nunmehr die Belieferung sowohl jüdischer Siedlungen als auch palästinensischer Gemeinden mit Wasser, die Wasserförderung aus Tiefbrunnen sowie die Wartung der Infrastruktur. Auch nach Abschluss der Oslo II-Verträge, nach denen das WBWD von der israelischen Militärverwaltung an die palästinensische Autonomiebehörde übergeben wurde, wurde es noch immer durch den *Officer for Water Affairs* der israelischen Militärverwaltung kontrolliert (Haddad 1998; Daibes 2000, Klawitter 2006).⁷⁷

Schließlich spielt auch die israelische staatliche Wasserfirma Mekorot eine Rolle. Mekorot versorgte im Jahr 2006 neben dem Wasserversorger WBWD jüdische Siedlungen und die Militärcamps in der West Bank sowie vereinzelte palästinensische Gemeinden direkt mit Wasser.⁷⁸ Zudem sind die palästinensischen Wasserversorger, so auch JWU in hohem Maße auf den Wasserzukauf von Mekorot angewiesen (Selby 2003:82).

Nahezu alle aufgezählten Akteure der Dienstleistungsebene waren 2006 auch **im Ramallah Distrikt** vertreten. Der regionale Wasserversorger und GTZ-Projektpartner (vgl. Kapitel 4) Jerusalem Water Undertaking (JWU) versorgt 44 der 76 Gemeinden des Ramallah Distriktes mit Wasser, betreibt und wartet eigene Tiefbrunnen, Pumpstationen und Wasserspeicher (JWU 2006). Das WBWD versorgt 28 palästinensische Gemeinden im Westen des Ramallah Distriktes mit Wasser (WBWD 2006). Mekorot versorgt neun palästinensische Gemeinden im Süd-Westen des Ramallah Distriktes mit Wasser (PCBS 2005a).

⁷⁷Ein Beispiel dafür ist, dass der Generaldirektor der WBWD zwar von der palästinensischen Autonomiebehörde nominiert wird, er letztlich jedoch von der israelischen Militärverwaltung berufen wird.

⁷⁸I. Z. (PARC), 15.5.2006, J.H. (ACDIVOCA), 7.6.2006.

Die **internationalen Geberorganisationen** spielen für die palästinensische Wirtschaft insgesamt, sowie speziell für den palästinensischen Wassersektor eine wichtige Rolle. Nach Abschluss der Osloer Abkommen und der Schaffung palästinensischer Autonomiebehörde flossen große Mengen Entwicklungsgelder in die palästinensischen Gebiete. Noch im Jahr 2003 flossen rund 2 Milliarden US\$ Entwicklungsgelder in die palästinensische Ökonomie, was deren große Abhängigkeit verdeutlicht (Trottier 1999:194, Klawitter 2006:28f.). Mehr als 10% der EZ-Gelder flossen dabei in den Wassersektor (Selby 2005:5, Rouyer, 2000).⁷⁹ Auch bei den deutschen EZ-Institutionen, die zu den wichtigsten Geldgebern in den palästinensischen Gebieten gehören⁸⁰, stellte der Wassersektor von Anfang an einen Förderschwerpunkt dar; die (Re)konstruktion von Wasser-Infrastruktur ist ein wichtiger Bestandteil von EZ in (Post)Konfliktgebieten.

Allerdings zeichnete sich die Arbeitsweise der internationalen Geberorganisationen mit jeweils eigener Agenda durch mangelnde Koordination aus (vgl. Trottier 1999). Die größte palästinensische Wasser-NGO PHG kritisiert in diesem Zusammenhang, dass *„the donor-driven funding rush guided by the aim to support the peace agreement has encouraged potentially unsustainable development of regional water resources“* (PHG 2000).⁸¹ Laut Klawitter (2006:28) benachteiligte zudem die Förderpolitik der internationalen Gebergemeinschaft im palästinensischen Wassersektor die ländlichen und abgelegenen Gebiete. Der Fokus habe auf großen Infrastrukturprojekten gelegen, von denen die urbanen Zentren stärker profitieren als die ländlichen Gebiete. Hintergrund sei die EZ-Vorgabe, nur dann Projekte zu fördern, wenn die Wartungs- und Betriebskosten durch die Wasserpreise gedeckt werden. Dies führe angesichts der vielfach ökonomisch schwierigen Situation der ländlichen Bevölkerung zu deren Benachteiligung. Aufgrund der konfliktbedingten Schwierigkeiten in der EZ-Projektdurchführung⁸² sowie der wiederholten Zerstörungen neu gebauter Infrastruktur im Zuge israelischer Militäroperationen in den palästinensischen Gebieten zeigten die internationalen Geberinstitutionen jedoch eine zunehmend geringere Bereitschaft, in große Infrastrukturprojekte im palästinensischen Wassersektor zu investieren (PHG 2005a:19, PHG 2000). Inwiefern dadurch nun auch zunehmend die ländliche Bevölkerung profitieren wird, bleibt dabei zu untersuchen.

⁷⁹Die pro Kopf Ausgaben für Wasser und Abwasser durch EZ-Organisationen in den palästinensischen Gebieten gehören zu den höchsten weltweit (Klawitter 2006:28).

⁸⁰Bis 2005 investierte Deutschland 397 Millionen Euro in die palästinensischen Gebiete (KfW 2005).

⁸¹Von Seiten der Geberinstitutionen wurden zwar verschiedene Reformprozesse zur besseren Geber-Koordination begonnen, jedoch seit dem Wahlsieg der Hamas nach der PLC Wahl 2006 wieder unterbrochen (Klawitter 2006:28).

⁸²Die Osloer Verträge sichern Israel darüber hinaus die Kontrolle über die Einfuhr und Ausfuhr von Gütern und Personen in die gesamten palästinensischen Gebiete, was sich auf jegliches Infrastrukturprojekt in den palästinensischen Gebieten nachteilig auswirkt (Shalabi und Nicol 2005:17).

Bereits vor der Etablierung der palästinensischen Autonomiebehörde übernahmen internationale sowie nationale NGOs wichtige staatliche Aufgaben im Gesundheits-, Umwelt- und im Wassersektor. Nach Abschluss der Osloer Abkommen 1994 und dem darauf folgenden Zustrom an internationalen Geldern erfuhr der NGO-Sektor in Palästina eine explosionsartige Entwicklung. NGOs führen in den palästinensischen Gebieten eine Vielzahl an international geförderten Wasser-Projekten durch und stellen insofern wichtige AkteurInnen des Wassersektors dar. Die Beziehung zwischen den NGOs und der palästinensischen Wasserbehörde PWA, die ebenfalls drittmittelfinanzierte Projekte durchführt, wird dabei als kompetitiv beschrieben. Nicht zuletzt aus diesem Grund gerieten NGOs in die Kritik, den Aufbau der staatlichen palästinensischen Institutionen behindert zu haben (Klawitter 2006:30ff.).⁸³ Im Gegensatz zu den technokratischen Wasserversorgungsinstitutionen arbeiten NGOs stärker in ländlichen, abgelegenen Gebieten im Bereich dezentraler Wasser- und Abwasserprojekte und zeichnen sich bei der Projektdurchführung in den Gemeinden durch eine engere Zusammenarbeit mit den WassernutzerInnen aus.

Schließlich stellen auch die **WassernutzerInnen** selbst wichtige AkteurInnen des palästinensischen Wassersektors dar. Zum einen beeinflusst ihr Verbrauchsverhalten das Wassermanagement inklusive der Wasserversorgungssituation. Zum anderen stellen die kommunalen, landwirtschaftlichen bzw. industriellen WassernutzerInnen die Zielgruppe der Wasserversorgung(-sprojekte) dar. In zahlreichen kleineren, oft nicht registrierten lokalen Gruppen bzw. projektbezogenen lokalen Wassernutzerinnen-Komitees beschäftigen sich WassernutzerInnen aus verschiedenen Blickwinkeln wie Gesundheit, Ernährungssicherheit und Bildung mit der Wasserthematik und verfolgen ihre Interessen.

3.2.3 Wasserinfrastruktur im Ramallah Distrikt

Die Wechselwirkungen zwischen Wasserinfrastruktur im Ramallah Distrikt und der palästinensischen Gesellschaft im Konfliktkontext können anschaulich unter Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte der Infrastruktur nachgezeichnet werden (vgl. Kapitel 3.2.3.1). Anschließend wird auf die Wasserversorgung im Ramallah Distrikt mit Blick auf Elemente großtechnischer Wasserinfrastruktur (3.2.3.2) sowie auf Elemente der kleintechnischen Wasserversorgung eingegangen (Kapitel 3.2.3.3).

⁸³So auch F.D. (PWA) 12.9.2005.

3.2.3.1 Entstehung der Wasserinfrastruktur und Wechselwirkungen mit dem Konfliktkontext

Während der Zeit des Britischen Mandats im historischen Palästina (1917-1948) stillte die Bevölkerung ihren häuslichen und landwirtschaftlichen Wasserbedarf ausschließlich aus in privaten Regenwasserzisternen gesammeltem Regenwasser und lokalen Wasserquellen. Darüber hinaus funktionierte das sogenannte Al-Saqyeen System, in dem die Al-Saqyeen Wasser an die Wohngebiete lieferten. Das Wasser wurde dabei in von Tieren gezogenen Behältern transportiert (El-Masri, 1996 aus Salahat 2002). Ein starker Anreiz für die Entwicklung eines zentralen netzgebundenen Wasserversorgungssystems erfolgte durch den sprunghaften Anstieg der Bevölkerung nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg 1948. In dessen Folge kam eine große Anzahl von palästinensischen Flüchtlingen in die West Bank und den Ramallah Distrikt. Unter jordanischem Mandat (1948-1967) wurde die „Ramallah-Al-Bireh Water Company“ gegründet, die mit dem Bau eines Wasserleitungssystems begann, wobei als Wasserressource auf die Quellen „Ein Fara“ nordöstlich von Jerusalem und „Ein Qinya“ östlich von Ramallah zurückgegriffen wurde (JWU 2001:18f.). In den 1960er Jahren begann Jordanien, durch das Bohren von Tiefbrunnen die Grundwasserressourcen in der Westbank zu erschließen. Dieser Prozess wurde jedoch mit der Besetzung der palästinensischen Gebiete im Jahr 1967 unterbrochen.

Israel dagegen setzte seit 1967 in der West Bank seinen – mit der Staatsgründung 1948 in Israel begonnenen – Prozess des *hydraulic development*⁸⁴ fort, womit der Territorialisierungsprozess anhand der Wasserpolitik forciert wird (vgl. auch Kapitel 1.2). Seit Beginn der Besetzung wurde die West Bank zur "geschlossenen militärischen Zone" erklärt. Eine Folge davon war, dass den PalästinenserInnen trotz ihres Anrainerstatus der Zugang zum Jordan-Fluss verwehrt wurde. Zum anderen stellten Militär-Gesetze, sogenannte *Military Orders* (MO), ein wirkungsvolles Instrument des israelischen *hydraulic development* dar. Insbesondere die Military Orders MO 92, 158 und 291 schufen einen umfassenden Kontroll-Mechanismus über Wasser in der West Bank (Messerschmid 2005, Daibes 2003:25f). Die MO 92 "*concerning jurisdiction over water regulations*" vom 15.8.1967 war die erste offizielle Handlung nach der Besetzung der West Bank und übertrug sämtliche administrativen, exekutiven und judikativen Zuständigkeiten für Wasserfragen auf die Person des israelischen Military Commanders. Damit wurden die gesamten palästinensischen

⁸⁴Selby zeigt auf, dass die zionistische Bewegung Wasser als Teil des *nation building* und als Frage nationaler Sicherheit erachtete. Dies zeigt sich in der aktiven Rolle, die Israel beim Ausbau der Kontrolle über die regionalen Wasserressourcen sowie seines immensen Wassernetzes eingenommen hat. Letzteres gilt als eines der integrierendsten Wassernetze der Welt (Selby 2003:73); dessen Herz der 1964 vollendete „National Water Carrier“ darstellt. In diesem wird ein Großteil des Wassers des Jordan Flusses vom Norden des Landes durch das gesamte Landesgebiet über ein gigantisches Netzwerk von Leitungen, offenen Kanälen, Speichern, Dämmen und Pumpstationen bis in den semi-ariden Süden Israels geleitet wird.

Wasserressourcen unter israelische Kontrolle gestellt. MO 158 "*Order concerning the amendmend to the supervision over water law*" vom 19. November 1967 verbot – auch noch im Jahr 2006 – den Bau jeglicher Wasserinfrastruktur ohne Genehmigung durch den israelischen Military Commander. Genehmigungen können dabei ohne Erklärung verweigert und nicht angefochten werden. Schließlich setzte MO 291 "*order concerning settlement of disputes over land and water*" vom 19. Dezember 1968 alle bis dato geltenden wasserrelevanten Abkommen außer Kraft und weitete damit die ohnehin schon umfassenden Jurisdiktion des israelischen Military Commanders über palästinensische Wasserangelegenheiten aus.⁸⁵

Mit der Besetzung der West Bank wurden viele der palästinensischen Brunnen zerstört. Die verbleibende palästinensische Wasserinfrastruktur (vgl. Kapitel 3.2.3.2 und 3.2.3.3) wurde systematisch vernachlässigt. Nach der israelischen Besetzung im Jahr 1967 waren bis zum Jahr 1996 nur vereinzelte palästinensische Brunnen von Israel genehmigt worden, die Wasser aus den weniger ergiebigen Ost- und Nord-Grundwasserleitern fördern (vgl. Kapitel 3.2.1). Im mit Abstand ergiebigen West-Grundwasserleiter war seit 1967 bis zum Jahr 2006 kein einziger palästinensischer Brunnen gebohrt, da Israel die Genehmigung verweigert (Messerschmid 2005).

Mit dem 2003 begonnen Mauerbau schließlich hat Israel seine Kontrolle über den geteilten West Grundwasserleiter vervollständigt. Auf diese Weise wurden 40 palästinensische Brunnen enteignet, da sie nun „jenseits“ der Mauer liegen und nicht mehr von den PalästinenserInnen genutzt werden können. Der palästinensischen Wassernutzung stehen damit über 5 Mm³/a weniger zur Verfügung, fast ein Viertel der palästinensischen Wassernutzung aus dem westlichen Grundwasserleiter. Gleichzeitig wurde durch den gewählten Mauerverlauf die Perspektive für den Bau palästinensischer Tiefbrunnen im West Grundwasserleiter aufgrund der hydrogeologischen Bedingungen versperrt, da die günstigsten Bohrpunkte nun auf der den PalästinenserInnen nicht mehr zugänglichen Seite der Mauer liegen (Assaf et al 2004:139f.). Die Verweigerung eines palästinensischen *hydraulic developments* – Prozesses durch Israel wird hierbei sehr deutlich.

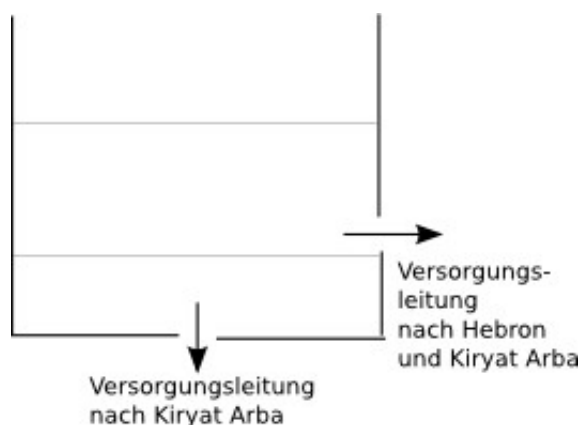
Auf einer anderen Ebene begann Israel mit der **Integration der palästinensischen und israelischen leitungsgebundenen Wasserinfrastruktur**. Bei der Umsetzung spielte die israelische staatliche Wasserfirma Mekorot eine tragende Rolle. 1982 „kaufte“ Mekorot die bestehende Wasserinfrastruktur der West Bank für einen symbolischen Preis von einem

⁸⁵Die Military Orders sind zwar formal betrachtet keine Gesetze, fungieren in der Umsetzung jedoch als solche (Daibes 2003:26).

Schekel und begann, eigene Wasserinfrastruktur zu bauen (Selby 2005:81). Dies steht in Zusammenhang mit der forcierten Siedlungspolitik, die einen wichtigen Teil der israelischen *national hydraulic policy* darstellt.⁸⁶ Die expandierenden jüdischen Siedlungen in der West Bank sollten mit ausreichend Wasser versorgt werden, weshalb auch zu jeder kleinen Siedlung Hauptleitungen mit überdimensioniertem Durchmesser gelegt wurden. Die auf dem Weg zu den jüdischen Siedlungen liegenden palästinensischen Gemeinden wurden mit unterdimensionierten Sticleitungen angeschlossen. Durch den Bau der integrierten israelisch-palästinensischen großtechnischen Wasserversorgungssysteme, die sich durch hohe Investitionskosten und Langlebigkeit auszeichnen, schaffte Israel einen Status-Quo in den palästinensischen Gebieten, der die palästinensische Bevölkerung abhängig von den israelischen Versorgungsunternehmen machte. Die Perspektive einer politischen Zwei-Staaten-Lösung wurde damit systematisch untergraben (Shalabi und Nicol 2005).

Gleichzeitig wurde mit dem beschriebenen integrierten Wasserversorgungsnetz die Bevölkerung der West Bank in eine diskriminierte palästinensische Bevölkerung und privilegierte jüdische Siedler unterteilt (Selby 2003:83). Dies zeigt sich schon in der technischen Gestaltung der Wasserinfrastruktur. Beispiele dafür sind einerseits die willentlich zu klein dimensionierten Wasserleitungsdurchmesser in die palästinensischen Gemeinden, die zu einer systematischen Unterversorgung führen. Ein anderes eindrucksvolles Beispiel ist die Gestaltung von „gemeinsam genutzten“ Wasserreservoirs (vgl. Abbildung 3)

Abbildung 3: Gestaltung des Wasserspeichers Khaled Batrakh



Quelle: Selby 2003:88f.

Der 3875 m³ umfassende Wasserspeicher Khaled Batrakh im Norden von Hebron verfügt über zwei Entnahmeleitungen: Die eine befindet sich in 2 m Höhe vom Wasserspeicherboden aus gesehen, und leitet Wasser hauptsächlich in das palästinensische Hebron sowie in geringerem Maße in die umliegenden jüdischen Siedlung. Die zweite

Entnahmeleitung, die sich am Boden des Speichers befindet, leitet Wasser nur zur jüdischen Siedlung Kiryat Arba. Diese Konstruktion führt dazu, dass ausschließlich die jüdische Siedlung mit Wasser versorgt wird, während die palästinensische Bevölkerung Hebrons leer

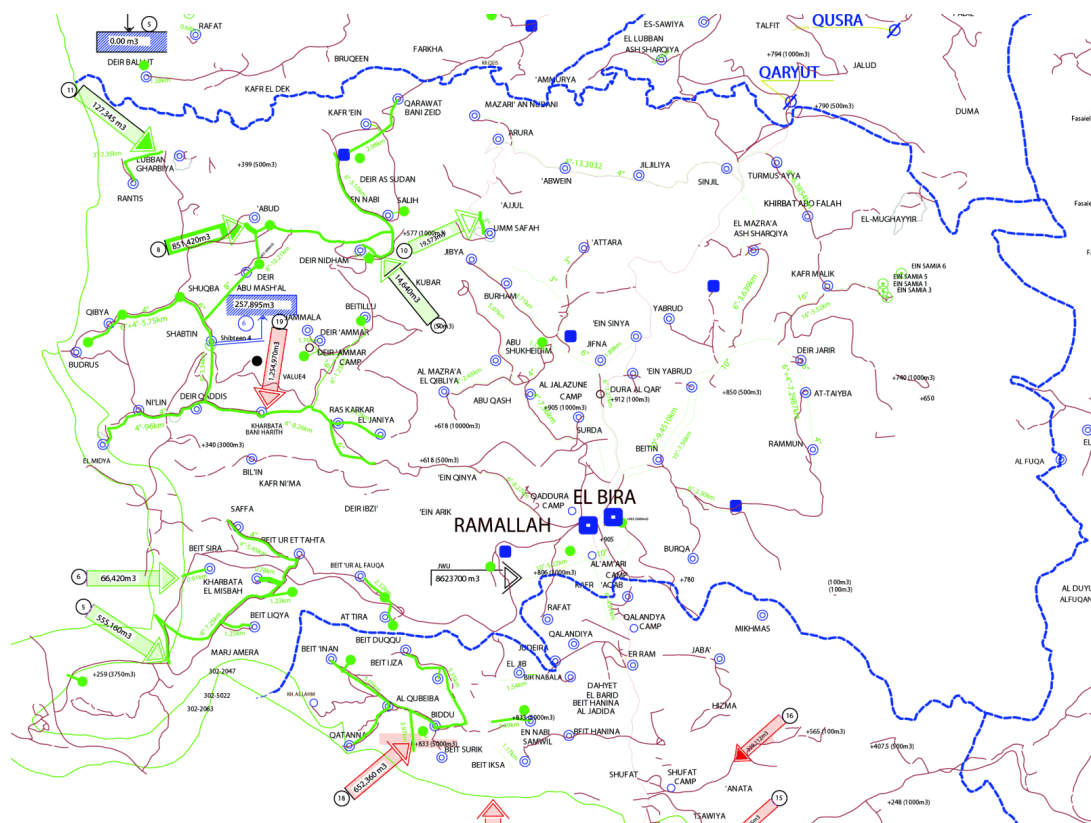
⁸⁶Der Siedlungsbau wurde im Drobless Plan 1981 von Ariel Sharon vorangetrieben. *"Is it possible today to concede control of the hill aquifer, which supplies a third of our water? [...] You know, it's not by accident that the settlements are located where they are [...]"* Ariel Sharon, April 2001.

ausgeht, sobald der Wasserspiegel im Speicher unter die 2m-Marke fällt. Dies ist insbesondere in den Sommermonaten häufig passiert. Selby sieht diesen Wasserspeicher als "... microscopic instance of the much larger techno-political apparatus ..." (Selby 2003:88f).

Auch integrierte Wasserleitungsnetze eröffnen Möglichkeiten aktiver Diskriminierung. Ein Beispiel dafür ist die verbreitete Praxis israelischer Siedler, bei Wasserknappheit im Sommer die kleinen Sticleitungen zu nahe ihrer Siedlungen gelegenen palästinensischen Gemeinden zuzudrehen bzw. sogenannte *roll-in's* einzusetzen, um einen für die Versorgung der jüdischen Siedlungen ausreichenden Wasserdruck aufrechtzuerhalten (PHG 2005a:58).

Trotz des beschriebenen Integrationsprozesses der Wasserinfrastruktur findet sich kein annähernd zusammenhängendes Wasserversorgungssystem in der West Bank. Dieses zeichnet sich vielmehr, ebenso wie das institutionelle Setting (vgl. Kapitel 3.2.2) durch eine hohe Komplexität und Unübersichtlichkeit aus. Dies zeigt sich auch im Ramallah Distrikt, in dem die drei Wasserversorgungsunternehmen JWU, WBWD und Mekoroth über jeweils eigene Wasserversorgungsinfrastruktur verfügen (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Eigentumsverhältnisse des Wasserversorgungsnetzes im Ramallah Distrikt



Quelle: PWA 2000, grün: WBWD Leitungen, violett: palästinensische Leitungen (JWU, PWA), blau: Distriktgrenze

Die Abbildung zeigt, dass die Versorgungsinfrastrukturen zum Teil vollständig voneinander getrennt und zum Teil miteinander verbunden sind. Auf der abgebildeten Karte der

palästinensischen Wasserbehörde PWA fehlt das von Mekorot betriebene Wassernetz, da aus politischen Gründen die jüdischen Siedlungen nicht abgebildet werden. Insofern ist die Karte des Ramallah Distriktes unvollständig.

Es ergibt sich ein „ungeplantes“ Bild der Wasserinfrastruktur in der West Bank und im Ramallah Distrikt. Dies wird einerseits auf die beschränkten Möglichkeiten zur langfristigen und großflächigen Planung und Umsetzung im Rahmen des auch nach Etablierung der palästinensischen Autonomiebehörde vorherrschenden Besatzungsregimes zurückgeführt. Ein Beispiel dafür ist Ost-Jerusalem, das ursprünglich von JWU versorgt wurde, weshalb JWU ihr Leitungsnetz hier ausbaute. Ab Mitte der 1990er begann die israelische Stadtverwaltung im annektierten Ost-Jerusalem in den schon von JWU versorgten Gebieten ein eigenes Wassernetz zu legen und regte die Einwohner zum Versorgerwechsel an (Trottier 1999:84). Andererseits spielen die Konkurrenz um Gelder zwischen NGOs und PWA und die unkoordinierten Wasserprojekte der internationalen EZ⁸⁷ eine Rolle (PHG 2005a:18). Ein Beispiel dafür beschreibt Trottier: Im Jahr 1998 war eine deutsch finanzierte Wasserleitung von Bethlehem nach Hebron gebaut worden, um zwei Brunnen mit dem Hebroner Wassernetz zu verbinden, während gleichzeitig eine weitere davon unabhängige US-amerikanisch finanzierte Wasserleitung gelegt wurde, die vier Brunnen mit dem Hebroner und dem Bethlehemer Wassernetz verbinden sollte. Diese aus technischer Sicht redundante Lösung war letztlich Resultat mehrerer Konflikte zwischen Autonomiebehörde, Landbesitzern, Israel und den Gemeindeverwaltungen sowie zwischen den Geberorganisationen selbst (Trottier 1999:95,196).

Seit Ausbruch der zweiten Intifada zeigt sich in verstärktem Maße, dass Wasser und Wassersysteme nicht nur Politik-Instrument im Prozess der Territorialisierung sind, sondern auch als militärisches Mittel bzw. als militärische Ziele dienen. So erfolgten wiederholt Zerstörungen von groß- und kleintechnischer Wasserinfrastruktur durch das israelische Militär (IDF). Ein Beispiel stellt die am 29. März 2002 begonnene militärische Operation „defensive shield“ dar, in deren Verlauf die meisten Städte der West Bank einschließlich Ramallah wieder besetzt wurden.⁸⁸ Der hierbei produzierte Schaden an Wasser- und Abwasserinfrastruktur in der West Bank wird auf knapp 7 Millionen US-Dollar geschätzt (Selby 2003:2). Laut PHG Report (2006:68) wurde, unabhängig von dieser IDF Operation,

⁸⁷Ein Beispiel dafür stellt der „Wasser-Masterplan für Ramallah“ dar, der von fünf Geberorganisationen, USA, Frankreich, Norwegen, Weltbank und Deutschland gleichzeitig mit Projektgeldern unterstützt worden war (Trottier 1999).

⁸⁸Selby berichtet, dass das israelische Militär (IDF) darüber hinaus den Sitz des lokalen Wasserversorgers JWU in Ramallah stürmte und 7 Techniker und Ingenieure verhaftete, die zu der Zeit damit beschäftigt waren, die Reparaturarbeiten an der Wasserinfrastruktur mit dem IDF zu koordinieren (Selby 2003:2).

zwischen Mai 2004 und April 2005 in über 70 der untersuchten 647 Gemeinden der West Bank Wasserinfrastruktur durch das IDF oder militante Siedler beschädigt. Tabelle 7 listet die von der Organisation PHG aufgezeichneten Schäden an Brunnen, Quellen, Wassertankern, Wasserspeichern, zentralem Wasserversorgungsnetz sowie besonders zahlreich an privaten Dachwasserspeichern und Regenwasserzisternen auf. Auch das Versperren des Zugangs zu Quellen und Brunnen und das Nicht-Durchlassen von Wassertankern durch israelisches Militär (IDF) und Siedler tragen zur Verschlechterung der Wasserversorgungssituation bei.

Tabelle 7: Zerstörte Wasser- Abwasserinfrastruktur in der West Bank (05/2004-02/2005)

Beschädigte Infrastruktur	Anzahl betroffener Gemeinden	Anzahl beschädigte Infrastruktur		
		vollständig	Teilweise	insgesamt
Brunnen	11	5	32	37
Wasserreservoirs		1	2	3
Leistungsnetz	21			
Quellen	9	5	9	14
Wassertanker	6		6	6
Dachwasserspeicher	53			1439
Zisternen	15			135

Quelle: PHG 2005a:68.

Es ist festzustellen, dass sich die wenig vorteilhafte Wasserversorgungssituation seit Ausbruch der zweiten Intifada bis zum Jahr 2006 fortwährend verschlechtert hat. Dies hängt neben den erwähnten Schäden an der Infrastruktur auch mit der verschlechterten ökonomischen Situation in den palästinensischen Gebieten zusammen.⁸⁹ In der Folge ist der Anteil der Ausgaben für Wasser für Wasser an den Gesamtausgaben der Haushalte im Durchschnitt von 3 % auf 5 % gestiegen. Insbesondere bei armen Haushalten oder solchen, die auf keine alternativen Wasserquellen zugreifen können, könne die Wasserrechnung bis zu 40% der Gesamtausgaben der Haushalte ausmachen. Infolgedessen können in manchen Gegenden 80-90% der Haushalte ihre Wasserrechnungen nicht zahlen (Shalabi und Nicol 2005:7ff.).

3.2.3.2 Elemente großtechnischer Wasserversorgungsinfrastruktur

Im Folgenden wird ein Überblick über die vorhandenen Elemente großtechnischer Wasserinfrastruktur in der West Bank und Ramallah gegeben. Dazu gehören neben dem Wasserleitungsnetz insbesondere die Brunnen und Wasserspeicher.

⁸⁹Die Uneinheitlichkeit des palästinensischen Wassersektors wird im Übrigen auch anhand der Wasserpreise deutlich. In zwei benachbarten Dörfern kann der Kubikmeter Leitungswasser unterschiedlich viel kosten, dies hängt jeweils vom Wasserzulieferer sowie der Abnahmemenge ab. Der durchschnittliche Wassertarif in der West Bank betrug im Jahr 1999 2,7 NIS/m³. Die Varianz reicht dabei von 1,3 NIS/m³ in Tulkarem bis zu 4,3 NIS/m³ in Nablus (Salahat 2002:12ff.). Im Ramallah Distrikt zahlten WBWD KundInnen für jeden Kubikmeter 3,5 Schekel. JWU KundenInnen zahlen seit 2004 Staffelpreise: für die ersten 10 Kubikmeter 4,1 Schekel. Wasserlieferungen von Wassertankern sind bis zu 6 Mal teurer mit durchschnittlich 25 Schekel pro Kubikmeter (I.J. JWU, 25.4.2006).

Leitungswasser aus dem **zentralen leitungsgebundenen Wasserversorgungsnetz** stellt in den palästinensischen Gebieten und im Ramallah Distrikt die Hauptquelle zur Befriedigung häuslicher Wasserbedürfnisse dar. Leitungswasser wird auch für Hausgärten und Tierhaltung zu Subsistenzzwecken und für kleinere gewerbliche Aktivitäten genutzt. Nur in Ausnahmefällen, nicht aber im Ramallah Distrikt, wird Leitungswasser für landwirtschaftliche Bewässerung im größeren Maßstab genutzt (Shalabi und Nicol 2005:21ff.).

40% der West Bank Gemeinden, in denen rund 12% der Gesamtbevölkerung der West Bank leben, waren 2005 noch nicht an ein zentrales Wasserversorgungssystem angeschlossen. Dies betrifft v.a. kleine und abgelegene Dörfer (Assaf 2005). Im Vergleich zu anderen West Bank Distrikten, ist die Anschlussrate im Ramallah Distrikt mit 6% noch nicht angeschlossener Gemeinden, in denen 0,75% der Bevölkerung von Ramallah lebt, deutlich besser (PWA 2005). Im Versorgungsbereich von JWU sind seit 2006 sogar alle Gemeinden des Ramallah Distriktes an das Wassernetz angeschlossen.⁹⁰

Diese vergleichsweise günstigen Daten sagen allerdings nicht viel über die tatsächliche Situation der Wasserversorgung aus. Laut palästinensischem Statistikbüro hatten im Jahr 1999 viele Gemeinden im Ramallah Distrikt Probleme mit ihrer Wasserversorgung (PCBS 2000). Besonders häufig betraf dies die Unterbrechungen der Wasserzufuhr im Leitungsnetz, schlechte Wasserqualität sowie zu alte Wasserleitungen. Letzteres führt zu den hohen Wasserverlusten von durchschnittlich 44% in der West Bank. Dabei waren die Wasserverluste im Ramallah Distrikt im Jahr 2003 mit 25% deutlich geringer als im Jericho Distrikt mit 65% (Assaf et al 2004:148). Diese Zahlen hängen nicht zuletzt mit der Vernachlässigung der Wasserinfrastruktur im Zuge der Besetzung zusammen (PHG 2005a:14). Darüber hinaus ist die Anschlussrate an das zentrale Wassernetz innerhalb der angeschlossenen Gemeinden selbst nicht automatisch vollständig. In einer PHG Studie wird festgestellt, dass in nur 46% der untersuchten, ans zentrale Netz angeschlossenen Gemeinden eine fast 100%ige Anschlussrate festgestellt war (PHG 2005a:18,31).

Insgesamt lässt sich die Wasserversorgung in der West Bank als intermittierende Versorgung⁹¹ beschreiben (Salahat 2002:19f.). Das bedeutet, dass Wasser den NutzerInnen nur wenige Stunden am Tag, wenige Tage in der Woche oder gar wenige Stunden in der

⁹⁰Seit 2000 wurden mit den Geldern der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Wassernetzweiterungen vorgenommen. Sechs Gemeinden wurden seitdem an das zentrale JWU Wassernetz angeschlossen. 'Ein Qinya war dabei das letzte Dorf, das 2006 an das Wassernetz angeschlossen wurde (JWU 2006).

⁹¹In der zentralen Wasserversorgung wird zwischen einer ausreichenden Versorgung, intermittierender Versorgung und fehlender Versorgung unterschieden.

Woche aus der Leitung zur Verfügung steht. Insbesondere in den trockenen Sommermonaten von Mai bis September kommt es zu wochenlangen Unterbrechungen in der Wasserversorgung für palästinensische Gemeinden. Im Juli 2005 waren sogar die urbanen Zentren Ramallah, Al-Bireh und Beitunya davon betroffen (PHG 2005a:22f). Gleichzeitig verfügen auch in den trockenen Sommermonaten die oft in unmittelbarer Nähe von palästinensischen Gemeinden auf den Hügeln liegenden jüdischen Siedlungen über eine im Prinzip unterbrechungsfreie Wasserversorgung. Hintergrund ist, dass 63 % des in der West Bank von den Wasserversorgern an die NutzerInnen gelieferten Wassers zunächst von der israelischen Firma Mekerot angekauft wird. In den Sommermonaten schränkt Mekerot die Wasserzufuhr für die PalästinenserInnen ein bzw. unterbricht sie gänzlich (PHG 2005a). Auch kommen die in Kapitel 3.2.3.1 beschriebenen Elemente technischer Gestaltung der Wasserversorgungsinfrastruktur sowie willentliche Eingriffe in die Wasserversorgung durch Siedler und IDF zum Tragen. Selby hebt in diesem Kontext zutreffend hervor, dass technische und politische Probleme nicht voneinander getrennt existieren (Selby 2003:74f). Mit rein naturwissenschaftlich-technischer Logik sind die Wasserproblematik und die Gestalt der Wasserversorgungsinfrastruktur in den palästinensischen Gebieten und im Ramallah Distrikt nicht zu erklären.

Brunnen stellen neben den Wasserleitungen einen essentiellen Teil der Wasserinfrastruktur dar. Im Fall des Ramallah Distriktes betrifft dies nur wenige Tiefbrunnen, da handgegrabene Brunnen aufgrund der tiefliegenden grundwasserführenden Schichten technisch nicht umsetzbar sind. Die hier zur Anwendung kommenden Tiefbrunnen reichen bis zu 500m unter die Geländeoberkante; Bohr- und Ausstattungskosten liegen pro Brunnen bei durchschnittlich 1 Millionen €. ⁹² Laut (PWA 2000) gibt es zwölf aktive Brunnen im Ramallah Distrikt, und weitere fünf hauptsächlich zum Monitoring genutzte Brunnen. Zu den wasserfördernden Brunnen gehören:

- Der Brunnen Shibteen No.4 im West-Grundwasserleiter in der Nähe der grünen Linie⁹³ der WBWD gehört und ca. 0.5 Mm³/a fördert (WBWD 2000)
- Sechs Mekerot Brunnen, die alle Wasser vom rein palästinensischen Ost-Grundwasserleiter fördern – vier davon im Jordantal (die Al Auja Brunnen fördern ca. 5 Mm³/ a) und weitere zwei Brunnen (Kokhav Ha-Shakhar und Rimonim Brunnen) mit geringer Pumpquantität (PWA 2000)

⁹²C.M. (GTZ) Interview vom 25.4.2006.

⁹³Dieser Brunnen wurde von den Jordaniern im Mai 1967 kurz vor dem 6 Tage Krieg 1967 gebohrt.

- Fünf JWU Brunnen (im Ein Samia Brunnenfeld), die einzigen nur von Palästinensern kontrollierten Brunnen, die im Ost-Grundwasserleiter ca. 2,5 Mm³/a fördern (JWU 2006).⁹⁴

Die Aufzählung verdeutlicht, dass die palästinensischen Akteure nur beschränkte Kontrolle und Zugang zu den Wasserressourcen im Ramallah Distrikt haben. Hervorhebenswert ist, dass die israelische Wasserfirma Mekorot aus dem rein palästinensischen Ost-Grundwasserleiter doppelt soviel Wasser fördert wie der palästinensische Wasserversorger JWU. JWU wiederum ist infolge dessen auf den Ankauf von Wasser von Mekorot angewiesen, um die palästinensischen Gemeinden zu beliefern.

Wasserspeicher haben die Funktion, den Wasserdruck im Gesamtsystem auszugleichen, den Spitzenabfluss zu bedienen, und in Engpässen Wasser bereitzustellen. Um die Schwerkraft nutzen zu können und damit Pumpkosten zu reduzieren, werden in den palästinensischen Gebieten Wasserspeicher üblicherweise an hochgelegenen Stellen als sogenannte Hochbehälter errichtet (Salahat 2002:36, Damrath und Cord-Landwehr 1998:100 ff.). Im Ramallah Distrikt verfügt WBWD über drei und JWU über acht Haupt-Wasserspeicher (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Wasserspeicher im Ramallah Distrikt

Eigentümer	Ort	Baujahr	Speicherkapazität [m ³]
WBWD	Deir Abu Mishal	1975	500
WBWD	Betunia	1989	2000
WBWD	Beit Ur	1983	1000
JWU	Ramallah	1960	500
JWU	Ramallah	1960	60
JWU	Al Bireh	1965	5000
JWU	Al Bireh	1989	10000
JWU	Ein Quinia	1955	300
JWU	Kufr Aqab	1950	150
JWU	Mazra A Sharquia	1981	300
JWU	Ein Samia	1989	500

Quelle: (PWA 2002; JWU 1991).

In den WBWD Reservoirs befinden sich die mechanischen Teile (Leitungen, Ventile etc.) in schlechtem Zustand. Laut JWU Unternehmensbericht 1995 war geplant, aufgrund der insgesamt niedrigen Speicherkapazität pro-Kopf und der wiederholten Stromausfälle, vier weitere große Wasserspeicher mit einem Fassungsvermögen von 2000-3000 m³ in Mazrá Aharquia, Dora el Qare, Berg Assor und Deir Dibwan zu errichten, um die Versorgungssicherheit in den vier Regionen zu erhöhen (JWU 1995). Der Umstand, dass Wasserreservoirs generell auf hochgelegenen Geländeabschnitten gebaut werden, führt im

⁹⁴JWU erhielt die Genehmigung für einen neuen Tiefbrunnen (Ein Samia well No.6) und für die Rehabilitation von zwei alten Brunnen in Ein Samia (No.2 and 3) mit Unterstützung der GTZ 1996 und 1998.

vorliegenden Konfliktkontext oft zu Problemen für die palästinensischen Wasserversorger. Die jüdischen Siedlungen in der West Bank werden nicht zuletzt aus militärisch-strategischen Gründen auf Hügeln gebaut. In der Folge befinden sich auch die palästinensischen Wasserreservoirs in unmittelbarer Nähe oder sogar in den jüdischen Siedlungen. Dies erschwert den Zugang selbst für das JWU Personal und gefährdet die Versorgungssicherheit der PalästinenserInnen. Hier wird die besondere Verwobenheit von Infrastrukturgestaltung und Konfliktgesellschaft einmal mehr deutlich.

3.2.3.3 Elemente dezentraler Wasserversorgungsinfrastruktur

Dezentrale, dem kleintechnischen Bereich zuzuordnende Alternativen der Wasserversorgung spielen für die Privathaushalte angesichts der intermittierenden Wasserversorgung noch immer eine wichtige Rolle. Dazu gehört die traditionelle Regenwassersammlung in Zisternen, der Gang zu ggf. in der Umgebung liegenden Quellen oder der Rückgriff auf Wassertankerlieferungen (Al-Sahel 2004:5). Nichtsdestotrotz ist für 82% aller palästinensischen Haushalte, in den zentralen West Bank Distrikten, zu denen Ramallah gehört, sogar für 92,3% der Haushalte, Leitungswasser die Hauptwasserquelle (Shalabi, Nicol 2005). In den zentralen West Bank Distrikten – inklusive Ramallah – ist für 3,4% der Haushalte Regenwasser, für 2,1% Quellwasser und für 0,4% Wassertankerlieferungen die Hauptwasserressource⁹⁵ (Shalabi und Nicol 2005:44).

In der West Bank gibt es ca. 297 **natürliche Wasserquellen**, die rund 56 Mm³/a Wasser liefern (Akram 2004). Auch im Ramallah Distrikt gibt es zahlreiche kleine Wasserquellen, die hinsichtlich ihrer Ergiebigkeit, den Besitzverhältnissen und Nutzungsarrangements stark variieren. Vornehmlich werden sie für landwirtschaftliche Zwecke im kleinen Maßstab, insbesondere für Subsistenzzwecke genutzt (Shalabi und Nicol 2005:9,22). Laut einer PWA Studie sind gut 95% der natürlichen Quellen verschmutzt. Aufgrund der fehlenden Kanalisation⁹⁶ sowie durch Düngemittel- und Pestizideinsatz weist Quellwasser, das in der Nähe von dichtbesiedelten Gebieten bzw. landwirtschaftlich genutzten Flächen liegt, eine erhöhte fäkale Verunreinigung, Sodium-Fracht sowie insgesamt eine erhöhte elektrische Leitfähigkeit auf, was bei Kontakt und Genuss des verunreinigten Wassers Gesundheitsprobleme nach sich zieht (Assaf et al. 2004).

Nichtsdestotrotz werden die natürlichen Wasserquellen in den Gemeinden des Ramallah Distriktes mangels Ausweichoptionen genutzt. Aus diesem Grund führt die palästinensische

⁹⁵In der gesamten West Bank stellt für 8,2% der Haushalte die Regenwassersammlung, für 1,7% Quellwasser und für 9,4% Wassertankerlieferungen die Hauptwasserquelle dar.

⁹⁶Nur 33,3% der Haushalte in den palästinensischen Gebieten, 24,5% in West Bank und 18,8 % in Ramallah Distrikt waren Anfang 2000 an die Kanalisation angeschlossen (PCBS 2000).

Wasserbehörde PWA im Ramallah Distrikt in 50 Dörfern, in denen die Wasserquellen regelmäßig von den AnwohnerInnen für häusliche und landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden, Untersuchungen zur Wasserqualität durch⁹⁷. Insbesondere ärmere Familien, die stärker auf die öffentlich zugänglichen natürlichen Wasserquellen angewiesen sind, da sie nur begrenzt die teuren Wassertankerlieferungen zurückgreifen können, sind stärker von durch Wasser übertragenen Krankheiten betroffen.

Eine andere dezentrale Technologien stellen **Zisternen zur Sammlung und Speicherung von Regenwasser** dar. Die ältesten Überreste solcher Systeme wurden in Jordanien gefunden und sind 9000 Jahre alt. In den palästinensischen Gebieten war zunächst der Bau kommunaler Zisternen, später der Bau privater Zisternen für jedes Haus bis vor ca. 30 Jahren üblich. Mit zunehmendem Anschluss an das zentralen Wassernetz verfiel diese Gewohnheit und die Ansicht "Wir haben jetzt fließendes Wasser, wozu sollten wir Regenwasser nutzen?" setzte sich durch. Gleichwohl hatten noch im Jahr 2003 26,3% der Haushalte in der West Bank Regenwasserzisternen (Assaf et al. 2004). Vor dem Hintergrund der auch konfliktbedingten Unterbrechungen der Wasserversorgung über das zentrale Wassernetz beobachteten NGOs insbesondere seit Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2000 wieder eine stärkere Verbreitung und Nutzung von Regenwasserzisternen (Shalabi und Nicol 2005:23ff.).⁹⁸

Dach- sowie Geländeoberflächen werden als Auffangflächen zur Sammlung von Regenwasser genutzt, welches in einen Behälter geleitet und dort gespeichert wird. In der West Bank bietet sich diese Technologie nicht zuletzt aufgrund der relativ hohen Regengaben von bis zu 600mm pro Jahr, der durchschnittlichen Temperatur von 21°C sowie der günstigen Ausbeeeigenschaften des Bodens an (Akram 2004). Die Regenzeit in den palästinensischen Gebieten dauert von Oktober bis April mit Regenspitzen im Dezember und Januar. Als Faustformel für die Menge an Wasser, die durch Regenwassersammelungstechnologien gewonnen werden kann gilt:

$$\text{Auffangfläche} * \text{durchschnittliche Regenmenge pro Jahr} * 80\%.$$

Die Größe der Zisternen hängt von Haushaltsgröße, Verbrauchszahlen, Trockenzeit und Evaporationsrate ab und reicht von 10-500 m³ (Akram 2004). Die in der West Bank am weitesten verbreitete Zisternenform ist die Birnenform, die 5-7m tief in die Erde reicht mit 60-100 m³ Speicherkapazität. Die wichtige Rolle der Zisternen zeigt sich v.a. in den trockenen Sommermonaten, wenn die Versorgung mit Leitungswasser unzuverlässig wird (Shalabi und Nicol 2005:23ff.). Die Nutzung des so gewonnenen Regenwassers hängt von der

⁹⁷M.A. (PWA) Interview vom 22.5.2006.

⁹⁸J.H. (ACDIVICA) 7.6.07, B.B. (PHG) 11.5.2006.

Beschaffenheit und Sauberkeit der Auffangflächen sowie den Bedürfnissen der NutzerInnen ab. Grundsätzlich wird Regenwasser für alle Wasserbedürfnisse genutzt. Als problematisch erweist sich, dass in einigen Fällen die Wasserqualität aufgrund des Einsickerns von häuslichen Abwässern beeinträchtigt wird. Bei der Vermischung von Wasser verschiedenen Ursprungs – beispielsweise Wasser von Tankerwasserlieferungen und Regenwasser – kann es zu gravierenden Qualitätsproblemen und somit zu Gesundheitsbeschwerden kommen (PHG 2005a).

Haushalte, die nicht an das zentrale Wassernetz angeschlossen bzw. vorübergehend von der Wasserzufuhr abgeschnitten sind, sind auf **Tankerwasserlieferungen** angewiesen, die einen etwa 5-6 Mal höheren Preis aufweisen als Leitungswasser. Im Zuge der zweiten Intifada ist es systematisch zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Errichtung von zahlreichen Straßensperren und Checkpoints gekommen, an denen häufig auch Wassertanker nicht durchgelassen werden. In Folge dessen sind die Wassertankerpreise in manchen Gemeinden nochmals um bis zu 150% angestiegen (PHG 2005a). Es zeigt sich, dass die abgelegenen Gemeinden am stärksten durch den Konflikt betroffen sind, da diese als letzte an das zentrale Wassernetz angeschlossen werden und durch die Straßensperren weder für Wartungsteams noch für Tankerwasser erreichbar sind. Das von Tankern gelieferte Wasser weist darüber hinaus, da es aus nicht kontrollierten Quellen stammt, oft eine sehr schlechte Qualität auf, was wiederum gesundheitliche Folgen nach sich ziehen kann.

Schließlich kann auch das **Weiterverwenden** des im Haushalt anfallenden **Grauwassers**, welches Küchen- und Dusch- sowie Waschwasser unter Ausschluss von Toilettenabwasser (=Schwarzwasser) umfasst, als dezentrale alternative Wasserquelle erachtet werden. Auf diese Weise wird Wasser gewonnen, das insbesondere zur Bewässerung der für Subsistenzzwecke wichtigen Hausgärten genutzt wird (Shalabi und Nicol 2005:23ff.). Um die Wassersammlung einerseits zu optimieren und andererseits die hygienischen Probleme, die beim Verwenden nicht aufbereiteten Grauwassers auftreten können, in den Griff zu bekommen, setzen NGOs verstärkt Grauwasser-Projekte um. Hier werden auf Haushaltsebene Techniken zur Sammlung und Aufbereitung des Grauwassers mittels kleinen Pflanzenkläranlagen eingesetzt.

3.3 Geschlechterverhältnisse und Konflikt – der Kontext für EZ-Projekte

AkteurInnen der palästinensischen Frauenbewegung haben die internationale EZ-Projektpraxis vielfach kritisiert. Als Gründe für das Scheitern vieler EZ-Projekte wird – ebenso wie schon in Kapitel 2.1 im globalen Rahmen – angeführt, dass zu wenig auf den gesellschaftlichen Kontext eingegangen werde, in dem die EZ-Projekte arbeiteten. Auch

werde zu selten an strukturellen Benachteiligungen wie dem genderspezifisch ungleichen Zugang zu Ressourcen, Krediten und technischer Hilfe angesetzt (Abdo 1995:39, Giacaman 1995:53, Kuttab 1995:50). Gleichzeitig wird festgestellt, dass zwar im Prinzip alle seit 1994 in den palästinensischen Gebieten tätigen internationalen Institutionen über Gender Mainstreaming Strategien mit dem Anspruch verfügen, Genderaspekte in allen Sektoren systematisch zu integrieren. Der Umsetzung wird jedoch nur ein begrenzter Erfolg beschieden (Abu Nahleh et al 1999:46, PNA 2002:94ff.). Schon Giacaman (1995:57f.) regte deshalb die kritische Begleitung der lokalen Praxis internationaler EZ Projekte an.

Vor diesem Hintergrund und in Anlehnung an die in Handreichungen zur Integration von Genderaspekten in Wasserprojekten gegebenen Empfehlungen (vgl. Kapitel 2.3), werden in diesem Kapitel die im Zusammenhang mit dem palästinensischen Konfliktkontext erforschten Genderdynamiken beschrieben (Kapitel 3.3.1). Anschließend werden entsprechend des in Kapitel 2.4 dargestellten Untersuchungsdesigns die zur Projektregion vorhandenen genderdisaggregierten Daten entlang der Genderdimensionen „Zugang und Kontrolle über Ressourcen“ und „Arbeitsteilung“ aufgearbeitet (Kapitel 3.3.2).

3.3.1 Genderdynamiken im palästinensischen Konfliktkontext

Geschlechterrollen bzw. Geschlechterverhältnisse formen die palästinensische Gesellschaft (Johnson und Kuttab 2002:61). Das Verständnis der Genderdynamiken im Konfliktkontext ist insofern für die Integration von Genderperspektiven in EZ-Wasserprojekte von Bedeutung.

Im Verlaufe des Konflikts ist es zu einschneidenden Veränderungen der palästinensischen Gesellschaft und deren Geschlechterverhältnisse gekommen. Kampfschauplätze der 1987 begonnenen ersten Intifada waren die Straßen, Viertel und Häuser. Steine stellten dabei die Haupt-„waffe“ dar. Die Massenmobilisierungen ermöglichte bzw. erforderte geradezu die starke Beteiligung der Frauen an der ersten Intifada. Yuval-Davis (1997) sagt dazu, dass *„clear sexual division in war, however, usually disappears, when there is no clear difference between “battlefront” and the “homefront”*. Zu Beginn der zweiten Intifada im Jahr 2000 hingegen fanden die Auseinandersetzungen, die mit modernen Waffen ausgetragen wurden und einen höheren Militarierungsgrad aufwiesen, an den Grenzen und Checkpoints statt. Die direkte Beteiligung der Zivilgesellschaft und dabei auch speziell von Frauen war minimal (Johnson und Kuttab 2002:68).

Dies steht im Zusammenhang mit der sozialen Konstruktion der KämpferInnen. In der ersten Intifada war die soziale Konstruktion des „Kämpfers“ bzw. der „Kämpferin“ fließend und ermöglichte die Ausweitung der Frauenrolle auf den politischen, öffentlichen Raum. In der

zweiten Intifada hingegen wurden „Kämpfer“ in hohem Maße durch Geschlecht und Alter bestimmt: Die neuen „Kämpfer“ der zweiten Intifada sind Männer unter 25 (Johnson und Kuttab 2002:66). In Folge des bewaffneten Konflikts wurde die Rolle von Frauen auf „Gebärerinnen der Kämpfer“ reduziert. Das Konstrukt der „Mutter des Märtyrers“ wurde zu einem wirksamen Symbol des Widerstands (Peteet 2001; Johnson und Kuttab 2002:66). Infolge der zweiten Intifada kam es damit wieder zu einer Einschränkung der Frauenrolle auf die private-Sphäre.

Die Kategorie Gender stellt darüber hinaus ein Organisationsprinzip der israelischen Besatzung dar. Bestehende Moralvorstellungen über palästinensische Männern und Frauen wurden aufgegriffen und gezielt eingesetzt. Wie aus anderen Krisen- und Konfliktsituationen bekannt, sind auch in Palästina Frauen als „Hüterinnen von Moral- und Ehrenkodexen zur Angriffsfläche der Nation geworden“ (Niggemann 2002). Die Angst vor dem Verlust der Ehre durch die Vergewaltigung von Frauen stellte schon im ersten arabisch-israelischen Krieg 1948 einen wichtigen Fluchtgrund dar, was durch gezielte sexuelle Angriffe auf Frauen von Seiten zionistischer paramilitärischer Gruppen verstärkt wurde⁹⁹. Sexuelle Übergriffe und Drohungen, den moralischen Ruf von Frauen zu ruinieren, werden durch das israelische Militär dazu benutzt, um Geständnisse und Kollaboration der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu erzwingen. Aktive Frauen werden auf diese Weise wieder an „ihren“ Platz fern von Politik und Widerstand verwiesen (Brandt 1991:32ff., Kervorkian 1993). Ein weiteres Beispiel stellen genderspezifische Militärbefehle seitens der israelischen Armee dar. Zu Beginn der zweiten Intifada am 28. September 2000 wurde vom IDF angeordnet, dass Männer allein in Privatautos nicht auf Straßen der West Bank fahren durften, sondern nur in Begleitung von Frauen oder Kindern. Hintergrund war die Annahme, dass alleinreisende Männer potentielle Selbstmordattentäter bzw. militante Kämpfer seien. Da in der Umsetzung ohne Umschweife auf Autos geschossen wurde, in denen einzelne Männer saßen, verdingten sich zahlreiche Kinder als menschliche Schutzschilder. Einige Frauenrechtsaktivistinnen verwiesen sarkastisch auf die auf diesem Wege erfolgte Ausweitung der Handlungsspielräume von Frauen im öffentlichen Raum (Johnson und Kuttab 2002:61).

Schließlich ist es im Zuge des Konfliktes auch in den palästinensischen Gebieten zu einer Krise der traditionellen Geschlechterrollen gekommen. Der Einbruch des Kriegs in traditionelle „Frauenräume“, die privaten Häuser, die Zerstörung von sozialen Netzwerken und die verschärfte ökonomische Krise haben dazu geführt, dass althergebrachte

⁹⁹Das als „Massaker von Deir Yassin“ bezeichnete Ereignis vom 9. April 1948, in dessen Rahmen es im Dorf Deir Yassin zu Massenvergewaltigungen kam, stellt hier ein Beispiel dar (Vgl. Brandt 1991:29; Peteet 1991: 59f.).

Geschlechterrollen nicht mehr uneingeschränkt lebbar sind. Männer sind häufig nicht mehr in der Lage, ihrer Rolle als Ernährer und Beschützer der Familien gerecht zu werden. Johnson und Kuttab (2002:69) sprechen in diesem Zusammenhang von einer palästinensischen Männlichkeitskrise. Gleichzeitig wurden im Zuge der zweiten Intifada und der damit einhergehenden Militarisierung extreme Formen von Männlichkeit, insbesondere als "unangreifbare allmächtige Kämpfer" konstruiert (Niggemann 2002).

Für Frauen verengen sich auf der einen Seite im Zuge des Konflikts als potenzielle Opfer, deren Ehre es zu schützen gilt, die Bewegungsspielräume. Auf der anderen Seite müssen sie aufgrund der Abwesenheit bzw. des Unvermögens der Männer, traditionelle „Männeraufgaben“ übernehmen. Dazu gehört auch, das Überleben der Familie zu sichern, wozu sie gezwungen sind, die traditionell für Frauen bestimmte private Sphäre zu verlassen. Aufgrund der genderspezifischen Arbeitsteilung sind damit die Belastungen und Verantwortungen in den Haushalten insbesondere für Frauen gestiegen.¹⁰⁰ Neben der Übernahme des Haushaltsvorstands und der damit zusammenhängenden Aufgabe, den Lebensunterhalt der Familie zu organisieren, erhöht sich die Arbeitsbelastung aufgrund der Pflege von Verletzten und chronisch Kranken (Kuttab und Barghouti 2002:86f.). In Zusammenspiel mit der sich im Zuge des Konflikts verschlechternden ökonomischen Situation (vgl. Kapitel 3.1) geraten Männer und Frauen unter Druck, was zu einem Anstieg von häuslicher Gewalt gegen Frauen und einer erhöhten Scheidungs- bzw. Trennungsrates führt¹⁰¹. Johnson und Kuttab (2002:72) sprechen darüber hinaus von einer „Mütterlichkeitskrise“. Diese resultiere aus den Widersprüche zwischen dem privaten Schutzbedürfnis der Kinder (Kinder fern vom Widerstand) und dem Bedürfnis nach öffentlicher, gesellschaftlicher Akzeptanz (Kinder als Teil des Widerstandes). In Folge des Konfliktes ist in den palästinensischen Gebieten ein Anstieg von psychischen Krankheiten zu verzeichnen, wovon Frauen in überdurchschnittlichem Maße betroffen sind (Kuttab und Barghouti 2002:86f.).

Geschlechtsspezifische Widerstandskultur und nationale Symbolik ist desweiteren im palästinensischen Konfliktkontext zu einem stark umkämpften Diskursfeld zwischen den verschiedenen nationalistischen Kräften geworden (vgl. dazu Niggemann 2002). Nach dem verlorenen Krieg von 1948, der als palästinensische Katastrophe (*al-nakba*) ins palästinensische Gedächtnis eingegangen ist, dominierten in der palästinensischen Gesellschaft westlich orientierte Vorstellungen von Demokratie und Frauenemanzipation. Frauenbildung und eine größere Beteiligung von Frauen am gesellschaftlichen Leben wurde

¹⁰⁰Interviews mit lokalen Frauengruppen in Belein (21.6.2006), Mazra Quiblyia (20.6.2006), Atara (19.6.2006).

¹⁰¹Interviews mit lokalen Frauengruppen in Belein (21.6.2006), Mazra Quiblyia (20.6.2006), Atara (19.6.2006).

dabei auch aus nationalistischen Erwägungen gefördert¹⁰² (Vgl. Brandt, 1991:71ff., Niggemann 2002).

Seit den 1980er Jahren versuchen IslamistInnen ihrerseits, die nationale Widerstandskultur „islamisch“ zu besetzen. Daraus ergibt sich einerseits eine begrenzte Ausweitung des gesellschaftlichen Handlungsspielraums für Frauen, die sich auf die islamistischen „Spielregeln“ – insbesondere die klare räumliche Trennung von Männern und Frauen und damit die Verstärkung der Dichotomie des „öffentlich-männlichen“ und „privat-weiblichen“ Raumes – einlassen. Andererseits wird sozialer Druck auf diejenigen Frauen ausgeübt, die sich diesen Regeln widersetzen (Niggeman 2000:34ff.). Zu beobachten ist, dass sich das Interesse der israelischen Besatzungsmacht, den Widerstand der Frauen zu brechen, und das Interesse vieler palästinensischer Männer, die Frauen auf ihre reproduktiven Rollen festzulegen und aus der Öffentlichkeit zu verdrängen, dabei gelegentlich gegenseitig ergänzen (Vgl. Fleischman, 1995:26).

Zusammenfassend identifizieren Johnson und Kuttab (2002:69) drei Ebenen, auf denen es zu einer Dislokation der PalästinenserInnen gekommen ist: Erstens auf der Haushaltsebene, wo die politischen, ökonomischen und sozialen Schocks aufgefangen werden müssen, zweitens in der Bemühung um die Schaffung eines palästinensischen Nationalstaates und drittens durch die Existenz der israelischen Besatzungsmacht. Auf allen drei Ebenen werden auch die Geschlechterrollen unter Druck gesetzt.

3.3.2 Genderdisaggregierte Daten zu ausgewählten Genderdimensionen

In Anlehnung an das in Kapitel 2.4 dargestellte Untersuchungsdesign werden im Folgenden die zur Projektregion vorhandenen genderdisaggregierten Daten entlang der zum Herausarbeiten inhaltlicher Genderbezüge ausgewählten Dimensionen „genderspezifischer Zugang und Kontrolle über Ressourcen“ und „geschlechtsspezifische Arbeitsteilung“ aufgearbeitet. Da für die Analyse der Genderdimension „Gender und Technische Gestaltung“ auf Grundlage der Literaturanalyse nicht genügend Daten zur Verfügung standen, wird auf eine gesonderte Betrachtung hier verzichtet.

3.3.2.1 Genderspezifischer Zugang und Kontrolle über Ressourcen

In Kapitel 2.3 wurde auf globaler Ebene herausgearbeitet, dass der genderspezifische Zugang und die Kontrolle über Wasserressourcen in Zusammenhang stehen mit dem

¹⁰²Um Frauen für den nationalen Widerstand mobilisieren zu können, wurden neue gesellschaftliche Konzepte von Ehre propagiert, in denen der nationale Kampf über die Familienehre ging. Somit wurde es ermöglicht, dass unverheiratete Frauen in Widerstandsorganisationen direkten Kontakt zu Männern hatten (vgl. Niggemann 2002).

genderspezifischen Besitz von Land, Häusern und Einkommen und der Teilhabe an den für den Wassersektor entscheidungsrelevanten Strukturen. Zudem wurde deutlich, dass ggf. die spezielle Situation von Haushalten mit weiblichem Vorstand für die Frage des Zugangs und der Kontrolle über Wasser zu berücksichtigen ist. Diese Zusammenhänge werden für den Fall des palästinensischen Ramallah Distriktes überprüft.

Hinsichtlich der **genderspezifischen Besitz- und Einkommensverhältnisse** bestätigt sich sowohl für den Ramallah Distrikt als auch die gesamten palästinensischen Gebiete, dass Frauen deutlich weniger Land, Häuser und Geschäfte besitzen als Männer (vgl. Tabelle 9). So besaßen im Jahr 2003 im Ramallah Distrikt nur 2,5% der Frauen Land, 5% der Frauen Häuser und 1,3% ein Geschäft. Hervorzuheben ist dabei, dass auch die Besitzraten der Männern vergleichsweise niedrig sind. Dies wird der sich verschlechternden ökonomischen Situation in den palästinensischen Gebieten zugeschrieben (Kuttab 2005: 28f.).

Tabelle 9: Genderspezifische Verteilung des Besitzes in Rallaham und palästinensischen Gebieten (2003)

Besitz	Ramallah Distrikt		Gesamte palästinensische Gebiete	
	Frauen [%]	Männer [%]	Frauen [%]	Männer [%]
Land	2.5	8	5	24
Haus	5	18	8	52
Geschäft	1.3	2	2	13

Quelle: (Kuttab 2005)

Eine andere Frage betrifft den Zugang zu Kapital. Laut Statistikbüro nahmen 1999 17% der Männer und 6% der Frauen Kredite von privaten Finanzinstituten auf. Kredite von UNRWA Institutionen wurden hingegen zu 4% von Männern und zu 6,5 % von Frauen aufgenommen (PCBS 2000). Dies weist darauf hin, dass Frauen weniger Zugang zu den regulären Kreditinstituten haben.

Die dargelegten Genderdifferenzen hinsichtlich des Besitzes können laut einer Studie von CIDA und der Universität Birzeit (2005) nicht zuletzt mit dem legalen Rahmen erklärt werden. Zwar sichere die palästinensische Gesetzgebung Männern und Frauen gleiche Rechte zu, Güter zu besitzen. Eine Ausnahme stelle aber das Erbschaftsrecht dar, in dem nachträglich das religiöse Sharia-Prinzip verankert wurde. Demnach erbt die Frau die Hälfte dessen, was ihrem männlichen Gegenüber zusteht (Kuttab et al. 2005:20). Nicht wenige Frauen verzichteten jedoch auf ihre Erbschaftsansprüche, um die Unterstützung der Familien nicht zu verlieren. Dabei kann laut Kuttab et al. ein konfessionsübergreifender Zusammenhang festgestellt werden zwischen der sich verschlechternden ökonomischen Situation und einem steigenden Anteil von Frauen, die bereit seien, Bargeld anstelle von Landtiteln zu akzeptieren. Dies sei im palästinensischen Kontext zu lesen, in dem Landbesitz eine politische, familiäre als auch kulturelle Bedeutung innehave. Da Land jederzeit durch eine potentielle israelische

Enteignung bedroht sei, versuchten Familien, den Landbesitz innerhalb der patriarchalen Strukturen zusammenzuhalten (Kuttab et al. 2005:32,42).

Von Bedeutung ist weiter die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt. Diese hängt direkt mit ihrem Einkommen und somit mit ihrem potenziellen Zugang zu Wasser zusammen. Laut Arbeitsmarkt-Studie des PCBS (2006a) lag die gesamte Beteiligung der palästinensischen Bevölkerung am Arbeitsmarkt 2005 bei 40,7%; insgesamt standen 67,6% der Männer und 13,5% der Frauen in einem Arbeitsverhältnis.¹⁰³ Dabei gab es deutliche regionale Unterschiede: In der Nord West Bank (12%) und im Jerusalem Distrikt (13%) waren die höchsten Beteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt zu finden, die niedrigsten hingegen in der Süd West Bank (7%) und in den zentralen West Bank Distrikten einschließlich des Ramallah Distriktes (8%). Im urbanen Zentrum Ramallah und Al Bireh hingegen war mit 18% eine vergleichsweise hohe Beteiligung von Frauen am formalen Arbeitsmarkt zu verzeichnen (PCBS 2006a). Dies bestätigt die These von Giacaman und Johnson (2002:12), dass Frauen aus ländlichen Gegenden nur halb so aktiv am formalen Arbeitsmarkt sind, wie Frauen, die in Städten und Flüchtlingslagern leben.¹⁰⁴

Die genderspezifische Betrachtung der Arbeitsbranchen zeigt, dass 2001 63% der Frauen als Angestellte mit einem höheren Bildungsabschluss tätig waren, im Gegensatz zu 16% der Männer. Es wird deutlich, dass die wenigen arbeitenden Frauen in der Regel gut ausgebildet waren (Giacamann und Johnson 2002:16). Trotzdem verdienten arbeitende Frauen in West Bank nur durchschnittlich 66,2% des männlichen Gehaltes (Kuttab und Bargouti 2002:55f.). Die wichtigsten Arbeitgeber für Frauen waren 2001 die Autonomiebehörde (PNA), die Vereinten Nationen (UNRWA) und NGOs, die insgesamt 47% der arbeitenden palästinensischen Frauen beschäftigen. Der Zugang von Frauen zum Privatsektor scheint hingegen begrenzt zu sein (Giacamann und Johnson 2002:21). Frauen waren schwerpunktmäßig im Bildungssektor (27%), Landwirtschaft (29%), Manufaktur im Bekleidungsbereich (15%) und im Gesundheitssektor (8%) zu finden. Darüber waren 31% der arbeitenden Frauen in der West Bank als unbezahlte Familienarbeiterinnen in der Landwirtschaft beschäftigt, im Gegensatz zu nur 7% Männern mit dem selben Status (Kuttab und Bargouti 2002:55f.).

¹⁰³Laut Kuttab und Bargouti (2002:55f) war dabei die männliche und weibliche Teilhabe am Arbeitsmarkt von 1991 bis 2001 relativ stabil geblieben.

¹⁰⁴Dasselbe gilt auch für Männer aus Flüchtlingslagern und ländlichen Gebieten, die über weniger formelle Arbeitsmöglichkeiten verfügen und dementsprechend häufiger arbeitslos sind als Männer aus urbanen Gegenden.

Kritik aus feministischer Sicht an den offiziellen Arbeitsmarkt-Statistiken ist schon seit den 1980er Jahren von kritischen ÖkonomInnen geäußert worden.¹⁰⁵ Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass diese auf dem sogenannten „Normalarbeitsverhältnis“ eines männlichen Ernährers basieren und nicht geeignet seien, die Bedeutung der Hauswirtschaft¹⁰⁶ und des informellen Sektor¹⁰⁷, in denen gerade Frauen eine maßgebliche Rolle spielen, zu erfassen. Laut Hammami (1997) sind 55,6% der im informellen Sektor und 83,6% der in der Hauswirtschaft Beschäftigten in West Bank Frauen. Infolge der wirtschaftlichen Krise kommt es zudem zu einem Anstieg von Arbeit in genannten Sektoren (Kuttab, Bargouti 2002:55f.).

Auch hinsichtlich der **Teilhabe an entscheidungsrelevanten Strukturen** bestätigt sich für die Projektregion, dass Frauen auf lokal- und nationalpolitischer Ebene, im professionellen Wassersektor sowie in den Haushalten weniger an Entscheidungen teilhaben. Demzufolge besteht die Gefahr, dass spezifische Bedürfnisse von Frauen bezüglich Wassermanagement, die sich aufgrund der unterschiedlichen Realitäten von denen der Männer unterscheiden, bei Entscheidungen über Infrastruktur möglicherweise nicht hinreichend berücksichtigt werden.

Politische Repräsentation von Frauen ist in den palästinensischen Gebieten niedriger als die der Männer. So stellten Frauen nur 5,6% der Mitglieder des 1996 gewählten Legislativrats (PLC), nur 7,5% der Mitglieder des palästinensischen Nationalrats (PNC) und nur 9% der Mitglieder des Ministerrats (PCBS 2005). Eine neuere Entwicklung zeichnete sich jedoch ab, als auf Druck der palästinensischen Frauenbewegung der Legislativrat (PLC) am 18. Juni 2005 bei den Wahlgesetzen eine Frauenquote einführte. Demzufolge müssen in jedem Gemeinderat zwei Sitze für Frauen bereitgestellt werden. Zudem müssen für die Wahl des PLC 20% Frauen in den Wahllisten aufgenommen werden.¹⁰⁸ Nach der Wahl des PLC im Jahr 2006 waren 13% der Sitze von Frauen besetzt.¹⁰⁹ Nach den Gemeindewahlen 2005 hatten die meisten palästinensischen Gemeinden mindestens eine, oft zwei Vertreterinnen.¹¹⁰ Zur Frage, inwiefern damit auch die verstärkte Berücksichtigung weiblicher Bedürfnisse in Lokal- und Nationalpolitik einhergeht, wurden noch keine Aussagen getroffen. Dies gilt es empirisch zu überprüfen.

¹⁰⁵Vgl. dazu Beneira 1987, Kabeer 1994, Rees 1992.

¹⁰⁶Unter dem Begriff Hauswirtschaft werden Arbeiten verstanden, die als unbezahlte Hausarbeit bzw. als reproduktive Arbeiten nicht unter den "üblichen" Arbeitsbegriff fallen. Dazu wird auch Produktion für den Eigenbedarf, nicht aber zum Tausch oder Verkauf gezählt (Hammami 1997:13).

¹⁰⁷Der informelle Sektor umfasst diverse selbstständige Arbeiten wie Straßenverkauf, Heimarbeit im Bereich Nähen oder Nahrungszubereitung, Babysitting oder Heim-Haarschnitt/ Rasur. Es wird allgemein hin angenommen, dass hier der Anteil von Frauen besonders hoch ist (Hammami 1997:13).

¹⁰⁸<http://www.miftah.org/Doc/Reports/2005/PalWomenInTheOccuTer.pdf> (26.4.2007).

¹⁰⁹Central Elections Commission Palestine (CEC), <http://www.elections.ps/template.aspx?id=143> (26.4.2007).

¹¹⁰2007 hatten 25 von 159 Gemeinden auch nach der Wahl keine Frauen im Gemeinderat <http://www.elections.ps/> (26.4.2007).

Wie in Kapitel 2.1.4 festgestellt, hängt der genderspezifische Zugang zu Wasser auch mit der personellen Besetzung des palästinensischen Wassersektors zusammen. Dazu soll zunächst ein Blick auf Bildungssektor und Bildungsstand und anschließend auf den Frauenanteil im palästinensischen Wassersektor geworfen werden.

In der palästinensischen Gesellschaft wird insgesamt viel Wert auf Bildung gelegt (Giacamann und Johnson 2002:11). Dabei lässt sich im Bereich Bildung feststellen, dass auf fast allen Ebenen die Gender-Lücke kleiner ist als in anderen Bereichen wie Arbeit oder politische Repräsentation (Kuttab und Barghouthi 2002:57). Zwischen Mädchen und Jungen gibt es bezüglich der Teilnahme am Schulunterricht keine signifikanten Unterschiede. Auffallend ist, dass mit 44% der Mädchen im Vergleich zu 52% der Jungs ein im internationalen Vergleich hoher Anteil von Mädchen nach der 10. Klasse in den naturwissenschaftlichen Bereich will (Abu Nahleh 1996:123). Im Bereich der akademischen Bildung zeigt sich ebenso ein vielversprechendes Bild: 43% der an den Universitäten eingeschriebenen sind Frauen. Die Einschreibungen nach Studienrichtung zeigt dabei, dass Frauen zu 41,6% in naturwissenschaftlichen Studiengängen und zu 51,6% in geisteswissenschaftlich Studiengängen eingeschriebenen sind (Kuttab und Barghouthi 2002:57). An der renommierten palästinensischen Universität Birzeit im Ramallah Distrikt waren im Semester 2005/2006 sogar mehr Frauen (53%) als Männer eingeschrieben. Dabei waren 29% der StudienanfängerInnen der Ingenieurwissenschaften und 59% der StudienanfängerInnen der Naturwissenschaften Frauen (Universität Birzeit 2005).¹¹¹ Dies ist ein im internationalen Vergleich hoher Frauenanteil in Naturwissenschaft und Technik, der darauf hindeuten mag, dass die technisch-naturwissenschaftliche Sphäre in den palästinensischen Gebieten gesellschaftlich nicht männlich besetzt ist.¹¹²

Der Blick auf den **Frauenanteil im professionellen Wassersektor** der palästinensischen Gebiete lässt nichtsdestotrotz das vielerorts gezeichnete Bild von männerdominierten technokratischen Institutionen wiedererkennen. Beim Wasserversorger JWU war im Sommer 2006 3,6%, beim Wasserversorger WBWD nur 0,1% weibliches Personal beschäftigt.¹¹³ In vielen Wasser-Abteilungen der Stadt- und Gemeindeverwaltungen fanden sich wenige bis keine Frauen¹¹⁴. Auch im der Wasserbehörde PWA waren nur 10% Frauen angestellt, die Hälfte davon in Sekretariat und Verwaltung. Im Gegensatz dazu weisen die im Wasserbereich

¹¹¹Birzeit University October 2005: *A Profile*, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Universität Birzeit.

¹¹²Im Vergleich dazu waren in Deutschland im Studienjahr 2000 22,1% der Studienanfängerinnen in den Ingenieurwissenschaften und 37,3% der Studienanfängerinnen in Naturwissenschaft und Mathematik Frauen. <http://www.blk-bonn.de/papers/heft100.pdf> (Zugriff 5.11.2008).

¹¹³I.A. (WBWD) Interview vom 6.5.2006.

¹¹⁴Q.S. (Betunia Stadtverwaltung Abteilung Wasser), Interview vom 5.6.2006.

tätigen palästinensischen und internationalen NGOs (PARC, PHG und ACDIVOCA vgl. Kapitel 5.1) mit bis zu 40% einen vergleichsweise hohen Frauenanteil auf. Hier scheint sich ein Trend abzuzeichnen, wonach der gestiegene Frauenanteil in Ingenieur- und Naturwissenschaften – beginnend in internationalen und lokalen NGOs – langfristig zu einem gestiegenen Frauenanteil im palästinensischen Wassersektor führt.

Die Entscheidungsmacht auf Haushaltsebene kann für die Versorgungssituation der Haushalte mit Wasser eine entscheidende Rolle spielen. Kuttab et al. (2005) heben hier zwei relevante Elemente hervor: Zum einen die Kontrolle von Frauen über ihr Einkommen und ihren Besitz, und zum anderen die Entscheidungsmächtigkeit von Frauen innerhalb der Haushalte. Für den Fall des Ramallah Distriktes behalten 43% der arbeitenden Frauen fast ihr gesamtes Einkommen, was für eine relativ hohes Maß an Kontrolle spricht (Kuttab et al. 2005:34). Bezüglich der Entscheidungsmächtigkeit von Frauen innerhalb der Haushalte gaben über 45% der Frauen im Ramallah Distrikt an, über private Angelegenheiten wie Kauf von Kleidung, Familien- und Freundesbesuche und Verfügungsgewalt über das eigene Einkommen unabhängig zu entscheiden. Bezüglich strategischer Angelegenheiten wie Investitionsentscheidungen in den Haushalten waren es nur noch 9% der Frauen, die unabhängig entscheiden. In 43% der Fälle würden solche Entscheidungen gemeinsam mit dem Ehemann gefällt (Kuttab et al. 2005:34).

Im Rahmen internationaler Zusammenarbeit haben Haushalte mit weiblichem Vorstand zunehmend Aufmerksamkeit auf sich gezogen und werden als wichtige Zielgruppe von EZ-Projekten adressiert. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der Anteil an Haushalten mit weiblichem Vorstand insbesondere in sogenannten Entwicklungsländern stark zugenommen hat,¹¹⁵ zum anderen weisen Haushalte mit weiblichem Vorstand oft einen höheren Armutslevel auf (Hasiba 2004). Dies ist für den Fall der palästinensischen Gebieten und im Ramallah Distrikt zu überprüfen.

In den palästinensischen Gebieten tragen die Haushaltsvorstände in 80% der Fälle als Einzige zum Haushaltsbudget bei. Dabei hängen die Möglichkeiten der Haushaltsvorstände, zum Haushaltsbudget beizutragen, von Bildungsniveau, dem Standort, der Lokalität, Klassezugehörigkeit und „Gender“ ab (Giacaman 2002:75). Laut Giacaman und Johnson (2002:42ff.) waren im Jahr 2001 11% der palästinensischen Haushaltsvorstände Frauen. Dabei tauchte dieses Phänomen häufiger in Dörfern (15%) und in Flüchtlingscamps (14%)

¹¹⁵Es wird geschätzt, dass ein Drittel der Haushalte in sogenannten Entwicklungsländern einen weiblichen Haushaltsvorstand haben (Rosenhouse 1989; Tinker 1990). Der Anstieg dieses Phänomens wird auf sozio-ökonomische Faktoren zurückgeführt, die die Auflösung von Familienstrukturen nach sich ziehen. Dazu zählen Scheidung, Witwenschaft sowie männliche und weibliche Migration (Hasiba 2004).

auf als in Städten (9%). Regional betrachtet fand sich die größte Anzahl von weiblichen Haushaltsvorständen in Zentral West Bank (24%) einschließlich Ramallah Distrikt, am wenigsten in Süd Westbank und Gaza. 61% der Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand hatten keine formale Ausbildung, im Vergleich zu 22% der männlichen Haushaltsvorstände (Giacamann und Johnson 2002:42f.). In ihrer Studie zu den Bedingungen von Haushalten mit männlichen und weiblichen Vorständen fand Hasiba (2004) heraus, dass Haushalte mit männlichem Vorstand insgesamt einen höheren Lebensstandard bezüglich der Verfügbarkeit von Küche, Bad, Toiletten sowie Privatautos, Computern und Satellitenschüsseln aufwiesen als Haushalte mit weiblichem Vorstand. Letztere verfügen hingegen über mehr Geschirrspülmaschinen als Haushalte mit männlichem Vorstand (Giacamann und Johnson 2002:66ff.). Auch waren 2001 30% der weiblich geführte Haushalte von Armut betroffen, mehr als männliche geführte Haushalte mit 22%. Darüber hinaus zeichneten sich Haushalte mit weiblichem Vorstand durch eine niedrige Beteiligung am Arbeitsmarkt aus, so verfügten 53% der Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand über kein Arbeitseinkommen (Giacamann und Johnson 2002:49). Ein anderer Aspekt genderspezifischer Armut ist, dass weiblich geführte Haushalte die Hälfte der Empfänger von Sozialhilfe darstellten und dabei ärmer waren als die männlichen Empfänger von Sozialhilfe (Kuttab 2002, 56ff.).

Lebensstandard und damit Hausausstattung stehen wiederum in direktem Zusammenhang mit dem pro Kopf-Wasserverbrauch, der von verschiedenen technischen und sozialen Faktoren der KonsumentInnen abhängt, und wiederum je nach Region, Lokalität, Klassenzugehörigkeit und Gender unterschiedlich ausfällt.¹¹⁶ Der Zusammenhang von Lebensstandard und Wasserverbrauch zeigt sich daran, dass die prozentual geringe palästinensische Oberschicht die höchsten Wasserverbräuche im Jahr 2001 mit bis zu 200-300 l/c*d aufweist, im Gegensatz zu 40-60 l/c*d bei der Unterschicht. Im zentralen Ramallah Distrikt mit seiner ökonomisch relativ gut gestellten Bevölkerung lag die Wasserverbrauchsrate mit durchschnittlich 104 l/c*d vergleichsweise hoch (Salahat 2002:9f.,16f.). Dies hängt mit dem Vorhandensein wasserverbrauchender Haushaltsgeräte und großer Badewannen in gutverdienenden Haushalten zusammen sowie mit deren Möglichkeit, hohe Wasserrechnungen zu begleichen.

Es ist also davon auszugehen, dass Haushalte mit weiblichem Vorstand, die häufiger von Armut betroffen sind und insgesamt einen schlechteren Lebensstandard aufweisen als männlich geführte Haushalte auch weniger Wasser zur Verfügung haben. Hasiba findet in ihrer Studie darüber hinaus Evidenz für Unterschiede bezüglich der Anschlussrate zu öffentlichen Versorgungsnetzen: So waren im Jahr 2003 mit 84,1% weniger weiblich geführte

¹¹⁶Flüchtlingslager-Haushalte sind insgesamt am Schlechtesten ausgestattet, ländliche Haushalte verfügen über wenig Innen-Toiletten.

Haushalte an das öffentliche Wassernetz angeschlossen als männlich geführte Haushalte, die eine höhere Anschlussrate von 90,1% aufwiesen. Auch waren mit 1,9% mehr weiblich geführte Haushalte nicht an die Kanalisation angeschlossen, als männlich geführte Haushalte mit nur 1,0% nicht angeschlossenen Haushalten (Hasiba 2004). Das in den Blick nehmen von weiblich geführten Haushalten erscheint somit für das Fallbeispiel im Ramallah Distrikt sinnvoll zum Herausarbeiten inhaltlicher Genderbezüge.

3.3.2.2 Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Arbeitsbelastung und Wassernutzung

In Kapitel 2.3 wurde auf globaler Ebene herausgearbeitet, dass die wasserbezogene geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die daraus resultierende Arbeitsbelastung vielfach regionale Übereinstimmungen aufweisen. Zudem kann der Blick auf die genderspezifische Wassernutzung für das Herausarbeiten inhaltlicher Genderbezüge hilfreich sein. Diese Zusammenhänge werden nachfolgend für den Fall des Ramallah Distriktes überprüft.

Hinsichtlich der **hausinternen Arbeitsteilung** wird aus einer Studie von Giacaman und Johnson deutlich, dass die Kinderbetreuung – die die Erziehung zum richtigen Umgang mit Wasser und in Hygienefragen einschließt – im Jahr 2001 größtenteils (88%) von den Ehefrauen und Müttern übernommen wurde. Auch Schwiegermütter und Töchter spielten eine wichtige Rolle als sekundäre Fürsorgerinnen (65%) während die Ehemänner nur zu 12% als sekundäre Fürsorger fungierten (Giacaman und Johnson 2002:149ff.). Die Pflege älterer, pflegebedürftiger bzw. kranker Personen, die es in jedem siebten Haushalt in den palästinensischen Gebiete zu versorgen gilt, wurde laut Kuttab und Barghouti (2002:86f.) hauptsächlich von Frauen geleistet.

Auch im Bereich der Hausarbeit herrschte eine klare geschlechtsspezifisch Arbeitsteilung. Frauen waren im Jahr 2001 für die Verrichtung von Hausarbeiten einschließlich wasserbezogener Aufgaben wie Hausputz und Wäschewaschen verantwortlich. Drei Viertel aller befragten Frauen gaben an, dass ihre Männer nie bei der Hausarbeit helfen. Dabei scheint höhere Bildung der Ehefrauen zu mehr Beteiligung der Männer an der Hausarbeit zu führen (Giacaman und Johnson 2002:156, 164). In 70% der Haushalte mit Kindern zwischen 7-19 Jahren helfen mehrheitlich Mädchen bei den Haushaltsarbeiten. Auch bei der Einbeziehung von Kindern in Hausarbeiten zeigt sich, dass mit höherer Ausbildung der Eltern mehr Gleichheit zwischen Jungen und Mädchen bezüglich ihrer Inanspruchnahme bei Haushaltsarbeiten erzielt wird (Giacaman und Johnson 2002:146, 154).

Öffentliche Aufgaben waren ebenso genderspezifisch zugeordnet. Laut Giacaman und Johnson (2002:167ff.) wurden sie zu über 80% von Männern erledigt. Dazu gehört das Zahlen

von Wasserrechnungen, was persönlich in der Zentrale des Wasserversorgers vorgenommen wird sowie das Organisieren von Handwerkern bei Problemen mit der häuslichen Wasserversorgung. In Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand werden diese männlich konnotierten Aufgaben vom weiblichen Haushaltsvorstand selbst erledigt. Dabei war auch der regionale Standort signifikant: deutlich mehr Frauen in Zentral West Bank (33%) erledigten die öffentlichen Angelegenheit der Wasserversorgung selber, als Frauen in Nord- (15%) und in Süd West Bank (11%). Giacamann und Johnson führen das darauf zurück, dass in Zentral West Bank der Anteil an Haushalten mit weiblichem Vorstand und der Anteil von Kernfamilien im Gegensatz zu Großfamilien vergleichsweise hoch war, was offenbar der Durchsetzung neuer Verhaltensschemata förderlich ist (Giacamann und Johnson 2002:167ff.). Frauen in Kernfamilien erledigen mehr öffentliche Angelegenheiten (17%) als Frauen in Großfamilien (10%). Das Gegenteil war der Fall für die Beteiligung von Männern an Kochen und Putzen: in Großfamilien beteiligen sich Männer weniger als in Kernfamilien. Dies kann auf die Anwesenheit von mehr Familienmitgliedern des jeweils „passenden Geschlechtes“ in Großfamilien zurückgeführt werden, die die gesellschaftlich vorgegebenen genderspezifischen Aufgaben erfüllen können (Giacamann und Johnson 2002:171).

Eine nicht eindeutige geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zeigte sich im Jahr 2004 für die Bestellung der Hausgärten, die im Konfliktkontext angesichts von Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Armut eine steigende Rolle zur Ernährungssicherung der Haushalte spielen. 2005 lag der landwirtschaftliche Anbau zu Subsistenzzwecken in Hausgärten bei 13,5%, wobei es signifikante regionale Unterschiede gab. In der Nord West Bank bestellten 22,7% der Haushalte Hausgärten, während es in Zentral West Bank mit 4,3% nur wenige Haushalte waren (Shalabi und Nicol 2005:40ff.). In der Studie von Giacamann und Johnson (2002:168) gaben 42% der befragten männlichen Haushaltsvorstände an, dass die Bestellung und Wässerung der Hausgärten in ihrem Verantwortungsbereich läge. 39% der Ehefrauen wiederum hielten dies für ihre Hauptverantwortung. Hausgärten stellen eine Grauzone dar, in der „private“ Aufgaben in der „öffentlichen Sphäre“ ausgeführt werden. Hier besteht der geringste Konsens bezüglich der gegenderten Arbeitsteilung. Männern interpretieren die Hausgärten als erweiterten Bereich ihrer öffentlichen Sphäre, Frauen als Erweiterung ihrer „privaten“ Sphäre (Giacamann und Johnson 2002: 146, 163). Shalabi und Nicol fanden in ihrer Studie zur Wassernutzung in den palästinensischen Gebieten zudem heraus, dass Frauen in kleinen Bewässerungslandwirtschaftsprojekten eine wichtige Rolle spielten. Auch würden immer mehr Frauen ihre eigene Produkte wie Kräuter, Obst und Gemüse in den naheliegenden Städten vermarkten. Allerdings sei im Zuge der konfliktbedingt gestiegenen

Arbeitslosigkeit auch eine Zurückdrängung von Frauen aus der Landwirtschaft zu beobachten (Shalabi und Nicol 2005:56ff.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass zwar insgesamt Frauen die Verantwortung für die wasserbezogene häusliche Arbeitsteilung zugewiesen wird und Männer die öffentlichen Aufgaben übernehmen. Jedoch zeigt sich, dass es im Einzelfall hinsichtlich der genderspezifischen Arbeitsverteilung abhängig von Region, Lokalität, Geschlecht des Haushaltsvorstands, Kern- oder Großfamilie und dem Bildungsniveau der Ehefrauen deutliche Unterschiede gibt (Giacamann und Johnson 2002:146).

Während aufgrund der beschriebenen genderspezifischen Arbeitsteilung in anderen Regionen Mädchen und junge Frauen aufgrund ihrer wasserbezogenen Aufgaben von Bildung ausgeschlossen sind, trifft dies auf Palästina nicht zu. Wie oben beschrieben, sind Mädchen teilweise sogar stärker in den palästinensischen Schulen vertreten als junge Männer. Letztere sind oft gezwungen zu arbeiten bzw. sind infolge des Konfliktes einem höheren Risiko ausgesetzt, getötet oder inhaftiert zu werden.

Verschiedene Studien haben für die palästinensischen Gebiete **gesundheitliche Beeinträchtigungen durch den Umgang mit verschmutztem Wasser** nachgewiesen. In der Nord West Bank leiden laut CARE International (2004:18) ein Viertel aller Befragten regelmäßig an Durchfall, ein Fünftel regelmäßig an Erbrechen und zehn Prozent an wiederkehrenden Hautkrankheiten. Dies sind Symptome bakterieller Infektionen, die auf Kontakt mit bzw. den Konsum von verschmutztem Wasser zurückzuführen sind. Laut PHG Report (2004: 64) waren im Jahr 2003 in 75 Prozent der palästinensischen Gemeinden bis zu fünf Prozent der BewohnerInnen an über das Wasser übertragenen Krankheiten erkrankt. Zwar fanden sich keine genderdisaggregierten Daten, aus denen hervorging, dass Frauen stärker von den gesundheitlichen Folgen betroffen sind. Aufgrund ihrer Verantwortung für wasserbezogene Hausarbeiten kann dies jedoch vermutet werden. Ebenso ist davon auszugehen, dass Frauen aufgrund ihrer Verantwortung für die Pflege der Erkrankten einer erhöhten Arbeitsbelastung ausgesetzt sind. Infolge der beschriebenen Verantwortung für die Wasserbereitstellung sind außerdem die wasserholenden Frauen und Kinder, wenn sich die Wasserquellen außerhalb der jeweiligen Gemeinde befinden, auf dem Weg zu den Quellen häufig tätlichen Angriffen durch SiedlerInnen ausgesetzt. Insofern können in den palästinensischen Gebieten aus der wasserbezogenen genderspezifischen Arbeitsteilung gesundheitliche Nachteile für Frauen resultieren, die durch den Konfliktkontext noch verschärft werden.

Während der trockenen Sommermonate und der damit zusammenhängenden **Wasserknappheit** lässt sich auch in Palästina eine **erhöhte Arbeitsbelastung für Frauen** feststellen, die trotz Wasserknappheit den Haushaltsaufgaben nachzukommen und den hygienischen Standard einzuhalten suchen. Im Rahmen einer Studie von CARE International (2004:20f.) wurde der Einfluss der Wasserknappheit auf die Haushaltsführung untersucht. Dabei wurden Frauen als traditionelle Wassermanagerinnen in den Haushalten und als größte Gruppe der direkten Wassernutzerinnen befragt. Alle Interviewten gaben an, dass das größte Alltagsproblem im Bewältigen der Wasserknappheit bestünde. Zu den von Ihnen angewendeten *coping*-Mechanismen zählt, das Spülwasser zweimal zu verwenden und anschließend zur Gartenbewässerung zu nutzen, Waschwasser zum Bodenwischen zu nutzen und Körperhygiene mit der Waschschüssel statt unter fließendem Wasser zu betreiben. Insgesamt wurde angegeben, dass die Familienmitglieder angehalten würden, sich weniger häufig zu waschen und die Toilettenspülung weniger zu benutzen. Das Durchsetzen der genannten *coping*-Mechanismen kann dabei zu innerfamiliären Konflikten führen. Auch erhöhen sich aufgrund der streckenweise hygienisch bedenklichen Wassersparmethoden die gesundheitlichen Risiken. Diese sind wiederum von den für Pflege zuständigen Frauen aufzufangen. Ein anderer Aspekt der Wasserknappheit betrifft den Verzicht auf die Bewässerung der Hausgärten. Dies wirkt sich angesichts der konfliktbedingten ökonomischen Situation negativ auf die subsistenzwirtschaftliche Eigenversorgung der Familien mit Lebensmitteln aus. Es wird deutlich, dass Wasserknappheit auf vielen Ebenen zu einer Erhöhung von Arbeitsbelastung für Frauen führt.

3.4 Zusammenfassung

Es ist deutlich geworden, dass Israel seit Beginn der Besatzung im Jahr 1967 und auch nach Etablierung der palästinensischen Autonomiebehörde durch den Bau von Infrastruktur und durch eine alle Wasserressourcen und wasserrelevanten Bauvorhaben kontrollierende Militär“gesetzgebung“ einen als *“hydraulic development”* bezeichneten Territorialisierungsprozess in den palästinensischen Gebieten verfolgt hat. Derselbe Prozess wurde jedoch der palästinensischen Seite durch Israel verweigert. Die Konsequenz ist ein unterentwickelter palästinensischer Wassersektor und eine für die palästinensische Seite unvorteilhafte Verteilung sowohl der gemeinsamen, als auch der ausschließlich palästinensischen Grundwasserressourcen zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten.

Das Wasserversorgungssystem in Ramallah ist ein anschauliches Beispiel für die Wechselwirkungen zwischen Wasserversorgungssystem und Gesellschaft und verdeutlicht einmal mehr, dass Technologiegestaltung nicht „neutral“ ist. Weder das komplexe und

vielfach redundante institutionelle Setting des palästinensischen Wassersektors, noch dessen „ungeplantes“ Gesamtbild mit teilweise redundanter Infrastruktur können ohne die politisch-historische Entwicklung des Wassersektors im Kontext des israelisch-palästinensischen Konfliktes verstanden werden. Neben den beschränkten Möglichkeiten zur langfristigen und systematischen Planung und Umsetzung von Vorhaben des Wassersektors im Rahmen des auch nach Etablierung der palästinensischen Autonomiebehörde vorherrschenden Besatzungsregimes spielen hier auch die unkoordinierten und teilweise konkurrierenden Wasserprojekte eine Rolle, die mit den großen Mengen internationaler Fördermittel in den palästinensischen Gebieten umgesetzt wurden.

Durch den Bau der integrierten israelisch-palästinensischen großtechnischen Wasserversorgungssysteme, die sich durch hohe Investitionskosten und Langlebigkeit auszeichnen, wurde durch Israel ein infrastruktureller Status-Quo in den palästinensischen Gebieten geschaffen, der die palästinensische Bevölkerung abhängig von den israelischen Versorgungsunternehmen macht. Gleichzeitig ist dadurch die Perspektive einer politischen Zwei-Staaten-Lösung systematisch untergraben worden. Die großtechnische Wasserinfrastruktur erfüllte damit auch die Funktion eines wirkmächtigen politischen Instruments.

Die integrierten Wasserversorgungssysteme bieten zudem Möglichkeiten zur Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung der West Bank diskriminiert gegenüber den privilegierten jüdischen Siedler. Dies zeigt sich zum einen in der technischen Gestaltung der Wasserinfrastruktur, die zu einer systematischen Unterversorgung der PalästinenserInnen führt. Zum anderen werden aktive Diskriminierungsmöglichkeiten wie das Zudrehen der Zuleitungen zu palästinensischen Gemeinen durch Siedler geschaffen.

Seit Ausbruch der zweiten Intifada haben die Zerstörungen von palästinensischer Wasserinfrastruktur durch das israelische Militär in verstärktem Maße gezeigt, dass Wasser und Wassersysteme nicht nur Politik-Instrument im Prozess der Territorialisierung sind, sondern auch als militärisches Mittel bzw. als militärische Ziele dienen.

Anhand der aufgearbeiteten genderdisaggregierten Daten zur Projektregion ließen sich zudem einige Aussagen über die inhaltlichen Genderbezüge von Wasserversorgung in Konfliktkontexten für den Ramallah Distrikt treffen.

Anhand der im vorliegenden Kapitel 3 durchgeführten Kontextanalyse bestätigte sich, dass palästinensische Frauen Anfang 2000 auch im Ramallah Distrikt weniger Land und Häuser besitzen, über weniger Einkommen verfügten und einen schlechteren Zugang zu Kapital als

Männer aufwiesen. Dieses Phänomen wird durch die Konfliktdynamik noch verstärkt. Da ein direkter Zusammenhang zwischen Hausausstattung, Lebensstandard und Einkommen der Haushalte und deren jeweiligem Wasserverbrauch besteht, kann vermutet werden, dass Frauen in der Folge über einen schlechteren Zugang zu Wasser verfügen als Männer. Es fanden sich jedoch diesbezüglich keine Informationen in der Literatur, da in den verfügbaren Statistiken Haushalte als kleinste Einheit der Gesellschaft angenommen und keine genderdisaggregierten Daten unterhalb der Haushaltsebene erhoben wurden. Zur angemessenen Beurteilung des genderspezifischen Zugangs zu Wasser sind jedoch die Genderdynamiken innerhalb der Haushalte zu berücksichtigen. Dabei spielen neben Gender auch Kriterien wie Alter und Gesundheit eine Rolle.

Es ließ sich ein begrenzter Zugang von Frauen in den palästinensischen Gebieten einschließlich des Ramallah Distrikts zu entscheidungsrelevanten Strukturen auf politischer Ebene, im professionellen Wassersektor und auf Haushaltsebene feststellen. Auf politischer Ebene bewirkte die Einführung einer Frauenquote auf Kommunal- und Legislativratebene eine Steigerung des Frauenanteils in den lokalen und nationalen politischen Gremien. Davon erwarten MitarbeiterInnen von Frauenorganisationen, dass die Bedürfnisse von Frauen, auch hinsichtlich der Wasserversorgung, stärker berücksichtigt werden. In den Institutionen des Wassersektor wurde aufgrund des hohen Anteils von Studentinnen der Ingenieur- und Naturwissenschaft eine Erhöhung des Frauenanteils erwartet. Dieser war insbesondere in Wasser-NGOs im Gegensatz zu den technokratischen Wasserversorgern schon im Jahr 2006 vergleichsweise hoch. Innerhalb der Haushalte wurde festgestellt, dass ein vergleichsweise hoher Anteil an Ehepaaren gemeinsam wichtige Investitionsentscheidungen treffen. Dies kann für die Frage der haushaltsspezifischen Wasserversorgungssituation von Bedeutung sein. Hier rechnen Genderforscherinnen jedoch aufgrund der Konfliktdynamik mit Rückschlägen. Belege dafür, wie sich der noch begrenzte Zugang von Frauen zu Ressourcen und die eingeschränkte Teilhabe an entscheidungsrelevanten Stellen des Wassersektors auf den genderspezifischen Zugang und die Kontrolle über Wasser auswirken, konnten in der Literatur nicht gefunden werden.

Bestätigt hat sich weiterhin für die palästinensischen Gebiete und den Ramallah Distrikt, dass Haushalte mit weiblichem Vorstand überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen waren. Da diese über weniger Einkommen und mit Ausnahme von Spülmaschinen über eine schlechtere technische Ausstattung verfügten als männlich geführte Haushalte, kann unmittelbar auf einen niedrigeren Wasserverbrauch und damit auf einen geringeren Zugang zu Wasser von weiblich geführten Haushalten geschlossen werden. Dafür spricht auch, dass von

Frauen geführte Haushalte über eine niedrigere Anschlussrate an das öffentliche Wasser- und Abwassernetz verfügten.

Mit Ausnahme der Informationen zu den weiblich geführten Haushalten konnten keine unmittelbaren Daten bezüglich des genderspezifischen Zugangs zu Wasser gefunden werden. Insofern kann nur vermutet werden, dass aufgrund des belegten begrenzten Zugangs von Frauen zu Ressourcen auch ein negativer Effekt auf ihren spezifischen Zugang und die Kontrollmöglichkeit über Wasser zu erwarten ist. Dies ist jedoch im Rahmen der Genderdynamiken innerhalb der Haushalte zu untersuchen und erfordert weitere empirische Forschung und genderdisaggregierte Daten. An dieser Stelle soll außerdem darauf hingewiesen werden, dass der Zugang zu Arbeit und Einkommen sowie die Kontrolle und der Zugang zu Wasser für alle PalästinenserInnen, einschließlich der Männer, schon im Jahr 2006 alarmierend schlecht war. Durch die Konfliktdynamik wird erwartet, dass sich die Situation von Frauen noch verschlechtern wird.

Hinsichtlich der Genderdimension „Arbeitsteilung und Arbeitsbelastung“ bestätigte sich auch für die palästinensischen Gebiete, dass wasserbezogene „private“ Haushaltsaufgaben wie Waschen, Putzen, Hygiene und Pflegearbeit in den Verantwortungsbereich von Frauen fällt. Männer hingegen sind für das „öffentliche“ Zahlen von Wasserrechnungen und den Kontakt zu Handwerkern zuständig. Eine Gender-Grauzone stellte hingegen die Bestellung und Bewässerung der Hausgärten dar. Es zeigte sich dabei, dass die genderspezifische Verteilung von Hausarbeit unabhängig vom jeweiligen Lebensstandard war. Bildung und weibliche Teilhabe am formalen Arbeitsmarkt und das Leben in Kernfamilien statt in Großfamilien schienen dagegen entscheidende Faktoren zu sein, die zu einer Aufweichung der traditionellen Arbeitsteilung innerhalb der Haushalte führen.

Belege für direkte sozio-ökonomische Folgen der wasserbezogenen Arbeitsteilung konnten anhand der Literaturstudie für die Projektregion nicht gefunden werden. Jedoch gab es Evidenz für gesundheitliche Beeinträchtigungen infolge des Kontaktes bzw. des Konsums verschmutzten Wassers. Die Vermutung liegt nahe, dass Frauen als Verantwortliche für häusliches Wassermanagement überdurchschnittlich davon betroffen sind und zudem die krankheitsbedingte Pflegearbeit zu leisten haben. Schließlich bestätigte sich auch, dass eine konfliktbedingte Ressourcenverknappung Veränderungen im Umgang mit Wasser nach sich zieht. Damit einher gehen steigende Belastungen für die palästinensischen Ehefrauen, die arbeitsaufwendige *Coping*-Mechanismen anwenden müssen, um ihren wasserbezogenen Aufgaben nachkommen zu können.

Lokale und internationale ForscherInnen haben auch in der palästinensischen Gesellschaft die komplexen Genderdynamiken im Konfliktkontext erforscht und beschrieben. Aufgrund der Erkenntnis, dass der Erfolg vieler EZ-Projekte infolge der Vernachlässigung des jeweiligen gesellschaftlichen Kontextes zu wünschen übrig lässt, gilt es, die beschriebenen Erkenntnisse auch für EZ-Wasserprojekte fruchtbar zu machen.

4. Die Umsetzung der Genderprogrammatik im GTZ-Projekt

In diesem Kapitel wird anhand des GTZ Projektes „Wasserversorgung im Ramallah Distrikt“ überprüft, inwiefern die selbstgestellten Gender-Unternehmensziele in der Umsetzung Berücksichtigung fanden (Teil eins des Untersuchungsdesigns – vgl. Kapitel 2.4).

Dazu werden zunächst die beiden projektdurchführenden Institutionen GTZ und JWU vorgestellt (4.1). Hier werden die jeweiligen programmatisch-konzeptionellen Ansprüche der projektdurchführenden Institutionen in Bezug auf Gender (und Konflikt) dargestellt. Diese beschreiben den Maßstab, anhand dessen sich die Projekt-Umsetzungspraxis messen lassen muss. Auch wird die jeweils vorfindliche Genderprogrammatik vor dem Hintergrund der international mit Gender Mainstreaming gewonnenen Erfahrungen hinsichtlich ihrer potentiellen Wirksamkeit bewertet. In Kapitel 4.2 wird sodann die tatsächliche Umsetzung der in den für die drei Projektphasen geltenden Genderprogramme definierten GTZ-Genderziele anhand der Projektunterlagen und Interviewaussagen von GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen überprüft. Die Ergebnisse der Umsetzungsüberprüfung der einschlägigen Genderprogramme werden schließlich in Kapitel 4.3 zusammenfassend dargestellt.

4.1 Projektdurchführende Institutionen und programmatische Ansprüche

Verschiedene AkteurInnen wirken an der Wasserversorgung des Ramallah Distriktes mit (vgl. Kapitel 3.2.2). Sie üben spezifische Rollen und Aufgaben der Wasserversorgung aus und weisen einen jeweils eigenen Blick auf die verschiedenen Probleme und Aspekte der Wasserversorgung auf. Im Folgenden werden die beiden projektdurchführenden Institutionen, namentlich die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der als Projektträger fungierende palästinensische Wasserversorger Jerusalem Water Undertaking (JWU) vorgestellt.¹¹⁷ Die beiden AkteurInnen werden jeweils hinsichtlich grundlegender organisationsspezifischer Informationen, allgemeiner Ziele und Aufgaben, der jeweiligen Genderprogrammatik und der Rolle und Berücksichtigung von Konflikt in den jeweiligen Programmen beschrieben und vor dem Hintergrund eines umfassenden Gender Mainstreaming-Ansatzes bewertet.

4.1.1 Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) wurde 1975 als privatwirtschaftlich organisiertes, gemeinnütziges Unternehmen im Eigentum des Bundes gegründet¹¹⁸. Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Deutsche

¹¹⁷Weitere relevante AkteurInnen werden sodann in Kapitel 5.1 vorgestellt.

¹¹⁸<http://www.gtz.de/de/unternehmen/1698.htm> (21.2.2007).

Entwicklungsdienst (DED) und die ebenfalls deutsche Bildungsorganisation InWEnt sind seit dem 1. Januar 2011 zur neuen *Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (GIZ) verschmolzen worden. Nichtsdestotrotz wird im Folgenden weiterhin von der GTZ gesprochen, da diese die projektdurchführende Entwicklungsorganisation im Zeitraum der empirischen Untersuchung war. Im Jahr 2005 operierte die GTZ weltweit in 126 Ländern, beschäftigte ca. 10.600 MitarbeiterInnen¹¹⁹ und gehörte zu den größten der vom BMZ finanzierten AkteurInnen der technischen Entwicklungszusammenarbeit.¹²⁰ Übergeordnetes Ziel der GTZ war die nachhaltige Verbesserung der „*Lebensbedingungen und Perspektiven der Menschen*“. Dazu „*unterstützt [sie] komplexe Reformen und Veränderungsprozesse in Entwicklungs- und Transformationsländern*“. ¹²¹ Thematisch war die GTZ mit den Themen Ländliche Entwicklung, Wirtschaft und Beschäftigung, Umwelt und Infrastruktur, Good Governance und Soziale Entwicklung befasst. Als übergreifende, sogenannte Querschnittsthemen, wies die GTZ dabei auch Gender und Krisenprävention aus, die für die dieser Arbeit zugrunde liegenden Forschungsfrage von Interesse sind.

Die GTZ wurde als Ausgangspunkt für den empirischen Teil dieser Forschungsarbeit ausgewählt, da sie in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine Vorreiterrolle bei der Definition von Genderpolitik als Qualitätsstandard seit Anfang der 1990er Jahre eingenommen hat. Die GTZ war darüber hinaus schon seit den 1980er Jahren – vor Abschluss der Osloer Friedensverträge 1994/1995 und dem Beginn der Palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) – im Auftrag des BMZ im palästinensischen Wassersektor aktiv.

Der Genderanspruch der GTZ wird dabei wie folgt definiert: „*Gender differenziertes Vorgehen ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal, das unsere Arbeit auf dem Markt der Entwicklungsdienstleistungen auszeichnet. Unseren Handlungsrahmen bilden das Gleichberechtigungskonzept des BMZ 1997 sowie die jeweiligen nationalen Politiken unserer Partnerländer*“ (GTZ 2001b:2). Als Grund dafür wird angeführt, „*dass Gleichberechtigung [...] Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung ist. Sie [die Berücksichtigung von Genderaspekten] tragen zur Steigerung der Effizienz und der Wirksamkeit unserer Projektarbeit bei. [...] Die GTZ hat den Auftrag, ihre Partnerorganisationen dabei zu unterstützen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt an Entwicklungsprozessen mitwirken und im gleichen Maße davon profitieren.*“ (GTZ 2001b:2). Aus der selben Publikation geht

¹¹⁹<http://www.gtz.de/de/unternehmen/1698.htm> (21.2.2007).

¹²⁰Im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau Entwicklungsbank (KfW Entwicklungsbank) die wichtigste vom BMZ finanzierte Akteurin dar. Im Bereich der beruflichen Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungs- und Transformationsländern gilt dies für die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), sowie im Bereich der Institutionenbildung für den Deutschen Entwicklungsdienst (DED), der v.a. auf lokaler Ebene aktiv ist.

¹²¹<http://www.gtz.de/de/unternehmen/689.htm> (26.1.2007).

hervor, dass die GTZ für sich beansprucht, Gender in sämtlichen Arbeitsbereichen „gemainstreamt“ zu haben: "[...] um den Gender-Ansatz erfolgreich auf den Weg zu bringen, haben wir in der GTZ genderdifferenzierte Verfahren, Konzepte und Instrumente entwickelt. Gender-Aspekte sind systematisch in die Arbeit der GTZ verankert worden und heute eine Selbstverständlichkeit in unserer Beratungspraxis [...]."(GTZ 2001b:2).

Auf den Internetseiten der GTZ sowie innerhalb der gedruckten GTZ-Publikationen finden sich zahlreiche genderbezogene Dokumente¹²² sowie die Dokumentation der Etablierung verschiedener institutioneller Arrangements, die der Integration von Gender in die Arbeit der GTZ dienen. Die Veröffentlichungen lassen sich systematisieren in Strategie- bzw. programmatische Papiere, Trainingshandbücher und Arbeitshilfen zum Projektmanagement, Sektor- und themenspezifische Dokumente sowie länder- und regionalspezifische Dokumente. Während die durch die GTZ-Leitung bestätigten strategischen und programmatischen Papiere als unternehmenspolitische Grundsätze den Maßstab setzen, anhand dessen sich die GTZ-Genderperformance messen lassen muss, geben die institutionellen Arrangements zur Integration von Gender in die Arbeit der GTZ sowie die Handbücher und Arbeitshilfen, Sektor- und themenspezifische und länder- und regionalspezifische Dokumente Aufschluss über den Grad der Operationalisierung der Genderprogramme und stellen wichtige Schritte der Umsetzung dar.

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick hinsichtlich der Entwicklung der Beschäftigung mit Gender in der GTZ gegeben, wobei die für den Projektzeitraum maßgeblichen programmatischen Gender-Papiere der GTZ ausführlicher beschrieben und unter Berücksichtigung der GTZ-intern in Auftrag gegebenen Umsetzungsevaluationen daraufhin analysiert werden, inwieweit sie einem umfassenden Gender Mainstreaming entsprechen.

Anschließend werden die etablierten institutionellen Arrangements zur Integration von Gender in die Unternehmensstruktur sowie die für das GTZ-Projekt „Wasserversorgung im Ramallah Distrikt“ relevanten Arbeitshilfen, sektor- und länderspezifischen Gender-Veröffentlichungen dargestellt, die als Teil der Operationalisierung und Umsetzung der Genderprogrammatiken verstanden werden können und wichtige Anregungen für die Umsetzung im Rahmen des GTZ-Wasserversorgungsprojekts im Ramallah Disktrikt bieten können.

¹²²Anfang 2007 ließen sich 147 genderbezogene Publikationen auf den Internetseiten der GTZ bestellen bzw. herunterladen. Einen guten Einblick bieten hier der kommentierte Überblick über die GTZ-Gendermaterialien (GTZ 2001b) und eine 2002 herausgegebene Zusammenstellung der Gender-Materialien in der GTZ (GTZ 2002).

<http://www2.gtz.de/publikationen/isissearch/publikationen/Result.aspx?Topic=Gender&language=de> (2.3.2007) und <http://www.gtz.de/de/themen/uebergreifende-themen/gender/897.htm> (21.2.2007).

Die erstmalige institutionelle Einrichtung zur Berücksichtigung von Frauen (später Gender) in der GTZ fand 1983 mit der Etablierung einer GTZ-Fach- und Koordinationsstelle für Frauenförderung statt, die abwechselnd in der Stabsstelle und im Bereich Planung und Entwicklung angesiedelt war. 1991 wurde dann von der GTZ-Geschäftsführung und dem Betriebsrat eine Vereinbarung über die „Chancengleichheit und Frauenförderung in der GTZ“, mit Fokus auf GTZ-interne Beschäftigungsverhältnisse beschlossen, die 1995 aktualisiert wurde (GTZ 1991). Mit der „GTZ-Umsetzungsstrategie Frauenförderung 1993-94“ (GTZ 1993) wurde, so (Tekülve 2001:20f.)¹²³ der Blick – unter Berücksichtigung personalpolitischer Maßnahmen auch in der GTZ selbst – vorwiegend auf die Projektarbeit gerichtet.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Dezentralisierung der GTZ ab Mitte der 1990er Jahre und den damit entstandenen neuen Anforderungen an die Integration der Querschnittsthemen durch Länderstrategien oder dem Aufbau von lokalem Know How, legte das „Thementeam Gender“ einen von der Geschäftsführung gebilligten „GTZ-Genderplan für 1996/97“ (GTZ 1996) vor, der neben inhaltlich-konzeptionellen Maßnahmen für die Technische Zusammenarbeit erneut auch personalpolitische Maßnahmen in der GTZ selbst vorsah (Tekülve 2001:20f).

Nach dem GTZ-Genderplan 1996/1997 (GTZ 1996)¹²⁴ wurde die Gender Mainstreaming Unternehmensstrategie 2001-2005 (GTZ 2001a), sowie die Neuauflage der Unternehmensstrategie Gender Mainstreaming 2006-2010 (GTZ 2006a) erarbeitet.¹²⁵ Die GTZ bezieht sich in ihren programmatischen Papieren insbesondere auf das Gleichberechtigungskonzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ (BMZ 1997 und BMZ 2001).¹²⁶ Die GTZ ließ zudem den Genderplan 1996/97 sowie die Gender Mainstreaming Unternehmensstrategie 2001-2005 evaluieren.¹²⁷

Da weder die Betriebsvereinbarung „Chancengleichheit und Frauenförderung in der GTZ“, (1991/95) noch die „GTZ-Umsetzungsstrategie Frauenförderung 1993-94“ (GTZ 1993) als Dokumente verfügbar waren, kann nicht im Detail auf Aktivitäten und Indikatoren zur

¹²³Dieses Dokument lag nicht zur Analyse vor, so dass nicht im einzelnen auf die dort vorgesehenen Aktivitäten oder Indikatoren eingegangen werden kann.

¹²⁴Die erste GTZ-Genderstrategie 1995 und der GTZ-Genderplan 1996 waren weder im online-Wissensnetz der GTZ, noch in den GTZ-Archiven als Dokument verfügbar. Die im folgenden genannten Inhalte beziehen sich aus Angaben von Schimmel. Nach Schimmel enthielt bereits die erste Genderstrategie wesentliche Elemente des Gleichberechtigungskonzepts, das vom BMZ 1997 vorgelegt wurde und zu dem von der GTZ intensive Beratungsleistungen erbracht wurden (Schimmel 1998).

¹²⁵<http://www2.gtz.de/dokumente/bib/06-1028.pdf> (28.2.2011).

¹²⁶<http://www.gtz.de/de/themen/uebergreifende-themen/gender/897.htm>, (21.2.2007).

¹²⁷Evaluation des GTZ-Genderplans 1996/97 (Schimmel 1998) und Evaluierungsbericht der GTZ-Gender Mainstreaming Unternehmensstrategie 2001-2005 (Frey 2005).

Überprüfung der Zielerreichung eingegangen werden, obgleich diese als Maßstab auch für die im Dezember 1993 begonnene erste Projektphase des untersuchten Wasserversorgungsprojekts im Ramallah Distrikt Gültigkeit hatten.

Es kann nur soviel festgehalten werden, dass bereits zu Beginn der ersten Projektphase betriebliche Vereinbarungen zur Frauenförderung, sowohl innerhalb der GTZ, als auch hinsichtlich der Projektarbeit und deren Wirkung bestanden. Die Vereinbarung über die „Chancengleichheit und Frauenförderung in der GTZ“ mit Fokus auf GTZ-interne Beschäftigungsverhältnisse (GTZ 1991) definierte dabei als Maßnahmen die Änderung der Unternehmenskultur zugunsten von Frauen (gemischte Teams, Sensibilisierung durch Schulungen etc.) durch personalpolitische Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils auf allen Funktionsebenen und durch das Auffangen der Doppelbelastung vieler Frauen durch Familie und Haushalt (Kindertagesstätte, flexible Arbeitszeiten, Teilzeit etc.). Mit der „GTZ-Umsetzungsstrategie Frauenförderung 1993-94“ (GTZ 1993) wurde hingegen der Blick vorwiegend auf die Projektarbeit gerichtet mit dem Ziel, Frauenförderung in TZ-Vorhaben, Konzepten, Umsetzungsstrategien und Anwendung der GTZ-Instrumente zunehmend zu realisieren (vgl. dazu Tekülve 2001:20f.)¹²⁸.

Oberziel des nächsten GTZ-Genderprogramms, namentlich des GTZ Genderplans 1996/1997 war es, Gender als Qualitätsmerkmal in TZ-Vorhaben zunehmend professionell umzusetzen. Dazu wurden zwei Indikatoren formuliert: Dass in 30 Prozent aller GTZ-unterstützten Projekte der Gender-Ansatz qualifiziert und systematisch umgesetzt ist und dass in mindestens vier Ländern, in denen seit einiger Zeit Initiativen zur Verbesserung des Gender-Ansatzes stattfinden, in mindestens 50 Prozent der laufenden Vorhaben der Gender-Ansatz qualifiziert und systematisch umgesetzt ist.

Dieses Ziel wurde in vier Ergebnisse unter Benennung der jeweils verantwortlichen Abteilungen bzw. Bereiche untergliedert. Erstens sollte die Gender-Perspektive in nationale und regionale TZ-Strategien eingearbeitet und zunehmend durch die Regionalbereiche der GTZ umgesetzt werden. Als die Projektebene betreffende Aktivitäten – jeweils mit Indikatoren¹²⁹ – zur Umsetzung dieses Ergebnisses wurden genannt: in Neuvorhaben Gender zu verankern und in laufenden Vorhaben Gender nachzuhalten,¹³⁰ Fachberatung zu Gender für

¹²⁸Dieses Dokument lag nicht zur Analyse vor, so dass nicht im Einzelnen auf die dort vorgesehenen Aktivitäten oder Indikatoren eingegangen werden kann.

¹²⁹Im Folgenden werden nur diejenigen Indikatoren benannt, die sich auf die Projektebene beziehen, da die auf die projektübergreifenden Ebenen abzielenden Aktivitäten und Indikatoren nicht im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit erfasst und analysiert wurden.

¹³⁰Als Indikatoren dazu wurden formuliert: Die systematische Wahrnehmung der Steuerungsfunktion für das Qualitätsmerkmal Gender spiegelt sich wider in Angeboten, PFK und PFB.

Projekte und Programme einzuholen¹³¹, bei der Personalauswahl auf Gender zu achten¹³², einen angemessenen Anteil von Auslandsmitarbeiterinnen zu gewährleisten¹³³, lokales Know-how zu Gender aufzubauen und zu vermitteln und die Qualifizierung zu Gender von AuslandsmitarbeiterInnen in der Projektvorbereitung sicherzustellen¹³⁴. Als den projektübergreifenden Ebenen zuzuordnende Aktivitäten wurden genannt: regionale Workshops zu Gender durchzuführen, Gender in Auslandsmitarbeiter/innen-Tagungen einzubringen, Gender in Länder- und Regionalstrategien einzuarbeiten, regionale Netzwerke zu Gender aufzubauen bzw. zu unterstützen, das BMZ zur Berücksichtigung von Gender in Regierungsverhandlungen zu beraten und Gender auf Regierungsberatungsebene zu multiplizieren.

Zweitens sollte der Gender-Ansatz als Querschnittsthema in der fachlichen Arbeit stärker verankert werden. Schon an der Benennung der verantwortlichen Abteilungen (sektorale Fachstruktur, Planung und Entwicklung (PuE)) wird deutlich, dass die hier aufgeführten Aktivitäten¹³⁵ zwar eine wichtige Voraussetzung für die tatsächliche Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Außenstruktur darstellen, jedoch hier eine projektübergreifende Ebene berührt wird, die in der GTZ-Zentrale in Eschborn anzusiedeln ist. Für das dritte Ergebnis der Verankerung von Gender in unternehmensorganisatorischen und entwicklungspolitischen Strategien und Instrumenten, das maßgeblich durch die Stabsstelle Grundsatzfragen der Unternehmensentwicklung umzusetzen ist,¹³⁶ lassen sich keine Aktivitäten identifizieren, die

Vorgaben für die Projektprüfungen bzw. anderen Optionen der Projektvorbereitung sollen den Gender-Aspekt in mehr als 50 Prozent der Fälle entsprechend seiner Relevanz qualifiziert verankert haben.

¹³¹Als Indikator dazu wurde formuliert, dass in 20 Ländern in unterschiedlicher Form die systematische und professionelle Umsetzung des Gender-Ansatzes in Projekten unterstützt durch z. B. eine/n AuslandsmitarbeiterIn bzw. Ortskraft mit Querschnittsberatungsfunktion für mehrere Projekte in einer Region stattfindet.

¹³²Als Indikatoren wurden formuliert: Mehr AuslandsmitarbeiterInnen übernehmen Verantwortung für das Querschnittsthema Gender. Zudem werden ab Januar 1996 in 50 Prozent der Beurteilungsgespräche die Entwicklung der Genderkompetenz bei AuslandsmitarbeiterInnen überprüft.

¹³³Als Indikatoren wurden formuliert: Der Anteil der Frauen bei AuslandsmitarbeiterInnen-Neueinstellungsverträgen steigt von 24 Prozent (1994) auf mindestens 30 Prozent im Jahr 1997. Der Anteil der weiblichen MitarbeiterInnen in Führungspositionen steigt von 3,7 Prozent (1994) auf mindestens 8 Prozent im Jahr 1997. Frauen werden bei der Vergabe von Dauerarbeitsverträgen mind. entsprechend ihres Anteils an den Gesamt-AuslandsmitarbeiterInnen (AMA) berücksichtigt.

¹³⁴Als Indikatoren wurden formuliert: 50 Prozent der AMAs nehmen am 2-tägigen Genderkurs der DSE, Bad Honnef, teil. 80 Prozent der AMA führen ein Einweisungsgespräch mit den BereichsberaterInnen in den Ländergruppen.

¹³⁵Dazu wurden als Aktivitäten festgelegt, Erfahrungen mit Gender aufzuarbeiten und für Sektor- und Projektkonzepte nutzbar zu machen, Gender in Fachverbänden zu verfolgen und auszuwerten, an internationalen Fachkonferenzen zu Gender teilzunehmen, Ergebnisse der Gender-Gruppe in Arbeitsfeldern bzw. Abteilungen zu kommunizieren, Gender im Personalressourcenmanagement zu fördern, und genderspezifische Fortbildungen der Fachabteilungen durchzuführen.

¹³⁶Aktivitäten hierzu sollten sein: Gender in Grundsatzfragen der Unternehmensentwicklung zu verankern, die Gender-Strategie weiterzuentwickeln; Gender in Verbindung mit Armutsminderung weiterzuentwickeln, fachlich übergreifende Außenkontakte zu Gender zu vertiefen, innovative Kommunikationswege zu entwickeln und umzusetzen, Gender organisatorisch zu verankern und zu koordinieren, Planungs- und Projektmanagementinstrumente sowie Fortbildungskonzepte und -angebote Gender- und zielgruppenorientiert weiterzuentwickeln, Gender in Wirkungsmonitoring zu integrieren, Monitoring zu Gender in der Projektpraxis

unmittelbar auf Projektebene überprüft werden könnten. Dies gilt auch für das vierte Ergebnis der systematischen Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für das Thema „Gender und Chancengleichheit“ durch den Personalbereich¹³⁷ (vgl. dazu Schimmel 1998).

Der Genderplan adressierte somit die Integration einer Genderperspektive auf strategisch-planerischer Ebene, auf inhaltlicher-praktischer Ebene und auf organisatorischer bzw. instrumentenspezifischer Ebene und nimmt darüber hinaus die Frage der personalpolitischen Geschlechter-Chancengleichheit in den Blick. Insofern stellte der GTZ-Genderplan einen umfassenden Gender-Ansatz dar. Die Benennung der jeweils umsetzungsverantwortlichen Abteilungen, sowie die Benennung von Aktivitäten und Indikatoren zur Erreichung der Ergebnisse bzw. des Oberziels stellen wichtige Operationalisierungsschritte dar. Jedoch fehlt eine personell eindeutige Regelung der Verantwortung für die Umsetzung des Genderplans. Auch zeigt sich, dass es insbesondere an Aktivitäten und zur Evaluierung geeigneten Indikatoren für die Umsetzung des Genderplans in der Außenstruktur, namentlich den Projekten vor Ort, mangelt.

Der GTZ-Genderplan 1996/97 wurde durch die Gender Unternehmensstrategie 2001-2005 (GTZ 2001a) abgelöst, mit der nach eigenem Dafürhalten auf die BMZ-Serienevaluierung¹³⁸ und interne Bewertungen zum Stand der Verankerung von Gender im Unternehmen reagiert wurde. Hier sei deutlich geworden, dass noch *„Defizite in der konkreten Umsetzung in der Projektpraxis, der nachhaltigen und breitenwirksamen Verankerung sowie in den entwicklungspolitischen Wirkungen“* bestünden (GTZ 2001a:3). Deshalb sei in einem partizipativen Prozess eine unternehmensweite Genderstrategie unter Beteiligung von Gender-ExpertInnen sowie Führungskräften der operativen Bereichen und des Personalbereichs erarbeitet worden. Die GTZ verfolge damit eine Verbesserung der entwicklungspolitischen Wirksamkeit, den Ausbau der Gender-Reputation im internationalen Vergleich sowie eine Kohärenz von Chancengleichheit im Unternehmen (nach innen) und genderdifferenzierten Leistungen nach außen (GTZ 2001a:3f.).

Drei Ziele werden dabei explizit formuliert (GTZ 2001a:8f.): Erstens sollen Frauen und Männer den gleichen Nutzen aus dem entwicklungspolitischen Beitrag der TZ ziehen und diesen gleichermaßen aktiv mitgestalten können. Dies solle einerseits durch eine verstärkte

zu entwickeln und Backstopping bei Monitoring und Auswertung der Umsetzung des Genderplans sicherzustellen.

¹³⁷Als Aktivitäten wurden formuliert: einen Vorschlag zur Integration von Gender-Sensibilität in Personalauswahlverfahren zu entwickeln, Gender und Chancengleichheit in Verfahren der Personalentwicklung und -auswahl einzubringen, Gender und Chancengleichheit in Fortbildungsangebote einzubringen und Frauen in höherqualifizierten Funktionen zu fördern.

¹³⁸Zentrale Aussage der BMZ-Serienevaluierung war, dass Frauen hinsichtlich der entwicklungspolitischen Wirksamkeit deutlich weniger von TZ-Vorhaben profitierten als Männer (BMZ 2000).

Genderdifferenzierung der TZ-Beratungsleistungen und andererseits durch eine höhere Zahl von Genderberatungsvorhaben umgesetzt werden, was innerhalb eines Jahres in 20 Prozent, innerhalb von drei Jahren zu 30 Prozent und in fünf Jahren bei 50 Prozent der Neuvorhaben und Projektverlängerungen erreicht werden soll. Als Indikatoren wurden der Prozentsatz von Neuvorhaben bzw. Verlängerungen, die explizit auch eine Verbesserung der Situation von Frauen zum Ziel haben, die Anzahl von Schwerpunktstrategiepapieren mit Genderorientierung sowie die Anzahl von Gendervorhaben vorgeschlagen. Das zweite Ziel betrifft die internationale Anerkennung und Nachfrage nach der GTZ-Genderexpertise. Als Vorschläge für Indikatoren wurden hier Drittgeschäfte im Bereich Gender, die Mitarbeit in Gender-Ausschüssen sowie die Nachfrage nach Gender-Publikationen genannt. Schließlich soll als drittes Ziel der Frauenanteil in Führungspositionen auf 30 Prozent erhöht werden. Dieses Ziel solle in fünf Jahren zu 100 Prozent erreicht werden.

Insgesamt wird in der GTZ-Genderunternehmensstrategie (2001a) ein sogenannter „dual track“-Ansatz verfolgt, demzufolge die Organisationsstruktur zur Bearbeitung des Themas Gender die Verankerung von Gender als Querschnittsthema in allen Sektoren und Strukturen einerseits („Mainstreaming“) und den Ausbau einer eigenständigen Genderfachlichkeit andererseits widerspiegeln soll (GTZ 2001a S.11f.). Darauf aufbauend werden folgende Handlungsfelder für die GTZ-Genderstrategie abgeleitet: Die Verbesserung der Chancengleichheit im Unternehmen, die Erhöhung des Commitment der Führung, der Aufbau von Kompetenzen für Gender, die Entwicklung und Umsetzung einer Gender-Marketingstrategie und die Etablierung von Gender als strategisches Thema in der GTZ. Für letzteres sei das positive Veränderungspotenzial des Gender-Ansatzes auf zwei Ebenen herauszuarbeiten: Zum einen sei Gender im Hinblick auf den Beitrag zu mehr Gleichberechtigung, zur Verwirklichung der Menschenrechte und zur Demokratisierung ein politischer Auftrag. Zum anderen trage die Berücksichtigung von Gender zur Erreichung von höherer Effizienz, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Projekten bzw. Programmen bei. Hier spiegeln sich die schon in den 1980er und 1990er Jahre geführten globalen Debatten um Gender und Wasser (vgl. Kapitel 2.1.1) aufgeführten Argumente für die Einbeziehung von Frauen in den Entwicklungsprozess – die Steigerung von Effizienz und von Geschlechtergerechtigkeit – zur Rechtfertigung bzw. zur Begründung der Notwendigkeit von Gender Mainstreaming wieder.

Im Vergleich zum Genderplan 1996/97 (GTZ 1996) wird in der GTZ-Genderunternehmensstrategie 2001-2005 (GTZ 2001) stärker auf die genderspezifische Wirkungsebene und Partizipationsmöglichkeiten abgehoben. Bezüglich der Umsetzungsebene

wird deutlich differenziert zwischen expliziten Gendervorhaben einerseits und einer generell genderdifferenzierten und -integrierten Arbeitsweise andererseits. Schließlich wird als neues Element die Bedeutung des GTZ-Genderprofils auf dem Drittmittelmarkt hervorgehoben. Insofern zeigt sich eine inhaltliche Entwicklung auf programmatischer Ebene. Die GTZ Gender-Unternehmensstrategie 2001-2005 stellt insgesamt einen umfassenden Gender-Ansatz dar, der im Sinne des Gender Mainstreaming die Wirkung jeglicher Maßnahmen aus genderdifferenzierter Perspektive in den Blick nimmt, gleichstellungspolitische Ziele auch in der eigenen Personalpolitik sowie die Integration einer Genderperspektive auf formaler, programmatischer und organisatorischer Ebene berücksichtigt. Zur Operationalisierung der GTZ-Genderunternehmensstrategie ist allerdings festzuhalten, dass diese keine Indikatoren vorgibt. Die Formulierung von Indikatoren für die Zielerreichung sowie die Konkretisierung der Maßnahmen sollten dabei innerhalb des ersten halben Jahres (bis zum 30.06.2001) durch die einzelnen Bereiche erfolgen (GTZ 2001a:18); inwieweit dies jedoch tatsächlich stattgefunden hat, ließ sich allerdings nicht anhand von öffentlich zugänglichen Dokumenten verifizieren. Zudem erscheinen die vorgeschlagenen Indikatoren zur Überprüfung der Zielerreichung, ob Männer und Frauen gleichermaßen von den EZ-Maßnahmen profitieren, ungeeignet und sind deutlich vom Geiste des von Gender-AnalystInnen kritisierten „Head-Counting“ beeinflusst. Insbesondere zeigt sich, dass hier nur wenig Anhaltspunkte zur Umsetzungsüberprüfung auf Projektebene bestehen. Auch ist die Verantwortung für die Umsetzung der erwünschten Ergebnisse trotz Benennung von zuständigen Bereichen nicht eindeutig personell geregelt. Der Operationalisierungsgrad der vorliegenden Genderstrategie weist somit Verbesserungspotentiale auf.

Schließlich wurde die GTZ-Genderunternehmensstrategie 2006-2010 veröffentlicht (GTZ 2006a), die sich auf drei Dimensionen erstreckt: Erstens die innerbetriebliche Gleichstellung von Frauen und Männern, die über eine Betriebsvereinbarung und den entsprechenden Gleichstellungsplan abzusichern ist, zweitens die Verbesserung der geschlechterdifferenzierten Wirkungen des gemeinnützigen Geschäftes, die im BMZ Gleichbeteiligungskonzept festgelegt sind und drittens die auftragsbezogene Verankerung von Genderaspekten, die aus dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung abgeleitet wird (GTZ 2006a:2). Explizit wird darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse und Empfehlungen der Evaluierung der Genderunternehmensstrategie 2001-2005 und die Empfehlungen der BMZ-Evaluierung zur „Berücksichtigung von Genderfragen in der deutschen EZ: Förderung der Gleichberechtigung und Stärkung der Frauen“ (2004/2005) bei der Neuformulierung der GTZ-Genderstrategie 2006-2010 berücksichtigt wurden (GTZ 2006a:3).

Dazu gehörte die Anpassung der Zielhierarchien: Das bisherige Gleichstellungsziel wird nun nicht mehr in der GTZ-Genderunternehmensstrategie aufgeführt, da es im GTZ Gleichstellungsplan integriert wurde. Gesamtziel der neuen Genderstrategie ist nunmehr, dass Frauen und Männer gleichberechtigten Nutzen aus dem entwicklungspolitischen EZ-Beitrag ziehen und diesen gleichermaßen aktiv mitgestalten können. Als entsprechende Indikatoren wurde formuliert, dass ab dem Jahr 2006 durchgeführte Schlussevaluierungen sowie Ex-Postevaluierungen der GTZ zunehmend den gleichberechtigten Nutzen von Frauen und Männern an TZ-Vorhaben bestätigen. Zudem wurden zwei Teilziele aufgestellt: zum einen, dass Genderfragen besser in den Prozessen und Verfahren des Unternehmens verankert werden und zum anderen, dass die Gender-Fachkompetenz der GTZ weiter gestärkt wird. Auch für die Teilziele eins und zwei wurden verbindliche Maßnahmen mit Meilensteinen, Zeitrahmen und jeweiligen Verantwortlichkeiten sowohl auf Führungskraft- als auch auf MitarbeiterInnenebene benannt (vgl. GTZ 2006a, Anlage 1).

Als projektebenenrelevant sind für Teilziel eins (Genderfragen sind besser in den strategischen Prozessen und Verfahren des Unternehmens verankert) hinsichtlich des Auftragsmanagements zu nennen, die Sicherstellung der angemessenen Berücksichtigung von Genderaspekten bei der Angebotserstellung ab Oktober 2005¹³⁹, die adäquate Berücksichtigung von Genderaspekten bei der Berichterstattung ab Januar 2006¹⁴⁰.

Teilziel zwei (die Gender-Fachkompetenz der GTZ ist weiter gestärkt) betrifft hingegen Aktivitäten, die jenseits der Projektebene angesiedelt sind, und deshalb nicht für die Genderanalyse des Projektes und die Umsetzungsüberprüfung im Rahmen des Projektes herangezogen werden können.

Die Verantwortung für die Gesamtsteuerung der Umsetzung des Gender Mainstreaming liegt jeweils bei den Führungskräften der GTZ-Regionalbereiche, im Bereich Planung und Entwicklung, im Personal- und Sozialbereich und in den Stabstellen Unternehmensentwicklung und Evaluierung. Darüber hinaus wird den Büroleitungen und Auftragsverantwortlichen in der Außenstruktur eine besondere Verantwortung zugewiesen, das Gender Mainstreaming in den Projekten umzusetzen (GTZ 2006a:5).¹⁴¹ Die Verantwortung für Gesamtmonitoring und Beratung zur Umsetzung liegen im Bereich Planung und Entwicklung (GTZ 2006a:5f.). Zur Stärkung der GTZ-Genderkompetenz

¹³⁹Als Meilensteine wurden hier formuliert: Sach- und fachgerechte Berücksichtigung von Genderaspekten wird geprüft und Sensibilisierung der professionellen AngebotschreiberInnen durch Anwendung eines Moduls im Rahmen der Schulungen.

¹⁴⁰Als Meilensteine wurden hier formuliert: Die Berücksichtigung von Genderaspekten in Prüf-, Fortschritts-, Schluss- und PFK-Berichten wird nach einheitlichen Kriterien überprüft.

¹⁴¹Es wird darauf hingewiesen, dass in den operativen Geschäftsbereichen, die nicht zum gemeinnützigen Geschäft zählen, die Vorgaben der jeweiligen Auftraggeber zur Verankerung von Genderaspekten gelten.

(Teilziel zwei) wird auf das internetbasierte Wissensnetz verwiesen (intranet.gtz.de/gender), das eine Vielzahl an inhaltlichen Informationen und organisatorisch-prozessualen Arbeitshilfen bietet (GTZ 2006a:7).¹⁴²

Die Genderunternehmensstrategie 2006-2010 ist hinsichtlich der Wirkungsorientierung auf Zielebene (gleicher Nutzen aus EZ-Maßnahmen für Männer und Frauen) mit ihrer Vorgänger-Strategie vergleichbar. Auf operativer Ebene hingegen stellt die jüngste der betrachteten Genderunternehmensstrategien eine Weiterentwicklung dar. Sie weist definierte Indikatoren, Meilensteine und eine ausdifferenzierte Benennung von Verantwortlichkeiten sowie klaren Vorgaben für eine genderdifferenzierte Berichterstattung inklusive Monitoring auf. Dies ist insgesamt als positiv zu bewerten. Auch hier ist jedoch deutlich geworden, dass die Bereiche der Genderstrategie, die sich auf die Projektebene beziehen und somit hinsichtlich ihrer Umsetzung auf Projektebene zugrundegelegt werden können, begrenzt sind.

Box 3: Exkurs: F- und G-Kennungen in GTZ Dokumentationen

Ebenfalls dem Bereich der Operationalisierung der Genderprogrammatiken zuzuordnen ist die Anwendung von anfangs F-(Frauen)-Kennungen, später G-(Gender)-Kennungen, die der Einordnung der Genderrelevanz der einzelnen EZ-Maßnahmen bei der Angebotserstellung dienen. Die GTZ arbeitete zunächst mit den F-Kategorien, um in Projektanträgen die Wirkungen auf Frauen zu beurteilen. Als Einordnungskategorien standen dabei FP (Frauen positiv), wenn die Beteiligung von Frauen am Nutzen und an der Gestaltung des Vorhabens als gesichert gelten, FR (Risiko für Frauen), wenn ungenügende Informationen über die Situation von Frauen vorliegen oder negative Auswirkungen auf die Situation von Frauen als möglich eingeschätzt werden und FU (Frauen unspezifisch), wenn geschlechtsspezifische Wirkungen nicht unmittelbar fassbar sind, zur Verfügung (Osterhaus 2000:5). Der OECD-Entwicklungshilfeausschuss (OECD-DAC¹⁴³) entwickelte 1997 ein Kennungssystem für seine Mitgliedsstaaten, das nun statt F-Kategorien mit G-(Gender)- Kennungen arbeitet. Diese werden von der GTZ seit dem 1. Dezember 2000 angewendet (GTZ 2006b:10). Unterschieden wird hier zwischen G-2 (Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein Hauptziel der Entwicklungsmaßnahme), G-1 (Die Entwicklungsmaßnahme hat ableitbare positive Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Geschlechter; Gleichberechtigung der Geschlechter ist aber keine Hauptzielsetzung der Entwicklungsmaßnahme) und G-0 (Die Entwicklungsmaßnahme birgt nicht das Potenzial, zur Gleichberechtigung der Geschlechter beizutragen).¹⁴⁴ Als eine der wesentlichen Veränderungen der G-Kennungen im Vergleich zu den F-Kategorien gilt, dass die Kennung G-0 nun nicht mehr aufgrund fehlender Daten

¹⁴²Dies umfasst Dokumente zu Umsetzungsmaßnahmen der Genderstrategie gegliedert nach Prozessen und Organisationseinheiten, zu Gender-Aspekten in verschiedenen Sektoren bzw. Fachgebieten und Regionen; zu Steuerungsinstrumenten und Arbeitshilfen, die eine Integration von Genderaspekten in die verschiedenen Phasen des Auftragsmanagement ermöglichen und zu allgemeinen Informationen zum Thema Gender und Gleichstellung (GTZ 2006a:7).

¹⁴³Development Assistance Committee (DAC).

¹⁴⁴G-0 ist dann zu vergeben, wenn sich für die Entwicklungsmaßnahme keine geschlechtsspezifischen Wirkungen ableiten lassen. G-0 darf nur in besonders zu begründenden Ausnahmefällen vergeben werden. Die Nutzung der Leistungen einer Entwicklungsmaßnahme gleichermaßen von Männern und Frauen rechtfertigt keine Einstufung in G-0.

bezüglich der potentiellen Wirkungen des Vorhabens auf Männer und Frauen vergeben werden darf, was bis dahin häufig getan wurde. Damit wird – zumindestens konzeptionell – die Durchführung einer Genderanalyse vor Projektantragsstellung zur Pflicht¹⁴⁵ (GTZ 2006b:7).

Die GTZ ließ die Umsetzung des GTZ-Genderplans 1996/1997 und der Genderunternehmenstrategie 2001-2006 evaluieren. Dies ist gemeinsam mit dem Umstand, dass die dort erarbeiteten Anregungen auch bei der Überarbeitung der jeweils nachfolgenden Genderstrategie berücksichtigt wurden, als deutliches Zeichen eines Umsetzungswillens zu deuten.

In der Evaluierung der Umsetzung des Genderplans 1996/97 wird (entsprechend eines der Ziele des Genderplans) bestätigt, dass 1997 ein deutlicher Anstieg des Frauenanteils unter den Führungskräften im Ausland erreicht wurde (Schimmel 1998:13).¹⁴⁶ Auch sei eine wachsende Berücksichtigung von Genderaspekten bei der Angebotserstellung zu verzeichnen gewesen; in gut zwei Drittel der Angebote seien insbesondere in den Ausführungen zur sozio-kulturellen Implikation der Projektvorhaben Genderaspekte konsistent dargestellt worden. Allerdings beschränke sich dies auf den sogenannten zielgruppennahen Bereich. Bei „zielgruppenfernen“ Vorhaben, bei denen mit Trägerorganisationen und nicht direkt mit der Zielgruppe gearbeitet werde – so wie im Fall des untersuchten Wasserversorgungsprojektes – seien diesbezüglich größere Defizite zu verzeichnen. Schimmel konstatiert daraufhin, dass trotz einer erfreulichen Entwicklung noch nicht von einer systematischen Verankerung von Gender bei Vorbereitung und Steuerung der GTZ-Vorhaben ausgegangen werden könne.

Im Bereich der Projektdurchführung und des Monitoring sei die Umsetzung des Genderplans hingegen deutlich schlechter. So habe sich die Verankerung von Genderaspekten bei Projektfortschrittsberichten und -kontrollen offenbar schwierig gestaltet (Schimmel 1998:8). Darüber hinaus werde der Genderplan von den GTZ-Außenstrukturen, also den GTZ-MitarbeiterInnen und -ProjektpartnerInnen vor Ort, als „von oben angeordnet“ erachtet (Schimmel 1998:15). Die großen Unterschiede bezüglich der Integration von Genderperspektiven in den verschiedenen länderstrategischen Ansätzen deuteten außerdem darauf hin, dass für eine erfolgreiche Umsetzung des Genderplans persönliches Engagement insbesondere auf Führungsebene und vor Ort ausschlaggebend sei. Die Gender-Ansprechpersonen hätten sich darüber hinaus beklagt, dass Gender nicht als integraler Teil der GTZ-Arbeit betrachtet werde, sondern als „zusätzlicher Aspekt“ mit entsprechend

¹⁴⁵Der Umfang der Genderanalyse kann je nach Konzept und zu erwartender Wirkungen der Maßnahme angepasst werden, darf jedoch nicht entfallen.

¹⁴⁶Der Anteil von Frauen bei den TeamleiterInnen betrug 12 Prozent. Bei den BüroleiterInnen mit Führungsverantwortung betrug der Frauenanteil 20 Prozent.

geringer Bereitschaft, dafür die ohnehin knappen Ressourcen aufzuwenden (Schimmel 1998:10). Hier wird der in Kapitel 2.3 dargestellte Befund bestätigt, dass Gender Mainstreaming sich in der Umsetzung häufig auf das Abhaken von „Genderkategorien“ in der Antragsstellung beschränkt, ansonsten aber – verstanden als „zusätzlicher“ nicht aber als integraler und ggf. nützlicher Bestandteil der Projektarbeit aufgefasst – keinen Niederschlag in der konkreten Projektarbeit findet.

Zu vergleichbaren Ergebnissen kommt Frey in ihrer Evaluierung der Umsetzung der GTZ-Unternehmensstrategie 2001-2005 (Frey 2005). Frey stellt zunächst fest, dass die Genderstrategie mit den drei formulierten Ziele einen umfassenden Gender-Ansatz bereitstelle und dem Anspruch des Gender Mainstreaming einer durchgängigen Gleichstellungsorientierung Rechnung trage. Allerdings stelle die Genderstrategie für die Ziele eins und zwei nur wenige geeignete Indikatoren bereit, was die Bewertung der Zielerreichung erschwere und insofern noch keine ausreichende Handlungsorientierung für ihre Umsetzung biete. Auch weist Frey darauf hin, dass die Verknüpfung des Genderthemas mit anderen strategischen Prozessen und Verfahren wie Jahreszielen und wirkungsorientiertem Monitoring zwar in vielen Ansatzpunkten deutlich werde, insgesamt jedoch noch nicht ausreichend sei (Frey 2005:9f). Von MitarbeiterInnen der Fachabteilungen „Planung und Entwicklung“ sei darüber hinaus die Auffassung geäußert worden, dass *„Gender [...] allenfalls auf der Mikroebene und dann auch eher als „Frauenthema“ wahrgenommen werde, makropolitische bzw. ökonomische Zusammenhänge würden lediglich im Ausnahmefall mit Geschlechterdifferenzierung verbunden.“* (Frey 2005:26). Für die GTZ-Außenstruktur¹⁴⁷ kommt Frey ebenso wie Schimmel zu dem Ergebnis, dass hier nach wie vor das persönliche Engagement der BüroleiterInnen ausschlaggebend für die Umsetzung der Genderstrategie sei (Frey 2005).¹⁴⁸ Insgesamt sieht auch Frey noch immer Handlungsbedarf bei der Steuerung der Umsetzung der Genderunternehmensstrategie, weist dabei jedoch darauf hin, dass die GTZ im Vergleich zu anderen Institutionen (nicht nur) der deutschen Entwicklungszusammenarbeit über die deutlichste Verankerung des Gender-Ansatzes verfügt und dabei eine Vorreiterrolle hinsichtlich der Umsetzung von Gender Mainstreaming einnimmt. Gemessen am eigenen in der Genderstrategie formulierten Anspruch bestehe jedoch weiterhin eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Von einem durchgehenden

¹⁴⁷Für den Bereich der GTZ-Außenstruktur wurden im Rahmen der Evaluation fünf Länder näher untersucht, von denen bekannt war, dass entweder konkrete Genderstrategien vorlagen oder aktive Arbeitsgruppen zum Thema Gender Mainstreaming bestanden.

¹⁴⁸In diesem Kontext stellt Frey fest, dass diejenigen MitarbeiterInnen, die sich aktiv für die Genderstrategie einsetzten, sowohl in der Zentrale als auch in den meisten Ländern zu einem sehr hohen Anteil Frauen seien.

Gender Mainstreaming im Sinne der Verankerung von Gender in allen Verfahren und Strukturen sei auch die GTZ noch entfernt (Frey 2005:27f).

In folgenden werden die von der GTZ auf ihrer Internetseite aufgeführten institutionellen Arrangements zur Integration von Gender sowie die für das GTZ-Projekt „Wasserversorgung im Ramallah Distrikt“ als relevant erachteten Gender-Arbeitshilfen dargestellt. Diese lassen sich schon dem Bereich der Operationalisierung und institutionellen Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie der GTZ zuordnen.

Zu den etablierten institutionellen Arrangements zur Integration von Gender in die Arbeit der GTZ zählt das von 1993-2001 von der Abteilung „Staat, Wirtschaftsreform und Gesellschaft“ koordinierte Pilotprogramm Gender (PPG) in der GTZ-Zentrale in Eschborn.¹⁴⁹ Auf den PPG-Internetseiten wird als Kerneinsicht aus der mehrjährigen Arbeit des Programms formuliert, *„dass die historisch gewachsenen Geschlechterverhältnisse strukturbildend in alle Gesellschaftsbereiche eingelassen sind. Eine nur punktuelle Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Rollen- und Machtverhältnisse kann daher nicht ausreichen, um Gleichberechtigung herzustellen. Aus diesem Grunde wird in der Praxis der Deutschen Technischen Zusammenarbeit (TZ) der Grundsatz der Gleichberechtigung (Gender) als Querschnittsaufgabe verstanden. Im Sinne einer Mainstreaming Strategie sollen Gender-Aspekte in allen Sektoren und auf allen Ebenen, in allen Prozessen, Vorgehensweisen und Instrumenten berücksichtigt werden.“*¹⁵⁰

Im Anschluss an das PPG wurde von Ende 2000 bis Ende 2006 das von der Abteilung „Staat und Demokratie“ koordinierte überregionale Sektorvorhaben „Gender“ in der GTZ-Zentrale Eschborn im Auftrag des BMZ etabliert (GTZ 2003). Dabei standen folgende inhaltliche Schwerpunkte im Vordergrund: Gender Mainstreaming, Gender & Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP), Gender Budgets, Gender & Kultur/Islam, Gender & Umwelt, Gender & Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft (GTZ 2003).

Schließlich lief von Dezember 2006 bis November 2009 das Programm "Förderung von Gleichberechtigung der Geschlechter und Frauenrechten", dessen Gesamtziel es war, das entwicklungspolitische Handeln von EZ-Akteuren deutlicher auf die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und die Stärkung von Frauenrechten auszurichten.

Im Zuge der genannten mehrjährig laufenden Genderprogramme wurden nicht zuletzt zahlreiche der im GTZ-Wissensnetz befindlichen Genderpublikationen verfasst bzw. in Auftrag gegeben und veröffentlicht. Insofern haben sie sicherlich zum Ausbau der Gender-

¹⁴⁹http://www2.gtz.de/gender_project/ (26.1.2007).

¹⁵⁰http://www2.gtz.de/gender_project/ (26.1.2007).

Expertise der GTZ (einem der Ziele jeweils der Genderunternehmensstrategien 2001-2005 und 2006-2010) beigetragen. Auch zeigt sich durch die dafür notwendige Freistellung von Mitteln für die Genderprogramme und die nach außen sichtbare Verankerung und Bearbeitung von Genderfragen der Umsetzungswille der GTZ.

Die von der GTZ publizierten Gender-Arbeitshilfen lassen sich verschiedenen Ebenen zuordnen. Auf institutionell-prozessualer Ebene gehört dazu die Publikation „Gender und Projektmanagement – Ein Beitrag zum Qualitätsmanagement der GTZ“ von Osterhaus (2000), in der Ansatzpunkte zur Integration von Genderaspekten in die einzelnen Schritte des Projektzyklus sowie verschiedene Instrumente wie gender-differenzierte Zielgruppenanalyse und Gender-Workshops beschrieben werden. Auch das zweibändige Handbuch „Gender and Change in the Organisational Culture Part 1 and Part 2 – Tools to construct a gender-sensitive organisation“ von (Diaz-Gonzalez 2001), in dem zahlreiche Instrumente zur Durchführung von Genderanalysen innerhalb von Organisationen als Basis für eine gendersensible Organisationsentwicklung aufgeführt werden sowie die an die Länderverantwortlichen in den Regionalbereichen gerichtete Publikation „Länderstrategien aus Gender-Perspektive – Auswertung von Erfahrungen und Hinweise zur Umsetzung“ von (Küsel und Reichenbach 1995) gehören dazu. Ebenfalls auf prozessualer Ebene angesiedelt sind die von der GTZ publiziert Gender-Trainingshandbücher. Zu den am häufigsten Publikationen zählen „*Gender-sensitive Participatory Approaches in Technical Co-operation. Trainers' Manual for Local Experts*“ (Kerstan 1995), die für den gesamten Projektzyklus verschiedene partizipative Methoden beschreibt, um Gender Training Workshops durchzuführen, das „*Gender Training Manual for project staff at management level*“ von (Augustin 1996) und das „*Manual for Training on Gender Responsive Budgeting*“ (Schneider 2006).

Einen stärker informativen Charakter haben die länder- bzw. regionalspezifischen Genderpublikationen der GTZ. Dazu gehören Länderberichte,¹⁵¹ in denen gesellschaftliche und wirtschaftliche Positionen von Männern und Frauen, landesspezifische Frauenpolitik und die jeweiligen Ansatzpunkte für eine kohärente Gender-Orientierung der TZ dargelegt werden, Veröffentlichungen über konkrete Projekte in den einzelnen Ländern sowie Veröffentlichungen, die sich mit bestimmten Regionen bzw. Kultur- und Religionskreisen beschäftigen.¹⁵² Ebenso wurden sektor- und themenspezifische Genderdokumente veröffentlicht. Hervorzuheben ist dabei die vom PPG initiierte GTZ-Publikationsreihe „Hinweise zur Genderorientierung“, deren Ziel es war, praktische Hinweise für die Verankerung des Gender-Ansatzes in den Themenbereichen Wasserwirtschaft,

¹⁵¹Vgl. dazu Freitag und Schneider 2001.

¹⁵²Vgl. dazu Ganter 2005.

Makroökonomie und Nachernteschutz zu geben und die sich insbesondere an Inlands- und AuslandsmitarbeiterInnen der GTZ, MitarbeiterInnen von Partnerorganisationen und lokale Fachkräfte richtet. Nach Abschluss des PPG wurden weitere Genderpublikationen erstellt, die sich mit dem Thema Landrechte und¹⁵³ Biodiversität¹⁵⁴ aus Gendersicht beschäftigten.

Im Folgenden soll exemplarisch auf zwei Publikationen eingegangen werden, die sich explizit der Frage von Gender und Wasserversorgung sowie Abwasserentsorgung bzw. Bewässerungslandwirtschaft widmen. Die von der Abteilung für Wasser, Abfallwirtschaft und Ressourcenschutz herausgegebene Publikation „Gender/ Frauenförderung in Wasser- und Sanitärprojekten – Leitfragen zu ZOPP. Projektvorbereitung, Projektprüfung, Projektfortschrittskontrolle“ richtet sich v.a. an die Fach- und Regionalabteilungen der GTZ (GTZ 1994). Dabei wird hervorgehoben, dass *„in wenigen Bereichen [...] die wichtige Rolle von Frauen so deutlich [sei] wie bei Wasserversorgung und Sanitätsmaßnahmen. Frauen und Mädchen versorgen die Haushalte mit Trink- und Brauchwasser. Neben der Beschaffung sind Frauen und Mädchen meist auch zuständig für die anfallenden Kosten für das Wasser. Sie sind für Hygiene im Haushalt und bei den Kindern sowie deren Hygieneerziehung und die Pflege von kranken Familienmitgliedern verantwortlich, sorgen für die Reinhaltung von Wasserstellen und entscheiden traditionell in vielen Entwicklungsländern (z.B. Burkina Faso, Bolivien) über die Erschließung von Wasserquellen“* (GTZ 1994:5). Die Publikation stellt insofern eine potentielle Anregung für das im folgenden Verlauf der Arbeit untersuchte GTZ-Wasserversorgungsprojekt dar. In der Handreichung werden konkrete Ansatzpunkte für die Implementierung eines Gender-Ansatzes in der Arbeit der GTZ im Wassersektor gegeben. Für Wasserversorgungs- und Sanitätsmaßnahmen sei insbesondere Folgendes zu berücksichtigen (GTZ 1994:6):

- Bei Projekten, die sich an die Gesamtbevölkerung richten, sind Frauen als eigene Zielgruppe zu betrachten.
- Angepasste Vorhaben für verbrauchernahe Ver- und Entsorgung sind zu fördern.
- Modernisierungsmaßnahmen sind mit der Bevölkerung zu planen. Es ist darauf zu achten, dass die Hauptzielgruppe Frauen bezüglich Kosten, Arbeitsaufwand und Technik nicht überfordert werden.
- Auswirkung auf gewachsene soziale Strukturen und traditionelle Kommunikationsmöglichkeiten der Frauen sind zu berücksichtigen.

¹⁵³Vgl. dazu Göler von Ravensburg und Jacobsen 1999.

¹⁵⁴Vgl. dazu Schäfer 2002.

- Es sollten Frauen bei der Handhabung neuer Versorgungstechniken ausgebildet werden, genauso wie Männer für Hygieneaufklärungsmaßnahmen einzubeziehen sind.
- Grundsätzlich ist auf Zielgruppendifferenzierung und Beteiligung der Bevölkerung im gesamten Projektzyklus zu achten (GTZ 1994:6).

Die Handreichung empfiehlt, im Rahmen der Projektvorbereitung einen Blick auf die Rahmenbedingungen im Projektumfeld, Siedlungsformen und sozio-politische Organisation (dazu gehört die Unterteilung in „urban“ und „ländlich“ sowie im Fall Palästinas in „Flüchtlingslager“), die Situation der Familien und Haushalte zu werfen und eine geschlechtsspezifische Situationsanalyse durchzuführen. Für letztere seien Zugang zu Ressourcen, Infrastruktur und Information, Arbeitsorganisation und ökonomische Zuständigkeit, Organisationsformen von Frauen und Männern, Problemsichten und Lösungsvorstellungen von Männern und Frauen, Ansätze zur Frauenpartizipation und Frauenförderung und die Zielgruppenorientierung des Trägers zu analysieren.

Als Anleitung für die Durchführung von Projektfortschrittskontrollen werden sechs Bereiche zur Evaluation vorgegeben: Arbeitsteilung und -belastung, ökonomische Auswirkungen, Auswirkungen auf Gesundheit und Hygiene, soziale, kulturelle und rechtliche Stellung, Beratung und Wartung sowie Beteiligung an Planung, Umsetzung und Nutzen.

Insgesamt wird festgestellt, dass *„während sich bei Wasserversorgungsvorhaben im ländlichen Bereich die Einstellung der Planer und Ingenieure zur Integration und aktiver Beteiligung der Zielgruppe gewandelt hat, [...] es bislang bei Projekten im städtischen Bereich (Wasserversorgung und Trägerförderung) wenig partizipative Projektbeispiele [gibt].“* (GTZ 1994:7f.). Wie in Kapitel 2.3 dargestellt, ist dies auch in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts noch häufig der Fall.

Auch im „Hinweis zur Gender-Orientierung im Bereich der Bewässerungslandwirtschaft“ (Boschmann 1996) wird als Begründung für die Notwendigkeit der Berücksichtigung von Genderaspekten bei der Planung und Durchführung von Bewässerungsvorhaben angeführt, dass Frauen eine Schlüsselrolle beim Umgang mit Wasser sowie der Ernährungssicherheit innehaben. Sowohl innerhäuslich als auch in der Landwirtschaft seien Frauen Ressourcenmanager. Dies betreffe Entscheidungen über die Herkunft des Wassers, die Art des Transportes, Lagerung und dessen Nutzung. Als möglicher Grund für die Ineffizienz vieler Bewässerungstechnologien und deren Organisationsmodellen wird die Vernachlässigung von Genderaspekten genannt. Boschmann weist weiterhin darauf hin, dass sich die Auswirkungen von technologischem Wandel und die dadurch induzierte veränderte Arbeitsteilung vielfach

als nicht geschlechtsneutral erwiesen habe. So hätten Frauen oft weniger von technischen Neuerungen profitiert als Männer. Die Einführung, Ausweitung oder Verbesserung von Bewässerung sei mit einem Technologietransfer verbunden. Technologien seien jedoch nicht gender-neutral, sondern beeinflussten die Art und Weise, wie und von wem Arbeitsgänge verrichtet werden. Boschmann schlägt konkret die Durchführung von Genderanalysen anhand von vier Genderdimensionen vor: Erstens die Dimension Arbeitsteilung- und Arbeitsbelastung. Dabei solle auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, veränderte Arbeitsbelastungen von Männern und Frauen, Frauenarbeit und traditionelle Normen sowie Möglichkeiten zur Arbeitserleichterung für Männer und Frauen geschaut werden. Zweitens die Dimension Ressourcenzugang und -kontrolle. Dies umfasse den Zugang zu Land und Produktionsmitteln sowie den Zugang zu Beratungsdiensten. Drittens die technische Gestaltung von Bewässerungssystemen und die jeweiligen geschlechtsspezifischen Anforderungen: Dies betreffe die Bewässerung und den Wasserbedarf im Haushalt, die Parzellengröße und Auswahl der Bewässerungstechnologie sowie die Auswahl der Feldkulturen und der Anbauverfahren. Die vierte Dimension stellt die Frage der Beteiligung von Zielgruppen in Bewässerungsvorhaben dar.

Grundsätzlich hebt Boschmann hervor, dass unterschiedliche genderspezifische Interessen und Bedürfnisse zu Konflikten zwischen den (Projekt-)Beteiligten führen könnten und weist auf die Wichtigkeit hin, Haushalte nicht als „homogene Einheit bzw. Interessengemeinschaft“ zu betrachten (Boschmann 1996:i,1).

Die beiden wassersektorspezifischen Genderpublikationen bieten eine Reihe an hilfreichen Ansatzpunkten und Hinweisen, wie eine Genderperspektive bei der Durchführung von Wasserversorgungsprojekten eingenommen werden könnte. Dies betrifft auch die Frage der Zielgruppendifferenzierung und -beteiligung sowie die Durchführung von projektvorbereitenden und -begleitenden Genderanalysen. Die zur Durchführung von Genderanalysen angeregten Genderdimensionen (Boschmann 1996), die auch in der GTZ-Publikation (GTZ 1994) benannt werden, entsprechen den im Rahmen von Gender Impact Assessment (GIA) vorgeschlagenen und vielfach angewendeten Analysekategorien (vgl. dazu auch Kapitel 2.1.4). Diesen wurde in dem vorliegenden Untersuchungsdesign (vgl. Kapitel 2.4) weitgehend gefolgt.

Konflikt Im folgenden wird angesichts der Forschungsfrage, die sich den Zusammenhängen zwischen Gender, Wasser und Konflikt widmet, auch auf die Behandlung der Konfliktthematik in der GTZ-Programmatik eingegangen. Laut Informationen des BMZ befanden sich fast die Hälfte der Kooperationsländer der deutschen Entwicklungspolitik im

Jahr 2005 in einer offenen Konflikt- bzw. einer Post-Konfliktsituation.(BMZ 2005a). Krisenprävention und Konfliktbearbeitung gehört ebenso wie „Gender“ zu den Querschnittsthemen der GTZ. Die Integration der beiden Themen in die Arbeit der GTZ erfolgt auf ähnlichem Wege. Dazu gehört die Etablierung von institutionellen Arrangements wie dem Sektorberatungsvorhaben „Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit“ oder die Operationalisierung durch Einführung von K-(Konflikt-)Kennungen bei der Angebotserstellung mit dem Ziel, eine konfliktsensible und strategische Gestaltung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in Konflikt- und Post-Konflikt-Ländern zu erreichen.¹⁵⁵

Programmatisch bezieht sich die GTZ auf das „Konzept für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe“ (BMZ 2005a), in dem drei verbindliche Ziele formuliert werden: Erstens soll Entwicklungszusammenarbeit helfen, strukturelle Konfliktursachen zu reduzieren und krisenhafte Eskalation frühzeitig zu verhindern. Zweitens soll Entwicklungszusammenarbeit gesellschaftliche und staatliche Akteure bei der gewaltfreien Konfliktbearbeitung unterstützen und drittens soll Entwicklungszusammenarbeit dazu beitragen, nach Beendigung von Gewaltkonflikten Frieden zu fördern (BMZ 2005b). Als Förderbereiche werden neben Sicherstellung der Ernährung, Stärkung der Selbsthilfekräfte und Flüchtlingshilfe explizit die Schaffung bzw. Wiederherstellung einer sozialen und infrastrukturellen Mindestversorgung identifiziert, wobei der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung besondere Bedeutung zukommen.

Die Operationalisierung und Beschäftigung des Konfliktthemas innerhalb der GTZ zeigt sich auch in diesem Fall nicht zuletzt anhand der zahlreichen konflikt- und krisenbezogenen Veröffentlichungen im Wissensnetz der GTZ.¹⁵⁶ Diese lassen sich unterteilen in den Bereich der Programmatik einerseits und in – dem Bereich der Umsetzung und Operationalisierung

¹⁵⁵Alle Vorhaben der technischen und finanziellen Zusammenarbeit sind in Anlehnung an andere OECD Kennungen in folgende drei Kategorien einzuteilen (BMZ 2005b:18f):

K 2: Krisenprävention, Konfliktbearbeitung oder Friedensförderung ist Hauptziel der Maßnahme

K 1: Krisenprävention, Konfliktbearbeitung oder Friedensförderung ist Nebenziel der Maßnahme

K 0: Die Maßnahme verfolgt ein anderes Ziel, ist aber konfliktsensibel gestaltet.

¹⁵⁶Auf der GTZ Homepage werden 117 Publikationen zum themenübergreifenden Schwerpunkt Krisenprävention angezeigt <http://www2.gtz.de/publikationen/isissearch/publikationen/Search.aspx?Topic=Krisenpr%E4vention&language=de> (2.3.2007).

zuzuordnende – Grundlagenstudien,¹⁵⁷ Trainingshandbücher und Handreichungen¹⁵⁸ sowie länderspezifische Studien¹⁵⁹ andererseits.

Die Verknüpfung von Konflikt und Gender wird sowohl innerhalb mancher der theoretisch-konzeptionellen Konflikt-Publikationen¹⁶⁰, als auch in einigen GTZ-Veröffentlichungen untersucht, die sich aus einer Genderperspektive mit Konfliktmanagement, Krisenprävention¹⁶¹, Not- und Flüchtlingshilfe¹⁶², Gewalt gegen Frauen¹⁶³ sowie Frauenhandel¹⁶⁴ im Kontext bewaffneter Konflikte auseinandersetzen. In ihrer Veröffentlichung „Gender und Konflikte – Ein Orientierungspapier“ geht Holzmann (2006) auf Genderdimensionen im Kontext von Konflikten ein und leitet daraus Implikationen für die EZ-Aktivitäten in Konfliktgebieten ab, um positive Auswirkungen auf Geschlechterverhältnisse zu erreichen. Für die wasserrelevanten Bereiche Landwirtschaft und Wassermanagement führt sie an, dass Initiativen unterstützt werden sollten, die sich gegen die Diskriminierung von Frauen beim Erwerb und Besitz von Land richteten und dass bei der Planung und Implementierung von Wassermanagementstrategien die Ansichten von Männern und Frauen zu berücksichtigen seien (2006:7f). Hier werden als gender- und konflikt-relevante Dimensionen auf die schon zuvor genannten und bei der Genderanalyse aufgegriffenen Dimensionen Zugang zu Ressourcen sowie Partizipationsmöglichkeiten abgestellt.

Zusammenfassend lässt sich in Übereinstimmung mit den Befunden der beiden Evaluationsstudien zur Umsetzung der GTZ-Genderprogramme festhalten, dass die GTZ-

¹⁵⁷Theoretische Hintergründe werden in verschiedenen Publikationen behandelt (vgl. Klein 2004, Gugel 2006), die neben der grundlegenden Klärung von Begriffen und Konzepten einen Überblick zum Stand der Forschung im Bereich Gewalt und Gewaltprävention unter Berücksichtigung relevanter Ergebnisse der Genderforschung (Kapitel 1.6) enthält. Ebenfalls zu den theoretisch-konzeptionellen Veröffentlichungen sind Ropers (2002) und Mehler und Ribaux (2000) zu zählen, bei der die seit Beginn der 1990er Jahre stattfindende internationale und nationale Diskussion zur Rolle und Wirkung von Entwicklungszusammenarbeit im Kontext von gewaltsam ausgetragenen Konflikten unter Beachtung von Genderaspekten in Krisenprävention und Konfliktbearbeitung (Kapitel 4.13) aufgearbeitet werden (Mehler und Ribaux 2000).

¹⁵⁸Diese beschäftigen sich mit der konkreten Operationalisierung des Konfliktthemas in der GTZ Arbeit. Hier sind die Publikationen von Leonhardt (2001b und 2001a) zu nennen, in denen Grundelemente der Konfliktanalyse und deren Integration in den gesamten Projektzyklus vorgestellt sowie Anregungen zur Projektantragstellung sowie zur Durchführung von Projektfortschrittskontrollen (PFKs) von EZ-Projekten in Konfliktsituationen gegeben werden. Auch diverse Handreichungen für Arbeitsbereiche wie Baumaßnahmen nach Katastrophen und Konflikten (Kreutner et al. 2003) oder Dezentralisierung und Konflikte (Schrottshammer und Kievelitz 2006) werden angeboten.

¹⁵⁹In dieser Sparte sind Konfliktanalysen für verschiedene Länder (Kruk und Vorwerk 2003) bzw. Länderstudien mit Blick auf Konfliktbearbeitung (vgl. Kievelitz 2002, Engel 2001 und Spelten 2001) sowie länderübergreifende Studien (Leonhardt und Hahn 2004 sowie Paffenholz und Brede 2004) durchgeführt worden. Erwähnenswert ist darüber hinaus die Dokumentation des GTZ-Symposiums am 26.11.1999 „Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Arbeit der GTZ“ (Benkler 2000).

¹⁶⁰Vgl. Gugel 2006, Mehler und Ribaux 2000, Ropers 2002.

¹⁶¹Vgl. Reimann 2001.

¹⁶²Vgl. Kasmann 1996.

¹⁶³Vgl. Duvvury und Knoess 2005.

¹⁶⁴Vgl. Wölte 2004.

Genderprogrammatik seit Veröffentlichung des Genderplans 1996/97 eine geeignete Grundlage für ein umfassendes Gender Mainstreaming darstellt. Dabei lässt sich eine inhaltliche, strategische und operative Weiterentwicklung der jeweiligen Programmatiken vom Genderplan 1996/97 zu den Unternehmensstrategien von 2001-2005 und 2006-2010 feststellen, wobei jeweils Anregungen aus den internen Evaluationen sowie einer BMZ-Serienevaluierungen berücksichtigt wurden. In den jüngeren Programmen rückte zudem die Wirkungsebene sowie das Herausarbeiten einer dual track-Strategie, derzufolge sowohl ein Mainstreaming als auch eine explizite Genderfachlichkeit und Gendervorhaben zu verfolgen seien, stärker in den Vordergrund. Hinsichtlich der Operationalisierung zeigt sich in der jüngsten der betrachteten Genderunternehmensstrategie (GTZ 2006a) bislang das höchste Niveau mit klar definierten Indikatoren, Meilensteinen und Verantwortlichkeiten. Die ersten beiden Genderstrategien der GTZ zeichneten sich hingegen durch eine unzureichende Operationalisierung aus. Insbesondere gab es keine klaren Vorgaben für die Umsetzung des Gender Mainstreaming in der konkreten Projektarbeit. Dies spiegelte sich auch in den beiden Evaluationen der GTZ-Genderprogrammatiken (1996/97 und 2001-2005) wieder, denen zufolge zwar die Umsetzung v.a. im Bereich der Angebotserstellung und des weiblichen Personals in leitenden Positionen positiv zu bewerten sei, die systematische Umsetzung von Gender Mainstreaming in die Projektarbeit in der GTZ-Außenstruktur inklusive Monitoring und Berichterstattung sich jedoch als schwierig erwiesen habe.

Dass Operationalisierungs- bzw. Umsetzungsschritte der GTZ-Genderprogrammatik erfolgt sind, wird an den seit Jahren etablierten verschiedenen institutionellen Arrangements, den von der GTZ in Auftrag gegebenen und bei neuen Programmen berücksichtigten Evaluierungen sowie einer Vielzahl von Veröffentlichungen deutlich, die neben theoretisch-konzeptionellen Papieren auch konkrete Anleitungen, wie Gender in den verschiedenen Arbeitsfeldern integriert werden könnte, beinhalten und Projekterfahrungen aus verschiedenen Ländern und Sektoren – wie dem Wassersektor – aufarbeiten.

Vor diesem Hintergrund wird die schon erwähnte Schwachstelle der Genderunternehmensstrategien hinsichtlich der nicht ausreichenden Operationalisierung deutlich: zwar sind grundlegende Werkzeuge von Gender Mainstreaming wie genderdifferenzierte Zielgruppenanalyse, gendersensible Partizipationsstrategien oder die Durchführungen von Genderanalysen bei Projektvorbereitung und -planung aber auch die Berücksichtigung von Gender im Rahmen von Monitoring und interner Evaluierung in Anleitungen bzw. Handreichungen, ebenso wie die inhaltliche Konkretisierung von Genderbezügen in verschiedenen Sektoren und Regionen in im Gender-Wissensnetz (Intranet der GTZ)

veröffentlichen Dokumenten zu finden. Dies stellt auch einen wichtigen ersten Operationalisierungs- und Umsetzungsschritt dar. Jedoch werden weder Instrumente noch dort erarbeitete inhaltliche Anregungen zur Integration von Gender in die Projektarbeit vor Ort in den Genderstrategien aufgegriffen. Mit Verweis auf die zahlreich vorhandenen einschlägigen Genderpublikationen oder gar die Vorgabe, diese zu nutzen, in der jeweiligen Genderunternehmensstrategie wäre der Erreichung der selbstgesetzten Ziele, „den Gender-Ansatz als Querschnittsthema in der fachlichen Arbeit zu integrieren“ (Genderplan 1996/1997), bzw. dem Ziel der verstärkten Genderdifferenzierung der TZ-Beratungsleistungen (Genderunternehmensstrategie 2001) zuträglich gewesen. So läuft das Gender-Wissensnetz Gefahr, zwar ein umfangreiches Instrumentarium und konkrete Handreichungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Projektarbeit zu bieten, jedoch nicht von den betreffenden Personen genutzt oder gar zur Kenntnis genommen zu werden. Dies erklärt, warum es – wie in den Evaluationen bemängelt – in starkem Maße vom persönlichen Interesse und Engagement der AuslandsmitarbeiterInnen abhängt, sich zu informieren und dieses Wissen in die eigene Arbeit einfließen zu lassen.

Der Selbsteinschätzung der GTZ ist insofern zuzustimmen, als dass sie eine Vorreiterrolle bei der Etablierung von Gender als Qualitätsmerkmal in der EZ gespielt hat und spielt, jedoch ist sie – so beide Genderprogramm-Evaluationen – noch davon entfernt, Gender in sämtlichen Arbeitsbereichen und -schritten, insbesondere in der GTZ-Außenstruktur, integriert zu haben.

Ebenso wie im Bereich Gender weist die GTZ auch bezüglich der Konfliktthematik eine große Expertise auf, die sich an zahlreichen theoretisch-konzeptionellen Papieren und themen- sowie länderspezifischen Handreichungen, sowie Mechanismen zur institutionellen Verankerung der Querschnittsthemen Konflikt und Krisenprävention erkennen lässt. Auch die Zusammenhänge von Gender und Konflikt, in wenigen Fällen auch hinsichtlich Wasserprojekten, werden im Literaturkorpus aufgegriffen.

4.1.2 Jerusalem Water Undertaking (JWU)

Der palästinensische Wasserversorger Jerusalem Water Undertaking (JWU) ist seit 1992 als lokaler Projektpartner und Projektträger im GTZ-Projekt „Wasserversorgung im Ramallah Distrikt“ und ist damit neben der GTZ ebenfalls projektdurchführende Institution. JWU wurde 1966 auf Basis des Gesetzes Nr. 9 noch unter jordanischer Regierung als öffentliches Unternehmen gegründet (JWU 1991). Gemäß *JWU-Mission Statement*¹⁶⁵ sollen

¹⁶⁵“Provide the community in the service area now and in the future with reliable water services at an affordable price in order to improve the quality of life; contribute to the fulfillment of national water strategies; and manage in a professional manner that sustains JWU while maintaining its independence and accountability” <http://www.jwu.org/mission/mission.html> (26.3.2007).

die Gemeinden im JWU-Versorgungsbereich zuverlässig und zu erschwinglichen Preisen mit Wasser versorgt werden. Im Sommer 2006 befanden sich 190 Personen im Unternehmen in einem Angestelltenverhältnis.¹⁶⁶ JWU arbeitet im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Deutschland (KfW und GTZ), Frankreich, Finnland, Ägypten und den Niederlanden zusammen. Der ursprüngliche JWU-Unternehmensauftrag war es, die Trinkwasserversorgung im Jerusalem Distrikt sicherzustellen (JWU 1995:62,72). Mittlerweile ist JWU für die Wasserversorgung eines Großteils (58 Prozent) der Gemeinden des Ramallah Distrikts und dem nördlichen Teil des Jerusalem Distrikts zuständig. Als Unternehmensziele werden der nachhaltige Umgang mit Wasserressourcen, um die zukünftige Wasserversorgung sicherzustellen, eine ausgeglichene Balance zwischen Nachfrage und Angebot, die Einhaltung der nationalen Wasserqualitätsstandards, der Schutz und die Instandhaltung der Wasserproduktions- und -verteilungssysteme, die Bereitstellung eines schnellen und guten Services für die KundInnen sowie die Berücksichtigung öffentlicher Interessen unter Partizipation der KundInnen genannt.¹⁶⁷

Der Wasserversorger JWU verfügt über keinerlei **Genderprogrammatik**, ebenso finden sich keine expliziten Genderziele oder -bezüge in den Unternehmensstatuten, Veröffentlichungen oder der Internetpräsentation des Unternehmens. Laut Auskunft des Abteilungsleiter des *operation department*, finde Frauenförderung statt, indem die JWU-Stellen mit dem Zusatz *“equal opportunity for men and women”* ausgeschrieben würden.¹⁶⁸

Die **Konfliktthematik** hingegen taucht in den verschiedenen JWU-Unternehmensberichten auf (JWU 1991; JWU 1995; JWU 2001). So wird ein direkter Zusammenhang zwischen dem politischen Kontext und der Entwicklung der zentralen Wasserversorgung hergestellt. Die bis in die 1960er Jahre dezentral organisierte Wasserversorgung im Raum Jerusalem/Ramallah¹⁶⁹ sei durch sprunghaften Anstieg der Bevölkerung durch Flüchtlingsströme im Zuge der Kriege von 1948 (und später 1967 und 1973) nicht mehr ausreichend gewesen und deshalb von einer zentrale Wasserversorgung abgelöst worden (JWU 1991). Deskriptiv finden sich mehrfach Hinweise darauf, dass JWU auch in Kriegs- und offenen Konfliktzeiten ihre Funktion als Wasserversorger erfüllt hat; so auch, als 1982 Israel die palästinensischen Institutionen der kommunalen Selbstverwaltung auflöste und JWU fünf Jahre lang ohne Vorstand arbeitete (JWU 1995). Der Leiter der JWU-Abteilung für Wartung drückt dies wie folgt aus: *„Established in 1966, before the war in 1967, JWU faced a lot of very hard situations, the*

¹⁶⁶B.S. (JWU) Interviews vom 25.4.2006 und 8.5.2006.

¹⁶⁷<http://www.jwu.org/mission/objectives.html> (26.3.2007).

¹⁶⁸B.S. (JWU) Interview vom 25.4.2006 und 8.5.2006.

¹⁶⁹Hauptsächlich basierte diese auf der Sammlung und Speicherung von Regenwasser in Regenwasserzisternen sowie auf einigen natürlichen Wasserquellen.

Israeli occupation in 1967, the war of 1973 also was a bad situation for the territories, also in the first Intifada and in the second Intifada and the Israeli incursion to Ramallah after the Oslo agreement. So we have a good experience how to deal with conflict situations”.¹⁷⁰

Ebenso wird die Problematik der niedrigen Rate an Wasserrechnungszahlungen mit dem Konflikt in Zusammenhang gesetzt; insbesondere in Zeiten offenen Konflikts sinke die Heberate der Wasserrechnungen. Aber auch die ökonomische Krise in den palästinensischen Gebieten, insbesondere infolge der systematischen Abriegelungspolitik Israels werden als entscheidend für die niedrige Zahlungsfähigkeit und die Zahlungsbereitschaft der WasserkonsumentInnen genannt (JWU 1995). JWU identifizierte zudem den limitierten Zugang zu Wasserressourcen – in Zusammenhang mit der israelischen Besetzung und den fehlenden Genehmigungen zur Grundwassererschließung für die PalästinenserInnen – als Hauptproblem des palästinensischen Wassersektors (JWU 2001).

JWU als Wasserversorger verfügt damit weder über eine Genderprogrammatik, noch finden sich Genderbezüge in den zugänglichen JWU-Dokumenten. Der Einfluss des Konfliktes hingegen wird an verschiedenen Stellen thematisiert und verdeutlicht dessen Relevanz für die Arbeit des Wasserversorgers.

4.1.3 Zusammenfassung

Die GTZ hat das Thema Gender seit Anfang der 1990er Jahre behandelt und verfügte im Jahr 2006 über eine ausgewiesene, international anerkannte Genderexpertise. Die GTZ-Genderprogrammatik stellt seit Verabschiedung des GTZ-Genderplans 1996 grundsätzlich eine geeignete Grundlage für ein umfassendes Gender Mainstreaming dar, indem die Integration einer Genderperspektive auf formaler, programmatischer, und organisatorischer Ebene festgeschrieben wird und zudem gleichstellungspolitische Ziele auch in der eigenen Personalpolitik verfolgt werden. In den Genderunternehmensstrategien 2001 und 2006 lässt sich eine inhaltliche, strategische und operative Weiterentwicklung feststellen, wobei Anregungen aus zuvor durchgeführten internen Evaluationen ausdrücklich aufgenommen wurden. Dazu gehört auch, dass im Sinne eines Gender Mainstreaming verstärkt auf die Wirkung jeglicher Maßnahmen aus genderdifferenzierter Perspektive abgestellt wurden. Neu ist außerdem die Betonung des GTZ-Genderprofil auf dem Drittmittelmarkt. Die jüngste Genderstrategie (GTZ 2006a) weist insgesamt den höchsten Grad an Operationalisierung auf mit klar definierten Indikatoren, Meilensteinen und Verantwortlichkeiten. Hervorzuheben ist, dass nunmehr auch der Bereich Monitoring und Evaluation aus Genderperspektive durchgeführt werden muss.

¹⁷⁰B.S. (JWU) Interview vom 25.4.2006 und 8.5.2006.

Insbesondere die ersten beiden Genderstrategien sind jedoch gerade hinsichtlich ihrer Umsetzung auf Projektebene in der Außenstruktur nicht ausreichend operationalisiert; es fehlt an klaren Vorgaben und Indikatoren. Dies spiegelt sich auch in den beiden Evaluationen der GTZ-Genderprogrammatiken wieder, denenzufolge zwar die Umsetzung v.a. im Bereich der Angebotserstellung und des weiblichen Personals in leitenden Positionen positiv zu bewerten sei, die Umsetzung in der Projektarbeit in der GTZ-Außenstruktur inklusive Monitoring und Berichterstattung sich jedoch als schwierig erwiesen habe.

Die Operationalisierung und Umsetzung der GTZ-Genderprogrammatik zeigt sich zudem an den verschiedenen institutionellen Arrangements zur Etablierung von Gender in der GTZ sowie einer Vielzahl von Veröffentlichungen, die neben theoretisch-konzeptionellen Papieren auch konkrete Anleitungen, wie Gender in den verschiedenen Arbeitsfeldern integriert werden könnte, beinhalten und Projekterfahrungen aus verschiedenen Ländern und Sektoren – wie dem Wassersektor – aufarbeiten. Letztere erläutern geeignete inhaltliche und organisatorische Anknüpfungspunkte für eine gendersensible und -differenzierte Projektgestaltung im Bereich der Wasserversorgung, die sich neben der Projektplanung auch auf die Dimensionen der Partizipationsstrategien, Arbeitsteilung, Zugang zu Ressourcen und der technischen Gestaltung beziehen. Vor dem Hintergrund der zahlreichen und guten Genderveröffentlichungen ist der Umstand, dass es weder Verweise darauf noch Vorgaben hinsichtlich der Anwendung einiger der dort beschriebenen Instrumente gibt, besonders zu bedauern und bestärken den Eindruck der erwähnten mangelnden Operationalisierung.

Für den Projektträger JWU lässt sich zusammenfassend festhalten, dass dieser als technokratischer Wasserversorger weder über eine Genderprogrammatik verfügt, noch finden sich Genderbezüge in den zugänglichen JWU-Dokumenten. Vor dem Hintergrund, dass es sich die GTZ zum Auftrag macht „*ihre Partnerorganisationen dabei zu unterstützen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt an Entwicklungsprozessen mitwirken und im gleichen Maße davon profitieren.*“ (GTZ 2001b:2), ist zunächst festzuhalten, dass sich zumindestens nicht in den öffentlich zugänglichen Dokumenten bzw. deren Internetpräsentation niederschlägt. Der Einfluss des Konfliktes hingegen wird an verschiedenen Stellen thematisiert und verdeutlicht dessen Relevanz für die Arbeit des Wasserversorgers.

4.2 Analyse der Umsetzung der Genderprogrammatik im GTZ-Wasserprojekt

Ziel dieses Kapitels ist es, zu überprüfen, inwieweit die in Kapitel 4.1.1 vorgestellten GTZ-Genderstrategien im konkreten GTZ-Wasserprojekt im Ramallah Distrikt umgesetzt wurden.

Dazu wird für jede Projektphase anhand der Projektplanungsunterlagen und der Umsetzungsdokumentation überprüft, inwiefern die in den jeweils geltenden Genderprogrammen formulierten Ziele sowie die zum jeweiligen Zeitpunkt von der GTZ publizierten Genderexpertise Eingang gefunden haben. Basierend auf der Annahme, dass sich eine aktive und bewusste Umsetzung von Gender Mainstreaming auch in den entsprechenden Projektplanungsdokumenten sowie der Dokumentation der Projektaktivitäten widerspiegelt, wurden diese auf explizite Genderbezüge untersucht. Soweit dies der konkreten Umsetzungsüberprüfung dient, wird auch auf die Interviews mit GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen zurückgegriffen. Vor dem Hintergrund des Forschungsziels, Genderbezüge von EZ-Wasserprojekten in Konfliktgesellschaften herauszuarbeiten und Einblicke in die Zusammenhänge zwischen Wasserversorgung, Gender und Konflikt in der technischen Zusammenarbeit zu gewinnen, werden zudem die Projektunterlagen der Planungs- und der Umsetzungsebene sowie Interviews mit GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen auf vorhandenen expliziten Konfliktbezüge hin analysiert. Abschließend wird ein Fazit hinsichtlich der Umsetzung der GTZ-Programmatik im konkreten GTZ-Wasserprojekt gezogen (Kapitel 4.3).

4.2.1 Vorstellung des untersuchten GTZ-Projektes

Das in der vorliegenden Arbeit untersuchte GTZ-Projekt „Verbesserung der Wasserversorgung im Ramallah Distrikt“ lief von Dezember 1993 bis März 2006 mit einer Gesamtdauer von 12 Jahren. Diese lassen sich in drei Projektphasen zu je vier Jahren unterteilen. Die drei Projektphasen stellen den Analyserahmen für das untersuchte Wasserversorgungsprojekt dar. Im Anschluss an die dritte Projektphase wurden alle bestehenden GTZ-Wasser- und Abwasserprojekte in den palästinensischen Gebieten – einschließlich des Projektes „Wasserversorgung- und Abwasserentsorgung im Ramallah Distrikt“ – in einem sogenannten Wasserprogramm zusammengefasst und weitergeführt. Dieses wird jedoch für die vorliegende Untersuchung nicht berücksichtigt, da das Wasserprogramm deutlich über das untersuchte Einzelprojekt der Wasserversorgung hinausgeht und somit die Vergleichbarkeit nicht gegeben ist. Zudem lagen zur Zeit der Datenerhebung (bis zum Frühsommer 2006) keine Unterlagen für die Analyse vor.

Im Folgenden wird auf die inhaltlichen Schwerpunkte des Ramallah Wasserprojektes innerhalb der drei Projektphasen unter Berücksichtigung der jeweiligen Zielerreichung eingegangen.

In der ersten und zweiten Projektphase wurden als übergeordnete Ziele die effiziente und effektive Befriedigung der Trinkwassernachfrage und die Verringerung der Abhängigkeit

vom Wasserzukauf von Israel genannt. In der ersten Projektphase waren dabei von sechs Hauptzielen drei technischer Natur, die sich auf Brunnenbau und -rehabilitierung, Wassernetzweiterung und Wasserverlustreduzierung im Wassernetz bezogen, während drei der Ziele dem Bereich Organisationsentwicklung und Public Awareness (PA)-Kampagnen zur Steigerung des Bewusstseins für Wassersparmaßnahmen in der Bevölkerung zuzuordnen waren.¹⁷¹ In der ersten Projektphase¹⁷² wurden dabei in zwei GTZ-internen Projektberichten die Erfolge der Projektzielerreichung insgesamt mit B (verzögerte Umsetzung) bewertet,¹⁷³ wobei die technischen Ziele etwas besser abschnitten als die nicht-technischen Ziele. Dabei wurde kaum auf die im Projektangebot 1993 definierten Indikatoren zur Beurteilung der Zielerreichung eingegangen. Statt dessen wurde auf die stark veränderte politische Landschaft seit Einrichtung der palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) im Zuge der Oslo-Abkommen seit 1994 hingewiesen.¹⁷⁴ Im Bericht der Projektfortschrittskontrolle (PFK-Report 1997) wurde konstatiert, dass der Planungsprozess der ersten Projektphase zwar zufriedenstellend war, der Umsetzungsprozess hingegen nicht. Die größte Schwäche der ersten Projektphase wurde in der Schwerpunktsetzung auf die „Projekt-Hardware“ und damit auf die technischen Ziele verortet. So seien konkrete Erfolge nur im Bereich des Brunnen-Bohrens und -Rehabilitierens gemacht worden, während die anderen Ziele kaum umschrieben und Aussagen zu Gründen der Verzögerung umgangen wurden. Hinsichtlich der Public Awareness-Aktivitäten sei die Initiative anderen Gebern überlassen worden.¹⁷⁵ Dies stehe im Widerspruch dazu, dass PA und institutionelle und personelle Beratung gemäß Projektplanung als originärer Beitrag der GTZ angesehen wurde (vgl. PFK-Report 1997). In der Konsequenz wurde für die zweite Projektphase empfohlen, ein verbessertes Projektmanagement inklusive Berichterstattung und Monitoring, PA-Aktivitäten sowie Organisationsentwicklung und eine Vollkostendeckung anzustreben. Die PA-Aktivitäten sollten dabei einerseits dazu dienen, die Bevölkerung zum Wassersparen anzuregen und

¹⁷¹Vgl. Workshop Dokumentation 1993; Projektangebot 1993.

¹⁷²Zu den zur ersten Projektphase verfügbaren Unterlagen vgl. Anhang 1.

¹⁷³Vgl. Interner Projektbericht Nr. 1 1996; Interner Projektbericht Nr. 2 1999. Die Bewertungsskala reichte von A bis D. Dabei entspricht A der plangemäßen Durchführung, B einer Verzögerung um eine bestimmte anzugebende Zeit, C als gefährdet und D nicht möglich.

¹⁷⁴Ähnliche Schlüsse wie aus den internen Projektberichten (vgl. Interner Projektbericht Nr. 1 1996; Interner Projektbericht Nr. 2 1999) lassen sich aus den fünf Sachstandsberichten der ersten Projektphase (Sachstandsbericht Nr. 1 1994, Nr. 2 1994, Nr. 3 1995, Nr. 4 1995, Nr. 5 1996) ziehen.

¹⁷⁵Dies spiegelte sich auch im GTZ-internen Kommentar zum zweiten internen Projektbericht (Interner Projektbericht Nr. 2 1999) und in den fünf Sachstandsberichten (Sachstandsbericht Nr. 1 1994, Nr. 2 1994, Nr. 3 1995, Nr. 4 1995, Nr. 5 1996) wider, in denen das Ziel der Erhöhung der Wassereigenproduktion durch JWU als Hauptbeitrag des Projektes präsentiert wurde, während insbesondere das Ziel „Public Awareness“ einen auffallend niedrigen Stellenwert innehatte und in den letzten zwei Sachstandsberichten nicht einmal mehr Erwähnung fand.

andererseits die zu erwartenden Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung aufgrund von Wasserpreiserhöhung abzufedern.

Seit dem Projektantrag für die zweite Projektphase (Projektangebot 1997) ging der Schwerpunkt auf die technischen Projektkomponenten daraufhin zurück und das Ziel der Vollkostendeckung im JWU-Betrieb rückte in den Vordergrund. In diesem Kontext ist auch die Erweiterung der PA-Aktivitäten um die Akzeptanzschaffung für die Erhöhung der Wassertarife zu verstehen. Es zeichnete sich darüber hinaus eine Verschiebung in der Wahrnehmung des Hauptproblems ab, das nun nicht mehr in unzureichenden Wasserressourcen sondern in mangelhafter JWU-Betriebsführung in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung identifiziert wurde.

Anhand der Umsetzungsdokumente¹⁷⁶ der zweiten Projektphase zeigt sich, dass seit Ende der zweiten Phase die "Projekt-Software" mit den Trainings- und PA-Aktivitäten in Gang gekommen war, nachdem eine Kundenbetreuungs- und PR-Abteilung beim Wasserversorger JWU eingerichtet wurde. In der zweiten Projektphase wurden in sämtlichen Projektfortschrittsberichten¹⁷⁷ alle Ziele und die Gesamtbewertung der Zielerreichung wieder mit B (verzögerte Umsetzung) bewertet. Eine Projektfortschrittskontrolle, die zum Ende von Projekten bzw. Projektphasen durchzuführen ist, entfiel aufgrund der angespannten Sicherheitslage und aufgrund von Abstimmungsproblemen.

Der Ausbruch der zweiten Intifada spiegelt sich auch in den Umsetzungsdokumenten der dritten Projektphase wider.¹⁷⁸ Beide Projektfortschrittsberichte (PFB Nr. 1 2003, PFB Nr. 2 2005) werden mit dem Hinweis begonnen, dass die Zielerreichung während des gesamten Berichtszeitraumes aufgrund von anhaltender Gewalteskalationen in der Region stark beeinträchtigt wurde. Die Gesamtbewertung für die dritte Projektphase (PFB Nr. 2 2005) wurde mit B (verzögerte Umsetzung) angegeben, was mit Mobilitätsbeschränkungen, Verschlechterungen der ökonomischen Situation, Zerstörungen des Trinkwassernetzes sowie der Behinderung von Projektarbeiten erklärt wurde. Nichtsdestotrotz gab es auch mit A (plangemäße Durchführung) bewertete Unterziele, wie die Einführung des ferngesteuerten Pumpstation-Überwachungssystems sowie die Schaffung von Trainingskapazitäten für den palästinensischen Wassersektor, Fortbildungen für JWU-Personal und sämtliche PA-Aktivitäten, insbesondere die Zusammenarbeit mit Schulen. Es zeigt sich somit, dass die „Software“ des Projektes in der dritten Phase Projektschwerpunkt geworden ist. Monitoring und projektbegleitende Evaluation waren sowohl in der zweiten, als auch in der dritten

¹⁷⁶Zu den zur zweiten Projektphase verfügbaren Unterlagen vgl. Anhang 1.

¹⁷⁷Vgl. PFB 1996, PFB 1997, PFB 1998, PFB 1999, PFB 2000, PFB 2001.

¹⁷⁸Zu den verfügbaren Unterlagen zur dritten Projektphase vgl. Anhang 1.

Projektphase nicht fristgerecht, was in der dritten Projektphase mit situationsbedingten Personalvakanzen begründet wurde. Auch der Umstand der kaum wirkungsorientierten Projektevaluation wurde mit den konfliktbedingt stark veränderten Rahmenbedingungen erklärt. Als Konsequenz aus dem Konflikt wurde festgelegt, dass die GTZ sich in absehbarer Zeit mit dem lokalen Wasserversorger und Projektträger JWU auf Effizienzverbesserung, Service und Vollkostendeckung in der Wasserversorgung konzentrieren werde und dass angesichts der hohen Unsicherheiten nicht zu hohe Projektziele gesteckt werden sollten.

4.2.2 Erste Projektphase (12/1993 bis 12/1997)

Für die erste Projektphase des untersuchten Wasserversorgungsprojekts galten die 1991 erstmalig verabschiedete und 1995 aktualisierte Betriebsvereinbarung „Chancengleichheit und Frauenförderung in der GTZ“ (GTZ 1991) sowie die „GTZ-Umsetzungsstrategie Frauenförderung 1993-94“ (GTZ 1993).

Da diese Dokumente jedoch nicht verfügbar waren, kann nicht im Detail auf Aktivitäten und Indikatoren zur Überprüfung der Zielerreichung, sondern lediglich auf die von Telkëve (Telkëve 2001:20f.) aufgeführten Ziele und Maßnahmen eingegangen werden. In der Vereinbarung über die „Chancengleichheit und Frauenförderung in der GTZ“ (GTZ 1991) wird hinsichtlich der GTZ-internen Beschäftigungsverhältnisse als Maßnahmen die Änderung der Unternehmenskultur zugunsten von Frauen angeregt. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören gemischte Teams und Sensibilisierung durch Schulungen, personalpolitische Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils auf allen Funktionsebenen und das Auffangen der Doppelbelastung vieler Frauen durch Familie und Haushalt durch Kindertagesstätten und flexible Arbeitszeiten. In der „GTZ-Umsetzungsstrategie Frauenförderung 1993-94“ (GTZ 1993/94) wird wiederum der Blick vorwiegend auf die Projektarbeit gerichtet mit dem Ziel, Frauenförderung in TZ-Vorhaben, Konzepten, Umsetzungsstrategien und die Anwendung der GTZ-Instrumente zunehmend zu realisieren (Tekülve 2001:20f.). Diese vergleichsweise allgemeinen Maßnahmen und Ziele werden als Maßstab für die erste Projektphase angelegt.

Als vorhandene, im Projekt anwendbare Expertise ist zudem auf die beiden in Kapitel 4.1.1 vorgestellten, in der ersten Projektphase veröffentlichten Handreichungen für den Bereich Frauen bzw. Gender und Wasser hinzuweisen. Hier werden Ansatzpunkte für die Implementierung eines Gender-Ansatzes in die GTZ-Arbeit im Wassersektor, wie genderspezifische Zielgruppendifferenzierung und Beteiligung der Bevölkerung im gesamten

Projektzyklus sowie die Durchführung von projektvorbereitenden und -begleitenden Genderanalysen aufgezeigt.¹⁷⁹

GTZ-interne Beschäftigungsverhältnisse Es fanden sich weder in den Planungsunterlagen des untersuchten Projektes, noch in der Umsetzungsdokumentation Hinweise darauf, dass entsprechend der Vorgabe¹⁸⁰ personalpolitische Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils und zur Etablierung gemischter Teams innerhalb der GTZ eingeleitet wurden oder inwiefern dieses Ziel erreicht wurde.

So wurden auf Projektplanungsebene für die erste Projektphase zwar die personelle Besetzung der GTZ sowie des Projektträgers JWU spezifiziert,¹⁸¹ es wurden aber keine Aussagen bezüglich der gewünschten Geschlechterzusammensetzung für die geplanten Stellenbesetzungen getroffen.¹⁸² Der Dokumentation der Umsetzungsebene lässt sich jedoch entnehmen, dass in der ersten Projektphase die von der GTZ angestellte Langzeitfachkraft sowie der Projektleiter Männer waren. Darüber hinaus wurden für die zum Abschluss der ersten Projektphase durchgeführte Projektfortschrittskontrolle zwei männliche internationale Kurzzeitfachkräfte eingestellt. Insofern lässt sich festhalten, dass nicht nur keine Maßnahmen angedacht oder ergriffen wurden, um den Frauenanteil unter den GTZ-Angestellten zu erhöhen bzw. gemischte Teams zu etablieren. Im Ergebnis wurden auch keine gemischten Teams bzw. keine Frauen im Wasserprojekt fest angestellt. Über die Geschlechterzusammensetzung bei den in der ersten Projektphase angestellten Kurzzeitfachkräften waren keine Informationen vorhanden.

Frauenförderung in TZ-Vorhaben In der ersten Projektphase fand sich das Ziel der Frauenförderung im Rahmen des Wasserprojektes weder auf Planungs- noch auf Umsetzungsebene wieder. Im Projektangebot wurde vielmehr bei der vorgeschriebenen Einordnung des Projektes in F-Kategorien (vgl. Kapitel 4.1.1, Box 3) konstatiert, dass es sich um ein Projekt mit technischem Schwerpunkt handelt, das nicht zielgruppenspezifisch und demnach in die Kategorie „FU – frauenunspezifisch: geschlechtsspezifische Wirkungen sind unmittelbar nicht fassbar“ einzuordnen sei. Allerdings würden von dem verbesserten Wasserangebot auch Frauen als Teil der Gesamtzielgruppe der palästinensischen Bevölkerung profitieren. Dies sei aber zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht quantifizierbar, so dass die

¹⁷⁹Dies waren zum einen die Handreichung : „Gender/Frauenförderung in Wasser- und Sanitärprojekten – Leitfragen zur Zielorientierten Projektplanung, Projektvorbereitung, Projektprüfung, Projektfortschrittskontrolle“ (GTZ 1994) sowie die Hinweise zur Genderorientierung im Bereich der Bewässerungslandwirtschaft (Boschmann 1996).

¹⁸⁰Vgl. Chancengleichheit und Frauenförderung in der GTZ (GTZ 1991).

¹⁸¹Dies umfasste das Entsenden einer Langzeitkraft mit dem Profil WasseringenieurIn sowie lokale und internationale Kurzzeitfachkräfte für die technische Beratung.

¹⁸²Vgl. Implementation Agreement GTZ/ JWU 1994.

abschließende Einordnung in die Kategorie „FR – Risiko für Frauen: ungenügende Informationen über Situation von Frauen oder mögliche negative Auswirkungen auf die Situation von Frauen“ vorgenommen wurde (Projektangebot 1993:13).

Anwendung der GTZ-Instrumente Dagegen fanden sich hinsichtlich der Anwendung von Gender-Instrumenten wie der genderspezifischen Zielgruppendifferenzierung und -beteiligung sowie der Durchführung von Genderanalysen Hinweise auf deren Berücksichtigung.

Auf Planungsebene der ersten Projektphase wurden in der Dokumentation des Projektplanungsworkshops in der Problemanalyse, derzufolge Wasserknappheit das Hauptproblem des Ramallah Distriktes darstelle, Frauen als besonders stark von Wasserknappheit betroffene Gruppe identifiziert. In der Zielanalyse wurde die Reduktion der Arbeitsbelastung für Frauen genannt und in der Partizipationsanalyse wurden Frauen-NGO als relevante Akteursgruppe für die Wasserversorgung im Ramallah Distrikt identifiziert (Workshop Dokumentation 1993).

Im anschließend im Dezember 1993 beim BMZ eingereichten Projektangebot war wiederum zur Umsetzung des Ziels¹⁸³ „Vertiefung des Bewusstseins der Bevölkerung für den sparsamen Umgang mit Wasser“ eine geschlechtsspezifische Analyse des VerbraucherInnenverhaltens vorgesehen, um die verbesserte Einbeziehung der Zielgruppe bei Bewusstseinskampagnen und Aufklärungsarbeit zu erreichen. Frauen wurden dabei als Hauptzielgruppe für besagtes Ziel identifiziert, da bei ihnen die „Hauptverantwortung für den sparsamen Umgang mit Trink-, Koch- und Waschwasser“ liege (Projektangebot 1993:8f.).

Hier zeigt sich, dass Elemente der genderspezifischen Zielgruppenanalyse, der genderspezifischen Beteiligung der Zielgruppen sowie der projektbegleitenden Durchführung von Genderanalysen Eingang in die Projektplanung gefunden haben.

Auf Umsetzungsebene der ersten Projektphase findet sich nur im Bericht einer GTZ-Praktikantin ein Hinweis auf die (potentielle) Umsetzung von Gender-Instrumenten, namentlich Elementen von Genderanalysen sowie genderspezifischer Zielgruppenbeteiligung. Hier wird angeführt, dass vom GTZ-Büroleiter als Fragestellung für die dreimonatige Praktikumsdauer vorgeschlagen wurde, eine Untersuchung zum geschlechtsspezifischen Wasserverbrauchsverhalten durchzuführen (Hospitantzbericht 1995:7). In der von der Praktikantin letztlich erarbeiteten Wasserspar-Kampagne für den GTZ-Projektpartner JWU benennt sie als geeignetes Medium, um die Bevölkerung zu erreichen, auch

¹⁸³In der GTZ-Systematik werden Angebote so gestaltet, dass das Projekt nach zu erreichenden „Ergebnissen“ strukturiert wird. Im Folgenden soll aber der besseren Lesbarkeit halber von „Zielen“ die Rede sein.

Fraueninstitutionen; auf diesem Wege könnten besonders gut Frauen erreicht werden, die als Verantwortliche für Hausarbeit am meisten Wasser in den Haushalten verbrauchten (Hospitantzbericht 1995:10). Hingegen fanden sich keine expliziten Genderbezüge in den gesamten Evaluationsunterlagen sowie den technischen Berichten.¹⁸⁴ Bei dem Vergleich der Projektziele und -ergebnisse, so wie sie im Projektangebot 1993 formuliert waren, mit dem angepassten „Plan of Operation“ von 1995 (vgl. Report „Comparison“ 1995) zeigt sich sogar, dass die einzigen geplanten Aktivitäten mit explizitem Genderbezug im Projektantrag 1993, die „Zielgruppenbeteiligung durch Awareness Kampagnen und Durchführung einer genderspezifischen Analyse des WassernutzerInnenverhaltens“, weggefallen waren.

Für die erste Projektphase lässt sich somit festhalten, dass sich hinsichtlich des Ziels der Erhöhung des Frauenanteils, der Etablierung von gemischten Teams innerhalb der GTZ sowie der Frauenförderung im Rahmen der TZ-Maßnahme keinerlei explizite Hinweise auf deren Berücksichtigung und Umsetzung finden lassen, hier also offenbar keine Umsetzung der selbstaufgestellten Genderziele erfolgte. Dagegen zeigt sich, dass auf Planungsebene Elemente von genderspezifischer Zielgruppenanalyse und -beteiligung sowie Genderanalysen angedacht und als Aktivitäten benannt wurden. Dies ist zunächst positiv zu bewerten. Allerdings zeigt sich, dass die in der Projektplanung vorgesehene Durchführung einer Genderanalyse des WassernutzerInnenverhaltens im Verlauf der ersten Projektphase gestrichen wurde. Auch war die gesamte Umsetzungsdokumentation genderneutral, was die These bestätigt, dass auch wenn Elemente der Genderziele Eingang in die Planungsebene finden, diese oftmals nicht in der tatsächlichen Projektumsetzung berücksichtigt werden.

4.2.3 Zweite Projektphase (01/1998 bis 12/2001)

Zum Ende der ersten Projektphasenlaufzeit wurde der GTZ-Genderplan 1996/1997 verabschiedet; weshalb dessen Berücksichtigung erst für die zweite Projektphase von Januar 1998 bis Dezember 2001 möglich und damit bindend war. Wie in Kapitel 4.2 dargestellt, war das übergeordnete Ziel des GTZ-Genderplans 1996/1997, Gender als Qualitätsmerkmal in TZ-Vorhaben zunehmend professionell umzusetzen. Als Indikatoren galten, dass in 30 Prozent aller GTZ-unterstützten Projekte der Gender-Ansatz qualifiziert und systematisch umgesetzt ist und dass in mindestens vier Ländern, in denen seit einiger Zeit Initiativen zur Verbesserung des Gender-Ansatzes stattfinden, in mindestens 50 Prozent der laufenden Vorhaben der Gender-Ansatz qualifiziert und systematisch umgesetzt ist.

¹⁸⁴Vgl. Interner Projektbericht Nr. 1 1996, Interner Projektbericht Nr. 2 1999, Sachstandsberichte Nr. 1 1994, Nr. 2 1994, Nr. 3 1995, Nr. 4 1995, Nr. 5 1996, Project Brief 1996 sowie technische Studien (Evaluation „Ein Sinia No 5“ 1995, Report „Comparison“ 1995, Report „acidese borehole“ 1996).

Von den vier Unterzielen des Genderplans 1996/1997 (GTZ 1996)¹⁸⁵ bietet nur das erste Anknüpfungspunkte zur Projektebene, während die anderen drei Unterziele Ebenen außerhalb der konkreten Projektarbeit, namentlich die Fachstruktur in der GTZ-Zentrale in Eschborn betreffen. Insofern lässt sich schon an dieser Stelle festhalten, dass die Umsetzung des Genderplans anhand der Projektdokumentation nur eingeschränkt beurteilt werden kann.

Weiterhin wurden während der zweiten Projektphase die Publikationen „Zielgruppenanalyse mit Genderperspektive“ (Brendel 1998) und „Gender und Projektmanagement – Ein Beitrag zum Qualitätsmanagement der GTZ“ (Osterhaus 2000) veröffentlicht, in denen zwei wesentliche Instrumente zur Integration von Gender in die EZ-Arbeit beschrieben werden.

Für das **erste Unterziel der zunehmende Einarbeitung und Umsetzung der Genderperspektive in nationale und regionale TZ-Strategien** werden im Genderplan konkrete auf Projektebene ansetzende vorgesehene Aktivitäten zur Erreichung des Ergebnisses genannt. In Neuvorhaben sei Gender zu verankern und in laufenden Vorhaben nachträglich zu integrieren. Zudem sei Fachberatung zu Gender für Projekte und Programme einzuholen, bei der Personalauswahl auf Gender zu achten und ein angemessener Anteil von Auslandsmitarbeiterinnen zu gewährleisten, lokales Know-how zu Gender aufzubauen und zu vermitteln und die Qualifizierung zu Gender von AuslandsmitarbeiterInnen in der Projektvorbereitung sicherzustellen.

Hinsichtlich der Aktivität, *in Neuvorhaben Gender zu verankern und in laufenden Vorhaben Gender nachträglich zu integrieren*, wurden als Indikatoren formuliert, dass sich die systematische Wahrnehmung der Steuerungsfunktion für das Qualitätsmerkmal Gender in Angeboten, Projektfortschrittskontrollen (PFK) und Projektfortschrittsberichten (PFB) widerspiegeln sollte. Bezüglich dieser Aktivität wurden die Projektplanungs- und Umsetzungsdokumente auf explizite Genderbezüge als Hinweis auf systematische und willentliche Verankerung eines Gender-Ansatzes analysiert.

Auf der Planungsebene für die zweite Projektphase finden sich im GTZ-Angebot (Projektangebot 1997) im Vergleich zum ersten Angebot (Projektangebot 1993) häufiger explizite Genderbezüge. Wie im ersten Projektantrag wird im Abschnitt zu den Zielgruppen des Projektes auf die *„weitreichende Verantwortung der Frauen in der palästinensischen Gesellschaft für die Versorgung der Familie [...], wozu explizit die Versorgung mit Wasser und die Entsorgung von Abwasser und Müll sowie die häusliche Hygieneerziehung gehören“*

¹⁸⁵Ziel 1: Einarbeitung und Umsetzung der Genderperspektive in nationale und regionale TZ-Strategien, Ziel 2: Verankerung des Gender-Ansatzes in der fachlichen Arbeit, Ziel 3: in unternehmensorganisatorischen und entwicklungspolitischen Strategien und Instrumenten und Ziel 4: Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für das Thema „Gender und Chancengleichheit“ durch den Personalbereich (vgl. Kapitel 4.1.1).

sowie auf die „*erhebliche Entlastung von Frauen*“ verwiesen, die durch die verbesserte Wasserversorgungssituation im Zuge der ersten Projektphase erreicht werden könne (Projektangebot 1997:4f.).

Zudem finden sich einige explizite Genderbezüge im Bereich des Public Awareness (Öffentlichkeitsarbeit)-Ziels, die VerbraucherInnen in Hinblick auf Wassernutzung und die Funktionsbereiche der JWU zu informieren. Hier sollte eine Studie durchgeführt werden, in der der Umgang der KundInnen mit Wasser und Abwasser unter besonderer Berücksichtigung der Rolle von Frauen analysiert werden soll.¹⁸⁶ Eine weitere geplante Aktivität stellte die Durchführung einer PA-Kampagne unter „*Konzentration auf die Beteiligung von Frauen*“ dar (Projektangebot 1997:12f.).

Im bei der Angebotserstellung geforderten Abschnitt zur soziokulturellen Beurteilung des Projektes wurde im Prinzip wortgleich zum ersten Projektantrag wiederholt, dass „*Frauen in der Projektregion ein wichtiger Teil der Zielgruppe sind, da sie für den häuslichen Umgang mit Wasser und die Beschaffung zuständig seien. Es sei deshalb davon auszugehen, dass sie von angestrebten Verbesserungen besonders profitierten. Damit rückten sie für die Planung von Bewusstseinskampagnen in den Mittelpunkt*“ (Projektangebot 1997:19f.). Ein neuer Aspekt findet sich dabei jedoch in der Anregung zu überprüfen, inwiefern die Initiierung von direkten Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung bei der Ausgestaltung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Form von Stadtteilkomitees möglich sei. Dabei sollte Frauen ein maßgeblicher Einfluss vermittelt werden. Schließlich wird das Projektvorhaben wie in der ersten Projektphase in die Kategorie FR¹⁸⁷ eingestuft, da Informationen über die Rolle von Frauen in diesem Bereich erst erhoben werden müssten (Projektangebot 1997:19f.).

In der Umsetzungsdokumentation der zweiten Projektphase gibt es im Gegensatz zur häufigen Benennung expliziter Genderbezüge auf Planungsebene nur an einer vergleichsweise unprominenten Stelle einen expliziten Genderbezug. Dieser betraf einen gleichstellungspolitischen Verweis zur Besetzung eines durchzuführenden Trainingskurses für IngenieurInnen, bei dem Frauen bevorzugt berücksichtigt werden sollten (Protokoll Board Meeting 2000). Sämtliche andere Unterlagen der Umsetzungsdokumentation waren hingegen genderneutral.¹⁸⁸

¹⁸⁶Diese Studie sollte schon in der ersten Projektphase durchgeführt werden, war aber im Projektverlauf aus dem Operationalisierungsplan gestrichen worden (vgl. erste Projektphase).

¹⁸⁷FR = Risiko für Frauen: ungenügende Informationen über die Situation von Frauen oder mögliche negative Auswirkungen auf die Situation von Frauen (vgl. Exkurs Kapitel 4.1.1 Box 3).

¹⁸⁸Vgl. PFK-Report 1997, PFB 1996, PFB 1997, PFB 1998, PFB 1999, PFB 2000, PFB 2001, Notenwechsel 1998, Projektbeschreibung 1998, PWA Priorities 1998, Vertrag GTZ/JWU 2001, PR Plan 2001, PR Material 2001, Report PR 2000/2001, Konzept Water Campaigns MoE, Campaign “Water Rationalization”, Campaign MAB, Monthly Reports 11/2000, 12/2000, 6/2001, 8/2001, 11-12/2001.

Insofern kann zwar für das Angebot von einer – im Vergleich zur ersten Projektphase – erhöhten Berücksichtigung von Genderaspekten gesprochen werden, schon hier kann jedoch die Frage gestellt werden, inwiefern es sich hier um eine systematische Wahrnehmung der Steuerungsfunktion für das Qualitätsmerkmal Gender handelt. Für die die tatsächliche Umsetzung betreffenden vollständig gender-neutralen Umsetzungsdokumentation kann nicht einmal von einer punktuellen Berücksichtigung von Genderaspekten ausgegangen werden, von einer systematischen Wahrnehmung ganz zu schweigen.

Für die Aktivität „*Fachberatung zu Gender für Projekte und Programme einholen*“ mit dem Indikator, dass in 20 Ländern in unterschiedlicher Form die systematische und professionelle Umsetzung des Gender-Ansatzes in Projekten zu unterstützen sei¹⁸⁹, die Aktivität „*bei der Personalauswahl auf Gender achten*“ mit dem Indikator, dass mehr AuslandsmitarbeiterInnen Verantwortung für das Querschnittsthema Gender übernehmen, die Aktivität „*Qualifizierung zu Gender von Auslandsmitarbeiter/innen in der Projektvorbereitung sicherstellen*“ mit den Indikatoren dass 50 Prozent der AuslandsmitarbeiterInnen an einem 2-tägigen Gender-Kurs teilnehmen und 80 Prozent ein Einweisungsgespräch mit den BereichsberaterInnen in den Ländergruppen durchführen sowie die Aktivität „*einen angemessenen Anteil von Auslandsmitarbeiterinnen zu gewährleisten*“ mit dem Indikator, dass der Frauenanteil bei AuslandsmitarbeiterInnen – Neueinstellungsverträgen insgesamt sowie in Führungspositionen steigt, fanden sich weder im Angebot, noch in der Umsetzungsdokumentation Hinweise auf deren Umsetzung. Zwar wurden auf Projektplanungsebene die Leistungen der GTZ spezifiziert, jedoch keine Aussagen bezüglich der gewünschten Geschlechterzusammensetzung für die geplanten Stellenbesetzungen getroffen, so dass nicht von einer Umsetzungsabsicht ausgegangen werden kann.¹⁹⁰ Die Dokumentenanalyse deutet darauf hin, dass der Umsetzung dieser Aktivitäten keine hinreichende Relevanz beigemessen wurde, um sie in der Planung und Dokumentation entsprechen zu würdigen bzw. war möglicherweise der Genderplan 1996/97 den ProjektmitarbeiterInnen auch nicht bekannt.

Aus einem Interview mit dem in der zweiten Projektphase im Wasserversorgungsprojekt angestellten GTZ-Auslandsmitarbeiter,¹⁹¹ lassen sich diesbezüglich Informationen zur Frage der Umsetzung einiger der oben genannten vier Genderaktivitäten ziehen, die die oben

¹⁸⁹Z.B. durch eineN AuslandsmitarbeiterIn der GTZ bzw. eine lokale Ortskraft mit Querschnittsberatungsfunktion für mehrere Projekte in einer Region bzw. einem Land oder durch Prozessbegleitung durch lokale oder entsandte Fachkräfte.

¹⁹⁰Vgl. Implementation Agreement GTZ/ JWU 1994; Projektangebot 1997 und Projektangebot 2001.

¹⁹¹C.M. (GTZ) 10.4.2006.

getroffene Vermutung stützen, dass dem Genderplan 1996/97 keine Bedeutung für die Projektumsetzung beigemessen wurde.

Hinsichtlich des „angemessenen Frauenanteils unter den AuslandsmitarbeiterInnen“ lässt sich feststellen, dass im Vergleich zur ersten Projektphase mit einem Mann als Langzeitkraft und zwei Männern als Kurzzeitkräften – in der zweiten Projektphase von 1997 bis 2001 drei Personen als Festangestellte im Wasserbereich beschäftigt waren. Davon waren Teamleiter und technischer Angestellter männlich, während die Festangestellte im Bereich Verwaltung und Rechnungswesen weiblich war. Insofern kann sicherlich von einer Erhöhung des Frauenanteils unter den Angestellten insgesamt gesprochen werden, nicht jedoch von einer Erhöhung des Frauenanteils unter den Angestellten mit Leitungsfunktion. Nach Einschätzung des interviewten ehemaligen GTZ-Mitarbeiters sei bis Ende der zweiten Projektphase insgesamt keine Frauenförderpolitik innerhalb der GTZ in Ramallah betrieben worden.¹⁹²

Hinsichtlich der Aktivität *„Qualifizierung zu Gender von Auslandsmitarbeiter/innen in der Projektvorbereitung sicherstellen“* lässt sich dem Interview entnehmen, dass der Interviewte jedenfalls nicht zu den AuslandsmitarbeiterInnen gehört hatte, die an einem 2-tägigen Genderkurs teilgenommen hatten. Jedoch hatte C.M. zumindest von der Existenz einer GTZ-Genderunternehmensstrategie gewusst; er führte an, vor Jahren einige Genderpublikationen der GTZ in der Hand gehabt zu haben.¹⁹³

Zudem führte der im Bereich Brunnenbau tätige ehemalige GTZ-Angestellte an, dass Genderkonzepte für seine Arbeit keine Rolle gespielt habe. Es sei ihm auch kein anderes GTZ-Wasserprojekt bekannt, in dem überhaupt eine Beschäftigung mit Gender stattgefunden habe.¹⁹⁴ Dies spricht dafür, dass auch die Aktivität *„bei der Personalauswahl auf Gender achten“* mit dem Indikator, dass mehr AuslandsmitarbeiterInnen Verantwortung für das Querschnittsthema Gender übernehmen und die Aktivität *„Fachberatung zu Gender für Projekte und Programme einholen“* in der zweiten Projektphase nicht umgesetzt wurde.

Der ehemalige Mitarbeiter C.M. führte den Umstand, dass „Gender“ als Terminus überhaupt in den Projektangeboten auftauche darauf zurück, dass die GTZ als Antragstellerin immer auf den jeweiligen aktuellen Diskurs des BMZ eingehen müsse. Dies werde aber dann in der Projektarbeit vor Ort nicht aufgenommen und umgesetzt. Die zahlreichen Gendermaterialien der GTZ sowie das Hervorheben der unternehmenseigenen Genderstrategie durch die GTZ hinge seiner Ansicht nach damit zusammen, dass die GTZ dies auf dem Drittmittelmarkt

¹⁹²C.M. (GTZ) 10.4.2006.

¹⁹³C.M. (GTZ) 10.4.2006.

¹⁹⁴C.M. (GTZ) 10.4.2006.

nutze, um sich gegenüber der Konkurrenz einen Vorteil zu sichern. Mit diesen Aussagen stützt er die in Kapitel 2.4 getroffene Hypothese, dass sich „Gender“ vornehmlich als „Abhak-Kategorie“ in der Antragstellung wiederfinde, dies aber keinen Niederschlag in der konkreten Projektumsetzung finde.

Fazit für die zweite Projektphase Insgesamt lässt sich festhalten, dass hinsichtlich der Umsetzung des GTZ-Genderplans 1996/1997 (GTZ 1996) einige positive Ansätze und Entwicklungen erkennbar sind. So kann einerseits für die Projektplanungsdokumente von einer – im Vergleich zur ersten Projektphase – erhöhten Berücksichtigung von Genderaspekten und andererseits von einer Erhöhung des Frauenanteils unter den GTZ-Angestellten gesprochen werden. Es ist jedoch hervorzuheben, dass im Gegensatz zur Zielvorgabe keine Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen zu verzeichnen war und sich auch hinsichtlich der anderen Aktivitäten aus den analysierten Projektunterlagen keinerlei Hinweise auf deren Umsetzung ergaben. Das Interview mit dem ehemaligen Projektmitarbeiter stützte die schon aus der Dokumentenanalyse gezogene Schlussfolgerung, dass dem Genderplan 1996/97 bzw. allgemein der Berücksichtigung von Genderaspekten keine große Bedeutung in der Projektumsetzung beigemessen wurde.

Hinsichtlich des übergeordneten Ziels des GTZ-Genderplans 1996/1997, Gender als Qualitätsmerkmal in TZ-Vorhaben zunehmend professionell umzusetzen mit dem Indikator, dass in 30 Prozent aller GTZ-unterstützten Projekte der Gender-Ansatz qualifiziert und systematisch umgesetzt ist, lässt sich somit festhalten, dass es sich bei dem GTZ-Wasserversorgungsprojekt im Ramallah Distrikt jedenfalls nicht um eines der 30 Prozent aller GTZ Projekte handelt, bei denen der Gender-Ansatz qualifiziert und systematisch umgesetzt wurde.

Auch fanden die in den zwei genannten in der zweiten Projektphase veröffentlichten Publikationen beschriebenen Instrumente zur Integration von Gender in die EZ-Arbeit (genderspezifische Zielgruppenanalyse und Projektmanagement) soweit ersichtlich keine Berücksichtigung in der Umsetzung.

4.2.4 Dritte Projektphase (01/2002 bis 03/2006)

Für die dritte Projektphase von Januar 2002 bis März 2006 galt die 2001 verabschiedete Genderunternehmensstrategie 2001-2005, mit der sich die GTZ zum Gender Mainstreaming verpflichtet. Drei Ziele werden dabei explizit formuliert (GTZ 2001a:8f.).

Erstens sollen Frauen und Männer den gleichen Nutzen aus dem entwicklungspolitischen Beitrag der TZ ziehen und diesen gleichermaßen aktiv mitgestalten können. Das zweite Ziel

der internationalen Anerkennung und Nachfrage nach der GTZ-Genderexpertise betrifft nicht die konkrete Projektebene. Schließlich soll als drittes Ziel der Frauenanteil in Führungspositionen in der GTZ innerhalb von fünf Jahren auf 30 Prozent erhöht werden.

Auf programmatischer Ebene verlautbart die GTZ weiterhin: *„Die GTZ hat den Auftrag, ihre Partnerorganisationen dabei zu unterstützen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt an Entwicklungsprozessen mitwirken und im gleichen Maße davon profitieren.“* (GTZ 2001b:2). Aus derselben Publikation geht hervor, dass die GTZ für sich beansprucht, Gender in sämtlichen Arbeitsbereichen „gemainstreamt“ zu haben: *„um den Gender-Ansatz erfolgreich auf den Weg zu bringen, haben wir in der GTZ gender-differenzierte Verfahren, Konzepte und Instrumente entwickelt. Gender-Aspekte sind systematisch in die Arbeit der GTZ verankert worden und heute eine Selbstverständlichkeit in unserer Beratungspraxis.“*(GTZ 2001b:2).

Zudem ist die in der dritten Projektphase veröffentlichte GTZ-Publikation *„Towards Gender Mainstreaming in Crisis Prevention and Conflict Management – Guidelines for the German Technical Co-operation“* (Reimann 2001) von Bedeutung, in der auf die Wechselwirkungen von Gendergerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Peace building und nachhaltiger Entwicklung eingegangen wird. Reimann hebt dabei hervor, dass Kriegsführung und Peace building in hohem Maße gegenderte Aktivitäten sind und weist darauf hin, dass Konflikte auch als Möglichkeiten sozialen Wandels zu begreifen sind. Diese Publikation bietet für das untersuchte Wasserversorgungsprojekt im Ramallah Distrikt wichtige Ansätze zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in einer Konfliktregion.

Das erste Ziel, dass Frauen und Männer den gleichen Nutzen aus den TZ-Projekten ziehen und diesen gleichermaßen aktiv mitgestalten können, soll durch eine verstärkte Genderdifferenzierung der TZ-Beratungsleistungen umgesetzt werden, was in fünf Jahren bei 50 Prozent der Neuvorhaben und Projektverlängerungen erreicht werden sollte. Im Gegensatz zum Genderplan 1996/97 werden hier Indikatoren lediglich vorgeschlagen, die Verantwortung zur Erarbeitung der Indikatoren wird den Ebenen der Bereichsplanung, Länderprogrammierung, Schwerpunktsetzung sowie der Projektebene auferlegt. Als Vorschläge für Indikatoren werden dabei der Prozentsatz von Neuvorhaben und Verlängerungen, die explizit auch eine Verbesserung der Situation von Frauen zum Ziel haben, die Anzahl von Schwerpunktstrategiepapieren mit Genderorientierung oder die Anzahl von Gendervorhaben genannt. Da an keiner Stelle Hinweise auf tatsächlich von den zuständigen GTZ-Abteilungen und -Ebenen erarbeitete Gender-Indikatoren gefunden und die vorgeschlagenen Indikatoren nicht zweckmäßig auf Projektebene überprüft werden konnten,

erfolgt die Umsetzungsüberprüfung anhand der Analyse, ob sich eine genderdifferenzierte Herangehensweise in der Projektarbeit wiederfindet.

Auf Projektplanungsebene in der dritten Projektphase¹⁹⁵ finden sich im Projektangebot 2001 an fünf Stellen explizite Genderbezüge (Projektangebot 2001:6f.,15,19). An vier Stellen handelt es sich dabei jedoch um wortgenaue Wiederholungen aus dem zweiten Projektantrag hinsichtlich der gesellschaftlichen Zuschreibung von häuslichem Wassermanagement und Hygieneerziehung als weibliche Zuständigkeit, der entsprechend hohen Belastung der Frauen sowie den Hinweis auf den niedrigen Frauenanteil im Wasserversorger JWU (Projektangebot 2001:6f.,15). Dies lässt zunächst als Schlussfolgerung zu, dass die Abschnitte einfach aus dem vorhergehenden Projektabschnitt kopiert wurden, ohne dass eine Beschäftigung mit der Thematik insgesamt bzw. auch mit der neuen Gender Mainstraming Unternehmensstrategie stattgefunden hat.

Im Abschnitt zur soziokulturellen Beurteilung des Projektes wird zudem bei der vorgeschriebenen Einordnung in G-Kategorien dargestellt: *„Frauen und Männer tragen innerhalb der städtischen Bevölkerung gleichermaßen die Last der Versorgung der Familie mit lebensnotwendigen Gütern. In den ländlichen Gebieten sind mehr arabisch traditionelle Verhaltensweisen anzutreffen. Eine geschlechterspezifische Betrachtung der Zielgruppen im Hinblick auf die Wirkungen des Projekts führt zu dem Ergebnis, dass hier keine Unterscheidung getroffen werden kann. Das Vorhaben ist daher in G0 einzuordnen.“* (Projektangebot 2001:19).

Hier wird erstmals eine innerpalästinensische Unterscheidung bezüglich der Geschlechterrollen im ländlichen und im städtischen Raum vorgenommen, wobei das Gegensatzpaar Land – entsprechend traditionelle Genderrollen – und Stadt – entsprechend gleicher Verteilung der Familienversorgung zwischen Männern und Frauen – aufgestellt wird. Dies trägt dem Ansatz einer verstärkten Genderdifferenzierung unter Bezugnahme auf weitere Faktoren wie städtische und ländliche Kontexte, Rechnung.

Interessant ist, dass die Einordnung als G0 vorgenommen und damit der Entwicklungsmaßnahme nicht das Potenzial beigemessen wurde, zur Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen zu können. Dies widerspricht der Vorgabe zu den G-Kennungen, wonach G-0 nur in besonders zu begründenden Ausnahmefällen vergeben werden darf und die Nutzung der Leistungen einer Entwicklungsmaßnahme gleichermaßen von Männern und

¹⁹⁵Für die dritte Projektphase wurden auf Projektplanungsebene das Projektangebot 2001, ein Aktivitätenplan für 2002 sowie das Konzept für die dritte Projektphase unter Berücksichtigung der GTZ-Genderunternehmensstrategie 2001 auf explizite Genderbezüge analysiert.

Frauen keine Einstufung in G0 rechtfertigt. Auch steht dies im Widerspruch zu der vorherigen Behauptung, dass Frauen in besonderem Maße durch die Projekterfolge entlastet werden konnten.

Das Konzept für die dritte Projektphase, der „Plan of Activities“ für das erste Projektjahr der dritten Phase 2002 sowie die Zusammenfassung der deutsch-palästinensischen Verhandlungen zur Entwicklungszusammenarbeit 2002 sind vollständig genderneutral.¹⁹⁶ Auch fällt auf, dass im dritten Projektantrag zwar auf die Ziele der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in den palästinensischen Gebieten, sowie die in der UN-Wasserkonferenz in Dublin (Januar 1992) und im Kapitel 18 der Agenda 21 formulierten Grundsätzen einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Wasserressourcen hingewiesen wird (Pürojektantrag 2001:5). Vernachlässigt werden dabei aber Genderaspekte, obgleich diese sowohl in den Dublin Prinzipien als auch in der Agenda 21 explizite Erwähnung finden. Es werden auch keine Bezüge zur Gender-Unternehmensstrategie der GTZ 2001-2005 und deren Zielvorgaben hergestellt, was insgesamt darauf hindeutet, dass deren Zielvorgaben auch nicht berücksichtigt wurden.

In der **Dokumentation der Projektumsetzung** finden sich an drei Stellen explizite Genderbezüge, die Hinweise auf eine gesteigerte Genderdifferenzierung in den TZ-Maßnahmen geben.

Während die beiden zur Analyse vorliegenden Selbstdarstellungen des Projektes¹⁹⁷ wie in den vorherigen Projektphasen genderneutral waren, fand sich erstmals ein expliziter Genderbezug im zweiten Projektfortschrittsbericht (Projektfortschrittsbericht Nr. 2 2005). Hier wird darauf hingewiesen, dass die direkten Wirkungen der Öffentlichkeitsarbeit (PA-Aktivitäten) nur schwer messbar seien, jedoch davon ausgegangen werde, dass Verbesserungen auf Haushaltsebene einschließlich der Rolle von Frauen stattgefunden haben: „*However some micro and informal assessments have indicated improvements at household level including women's roles.*“ (Projektfortschrittsbericht Nr. 2 2005). Aus der Formulierung „*some informal assessments*“ geht allerdings hervor, dass es sich nicht um eine systematische Erhebung handelt, sondern um Überlegungen oder Beobachtungen, die nicht näher spezifiziert werden und sich auch an keiner anderen Stelle innerhalb der Projektunterlagen wiederfinden.

¹⁹⁶Vgl. Plan of Activities 2002, Konzept 3. Projektphase 2002, Bericht Development Cooperation 2002.

¹⁹⁷Vgl. Project Status Sheets 2003, Selbstdarstellung 2005, Plan of Operation 2006.

Ein zweiter expliziter Genderbezug, der die Umsetzung von Genderdifferenzierung im Projekt belegt, findet sich in der Zusammenfassung der JWU-Kundenzufriedenheitsstudie (2002).¹⁹⁸ Diese Kundenzufriedenheitsstudie wurde genderdifferenziert erhoben, wobei neben Geschlecht auch auf Alter, Bildungsstand und Lokalität (Stadt, Land oder Flüchtlingslager) eingegangen wurde. Insgesamt wurde deutlich, dass Kriterien wie Bildungshintergrund und Lokalität eine größere Rolle für die jeweilige Kundenzufriedenheit spielten als Geschlecht.

Schließlich stellt das von der lokalen für PA und Organisationsentwicklung zuständigen GTZ-Mitarbeiterin erarbeitete Dokument „Women & Water Management in Developing Countries“ (Women 2005) zur Rolle von Frauen in Entwicklungsländern im Wassermanagement und speziell zur Situation palästinensischer Frauen in Bezug auf Wasser etwas Neues dar. Es ist das erste und einzige Dokument in der gesamten, der Analyse zugänglichen Projektdokumentation, das sich schon bei der Zielformulierung mit dem Thema Gender und Wassermanagement beschäftigt.

Hinsichtlich des dritten Ziels, den Frauenanteil in Führungspositionen innerhalb von fünf Jahren auf 30 Prozent zu erhöhen im Zusammenspiel mit dem Ziel der Verbesserung der Chancengleichheit im Unternehmen, lässt sich den Ende der dritten Projektphase geführten Interviews entnehmen, dass im GTZ-Wasserbüro in Ramallah fünf Personen in drei Wasserprojekten angestellt waren. Der Büroleiter sowie einer der drei technischen Fachkräfte waren männlich, während zwei der technischen Fachkräfte sowie die Buchhaltungsfachkraft weiblich waren. Zu Anzahl und Geschlecht der von der GTZ angestellten Kurzzeitkräfte lagen keine Informationen vor; jedoch seien laut Aussage des seit Sommer 2005 als Wasserbüroleiter fungierenden N.M. 2006 nur sehr wenig Frauen als Kurzzeitkräfte eingestellt worden.¹⁹⁹ Ihmzufolge sei der gestiegene Frauenanteil bei den Langzeitkräften Resultat einer aktiven Frauenförderpolitik seit 2003, die von ihm unterstützt und weiterbetrieben werde, indem er bevorzugt bei Vorliegen der entsprechenden Qualifikationen Frauen einstelle.²⁰⁰

In Ergänzung zur Beurteilung der Umsetzung der GTZ-Genderunternehmensstrategie 2001-2006 wird auf Aussagen der drei interviewten palästinensischen Mitarbeiterinnen des GTZ-Wasserbüro Ramallah in der dritten Projektphase eingegangen.²⁰¹ Diese gaben einhellig an, weder von einer GTZ-Genderunternehmensstrategie noch von den verschiedenen GTZ-Genderpublikationen, Richtlinien und Anleitungen gewusst zu haben. Auch von den drei

¹⁹⁸<http://www.jwu.org/achivements/summ1.html> (7.5.2009).

¹⁹⁹N.M. (GTZ) 15.6.2006.

²⁰⁰N.M. (GTZ) 15.6.2006.

²⁰¹N. Kh. (JWU) 26.4.2006 und 8.5.2006, M. Gh. (GTZ) 2.5.2006 und N. R. (GTZ) 10.6.2006.

befragten Abteilungsleitern der Bereiche Administration, Wartung und Ingenieurwesen des lokalen Wasserversorgers und Projektträgers JWU²⁰² war keiner über die Existenz einer GTZ-Genderunternehmensstrategie informiert gewesen. Laut B.S. finde auch keine Einflussnahme bezüglich der Berücksichtigung von Genderaspekten innerhalb ihrer Arbeit als Wasserversorger seitens der GTZ statt²⁰³.

Der GTZ-Wasserprojektmitarbeiterin N.R. zufolge werden Genderaspekte nicht systematisch in ihrer Arbeit berücksichtigt „*the topic of Gender [...] only touched “randomly”, not systematically*“. Die GTZ-Wasserprojektmitarbeiterin M.Gh. hob darüber hinaus die Tatsache hervor, dass ihre Arbeitsbelastung so hoch sei, dass sie keine Möglichkeit sähe, eine zusätzliche Aufgabe aufzunehmen, selbst wenn sie dies wollte. Gleichzeitig äußerten sich die befragten GTZ-Mitarbeiterinnen positiv zur Idee, "stärker Frauen im Wassermanagement zu adressieren", wovon sich die Befragten sowohl eine gesteigerte Projekteffizienz, als auch eine verbesserte Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern erhofften.²⁰⁴

Dies deutet darauf hin, dass aufgrund der mangelnden Kenntnisse von konkreten Gendervorgaben, schwer von einer bewussten Umsetzung derselben durch die projektdurchführenden Mitarbeiterinnen ausgegangen werden kann. Nichtsdestotrotz finden sich in der Umsetzungsdokumentation ansatzweise genderdifferenzierte Herangehensweisen, was positiv zu bewerten ist.

Hinsichtlich der Berücksichtigung der in der dritten Projektphase veröffentlichten „Gender und Konflikt“-Handreichung der GTZ lässt sich zunächst feststellen, dass in den Planungsdokumenten verstärkt auf die schwierige politische Lage insbesondere seit Ausbruch der „Al Aqsa Intifada“ (September 2000) hingewiesen wird, womit Verzögerungen in der Projektdurchführung und Rückschritte in Teilbereichen des technischen Betriebs sowie bei der Kostendeckung noch in der zweiten Projektphase begründet werden. Als entwicklungspolitische Bedeutung des Projektes wurde erwartet, dass durch die Verbesserung der Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung ein Beitrag zur Konfliktminderung geleistet werden könne, was im Einklang mit den deutschen außenpolitischen Interessen stehe (Projektangebot 2001:6).

Die gehäuften expliziten Konfliktbezüge finden sich auch insbesondere in der Dokumentation der Projektaktivitäten der dritten Projektphase, was angesichts des seit Herbst 2000 anhaltenden offenen Konfliktes nicht verwundert. So wird innerhalb der beiden

²⁰²B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006; I.J. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006; N.Kh. (JWU) 8.5.2006.

²⁰³B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

²⁰⁴N. Kh. (JWU) 26.4.2006 und 8.5.2006, M. Gh. (GTZ) 2.5.2006 und N. R. (GTZ) 10.6.2006.

Selbstdarstellungsdokumente der GTZ sowie in den beiden Projektfortschrittsberichten²⁰⁵ auf die Rolle des Konfliktes bezüglich der allgemeinen Wassersituation in den palästinensischen Gebieten und dabei explizit auf die Rolle Israels bei der (Unter)Entwicklung des palästinensischen Wassersektors hingewiesen. Ein neuer Aspekt taucht schließlich im zweiten PFB der dritten Projektphase auf, indem abschließend empfohlen wird, dass kulturelle und religiöse Aspekte in Zukunft stärker in der Projektplanung zu berücksichtigen seien.

Jedoch werden die Anregungen hinsichtlich der Umsetzung von Gender Mainstreaming in Konfliktgebieten der eingangs aufgeführten „Gender und Konflikt“-Publikation²⁰⁶ nicht aufgenommen; vielmehr wird der Konflikt unabhängig von Gender(-rollen) betrachtet.

Fazit der dritten Projektphase Hinsichtlich der Erreichung des ersten Ziels der GTZ-Genderunternehmensstrategie 2001-2005, dass Frauen und Männer den gleichen Nutzen aus den TZ-Projekten ziehen und diesen gleichermaßen aktiv mitgestalten können, ist zunächst positiv hervorzuheben, dass sich insbesondere in der Projektumsetzung erstmals genderdifferenzierte Herangehensweisen feststellen lassen.²⁰⁷

Insgesamt kann jedoch nicht von einer systematischen Genderdifferenzierung in der Projektarbeit bzw. von einer systematischen Etablierung einer genderdifferenzierten Betrachtungsweise ausgegangen werden, da es sich nur um einzelne Aktivitäten handelt. Auch die fehlende Erwähnung der GTZ-Genderunternehmensstrategie 2001 in sämtlichen, insbesondere den Planungs-Unterlagen legt nahe, dass das Wasserversorgungsprojekt Ramallah nicht zu den 50 Prozent der Neuvorhaben bzw. Projektverlängerungen zählt, bei denen das vorgenannte Ziel erreicht werden sollte. Dafür spricht auch, dass die interviewten GTZ-MitarbeiterInnen der dritten Projektphase nicht über die Existenz einer GTZ-Genderunternehmensstrategie informiert waren und laut deren Aussage Genderaspekte in ihrer Projektarbeit jedenfalls keine systematische Rolle gespielt haben. Die Aussage, dass die GTZ Gender in sämtlichen Arbeitsbereichen schon „gemainstreamt“ habe (vgl. (GTZ 2001b:2), lässt sich vorliegend jedenfalls nicht nachvollziehen. Das gleiche gilt für den sich selbst gegebenen Auftrag der GTZ, ihre Partnerorganisationen bei der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Entwicklungsprozessen zu unterstützen (GTZ 2001b:2).

²⁰⁵Vgl. Project Status Sheets 2003, Selbstdarstellung 2005, Projektfortschrittsbericht Nr. 1 2003, Projektfortschrittsbericht Nr. 2 2005.

²⁰⁶Vgl. u.a. Reimann 2001.

²⁰⁷Dazu zählt die genderdifferenzierte Datenerhebung bei den PA-vorbereitenden Studien u.a. (JWU Kundenzufriedenheitsstudie 2002), das Dokument „Women in Thrind Wolrd Counties“ (Women 2005) sowie Projektfortschrittsbericht Nr. 2 2005, in dem erstmals auf die genderspezifische Wirkung der PA-Aktivitäten eingegangen wurde.

Zudem ist hier hervorzuheben, dass selbst bei einer systematischen Genderdifferenzierung in der Projektplanung und -umsetzung noch nicht automatisch davon auszugehen ist, dass dadurch auch Frauen und Männer gleichermaßen von den Projektmaßnahmen profitieren. Dies zu überprüfen bedürfte eines speziellen Monitorings, das jedoch nicht in der GTZ-Genderunternehmensstrategie 2001 verankert wurde. Es scheint insgesamt naheliegend, dass die Festlegung der Indikatoren für die Zielerreichung der Genderunternehmensstrategie 2001-2005 entweder nicht erfolgte, und wenn doch, zumindest nicht im GTZ-Wasserversorgungsprojekt Ramallah in Bezug genommen wurden. Die in der Genderunternehmensstrategie vorgeschlagenen Indikatoren, wie im vorliegenden Fall, sind jedenfalls nicht geeignet für die Überprüfung der Zielerreichung (vgl. auch Bewertung in Kapitel 4.2.1).

Hinsichtlich des dritten Ziels – der Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen – lässt sich mit Blick auf die erste und zweite Projektphase zwar eine positive Entwicklung hin zu einem höheren Anteil von Frauen bei den Angestellten im GTZ-Wasserbüro Ramallah feststellen.²⁰⁸ Das tatsächlich formulierte Ziel der Erhöhung des Frauenanteils in *Führungspositionen* konnte jedoch im untersuchten Wasserversorgungsprojekt ebenfalls nicht erreicht werden.

Ein Erklärungsansatz dafür, dass in der dritten Projektphase zumindest positive Ansätze zur Umsetzung von Gender Mainstreaming zu verzeichnen waren, könnte im Wechsel des GTZ-Wasserprojekt-Chefs im letzten Drittel der dritten Projektphase und der grundsätzlich positiven Haltung der GTZ-Mitarbeiterinnen gegenüber der „verstärkten Einbeziehung von Frauen im Wassermanagement“ und damit im persönlichen Engagement der jeweiligen Führungskraft sowie der projektdurchführenden Personen liegen. Ein weiterer Erklärungsansatz kann in einem gestiegenen Bewusstsein bei den einzelnen GTZ-MitarbeiterInnen hinsichtlich der Relevanz von Gender in Wasserprojekten liegen, was auch auf ein „Durchsickern“ der GTZ-Genderprogrammatik bzw. der Relevanz, die der Berücksichtigung von Genderaspekten seitens der GTZ-Zentrale beigemessen wird, zurückzuführen sein kann. Dies sind jedoch nur Vermutungen.

4.3 Fazit

Es ist deutlich geworden, dass die GTZ das Thema Gender seit Anfang der 1990er Jahre behandelt hat. Dies drückt sich sowohl durch verschiedene institutionelle Arrangements zur Etablierung von Gender im Unternehmen als auch in einer Vielzahl von Gender-Veröffentlichungen aus. Die GTZ-Genderprogrammatik seit Verabschiedung des GTZ-

²⁰⁸Während in der ersten Projektphase noch keine Frau unter den zwei Angestellten war, war in der zweiten Projektphase bis 2001 eine von dreien weiblich und 2006 bereits drei von fünf.

Genderplans 1996/97 stellt auch grundsätzlich eine geeignete Grundlage für ein umfassendes Gender Mainstreaming dar, indem die Integration einer Genderperspektive auf programmatischer und organisatorischer Ebene festgeschrieben wird und zudem gleichstellungspolitische Ziele auch in der eigenen Personalpolitik verfolgt werden. Insbesondere der Gender-Plan 1996/97 und die Genderunternehmensstrategie 2001-2006, die für die untersuchten Projektphasen einschlägig waren, sind hinsichtlich ihrer Umsetzung auf Projektebene in der Außenstruktur nicht ausreichend operationalisiert. Hier fehlt an klaren Vorgaben und Indikatoren.

Hinsichtlich der Umsetzung der jeweils gültigen GTZ-Genderstrategien in den betrachteten drei Projektphasen lässt sich keine klare Tendenz ausmachen. Während es von der ersten zur zweiten Projektphase in den Projektplanungsdokumenten einen deutlichen Anstieg an expliziten Genderbezügen gibt, werden diese in der dritten Phase wieder deutlich weniger. Hier könnte ein Zusammenhang zwischen der jeweiligen Konfliktintensität und der Berücksichtigung von Genderaspekten in der Projektbearbeitung liegen. Dafür spricht, dass in der zweiten Projektphase, die noch in die hoffnungsvolle Zeit des Osloer Friedensprozesses fiel, die höchste Zahl an Genderbezügen im Projektantrag zu finden war, während mit zunehmender Zuspitzung des Konflikts insbesondere seit Ausbruch der 2. Intifada im September 2000 auch die Genderbezüge in den Projektunterlagen weniger geworden sind. Dies deutet darauf hin, dass Wasser als Teil des Konfliktes ein so stark politisiertes Thema darstellt, dass der Blick auf Gender offenbar verstellt wird. Hier lässt sich ein impliziter Zusammenhang zwischen Gender und Konflikt herstellen. Auch in anderen Kontexten hat sich gezeigt, dass im Konfliktfall Genderfragen oftmals in den Hintergrund treten (vgl. Kapitel 2.3).

Auf Umsetzungsebene zeigt sich zudem eine spärlichere Ausbeute an expliziten Genderbezügen als auf Planungsebene. So sind die Monitoring- und Autoevaluationsunterlagen nahezu vollständig genderneutral, was nicht den jeweils gültigen Gendervorgaben entspricht. Nichtsdestotrotz lässt sich auf Umsetzungsebene von der ersten zur dritten Projektphase ein Anstieg an genderdifferenzierten Ansätzen feststellen, weshalb im Projektverlauf zumindest eine Tendenz erkennbar ist, dass das Thema Gender im Verlaufe des Wasserversorgungsprojektes stärker berücksichtigt wurde. Als Gründe dafür können einerseits die spezifischen, individuellen Interessen der einzelnen ProjektmitarbeiterInnen vor Ort angeführt werden, die offenbar grundsätzlich der „verstärkten Einbeziehung von Frauen in die Projektarbeit“ positiv gegenüber stehen.

Insgesamt ist ein ähnliches Fazit hinsichtlich der Umsetzung der Genderprogrammatik zu ziehen, wie bei Schimmel (1998) und Frey (2005) in ihren Evaluationen des GTZ-Genderplans 1996/97 und der Genderunternehmensstrategie 2001-2006 (GTZ 1996, GTZ 2001a). Danach ist insgesamt eine wachsende Berücksichtigung von Genderaspekten bei der Angebotserstellung zu verzeichnen. Diese finden sich insbesondere in den Ausführungen zur sozio-kulturellen Implikation der Projektvorhaben. Auch hier ist jedoch zu konstatieren, dass vorliegend – entgegen getroffener Behauptung seitens der GTZ selbst – trotz einer erfreulicher Entwicklung noch nicht von einer systematischen Verankerung von Gender bei Vorbereitung und Umsetzung des untersuchten GTZ-Projektes ausgegangen werden kann.

In keiner Projektphasen, weder auf Planungs- noch auf Umsetzungsebene, wurde auf die Vorgaben der jeweils gültigen Gender-Unternehmensstrategien eine geschlechtergerechte Personalpolitik, bzw. seit der dritten Projektphase eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen auf 30 Prozent zu erreichen, eingegangen und diese Vorgabe auch nicht erreicht.

Die Tatsache, dass die drei während der dritten Projektphase 2005 und 2006 interviewten GTZ-Mitarbeiterinnen und die drei interviewten Abteilungsleiter des lokalen Projektträgers JWU nicht über die Existenz einer GTZ-Genderunternehmensstrategie informiert waren, stützt das Ergebnis der mangelnden Umsetzung der jeweils geltenden Gendervorgaben und spricht für eine mangelnde Operationalisierung derselben. Auch bezüglich des Projektträgers JWU fand durch die GTZ offenbar – obwohl dies als Auftrag der GTZ erachtet wird – keine Einflussnahme bezüglich ihrer Genderpolitik inklusive der Frauenförderung statt.²⁰⁹ Ein Verbesserungsansatz wäre es hier, zukünftigen MitarbeiterInnen vor oder bei ihrer Einstellung sowie den zukünftigen lokalen Projektpartnern bzw. Projektträgern die jeweils gültige Gender Mainstreaming-Strategie des Unternehmens auszuhändigen.

Es hat sich zudem gezeigt, dass auf die von der GTZ veröffentlichten Materialien zur Umsetzung der Genderstrategien in den verschiedenen Bereichen offenbar nicht zurückgegriffen wurde. Auch wenn dies keine bindende Vorgabe ist, würde dies doch eine Chance zur erfolgreichen Umsetzung der jeweiligen Genderstrategie eröffnen. Die Möglichkeit, bei jeder neuen Projektphase Gender in die Planung systematisch zu integrieren, wurde nicht genutzt; ebenso wenig wie die Chance, Gender auch im Nachhinein durch die Durchführung eines breitangelegten Gender-Workshops, aufzunehmen in der GTZ-

²⁰⁹Die interviewten JWU-Mitarbeiter waren sich aber durchaus bewusst, dass internationale Geberorganisationen in anderen Fällen durchaus ihr Hilfsleistungen an Gendervorgaben knüpfen. Sie vermuteten, dass der Umstand, dass vorliegend keine Wert auf die Umsetzung von Genderprogrammen gelegt wurde, auf ein mangelndes Interesse seitens GTZ und KfW zurückzuführen sei (B.S., I.J. (JWU) 25.04.2006 und 8.5.2006).

Genderpublikation. Insofern zeigt das Beispiel des Wasserversorgungsprojekts Ramallah, dass die Gendervorgaben nicht bzw. jedenfalls nicht systematisch umgesetzt wurden und hier Handlungsbedarf besteht.

5. Gender, Wasser und Konflikt im Ramallah-Distrikt – Projektanalyse und erweiterter Blick auf die Wasserversorgung

In diesem Kapitel werden die Wechselwirkungen von Wasserversorgung und (Konflikt-)Gesellschaft im Ramallah Distrikt aus einer Genderperspektive untersucht. Dies umfasst auf der einen Seite das Herausarbeiten von Genderbezügen im palästinensischen Konfliktkontext anhand des konkreten GTZ-Wasserversorgungsprojekts. Auf der anderen Seite wurden zur Diversifizierung der Perspektiven, jenseits der GTZ-Projektebene weitere Interviews mit ausgewählten nutzerInnennahen AkteurInnen geführt, da das untersuchte GTZ-Wasserversorgungsprojekt nur einen kleinen Teil des Wassersektors im Ramallah Distrikt abbildet. Um Redundanzen zu umgehen, die durch eine separate Darstellung der Analyse entlang der fünf Genderdimensionen für das GTZ-Projekt einerseits und für die durch die nutzerInnen(-nahen) AkteurInnen gegebenen, über den Projektrahmen hinausgehenden Perspektiven auf Wasserversorgung andererseits entstehen würden, wurden die Ergebnisse des zweiten Teils der Untersuchung in einem Kapitel integriert dargestellt.²¹⁰

Im Folgenden werden zunächst in Kapitel 5.1 die weiteren befragten AkteurInnen vorgestellt. In Kapitel 5.2 werden Genderbezüge der Wasserversorgung im spezifischen Konfliktkontext für das untersuchte Wasserprojektbeispiel sowie die darüber hinausgehende Wasserversorgung im Ramallah Distrikt herausgearbeitet. Zu diesem Zweck werden die anhand der in Anlehnung an das Instrument des Gender Impact Assessments abgeleiteten fünf Genderdimensionen in den Blick genommen. In Kapitel 5.3 schließlich werden die herausgearbeiteten Genderbezüge von Wasserversorgung im Ramallah Distrikt aufgeführt und in Zusammenhang zu den in den vorangegangenen Kapiteln erarbeiteten Ergebnissen gesetzt.

5.1 AkteurInnen mit Wassernutzer(-naher) Perspektive

Neben den das GTZ-Projekt durchführenden Institutionen GTZ und lokaler Wasserversorger JWU, die schon in Kapitel 4.1 ausführlich vorgestellt wurden, wurden NGOs als weitere

²¹⁰Da das zur Genderanalyse verwendete Material zunächst dem zur Überprüfung der Umsetzung der GTZ-Genderunternehmensstrategien verwendeten Material (vgl. Kapitel 4) entspricht und die GTZ-Genderunternehmensstrategien zudem teilweise ähnliche Bereiche adressieren, wie die entsprechend des Untersuchungsdesigns ausgewählten fünf Genderdimensionen (vgl. Kapitel 2.5), gibt es partiell Überschneidungen mit Kapitel 4. Ein Beispiel dafür ist die Untersuchung der jeweiligen Geschlechterzusammensetzung in den projektdurchführenden Institutionen, die sowohl in den GTZ Unternehmensstrategien, als auch im vorliegend angewendeten Analyseraster betrachtet werden. Gleichwohl werden in diesem Kapitel alle fünf Genderdimensionen in den Blick genommen, zumal die hier vorgenommenen Betrachtungen über die reine Umsetzungsüberprüfung der in den GTZ-Gendervorgaben verankerten Zielen hinausgehen.

relevante Akteursgruppe des palästinensischen Wassersektors ausgewählt. Diese arbeiten bei der Projektdurchführung oft direkter mit den WassernutzerInnen zusammen als üblicherweise technokratische Institutionen wie Wasserversorger (vgl. Kapitel 3.2.2). Aus dieser Gruppe wurden MitarbeiterInnen von mit Wasser befassten NGOs befragt, bei denen die Förderung von Geschlechtergleichstellung bzw. -gerechtigkeit explizit Teil des Unternehmensziels war (5.1.1). Ergänzend wurden einige MitarbeiterInnen von Frauen-Institutionen befragt, um eine weitere Perspektive hinsichtlich der Wasserversorgung im Konfliktkontext und deren Genderrelevanz erfassen zu können (5.1.2). Zudem wurden lokale Frauengruppen als direkte RepräsentantInnen der NutzerInnen-Ebene als wichtige AkteurInnen ausgewählt, die sich aus verschiedenen Blickwinkeln wie Gesundheit, Hygiene, Ernährungssicherheit, Bildung und allgemeineren Fragen des Wassermanagements mit der Wasserthematik beschäftigen (5.1.3). Das Alltagswissen dieser Akteurinnen bezüglich wasserrelevanter Fragen stellt eine andere, oftmals von den technokratischen AkteurInnen des Wassersektors vernachlässigte Perspektive im Vergleich zur Sicht der professionellen AkteurInnen dar.

5.1.1 Im Wassersektor aktive NGO

Innerhalb der Gruppe der im Wassersektor aktiven NGOs wurden fünf Personen aus drei Organisationen – namentlich PHG und PARC als größte palästinensische im Wasserbereich aktive NGOs und ACDI/VOCA als Beispiel für eine internationale im Wasserbereich tätige NGO – befragt. Diese NGOs werden im folgenden hinsichtlich ihrer Organisationsziele, ihrer Genderprogrammatik und der Rolle, die der Konflikt für ihre Arbeit spielt bzw. ihres Umgangs mit dem Konflikt beschrieben.

Die Palestinian Hydrology Group for Water and Environmental Resources Development (PHG) wurde 1987 als gemeinnützige Nicht-Regierungs-Organisation gegründet (PHG 2002). Heute führt die größte palästinensische mit Wasser befasste NGO zahlreiche international geförderte Projekte in den gesamten palästinensischen Gebieten durch. Die Organisation verfolgt das Ziel, Wasser und Umweltressourcen Palästinas zu fördern und zu schützen und befasst sich mit ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Fragen des Wassermanagements (PHG 2002).

Gender- sowie Frauenförderpolitik findet sich auf verschiedenen Ebenen in den PHG-Konzepten und -Programmen wieder. So steht im Unternehmensleitbild an erster Stelle, dass es ein übergeordnetes Ziel der NGO sei, die Rolle von Frauen und zivilgesellschaftlichen Akteuren beim lokalen Wassermanagement zu stärken.²¹¹ Auch innerhalb der auf ihrer

²¹¹Auf PHG Webseite wird als *mission statement* formuliert: “PHG is [...]striving to promote the role of women and civil societies in managing local water and its related environmental resources to ensure transparency,

Internetseite aufgeführten strategischen Ziele der Organisation findet sich das Vorantreiben von Gender Mainstreaming im Wassersektor.²¹² Weiterhin wird in verschiedenen PHG-Selbstdarstellungsmaterialien sowie auf der PHG-Internetseite auf die besondere Rolle von Frauen im Wassermanagement insbesondere in marginalisierten ländlichen Gebieten hingewiesen. Im Jahresbericht 2001/2002 wird bei den durchgeführten Aktivitäten neben der Erschließung zusätzlicher Wasserressourcen, Wassermanagement und Lobbying auch die Stärkung der Rolle von Frauen in der Gesellschaft, insbesondere im Wasser- und Umweltsektor, aufgeführt. Hier sei mit Frauenorganisationen bei der Durchführung von Wasserprojekten zusammengearbeitet, Forschung zur Thematik Gender und Wasser durchgeführt, Trainingskurse für Ingenieurinnen angeboten und auf arme und marginalisierte Gemeinden und in diesem Rahmen insbesondere auf Frauen fokussiert worden (PHG 2002:14).

Zudem verfügte PHG über eine Gender Richtlinie im Entwurfsstadium.²¹³ Dabei handelt es sich um einen fünfseitige PHG-Vision zum Thema Gender und Wassermanagement. In Bezugnahme auf die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 führe die konsequente Integration des Genderansatzes zu mehr Effektivität und Effizienz, einer nachhaltigeren Wassernutzung sowie zu einer gerechteren Lastenverteilung auf Haushalts- und Gemeindeebene. Weiterhin wird angeregt, Gender Mainstreaming im gesamten Projektzyklus zu verankern und stellt abschließend eine Checkliste mit Fragen zur Verfügung, anhand der geprüft werden kann, ob Genderaspekte ausreichend berücksichtigt wurden.²¹⁴ Auch organisationsintern verfolgt PHG nach eigener Darstellung das Ziel, mehr Frauen „*in all technical and administrative levels*“ einzustellen (PHG 2002).

Die Konfliktthematik taucht innerhalb der Selbstdarstellungen immer wieder auf direkte oder indirekte Weise auf. So wird in den Organisationszielen genannt “*...to reduce the suffering of the Palestinian people through improving the quality of living and presenting projects to raise socio economic level through community participation in policy making and focus of the marginalized and poor people*” (PHG 2002); dies ist im Kontext des israelisch-

good water governance and just and equal provision of water and sanitation services to the rural and marginal communities in the West Bank and Gaza. PHG is also striving to promote water research capacity and infrastructure in Palestine. [...].” <http://www.phg.org/newweb/phg/Mission.aspx> (27.3.2007).

²¹²<http://www.phg.org/newweb/phg/Objectives.aspx> (27.3.2007).

²¹³Per Email gesendet vom Leiter der NGO A.T. am 14.10.2005 “Gender and Water management (PHG 2005).

²¹⁴Die Checkliste umfasst u.a. folgende Fragen: How are the needs of men and women reflected? Who has been consulted? How was consultation done to facilitate input from men and women? Is project plan based on an understanding of gender differences in the target group? Have gender indicators been identified to clarify objectives and facilitate monitoring ? How will objectives for gender equality and women's participation be pursued in the project? Have specific strategies been identified? Have the budgetary implications of equality and gender been considered? Does monitoring provide for gender disaggregated data collection on participation in various aspects of the project and on the selected indicators? (PHG 2005).

palästinensischen Konflikt zu lesen. Zudem werden seit 1988, als es im Zuge der ersten Intifada zur Zerstörung von Wasserinfrastruktur durch das Israelische Militär kam, zahlreiche *emergency water supply* (Notfall-Wasserversorgung) Projekte durchgeführt.²¹⁵ Auch das international auf hohe Anerkennung stoßende Water and Sanitation Hygiene Monitoring (WaSH) Projekt,²¹⁶ in dem durch militärische Interventionen verursachte Schäden am Wasserversorgungssystem und die Auswirkungen von Abriegelungen und Mauerbau auf die Wasserversorgung und Gesundheit der Bevölkerung dokumentiert wird, ist hier zu nennen.²¹⁷

Insgesamt wird deutlich, dass Genderaspekte innerhalb PHG auf programmatischer Ebene eine wichtige Rolle spielen und zudem die Arbeit der PHG in hohem Maße von der politischen Konfliktsituation bestimmt wird.

Die gemeinnützige palästinensische NGO **Palestinian Agricultural Relief Committees (PARC)** wurde 1983 mit dem Ziel gegründet, dem Rückgang des landwirtschaftlichen Anbaus infolge der israelischen Besetzung zu begegnen. PARC ist mit 138 Festangestellten die größte palästinensische Organisation im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und verfolgt einen dezentralen Arbeitsansatz mit starker Basisbeteiligung (PARC 2005:13). Zu den von PARC umgesetzten Projekten gehören dabei auch Bewässerungssysteme, die Rehabilitation von Quellen und Brunnen sowie Technologien zur Grauwasseraufbereitung für die als Projektbegünstigte Frauen adressiert werden.²¹⁸

PARC verfügt sowohl auf programmatischer als auch auf institutioneller Ebene über einen Genderansatz. Das Ziel *“Empowering Rural Women and Increasing their Role in Society”* stellt neben Ernährungssicherheit, Organisationsentwicklung und Trainingsaktivitäten eines der vier ausgewiesenen Unternehmensziele dar. Im Unternehmensleitbild wird formuliert: *“PARC is a leading Palestinian NGO working in the field of rural development, environment protection, and women empowerment. [...]”*²¹⁹ Die institutionelle Verankerung des Gender-Ansatzes der Organisation wird nicht zuletzt daran deutlich, dass ihr Gender-Engagement auf eine 1987 eigens durchgeführte Studie zur sozio-ökonomischen Situation von Frauen in den ländlichen Gegenden der West Bank zurückgeführt wird. Zu den Studien-Ergebnissen zählte, dass 65% der landwirtschaftlichen Tätigkeiten von Frauen als Teil ihrer Haushaltspflichten unentgeltlich erledigt würden während sie gleichzeitig über einen nur mangelnden Zugang zu

²¹⁵Dazu gehören die Rehabilitation von lokalen Wasserquellen und die Förderung von Regenwasserzisternen auf Haushaltsebene <http://www.phg.org/background/background.html> (27.3.2007).

²¹⁶<http://www.phg.org> (27.3.2007).

²¹⁷Vgl. auch PHG 2004; PHG 2005a, <http://www.phg.org/campaign/campaign/background.html> (27.3.2007).

²¹⁸<http://www.pal-arc.org/about/general.html> (27.3.2007).

²¹⁹<http://www.pal-arc.org/about/mission.html> (27.3.2007).

landwirtschaftlichen Erträgen verfügten²²⁰ und von Entscheidungsprozessen auf Haushalts- und Gemeindeebene ausgeschlossen seien.

Im Jahre 1997 gründete PARC ein Gender Focus Team mit dem Ziel, Gender in der Organisation zu „mainstreamen“. Dies beinhaltete das Ziel, den Frauenanteil unter Berücksichtigung der Verantwortung und Position innerhalb der eigenen MitarbeiterInnen sowie der Projektbegünstigten auf Zielgruppenebene zu steigern. Schließlich wurde aus PARC heraus die Rural Women’s Development Society (RWDS) als eigenständige Institution gegründet.

Der israelisch-palästinensische Konflikt taucht sowohl innerhalb der PARC Programmatik, der Berichterstattung und der Selbstdarstellung im Internet auf. Schon in der Begründung für die Organisationsgründung wird auf die israelische Besatzung und deren negativen Einfluss auf die palästinensische Landwirtschaft im Jordantal hingewiesen. In der Beschreibung der Organisationschronik wird hervorgehoben, dass PARC von Anfang der ersten Intifada 1987 an eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der „*Popular Committees*“ gespielt habe.²²¹ In den Jahresberichten werden regelmäßig Daten zur ökonomischen, sozialen und politischen Situation in den palästinensischen Gebieten aufgearbeitet, die immer im Konfliktkontext beschrieben werden. Dies betrifft insbesondere die gravierende Armut, die im Zusammenhang mit der gestiegenen Arbeitslosigkeit steht und die exponentielle Entwicklung der Landenteignung und Zerstörung von Olivenbäumen durch den Mauerbau (PARC 2005).

Insgesamt scheinen Genderaspekte auf programmatischer Ebene sowie auch institutionell in der NGO fest verankert zu sein. Hervorzuheben ist, dass es hier nicht nur um die Beteiligung von Frauen, sondern auch ausdrücklich darum geht, die gesellschaftliche Rolle von Frauen in Palästina zu verändern, zumal dies als Voraussetzung für die palästinensische Entwicklung erachtet wird. Die gesamte Arbeit der NGO wird durch die politische Situation geprägt, weshalb der Konflikt eine prominente Rolle in Programmen, Veröffentlichungen und Projektalltag einnimmt.

Agricultural Cooperative Development International and Volunteers in Overseas Cooperative Assistance (ACDI/VOCA) ist eine nordamerikanische NGO, die im Bereich Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Gemeindeentwicklung arbeitet. In den palästinensischen Gebieten führt ACDI/VOCA auch Wasserversorgungs- und Grauwasseraufbereitungsprojekte auf Haushaltsebene durch. Die NGO wurde 1963 gegründet

²²⁰<http://www.rwds.ps/mission/index.html> (27.3.2007).

²²¹<http://www.pal-arc.org/about/general.html> (27.3.2007).

und ist heute mit rund 800 MitarbeiterInnen in 40 Ländern aktiv.²²² Auf ihrer Internetseite werden die Genderleitlinien “ACDI/VOCA's Commitment to Gender Equity” zum Herunterladen bereitgestellt.²²³ Hier wird zunächst darauf verwiesen, dass sowohl in entwickelten als auch in Entwicklungsländern eine Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, eine Mehrfachbelastung von Frauen, Benachteiligungen von frauengeführten Haushalten vorherrsche und diese durch internationale Maßnahmen oft negativ betroffen waren. ACDI/VOCA erkennt zudem die essentielle Rolle von Frauen auf Haushalts-, Gemeinde- und gesamtgesellschaftlicher Ebene und damit die daraus resultierende Notwendigkeit an, Frauen am Entwicklungsprozess teilhaben zu lassen. Mit ihrem “Bekenntnis zu Geschlechtergerechtigkeit” verfolgt ACDI/VOCA das Ziel, gleiche Partizipation von Männern und Frauen auf Organisations- und Projektebene durch gleichen Zugang zu Ressourcen und zu entscheidungsrelevanten Positionen zu ermöglichen. Darüber hinaus ermutigt die NGO ihr Personal, Genderaspekte in ihre Arbeit zu integrieren und verpflichtet sich, lokale Initiativen zur Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit zu unterstützen.

Insgesamt zeigt ACDI/VOCA eine deutliche Bekenntnis zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit. Das vergleichsweise kurze Selbstverpflichtungs-Dokument gibt jedoch keine Hinweise auf dessen Operationalisierung und Umsetzung. Auch finden sich in der Selbstdarstellung der Organisation keine Hinweise darauf, welche Rolle Konfliktsituationen für die Projektarbeit spielen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die großen palästinensischen mit Wasser befassten NGO PHG und PARC, sowie die amerikanische international tätige NGO ACDI/VOCA sich durch prominente Gender-Programme und Leitlinien sowie genderspezifische Unternehmensziele auszeichnen. Insbesondere bei den beiden palästinensischen NGO zeichnet sich dabei ein hoher Operationalisierungsgrad ab. Hervorhebenswert ist, dass dies deutlich über die sonst übliche „Einbindung von Frauen“ hinausgeht. Vielfach wurde hier das Ziel der Veränderung von Genderrollen auch im Zusammenhang mit der Wasserversorgung angestrebt.

5.1.2 Fraueninstitutionen

Ergänzend zur Befragung von mit Wasser befassten NGOs wurden einige Mitarbeiterinnen von Fraueninstitutionen befragt, um deren Perspektive auf die Frage von Gender und

²²²[http://www.acdivoca.org/852571DC00681414/Lookup/ACDIVOCA_Fact_Sheet/\\$file/ACDIVOCA_Fact_Sheet.pdf](http://www.acdivoca.org/852571DC00681414/Lookup/ACDIVOCA_Fact_Sheet/$file/ACDIVOCA_Fact_Sheet.pdf) (28.1.2010).

²²³http://www.acdivoca.org/852571DC00681414/ID/aboutus_genderequity (27.1.2010).

Wasserversorgung zu erfassen. Um Auffassungen aus verschiedenen Perspektiven einfangen zu können, wurden vier Institutionen ausgewählt: eine NGO mit (Wasser)Projekt-Implementierungspraxis, die Abteilung Gender Mainstreaming und Gender Training des im November 2003 gegründeten palästinensischen Frauenministeriums²²⁴, der Stadtrat von Betunia, der Bentunia Frauen Club sowie der Frauenclub des Al-Amari Flüchtlingscamps (vgl. auch Anhang 2). Da zu den letztgenannten drei Fraueninstitutionen keine schriftlichen Dokumente hinsichtlich deren Genderprogrammatik vorlagen, wird im folgenden ausschließlich die NGO ausführlicher vorgestellt.

Die **Rural Women's Development Society (RWDS)** wurde aus der in Kapitel 5.1.1 NGO PARC heraus gegründet, um zur Verbesserung der ökonomischen sozialen und politischen Bedingungen für palästinensische Frauen in ländlichen Gebieten beizutragen.²²⁵ RWDS wurde offiziell 2001 registriert und ist nach wie vor an PARC angegliedert.

Zu den RWDS Unternehmenszielen zählen Gender und Frauen-Angelegenheiten in den palästinensischen Entwicklungsprozess auf lokaler und nationaler Ebene einzubringen und palästinensische Frauen aus ländlichen Gemeinden zu empowern. Insbesondere im Rahmen des Programms *Development of Income Generating Projects*, werden diverse wasserbezogene Projekte durchgeführt; dazu gehört das Anlegen von Hausgärten, wodurch einerseits ein Beitrag zur Nahrungsmittelsicherheit geleistet und andererseits zusätzliches Einkommen durch den Verkauf weiterverarbeiteter Nahrungsmittel geschaffen wird. Dies wird häufig begleitet durch den Bau von Regenwasserzisternen, von häuslichen Grauwasserkläranlagen sowie Anleitungen zum sparsamen Wassergebrauch für den häuslichen und landwirtschaftlichen Gebrauch, da angesichts der Wasserknappheit die Frage der Wasserverfügbarkeit für die Bewässerung von elementarer Bedeutung ist.²²⁶

Für die NGO RWDS steht damit die Frage der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit im Vordergrund aller Aktivitäten. Obwohl das Konfliktthema nicht ausdrücklich auf programmatischer Ebene benannt wird, finden sich in diversen Publikationen über die Organisations-Aktivitäten Konfliktbezüge. So wird mehrfach auf die abnehmende Nahrungsmittelsicherheit infolge der israelischen Isolationspolitik, deren strikter Kontrolle über Lebensmittelimporte²²⁷ sowie auf die direkten Folgen von militärischen Operationen

²²⁴<http://www.mowa.gov.ps/> (27.1.2010).

²²⁵<http://www.rwds.ps/mission/index.html> (27.3.2007).

²²⁶<http://www.rwds.ps/programs/index.html> (27.3.2007).

²²⁷<http://www.rwds.ps/programs/index.html> (27.3.2007).

durch die israelische Armee hingewiesen.²²⁸ Der Konflikt ist somit Teil der alltäglichen Arbeit auch wenn sich dies nicht auf programmatischer Ebene niederschlägt.

5.1.3 Lokale Frauengruppen

In der Mehrzahl der palästinensischen Dörfer gibt es lokale Frauengruppen, die im Gegensatz zu den bislang vorgestellten AkteurInnen keine professionelle Sicht auf die Wasserversorgung haben, sondern unmittelbar die WassernutzerInnenperspektive widerspiegeln, die im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit zur Erweiterung der Perspektive berücksichtigt werden soll. In neun der 79 Gemeinden des Ramallah Distriktes wurden Interviews durchgeführt. Diese neun Dörfer wurden aus folgenden Gründen ausgewählt: aufgrund des noch nicht vorhandenen, aber in Planung befindlichen Anschluss an die zentrale Wasserversorgung (Ein Quinia), des vergleichsweise neuen Anschluss an die zentrale Wasserversorgung (Deir As-Suda und Ein Areek), der abgelegenen Lage hinter Checkpoints bzw. Straßensperren (Atara und Ein Quinia), des überdurchschnittlich hohen Anteil an von Frauen geführten Haushalten (Turmos Ayya), aufgrund der besonderen konfliktbedingten Betroffenheit von Wasserknappheit, Landenteignung durch den Mauerbau und Armut (Beilein), sowie aufgrund der Tatsache, dass nicht JWU sondern West Bank Water Department Wasserversorger ist, dessen Versorgung insgesamt als schlechter gilt (Budrus). Die noch fehlenden zwei Dörfer Kober und Mazra' al-Qiblya weisen keine hervorstechenden Eigenschaften auf, sondern stellen gleichsam den Durchschnittsfall dar.

In keinem der Fälle lag schriftliches Material der Frauengruppen vor, so dass keine Aussage über Gründungsziele und -programmatisierung gemacht werden kann. In allen Fällen waren die Frauengruppen und -assoziationen gemeinnützig tätig; die Mitglieder wurden ehrenamtlich aktiv. Die Frauengruppen wiesen einen sehr unterschiedlichen Institutionalisierungsgrad²²⁹ auf. Auch die Intensität der von den lokalen Frauengruppen durchgeführten Aktivitäten und Projekte variierte beträchtlich, was in hohem Maße vom jeweiligen Zugang zu Ressourcen und Kontakten abhing.²³⁰ Zu den am häufigsten genannten Aktivitäten der lokalen

²²⁸Ein Beispiel dafür ist der im April 2002- zwei Wochen nach der militärischen Wiederbesetzung zahlreicher palästinensischer Städte- veröffentlichte Monitoring Bericht, in dem ein spezieller Blick auf die Folgen für palästinensische Frauen aus den ländlichen Gebieten geworfen wurde (RWDS 2002). <http://www.rwds.ps/publications/pub-inisght-05-04-03.html> (27.3.2007).

²²⁹So wurden im Fall von Deir Al-Sudan die interessierten und engagierten Frauen von der neu in den Dorfrat gewählten Abgeordneten zusammengerufen, während es im Fall von Ein Quinia gar keine, weder formale noch informell organisierte Aktivitäten seitens einer Frauengruppe gibt. In anderen Fällen wie Beilein verfügte die Frauengruppe zwar über kein eigenes Gebäude, traf sich aber regelmäßig an anderen Orten, während es schließlich im Fall von Turmos Ayya oder Mazra Qiblya auch ein eigenes Gebäude der lokalen Frauengruppe gab.

²³⁰In einigen Fällen werden von nationalen und internationalen Organisationen geförderte Projekte durchgeführt. So seien in Ein Areek mit dem World Vision Programm Hausgärten und Regenwasserzisternen Projekte durchgeführt worden und in Mazra Qiblya seien Fortbildungskurse mit den palästinensischen und internationalen NGOs durchgeführt worden. Hingegen wurde in Atara angegeben, dass es zur Zeit des

Frauengruppen zählte das Anlegen von Hausgärten zur Selbstversorgung, Nahrungsmittelproduktion und -weiterverarbeitung, die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen, das Veranlassen von Festen, die Durchführung von Weiterbildungsveranstaltung über landwirtschaftliche Anbaumethoden, Hygienepraktiken, erste Hilfe, reproduktive Gesundheit (*reproductive health*) und Kindererziehung sowie Bau und Instandhaltung von Regenwasserzisternen.

Die Aktivitäten der lokalen Frauengruppen haben mit der Linderung von Umständen zu tun, die durch den Konflikt entweder hervorgerufen oder verstärkt wurden. Dies betrifft insbesondere die prekäre sozio-ökonomische Situation der Haushalte und die schlechte Gesundheitsversorgung v.a. in ländlichen Gebieten. Insofern nimmt der Konflikt in Diskursen und Aktivitäten der Frauengruppen eine prominente Rolle ein.

5.2 Untersuchung der Genderbezüge von Wasserversorgung im Ramallah-Distrikt

In diesem Kapitel werden Genderbezüge von Wasserversorgung im Ramallah Distrikt untersucht. Dies betrifft sowohl die Projektanalyse als auch den erweiterten Blick auf die Wasserversorgung im Ramallah Distrikt aus Sicht der NutzerInnen(-nahen) Akteursgruppen. Im einzelnen werden die Genderdimensionen - Geschlechterzusammensetzung (5.2.1), Partizipationsstrategien (5.2.2), technische Gestaltung, Konflikt und Gender (5.2.3), Zugang zu Ressourcen (5.2.4) sowie Arbeitsteilung und Wassernutzung (5.2.5) im konkreten Konfliktkontext in den Blick genommen und die sich daraus ergebenden Genderbezüge herausgestellt. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass eine trennscharfe Abgrenzung der einzelnen Genderdimensionen nicht in jedem Fall möglich ist. Insbesondere wirken Partizipationsstrategien und technische Gestaltung der Wasserversorgung unmittelbar auf die genderspezifische Arbeitsteilung und den Zugang zu (Wasser-)Ressourcen.

5.2.1 Geschlechterzusammensetzung und Organisationsstruktur innerhalb der Akteursgruppen

Basierend auf Projektunterlagen und Interviews wurden Informationen zur Geschlechterzusammensetzung in den projektdurchführenden Institutionen GTZ und JWU sowie den weiteren in Kapitel 5.1 beschriebenen Akteuren des Wassersektors aufgearbeitet. Dabei wurden insbesondere die verschiedenen Hierarchieebenen sowie die Aufgabenbereiche

Interviews (Sommer 2006) kaum Aktivitäten in der lokalen Frauengruppe gäbe, da sie über keinerlei Finanzmittel verfügten. Um dem Problem des mangelnden Zugangs zu Ressourcen und Finanzen zu begegnen, verwalteten in Mazra Quibliya und Belein die Frauengruppen selbst Guthaben. Die Mitglieder der Frauengruppe zahlen 10 Dinar monatlich ein. Von dem angesammelten Guthaben werden Kleinkredite an die Mitglieder zu niedrigem Zins und wenig bürokratischem Aufwand verliehen.

– beispielsweise technische versus nicht-technische Arbeitsbereiche – berücksichtigt. Die Frage der genderspezifischen Besetzung von Hierarchieebenen sowie von unterschiedlichen – insbesondere technischen versus nicht-technischen – Arbeitsbereichen lässt sich dabei der strukturellen Dimension expliziter Genderbezüge nach Harding zuordnen.

Für die projektdurchführenden Institutionen GTZ und den Wasserversorger JWU bestätigt sich die Hypothese (vgl. Kapitel 2.3), dass **insbesondere die höheren Hierarchieebenen im Wassersektor vornehmlich von Männern besetzt werden, während Frauen in den mittleren und unteren Hierarchieebenen** zu finden sind. So war die Ebene der Projekt- und Büroleitung im GTZ-Wasserversorgungsprojekt in allen drei Projektphasen männlich besetzt, während die den unteren Arbeitshierarchien zuzuordnenden Bereiche des Sekretariats sowie das unbezahlte Praktikum in der ersten Projektphase weiblich besetzt wurden.²³¹ Dies gilt auch für den Wasserversorger JWU. Im gesamten Untersuchungszeitraum seien keine Frauen in den höheren JWU-Hierarchien einschließlich der Abteilungsleiterebene zu finden gewesen, sondern vornehmlich im Sekretariat, als Praktikantin, sowie als Ingenieurinnen.²³²

Jedoch lässt sich insgesamt eine **positive Entwicklung hin zu einem höheren Anteil von Frauen unter den Festangestellten im GTZ Wasserbüro Ramallah feststellen**. Während in der ersten Projektphase noch keine Frau unter den zwei Angestellten war, war in der zweiten Projektphase bis 2001 eine von drei Angestellten weiblich.²³³ 2006 zum Ende der dritten Projektphase waren drei von fünf und damit die Mehrheit der Festangestellten Frauen²³⁴. Laut Aussage des seit Sommer 2005 zuständigen Leiters des GTZ Wasserbüro in Ramallah kann dies als Resultat einer aktiven Frauenförderpolitik seit 2003 erachtet werden, die von ihm explizit unterstützt werde.²³⁵ Diese positive Entwicklung trifft allerdings nicht für die im Rahmen des GTZ-Projektes angestellten Kurzezeitfachkräfte zu. Laut Aussage eines ehemaligen GTZ Mitarbeiters²³⁶ wurden bis Ende der zweiten Projektphase insgesamt kaum Frauen eingestellt. Der Aussage des GTZ-Wasserbüroleiters gegen Ende der dritten

²³¹C.M. (GTZ) 10.4.2006; Hospitantzbericht 1995 sowie Informationserhebung bei JWU-Besuchen während der beiden Forschungsaufenthalte in Ramallah 2005 und 2006.

²³²C.M. (GTZ) 10.4.2006 sowie Information erhoben bei JWU-Besuchen während der beiden Forschungsaufenthalte in Ramallah 2005 und 2006.

²³³In der ersten Projektphase waren sowohl Büroleiter als auch technischer Angestellter männlich. In der zweiten Projektphase waren drei Personen als Festangestellte im Wasserbereich beschäftigt, von denen Büro-Leiter und technischer Angestellter männlich, und die Festangestellte im Bereich Verwaltung und Rechnungswesen weiblich war (Interview mit C.M. (GTZ) 10.4.2006).

²³⁴Ende der dritten Projektphase 2006 – während meines zweiten Forschungsaufenthaltes waren im GTZ Wasserbüro in Ramallah fünf Personen in drei Wasserprojekten angestellt. Der Büroleiter sowie einer der drei technischen Fachkräfte waren männlich, während zwei der technischen Fachkräfte sowie die Verwaltungs-/Buchhaltungsfachkraft weiblich waren.

²³⁵N.M. (GTZ) 15.5.2006.

²³⁶C.M. (GTZ Mitarbeiter in der zweiten Projektphase) 10.4.2006. In diesem Sinne auch der Umstand, dass die zum Abschluss der ersten Projektphase durchgeführte Projektfortschrittskontrolle von zwei männlichen internationalen Kurzezeitfachkräften durchgeführt wurde (vgl. PFK Report 1997).

Projektphase (2006) ließ sich entnehmen, dass auch in der dritten Projektphase der Großteil der externen Kurzeitaufträge an Männer vergeben wurde.²³⁷

Es bestätigte sich auch im untersuchten GTZ-Wasserprojekt die **„traditionelle“ geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen technischer und nicht-technischer Sphäre**. So erfolgte die Besetzung der nicht-technischer Bereiche wie Verwaltung mit Frauen und die Besetzung „klassischer“ technischer Bereiche wie der Bau von Infrastruktur durch Männer. Zwar stieg der Frauenanteil im GTZ-Projekt in der dritten Projektphase auch unter den Angestellten mit technischem (Ingenieurs-)Abschluss.²³⁸ Jedoch leisten die als technische Fachkräfte angestellten Wasser-Ingenieurinnen keine „klassische“ Ingenieursarbeit im Infrastrukturbereich; vielmehr war eine für den Bereich Training, die andere für Öffentlichkeitsarbeit (PA), Organisationsentwicklung und Managementsysteme zuständig. Die Erhöhung des Frauenanteils im GTZ-Wasserprojekt könnte insofern auch mit der Schwerpunktverschiebung innerhalb des Wasserversorgungsprojektes selbst – weg von den technisch ausgerichteten Ziele der Grundwasserneuerschließung hin zum weniger stark technisch ausgerichteten Ziel der verbesserten und kostendeckenden Betriebsführung – in Zusammenhang gesetzt werden.

Auch für den lokalen Wasserversorger **JWU bestätigt sich zunächst das häufig gezeichnete Bild einer männerdominierten technokratischen Institution des Wassersektors**. So ist der Beschreibung der JWU-Organisationsstruktur in den GTZ-Projektangeboten für die zweite und dritte Projektphase (Projektangebot 1997:15, Projektangebot 2001:15) zu entnehmen, dass *"der Frauenanteil im Personal entsprechend den Gepflogenheiten des arabischen Kulturkreises extrem niedrig sei. Weibliche Angestellte seien nahezu ausschließlich im Bereich des Sekretariats zu finden."* Im Sommer 2006 waren nur sieben der 190 bei JWU Festangestellten Frauen, davon eine Frau im Sekretariat und drei Frauen in der Finanzabteilung.²³⁹ In der 100 Personen starken Wartungsabteilung, die für das Rohrleitungs- und Pumpsystem der JWU-Wasserinfrastruktur zuständig sind, arbeiteten keine Frauen. Bemerkenswert ist jedoch der mit mehr als einem Drittel vergleichsweise große Anteil an hochqualifizierten Ingenieurinnen in der Abteilung für Ingenieurwesen und Konstruktion, die für Planung, Design, Monitoring, Kalkulationen für die EndverbraucherInnen sowie neue Anschlüsse zuständig ist. Hier arbeiteten im Mai 2006 13 Ingenieure als Festangestellte,²⁴⁰ davon drei Frauen. Zusätzlich waren im Juni 2006 drei weitere Ingenieurinnen als

²³⁷N.M. (GTZ) 15.5.2006.

²³⁸Zwei der vier Angestellten mit ingenieurwissenschaftlichem Abschluss waren Frauen.

²³⁹B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

²⁴⁰N.Kh. (JWU) 8.5.2006.

Kurzzeitkräfte eingestellt worden, um eine Studie über Möglichkeiten der Nutzung lokaler Wasserquellen in Ein Quinia, Ajul und Deir Al-Sudan als alternative Wasserressourcen durchführten.²⁴¹ Damit wird deutlich, dass die JWU-Ingenieurinnen – im Gegensatz zu den im GTZ-Wasserprojekt angestellten – klassische Ingenieursarbeiten ausüben. In Zusammenschau mit dem in Kapitel 3 beschriebenen, im Vergleich zu Deutschland deutlich höheren, Frauenanteil in Naturwissenschaft und technischen Studiengängen in den palästinensischen Gebieten deutet dies darauf hin, dass die Geschlechter-Dichotomie im Bereich der Technik und Naturwissenschaften in den palästinensischen Gebieten im hochqualifizierten Bereich²⁴² nicht so ausgeprägt ist.

Für die ersten beiden Projektphasen findet sich bei der Betrachtung der Geschlechterzusammensetzung für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit (Public Awareness – PA) ein Hinweis auf einen impliziten Genderbezug, der sich nicht auf Männer und Frauen, sondern auf geschlechtlich besetzte gesellschaftliche Bereiche bezieht und häufig mit genderspezifischen Auf- und Abwertungsprozessen einhergeht. So wurde in der ersten Projektphase dem PA-Arbeitsbereich kein hoher Stellenwert in der Projektumsetzung beigemessen. Die Thematik wurde nicht von den im Projekt-Angestellten, sondern von zwei Praktikantinnen – einer deutschen GTZ-Praktikantin und einer französischen JWU-Praktikantin – bearbeitet, die ein Öffentlichkeitsarbeit-Programm für den lokalen Wasserversorger JWU entwarfen.²⁴³ Es fanden sich jedoch in der Umsetzungsdokumentation der ersten Projektphase weder Hinweise auf die Umsetzung des besagten Öffentlichkeitsprogramms noch auf andere PA-Aktivitäten. In der zweiten Projektphase wurde dem PA-Bereich ein höherer Stellenwert beigemessen. So wurden innerhalb von JWU- und GTZ-Arbeitsgruppen und -strukturen zur Bearbeitung von PA-Themen, insbesondere im Zusammenhang mit der Akzeptanzschaffung für die geplanten Wasserpreiserhöhungen, geschaffen. Dazu gehörte auch die Schaffung bezahlter Stellen bei JWU und GTZ. Die damit ersichtliche Aufwertung des nicht-technischen PA-Bereiches ging interessanterweise zunächst mit der Besetzung und „Übernahme“ des Themas von männlichen Angestellten einher. So geht aus dem Protokoll eines PA-Arbeitstreffens²⁴⁴ zwischen JWU, GTZ und der Gemeinde Al-Bireh hervor, dass acht Männer und keine Frau an dem Treffen teilnahmen. Auch die im letzten Jahr der zweiten Projektphase von der GTZ für den PA-Bereich angestellte lokale Fachkraft sowie der Leiter des in der zweiten Projektphase neu etablierten JWU-Abteilung für

²⁴¹B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

²⁴²Dies gilt jedoch nicht für den handwerklich-technischen Bereich.

²⁴³Vgl. Sachstandsberichte Nr. 1 1994, Nr. 2 1994, Nr. 3 1995, Nr. 4 1995, Nr. 5 1996 der ersten Projektphase und Hospitantbericht 1995.

²⁴⁴Vgl. Minutes “Awareness Campaign” 2001.

Öffentlichkeitsarbeit waren Männer. Dieses Ergebnis ist insofern überraschend, als dass noch in der ersten Projektphase das Thema PA innerhalb von GTZ und JWU gar nicht, bzw. auf Praktikanten-Ebene von Frauen bearbeitet worden war und auch in internationalen und palästinensischen NGOs sich vorwiegend Frauen mit PA beschäftigten.²⁴⁵ An diesem Punkt bestätigt sich zudem, dass bezahlte Stellen in EZ-Wasserprojekten häufig an Männer vergeben, während unbezahlte Arbeiten, wie Praktikantenaufgaben, von Frauen durchgeführt werden (vgl. Kapitel 2.3).

Seit der dritten Projektphase jedoch wurde der Bereich PA und Managementsysteme im GTZ-Projekt – möglicherweise im Zusammenhang mit der aktiven Frauenförderung hinsichtlich der Personalpolitik durch den Leiter des GTZ-Wasserbüros in Ramallah – von einer Ingenieurin bearbeitet. Da die PA-Arbeit nach wie vor als wichtiger und erfolgreicher Projektbestandteil dargestellt wurde, kann damit nicht von einem erneuten Abwertungsprozess seitens der GTZ gesprochen werden. Innerhalb des Wasserversorgers JWU war die Stelle für PA und PR zum Zeitpunkt des zweiten Forschungsaufenthaltes 2006 – zum Ende der dritten Projektphase – seit mehreren Jahren vakant. Insofern lässt sich hier kein eindeutiger impliziter Genderbezug über die gesamte Projektlaufzeit und für beide projektdurchführende Institutionen in gleichem Maße feststellen.

Die weiteren in diesem Kapitel untersuchten **nutzer(-nahen) AkteurInnen**, insbesondere die beiden im Wassersektor aktiven palästinensischen NGOs PHG und PARC zeichnen sich entsprechend ihrer organisationsinternen Ziele durch **vergleichsweise hohe Frauenanteile unter den projektdurchführenden Mitarbeiterinnen auch in der mittleren Hierarchieebene aus**. So weist das in Kapitel 5.1 dargestellte organisationsinterne Ziel der NGO PHG, mehr Frauen „*in all technical and administrative levels*“ einzustellen (PHG 2002), vor dem Hintergrund, dass 2001 65% der MitarbeiterInnen Frauen waren, einen vergleichsweise großen Erfolg auf. Dieser Eindruck wird auch durch die verschiedenen im Zuge der während meiner Feldforschung 2005 und 2006 mittels Besuchen und Interviews im PHG Büro gewonnen Eindrücke und Informationen bestätigt. Frauen sind hier insbesondere als technische Mitarbeiterinnen auch mit Leitungsfunktion stark vertreten. Ähnlich verhält es sich mit der Geschlechterzusammensetzung in der NGO PARC, die ebenfalls das Organisationsziel verfolgt, den Frauenanteil unter Berücksichtigung der Verantwortung und Position innerhalb der eigenen MitarbeiterInnen zu steigern. 2004 war hier der Anteil

²⁴⁵Im Bericht der GTZ-Praktikantin wurde auf die zwei Leiterinnen des UNDP Wasser-PA-Programms, sowie eine palästinensische Leiterin des Ingenieurs- und Planungsbüros der Stadtverwaltung Nablus verwiesen, die Wasser-PA-Aktivitäten mit Klempnerlehrlingen durchführte (Hospitantzbericht 1995). Auch waren zehn von 16 TeilnehmerInnen eines Board Meeting des von Deutschland geförderten Fonds für palästinensische NGOs zum Thema „Wasser und PA“ Frauen (Vgl. Protokoll Board Meeting 1999).

beschäftigter Frauen mit 37% bei einem gesamtgesellschaftlichen Anteil von 10% arbeitstätiger Frauen vergleichsweise hoch. **Jedoch bestätigt sich auch bei diesen Wasser NGOs, dass die oberste Hierarchieebene von Männern besetzt ist.** Eine Ausnahme stellen die befragten Fraueninstitutionen und lokalen Frauengruppen dar, in denen ausschließlich Frauen arbeiten, die damit auch alle Hierarchieebenen besetzen.

5.2.2 Partizipationsstrategien

In diesem Abschnitt werden die den vier Partizipationsebenen Information, Konsultation, Einflussnahme durch Mitwirkung und Mitentscheidung sowie Rechte (vgl. Kapitel 2.1.4.3) zuzurechnenden Partizipationsstrategien des GTZ-Wasserversorgungsprojekts dargestellt und untersucht, welche AkteurInnen Einfluss auf die Gestaltung von Wasserversorgung im Rahmen des GTZ-Wasserprojektes im Ramallah Distrikt hatten. Die Analyse der Partizipationsstrategien berührt dabei die strukturelle Dimension expliziter Genderbezüge. So werden die Möglichkeiten bzw. der Ausschluss von Projektmitarbeit sowie ggf. auch von Projektvorteilen in hohem Maße durch die geschlechtsspezifische Verteilung von Erwerbs- und Versorgungsarbeit und geschlechtsspezifisch unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu Berufen, wie im Wassersektor, bestimmt. Dies wird anhand der Projektplanungs- und Umsetzungsdokumente überprüft, durch die in Interviews geäußerten Ansichten der ProjektmitarbeiterInnen von GTZ und JWU sowie der weiteren befragten Nutzer(-innen) AkteurInnen zum Thema (gendersensibler) Partizipationsstrategien ergänzt, um anschließend mögliche Ausschlussmechanismen zu diskutieren.

Es hat sich gezeigt, dass das GTZ-Wasserversorgungsprojekt im Ramallah Distrikt in den drei Projektphasen über eine limitierte Partizipationsstrategie für die eigentliche Projekt-Hauptzielgruppe der palästinensischen WassernutzerInnen verfügte. Zwar fanden sich in den Projektunterlagen einzelne auch den drei höheren Partizipationsebenen zuzuordnende Elemente wieder. Jedoch konzentrierte sich der Großteil auf die unterste Partizipationsebene der Informationsvermittlung.

Erste Partizipationsebene: Informationsweitergabe Hinweise auf Elemente der Informationsweitergabe finden sich insbesondere innerhalb des Arbeitsbereichs Öffentlichkeitsarbeit (PA). Dabei handelt es sich um eine indirekte Form von Beteiligung, indem die Zielgruppe Adressatin von Informationen ist und zu bestimmten Verhaltensänderungen angeregt werden soll. In den Projektanträgen zu allen drei Projektphasen wurden dabei Frauen für PA-Aktivitäten zur Erzielung wassersparenden Verhaltens aufgrund ihrer häuslichen Verantwortung ausdrücklich als wichtiger Teil der

Zielgruppe des Projektvorhabens identifiziert (Projektangebot 1993:13f., Projektangebot 1997:5f., Projektangebot 2001:6f.). Im ersten Projektangebot wurde die Zielgruppe für Wasserspar-PA-Aktivitäten zudem hinsichtlich ihres Zugangs zu Wasser unterteilt.²⁴⁶ Die auf Planungsebene genannte Relevanz der Zielgruppe „Frauen“ spiegelt sich hingegen auf Planungsebene nicht bei der Operationalisierung der PA-Komponente in einzelne Aktivitäten wider. So wurde bei den umgesetzten PA-Aktivitäten keine Genderdifferenzierung vorgenommen und Frauen nicht mehr als explizite Zielgruppe angesprochen. Statt dessen stand die Gruppe der JWU-KundInnen sowie der SchülerInnen und LehrerInnen im Vordergrund. Auch wurde bei den umgesetzten PA-Aktivitäten die Zielgruppe nicht mehr hinsichtlich ihres Zugangs zu Wasser differenziert.

Hervorhebenswert ist, dass PA-Aktivitäten erst seit Ende der zweiten Projektphase umgesetzt wurden. Dies ist nach Aussage des in der zweiten Projektphase angestellten GTZ-Mitarbeiters nicht zuletzt auf die kritische Haltung der JWU zurückzuführen: Demnach könne JWU nicht von ihren KundInnen verlangen, mehr Wasser zu sparen, wenn JWU als Wasserwerkversorger der eigenen Verpflichtung nicht nachkommen könne, die KundInnen durchgängig und ausreichend mit Wasser zu versorgen. Außerdem sei es schwer vermittelbar, die palästinensische Bevölkerung zum Wassersparen anzuhalten, wenn diese sähen, dass es in Israel und in den benachbarten jüdischen Siedlungen Wasser in Überfluss gäbe.²⁴⁷ So berichtet auch die seit 2001 angestellte GTZ-Mitarbeiterin von Widerstände bei der Durchführung von PA-Aktivitäten mit Personen aus unterversorgten ländlichen Gebieten: *„In the villages there is a kind of conflict, they suffer from shortage of water in the community and we are coming to tell them 'take care of water'. They say, 'we don't have water to conserve'.*“²⁴⁸ Diese nicht in den Projektunterlagen niedergelegten Zweifel an der Berechtigung der genannten PA-Aktivitäten sind vor dem Hintergrund des israelisch-palästinensischen Konflikts zu lesen, in dessen Zuge es zu einer politischen „Aufladung“ von Wasser kommt.

Zu den seit Ende der zweiten Projektphase dokumentierten PA-Aktivitäten gehören insbesondere die Durchführung von Kampagnen-vorbereitenden Studien²⁴⁹ und PA-Kampagnen zur Anregung wassersparenden Verhaltens. Dies umfasst die Durchführung von Sommercamps zum Thema Wasser mit Jugendlichen in Zusammenarbeit mit Gemeinderäten

²⁴⁶1) Bevölkerungsteile ohne zentralen Wasseranschluss mit einem Wasserverbrauch von weniger als 20 l/c*d Wasser, die im Projektverlauf an das zentrale Wassernetz angeschlossen werden, 2) Bevölkerungsteile, die weniger als 20 l/c*d verbrauchen und auf absehbare Zeit nicht an die zentrale Versorgung angeschlossen werden und 3) Bevölkerungsteile, die einen durchschnittlichen Wasserverbrauch von 66 l/c*d aufweisen und an das zentrale Wassernetz angeschlossen sind (Projektantrag 1993: 13f.).

²⁴⁷C.M. (GTZ) 10.4.2006.

²⁴⁸N.Kh. (GTZ) 8.5.2006.

²⁴⁹Vgl. KAP-Studie (Knowledge, Attitude and Practice) sowie JWU Kundenzufriedenheitsstudie 2002.

und dem palästinensischen Bildungsministerium (MoE).²⁵⁰ Weiterhin wurden Unterrichtseinheiten an Schulen zum Thema Wassersparen durchgeführt, Wettbewerbe über Geschichten, Lieder und Gedichte zu Wasserthemen sowie wissenschaftliche Wasserfragen ausgeschrieben und Material wie Poster, Flyer, T-Shirts, Hüte, Postkarte, Aufkleber, Tassen, T-Shirts, Stundenpläne, Ausmalhefte und Comics mit dem Thema Wassersparen im Haushalt produziert und verteilt (Public Awareness Materialien). Dabei wurde insbesondere mit SchülerInnen von der 3.-11. Jahrgangsstufe aus gemischten und aus getrennten Mädchen- und Jungen-Klassen im Raum Ramallah, Al Bireh und Jerusalem gearbeitet. Zudem wurden LehrerInnen im Projektrahmen mittels LehrerInnen-Training und Fortbildungsseminaren hinsichtlich der Frage des Wassersparens und der Vermittlung dieses Wissens geschult.²⁵¹ Weiterhin wurden in den wichtigsten Tageszeitungen Wasserspar-Anzeigen geschaltet und in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium Radio- und TV-Spots zum Thema "Regenwassernutzung" und zum Thema "schlechter Umgang mit Wasser" im häuslich-privaten Rahmen erstellt. Aufgrund mangelnden Personals für dieses Aufgabengebiet wurden weder ein Monitoring noch eine Evaluation der Public Awareness-Aktivitäten durchgeführt. Gleichwohl bewertete die GTZ selbst die PA Aktivitäten in der zweiten und dritten Projektphase als erfolgreich.²⁵²

Zweite Partizipationsebene: Konsultation Zur zweiten Partizipationsebene der Konsultation zuzuordnen ist eine im Rahmen der PA-Aktivitäten in der zweiten Projektphase durchgeführte und in der dritten Projektphase publizierte JWU Kundenzufriedenheits-Studie (2002). Zielgruppe der Studie waren die JWU-KundInnen, die statistisch nach Geschlecht, Lokalität, Einkommensverhältnissen und Bildungshintergrund untergliedert wurden. Zudem wurde auch die Möglichkeit gegeben, Beschwerden und Verbesserungsvorschläge an JWU zu richten. Obwohl sich insgesamt eine hohe Zufriedenheit der JWU-KundInnen mit ihrem Wasserversorger abzeichnete, wurde teilweise ein fehlendes Interesse seitens JWU an Kundenproblemen bemängelt. An konkreten Verbesserungsvorschlägen wurde genannt, mehr PA-Programme wie Radiosendungen und offene Treffen in Dörfern durchzuführen, die Kundenfreundlichkeit der Zählerableser und Rechnungseinsammler zu erhöhen und mehr freie Telefonlinien für JWU-KundInnen einzurichten. Hier wurden die JWU-KundInnen also nicht nur informiert, sondern Meinungen und Anregungen abgefragt. Bei dieser Konsultation war jedoch formal nicht festgelegt, ob und inwieweit die Vorschläge berücksichtigt werden.

²⁵⁰N.Kh. (GTZ) 26.4.2006 und 8.5.2006.

²⁵¹N.Kh. (GTZ) 26.4.2006 und 8.5.2006.

²⁵²Vgl. Report PR 2000/2001, Projektfortschrittsbericht Nr. 2 2005.

Dritte Partizipationsebene: Einflussnahme durch Mitwirkung Die Durchführung von Projektplanungsworkshops durch die GTZ im Vorfeld der Projektangebotabgabe an das BMZ ist der dritten Partizipationsebene der Einflussnahme durch Mitwirkung zuzurechnen. Hier wird den verschiedenen professionellen Stakeholdern des palästinensischen Wassersektors die Möglichkeit gegeben, ihre Positionen bei der Formulierung von Problemen, Zielen und Modulen des einzureichenden Projektes einzubringen und somit Einfluss auf Planung, Schwerpunktsetzung und Umsetzung der Projektaktivitäten zu nehmen.

Im GTZ-Projekt wurden im Verlaufe der drei Projektphasen drei Stakeholder-Workshops durchgeführt (vgl. Workshop Dokumentationen 1993, 1997 und 2005). Ein Hinweis auf einen Ausschlussmechanismus zeigte sich darin, dass die kleineren Gemeinden des Ramallah Distriktes sowie Flüchtlingslager, die in vielen Fällen ökonomisch schlechter gestellt sind, in keinem der Stakeholder-Workshops vertreten waren. Ebenso waren in den ersten zwei Stakeholder-Workshops keine VertreterInnen von NGOs beteiligt und zudem Frauen deutlich unterrepräsentiert. Die unzureichende Beteiligung von NGOs im GTZ-Wasserprojekt wurde im Projektfortschrittskontrollbericht (PFK Report 1997) sowie in einem 1997 von der palästinensischen Wasser-NGO PHG an das GTZ-Projekt geschickten Beschwerdebrief bemängelt.²⁵³ Im dritten Stakeholderworkshop waren jedoch NGO-VertreterInnen sowie anteilmäßig deutlich mehr Frauen beteiligt, was eine positive Tendenz darstellt. Laut Aussagen einiger GTZ-MitarbeiterInnen seien jedenfalls NGOs auch in der tatsächlichen Umsetzung der dritten Projektphase besser integriert worden.²⁵⁴

So nahmen am ersten Stakeholderworkshop (vgl. Workshop Dokumentation 1993) 33 Personen von JWU, GTZ, größeren Gemeinden, UNDP sowie palästinensischen Forschungseinrichtungen teil; davon waren drei Teilnehmerinnen Frauen. Beim zweiten Workshop (vgl. Workshop Dokumentation 1997), in dessen Verlauf die Fortschritte und „Lessons Learned“ der ersten Projektphase diskutiert und eine Planungsmatrix für die zweite Projektphase erstellt wurde, nahmen 32 TeilnehmerInnen aus der palästinensischen

²⁵³Im Brief der palästinensischen Wasser-NGO PHG an das GTZ Wasserversorgungsprojekt zu Händen von JWU, GTZ und KfW vom 30. August 1997 beschwert sich PHG, nicht bei der Besprechung der potenziellen Orte zum Tiefbrunnenbohren einbezogen worden zu sein und warnt vor den Folgen Bohrungen an den anvisierten Bohrpunkten. Gleichzeitig ist dies ein Hinweis auf das Kompetenzgerangel zwischen öffentlichen und privaten Institutionen, das sich in der weitreichenden Rolle von NGOs erklärt, die aufgrund der langjährigen Abwesenheit staatlich-öffentlicher Institutionen zu weiten Teilen deren Aufgabenbereiche übernahmen und sich dann angesichts der Gründung der Autonomiebehörden in direktem Wettbewerb mit selbigen wiederfinden (vgl. Kapitel 3.2.2).

²⁵⁴Während laut Aussagen des ehemaligen GTZ Mitarbeiters C.M. bis zur zweiten Projektphase im Rahmen einzelner Arbeitsbereiche durchaus Zusammenarbeit der GTZ mit den NGOs PARC, MAS sowie der Universität Birzeit stattfand, es sich dabei jedoch um keine systematische Einbindung handelte, fand nach Aussage der für PA zuständigen GTZ Mitarbeiterin N.Kh. seit der dritten Projektphase eine regelmäßige und enge Zusammenarbeit insbesondere mit der NGO PHG, aber auch mit dem palästinensischen Bildungsministerium statt (C.M. (GTZ) 10.4.2006, N.Kh. (GTZ) 26.4.2006 und 8.5.2006).

Wasserbehörde PWA, den größeren Gemeinden des Ramallah Distriktes, UNDP, der finnischen und französischen Botschaft, JWU- und GTZ-Personal sowie lokalen und internationalen Beratungseinrichtungen teil; davon waren zwei Teilnehmerinnen Frauen. Beim Ende der dritten Projektphase durchgeführten Stakeholderworkshop (vgl. Workshop Dokumentation 2005) nahmen 15 Personen von GTZ, JWU, NGOs, größeren Gemeindeverwaltungen und dem palästinensischen Wasserministerium PWA teil. Mit fünf Frauen²⁵⁵ von 15 WorkshopteilnehmerInnen lag damit beim dritten Stakeholderworkshop der Frauenanteil deutlich höher als noch in den ersten beiden. Gleichwohl zeigt sich, dass es für die Planung gendersensibler Partizipationsstrategien wichtig ist, „Frauen“ nicht als homogene Gruppe zu fassen, sondern der sozial-ökonomische Status, Religion, Alter, Familienstand und Bildung zu berücksichtigen sind. So verfügten diejenigen Frauen, die an den GTZ-Stakeholderworkshops teilnahmen bzw. die über die NGO-Zusammenarbeit in das Wasserprojektes eingebunden wurden, über einen akademischen, oft naturwissenschaftlich-technischen Abschluss. Sie lebten in urbanen Kontexten und zählten zu den ökonomisch Bessergestellten. Um weniger gut ausgebildete, oftmals ältere und den ärmeren Bevölkerungsschichten – und hier jeweils die Frauen – in das Projekt einzubinden, erfordert es umfassendere gendersensibler Partizipationsstrategien.

Der tatsächliche Mitwirkungsgrad der beschriebenen Stakeholder-Workshops ist, da der Projektrahmen schon im Vorfeld abgesteckt wurde und die beteiligten Stakeholder nichts an entscheidenden Weichen des Projekts verändern konnten, auf Detailfragen beschränkt. Aufschlussreich für die Beurteilung des tatsächlichen Mitwirkungsgrades der StakeholderInnen an der Projektausgestaltung ist zudem der inhaltliche Vergleich des Abschlussdokuments der jeweiligen Stakeholderworkshops mit dem tatsächlich beim BMZ eingereichten Projektantrag. Hier zeigten sich in Bezug auf die Schwerpunktsetzung auf Frauen als Zielgruppe deutliche Verschiebungen. Während im ersten Stakeholder-Workshop beispielsweise Frauen-NGOs noch als wichtige AkteurInnen für das Gesamtprojekt identifiziert wurden, tauchen Frauen-NGOs und insgesamt NGOs nicht mehr im an das BMZ gestellten Antrag (Projektangebot 1993) auf. Dies bestätigt die in Kapitel 4.1.1 vorgestellte Hypothese, dass es bei „zielgruppenfernen“ Vorhaben, bei denen mit Trägerorganisationen – wie vorliegend mit dem lokalen Wasserversorger JWU – und nicht direkt mit der Zielgruppe gearbeitet wird, bezüglich der Berücksichtigung von Genderaspekten größere Defizite gibt.

Weiterhin zählen Elemente der direkten Zielgruppenbeteiligung zur Partizipationsebene der „Einflussnahme durch Mitwirkung“.

²⁵⁵Im Einzelnen waren dies drei GTZ-Mitarbeiterinnen, zwei Mitarbeiterinnen palästinensischer NGOs sowie die GTZ-Workshopanleiterin.

WassernutzerInnen war auf Planungsebene nur im Antrag zur zweiten Projektphase (Projektangebot 1997) vorgesehen.²⁵⁶ Hier sollte überprüft werden, inwiefern die Initiierung von direkten Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung bei der Ausgestaltung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Form von Stadtteilkomitees möglich sei. Es wurde zudem angestrebt, Frauen darin einen maßgeblichen Einfluss zu vermitteln (Projektangebot 1997:20). Formen direkter Zielgruppenbeteiligung spiegelten sich allerdings weder in der Operationalisierung in Form von geplanten, noch in der Dokumentation der erfolgten Projektaktivitäten wider. Zwar wurde einer Praktikantin im GTZ-Wasserversorgungsprojekt durch den Wasserbüroleiter vorgeschlagen, nach geeigneten Wasser-, Abwasser- oder Abfall-Eigeninitiativen der Bevölkerung zu suchen, die finanziell unterstützt werden könnten, die Praktikantin wählte jedoch für ihr Praktikum den Arbeitsbereich der Öffentlichkeitsarbeit (Hospitantzbericht 1995:7). Für direkte Partizipationsstrategien standen somit offenbar finanzielle Mittel zur Verfügung. Der direkten Zielgruppenbeteiligung scheint aber nicht genug Bedeutung für das Projekt beigemessen worden zu sein. So gab zwar eine GTZ-Mitarbeiterin in dem von ihr verfassten Dokument „Women & Water Management in Developing Countries“ (Women 2005) Anregungen, um Frauen eine größere Rolle in Wasser- und Abwasserprojekten zu geben als die ihnen ursprünglich zugewiesene Rolle als passive Empfängerinnen der aus EZ-Projekten resultierenden Vorteile. Jedoch fanden sich in den Projektunterlagen keine Angaben dazu, wie diese in das konkrete GTZ-Wasserversorgungsprojekt in Ramallah integriert wurden bzw. werden sollten.

Der in der zweiten Projektphase angestellte GTZ-Mitarbeiter führte die fehlende Beteiligung der Hauptzielgruppe des Wasserversorgungsprojektes – die palästinensische Bevölkerung - in den ersten zwei Projektphasen auf den Arbeitsschwerpunkt des Tiefbrunnenbaus zurück. Hier handele es sich um komplexe, technische Bauwerke im Wert von mehreren Millionen Euro, bei denen nicht einfach „*der Bauern von nebenan mit in die Arbeit einbezogen*“²⁵⁷ werden könne.

Vierte Partizipationsebene: Rechte Durch die Vertretung der VerbraucherInnen-Interessen im JWU-Aufsichtsrat sind mit der JWU-Verbandsstruktur Elemente der höchsten Partizipationsebene, die neben der Einflussnahme und Mitwirkung auch **Rechte** – in diesem Fall VerbraucherInnenrechte – betrifft, verankert. Im Aufsichtsrat wird Einfluss auf richtungsweisende Entscheidungen wie Budgetfragen oder Tarifierhöhungen des

²⁵⁶Im dritten Projektangebot (2001) taucht die direkte Beteiligung der Bevölkerung am Wasserversorgungsprojekt nicht mehr auf.

²⁵⁷C.M. (GTZ), 10.4.2006.

Wasserversorgers JWU genommen. Ein Beispiel dafür ist das erfolgreiche Blockieren der Tarifierhöhungen in der ersten Projektphase durch Gemeindevertreter im JWU-Aufsichtsrat.

Bis zum Jahr 2006 zeichnet sich – ähnlich wie bei den Stakeholderworkshops – ein marginalisiertes Mitspracherecht für die von JWU versorgten kleineren Gemeinden und Flüchtlingslager des Ramallah Distriktes in Belangen der Wasserversorgung gegenüber den großen Gemeinden und urbanen Zentren ab. Auch war bis dato keine Frau im Aufsichtsrat vertreten. So saßen zur Zeit des vor dem Osloer Friedensabkommen 1994 gestellten ersten Projektantrags je zwei Vertreter der Städte Ramallah, Al Bireh und Deir Dibwan, ein Vertreter des Dorfes Kufr Malek sowie ein vom israelischen Minister für Gemeindeangelegenheiten ernannter Vertreter im JWU-Aufsichtsrat²⁵⁸. Seit Etablierung der palästinensischen Autonomiebehörde saß statt des israelischen Vertreters ein palästinensischer Regierungsvertreter im JWU-Aufsichtsrat (GTZ Antrag 1997). Im dritten Projektantrag (GTZ 2001) wurde zwar beabsichtigt, dem Kräfteungleichgewicht zwischen großen und kleinen Gemeinden innerhalb der JWU-Verbandsstruktur dadurch zu begegnen, dass der Aufsichtsrat durch eine Generalversammlung von Vertretern aller Mitgliedsgemeinden gewählt werden sollte. Das Ziel, den Frauenanteil in der geplanten Generalversammlung und im JWU-Aufsichtsrat zu erhöhen, fand sich hingegen nicht im dritten Projektantrag. Die Reformpläne waren zudem bis 2006 noch nicht umgesetzt.

Beurteilung der projektunabhängigen Partizipationsstrategie des Wasserversorgers JWU Nach Auffassung des Leiter der JWU-Wartungsabteilung verfüge der Wasserversorger über einen sehr guten direkten Kontakt zu seinen KundInnen.²⁵⁹ So könnten diese ihre Anliegen bei der Kundenabteilung (*consumer section*) vorbringen. Dabei würden in erster Linie Beschwerden bezüglich der Höhe der Wasserrechnung angezeigt sowie Meldungen über zerstörte bzw. defekte Leitungen, Wasserzähler und Ventile gemacht. In den sechs Sommermonaten (Mai bis Oktober) bestehe die mit Abstand häufigste Beschwerde mit bis zu 150 Anrufen täglich darin, das Ausbleiben von Wasser in der Leitung anzuzeigen.²⁶⁰ Weitergehende Partizipationsstrategien seien somit nicht erforderlich.

Anderer Ansicht waren hingegen einige der befragten Nutzer(-nahen) AkteurInnen. So hielten zwei MitarbeiterInnen von Wasser-NGOs, zwei Mitarbeiterinnen von Fraueninstitutionen sowie fünf der neun Befragten lokaler Frauengruppen eine verstärkte Einbindung von

²⁵⁸Dies verdeutlicht die Machtverteilung hinsichtlich der Kontrolle über Wasser zwischen der Besatzungsmacht Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten (vgl. auch Kapitel 5.2.4).

²⁵⁹Dabei verwies er auf die 2002 durchgeführte Studie, die JWU insgesamt eine hohe Kundenzufriedenheit bescheinigte. Er gestand allerdings ein, dass es an der Zeit sei, eine neue Studie durchzuführen (B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006).

²⁶⁰I.J. und B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

NutzerInnen im Bereich der Wasserversorgung sowie in Fragen des Wassermanagement für wünschenswert.²⁶¹ Dabei äußerten sowohl zwei Wasser-NGO-MitarbeiterInnen sowie eine Frauen-NGO Mitarbeiterin unmittelbare Kritik an der technokratischen Funktionsweise der Wasserversorger einschließlich JWU.²⁶² Weiter wurde moniert, dass die Wasserversorger kein Personal für den Bereich “community participation” einstellten; JWU-Arbeiter kämen nur in die Dörfer, wenn es einen Defekt im Wassersystem gäbe.²⁶³ Die gängigen PA-Aktivitäten der Wasserversorger seien unzureichend: *“It is not integrated in the overall work. They print posters and brochures , but this is not enough. Campaigning means raising awareness, how to make user - individuals and community institutions - to participate in solving such issues, how will I integrate them if they don’t receive enough knowledge and awareness. This is not an easy task, it needs a long term strategic plan, you have to look for needs and then see how to develop an integrated strategy.”*²⁶⁴ Die Ausweitung von PA-Aktivitäten wurde auch von mehreren lokalen Frauengruppen sowie einer NGO-Mitarbeiterin gewünscht. Hier herrsche das Bedürfnis, stärker „als Frauen“ von den Wasserversorgern gehört zu werden sowie das Bedürfnis nach mehr Informationen über Fragen des Wassermanagements, insbesondere bezüglich wassersparender Techniken.²⁶⁵ Eine Befragte der lokalen Frauengruppe Kober regte an, grafische Wasserspar-Hinweise auf die Wasserrechnungen zu drucken. Aus Sicht einer NGO-Mitarbeiterin sei es weiterhin sinnvoll, die Gemeinden im Bereich der Finanzierung von Arbeiten am Wassernetzwerk stärker in die Verantwortung zu nehmen.²⁶⁶

Allerdings wurde der Nutzen einer verstärkten NutzerInnen-Partizipation auch durchaus kritisch gesehen. Eine NGO-Mitarbeiterin merkte diesbezüglich an: *“Yes, it could be helpful to give users more possibility in decision making, inform them about reasons for water problems shortages etc., but the major problem is the lack of water resources and the Israeli full control of it.”*²⁶⁷ In diesem Sinne wurde auch im Dorf Belein²⁶⁸ die Frage nach einer stärkeren Einbeziehung der NutzerInnen im Wassermanagement als bedeutungslos erachtet: Wenn es kein Wasser gäbe, würde auch mehr Partizipation nichts daran ändern. In Mazra Quibliya²⁶⁹ hingegen sprach sich die Befragte der lokalen Frauengruppe ausdrücklich gegen

²⁶¹F.Kh. (RWDS) 8.6.2006 und A.H. (Betunia Frauenclub und Gemeinderat) 17.6.2006, S.L. und J.H. (ACDIVOCA) 7.6.2007.

²⁶²S. und J. (ACDIVOCA) 7.6.2007, F.Kh. (RWDS) 8.6.2006.

²⁶³S. und J. (ACDIVOCA), 7.6.2007, F.Kh. (RWDS) 8.6.2006.

²⁶⁴F.Kh. (RWDS) 8.6.2006.

²⁶⁵F.Kh. (RWDS) 8.6.2006, Interviews in lokalen Frauengruppen Budrus (13.6.2006), Deir Al-Sudan (15.6.2006) und Kober (18.6.2006).

²⁶⁶„The Water network needs a big fund raising, this is part of community participation, call for the community in this area, discuss this issue and how to put them in a situation to solve this issue together , and let them be aware that such kind of situation will affect them first” (F.Kh. (RWDS) 8.6.2006).

²⁶⁷B.B.(PHG) 11.5.2006 und 18.5.2006.

²⁶⁸Interview in lokaler Frauengruppe Belein (21.6.2006).

²⁶⁹Interview in lokaler Frauengruppe Mazra Quiblyia (20.6.2006).

eine verstärkte Einbeziehung der WassernutzerInnen – namentlich die Familien in der Gemeinde – aus. Dies begründete sie mit der Erfahrung, dass jede Familie versuchen würde, jeweils das Beste für sich selbst zu erzielen. Somit würden nicht die besten technischen Lösungen gewählt sondern Partikularinteressen verfolgt, wobei insbesondere die ärmeren und weniger einflussreicheren Familien benachteiligt würden. Hier bestätigen sich für die Projektregion die Gefahren nicht gendersensibler Partizipationsstrategien (vgl. Kapitel 2.1.4.3, 2.3). Von JWU als Dorf-externer Institution erwartete sie hingegen ein „neutraleres“ Verhalten.²⁷⁰

In den Interviews wurden Hinweise darauf gegeben, inwiefern sich der **Konflikt** auf die Partizipation(-smöglichkeiten) auswirkte. So würde laut zwei befragter JWU-Abteilungsleiter die Konfliktsituation JWU als Wasserversorger besonders eng mit den WassernutzerInnen zusammenschweißen, was sich gerade in besonderen Krisenzeiten in einer bemerkenswerten Zusammenarbeit zwischen AnwohnerInnen und JWU ausdrücke. So sei zu Beginn der zweiten Intifada im Jahr 2000 sowie während der Wiederbesetzung zahlreicher palästinensischer Städte durch das israelische Militär im Jahr 2002 die Aufrechterhaltung der Wasserversorgung angesichts der auch für JWU-Personal geltenden Ausgangssperren nur durch die aktive Mithilfe der Bevölkerung möglich gewesen. Diese habe durch telefonische Anleitung durch JWU-Personal die größten Schäden an der Wasserinfrastruktur selber behoben.²⁷¹

Andererseits komme es aufgrund der konfliktbedingten Wasserknappheit im Sommer immer wieder zu Problemen mit einzelnen WassernutzerInnen, Gemeinden oder Stadtvierteln.²⁷² Insbesondere in den Sommermonaten, in denen die Wasserversorgung häufig und für lange Zeiträume unterbrochen sei, komme es vor, dass Gemeinden eigenmächtig von JWU im Zuge eines Druckzonenmanagementplanes geschlossene Ventile zu ihrem Dorf wieder öffneten. Infolgedessen reiche das Wasser nicht mehr für die abgelegenen Gemeinden. Auch falle dadurch der Wasserdruck im Gesamtnetz; teilweise dauere es Stunden, um den notwendigen Wasserdruck nach unbefugtem Öffnen einzelner Ventile wieder herzustellen. Dies wirke sich negativ auf die Versorgungssituation aus. Ein anderer Konflikt bestünde darin, dass JWU-KundInnen ihre Regenwasserzisternen mit Leitungswasser aus dem JWU-Versorgungsnetz füllten²⁷³, wodurch sich aufgrund des großen Fassungsvermögens der Zisternen die

²⁷⁰Interview in lokaler Frauengruppe Mazra Quiblyia (20.6.2006).

²⁷¹L.J. und B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

²⁷²L.J. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

²⁷³In diesen Fällen wird das Wasser von den Zisternen auf die Dachwasserspeicher gepumpt und genutzt.

Wassernachfrage überdurchschnittlich erhöhe und zur Wasserknappheit sowie zum Unterschreiten des notwendigen Wasserdrucks für die Versorgung beigetragen werde.²⁷⁴

Zwei Befragtem von Fraueninstitutionen²⁷⁵ sowie vier Befragten lokaler Frauengruppen²⁷⁶ war dabei der Zusammenhang der vom Wasserversorger unerwünschten „Um“-Nutzung der Regenwasserzisternen und der so durch die NutzerInnen induzierten verschlechterten Wasserversorgung bekannt. Laut der Befragten der lokalen Frauengruppe Ein Areek zeigten viele Dorfbewohner dafür jedoch kein Bewusstsein. Innezufolge könne JWU durch PA-Maßnahmen wie verbesserte Diskussions- und Informationspolitik mehr Bewusstsein schaffen.²⁷⁷ In diesem Sinne äußerte auch der ehemalige für den Bereich Brunnenbau angestellte GTZ Mitarbeiter²⁷⁸ sowie eine NGO-Mitarbeiterin²⁷⁹, dass das Durchführen von „Tagen der offenen Tür“ und Informationsveranstaltungen in den Dörfern sowie ein verbesserter Austausch und Informationsfluss zwischen den Dorf- und Gemeinderäten und den Wasserversorgern wünschenswert sei, da das Feedback der Bevölkerung eine wichtige Kompassfunktion – auch für den Bau von großtechnischer Infrastruktur – erfülle. Die Befragte der lokalen Frauengruppe Ein Areek schlug dazu das Abhalten von direkten Treffen zwischen dem Wasserversorger und den WassernutzerInnen vor, zu welchem jede Familie einen Repräsentanten schicken könnte.²⁸⁰ Dies entspricht einem in Kapitel 2.1.4.3 vorgestellten Vorschlag zur Partizipation auch bei großtechnischen Infrastrukturprojekten.

Gendersensible Partizipationsstrategien von Wasser-NGOs Im Folgenden werden die von den befragten nutzernah arbeitenden Wasser-NGOs verfolgten Strategien der Projektimplementierung vorgestellt. Diese beinhalteten vor Projektbeginn die Durchführung einer öffentlichen Informationsveranstaltung mit allen Interessengruppen des Dorfes zur Information (PHG) bzw. eines Projektplanungsworkshops mit allen Projektbegünstigten (ACDI/VOCA). Als gendersensible Partizipationsstrategie führte PHG an, dass die Projektbegünstigten angehalten werden, Projektkomitees zu gründen, wobei die Einhaltung einer Frauenquote zur Bedingung der Projektförderung gehöre. ACDI/VOCA gewährte den Projektbegünstigten Fortbildungen in Wartung und Betrieb der zu errichtenden Grauwasserkläranlagen sowie zu Fragen der Bewässerung, wobei darauf geachtet werde, dass am Training sowohl Männer als auch Frauen teilnahmen. Zudem würden von Frauen

²⁷⁴L.J. und B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

²⁷⁵A.H. (Betunia Gemeinderat und Betunia Frauenclub) 17.6.2006, F.Kh. (RWDS), 8.6.2006.

²⁷⁶Interviews in lokalen Frauengruppen Ein Areek (21.6.2006), Budrus (13.6.2006), Deir Al-Sudan (15.6.2006), Belein (21.6.2006).

²⁷⁷Interview in lokaler Frauengruppe Ein Areek (21.6.2006).

²⁷⁸C.M. (GTZ) 10.4.2006.

²⁷⁹S. L. (ACDIVOCA) 7.6.2007.

²⁸⁰Interview in lokaler Frauengruppe Ein Areek (21.6.2006).

geführten Haushalte bevorzugt als Projekt-TeilnehmerInnen (Projektbegünstigte) ausgewählt.²⁸¹

Von Seiten einer PHG-Mitarbeiterin wurde dabei der Erfolg der Frauenquote bei NutzerInnenkomitees kritisch eingeschätzt, da in einigen Fällen weibliche Verwandte von Gemeinderatsmitgliedern dazu angehalten würden, den Komiteesitzungen beizuwohnen, ohne dass dies ein Empowerment für die betreffende Frau darstelle oder gar zu einer veränderten Frauenrolle führe. Dies hänge jedoch stark von der jeweiligen Gemeinde, dem Grad ihrer Offenheit bzw. ihrer Abgeschlossenheit von urbanen Zentren und den persönlichen Vorstellungen der Beteiligten ab.²⁸²

Abschließend ist hervorzuheben, dass auch wenn die Arbeit der Wasserversorger andere Elemente der Wasserversorgungsinfrastruktur berührt und sich auf einer anderen Ebene abspielt, sollte gleichwohl geprüft werden, inwieweit aus den gendersensiblen NGO-Partizipationsstrategien geeignete Elemente für eine verbesserte Partizipationsstrategie auch für großtechnische Wasserversorgungsprojekte abzuleiten sind.

Insgesamt bestätigt sich für das untersuchte Wasserprojekt im Ramallah Distrikt, dass die Organisation zentraler Wasserversorgungssysteme im betrachteten Zeitraum weitgehend „Partizipations- und gender-resistent“ blieb. Im untersuchten Projekt und vom Projektträger JWU wurden keine gendersensiblen Partizipationsstrategien angewendet. Auch schlägt sich im vorliegenden Projektbeispiel das Einnehmen einer Genderperspektive vornehmlich in der Idee der „Beteiligung von Frauen“ – und auch dies nur auf Planungsebene – nieder, was nicht einem umfassenden Gender Mainstreaming Ansatz entspricht.

5.2.3 Technische Gestaltung, Konflikt und Gender

Der Zusammenhang von technischer Gestaltung und Gender im Konfliktkontext wird insbesondere in genderspezifischen Veränderungen im jeweiligen Zugang zu Ressourcen und einer veränderten Arbeitsteilung und -belastung vermutet, die aus der Einführung neuer Technologien bzw. anderweitiger Veränderungen in der technischen Gestaltung von Wasserversorgung resultieren (vgl. Kapitel 2.1.4.4).

Im Folgenden werden anhand der Projektunterlagen sowie ergänzt durch Interviews mit GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen Informationen dazu aufgearbeitet, welche Aktivitäten der Technikgestaltung im Rahmen des GTZ-Wasserprojektes und welcher Schwerpunkt im Projektverlauf gesetzt wurde sowie wessen Interessen damit bedient wurden. Auch wird

²⁸¹S. L. (ACDIVOCA) 7.6.2007.

²⁸²S.H. (PHG) 27.5.2006 und 21.9.2005, sowie auf Exkursionen gewonnene Erkenntnisse vgl. Anhang 2.

untersucht, inwiefern der spezifische Konfliktkontext die technische Gestaltung des Wasserversorgungssystems im Ramallah Distrikt – auch jenseits der konkret im GTZ-Projekt vorgenommenen Aktivitäten – sowie die Arbeitsorganisation im Wassersektor geprägt hat bzw. sich auf Zugangs- und Kontrollmöglichkeiten über Wasser sowie Arbeitsteilung auswirkt. Dazu wird auf die Aussagen der Nutzer(-nahen) AkteurInnen eingegangen.

Insgesamt ließen sich aus den Projektunterlagen sowie den ergänzenden Interviews nur wenig (systematisch fundierte) Informationen zu der Verknüpfung von technischer Gestaltung von Wasserversorgung in Konfliktgebieten mit Geschlechterverhältnissen herauslesen. Hier erweist sich das schon angesprochene Fehlen von genderdisaggregierten, systematisch erhobenen Daten hinsichtlich der wasserbezogenen Arbeitsteilung bzw. den spezifischen Wassernutzungsarten als tragendes Problem. Die empfohlene (vgl. Kapitel 2.3) Durchführung einer Genderanalyse zum frühestmöglichen Zeitpunkt und deren projektbegleitende Aktualisierung stellt eine nicht zu ersetzende Datenbasis für die Beurteilung der Wirkungen eines Projekts und dessen einzelner Komponenten der technischen Gestaltung auf die Zielgruppe bzw. auf einzelne Untergruppen derselben dar.

Der grundlegende Wechsel von einer dezentralen Wasserversorgung zu einer zentralen, leitungsgebundenen Wasserversorgung, der wie in Kapitel 2.1.4.4 dargestellt mit besonders deutlichen Veränderungen hinsichtlich des genderspezifischen Zugangs zu Ressourcen sowie der Arbeitsteilung einhergeht, hat in den palästinensischen Gebieten und im Ramallah Distrikt lange vor Beginn des untersuchten GTZ-Projektes und auch vor Beginn der deutschen EZ-Aktivitäten in den palästinensischen Gebieten in den 1980er Jahren begonnen. So wurde der GTZ-Projektpartner JWU in den 1960er Jahren gegründet und hat seitdem unter verschiedenen Regierungshoheiten und politischen Bedingungen seine Aufgabe als zentraler Wasserversorger für Teile des heutigen Ramallah Distriktes sowie des Jerusalem Distriktes wahrgenommen. Nichtsdestotrotz wurden auch in der analysierten Projektlaufzeit von 1992 bis 2006 sechs Dörfer an das zentrale JWU-Wassernetz angeschlossen – namentlich Ein Areek (2000), Deir Ibzi (2001), Kufr Na'ma (2001), Deir As-Sudan (2004), A'jul (2004) und Al-Mughayyer (2004). Ein Quinya sollte Ende 2006 angeschlossen werden. Insofern hat auch in der Projektlaufzeit – wenn auch nicht im Projektrahmen selber – für einzelne Dörfer ein solcher grundlegender Technologiewechsel stattgefunden.

Den Aussagen von Befragten einiger lokaler Frauengruppen, deren Dörfer erst vor wenigen Jahren an das Wassernetz angeschlossen wurden, ließen sich vereinzelte Genderaspekte entnehmen. Den Befragten der lokalen Frauengruppen in Budrus, Deir Al-Sudan und Ein

Areek²⁸³ zufolge stünde Frauen durch den Anschluss an das zentrale Wassernetz mehr Zeit zur Verfügung. Vor Anschluss an das Wassernetz hätten sie das Wasser in sehr zeitaufwendiger und harter Arbeit holen müssen. Durch den Wasseranschluss könnten die Hausarbeiten nun schneller und effizienter erledigt werden. Das Leben der Frauen sei damit insgesamt leichter geworden. Auch die befragte Familie im Dorf Ein Quinia, das zum Zeitpunkt des Interviews kurz davor stand, an das JWU-Wassernetz angeschlossen zu werden, versprach sich davon eine wesentliche Erleichterung bei den Hausarbeiten. Die Ehefrau äußerte dazu: *„If there is no water, everything is difficult, even to shower. With a connection to the water network, we will be better psychologically”*²⁸⁴. In diesem Sinne wurde auch im Dorf Budrus ein Zusammenhang zwischen der Wasserversorgung und dem Wohlbefinden der Frauen hergestellt; diese würden, wenn aufgrund einer Unterbrechung der Wasserversorgung kein Wasser zur Verfügung stünde, depressiv werden.

Für das Dorf Deir Al Sudan bestätigte sich, dass die aufgrund des Anschlusses an das zentrale Wassernetz gewonnene Zeit von Frauen zur Anfertigung und zum anschließenden Verkauf traditioneller palästinensischer Stickereien und damit zur Verbesserung ihres sozialen und ökonomischen Status genutzt werde (vgl. Kapitel 2.3). In in Budrus jedoch wurde die durch Anschluss an das zentrale Wassernetz freigewordene Zeit der Befragten für Freizeit Zwecke genutzt, nicht aber für einkommensgenerierende Aktivitäten. Dafür bestand aufgrund der insgesamt stabilen ökonomischen Situation der Haushalte kein Bedarf. In Ein Areek wiederum wurde die freigewordene Zeit der Frauen für die Einhaltung eines höheren häuslichen Sauberkeitsstandard und für Kindererziehung genutzt.

Zum in den ersten zwei Projektphasen durchgeführten Tiefbrunnenbau lassen sich aus drei GTZ/JWU Studien, in denen Standorte für neue Tiefbrunnen vorgeschlagen wurden, Kriterien für deren Standortwahl ablesen. Diese basierten auf geografischen, geologischen und hydrogeologischen (Hydrogeological Study 1999), auf technischen und ökonomischen²⁸⁵ sowie auf politischen Erwägungen (vgl. Study „Proposed Drilling Site“ 2000, Study „Five New drillig Sites“ 2000). So seien trotz der hydrogeologischen, technischen und ökonomischen Eignung deshalb keine Brunnenstandorte westlich von Ramallah im wasserreichsten West-Grundwasserleiter vorgeschlagen worden, da Israel hier grundsätzlich Bohr-Genehmigungen für PalästinenserInnen verweigerte (vgl. Kapitel 3.2.3.1). Auch wird

²⁸³Interviews in lokalen Frauengruppen Budrus (13.6.2006), Deir Al Sudan (15-6-2006), Ein Areek (21.6.2006).

²⁸⁴Interview in Ein Quinia (12.6.2006).

²⁸⁵Mit zunehmender notwendiger Tiefe der Brunnen und zunehmender Entfernung der Brunnen zum nächstgelegenen potenziellen Einspeisepunkt ins JWU-Wassernetz steigen die Investitions- sowie Betriebskosten (vornehmlich Pumpkosten), so dass bestimmte Standorte schon aus technisch-ökonomischen Gründen nicht in Frage kommen.

die Verzögerungs- bzw. Blockade-Praxis von israelischer Seite für die Genehmigung palästinensischer Brunnenvorhaben auch im östlichen Grundwasserleiter als größtes Problem in der technischen Projektdurchführung dargestellt.²⁸⁶ Keine Rolle spielen in den genannten GTZ-Studien sowie dem Interview mit dem zuständigen GTZ-Mitarbeiter soziale bzw. genderspezifische Erwägungen für Standortwahl und technische Gestaltung der geplanten Tiefbrunnen.

Das Bohren bzw. Rehabilitieren der Tiefbrunnen im GTZ-Projekt diene der Erhöhung der zur Verfügung stehenden Wassermenge, die in das von JWU betriebene – schon vorhandene – Wassernetz eingespeist wurde. Da die Brunnen nicht direkt von den WasserverbraucherInnen genutzt werden, erscheint die Frage nach der Ausgestaltung der Brunnen und deren Standortwahl zunächst von geringer Genderrelevanz. Anders liegt der Fall bei der technischen Gestaltung von Technologien, die der direkten Nutzung durch die WassernutzerInnen dienen. Hier üben Bauweise bzw. genaue Platzierung oft einen unmittelbaren Einfluss auf Arbeitsbelastung und Zugang zu Ressourcen aus (vgl. Kapitel 2.1.4.4).

Laut Projektangebot (2001:2f.) konnte die Wasserversorgung durch den Tiefbrunnenbau verbessert werden. Es wurde davon ausgegangen, dass dies der gesamten palästinensischen Gesellschaft als Gesamtzielgruppe zugute komme. Aufgrund der Verantwortung der Frauen für wasserbezogene Haushaltsaufgaben und deren damit zusammenhängender höherer Arbeitsbelastung wurde zudem im Umkehrschluss eine erhebliche Entlastung von Frauen aufgrund der verbesserten Wasserversorgung konstatiert und erwartet, dass Frauen von den auch weiterhin angestrebten Verbesserungen in den folgenden Projektphasen besonders profitieren würden (Projektanträge 1997:5f., 2001:6f.). Weiter wird als positiver Effekt der Belastungsreduzierung für Frauen angeführt: *„Some micro and informal assessments show improvements at household level including women’s roles“* (GTZ Projektfortschrittsbericht Nr. 2 2005). Jedoch seien damit keine Veränderung innerhalb der Familienstrukturen und somit auch nicht in der innerhäuslichen Arbeitsteilung zu erwarten: *„Socio-cultural family structures however will remain unchanged“* (GTZ Projektfortschrittsbericht Nr. 2 2005). Nähere Informationen zu genannten „informal assessments“ wurden dabei nicht angeführt.

Als weiteres Element der technischen Gestaltung wurde in der zweiten Projektphase ein „glasfasergesteuertes Fernwirksystem zur Steuerung und optischen Fernüberwachung von Brunnen, Pumpstationen und Reservoirs zur betrieblichen Verbesserung“ fertiggestellt. Mit Hilfe des ferngesteuerten Kontrollsystems konnte trotz der konfliktbedingten Mobilitätsbeschränkungen auch für JWU-Personal und der damit zusammenhängenden Nicht-

²⁸⁶C.M. (GTZ) 10.4.2006.

Erreichbarkeit der Wasserinfrastruktur für Maßnahmen der Wartung und Reparatur das zentrale System weiterhin genutzt werden. Deshalb wurde die Einführung des Fernwirk- und Kontrollsystems als wichtiger Projektfortschritt in der zweiten und dritten Projektphase besonders hervorgehoben.²⁸⁷ Die Menge an Wasser, das durch die Einführung des Fernwirksystems zusätzlich zur Verfügung stand, lässt sich dabei nicht ohne weiteres quantifizieren und wurde auch in der Projektdokumentation nicht behandelt. Sicher haben die zuvor aufgezählten, im Zuge des GTZ-Projektes durchgeführten großtechnischen Aktivitäten zu einer verbesserten Wasserversorgung für die JWU-KundInnen geführt, indem die Wasserzufuhr seltener unterbrochen wurde. Aufgrund der angemerkten fehlenden Datenbasis bleibt nur zu vermuten, dass diese Verbesserung mit Veränderungen hinsichtlich der Wassernutzung und Arbeitsteilung einhergeht, die zwischen den einzelnen sozialen Gruppen, städtisch-ländlichen Kontexten und jeweils auch genderspezifisch unterschiedlich ausfallen können.

Schwerpunktsetzung im Projekt Im Projektverlauf kam es zu einer Verschiebung der Schwerpunktsetzung, was zu einem Interessenkonflikt zwischen den deutschen EZ-Institutionen GTZ und KfW sowie dem lokalen Projektträger JWU geführt hat. Insgesamt lag der Projektschwerpunkt sowohl auf Planungs- als auch auf Umsetzungsebene in den drei untersuchten Projektphasen auf der zentralen leitungsgebundenen und vom Projektträger JWU betriebenen Wasserversorgung (Projektangebote 1993, 1997 und 2001). Dabei zeigte sich jedoch eine Verschiebung der Schwerpunktsetzung weg von den *großtechnischen* Zielen des Brunnenbaus zur Grundwasserneuerschließung sowie der Wassernetzenerweiterung in den ersten zwei Projektphasen hin zu *nichttechnischen* Zielen, namentlich der Organisationsentwicklung, Effizienzverbesserung, Vollkostendeckung und PA-Aktivitäten in der dritten Projektphase. So wurden die schon durch GTZ und KfW genehmigten 11 Millionen Euro zu Beginn der dritten Projektphase 2001 für den Bau von zwei Tiefbrunnen umgewidmet für Programme zur Wasserverlustreduzierung, Organisationsentwicklung und kleineren dezentrale Lösungen.²⁸⁸

Als Grund für diese Schwerpunktverschiebung wurden die konfliktbedingten Behinderungen der Projektarbeiten durch vom israelischen Militär verhängte Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die beschränkte Einfuhrgenehmigung für Maschinerie und Baumaterialien sowie auf politischer Ebene die israelischen Verweigerung neuer Genehmigungen für den palästinensischen Brunnenbau genannt (Bericht Development Cooperation 2002). Die

²⁸⁷Vgl. GTZ Projektfortschrittsbericht Nr. 1 2003 und Nr. 2 2005, Projektbeschreibung 1998, Project Brief 1999, Project Status Sheets 2003, Selbstdarstellung 2005.

²⁸⁸C.M. (GTZ) 10.4.2006.

Verschiebung des GTZ-Projektschwerpunktes spiegelt sich auch in der in den einzelnen Projektanträgen beschriebenen Problemwahrnehmung wieder: Wurden in den ersten zwei Projektphasen noch die unzureichenden Wasserressourcen infolge der konfliktbedingten Ressourcenverteilung als Hauptproblem für die unzureichende Wasserversorgungssituation identifiziert (Projektangebote 1993:1, 1997:2f.), war es im dritten Projektantrag die mangelhafte JWU-Betriebsführung in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (Projektangebot 2001:1).

Dies führte laut Aussage eines JWU- sowie eines GTZ-Mitarbeiters zu einem Interessenkonflikt zwischen den EZ-Institutionen GTZ und KfW sowie dem lokalen Projektträger JWU.²⁸⁹ Der befragte JWU-Mitarbeiter hielt zwar auch die durch Umwidmung der Mittel durchgeführten neuen Maßnahmen wie die Wasserverlustreduktion grundsätzlich für sinnvoll. Er wies aber darauf hin, dass diese Umwidmung der Mittel dem prioritären Interesse des lokalen Wasserversorgers JWU widerspreche, mehr Wasser zur Befriedigung der Wassernachfrage der palästinensischen Bevölkerung zur Verfügung stellen zu können, was im erforderlichen Maße nur durch weitere Brunnen zu realisieren sei. In diesem Sinne kritisierte eine Wasser-NGO Mitarbeiterin, dass in den letzten Jahren vermehrt internationale Gelder in Notfall- bzw. Katastrophenhilfe-Projekte im Wasserbereich, auch in die Förderung von dezentralen Regenwasserzisternen auf Haushaltsebene geflossen seien. Dies stelle jedoch nur eine kurzfristige und unzureichende Lösung dar. Langfristig könne nur mit der Regelung der Wasserrechte auf politischer Ebene und der Vergrößerung der verfügbaren Wasserquantität mittels langfristiger Entwicklungsprojekte die Wasserversorgung für die PalästinenserInnen verbessert werden.²⁹⁰

Ein ehemaliger GTZ-Mitarbeiter brachte in diesem Zusammenhang seine Kritik an der deutschen EZ im palästinensischen Wassersektor zum Ausdruck: *„In Palästina ist Wasser ein Politikum. Anzunehmen, dass es sich bei der Wasserversorgung um eine technische Frage handelt, die wir auf rein technischem Wege lösen können, ist nicht möglich. Man stößt immer wieder auf politische Konflikte. Wenn die Geberinstitution mit Naivität herangeht und sagt, „wir wollen keine politischen Konflikte ausfechten“, heißt das i.d.R., dass sie der stärkeren Seite, nämlich den Israelis jedes Mal nachgeben. Die schwache Seite, in diesem Fall die Palästinenser, können es sich nicht leisten, so zu tun, als wäre alles technisch und unpolitisch*

²⁸⁹Insgesamt bezog sich B.S. jedoch sehr positive auf die Zusammenarbeit mit der GTZ seit 1992 (B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006).

²⁹⁰B.B. (PHG) 11.5.2006 und 18.5.2006.

lösbar. Dem müsste eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit von vorneherein Rechnung tragen. Die Deutschen tun dies aber nicht.“²⁹¹

Hier kommt zum Ausdruck, dass das Einnehmen einer rein technischen Perspektive auf die Wasserproblematik im palästinensisch-israelischen Konfliktkontext dazu führen kann, dass unfreiwillig die Interessen der wirkmächtigeren Partei im Konflikt, in diesem Fall der israelischen Seite, bedient werden.

Trotz des oben beschriebenen Projektfokus auf zentrale leitungsgebundene Wasserversorgungssysteme wurden in den Anträgen zu den drei Projektphasen auch häusliche Regenwasserzisternen als Elemente dezentraler Wasserversorgungsinfrastruktur (vgl. Kapitel 3.2.3.3) benannt. Die Vernachlässigung von Regenwasserzisternen zum Sammeln und Speichern von Regenwasser im Zuge der verstärkten Zentralisierung der Wasserversorgung wurde vor dem Hintergrund der zunehmenden Unterbrechungen in der Wasserversorgung als problematisch benannt (vgl. Projektangebote 1993 und 1997). Deshalb sollte in der zweiten und dritten Projektphase laut Planungsunterlagen mittels PA-Aktivitäten angestrebt werden, das Bewusstsein der WassernutzerInnen für die althergebrachte Technik des Regenwassersammelns und -nutzens zu reaktivieren. Hier sollten Frauen als Zielgruppe besonders angesprochen werden. Während im Rahmen der genannten PA-Aktivitäten weniger technisch-gestaltend, sondern eher „pädagogisch“ gewirkt werden sollte, wurde im Rahmen des dritten Stakeholder-Workshop zur Verbesserung des Zugangs zu Wasserdienstleitungen von peri-urbanen und ländlichen Gemeinden der West Bank die Einführung von angepassten dezentralen on-site Technologien, wie häuslichen Grauwasseraufbereitungsanlagen, diskutiert. Im Rahmen dieser auch *technikgestaltenden* Elemente wurde die Relevanz der „Einbeziehung von Frauen“ besonders hervorgehoben (vgl. Workshop Dokumentation 2005). Die Beteiligung von Frauen an der technischen Gestaltung von Wasserversorgung scheint auch für das vorliegende Fallbeispiel insbesondere bei dezentralen Technologien sinnvoll und umsetzbar zu sein (vgl. Kapitel 2.3). Offenbar verstellt die Schwerpunktsetzung auf großtechnische Infrastruktur den Blick auf Genderaspekte. Dies gilt um so mehr – wie vorliegend – in einem Konfliktkontext, in dem Wasser ein Politikum darstellt.

Wechselwirkung zwischen Konfliktgesellschaft und großtechnischen Wasserversorgungssystemen Auch anhand des untersuchten Wasserversorgungsprojektes und der Befragung von im Ramallah Distrikt tätigen AkteurInnen des Wassersektors

²⁹¹Die Ansicht, dass die unzureichende Wasserversorgung in den palästinensischen Gebieten eine politische Angelegenheit darstelle, die angesichts der fehlenden Kontrolle der Palästinenserinnen über die Wasserressourcen nicht über technische Wege gelöst werden könne, wurde auch von zwei NGO-MitarbeiterInnen vertreten. (vgl. J. H. (ACDIVOCA) 7.6.2007, B.B. (PHG) 11.5.2006 und 18.5.2006).

werden die Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und großtechnischen Wasserversorgungssystemen im israelisch-palästinensischen Konflikt deutlich. Ebenso wird offenkundig, dass „technische“, „neutrale“ Überlegungen nicht allein ausschlaggebend für die Gestaltung des Wassersystems sind, sondern letztere in starkem Maße von politischen Kriterien, mithin dem gesellschaftlich-politischen Kontext, beeinflusst wird.

Konkrete Beispiele für den (negativen) Einfluss des Konfliktes auf die Gestaltung der zentralen leitungsgebundenen Wasserversorgungsinfrastruktur ließen sich den Interviews mit JWU- und GTZ-MitarbeiterInnen entnehmen: Ein ehemaliger GTZ-Mitarbeiter führte an, dass der Hauptwasserspeicher von Ramallah auf dem höchsten Berg der Umgebung liege, so wie aus technischen Gesichtspunkten auch sinnvoll und üblich. Jedoch liegt auf diesem Berg, so wie auf einer Vielzahl von Bergen in den palästinensischen Gebieten, eine jüdische Siedlung, in diesem Fall Psagot. Aus diesem Grund können die JWU-Arbeiter nicht ohne Genehmigung die Siedlung betreten und haben somit einen erschwerten Zugang zum Hauptwasserspeicher des urbanen palästinensischen Zentrums Ramallah.²⁹² Der Leiter der JWU-Ingenieurabteilung N.Kh. hob das Problem hervor, dass für jedwede infrastrukturelle Maßnahmen – also auch den Austausch schadhafter Wasserleitungsteile – Genehmigungen notwendig seien, die nur schwer von den israelischen Entitäten zu erlangen wären.²⁹³ So seien im Mai 2006 die Arbeiten zum Austausch einer Hauptwasserleitung bei At-Tireh, die eine 70 Meter breite (jüdische) Siedlungs-Zufahrtsstraße unterlaufen muss, vom israelischen Militär gestoppt worden. Ein ähnliches Problem gebe es beim Bau der Hauptwasserzuleitung zum Dorf Burqa, bei dem die Wasserleitung wiederum 12 Meter einer (jüdischen) Siedler-Zufahrtsstraße passieren musste, so dass letztendlich diese fehlenden 12 Meter die Fertigstellung des gesamten Projektes behinderten. Genannte Beispiele wirken sich negativ auf die Wasserversorgung der palästinensischen Bevölkerung, insbesondere deren Zugang zu Wasser aus.

Wie schon in Kapitel 3.2.3.1 dargestellt, stellt sich im Konfliktkontext die Frage nach der „Sinnhaftigkeit“ einer gemeinsamen israelisch-palästinensischen bzw. einer jeweils getrennten Wasserversorgungsinfrastruktur. Aus dem Projektangebot zur ersten Projektphase wird deutlich, dass die GTZ anfangs die Errichtung einer eigenen palästinensischen Infrastruktur wie Tiefbrunnen zwar aus technisch-ökonomischer Sicht nicht als zwingend, jedoch aus Sicht der Versorgungssicherheit als sehr vorteilhaft einschätzte, da dies den

²⁹²C.M. (GTZ) 10.4.2006.

²⁹³Dies beträfe im Prinzip alle- A, B und C- Gebiete. Genehmigungen würden sogar für die Rehabilitation schon bestehender Leitungen benötigt („*e.g. for a 2 inch pipe for 200m we need a permit...*“). In den B Gebieten werde die Genehmigung von der nationalen Wasserbehörde PWA mit den Israelis verhandelt. In den C Gebieten jedoch müsse JWU direkt eine Genehmigung von den Israelis beantragen (N.Kh. (JWU) 8.5.2006).

Zugang der PalästinenserInnen zu Wasser verbessere und einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung in der Region darstelle (Projektangebot 1993:5). In diesem Sinne ist auch die Äußerung des Leiters der JWU-Ingenieursabteilung zu verstehen, demzufolge alle von der JWU versorgten palästinensischen Gemeinden einen schlechten Zugang zu Wasser hätten, da sie aufgrund der ungenügenden Anzahl eigener Brunnen auf Wasserzukauf von der israelischen Firma Mekoroth angewiesen seien; mehr JWU-eigene Brunnen wären demnach eine Lösung.²⁹⁴

Zu einer anderen Einschätzung kommen die Befragten der lokalen Frauengruppe in Belein, die vermuteten, dass ihr Wasserversorger WBWD mit Israel kooperiert und ihren Dörfern absichtlich – von den zu jüdischen Siedlungen führenden Hauptleitungen abzweigende – Wasserleitungen mit einem zu geringen Durchmesser verlegt habe. Damit werde die ohnehin unzureichende Wasserversorgungssituation des Dorfes verschlechtert. Dieser Auffassung nach wird durch eine gemeinsam genutzte Wasserinfrastruktur die ethnisch-nationale Diskriminierung erleichtert, was sich nachteilig auf die Wasserversorgungssituation der palästinensischen Dörfer auswirke.

Aus einem anderen Grund äußerte sich ein Wasser-NGO Mitarbeiter gegen gemeinsame Wasser-Infrastruktur.²⁹⁵ Demnach verweigere die palästinensische Wasserbehörde trotz schon erteilter Baugenehmigungen durch Israel sowie Finanzzusagen der Geberinstitutionen die Durchführung von Kläranlagenprojekten, in denen das Abwasser aus den umliegenden jüdischen Siedlungen mitgeklärt werden müsse. Dies käme einer Anerkennung der illegalen jüdischen Siedlungen gleich, was aus politischen Gründen von palästinensischer Seite abgelehnt werde.

Zur Frage nach der Rolle zentraler und dezentraler Elemente von Wasserversorgungssystemen im palästinensischen Konfliktkontext erklärten sowohl Wasser-NGO Mitarbeiter²⁹⁶ als auch Befragte lokaler Frauengruppen²⁹⁷, dass der palästinensische Wassersektor zur Zeit konfliktbedingt stärker dezentral organisiert sei. Dies sei auch angesichts der israelischen Aggressionen sinnvoll. So äußerten die Befragten der lokalen Frauengruppen in Budrus und Deir Al Sudan vor dem Hintergrund von Wasserknappheit sowie hygienischen Gesichtspunkten den Wunsch nach Förderung von dezentralen on-site Grauwasser-Aufbereitungsanlagen. Auch die Anregung, einen großen Wasserspeicher (Wasserreservoir) für jede Gemeinde zu bauen und jedem Haushalt Regenwasserzisternen bereitzustellen, wurde

²⁹⁴N.Kh. (JWU) 8.5.2006.

²⁹⁵I.Z. (PARC) 15.5.2006.

²⁹⁶J. H. (ACDIVOCA) 7.6.2007.

²⁹⁷Interview in lokaler Frauengruppe Mazra Quibliya (20.6.2006).

von den Befragten der Frauengruppen Belein, Kober und Mazra Quibliya geäußert.²⁹⁸ Angesichts der Befürchtungen in den Gemeinden, dass Israel jederzeit die (zentrale) Wasserzufuhr einschränken oder unterbrechen könne, sei nur durch solche dezentrale Lösungen genügend Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Jedoch sei es nach Auffassung eines NGO-Mitarbeiters für die palästinensischen Gebiete jenseits des Konfliktes grundsätzlich effizienter, die vorhandene zentrale Infrastruktur auszubauen.²⁹⁹ Eine andere Auffassung vertrat ein ehemaliger GTZ-Mitarbeiter, demzufolge gerade im Konfliktkontext eine zentrale Wasserversorgung zu bevorzugen sei, zumal Wasser, „*wenn es erstmal in der Leitung fließt*“, nicht aufgehalten werden könne.

Letztlich kann die Frage nach der Sinnhaftigkeit gemeinsamer- bzw. getrennter Wasserversorgungsinfrastruktur sowie zentraler bzw. dezentraler Elemente von Wasserversorgung für den vorliegenden Fall nicht generell beantwortet werden. Dies gilt auch für die Frage der jeweiligen genderspezifischen Wirkungen hinsichtlich des Zugangs zu Ressourcen oder Arbeitsteilung. Erneut zeigt sich jedenfalls, dass die technische Gestaltung von Wasserversorgung keine „neutrale“, rein naturwissenschaftliche Aufgabe darstellt und dass die gesellschaftlichen Umstände, vorliegend insbesondere der Konflikt, in hohem Maße Einfluss auf die jeweilige technische Gestaltung der Wasserversorgung ausübt.

Schließlich äußerten GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen zur Frage, inwiefern sich der **Konflikt auf die Arbeitsorganisation im Wassersektor** auswirke, dass die eingeschränkte Bewegungsfreiheit durch Ausgangssperren, Checkpoints und Straßensperren eine der wesentlichen konfliktbedingten Behinderungen ihrer Arbeit darstelle. Es erschwere die Organisation von regionalen oder nationalen Workshops und Fortbildungen. Auch könne schwerer auf Beschädigungen von Wasserversorgungsinfrastruktur reagiert werden, zumal JWU-Arbeiter trotz Sondergenehmigungen an den Arbeiten gehindert und bedroht würden.³⁰⁰ JWU habe darauf mit einer stärker dezentral ausgerichteten Arbeitsorganisation reagiert. ArbeiterInnen würden nun in der Nähe ihres Wohnortes eingesetzt, um angesichts der eingeschränkten Bewegungsfreiheit das Unternehmen arbeitsfähig zu halten. Inwiefern sich die eingeschränkte Bewegungsfreiheit in unterschiedlichem Maße auf Männer und Frauen, ihre jeweiligen Handlungsspielräume und die ggf. neue Besetzung gesellschaftlicher Räume auswirkt, stellt eine wichtige Frage dar, wurde jedoch anhand der Interviews nicht ersichtlich.

²⁹⁸ Interviews in lokalen Frauengruppen Kober (18.6.2006), Belein (21.6.2006), Mazra Quibliya (20.6.2006).

²⁹⁹ J. H. (ACDIVOCA) 7.6.2007.

³⁰⁰ C.M. (GTZ) 10.4.06, B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

5.2.4 Zugang zu Wasserressourcen

Während im vorangegangenen Abschnitt die Projektaktivitäten der technischen Gestaltung von Wasserversorgung sowie deren gesellschaftliche Wechselwirkungen im Konfliktkontext untersucht wurden, wird in diesem Abschnitt – unabhängig von den einzelnen durchgeführten Maßnahmen technischer Gestaltung – anhand der Projektunterlagen, den Interviews mit GTZ- und JWU- ProjektmitarbeiterInnen sowie den weiteren befragten Nutzer(-nahen) AkteurInnen analysiert, welche expliziten und ggf. impliziten Vorstellungen hinsichtlich des Zugangs zu Wasser sowie der Kontrolle über Wasser-Ressourcen diese haben. Dabei wurden verschiedene Kriterien, die aus Sicht der Projektplanenden und -durchführenden sowie der weiteren befragten AkteurInnen als ausschlaggebend für den Zugang und die Kontrolle über wasserbezogene Ressourcen erachtet wurden, identifiziert. Dies sind insbesondere die nationale Zugehörigkeit, die sozio-ökonomische Situation und die geografisch-technische Lage sowie die Genderzugehörigkeit. An dieser Stelle sei zudem darauf hingewiesen, dass manche Sachverhalte sowohl der Dimension „Zugang zu Ressourcen“ als auch „genderspezifische Arbeitsteilung“ zugeordnet werden kann. Gewisse Überschneidungen sind deshalb unvermeidlich.

Kriterium der nationalen Zugehörigkeit Am häufigsten und deutlichsten wird in den Projektplanungs- und Umsetzungsdokumenten sowie den Interviews mit GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen³⁰¹ als ausschlaggebendes Kriterium für den Zugang und die Kontrolle über wasserbezogene Ressourcen die nationale Zugehörigkeit genannt. So ist es erklärtes Projektziel der ersten zwei Projektphasen, die Abhängigkeit des palästinensischen Wasserversorgers JWU von israelischen Wasserzukaufen zu verringern. Der palästinensischen Seite wird ein unzureichender und gegenüber Israel benachteiligter Zugang zu Wasserressourcen sowie die Kontrolle über Wasserressourcen bescheinigt. So wurde in einer GTZ-Studie (Evaluation “Ein Sinia No 5” 1995) die in den palästinensischen Gebieten im Jahr 1994 akut fehlende Wassermenge auf 5,28 Mm³/a - bei einer verfügbaren Wassermenge von 5,6 Mm³/a – beziffert. Seit Ende der zweiten Projektphase 2000/2001 taucht das nationale Kriterium sowohl auf Planungs- als auch auf Umsetzungsebene verstärkt im Zusammenhang mit Verweisen auf den Ausbruch der zweiten Intifada auf. So wird in den Projektfortschrittsberichten seit Ende 2000 auf die Beeinträchtigung im Prinzip aller Projektarbeiten durch den verstärkt auf militärischer Ebene ausgetragenen Konflikt hingewiesen. Auch auf Planungsebene wird auf Zerstörungen der palästinensischen Wasserinfrastruktur durch das israelische Militär und auf gravierende wirtschaftliche

³⁰¹C.M. (GTZ) 10.4.2006, B.S. und I.J. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

Einbußen innerhalb der palästinensischen Bevölkerung hingewiesen. Auch die eingeschränkte Bewegungsfreiheit aufgrund der Abriegelungspolitik durch das israelische Militär wird als Grund für den erschwerten Betrieb, Wartung und Gebühreneinzug angeführt, was sich insgesamt sehr negativ auf Kontrolle über und Zugang der PalästinenserInnen zu Wasserressourcen auswirkt habe. Insgesamt wird deutlich, dass alle Erwähnungen der politischen (Konflikt-)Situation in direktem Zusammenhang zum Zugang und der Kontrolle über Wasser-Ressourcen stehen und dabei mit der Frage der nationalen Zugehörigkeit in Zusammenhang gesetzt werden.

Die nationale Zugehörigkeit wurde ebenso von nahezu allen Befragten der nutzer(-nahen) Akteursgruppen als entscheidend für den Zugang zu Wasser angeführt. Ein Wasser-NGO Mitarbeiter beschreibt den benachteiligten Zugang des palästinensischen Dorfs Belein, das sein Wasser über die Wasserleitung für die jüdische Siedlung Dolev erhält, zu Wasser. Die jüdisch-israelischen Siedler schnitten dem palästinensischen Dorf im Sommer oft die Wasserzufuhr ab.³⁰² Auch Befragte lokaler Frauengruppen hoben mehrfach hervor, dass die oft in unmittelbarer Nähe der palästinensischen Gemeinden liegenden jüdischen Siedlungen auch im Sommer „keine Minute Unterbrechung der Wasserversorgung..“ hätten,³⁰³ während die palästinensischen Dörfer oft wochenlang von der Wasserversorgung abgeschnitten wären. Der Zugang zu Wasser gewinnt hier im Rahmen des seit israelisch-palästinensischen Konfliktes eine hohe symbolische Bedeutung.

Sozio-ökonomische Kriterien Der Zugang zu Wasser sowie die Kontrolle über Wasser wird sowohl in den Dokumenten der Planungs- und Umsetzungsebene als auch in den Interviews mit den projektdurchführenden GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen sowie den weiteren nutzer(-nahen) AkteurInnen in Zusammenhang zur sozio-ökonomischen Situation der WassernutzerInnen gesetzt. In den drei Projektangeboten und in den Projektfortschrittsberichten seit Ende der zweiten Projektphase wird auf die insgesamt bessere Wasserangebotssituation der städtischer Bevölkerung mit mittlerem Lebensstandard gegenüber der Bevölkerung kleinerer Ortschaften sowie der Flüchtlingslager mit niedrigem Lebensstandard hingewiesen.³⁰⁴ Im Angebot für die dritte Projektphase zeigt sich darüber hinaus auf Planungsebene erstmals die Betonung der Armutsbekämpfung durch die „*Konzentration auf die Verbesserung des Zugangs zu Wasser für Arme und andere Bedürftige*“ insbesondere in Flüchtlingslagern und kleinen Dörfern (Projektangebot 2001:6).

³⁰²J. H. (ACDIVOCA) 7.6.2007.

³⁰³Interviews in lokalen Frauengruppen Kober (18.6.2006), Atara (19.6.2006), Mazra Qiblyia(20.6.2006), Belein (21.6.2006), Ein Quinia (12.6.2006).

³⁰⁴Insbesondere in der „informellen“ Hauptstadt Ramallah sind die Einkommensmöglichkeiten besser als auf dem Land.

Die wirtschaftlich Lage der WassernutzerInnen wird zudem im Zusammenhang mit der geplanten Erhöhung der Wasserpreise zur Vollkostendeckung ab der zweiten Projektphase adressiert. Diese würden eine *"unvermeidbare Härte für die Bevölkerung"* darstellen (Projektangebote 1997 und 2001). Die Erhöhung solle *„behutsam und schrittweise“* erfolgen und die mittlere Belastung eines Durchschnittshaushalts durch die Wasserrechnung von 5% der Gesamteinnahmen nicht überschreiten, *„da sonst mit öffentlichem Widerstand zu rechnen ist“* (Projektangebot GTZ 2001:4). Aus den Projektfortschrittsberichten der zweiten und dritten Projektphase geht jedoch hervor, dass die geplante Einführung von vollkostendeckenden Preisen sich im Zuge der zweiten Intifada als unerreichbar erwies. Statt dessen sank der Anteil der gezahlten Wasserrechnungen 2001 von 90% auf 65%.³⁰⁵ Die Tatsache, dass die eingeführten Tarifierhöhungen in der zweiten Projektphase auf so starken Widerstand in der Bevölkerung gestoßen war, dass diese wieder rückgängig gemacht werden musste, weist darauf hin, dass der Anteil der Wasserrechnung am Gesamt-Haushaltsbudget insbesondere angesichts der konfliktbedingten Einbußen, offenbar mehr als die angestrebten 5% ausmachten.

Laut Aussagen einiger der befragten JWU- und GTZ-MitarbeiterInnen im Ramallah Distrikt sei Armut jedoch kein *ausschlaggebender* Faktor für den Zugang zu Wasser; die fehlende Wasserverfügbarkeit sei hier von größerer Relevanz als die ökonomische Liquidität der WassernutzerInnen. Einem JWU-Mitarbeiter zufolge herrsche grundsätzlich trotz der Armut und der konfliktbedingten ökonomischen Einbußen eine sehr hohe Zahlungsbereitschaft für Wasser vor.³⁰⁶

Es ist insgesamt deutlich geworden, dass – im Vergleich zu den Auffassungen der JWU- und GTZ-MitarbeiterInnen – die Befragten von Wasser-NGOs, von Fraueninstitutionen und von lokalen Frauengruppen für die Frage des Zugangs zu Wasser der sozio-ökonomischen Situation der Haushalte einen höheren Stellenwert beimaßen. So äußerten Mitarbeiterinnen von NGOs und lokalen Frauengruppen, dass die Anschlussgebühr in Höhe von 3000 NIS (ca 600€) nicht selten ein Grund für Haushalte sei, keinen eigenen Wasserzähler anzumelden. Statt dessen würde der Wasseranschluss mit Nachbarn, oft Familienangehörige, geteilt, oder gar inoffiziell Wasser entnommen. In Deir Al Sudan und Mazra Quiblyia³⁰⁷ seien rund 5% der Häuser aus ökonomischen Gründen nicht an das Wassernetz angeschlossen.

MitarbeiterInnen von NGOs sowie Fraueninstitutionen gingen aufgrund der ökonomischen Krise und der damit einhergehenden Einkommensverluste davon aus, dass für Haushalte mit

³⁰⁵PFB 1996, PFB 1997, PFB 1998, PFB 1999, PFB 2000, PFB 2001, PFB Nr. 1 2003, PFB Nr. 2 2005.

³⁰⁶B.S. und I.J. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006. C.M. (GTZ) 10.4.2006.

³⁰⁷Interviews in lokalen Frauengruppen Deir Al Sudan (15.6.2006), Mazra Quiblyia (20.6.2006).

einem niedrigen Einkommen der Anteil der Wasserrechnung am Haushaltsbudget, insbesondere wenn zeitweise kein Leitungswasser zur Verfügung steht und teures Wasser von Tankern³⁰⁸ gekauft werden muss, leicht bis auf 30% steige. Die Unterbrechungen der Wasserzufuhr in den Sommermonaten stellten damit ein großes Problem besonderes für arme Haushalte dar.³⁰⁹

Ein neuer haushaltsinterner Aspekt des Zugangs zu Wasser wurde von NGO MitarbeiterInnen sowie Befragten lokaler Frauengruppen angesprochen³¹⁰: So sei die Versorgungssicherheit bei einem intermittierenden, nicht kontinuierlichen Wasserversorgungssystem (vgl. Kapitel 3.2.3.2) wie in den palästinensischen Gebieten in hohem Maße von der Größe bzw. Anzahl an Dachwasserspeichern auf jedem Haus abhängig. Ausschlaggebend dafür sei neben der Haushaltsgröße auch das Haushaltseinkommen. Arme und kinderreiche Familien könnten sich häufig größere bzw. mehrere Dachwasserspeicher nicht leisten, weshalb sie stärker von den Unterbrechungen der leitungsgebundenen Wasserversorgung in den Sommermonaten betroffen seien. Entsprechend wurde in den wohlhabenderen Dörfern³¹¹ angegeben, dass hier kaum Wasserengpässe in den Sommermonaten aufträten, zumal fast alle Haushalte über drei bis vier Dachwasserspeicher verfügten und ggf. auf Wassertanker zurückgreifen könnten.

Die Aussage einer Wasser-NGO-Mitarbeiterin, dass natürliche Wasserquellen im Ramallah Distrikt in vielen Gemeinden insbesondere von ärmeren Familien genutzt werden, obgleich diese oft verschmutzt sind, stellt einen weiteren Verweis auf den eingeschränkten Zugang ärmerer Bevölkerungsteile zu sauberm Wasser dar.³¹²

Geografisch-technische Kriterien In den Interviews wurden zudem als relevant für die Qualität des Zugangs zu Wasser relevante geografisch-technische Kriterien genannt.³¹³ So stelle der Ramallah Distrikt mit Höhenunterschieden von bis zu 800 Höhenmetern technisch ein schwieriges Wasserversorgungsgebiet dar.³¹⁴ Grundsätzlich hätten diejenigen Gemeinden bzw. diejenigen Häuser innerhalb der einzelnen Gemeinden, die am höchsten und am weitesten entfernt von den Haupteinspeiseknoten liegen, am häufigsten und längsten unter Wasserknappheit im Sommer und niedrigem Wasserdruck zu leiden. Insbesondere in den

³⁰⁸F.Kh. (PARC) 8.6.2006, A.H. (Betunia Frauenclub und Gemeinderat) 17.6.2006, S.H. (PHG) 27.5.2006, A. S. (Frauenclub Al Amari Flüchtlingscamp) 15.6.2006, J. H. (ACDIVOCA) 7.6.2006.

³⁰⁹Interviews in lokalen Frauengruppen Deir Al-Sudan (15.6.06), Kober (18.6.2006), Belein (21.6.2006), Mazra Quiblyia (20.6.2006), Atara (19.6.2006).

³¹⁰F.Kh. (PARC) 8.6.2006, A. H. (Betunia Frauenclub und Gemeinderat) 17.6.2006, lokale Frauengruppe Belein (21.6.2006), Y. H. (UNRWA) 15.6.2006.

³¹¹Interviews in lokalen Frauengruppen Budrus (13.6.2006), Turmos Ayya (14.6.06), Ein Areek (21.6.2006).

³¹²B.B. (PHG) 11.5.2006 und 18.5.2006.

³¹³C.M. (GTZ) 10.4.2006, B.S. und I.J. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006, J. H. (ACDIVOCA) 7.6.2007, B.B. (PHG) 11.5.2006, lokale Frauengruppen Mazra Quiblya (20.6.2006), Atara (19.6.2006), Deir Al Sudan (15.6.2006), Ein Areek (21.6.2006).

³¹⁴So B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

wasserknappen Sommermonaten falle der Wasserdruck durch die erhöhte Nachfrage und reiche nicht mehr aus, um das Wasser in höher gelegene Gemeinden zu transportieren. Auch liege es in der Natur der Sache, dass bei einer limitierten Wassermenge diejenigen WasserverbraucherInnen, die weiter hinten im Versorgungsnetz liegen, kein Wasser mehr erhalten, wenn die weiter vorne liegenden VerbraucherInnen die vorhandene Wassermenge schon aufgebraucht haben.³¹⁵

Jedoch können im Einzelfall diese grundsätzlichen Regeln (Entfernung von Wassereinspeisestelle und Höhenlage) auch nicht zutreffen.³¹⁶ Beispiele dafür wurden von den Befragten einiger lokaler Frauengruppen gegeben.³¹⁷ So würden Einzelpersonen in palästinensischen Dörfern durch eigenmächtige Eingriffe in die lokale Wasserversorgung – insbesondere durch das Öffnen bzw. Schließen von Ventilen in den Wasserleitungen – das im Sommer knappe Wasser zu den eigenen Dörfern, Vierteln oder Häusern leiten. Daraus entstünden häufig dorfinterne soziale Probleme.

Kontroverse Einschätzungen wurden hinsichtlich der Rolle von Regenwasserzisternen als dezentrale Wasserversorgungstechnologien geäußert. Während eine GTZ-Mitarbeiterin insbesondere den positiven Einfluss derselben auf den jeweiligen Zugang der Haushalte zu Wasser – v.a. in den abgelegenen Dörfern – hervorhob,³¹⁸ wies ein JWU-Mitarbeiter darauf hin, dass die Nutzung von Regenwasserzisternen nur in den ersten der trockenen Sommermonate eine Hilfe für die Bevölkerung darstelle, um Wasserengpässe zu überwinden. Danach stelle das Vorhandensein der leeren Regenwasserzisternen ein großes Problem für den Wasserversorger JWU dar, da es nicht unüblich sei, die Zisternen mit Leitungswasser zu füllen, was dazu führe, dass der Wasserdruck zusammenbreche und insbesondere bei den an den Enden des Wassernetzes gelegenen Dörfern bzw. Haushalten innerhalb eines Dorfes zu Wasserknappheit führe.³¹⁹ Hier zeichnet sich die von Seiten des Wasserversorgers unerwünschte Aneignung einer Technologie – in diesem Fall der Regenwasserzisterne – durch die WassernutzerInnen ab, die einen negativen Einfluss auf die Wasserversorgung und damit den Zugang zu Wasser ausüben kann.

Gender als Kriterium Genderaspekten wurde von Seiten der GTZ-Projektplanenden und -durchführenden nur wenig Relevanz für die Frage des Zugangs und der Kontrolle über Wasser beigemessen. Im zweiten Projektantrag wird die Etablierung direkter

³¹⁵So B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

³¹⁶C.M. (GTZ) 10.4.2006.

³¹⁷Interviews in lokalen Frauengruppen Kober (18.6.2006), Belein (21.6.2006), Mazra Quiblyia (20.6.2006) und Atara (19.6.2006).

³¹⁸N. Kh. (GTZ) Interview 26.4.2006 und 8.5.2006.

³¹⁹JWU hat deshalb 4-5 Personen, die nachts Kontrollen durchführten, leider kooperierten die WassernutzerInnen nicht immer (I.J. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006).

Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung auf die Ausgestaltung der Wasserversorgung durch Stadtteilkomitees angestrebt. Dabei sei „Frauen ein maßgeblicher Einfluss zu vermitteln“ (Projektangebot 1997: 20). Dies legt nahe, dass der Einfluss von Frauen und damit auch ihre Kontrolle über Wasserversorgung und Wasserressourcen aus Sicht der Projektplanenden eingeschränkt ist. In diesem Sinne wurde auch im dritten Stakeholder-Workshop das Ziel diskutiert, Frauen „mehr Verantwortung in Wasserangelegenheiten“ zu geben. Die soeben aufgeführten Genderbezüge verbleiben jedoch sehr allgemein, ohne dass dabei konkrete Informationen zur Ausgangssituation gegeben oder Handlungsanweisungen aufgezeigt wurden (Workshop Dokumentation 2005). Davon abgesehen lassen sich in den restlichen Projektunterlagen keine Hinweise auf eine genderspezifische Differenzierung bezüglich Zugang und Kontrolle über Wasserressourcen finden. Grundsätzlich werden Frauen als Teil der Hauptzielgruppe „palästinensische Bevölkerung“ gesehen, die in ihrer Gesamtheit einen schlechten Zugang und eine schlechte Kontrolle über Wasser hat.

In diesem Sinne sind die Aussagen der befragten GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen zu verstehen, denenzufolge genderspezifische Fragestellungen für den Zugang zu Wasser sowie die Kontrolle über Wasser keine Rolle spielen. Ein ehemaliger GTZ-Mitarbeiter ging zwar davon aus, dass Frauen aufgrund ihrer Zuständigkeit für häufig wasserbezogene Haushaltsaufgaben stärker unter Wasserknappheit leiden und somit stärker von einem verbesserten Zugang zu Wasser profitieren würden als Männer. Dies habe jedoch keinen Einfluss auf die Arbeit des Wasserversorgers, diese sei nicht „genderspezifisch“.³²⁰ Ein JWU-Mitarbeiter³²¹ wiederum begründete dies damit, dass der JWU-Zuständigkeitsbereich nur bis zum Wasserzähler vor der Haustür reiche. Die Haushalte selber werden somit als *black box* betrachtet. Wie schon in Kapitel 2.1 aufgeführt entspricht dies einem Kritikpunkt von GenderanalytistInnen, denenzufolge Genderaspekte auch von Wasserversorgung v.a. auch durch genderdisaggregierte Daten unterhalb der Haushaltebene herauszuarbeiten sind.

Angesichts der vielfältigen Verweise auf die Relevanz der nationalen Zugehörigkeit und des Konflikts für den Zugang zu Wasser liegt die Vermutung nahe, dass der Konflikt hier Gender-Aspekte, die auch von Bedeutung sein können, überlagert (vgl. Kapitel 2.3). Mit dieser Fokussierung werden jedoch Ansatzpunkte unterhalb auf Haushaltsebene – jenseits des Wasserzählers – vernachlässigt, die für den Zugang zu Wasser entscheidend sein können. Die schon beschriebene „Umnutzung“ von Regenwasserzisternen durch einige WassernutzerInnen stellt dafür ein Beispiel dar.

³²⁰C.M. (GTZ) 10.4.2006.

³²¹I.J. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

Auf aus der Literatur abgeleitete mögliche Genderbezüge der Dimension Zugang zu Ressourcen sowie Kontrolle über Ressourcen wird in den Projektunterlagen und Interviews mit JWU- und GTZ- MitarbeiterInnen nicht eingegangen. Dies betrifft einerseits den Umstand, dass Frauen vielfach über weniger Land- und Hausbesitz sowie weniger Einkommen als Männer verfügen und sich infolgedessen Frauen gegenüber Männern in einer nachteiligen Situation bezüglich des Zugangs und der Kontrolle über Wasser befinden. Andererseits wird in der Literatur angeregt, diesbezüglich den Blick auf Haushalte mit weiblichem Vorstand zu richten. Hinweise auf die Relevanz dieser Genderbezüge auch für die Projektregion wurden schon in Kapitel 3.2.2.1 aufgearbeitet; dazu gehört die Information, dass Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand in den palästinensischen Gebieten und auch speziell im Ramallah Distrikt eine niedrigere Anschlussrate an das Wasser- und Abwassernetz aufwiesen.

Im Gegensatz dazu zeigte sich, dass die befragten Nutzer(-nahen) Akteursgruppen Genderaspekten für die Frage des Zugangs zu und der Kontrolle über Wasserressourcen eine deutlich höhere Relevanz beimaßen. So bestätigten einige Mitarbeiterinnen von Wasser-NGOs und Fraueninstitutionen³²² den schon in Kapitel 3.2.2.1 dargestellten Befund, dass von Frauen geführte Haushalte auch in der palästinensischen Gesellschaft häufig ärmer seien als Haushalte mit einem männlichen Haushaltsvorstand. Sie wiesen jedoch gleichzeitig darauf hin, dass dies nicht unbedingt einen marginalisierten Status und damit zusammenhängend einen schlechteren Zugang zu (Wasser-)Ressourcen nach sich ziehe.³²³ Eine Mitarbeiterin einer Fraueninstitution hob hervor, dass die palästinensischen Frauen, insbesondere in ländlichen Gebieten sehr stark seien und sich die Tatsache, dass sie einen Haushalt aufgrund bestimmter Umstände führten, sich oftmals positiv auf ihr Selbstbewusstsein auswirke.³²⁴ Auch die Aussagen einiger Befragter lokaler Frauengruppen machen deutlich, dass die quantitative Erhebung weiblich geführter Haushalte nicht ausreichend ist, um auf deren sozio-ökonomische Benachteiligung und infolgedessen deren Zugang zu Wasser schließen zu können.

So stehe laut einigen Befragten lokaler Frauengruppen die sozio-ökonomische Situation von Haushalten mit weiblichem Vorstand in Zusammenhang mit den Gründen für die Abwesenheit der Männer. Hänge diese mit Krankheit, Behinderung oder Arbeitslosigkeit des Ehemannes zusammen, sähen sich Frauen vermehrt dazu gezwungen, Arbeiten außerhalb des

³²²A.H. (Betunia Frauenclub und Gemeinderat) 17.6.2006, F.Kh. (RWDS) 8.6.2006, S. L. (ACDIVOCA) 7.6.2006.

³²³S. L. (ACDIVOCA) 7.6.2006.

³²⁴F.Kh. (RWDS) 8.6.2006.

Hauses bzw. des Dorfes, häufig als Hausmädchen, anzunehmen, was gesellschaftlich schlecht angesehen und schlecht bezahlt sei. Die Situation dieser von Frauen geführten Haushalte sei prekär, da das Geld vom Sozialministerium sowie von der Dorfgemeinschaft in Form von gemeinnützigen Spenden nicht ausreiche. Dies ist der Fall im Dorf Belein³²⁵, das mit rund 50% von Frauen geführten Haushalten aufgrund einer hohen Zahl kranker, arbeitsloser und behinderter Männer einen hohen Anteil aufweist. Auch im Dorf Kober³²⁶, in dem ca 20% der Haushalte insbesondere aufgrund von Scheidung oder Todesfällen der Ehegatten von Frauen geführt würden, sei deren Situation prekär. Ein anderer Fall wird am Beispiel des Dorfes Turmos Ayya deutlich, das zwar mit 90% zu den Dörfern mit dem höchsten Anteil an weiblichen Haushaltsvorständen im Ramallah Distrikt gehört. Ursächlich dafür ist jedoch, dass der Großteil der erwachsenen Männer aus Arbeitsgründen in die USA emigriert ist und im Dorf nur die jungen und alten Männer sowie die Frauen geblieben sind. Turmos Ayya zählt aufgrund der Geldtransferzahlungen zu den wohlhabenden Dörfern des Ramallah Distriktes. Deutlich wird damit, dass der Blick auf von Frauen geführten Haushalten jedenfalls ein Ansatzpunkt für den genderspezifischen Zugang zu Ressourcen bietet. Jedoch können keine verallgemeinernden Aussagen auf Basis von ausschließlich quantitativen Erhebungen getroffen werden.

Für den Zugang zu Wasser sowie die Kontrolle über Wasser ist die Teilhabe an entscheidungsrelevanten Prozessen und Strukturen relevant. Dies betrifft sowohl die innerhäuslich-private als auch die politisch-öffentliche außerhäusliche Ebene. Auf einen nicht auf dem ersten Blick ersichtlichen Genderbezug wurde von MitarbeiterInnen von Wasser-NGOs und Fraueninstitutionen hingewiesen. So sei neben den ökonomischen Möglichkeiten eines Haushaltes auch die innerhäuslichen Prioritätensetzungen insbesondere bei Investitionsentscheidungen für den Zugang zu Wasser entscheidend.³²⁷ Hier spiele eine Rolle, inwieweit Frauen innerhalb der Haushalte ein Mitspracherecht bei Investitionen haben. Frauen, „*die stark genug seien*“ bzw. einen „*verständnisvollen Mann*“ hätten, könnten Überzeugungsarbeit leisten, um in weitere Dachwasserspeicher zu investieren. Dies habe, wie weiter oben ausgeführt, einen positiven Effekt auf die häusliche Wasserversorgungssituation. Männer hingegen räumten nach Auffassung der Befragten aufgrund ihrer häufigen Abwesenheit im Hause der Frage der hausinternen Wasserverfügbarkeit einen weniger hohen Stellenwert ein als Frauen.³²⁸

³²⁵Lokale Frauengruppe Belein (21.6.2006).

³²⁶Lokale Frauengruppe Kober (18.6.2006).

³²⁷Y.H. (UNRWA) 15.6.06, F. Kh. (RWDS) 8.6.2006, A.H. (Betunia Frauenclub und Gemeinderat) 17.6.2006.

³²⁸F.Kh. (RWDS) 8.6.2006.

Auch die Ebene der genderspezifischen Teilhabe an politischen Gremien, namentlich die Präsenz von Frauen in den Gemeinderäten – was als Resultat des 2005 geänderten Wahlgesetz mit Einführung einer Frauenquote³²⁹ zu werten ist – wurde von MitarbeiterInnen von Wasser NGOs, Fraueninstitutionen und lokalen Frauengruppen als relevant für den Zugang zu Wasser erachtet.³³⁰ Zum Zeitpunkt der Befragung in neun Dörfern von März bis Juni 2006 waren in vier der neun Dörfer Frauen im Gemeinderat vertreten. Obwohl es vielfach als noch zu früh erachtet wurde, um beobachtbare Veränderungen feststellen zu können, sei durch die bloße Präsenz von Frauen in den Rathäusern schon jetzt ein Empowerment feststellbar.³³¹ Frauen würden anders von den männlichen Kollegen im Rat wahrgenommen. Auch fiele es Frauen in ländlichen Gemeinden kulturell begründet leichter, sich mit ihren Anliegen an Frauen zu wenden.³³² „*If there are no women in the council , women can't go and talk, the council is a place for men gathering [...] if there is a women, they can go and talk frequently and freely [...]*“.³³³ Auch ein direkter Bezug zu einer verbesserten Wasserversorgung durch die Anwesenheit von Frauen in den Gemeinderäten wurde erwartet, was mit der unterschiedlichen Prioritätensetzung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zu Wasser begründet wurde: „*[...]women realize importance of water, men don't, that's why women's participation is very important. When the councils do strategic plans , it is important that women are part of this plan, because they really understand this area[...]*“.³³⁴ Die Befragten der lokalen Frauengruppe Atara und Ein Areek erwarteten, dass Frauen den Bau von Wasserspeichern und die Einführung von Abwasserentsorgungssystemen vorantreiben sowie insgesamt Umwelt- und Gesundheitsbelange stärker berücksichtigen würden. Der rein männlich besetzte Gemeinderat in Atara habe sich ausschließlich um die Stromversorgung des Dorfes gekümmert.³³⁵ Im Dorf Mazra wurde hingegen das Verbesserungspotenzial durch Frauen in Gemeinderäten skeptisch beurteilt. Als Gründe dafür wurde genannt, dass die Gemeinderäte im Zuge des internationalen Finanzboykotts seit Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 ohnehin über keine Ressourcen verfügen, um irgendetwas zu tun. Außerdem seien die Männer im Dorf nicht gewillt, mit den Frauen im Rat zu kooperieren, da sie „*nicht daran gewöhnt seien, mit Frauen zu arbeiten*“.³³⁶

³²⁹<http://www.miftah.org/Doc/Reports/2005/PalWomenInTheOccuTer.pdf> (13.8.2006).

³³⁰F.Kh. (RWDS) 8.6.2006, S.H. (PHG) 27.5.2006. lokale Frauengruppe Atara (19.6.2006), Ein Areek (21.6.2006), Mazra Quibliya (20.6.2006), Deir Al-Sudan 15.6.2006, Belein (21.6.2006).

³³¹F.B. (palästinensisches Frauenministerium) 29.5.2006.

³³²F.B. (palästinensisches Frauenministerium) 29.5.2006, F.Kh. (RWDS) 8.6.2006, A.H. (Betunia Frauenclub und Gemeinderat) 17.6.2006.

³³³F.Kh. (RWDS) 8.6.2006.

³³⁴F.Kh. (RWDS) 8.6.2006.

³³⁵Lokale Frauengruppe Atara (19.6.2006).

³³⁶Lokale Frauengruppe Mazra Quiblya(20.6.2006).

Ein weiterer Zusammenhang zwischen Gender und dem Zugang zu Wasser sowie der Kontrolle über Wasser lässt sich den Aussagen einer Wasser-NGO Mitarbeiterin entnehmen: “[...] *the springs in the village are public, anyone can go and use its water. But if you talk about the well, it is controlled by men [...]*”³³⁷ Eine andere NGO-Mitarbeiterin nahm Bezug auf die männliche Dominanz in der technischen Sphäre: “[...] *of course we tackle our water shortages to the Israelis, because the Israelis cut the water from us, but on the other hand, the engineers, that are controlling the running water they are the men, who controls the water is the men [...]*”³³⁸ Dies deutet einerseits darauf hin, dass Männer, sobald es um kommerzielle Wasserbelange geht, die Kontrolle über Wasser innehaben. Andererseits bestärkt es die Hypothese, dass der Konflikt Genderaspekte auch hinsichtlich des Zugangs zu Wasser sowie der Kontrolle über Wasser überlagert, auch wenn diese bestehen. Insgesamt hat sich gezeigt, dass je näher die befragten Akteure an der NutzerInnenebene arbeiteten bzw. diese repräsentierten, umso stärker rückten auch Genderaspekte für den Zugang zu Wasser in den Vordergrund.

5.2.5 Arbeitsteilung und Wassernutzung

In diesem Abschnitt werden die aus den Projektunterlagen sowie den Interviews mit GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen sowie den weiteren befragten nutzer(-nahen) Akteure ableitbaren Vorstellungen über die wasserbezogene Arbeitsteilung, die damit zusammenhängende Arbeitsbelastung sowie die Wassernutzung dargestellt. Mit dieser Genderdimension werden auch implizite Genderbezüge berührt, die die gesellschaftliche Aufteilung in geschlechtlich besetzte Bereiche entlang von Gegensatzpaaren wie „Produktion – Reproduktion“ und „öffentlich – privat“ betreffen. So halten in EZ-Wasserprojekten Projektplanende und -durchführende oftmals implizit an traditionellen Rollenbildern fest, indem Männer als Hauptakteure im öffentlich-politischen Raum gesehen werden und die Rolle von Frauen auf den privaten-häuslichen Bereich reduziert wird (vgl. Kapitel 2.3). Ein solches Verhalten verstärkt vorhandene Geschlechterdichotomien und kann potenzielle neue Handlungsoptionen für Männer und Frauen verstellen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern sich dies möglicherweise auf das Projekt ausgewirkt hat.

Arbeitsteilung im „privaten“ und „öffentlichen“ Raum Es bestätigt sich hinsichtlich der genderspezifischen Arbeitsteilung, dass sowohl in den GTZ-Projektplanungsunterlagen als auch in den Interviews mit ProjektmitarbeiterInnen sowie den weiteren befragten AkteurInnen insbesondere die dem *reproduktiven Bereich* zuzuordnenden

³³⁷S. L. (ACDIVOCA) 7.6.2006.

³³⁸F.Kh. (RWDS) 8.6.2006.

wasserbezogenen Haushaltsaufgaben des häuslichen Wassermanagements in der palästinensischen Gesellschaft im weiblichen Verantwortungsbereich gesehen wird. Männern wird dagegen die Zuständigkeit für die *öffentlichen Bereiche* von Wassermanagement zugeschrieben. Damit findet eine „Vergeschlechtlichung“ von Räumen statt.

So wird auf Planungsebene in allen drei Projektangeboten auf die *„weitreichende Verantwortung der Frauen in der palästinensischen Gesellschaft für die Versorgung der Familie“* hingewiesen, „wozu *explizit die Versorgung mit Wasser und die Entsorgung von Abwasser und Müll sowie die häusliche Hygieneerziehung gehören*“. Daraus wird *„deren Hauptverantwortung für den sparsamen Umgang mit Trink-, Koch- und Waschwasser“* abgeleitet (vgl. Projektangebote 1993:2, 1997:5f. und 2001:6f.). Auch die Befragten von Wasser-NGOs, Fraueninstitutionen und lokalen Frauengruppen³³⁹ waren sich einig, dass bezüglich der innerhäuslichen wasserbezogenen Arbeitsteilung Frauen in den palästinensischen Gebieten – insbesondere in der dörflichen palästinensischen Kultur – die Hauptverantwortung tragen. Dies betreffe die innerhäusliche Nutzung und Verteilung von Wasser und schließe insbesondere die Bereiche Saubermachen, Kochen und Hygieneerziehung sowie die Erziehung zum sorgfältigen Umgang mit der knappen Ressource Wasser ein. Männer hätten hier keine Verantwortung, was nicht zuletzt auf die Abwesenheit der Männer in der häuslichen Sphäre zurückgeführt wurde *„[...]the men only come home to take a shower, eat and go work [...]“*³⁴⁰. Zudem seien Frauen laut den Befragten einer lokalen Frauengruppe für die Einhaltung einer angemessenen Wasserqualität zuständig. Dazu gehöre es, den Männern aufzutragen, die technischen Einrichtungen wie Wasserfilter zu besorgen.³⁴¹ Frauen sorgten zudem für die Einhaltung der hygienischen Voraussetzungen für eine unbedenkliche Regenwassernutzung.³⁴² Dies betrifft insbesondere die notwendige Reinigung der Regenauffangflächen vor Beginn der Regenperiode in den Wintermonaten; teilweise werde außerdem auch für das in den Zisternen gesammelte Regenwasser Filter benutzt.

Ein Bereich von häuslichem Wassermanagement, der sich **an der Schnittstelle zwischen den Privathaushalten und dem öffentlichen Wasserversorger** befindet, stellt das Bezahlen der Wasserrechnung und das Sich-Beschweren, bzw. das Anzeigen von Mängeln dar. Den Interviews lässt sich entnehmen, dass die Mehrheit der JWU-KundInnen ihre Rechnungen im JWU-Büro in Ramallah persönlich bezahlten, was vornehmlich von Männer getätigt werde.³⁴³

³³⁹B.B. (PHG) 11.5.2006, F.Kh. (RWDS) 8.6.2006, F.B. (palästinensisches Frauenministerium) 29.5.2006, lokale Frauengruppen Deir Al Sudan (15.6.2006), Turmos Ayya (14.6.2006), Kober (18.6.2006).

³⁴⁰Lokale Frauengruppe Kober (18.6.2006).

³⁴¹*„[...]the women has to tell the men, to buy it, alone he would not know[...]“* Lokale Frauengruppe Deir Al Sudan (15.6.2006).

³⁴²Lokale Frauengruppen Turmos Ayya (14.6.2006), Atara (19.6.2006).

³⁴³C.M. (GTZ) 10.4.2006, I.J. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006, S. L. (ACDIVOCA) 7.6.2006.

Ein Grund dafür sei einerseits, dass Männern in der palästinensischen Gesellschaft insgesamt eine entscheidungsmächtigere Position zukomme und die Wasseranschlüsse der Haushalte im Allgemeinen auf den Namen des Ehemannes angemeldet sind. Auch seien Männer vielfach außerhalb des Hauses arbeitstätig und erledigten das Zahlen der Rechnungen und das Vortragen von Beschwerden auf dem Weg zur Arbeit bzw. über Telefonate vom Arbeitsplatz aus.³⁴⁴ Allerdings differenzierten die Befragten lokaler Frauengruppen diese generelle Aussage dahingehend, dass, wenn die Rechnung unmittelbar bei der Rechnungsüberbringung ins Haus gezahlt werde, dies häufig die Ehefrau übernehme.³⁴⁵ Auch wurde darauf hingewiesen, dass es die Verantwortung der Frauen sei, die Männer daran zu erinnern, die Wasser-Rechnung zu bezahlen.³⁴⁶

Der von einem Mitarbeiter einer Wasser-NGO³⁴⁷ benannte Bereich der Konstruktions- und Bauarbeiten sei seiner Auffassung nach in Palästina traditionell männlich besetzt. So sei es in den von ihm betreuten Grauwasserkläranlagen-Projekten nur in wenigen Fällen vorgekommen, dass Frauen beim Löcher schaufeln geholfen hätten; Ausnahmen seien hier weibliche Haushaltsvorstände gewesen.

In diesem Sinne äußerte auch ein JWU-Mitarbeiter³⁴⁸ zur Frage der genderspezifischen Arbeitsteilung im **öffentlichen Wassermanagement** die Ansicht, dass Frauen für handwerklich-technische Arbeiten im Feld, wie dies in seiner Abteilung für Betrieb und Wartung üblich sei, aufgrund der teilweise schweren körperlichen Arbeiten nicht im selben Maße geeignet seien. Weiterhin verwies er auf die gesellschaftlich verankerte palästinensische Mentalität, derzufolge es als nicht angemessen für Frauen gelte, „schmutzige“ Arbeiten durchzuführen, nachts zu arbeiten und im öffentlichen Raum unterwegs zu sein. Dies gelte insbesondere für verheiratete Frauen, was die meisten Frauen mit spätestens 25 Jahren seien.

Hinsichtlich der Aufgaben des **dörflich-kommunalen Wassermanagements** wird deutlich, dass sowohl nach Einschätzung der NutzerInnenarbeitenden NGOs sowie im Selbstverständnis der Frauen in den Dörfern „Wissen“ und Verantwortung bei den Frauen liege. In diesem Sinne beschrieben Befragte der lokalen Frauengruppe Kober die dorfintern organisierte Wasserverteilung in den wasserknappen Sommermonaten. Hier werde von den Dorfbewohnern nach Anleitung der Mitarbeiter des Wasserversorgers JWU das Öffnen und Schließen der Wasserleitungsventilen zu den verschiedenen Vierteln, Straßenzügen und

³⁴⁴I.J. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

³⁴⁵Lokale Frauengruppen Budrus (13.6.2006), Turmos Ayya (14.6.2006), Deir Al-Sudan (15.6.2006), Kober (18.6.2006), Atara (19.6.2006), Belein (21.6.06), Mazra Quiblyia (20.6.2006), Ein Areek (21.6.2006).

³⁴⁶Lokale Frauengruppen Budrus (13.6.2006), Belein (21.6.2006), Mazra Quiblyia (20.6.2006).

³⁴⁷J. H. (ACDIVOCA) 7.6.2007.

³⁴⁸B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

Häusern zur Sicherstellung des notwendigen Wasserdrucks übernommen. Diese Aufgabe, die in den Abendstunden ausgeführt werde, werde vornehmlich von Männern übernommen, da zu dieser Zeit die meisten Männer schon über freie Zeit verfügten, wohin gegen Frauen auch abends noch häusliche Arbeiten zu erledigen hätten. Auch hier wurde jedoch hervorgehoben, dass die Frauen ihre Expertise einbrächten und die Männer letztendlich die Anweisungen und Vorstellungen der Frauen umsetzten „ [...] *actually the decision, how to deal with the things, is done by women not the men, women tell their husband to do so and do so, because they know [...]*“³⁴⁹.

Im dem **öffentlichen Raum** zuzurechnenden Wassersektor gehen Frauen jedoch zunehmend als Planungs- und Entwicklungs-Ingenieurinnen einer gesellschaftlich anerkannten Beschäftigung nach. Einem JWU-Mitarbeiter zufolge sei schon zum Zeitpunkt der Befragung im Jahr 2006 ein vergleichsweise hoher Frauenanteil im Wassersektor zu finden, obgleich der Wassersektor ein relativ neues Betätigungsfeld für Frauen in Palästina darstelle. Er gehe dabei von einer steigenden Tendenz aus³⁵⁰. Dies deckt sich mit den Beobachtungen aus Kapitel 3.2.2, dass der Frauenanteil am formellen Arbeitsmarkt bei qualifizierten Arbeiten deutlich höher ist als bei unqualifizierten Arbeiten und zudem Frauen in den technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen zunehmend vertreten sind.

Schließlich findet sich in einem in der dritten Projektphase erstellten Dokument³⁵¹ der einzige Bezug auf den in der Literatur vielfach angesprochenen Zusammenhang, dass die traditionelle wasserbezogene Arbeitsteilung oft mit gesundheitlichen Nachteilen für Frauen und Mädchen verbunden sei (vgl. Kapitel 2.3). Hier wird auf die vielfach verschmutzten Wasserquellen abgehoben, die für die wasserholenden Mädchen und Frauen eine gesundheitliche Gefährdung darstelle. Auch findet sich der Verweis auf konfliktbedingte Gefahren, zumal die wasserholenden Mädchen und Frauen oft auf dem Weg zur Wasserquelle von israelischen Militär und militanten jüdischen Siedlern bedroht und angegriffen würden (vgl. Women 2005). Weder in den Projektunterlagen noch in den Interviews mit JWU- und GTZ-MitarbeiterInnen werden hingegen mögliche soziale und ökonomische Nachteile adressiert, die aus der traditionellen genderspezifischen Arbeitsteilung resultieren können (vgl. Kapitel 2.3).

Arbeitsteilung und Genderrollen Trotz der vielfach übereinstimmenden Aussagen zur genderspezifischen Arbeitsteilung ist sowohl anhand von Projektunterlagen als auch anhand

³⁴⁹Lokale Frauengruppe Kober (18.6.2006).

³⁵⁰B.S. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006.

³⁵¹Vgl. Dokument „Women & Water Management in Developing Countries“, in dem das Thema „gender and water“ allgemein behandelt wird, ohne auf die konkreten Projektarbeiten bzw. den Projektkontext einzugehen (Women 2005).

der Interviews deutlich geworden, dass Genderrollen und damit zusammenhängend die genderspezifische Arbeitsteilung sich auch innerhalb des Ramallah Distriktes sehr unterscheiden können. Die oben beschriebenen Annahmen bilden damit nicht immer passgenau die Realität ab.

Ein Beispiel dafür sind die unterschiedlichen Antworten der Befragten lokaler Frauengruppen³⁵² zur genderspezifischen Arbeitsteilung hinsichtlich des Wasserholens von natürlichen Wasserquellen bei Abwesenheit einer (funktionierenden) zentralen Wasserversorgung. Diese sind nicht zuletzt aufgrund des vielfach als Symbol für den Zusammenhang von „Wasser und Frauen“ herangezogenen Bildes der Frauen mit schweren Wasserkrügen auf dem Kopf bemerkenswert. In Turmos Ayya falle das Bringen von Quellwasser in den weiblichen Zuständigkeitsbereich. Allerdings werde dies kaum praktiziert, da sich die Quellen abgelegen in den Bergen befänden und das Wasserholen somit einen zu hohen Arbeitsaufwand darstelle.



Quelle: (PHG 2006:40): Hebron – Jala – Beit Ummar

Hingegen falle die Zuständigkeit für das Holen von Quellwasser im Dorf Kober in den Zuständigkeitsbereich der jungen Männer. Auch hier wurde hinzugefügt, dass diese Praxis heutzutage nicht mehr sehr weit verbreitet sei und nur von den ganz armen Familien genutzt werde. In Ein Areek wiederum, das über Wasserquellen im Dorf selbst verfügt, auf die die die DorfbewohnerInnen bis vor wenigen Jahren, bevor das Dorf an das zentrale Wassernetz angeschlossen wurde, vollständig angewiesen war, waren sowohl Männer als auch Frauen für das Wasserholen zuständig. Der Unterschied bestand allerdings in der Art und Weise, wie das Wasser transportiert wurde: *“Women fetched water from spring on their heads and the men used vehicles“*.³⁵³ In Ein Quinia, dem letzten noch nicht an Wassernetz angeschlossenem Dorf im Ramallah Distrikt, das genau wie Ein Areek über eine Wasserquelle im Dorf verfügt, wurde folgendes Bild gezeichnet: Bis in die 1980er Jahre war es üblich, dass die Frauen des Dorfes zur Quelle gingen und Wasser auf ihren Köpfen transportierten. Seitdem gibt es zwei ortsansässige Familien, die über Wassertanker verfügen und damit Wasser von den Quellen holten und an die einzelnen

³⁵²Nicht in allen neun Dörfern waren natürliche Wasserquellen in Reichweite, so dass die Frage des Wasserholens nur in manchen Fällen relevant war.

³⁵³Interview mit lokaler Frauengruppe Ein Areek, (21.6.2005).

Familien im Dorf verkauften. Der zu bezahlende Preis deckte dabei die Kosten für Benzin des Fahrzeuges sowie für den Pumpenmotor ab. Nur besonders arme Familien gingen mit Eseln zur Quelle um Wasser zu holen. Insgesamt würden aber eher Schulden gemacht, um die Wassertankerlieferung zu zahlen.

Es wird einmal mehr deutlich, dass verallgemeinernde Aussagen hinsichtlich der genderspezifischen Arbeitsteilung an der Realität einer spezifischen Projektregion vorbeigehen können. In diesem Sinne verwies auch eine Wasser-NGO-Mitarbeiterin darauf hin, dass die gesellschaftlichen Geschlechterrollen-Verständnisse nicht nur von Stadt zu Dorf³⁵⁴ sondern auch von Dorf zu Dorf beträchtliche Unterschiede aufwiesen.³⁵⁵ „*Open communities*“ wie Ein Areek, Betunia, Jiffna und Dura, die sich in der Nähe bzw. guter Erreichbarkeit urbaner Zentren wie Ramallah oder Al Bireh befänden und einen hohen Grad an zivilgesellschaftlicher Organisation aufwiesen, zeichneten sich ihrerzufolge häufig durch eine Aufweichung tradierter genderspezifischer Rollenverständnisse und Arbeitsverteilungen aus. In *Closed communities* wie Al Mughayer oder Beit Nuba, die sich durch besondere Marginalisierung, schwere Erreichbarkeit urbaner Zentren und einen niedrigen Grad an gesellschaftlicher Organisation auszeichneten, herrschte hingegen vielfach eine strikte, traditionelle Auffassung genderspezifischer Rollen und Arbeitsteilungen vor.

Zudem zeigt sich ein Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Vorstellungen hinsichtlich Rollen und Aufgaben von Männern und Frauen einerseits und der Realität andererseits. So wurde wie oben aufgeführt wurde mehrfach erwähnt, dass Männer zuständig für finanzielle und offizielle Angelegenheiten im Allgemeinen seien „[...] *dealing with people outside, is the men's job, anything that is not related to the home and children [...]*“³⁵⁶. Allerdings wurde auf Nachfrage hin deutlich, dass bei Abwesenheit des Mannes die Ehefrauen selbst sich um alles Nötige inklusive Rechnung zahlen, Handwerker rufen und Wasserversorger verständigen kümmern “[...] *when the man is not at home, she does everything, calling if there is a problem, see what is wrong, she deals with all the things, when the husband is at home, she let him do it [...]*”³⁵⁷ Wie schon in Kapitel 3.2.2 beschrieben, ist die Abwesenheit der Männer neben Erwerbsarbeitsgründen auch aus verschiedenen konfliktbedingten Gründen weit verbreitet, womit deutlich wird, dass Frauen – quasi „notgedrungen“ – auch die finanziellen

³⁵⁴Diesbezüglich wird im dritten Projektantrag (Projektangebot 2001:19) darauf hingewiesen, dass Geschlechterrollen im ländlichen Raum „traditionell“ verteilt seien, während im städtischen Raum die Last der Familienversorgung und damit auch der Arbeitstätigkeit im öffentlichen Bereich zwischen Männern und Frauen gleichberechtigter verteilt sei.

³⁵⁵S.H. (PHG) 27.5.2006, sowie Diskussionsbeitrag eines Wasser-NGO Mitarbeiters auf dem dritten Stakeholder-Workshop (vgl. Workshop Dokumentation 2005).

³⁵⁶Lokale Frauengruppe Kober (18.6.2006).

³⁵⁷Lokale Frauengruppe Belein (21.6.2006).

und offiziellen Angelegenheiten übernehmen. Dies ist ein Hinweis auf die nicht zuletzt im Zuge von Konflikten stattfindenden Genderdynamiken, die sich durch einerseits starre Genderrollenvorstellungen und andererseits eine (notgedrungene) Ausweitung von Handlungsspielräumen und Aufgaben auszeichnen.

Nicht-intendierte Folgen im Projekt Es lassen sich Bestrebungen im Projektrahmen erkennen, Frauen stärker in Bereiche des öffentlichen Wassermanagements einbinden zu wollen, jedoch ohne gleichzeitig Männer mit in reproduktive wasserbezogene Arbeiten einzubeziehen. Aus Genderperspektive knüpft hier die Frage nach der dadurch erzeugten – nicht-intendierten – zusätzlichen Arbeitsbelastung für Frauen sowie nach möglichen geschlechterpolitischen Konflikten an.

So lässt sich aus dem zweiten Projektantrag die sicherlich positive Absicht der Projektplanenden erkennen, die vorherrschende gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu verändern. Durch die Bestrebung, Frauen bei der Einrichtung von Stadtteilkomitees zur direkten Einflussnahme auf die Wasserversorgung einen maßgeblichen Einfluss zu vermitteln (Projektangebot 1997:20), lässt sich ableiten, dass der weibliche Einflussbereich von der privaten-häuslichen Sphäre auch auf einen öffentlichen Bereich ausgedehnt werden soll. Dabei ist jedoch hervorzuheben, dass es sich bei Stadtteilkomitees und Gemeindearbeit um zivilgesellschaftliche Bereiche handelt. Aktivitäten in diesem Kontext werden nicht bezahlt sondern als „community work“ ausgeübt. Dies birgt die Gefahr der verbreiteten und kritisierten EZ-(Wasser-)-Projektpraxis, bezahlte Arbeiten an Männer zu vergeben und unbezahlte Aufgaben an Frauen zu delegieren und damit nicht zu einer Veränderung der gender-besetzten gesellschaftlichen Bereiche (bezahlte professionelle Arbeit = männlich, nicht bezahlte Laienarbeit = weiblich) beizutragen (vgl. Kap 2.3). Auch kann dies zu einer nicht gleichberechtigten Beteiligung von Männern und Frauen an den Projekt-„benefits“ führen.

Ein Konfliktpotenzial im Zusammenhang mit dem Ziel der stärkeren Einbindung von Frauen in öffentliche Belange des Wassermanagements wurde im dritten Stakeholder-Workshop angesprochen. Als möglicher unerwünschter Nebeneffekt dieses Ziels könne es zu einem Geschlechterkonflikt aufgrund von „Tradition und Kultur“ kommen, was in den Diskussionen von den Workshop-TeilnehmerInnen auf die Vernachlässigung der Haushaltsaufgaben durch die Frauen aufgrund von „*overinvolvement of women in public matters*“ zurückgeführt wurde (vgl. Workshop Dokumentation 2005). Daraus geht hervor, dass in der Vorstellung der Stakeholder Haushaltsführung als Frauenverantwortung gesehen wird. Dies solle auch so

bleiben und dürfe nicht durch die „zusätzliche“ Beteiligung von Frauen im öffentlichen Bereich beeinträchtigt werden.

In diesem Sinne können auch die anhand der erstellten Wasserspar-PA-Materialien ableitbaren impliziten Genderrollenvorstellungen der zuständigen GTZ-Mitarbeiterin gelesen werden. Hier wird einerseits die „traditionelle“ genderspezifische Verantwortungsteilung im häuslichen Wassermanagement reproduziert. Andererseits werden Frauen auch bei nicht-reproduktiven bzw. über das traditionelle Rollenverständnis hinausgehenden Aufgaben gezeigt und somit die starre Rollenverteilung auf Seite der Frauen durchbrochen. Kein Versuch wird jedoch unternommen, Männer dazu anzuregen, auch reproduktive Aufgaben von Wassermanagement mitzutragen. So wurde in der dritten Projektphase von der zuständigen GTZ-Mitarbeiterin N.Kh. Public Awareness Materialien – insbesondere Broschüren, Poster und Comics, die an Kinder und Jugendliche an Schulen und in Sommercamps verteilt wurden - mit dem Ziel erstellt, einen sparsamen Umgang mit Wasser anzuregen. Hier werden „gute“ und „schlechte“ Verhaltensweisen im häuslichen Umgang mit Wasser exemplarisch dargestellt. Im folgenden wird analysiert, welche Tätigkeiten mit welchem Geschlecht und Alter in Bezug gesetzt werden:

- Erwachsene Frauen werden bei der Pflege, Nutzung und Wartung der Regenwasserzisterne, dem Anrufen der Handwerker, der Wiedernutzung von Wasser zum Bodenwischen, aber auch bei der zu vermeidenden Praktik des Geschirr abwaschens bei laufendem Wasserhahn dargestellt.
- Mädchen werden beim wassersparenden Gießen des Gartens mit einer Gießkanne, sowie dem Waschen von Obst in einer Schüssel, aber auch beim aus Wasserspargründen zu vermeidenden Spielen mit Wasser in der Badewanne dargestellt.
- Erwachsene Männer werden beim wassersparenden Auto-Waschen mit einem Eimer, beim Flickern eines tropfenden Wasserhahns sowie beim wassersparenden Auffangen von Duschwasser zur späteren Weiterverwendung (durch die Frau) dargestellt.
- Jungen werden beim aus Wasserspargründen zu vermeidenden Spielen mit dem Wasserschlauch und mit dem Wasserhahn abgebildet.

Es fällt auf, dass Männer nicht bei reproduktiven Tätigkeiten wie Saubermachen oder Essenzubereitung dargestellt werden, statt dessen bei der Auto-Pflege und dem Reparieren defekter Wasserinstallationen. Dabei handelt es sich um Aktivitäten, die dem

kleintechnischen Bereich zuzuordnen sind. Frauen hingegen werden in ihrem „traditionellen“ Aufgabenbereich der Hauswirtschaft beim Bodenwischen und Geschirr spülen dargestellt. Andererseits werden sie auch bei der Wartung und Pflege der Regenwasserzisterne sowie dem Rufen der Handwerker bei Problemen dargestellt. Dies entspricht einerseits einer dem technischen Bereich zuzuordnenden Tätigkeit sowie andererseits einer Tätigkeit, bei der die Frau in direkten Kontakt zur öffentlichen Sphäre tritt, was über die traditionellen Rollenbilder hinausgeht. Jedoch scheint eine vergleichbare Durchbrechung durch die Darstellung von Männern bei reproduktiven Tätigkeiten mit dem Ziel, diese mit in die reproduktiven Aufgaben von Wassermanagement einzubeziehen, nicht vorstellbar.

Bezüglich der jüngeren Generation werden Jungen weder bei reproduktiven, noch bei produktiven Tätigkeiten der Wassernutzung sondern ausschließlich beim verschwenderischen Umgang mit Wasser dargestellt. Hier zeichnet sich die implizite Vorstellung ab, dass an Jungen keine Ansprüche innerhalb der Familien gestellt werden. Hingegen werden Mädchen sowohl bei reproduktiven Tätigkeit des Obst- und Gemüsewaschens abgebildet, als auch bei der „quasi-produktiven“ Tätigkeit der Gartenbewässerung, die oft im Zusammenhang mit einem Hausgarten zur Selbstversorgung steht. Hier lässt sich die dahinter stehende Annahme vermuten, derzufolge Mädchen schon in der Kindheit und Jugend an ihren gesellschaftlich bestimmten Verantwortungsbereich von Haushaltsaufgaben herangeführt werden.

Auch in einem anderen von der für PA zuständigen GTZ-Mitarbeiterin verfassten Dokument wird die Ansicht geäußert, dass Veränderungen von traditionellen Wasserquellenmanagement-, Gesundheitsvorstellungen und Hygienepraktiken nötig seien, um eine Verbesserung von Wassermanagement im Rahmen von EZ-Projekten zu erreichen (vgl. Women 2005). Dazu seien insbesondere Frauen als „agents of change“ anzusprechen, in deren Verantwortung diese Aufgabenbereiche lägen. Männer und ihre möglichen Rollen in Aufgaben des häuslichen Wassermanagements hinsichtlich Hygiene- und Gesundheitsvorstellungen werden auch hier vernachlässigt. Zwar wird mit den beschriebenen genderspezifischen Aufgaben vielfach an tatsächlich vorherrschende Genderrollen angeknüpft. Gleichwohl birgt dies die Gefahr, bestehende Genderrollen-Muster festzuschreiben. Auch können nur für Frauen angedachte Aufgabenausweitung ohne gleichartige Bemühungen für männliche Aufgabenbereiche zu einer Arbeitsüberlastung für Frauen führen.

Wassernutzung und Genderbezüge Hinsichtlich der sektorspezifischen Wassernutzung spiegeln sich die in Kapitel 3.2.1 dargestellten Befunde, wonach die maßgebliche Wassernutzung im kommunalen Bereich, insbesondere auch in den privaten Haushalten, nicht

aber bei Industrie und Landwirtschaft stattfindet, auch in den Projektunterlagen wider. Den in der JWU-Broschüre „Performance & Prospects 1995“ aufgeführten Zahlen zum Wasserverbrauch im JWU-Versorgungsgebiet zufolge hatten die Haushalte mit 4,25 Mm³/a den größten Anteil am Verbrauch, wohingegen Gewerbe und Industrie zusammen nur 0,5 Mm³/a verbrauchten. Die Landwirtschaft, in den meisten Ländern der Sektor mit dem höchsten Wasserverbrauch, wird in der JWU-Tabelle nicht einmal benannt.

Im GTZ-Projekt wurden Genderbezüge – wenn überhaupt – im Zusammenhang mit den Privathaushalten benannt. Vor diesem Hintergrund scheint sich auf den ersten Blick der in der Literatur geäußerte Kritikpunkt zu bestätigen, dass die Beschäftigung mit Gender nicht bei Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe denkbar ist (vgl. Kap 2.3). Jedoch ist für den Fall der palästinensischen Gebiete und insbesondere im Ramallah Distrikt, wo aufgrund des konfliktbedingt stark eingeschränkten Wasserangebotes und der damit eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten Industrie und Landwirtschaft nur einen geringfügigen Wasserverbrauch aufweisen, die Fokussierung auf die Privathaushalte im Rahmen des Wasserversorgungsprojektes Ramallah nachvollziehbar und geradezu zwingend. Im Übrigen wies ein JWU-Mitarbeiter in diesem Kontext darauf hin, dass die JWU-Statuten keine Wasserbereitstellung für landwirtschaftliche Nutzung erlaubten.³⁵⁸

Es wird auf ein **unterschiedliches Wassernutzungsverhalten von Männern und Frauen** aufgrund der weiblichen Verantwortung insbesondere im häuslich-privaten Bereich geschlossen. So schreibt eine GTZ-Mitarbeiterin³⁵⁹ Frauen ein höheres Umweltbewusstsein als Männern zu, da sie aufgrund ihrer gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Verantwortung bewusster und sparsamer mit Wasser umgingen. “[...] *the female is more carefully dealing with water, because she needs it for cleaning, cooking, a lot of things, because they deal with water in a different way; the man comes home, takes a shower, everything is ready, he does not care much for water value.*”

Zudem resultierte laut einer anderen GTZ-Mitarbeiterin aus der haushaltsinternen wasserbezogenen Arbeitsteilung, dass Frauen auch mehr Wasser verbräuchten.³⁶⁰ Ein ehemaliger GTZ-Mitarbeiter wies dabei allerdings darauf hin, dass Männer dann mehr Wasser verbräuchten als Frauen, wenn sie es im Rahmen von Lohnarbeit oder Bewässerungslandwirtschaft benötigten. Hier deutet sich ein impliziter Genderbezug an: Wassernutzung im Zusammenhang mit bezahlten Tätigkeiten wird aufgewertet. Dies geht

³⁵⁸Direkt am JWU-Brunnenfeld Ein Samia lebten zudem Beduinen, die ihr Vieh traditionell dort tränkten. JWU habe deshalb eine Leitung zur Viehtränkung gelegt, die umsonst für die Beduinen geöffnet werde. Dies falle jedoch mengenmäßig kaum ins Gewicht. (I.J. (JWU) Interview vom 25.4.2006 und 8.5.2006.)

³⁵⁹M.Gh. (GTZ) 2.5.2006.

³⁶⁰N. Kh. (GTZ) 26.4.2006 und 8.5.2006.

oftmals mit der stärkeren Wassernutzung durch Männer einher, während die Wassernutzung von Frauen ins Hintertreffen gerät. Dem liegt eine höhere Wertung von kommerziellen wasserbezogenen Tätigkeiten gegenüber reproduktiven nicht bezahlten Tätigkeiten wie der Hausarbeit zugrunde. Diese Auf- und Abwertungsprozesse gilt es auch im Rahmen von EZ-Wasserprojekten zu berücksichtigen, um zu verhindern, dass Männer in höherem Maße als Frauen von projektbedingten Verbesserungen der Wasserversorgung profitieren (vgl. auch Kapitel 2.3).

Während GTZ³⁶¹ und JWU als projektdurchführende Organisationen nur über wenig detaillierte Informationen bezüglich des (gender-)spezifischen WasserverbraucherInnen-Verhaltens unterhalb der Haushaltsebene verfügten, lassen sich den Aussagen der befragten MitarbeiterInnen von Wasser-NGOs, Fraueninstitutionen und lokalen Frauengruppen vergleichsweise viele Informationen zur wasserbezogenen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Wassernutzung innerhalb der Haushalte entnehmen.

So äußerten zwei Mitarbeiterinnen von Fraueninstitutionen³⁶² sowie Befragte lokaler Frauengruppen³⁶³ zur **haushaltsinternen Wassernutzung** die Ansicht, dass Frauen am meisten Wasser in den Haushalten verbrauchten, was v.a. auf die genderspezifische Arbeitsteilung, also die weibliche Verantwortung für Hausarbeiten wie Waschen, Putzen, Kochen sowie Kinder baden zurückgeführt wurde. In vier lokalen Frauengruppen wurde dagegen von einzelnen Befragten die Ansicht vertreten³⁶⁴, dass Kinder am meisten Wasser verbrauchten, insbesondere Kleinkinder, die mehrmals täglich gewaschen werden müssten, sowie junge Männer, da sie im Sommer gerne mehr als einmal täglich duschten. Letzteres führe regelmäßig zu Problemen mit der Mutter, die darauf zu achten habe, dass genug Wasser für die anderen Zwecke übrig bleibe. Schließlich wurde in drei Dörfern³⁶⁵ die Meinung vertreten, dass Männer am meisten Wasser verbrauchten, wenn Männer in „schmutzigen“ Berufen wie Automechaniker arbeiteten, so dass mehr Wasser zum Duschen sowie mehr Wasser zum Waschen der Arbeitskleidung benötigt werde. Als weiterer Grund für den höheren Wasserverbrauch durch Männer wurde angegeben, dass sie insgesamt weniger sorgfältig und sparsam mit Wasser umgingen. Schließlich wurde das Bildungsniveau der

³⁶¹Es war auch für die Zukunft keine Erhebung detaillierterer Informationen diesbezüglich geplant (N. Kh. (GTZ) 26.4.2006 und 8.5.2006, I.J. (JWU) 25.4.2006 und 8.5.2006). Dies wurde seitens JWU – ebenso wie im vorangegangenen Abschnitt – damit begründet, dass die Verantwortung von JWU als Wasserversorger nur bis zum Wasserzähler am Hauseingang reiche, nicht jedoch bis in die Häuser hinein.

³⁶²A.H. (Betunia Frauenclub und Gemeinderat) 17.6.2006, A.S. (Frauenclub des Flüchtlingscamps Al Amari) 15.6.2006.

³⁶³Interviews in lokalen Frauengruppen Budrus (13.6.2006), Deir Al Sudan (15.6.2006), Kober (18.6.2006), Mazra Qibliya (20.6.2006), Belein (21.6.2006), Ein Areek (21.6.2006), Ein Quinia (12.6.2006).

³⁶⁴Interviews in lokalen Frauengruppen Mazra Qibliya (20.6.2006), Budrus (13.6.2006), Turmos Ayya (14.6.2006) und Belein (21.6.2006).

³⁶⁵Interviews in lokalen Frauengruppen Budrus (13.6.2006), Deir Al Sudan (15.6.2006) und Atara (19.6.2006).

Haushälterin als ausschlaggebend für den spezifischen Wasserverbrauch angeführt, wobei steigendes Wissen und Bildungsniveau mit sparsamem Wasserverbrauch in Zusammenhang gesetzt wurde.

Ein weiterer Bereich der Wassernutzung betrifft die Hausgärten; hier besteht auf Mikroebene ein nicht zu unterschätzender Bedarf an Wasser. Hausgärten wurden nach Aussage der Befragten von Wasser- und Frauen-NGOs im Zuge des Konfliktes und der Verschlechterung der ökonomischen Situation der Haushalte verstärkt für subsistenzwirtschaftliche Zwecke angelegt.³⁶⁶ Die Angaben der Befragten der lokalen Frauengruppen aus neun Dörfern des Ramallah Distriktes zur Verbreitung von Hausgärten variierten.³⁶⁷ Insgesamt lässt sich jedoch auch hier die Tendenz ablesen, dass Hausgärten zunehmend landwirtschaftlich für den Eigenbedarf genutzt werden. Eine Ausnahme bildet einerseits das wohlhabende Dorf Turmos Ayya, in dem Hausgärten eher zu dekorativen Zwecken angelegt werden und andererseits die besonders durch Armut und Wasserknappheit betroffenen Dörfer, denen es an Mittel und Wasser fehlt, um die Hausgärten zu bewässern.

Die Befragten der lokalen Frauengruppen Budrus und Deir Al Sudan bestätigten, dass sich v.a. seit dem Bau der Mauer (vgl. Kapitel 3.1) und der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit der zuvor in Israel beschäftigten Männer im Dorf das Anlegen von Hausgärten beträchtlich vermehrt habe. Auch für das städtische Betunia wird nach Aussage eine Mitarbeiterin einer Fraueninstitution³⁶⁸ aufgrund der konfliktbedingten ökonomischen Schwierigkeiten vermehrt Wasser für Hausgärten zum Obst- und Gemüseanbau benutzt. In Deir Al Sudan und Ein Areek wurde darüber hinaus auf den Anschluss an das zentrale Wassernetz verwiesen, weshalb mehr Wasser zu einem billigeren Preis nun für die Hausgartenbewässerung zur Verfügung stünde. Im Gegensatz dazu wurde in Mazra Qiblyia, Ein Quinia und Belein angegeben, dass Hausgärten nicht sehr weit verbreitet seien, obgleich diese ebenfalls von Arbeitslosigkeit bzw. Verlust eines Großteils der landwirtschaftlichen Flächen durch den Mauerbau (Belein) betroffen sind. Dies hänge damit zusammen, dass die Gartenbewässerung zu teuer sei und zudem Wasserknappheit vorherrsche.

³⁶⁶Insgesamt verzeichneten die mit Wasserprojekten befassten NGOs PARC und PHG einen deutlichen Anstieg der Nachfrage nach on-site Grauwasserkläranlagen und Regenwasserzisternen zur Gartenbewässerung seit dem Ausbruch der zweiten Intifada 2000 insbesondere bei jungen Leuten (I.Z. (PARC) 15.5.2006, B.B. (PHG) 11.5.2006 und 18.5.2006).

³⁶⁷In Budrus und Turmos Ayya wurde angegeben, dass fast alle Häuser über kleine Hausgärten verfügten. In Kober, Atara und Ein Areek wurde geschätzt, dass rund die Hälfte der Haushalte über kleinere Flächen um das Haus herum verfügten, während in Mazra Qiblyia, Ein Quinia und Belein Hausgärten nicht sehr weit verbreitet seien.

³⁶⁸A.H. (Betunia Frauenclub und Gemeinderat) 17.6.2006.

Nach Ansicht der Befragten von Wasser-NGOs und Fraueninstitutionen³⁶⁹ sowie einigen Befragten lokaler Frauengruppen³⁷⁰ sei landwirtschaftliche Produktion in Hausgärten und Viehzucht in kleinem Maßstab Teil der “Haushaltsführungsaufgaben” und falle somit in den weiblichen Zuständigkeitsbereich, wobei Männern eine helfende Rolle zugewiesen wurde. In Budrus und Deir Al Sudan wurde hier ein genderspezifischer Zusammenhang zum sparsamen bzw. verschwenderischen Umgang mit Wasser hergestellt “[...]the men when he does the irrigation in the house garden he begins to play with the water [...]” (Budrus). In Atara und Mazra Al Qibliya gaben die Befragten lokaler Frauengruppen an, dass sich die Verantwortung nicht geschlechtsspezifisch festlegen lasse; in manchen Häusern sei der Mann für den Hausgarten zuständig, in anderen die Ehefrau. Die tatsächliche Umsetzung der Gartenbestellung hänge letztendlich vom zeitlichen Umfang der Erwerbsarbeit des Ehemannes ab.

Schließlich wurde aus den Interviews mit lokalen Frauengruppen deutlich, dass Regenwasser, Leitungswasser, Tankerwasser und Quellwasser in den verschiedenen Dörfern unterschiedlichen Nutzungszwecken zugeführt wird. Dies ist auch für die nachfolgende Betrachtung der Wassersparstrategien bei Wasserknappheit von Bedeutung.

In fünf Dörfern³⁷¹ wurde angegeben, dass **Leitungswasser** für alle Tätigkeiten im Haushalt, inklusive zur Gartenbewässerung genutzt benutzt werde. In zwei anderen³⁷² Dörfern hingegen werde Leitungswasser nicht zur Gartenbewässerung genutzt, da es Probleme mit Wasserknappheit gäbe.

Regenwasser wurde in sieben Dörfern³⁷³ in den regenreichen Wintermonaten v.a. zur Gartenbewässerung und ggf. zur Tränkung von Tieren genutzt, nicht aber zum Trinken. Bei Wasserknappheit in den trockenen Sommermonaten werde Regenwasser jedoch in acht Dörfern³⁷⁴ für alles, auch zum Trinken und Kochen benutzt.³⁷⁵ In Mazra Quibliya wurde angeführt, dass es Haushalte gebe, in denen Regenwasser zum Trinken und zur Teezubereitung bevorzugt, da es einen besseren Geschmack als das Leitungswasser habe.

³⁶⁹I.Z. (PARC) 15.5.06, B.B. (PHG) 11.5.2006, F.Kh. (RWDS) 8.6.2006, S.L. (ACDIVOCA) 7.6.06

³⁷⁰Interviews in lokalen Frauengruppen Budrus (13.6.2006), Deir Al Sudan (15.6.2006), Ein Areek (21.6.2006), Kober (18.6.2006).

³⁷¹Interviews in lokalen Frauengruppen Budrus (13.6.2006), Turmos Ayya (14.6.2006), Deir Al Sudan (15.6.2006), Mazra Quibliya (20.6.2006), Kober (18.6.2006).

³⁷²Interviews in lokalen Frauengruppen Atara (19.6.2006) und Belein (21.6.2006).

³⁷³Interviews in lokalen Frauengruppen Kober (18.6.2006), Deir Al Sudan (15.6.2006), Atara (19.6.2006), Turmos Ayya (14.6.2006), Ein Areek (21.6.2006), Mazra Quibliya (20.5.2006), Belein (21.6.2006).

³⁷⁴Interviews in lokalen Frauengruppen Turmos Ayya (14.6.2006), Deir Al Sudan (15.6.2006), Kober (18.6.2006), Atara (19.6.2006), Mazra Quibliya (20.6.2006), Ein Quinia (12.6.2006), Belein (21.6.2006), Budrus (13.6.2006).

³⁷⁵Dazu wird das im Winter in Zisternen gesammelte Regenwasser in die Dachwasserspeicher gepumpt und anschließend genutzt.

Quellwasser wurde nur in wenigen der neun Dörfer genutzt, da nicht alle Dörfer Wasserquellen in Reichweite haben. Auch diejenigen Dörfer, die über Wasserquellen in der Dorfumgebung verfügen, nutzten diese nur in wenigen Fällen, selbst bei Wasserknappheit.³⁷⁶ Insgesamt lasse sich feststellen, dass Wasserquellen nach Anschluss von Gemeinden an das zentrale Wassernetzwerk deutlich weniger als vorher genutzt werden. In mehreren Fällen wurde angegeben, dass Quellwasser für nahegelegene landwirtschaftliche Flächen genutzt werde.³⁷⁷ In Ein Areek, das über Wasserquellen im Dorf selbst verfügt, wurde bis vor wenigen Jahren das Quellwasser für alles, inklusive als Trinkwasser genutzt. Auch heute nach Anschluss ans zentrale Wassernetz gebe es nach wie vor Familien, die ihr Trinkwasser direkt von der Quellen holten, was auf den besonderen Geschmack des Quellwassers zurückgeführt werde.

In den wasserknappen Sommermonaten sind viele Haushalte auf Wasserlieferungen per **Wassertanker** angewiesen. Dabei hängt die Frequenz, in der Haushalte Wasser von Wassertankern kaufen, von der Haushaltsgröße und den ökonomischen Möglichkeiten des Haushaltes ab, da Wasserlieferungen per Tanker den teuersten Preis pro m³ aufweisen.

Von Bedeutung für die Wassernutzung sind dabei nicht zuletzt die Auffassungen bezüglich der jeweiligen Wasserqualität. In den Interviews mit Mitgliedern lokaler Frauengruppen wurde genannt, dass Quellwasser und Regenwasser von besserer Qualität sei als Leitungswasser.³⁷⁸ Als Begründung wurde der teilweise chlorige Geruch und gelblich-weiße oder rötliche Verfärbungen des Wassers aus der Leitung angeführt. In zwei anderen Dörfern³⁷⁹ äußerten die Befragten hingegen die Auffassung, dass Leitungswasser die beste Qualität aufweise, gefolgt von Regenwasser und an letzter Stelle Tanker-Wasser.

Arbeitsbelastung Sowohl in den Projektunterlagen als auch im Interview mit einem GTZ-Mitarbeiter findet sich die Auffassung, dass aufgrund der oben beschriebenen genderspezifischen Arbeitsteilung Frauen bei (auch konfliktbedingter) Wasserknappheit³⁸⁰ unter einer erhöhten Arbeitsbelastung litten. Aus diesem Grund würden Frauen auch besonders von einem erhöhten Wasserangebot profitieren.³⁸¹ Im Gegensatz zu den nur wenigen aus dem GTZ-Projektrahmen ableitbaren Informationen, lassen sich den Aussagen der befragten Nutzer(-nahen) Akteure detailliertere Informationen zu den

³⁷⁶Interviews in lokalen Frauengruppen Turmos Ayya (14.6.2006), Kober (18.6.2006).

³⁷⁷Interview in lokaler Frauengruppe Kober (18.6.2006).

³⁷⁸Interviews in lokalen Frauengruppen Turmos Ayya (14.6.2006), Budrus (18.6.2006), Atara (19.6.2006), Ein Areek (21.6.2006), Belein (21.6.2006).

³⁷⁹Interviews in lokalen Frauengruppen Kober (18.6.2006) und Mazra Qibliya (20.5.2006).

³⁸⁰Palästinensische WassernutzerInnen sind in den Sommermonaten mit massiven Wasserengpässen konfrontiert, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Konflikt zu sehen sind, bzw. konfliktbedingt verstärkt werden.

³⁸¹C.M. (GTZ) 10.4.2006.

Anpassungsstrategien an die Wasserknappheit und den damit einhergehenden Arbeitsbelastungen entnehmen.

Den Aussagen der Befragten von Wasser-NGOs, Fraueninstitutionen und lokalen Frauengruppen³⁸² zufolge gelte es bei Wasserknappheit zunächst, die Prioritäten für die Nutzung des zur Verfügung stehenden Wassers fest- und durchzusetzen. Dies liege im Verantwortungsbereich der Frauen. Auch wurde auf die zusätzliche Arbeitsbelastung für Frauen hingewiesen, um bei Wasserknappheit die Bereitstellung von ausreichend Wasser zu organisieren. Eine Frauen-NGO Mitarbeiterin³⁸³ verwies in diesem Zusammenhang auch auf Hauszerstörungen durch die israelische Armee. Damit einher gehe die Zerstörung des häuslichen Wasserversorgungssystems und die beschriebene erhöhte Arbeitsbelastung für Frauen. Zudem führe wasserverschmutzendes Verhalten – wie das Wäschewaschen auf der Regenauffangfläche der Zisternen oder die Praxis, Vieh in der Nähe der Regenwasserzisternen grasen und defäkieren zu lassen – insbesondere bei Kindern zum verstärkten Auftreten von *water borne diseases* wie Durchfall und Fieber. Dies erhöhe wiederum die Pflegearbeitsbelastung für Frauen.

Bezüglich der bei Wasserknappheit angewendeten Wassersparstrategien³⁸⁴ zeigte sich, dass in den verschiedenen Dörfern, unterschiedliche Praktiken zur Anwendung kamen. Diese stehen in Zusammenhang mit der jeweiligen Wasserversorgungssituation und den ökonomischen Rahmenbedingungen. Die Wassersparstrategien umfassen die Prioritätensetzung für innerhäusliche Wassernutzung, die Wasserweiterverwendung und sonstige Methoden und Techniken des Wassersparens.

Zunächst übereinstimmend wurde von NGO-MitarbeiterInnen³⁸⁵ und Befragten lokaler Frauengruppen angeführt, dass bei Wasserengpässen die oberste Priorität des Wasserverbrauchs auf Trinken, Kochen und Körperhygiene gelegt werde, an allen anderen wasserrelevanten Vorgängen werde gespart. Laut den Befragten vier lokaler Frauengruppen³⁸⁶ werde im dörflichen Kontext bei Wasserknappheit als erstes an der Gartenbewässerung gespart. Insgesamt werde zudem versucht, das tägliche Bodenwischen³⁸⁷ und

³⁸²B.B. (PHG) 11.5.2006 und 18.5.2006.

³⁸³F.Kh. (RWDS) 8.6.2006.

³⁸⁴Dabei äußerten Frauen aus Budrus (13.6.2006) und Deir Al Sudan (15.6.2006), dass sie auch ohne Wasserknappheit versuchten, die verbrauchte Wasserquantität einzugrenzen, um somit einerseits aus ökonomischen Beweggründen die Wasserrechnung zu drücken, andererseits aber auch aus solidarischen Beweggründen, um genug Wasser für die Nachbarn übrig zu lassen.

³⁸⁵S.H. (PHG) 27.5.2006, J. H. (ACDIVOCA) 7.6.2007.

³⁸⁶Lokale Frauengruppen Kober (18.6.2006), Ein Quinia (12.6.2006), Belein (21.6.2006), Mazra Quibliya (20.6.2006).

³⁸⁷S.H. (PHG) 27.5.2006, J. H. (ACDIVOCA) 7.6.2007, lokale Frauengruppen Kober (18.6.2006), Budrus (13.6.2006) und Mazra Quibliya (20.6.2006).

Wäschewaschen³⁸⁸ auf alle zwei bis drei Tage zu verzögern. Dagegen führten je eine Mitarbeiterin eines städtischen Frauenclubs sowie eines Flüchtlingslager³⁸⁹ an, dass trotz Wasserknappheit jeden Tag die Böden gereinigt werden müssten, da die Kinder mangels Spielplätzen und anderen Freiflächen – im Gegensatz zu ländlichen Gegenden – in den Häusern spielten.

Bezüglich der Praxis des Wasserweiterverwendens, um Wasser zu sparen, sei es in den Gemeinden üblich, dass Frauen das Wasch- bzw. Spülwasser für die Gartenbewässerung nutzten.³⁹⁰ Die Befragten lokaler Frauengruppen differenzierten dabei, dass in manchen Dörfern nur das Waschwasser³⁹¹, in anderen auch das Spülwasser³⁹², in einem weiteren Dorf wiederum nur das Spülwasser³⁹³ im Garten verwendet werde. Im Gegensatz dazu werde in zwei Dörfern³⁹⁴ aufgrund gesundheitlicher Bedenken weder Wasch- noch Spülwasser für die Bewässerung des Hausgartens genutzt.

Die Befragten lokaler Frauengruppen nannten außerdem weitere Wasserspartechiken bzw. Techniken zum Umgang mit Wasserengpässen:

- In drei Dörfern würden Flaschen bzw. Schwämme in die Toilettenspülkästen gestellt, um die Wassermenge pro Klospülung zu reduzieren;³⁹⁵ in einem anderen Dorf³⁹⁶ werde der Wasserhahn der Toilette zugedreht, um so die Anzahl der Klospülungen zu minimieren.
- In drei Dörfern³⁹⁷ werde im Sommer darauf geachtet, dass die Kinder nicht bei fließendem Wasser sondern in einer Wanne gebadet werden und für mehrere Kinder dasselbe Wasser genutzt werde. Ebenso werde der Abwasch des Geschirrs nicht unter fließendem Wasser getätigt.
- In drei Dörfern³⁹⁸ wurde Leitungswasser in den Phasen, wenn fließendes Wasser zur Verfügung stehe, in Flaschen, Tanks und anderen Behältern gesammelt.
- Eine Befragte nutzte im Sommer Plastikgeschirr, um so Abwaschwasser zu sparen.³⁹⁹

³⁸⁸Lokale Frauengruppe Mazra Quibliya (20.6.2006).

³⁸⁹A.H. (Betunia Fraenclub und Gemeinderat) 17.6.2006, A.S. (Frauenclub Al Amari Flüchtlingscamp) 15.6.2006.

³⁹⁰F.Kh. (RWDS) 8.6.2006.

³⁹¹Lokale Frauengruppen Turmos Ayya (14.6.2006), Deir Al Sudan (15.6.2006), Mazra Quibliya (20.6.2006).

³⁹²Lokale Frauengruppen Deir Al Sudan (15.6.2006), Kober (18.6.2006).

³⁹³Lokale Frauengruppe Budrus (13.6.2006).

³⁹⁴Lokale Frauengruppen Atara (19.6.2006), Belein (21.6.2006).

³⁹⁵Lokale Frauengruppen Deir Al Sudan (15.6.2006), Belein (21.6.2006), Budrus (13.6.2006).

³⁹⁶Lokale Frauengruppe Belein (21.6.2006).

³⁹⁷Lokale Frauengruppen Deir Al Sudan (15.6.2006), Budrus (13.6.2006) und Belein (21.6.2006).

³⁹⁸Lokale Frauengruppen Atara (19.6.2006), Belein (21.6.2006), Kober (18.6.2006).

³⁹⁹Lokale Frauengruppe Kober (18.6.2006).

In Ein Areek und Turmos Ayya⁴⁰⁰ wurden hingegen laut Aussagen der Befragten der lokalen Frauengruppen keine Wassersparstrategien angewendet. Hier besteht ein Zusammenhang zur vergleichsweise guten Wasserversorgungssituation sowie der relativ gut gestellten ökonomischen Lage der Dörfer.

Es wird deutlich, dass es sowohl dorf- als auch haushaltsspezifische Gewohnheiten hinsichtlich der Nutzung der verschiedenen Wasser-„Arten“ und der Wasserspartechniken gibt. Dies gilt es für die Durchführung effektiver Öffentlichkeitsarbeit systematisch zu erheben und zu berücksichtigen.

5.3 Fazit

Im Folgenden werden die herausgearbeiteten Genderbezüge von Wasserversorgung und (Konflikt-)Gesellschaft im Ramallah Distrikt für das GTZ-Wasserprojekt sowie über den Projektrahmen hinausgehende Ergebnisse dargestellt und in Zusammenhang zu den in den vorangegangenen Kapiteln erarbeiteten Ergebnissen gesetzt.

Für die das Wasserversorgungsprojekt Ramallah durchführenden Institutionen GTZ und JWU bestätigt sich (vgl. Kapitel 2.3), dass die oberen Hierarchieebenen ausschließlich von Männern, die mittleren und unteren Hierarchieebenen hingegen von Frauen besetzt wurden. Zudem waren Frauen vornehmlich in nicht-technischen Bereichen wie Verwaltung, Management, Training und Öffentlichkeitsarbeit zu finden, während die klassisch handwerklich-technischen Arbeiten im Wassersektor von Männern ausgeführt wurden.

Gleichzeitig lässt sich jedoch eine klare Entwicklung zu einem höheren Anteil von Frauen bei den Angestellten mit ingenieurwissenschaftlicher Ausbildung im GTZ Wasserbüro Ramallah feststellen. Ebenso ist der mit knapp einem Drittel vergleichsweise hohe Anteil an Ingenieurinnen in der Abteilung für Ingenieurwesen und Konstruktion des Projektträgers JWU positiv zu bewerten. Dies deckt sich mit der Beobachtung aus Kapitel 3.3.2, dass der Frauenanteil bei qualifizierten Arbeiten deutlich höher ist als bei unqualifizierten Arbeiten. Zudem sind Frauen in den technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen vermehrt vertreten und finden nun offenbar zunehmend auch in technokratischen Institutionen wie Wasserversorgern Anstellungen. Dies ist möglicherweise neben anderen Ursachen auch im Konflikt-Kontext zu lesen, in dessen Folge für junge Männer eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, ins Gefängnis zu kommen bzw. verletzt oder getötet zu werden. Desweiteren weisen sie höhere Abbrecherquoten bei weiterführenden Schulen und Universitäten auf als junge Frauen.

⁴⁰⁰Lokale Frauengruppen Ein Areek (21.6.2006) und Turmos Ayya (14.6.2006).

Die nutzer(-nahen) Akteursgruppen, insbesondere die beiden im Wassersektor aktiven palästinensischen NGOs PHG und PARC zeichneten sich durch vergleichsweise hohe Frauenanteile unter den projektdurchführenden Mitarbeiterinnen auch in der mittleren Hierarchieebene aus. Jedoch bestätigt sich auch bei diesen Wasser-NGOs, dass die oberste Hierarchieebene von Männern besetzt ist.

Das GTZ-Wasserversorgungsprojekt Ramallah verfügte über eine limitierte Partizipationsstrategie für die Projekt-Hauptzielgruppe „palästinensische WassernutzerInnen“. Sie beschränkte sich mit Öffentlichkeitsarbeit (PA) vornehmlich auf die unterste Partizipationsebene der Informationsvermittlung. Die auf Planungsebene hervorgehobene besondere Rolle von Frauen als Zielgruppe für PA-Aktivitäten fand keinen Eingang in die Umsetzungspraxis, vielmehr waren SchülerInnen und JWU-KundInnen die Zielgruppe der umgesetzten PA-Aktivitäten. Hier bestätigt sich offenbar, dass es bei „zielgruppenfernen“ Vorhaben, bei denen mit Trägerorganisationen – wie vorliegend der lokale Wasserversorger JWU – und nicht direkt mit der Zielgruppe gearbeitet wird, bezüglich der Berücksichtigung von Genderaspekten größere Defizite gibt (vgl. Kapitel 4.2.1). Möglicherweise besteht ein Zusammenhang mit dem Fokus auf einen großtechnischen Ansatz der Wasserversorgung, der oftmals den Blick auf genderrelevante Fragestellungen verstellt.

Ein Hinweis auf einen Ausschlussmechanismus ist, dass die vielfach ökonomisch schlechter gestellten kleineren Gemeinden des Ramallah Distriktes sowie Flüchtlingslager und Frauen nur begrenzt die Möglichkeiten zur Partizipation am Wasserversorgungsprojekt hatten bzw. nur begrenzt eingebunden wurden. Ebenso ließ sich zunächst der Ausschluss von NGOs von der Projektarbeit feststellen; diese wurden jedoch im weiteren Projektverlauf besser integriert. Dies ist positiv zu bewerten, da gerade von NGO-VertreterInnen breitere Lösungsansätze unter Berücksichtigung von Genderaspekten in den Stakeholder-Workshops eingebracht wurden, diese jedoch beim endgültigen Projektantrag wieder heraus fielen. Auch hat sich gezeigt, dass für die Planung gendersensibler Partizipationsstrategien „Frauen“ nicht als homogene Gruppe zu fassen, sondern nach sozial-ökonomischen Status, Alter, Familienstand und Bildung zu unterscheiden sind. Nur so können auch nicht gut ausgebildete, oftmals ältere und ärmere Bevölkerungsschichten – und hier auch jeweils Frauen – in die Projektarbeit eingebunden werden.

Insgesamt zeigte sich auch für das untersuchte Wasserprojekt im Ramallah Distrikt, dass die Organisation zentraler Wasserversorgungssysteme im betrachteten Zeitraum weitgehend „Partizipations- und gender-resistent“ blieb (vgl. Kapitel 2.3). Gendersensible

Partizipationsstrategien wurden weder im untersuchten Projekt noch vom Projektträger JWU angewendet.

Dagegen ist deutlich geworden, dass die direkte Zusammenarbeit mit den WassernutzerInnen und speziell mit Frauen in den Gemeinden für die zumeist dezentrale Arbeit der betrachteten NGOs eine wichtige Rolle spielt. Das Thema Wasser(-versorgung) wurde dabei von nahezu allen lokalen Frauengruppen, die die WassernutzerInnen repräsentieren, als sehr wichtig erachtet. In diesem Zusammenhang wurde auch die verstärkte Einbeziehung der Frauen in verschiedene Bereiche der Wasserversorgung explizit gewünscht.

Die von Seiten der WassernutzerInnen bzw. den NGOs gemachten Vorschläge für verbesserte Organisations- und Kommunikationsstrukturen zwischen WassernutzerInnen, Wasserversorgern und Wasserministerium sowie die Anregungen für PA-Aktivitäten können als wertvolle Anregungen für JWU und GTZ gewertet werden, mit deren Hilfe auch von JWU benannten Problemen wie der unerwünschten „Um“-nutzung von Regenwasserzisternen besser begegnet werden könnte. Hier könnte JWU durch eine verbesserte Diskussions- und Informationspolitik in den Dörfern mehr Bewusstsein schaffen.

Gleichzeitig wurde sowohl von einigen der befragten GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen, als auch von einigen der Wasser-NGO Mitarbeitern und lokalen Frauengruppen der besonders von Wasserknappheit betroffenen Dörfer geäußert, dass der Fokus der Geberorganisationen auf Partizipation und *Good Governance* den Blick auf die konfliktbedingten (national-)politischen Ursachen der Wasserknappheit verstelle und zudem in Anbetracht fehlender Wasserressourcen keinen Nutzen habe.

Aus den Projektunterlagen sowie den ergänzenden Interviews ließen sich nur wenig fundierte Informationen zu den **Wirkungen der technischen Gestaltung im Rahmen des GTZ-Wasserversorgungsprojektes auf Geschlechterverhältnisse** herauslesen. Als problematisch erweist sich dabei das schon in Kapitel 5.1 angesprochene Fehlen von genderdisaggregierten, systematisch erhobenen Daten hinsichtlich der wasserbezogenen Arbeitsteilung oder der spezifischen Wassernutzung.

Die in Kapitel 2.3 aufgeführte These, dass Frauen die durch die Verbesserung der Wasserversorgung – vorliegend durch den Anschluss an ein zentrales Wasserversorgungssystem – gewonnene Zeit vielfach für Aktivitäten zur Verbesserung ihres sozialen und ökonomischen Status nutzen, wurde von manchen Vertreterinnen lokaler Frauengruppen im Ramallah Distrikt bestätigt. In anderen Fällen jedoch wurde die freie Zeit aufgrund einer ökonomisch guten Situation der Haushalte für Freizeitgestaltung oder

aufgrund gesteigerter Hygienestandards für Hausarbeit genutzt. Insgesamt wurde der Anschluss an das Wassernetz jedoch von allen Befragten lokaler Frauengruppen als deutliche Arbeitserleichterung mit psychologisch positiven Effekten für die Frauen wahrgenommen.

Die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und großtechnischen Wasserversorgungssystemen wurden sowohl im Rahmen des untersuchten GTZ-Projektes, als auch darüber hinausgehend für den Ramallah Distrikt deutlich. Im israelisch-palästinensischen Konfliktkontext wird besonders offenkundig, dass „technische“ Überlegungen allein nicht ausschlaggebend für die Gestaltung des Wassersystems sind. Letzteres wird in starkem Maße von politischen Kriterien, mithin dem gesellschaftlich-politischen Kontext beeinflusst. Dabei kann die Frage nach der Sinnhaftigkeit gemeinsamer (israelisch-palästinensischer) bzw. getrennter Wasserversorgungsinfrastruktur sowie zentraler bzw. dezentraler Elemente von Wasserversorgung für den vorliegenden Fall nicht generell beantwortet werden, sondern stellt sich von Fall zu Fall vorteilhaft oder nachteilig dar.

Im Projektverlauf kam es zu einer Verschiebung der Schwerpunktsetzung weg von den *großtechnischen* Zielen des Brunnenbaus zur Grundwasserneuerschließung sowie der Wassernetzenerweiterung in den ersten zwei Projektphasen, hin zu *nichttechnischen* Zielen wie Organisationsentwicklung, Effizienzverbesserung, Vollkostendeckung und PA-Aktivitäten seit der dritten Projektphase. Dies führte zu einem Interessenkonflikt zwischen den deutschen EZ-Institutionen GTZ und KfW sowie dem lokalen Projektträger JWU, der die Neuerschließung von Grundwasser als oberste Priorität beibehalten wollte. Der geplante Tiefbrunnenbau ist hier als nachholende palästinensische *“national hydraulic policy”* zu lesen, derzufolge Staaten als Teil des Territorialisierungsprozesses Wasserpolitik betreiben. Israel hat diesen Prozess erfolgreich verfolgt und gleichzeitig für die palästinensische Seite verweigert (vgl. Kapitel 3.2). Einerseits wird dabei die Verbesserung der Wasserversorgung für die palästinensische Bevölkerung auf GTZ-Projektplanungsebene entsprechend der entwicklungspolitischen Vorgaben (vgl. Kapitel 1.1) als potenzieller Beitrag zur Konfliktmilderung gesehen. Andererseits wird auch nach Ansicht der projektdurchführenden Institutionen die Wasserproblematik durch den Konflikt verstärkt bzw. ist dieser ursächlich für die vorliegend unzureichende Wasserversorgungssituation. Wasser ist damit Teil des Konfliktes und die Konfliktparteien verfügen über sehr unterschiedliche Machtpotenziale. Hier kommt zum Ausdruck, dass durch das Einnehmen einer rein technischen Perspektive auf die Wasserproblematik im palästinensisch-israelischen Konflikt als eine nicht vom GTZ-Projekt intendierte Folge die Interessen der wirkmächtigeren Konflikt-Partei, in diesem Fall der israelischen Seite, bedient werden können.

Die Beteiligung von Frauen an der technischen Gestaltung von Wasserversorgung scheint, wie schon in Kapitel 2.3 festgestellt, auch für das vorliegende Fallbeispiel insbesondere im Rahmen der vereinzelt im Projektrahmen angesprochenen dezentralen Technologien denkbar und umsetzbar zu sein. Offenbar verstellt der Schwerpunkt auf großtechnische Wasserversorgungssysteme den Blick auf Genderaspekte. Dies gilt um so mehr, wenn Wasser wie im vorliegenden Konfliktkontext ein Politikum darstellt.

Unabhängig von den im GTZ-Projekt durchgeführten Maßnahmen technischer Gestaltung ließen sich anhand der Projektunterlagen, den Interviews mit GTZ- und JWU-ProjektmitarbeiterInnen sowie den weiteren befragten Nutzer(-nahen) AkteurInnen deren jeweilige Vorstellungen über **den Zugang zu Wasser-Ressourcen sowie die Kontrolle über Wasser-Ressourcen** herausarbeiten.

Von allen AkteurInnen wurden für den Zugang und die Kontrolle über Wasser sowohl **technische Kriterien** – hoch oder weit von den Haupteinspeiseknoten gelegenen Gemeinden bzw. Häuser litten am stärksten unter Wasserknappheit – als auch die **nationale Zugehörigkeit** als entscheidend erachtet. Letzteres wurde dabei einhellig als noch ausschlaggebender erachtet, da die palästinensische Bevölkerung gegenüber den jüdisch-israelischen SiedlerInnen im Ramallah Distrikt sowie insgesamt gegenüber der israelischen Bevölkerung in Israel benachteiligt sei. Hier bestätigt sich auch für den Ramallah Distrikt, dass entgegen naturwissenschaftlicher Logik „*water not necessarily follows gravitation but flows upstream to where money and power are*“.⁴⁰¹

Der Zugang zu Wasser sowie die Kontrolle über Wasser wird zudem von allen AkteurInnen in Zusammenhang zur **sozio-ökonomischen** Situation der WassernutzerInnen gesetzt. Dabei maßen die Befragten der Nutzer(-nahen) Wasser-NGOs, Fraueninstitutionen und lokalen Frauengruppen der sozio-ökonomischen Situation der Haushalte für die Frage des Zugangs zu Wasser einen höheren Stellenwert bei, als die befragten JWU- und GTZ-MitarbeiterInnen. So sei die Höhe der zu entrichtenden Anschlussgebühr ein nicht seltener Grund für ärmere Haushalte, auf einen eigenen Wasseranschluss zu verzichten und stattdessen das Wasser über die Nachbarn zu beziehen.

Für die Frage des Zugangs und der Kontrolle über Wasser wurde **Genderaspekten** von Seiten der Projektplanenden und -durchführenden von GTZ und JWU nur wenig Bedeutung beigemessen. Angesichts der wichtigen Rolle, die der nationalen Zugehörigkeit im Konfliktkontext für den Zugang zu Wasser spielte, liegt einmal mehr die Vermutung nahe, dass der Konflikt hier weitere Aspekte wie Gender, ökonomisch-sozialer Status oder Alter

⁴⁰¹Mündliches Statement von T. Allan während eines Vortrages im Dezember 2004 (zitiert in Selby 2005).

überlagert. Damit werden jedoch Ansatzpunkte unterhalb der nationalen Ebene insbesondere auf Haushaltsebene „jenseits der Wasserzähler“ vernachlässigt, die für den jeweiligen Zugang zu Wasser entscheidend sein können.

Durch die Relevanz, die die NutzerInnen(-nahen) Organisationen der ökonomisch-sozialen Situation der WassernutzerInnen für deren Zugang zu Wasser beimaßen, öffnete sich offenbar ihr Blick auf Genderaspekte. Ein haushaltsinterner Aspekt wurde von NGO-MitarbeiterInnen sowie Befragten lokaler Frauengruppen angesprochen. So sei die Versorgungssicherheit bei einem intermittierenden, nicht kontinuierlichem Wasserversorgungssystem (vgl. Kapitel 3.2) – wie in den palästinensischen Gebieten – von der Größe und Anzahl der Dachwasserspeicher auf jedem Haus abhängig. Letzteres sei einerseits von den ökonomischen Möglichkeiten des Haushaltes, andererseits aber auch von den innerhäuslichen Entscheidungsstrukturen abhängig. Denn je stärker Frauen bei den innerhäuslichen Investitionsentscheidungen mitbestimmen könnten, desto eher verfügten die Haushalte über ausreichend dimensionierte Dachwasserspeicher, was zu einer besseren Wasserversorgungssituation des Haushalts beitrüge. Hier zeichnet sich ein nicht auf den ersten Blick ersichtlicher Genderaspekt bezüglich des Einflusses auf den Zugang zu Wasser in palästinensischen Haushalten ab.

Während in den Projektunterlagen und Interviews mit JWU- und GTZ-MitarbeiterInnen kein Zusammenhang zwischen Gender und dem Zugang zu Ressourcen hergestellt wurde, war dies im Fall einiger der befragten nutzer(nahen) Akteure der Fall. Diesbezüglich war für die palästinensischen Gebieten und den Ramallah Distrikt schon in Kapitel 3.2.2.1 beschrieben worden, dass Frauen über weniger Besitz und Einkommen verfügten als Männer und dass Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand eine niedrigere Anschlussrate an das Wasser- und Abwassernetz aufwiesen. Insbesondere die in der Literatur vorfindliche Anregung, den Blick auf Haushalte mit weiblichem Vorstand zu richten, wurde von einigen Befragten lokaler Frauengruppen als Anhaltspunkt für einen benachteiligten genderspezifischen Zugang zu Ressourcen gesehen. Jedoch sei hier zu differenzieren: Insbesondere bei Inhaftierung oder Behinderung des Gatten seien die von Frauen geführten Haushalte von sozialer Ausgrenzung und Armut betroffen, was auch negative Folgen für deren Zugang zu Wasser nach sich ziehe. Dagegen befänden sich bei erfolgreicher Arbeitsmigration des männlichen Haushaltsvorstandes die von Frauen geführten Haushalte in einer vergleichsweise guten Situation hinsichtlich ökonomischen Status und Wasserversorgung.

Die Ebene der **genderspezifischen Teilhabe an politischen Gremien**, namentlich die zunehmende Präsenz von Frauen in den Gemeinderäten – was als Resultat des 2005 geänderten Wahlgesetz mit Einführung einer Frauenquote zu werten ist – wurde von

MitarbeiterInnen von Wasser-NGOs, Fraueninstitutionen und lokalen Frauengruppen als vorteilhaft für die Gemeinde-Wasserpolitik erachtet. Dies hänge mit der sozial bedingt höheren Priorität zusammen, die Frauen dem Zugang zu Wasser beimessen. Zudem erleichtere dies Frauen in ländlichen Gemeinden den Zugang zur Lokalpolitik und damit die Möglichkeit, ihre spezifischen Bedürfnisse bezüglich Wassermanagement und infrastruktureller Ausgestaltung in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen. Allerdings wurde in manchen Dörfern das Verbesserungspotenzial angesichts fehlender finanzieller Mittel sowie der unkooperativen Haltung von Männern in Gemeinderäten skeptisch beurteilt.

Es ist damit deutlich geworden, dass mit zunehmender Nähe der Akteursgruppen zu den WassernutzerInnen auch Genderaspekte für den Zugang zu Wasser stärker in Vordergrund rückten. Dabei bestätigt sich insbesondere für die Genderdimension „Zugang zu Ressourcen“ der in der Literatur gewonnene Befund (vgl. Kapitel 2.3), dass gerade in Konfliktsituationen, *Gender* nicht losgelöst von Kategorien wie sozio-ökonomischem Status und Nationalität betrachtet werden kann.

In Übereinstimmung mit der einschlägigen Literatur (vgl. Kapitel 2.3) zeigte sich hinsichtlich der **genderspezifischen Arbeitsteilung**, dass sowohl in den GTZ-Projektplanungsunterlagen als auch in den Interviews mit ProjektmitarbeiterInnen sowie den weiteren befragten AkteurInnen insbesondere die dem *reproduktiven Bereich* zuzuordnenden wasserbezogenen Aufgaben des häuslichen Wassermanagements wie Waschen, Putzen und Hygieneerziehung in der palästinensischen Gesellschaft im weiblichen Verantwortungsbereich gesehen wird. Männern wird dagegen die Zuständigkeit für die *öffentlichen Bereiche* von Wassermanagement wie das Bezahlen der Wasserrechnung, das Rufen von Handwerkern oder das Durchführen kleinerer handwerklicher Arbeiten zugeschrieben. Damit findet eine „Vergeschlechtlichung“ von Räumen statt.

Trotz der vielfach übereinstimmenden Aussagen zur genderspezifischen Arbeitsteilung ist sowohl anhand von Projektunterlagen als auch insbesondere in Interviews mit Mitarbeiterinnen von Wasser-NGOs und lokalen Frauengruppen deutlich geworden, dass sich Genderrollen und damit zusammenhängend die genderspezifische Arbeitsteilung auch innerhalb des Ramallah Distriktes nicht nur zwischen städtischen und ländlichen Kontexten sondern auch von Dorf zu Dorf sehr unterscheiden können. Die oben beschriebenen Annahmen bilden damit nicht immer passgenau die Realität ab. Angesichts des vielfach als Symbol für den Zusammenhang von „Wasser und Frauen“ herangezogenen Bildes der Frauen mit schweren Wasserkrügen auf dem Kopf sind für den vorliegenden Fall die

unterschiedlichen Aussagen zur Zuständigkeit für das Wasserholen in Abwesenheit einer funktionierenden zentralen Wasserversorgung bemerkenswert: So wurde dies nicht nur als Aufgabe von Frauen, sondern in manchen Dörfern als Aufgabe der jungen Männer, in anderen Dörfern als genderunabhängige Aufgabe der gesamten Familie erachtet.

Es zeigt sich zudem ein Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Vorstellungen hinsichtlich Rollen und Aufgaben von Männern und Frauen einerseits, und der Realität andererseits. Insbesondere aufgrund der konfliktbedingten Abwesenheit von Männern in den Haushalten wird deutlich, dass Frauen quasi „notgedrungen“ auch die finanziellen und offiziellen Angelegenheiten, die gesellschaftlich als männlicher Aufgabenbereich wahrgenommen werden, übernehmen. Dies ist ein Hinweis auf die nicht zuletzt in Konfliktkontexten stattfindenden Genderdynamiken, die sich durch einerseits starre Genderrollenvorstellungen und andererseits eine (notgedrungene) Ausweitung von Handlungsspielräumen und Aufgaben auszeichnen.

Es ließen sich auf Planungsebene des GTZ-Projektes die zunächst als positiv zu bewertenden Bestrebungen erkennen, Frauen stärker in Bereiche des öffentlichen Wassermanagements einbinden zu wollen. Dabei handelte es sich allerdings um unbezahlte Arbeiten für Frauen. Aus einer Genderperspektive knüpft hier die Frage nach der dadurch erzeugten – nicht-intendierten – zusätzlichen Arbeitsbelastung für Frauen sowie nach möglichen geschlechterpolitischen Konflikten an, wie sie von TeilnehmerInnen des dritten GTZ Stakeholder Workshops auch angesprochen wurde. In diesem Sinne sind die in der dritten Projektphase erstellten Wasserspar-PA-Materialien zu bewerten, in denen die „traditionelle“ genderspezifische Verantwortungsteilung im häuslichen Wassermanagement – Männer in nicht-reproduktiven Tätigkeiten und Frauen bei reproduktiven Tätigkeiten – reproduziert wird. Zwar werden Frauen auch bei über das traditionelle Rollenverständnis hinausgehenden Aufgaben gezeigt und somit die starre Rollenverteilung auf Seite der Frauen durchbrochen; kein Versuch wurde jedoch unternommen, Männer dazu anzuregen, auch reproduktive Aufgaben von Wassermanagement mitzutragen. Auch wenn mit den impliziten Annahmen durch die Projektdurchführenden hinsichtlich der beschriebenen genderspezifischen Aufgaben vielfach an tatsächlich vorherrschenden Genderrollen angeknüpft wird, birgt dies gleichwohl die Gefahr, bestehende Genderrollen-Muster festzuschreiben.

Ein impliziter Genderbezug deutete sich zudem hinsichtlich der **Wassernutzung** an. So werde die Wassernutzung in dem Moment, wo sie im Zusammenhang mit bezahlten Tätigkeiten stehe – beispielsweise im Rahmen von Bewässerungslandwirtschaft im Gegensatz zu subsistenzwirtschaftlicher Nutzung oder bei der Nutzung kostenpflichtigen

Brunnenwassers im Gegensatz zu kostenfreiem Quellwasser – aufgewertet und in dem Zuge stärker von Männern „eingenommen“. Dem liegt eine höhere Wertung von kommerziellen wasserbezogenen Tätigkeiten gegenüber reproduktiven nicht bezahlten Tätigkeiten wie der Hausarbeit zugrunde. Diese Auf- und Abwertungsprozesse gilt es auch im Rahmen von EZ-Wasserprojekten zu berücksichtigen, um zu verhindern, dass Männer in höherem Maße als Frauen von projektbedingten Verbesserungen der Wasserversorgung profitieren (vgl. auch Kapitel 2.3).

Sowohl in den Projektunterlagen als auch in Interviews mit nutzer(nahen) AkteurInnen findet sich die Auffassung, dass aufgrund der eingangs beschriebenen genderspezifischen Arbeitsteilung Frauen bei (auch konfliktbedingter) Wasserknappheit unter einer erhöhten Arbeitsbelastung litten. Im Gegensatz zu den nur wenigen und allgemeinen aus dem GTZ-Projektrahmen ableitbaren Informationen lassen sich den Aussagen der befragten nutzer(nahen) Akteure detaillierte Informationen zu den Anpassungsstrategien an die Wasserknappheit und den damit einhergehenden Arbeitsbelastungen sowie zu den Wassernutzungsschemata entnehmen. So wurde beispielsweise der Blick auf die Wassernutzung in Hausgärten gelenkt, wo auf der Mikroebene ein nicht zu unterschätzender Bedarf an Wasser besteht. Die Hausgärten wurden nach Aussagen verschiedener Befragter von Wasser- und Frauen-NGOs sowie lokalen Frauengruppen im Zuge des Konfliktes und der Verschlechterung der ökonomischen Situation der Haushalte verstärkt für den subsistenzwirtschaftlichen Anbau von Lebensmitteln genutzt. Aus den Interviews mit lokalen Frauengruppen wurde weiterhin deutlich, dass Regenwasser, Leitungswasser, Tankerwasser und Quellwasser in den verschiedenen Dörfern und Haushalten unterschiedlichen Nutzungszwecken zugeführt wird. Hier bestehe ein Zusammenhang zu den Auffassungen bezüglich der jeweiligen Wasserqualitäten. Dies ist auch für die nachfolgende Betrachtung der Wassersparstrategien von Bedeutung.

Die bei Wasserknappheit angewendeten häuslichen Wassersparstrategien, für deren Umsetzung die Frauen verantwortlich sind, umfassen die Prioritätensetzung für die häusliche Wassernutzung, deren Durchsetzung, die Wasserweiterverwendung und sonstige Methoden und Techniken des Wassersparens. Auch hier zeigte sich, dass sowohl dorf- als auch haushaltsspezifische Gewohnheiten zu jeweils unterschiedlichen Praktiken führen, die in Zusammenhang mit der jeweiligen Wasserversorgungssituation und den ökonomischen Rahmenbedingungen stehen. Die dorf- und haushaltsspezifischen Gewohnheiten hinsichtlich der Nutzung der verschiedenen Wasser-“Arten“ und der Wasserspartechniken gilt es für die Durchführung von effektiven PA-Aktivitäten zu erheben und zu berücksichtigen.

6. Schluss

In diesem abschließenden Kapitel wird zunächst eine Zusammenfassung der Forschungsarbeit gegeben (Kapitel 6.1). Sodann werden die Ergebnisse mit Blick auf die Forschungsfragen dieser Arbeit diskutiert, Anregungen zur Integration von Genderperspektiven in der technischen Entwicklungszusammenarbeit aufgezeigt (Kapitel 6.2) und auf dieser Grundlage Forschungsfragen für zukünftige Untersuchungen formuliert (Kapitel 6.3).

6.1 Zusammenfassung der Forschungsarbeit

Aktivitäten der (deutschen) Entwicklungszusammenarbeit (EZ) finden zunehmend in Krisen- und Konfliktregionen statt. EZ-Institutionen sind somit zu relevanten AkteurInnen in (Post-)Konfliktsituationen geworden, die mit dem Ziel antreten, Konfliktursachen abzubauen. Gleichzeitig erheben EZ-AkteurInnen den Anspruch, Geschlechtergerechtigkeit zu reduzieren. So macht es sich die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)⁴⁰² schon seit Anfang der 1990er Jahre zum Ziel, „Gender“ zum integralen Bestandteil ihrer Arbeit zu machen. Davon erhoffte sie sich auch eine Verbesserung der entwicklungspolitischen Wirksamkeit.

In bemerkenswertem Widerspruch dazu steht die geringe Beachtung, die die Wechselwirkungen zwischen technisch-materieller Zusammenarbeit in Konfliktgebieten und dem gesellschaftlichen Gefüge inklusive Geschlechterverhältnissen in der wissenschaftlichen Bearbeitung und in der EZ-Praxis gefunden haben. Dabei zeichnen sich (Post-)Konfliktgesellschaften durch eine Verschiebung vormals herrschender Geschlechterrollenbilder und -arrangements aus, die mit der Militarisierung der Gesellschaft zusammenhängen. In solchen (Post-)Konfliktsituationen werden EZ-MitarbeiterInnen nicht als neutral wahrgenommen. Durch die Art und Weise der Projektumsetzung werden nicht selten neue Konflikte durch beabsichtigte und unbeabsichtigte Veränderungen der Geschlechterrollen und -verhältnisse hervorgerufen.

Einen wichtigen Teil der EZ-Aktivitäten in (Post-)Konfliktgebieten stellt die (Re-)Konstruktion der Wasserinfrastruktur dar. Wasser kann dabei vielfältige Rollen innerhalb des jeweiligen Konfliktes spielen. So kann die Einführung einer (neuen) Wasserversorgungstechnologie Veränderungen in der genderspezifischen Arbeitsteilung sowie im genderspezifischen Zugang zu Wasser und der Kontrolle über Wasserressourcen

⁴⁰²Die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) und die deutsche Bildungsorganisation InWEnt sind am 1. Januar 2011 zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) verschmolzen worden. Hier wird nichtsdestotrotz von GTZ gesprochen, da diese im Untersuchungszeitraum die projektdurchführende Organisation war.

nach sich ziehen. Gleichzeitig spiegelt die Gestaltung der technischen Infrastruktur immer die jeweiligen Vorstellungen der an Planung und Entscheidung Beteiligten wider. In der Techniksoziologie wird deshalb von einem wechselseitigen Einfluss von (Wasser-)Versorgungssystem und Gesellschaft ausgegangen. Bislang liegen jedoch kaum Untersuchungen zum Zusammenhang von großtechnischen Wasserversorgungssystemen und Gender vor. Auch empirische Studien, inwieweit die Genderprogrammatik von EZ-Institutionen in Krisenregionen tatsächlich umgesetzt werden, stehen noch aus. Die vorliegende Arbeit stellt einen Beitrag dazu dar, diese Lücken zu schließen.

Die genannten Wechselwirkungen von Wasserversorgungssystemen und Gesellschaft werden im Fall des israelisch-palästinensischen Konfliktes, in dem Wasser von Anfang an eine wichtige Rolle gespielt hat, besonders deutlich. Dabei üben die internationalen Geberorganisationen bei der Gestaltung des Wassersektors in den besetzten palästinensischen Gebieten einen maßgeblichen Einfluss aus. Die GTZ gilt international als Pionierin bei der Etablierung von Gender als integralen Bestandteil ihrer Arbeit und ist zudem bereits seit den 1980er Jahren in den besetzten palästinensischen Gebieten schwerpunktmäßig im Wassersektor aktiv. Aus diesen Gründen wurde vorliegend als Fallbeispiel das von Dezember 1993 bis März 2006 über drei Projektphasen laufende GTZ-Projekt „Verbesserung der Wasserversorgung im Ramallah Distrikt“ ausgewählt.

Ziel der vorliegenden Forschungsarbeit war zum einen, anhand der empirischen Untersuchung eines konkreten GTZ-Wasserprojektes die tatsächliche Umsetzung von Gender Mainstreaming zu analysieren. Zum anderen sollte der wechselseitige Einfluss von Wasserversorgung und (Konflikt-)Gesellschaft im Ramallah Distrikt aus einer Genderperspektive untersucht werden. Im Einzelnen schlossen sich daran folgende Forschungsfragen an: Inwieweit wird die praktische Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Technischen Zusammenarbeit den eigenen Ansprüchen der GTZ gerecht? Welche AkteurInnen beteiligen sich bzw. werden an der Organisation der Wasserversorgung beteiligt? Welche Interessen werden bedient bzw. ausgegrenzt? Lassen sich neue genderspezifische Belastungen, Entlastungen oder Risiken infolge des Wasserprojektes ausmachen? Welche Gender-Blindstellen gibt es in der Wasserversorgung im Ramallah Distrikt und welche Vorteile können sich durch die Integration einer Genderperspektive für die Wasserversorgung in einem Konfliktgebiet ergeben?

Die empirische Untersuchung basiert auf einer Dokumentenanalyse der verfügbaren GTZ-Projektunterlagen sowie auf punktuellen leitfadengestützten Interviews mit MitarbeiterInnen der projektdurchführenden Institutionen, d.h. der GTZ und des Wasserversorgers Jerusalem

Water Undertaking (JWU). Zudem wurden, basierend auf einer Akteursanalyse des palästinensischen Wassersektors, MitarbeiterInnen von nutzerInnennah arbeitenden Institutionen, insbesondere Wasser- und Frauen-Organisationen sowie lokalen Frauengruppen im Ramallah Distrikt befragt.

Im ersten Teil der Untersuchung wurde die Umsetzung der GTZ-Genderprogrammatiken im GTZ-Projekt analysiert. Zunächst lässt sich feststellen, dass die GTZ das Thema Gender seit Anfang der 1990er Jahre – sowohl inhaltlich als auch institutionell – umfassend bearbeitet hat. Der Selbsteinschätzung der ehemaligen GTZ hinsichtlich ihrer Vorreiterrolle bei der Etablierung von Gender als Qualitätsmerkmal in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist also in dieser Hinsicht zuzustimmen. Die GTZ-Genderprogrammatiken stellten zudem seit dem GTZ-Genderplan 1996/97 prinzipiell eine geeignete Grundlage für ein umfassendes Gender Mainstreaming dar, mit der sowohl die Integration einer Genderperspektive auf programmatischer und organisatorischer Ebene als auch gleichstellungspolitische Ziele verfolgt wurden. Jedoch waren die für die untersuchten Projektphasen einschlägigen Genderprogramme der GTZ hinsichtlich ihrer *Umsetzung* auf Projektebene „vor Ort“ nicht ausreichend operationalisiert. Hier fehlte es an klaren Vorgaben und Indikatoren.

Diese mangelnde Operationalisierung zeigte sich auch bei der Analyse des GTZ-Wasserprojektes. So wurden für die drei Projektphasen weder auf Planungs- noch auf Umsetzungsebene die jeweils gültigen Genderunternehmensstrategien benannt. Auch die am Ende der dritten Projektphase interviewten GTZ-MitarbeiterInnen und Abteilungsleiter des lokalen Projektträgers JWU waren nicht über Existenz und Inhalte der GTZ-Genderunternehmensstrategien informiert. Vor diesem Hintergrund ist auch das Ergebnis der insgesamt mangelnden Erfüllung der jeweils geltenden Gendervorgaben im untersuchten GTZ-Wasserprojekt zu lesen. Zwar war insgesamt im Projektverlauf eine Tendenz zur wachsenden Berücksichtigung von Genderaspekten zu verzeichnen, die sich insbesondere bei der der Planungsebene zuzurechnenden Angebotserstellung in den Ausführungen zur sozio-kulturellen Implikation des Projektvorhabens fand. Auf Umsetzungsebene fand sich dagegen eine deutlich spärlichere Ausbeute an expliziten Genderbezügen als auf Planungsebene.

Es zeigte sich dabei ein Zusammenhang zwischen der Konfliktintensität und der Berücksichtigung von Genderaspekten in der Projektbearbeitung: So war in der zweiten Projektphase, die in die Zeit des Osloer Friedensprozesses fiel, die höchste Zahl an Ausführungen mit Genderbezug zu finden, während mit zunehmender Zuspitzung des Konflikts insbesondere seit Ausbruch der 2. Intifada im September 2000 auch die

Genderbezüge in den Projektunterlagen weniger wurden. Hier bestätigt sich der auch in anderen Konfliktkontexten zu beobachtende Befund, dass Wasser als Teil des (nationalen) Konfliktes ein so dominierendes Thema darstellt, dass es den Blick auf Gender offenbar verstellt.

Für das Fallbeispiel des GTZ-Wasserversorgungsprojekts im Ramallah Distrikt kann damit insgesamt trotz einer erfreulichen Entwicklung der zunehmenden Berücksichtigung von Genderaspekten noch nicht von einer systematischen Verankerung von Gender in der Planung und insbesondere der Umsetzung des Projektes gesprochen werden.

Im zweiten Teil der Untersuchung wurden die Genderbezüge der Wasserversorgung im Ramallah Distrikt speziell im palästinensisch-israelischen Konfliktkontext herausgearbeitet. Dazu wurde der Blick auf die fünf für diese Untersuchung ausgewählten Genderdimensionen – nämlich Geschlechterzusammensetzung, Partizipationsstrategien, technische Gestaltung, Zugang zu Ressourcen sowie Arbeitsteilung und Wassernutzung – gelenkt.

Im Gegensatz zum ersten Teil der Untersuchung, in dem insbesondere die Projektebene einschließlich der Perspektiven von GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen analysiert wurden, wurden für den zweiten Teil MitarbeiterInnen von NutzerInnen arbeitenden Institutionen befragt. Dies waren insbesondere MitarbeiterInnen von Wasser- bzw. Frauen-NGOs sowie von die WassernutzerInnen selbst repräsentierenden lokalen Frauengruppen verschiedener Dörfer im Ramallah Distrikt. Motiv für diese Erweiterung der Perspektiven ist, dass dadurch auf diese Weise Einsichten in die Mikro-Ebene der Wasserversorgung gewonnen werden konnten. Auch ist die Ebene der NutzerInnen und ihr Alltagswissen für das Herausarbeiten der Genderbezüge von Technologien von Relevanz, wird jedoch oftmals in der Praxis vernachlässigt.

Die herausgearbeiteten Genderbezüge der Wasserversorgung im Ramallah Distrikt bestätigen im konkreten Fall viele der aus der einschlägigen Literatur zu Gender in der Entwicklungszusammenarbeit, Gender und Wasser sowie zu Gender und Konflikt abgeleiteten Befunde. Es konnten zudem auch neue Erkenntnisse hinsichtlich der Genderbezüge großtechnischer Wasserversorgungsinfrastruktur im Konfliktkontext sowie Erkenntnisse für die spezifische Projektregion des Ramallah Distrikts gewonnen werden. Diese werden im Folgenden entlang der oben genannten fünf Analysedimensionen referiert.

Geschlechterzusammensetzung Für die das untersuchte Wasserversorgungsprojekt im Ramallah Distrikt durchführenden Institutionen GTZ und Wasserversorger JWU sowie für weitere technokratische Institutionen des Wassersektors im Ramallah Distrikt bestätigte sich,

dass nur ein geringer Anteil der Beschäftigten Frauen waren. Dabei waren die höheren Hierarchieebenen ausschließlich von Männern besetzt, während Frauen in den mittleren und unteren Hierarchieebenen zu finden waren. Zudem waren Frauen vornehmlich in nicht-technischen Bereichen wie Verwaltung und Management beschäftigt, während die klassischen handwerklich-technischen Arbeiten im Wassersektor von Männern ausgeführt wurden.

Gleichzeitig lässt sich jedoch eine klare Entwicklung hin zu einem höheren Anteil von Frauen unter den Angestellten mit ingenieurwissenschaftlicher Ausbildung im GTZ-Wasserbüro Ramallah feststellen. Unter Gerechtigkeitsaspekten positiv zu bewerten ist auch der mit knapp einem Drittel vergleichsweise hohe Anteil an Ingenieurinnen in der Ingenieur-Abteilung des Projektträgers JWU sowie die überdurchschnittlich hohen Frauenanteile in den mit Wasser befassten palästinensischen NGOs PHG und PARC auch in mittleren Hierarchien. Frauen sind in Palästina in den technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen stark vertreten und finden nun offenbar zunehmend auch in Institutionen wie Wasserversorgern Anstellungen. Die vielerorts, so auch in Deutschland, anzutreffende klare Zuordnung der technisch-naturwissenschaftlichen Sphäre als männlich konnotierter Bereich scheint in den palästinensischen Gebieten nicht in selbem Maße zu gelten. Dies könnte – neben tieferen kulturellen Ursachen – auch im Konflikt-Kontext zu lesen sein, in dessen Folge junge Männer eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, ins Gefängnis zu kommen bzw. verletzt oder getötet zu werden und höhere Abbrecherquoten bei weiterführenden Schulen und Universitäten aufweisen als junge Frauen, die in der Folge „frei werdende“ Plätze belegen können.

Partizipationsstrategien Im untersuchten Wasserprojekt blieb die Organisation der zentralen Wasserversorgung im betrachteten Zeitraum weitgehend „partizipations- und gender-resistent“. Dass zwischen beidem ein Zusammenhang besteht, bestätigt sich auch für diese Fallstudie. So gibt es bei zielgruppenfernen Vorhaben, bei denen mit Trägerorganisationen – wie vorliegend mit dem lokalen Wasserversorger JWU – und nicht direkt mit der Zielgruppe gearbeitet wird, bezüglich der Berücksichtigung von Genderaspekten größere Defizite. Offenbar verstellt der Projektfokus auf die großtechnischen Elemente der Wasserversorgung den Blick auf genderrelevante Fragestellungen. Im Gegensatz dazu wurden auch im untersuchten Projekt Genderaspekte vorwiegend im Rahmen der vereinzelt im Projektrahmen behandelten dezentralen Elemente von Wasserversorgung im ländlichen Raum adressiert.

Insbesondere die in vielen Fällen ökonomisch benachteiligten kleineren Gemeinden und Flüchtlingslager des Ramallah Distriktes sowie insgesamt die Gruppe der Frauen waren nur begrenzt in das Wasserversorgungsprojekt bzw. in die vom Wasserversorger JWU

organisierte Wasserversorgung eingebunden. Fehlende Repräsentation war in den ersten Projektphasen auch für die Akteursgruppe der NGOs festzustellen; letztere wurden jedoch im weiteren Projektverlauf systematischer integriert. Dies ist positiv zu bewerten, da der direkten Zusammenarbeit mit Projektbegünstigten und speziell der Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von Frauen in den Gemeinden in der – allerdings vornehmlich dezentralen – Arbeit der betrachteten NGOs ein hoher Stellenwert beigemessen wurde. Das Thema Wasser(-versorgung) wurde dabei von den lokalen Frauengruppen in nahezu allen befragten Dörfern für die Frauen in den Gemeinden als besonders wichtig erachtet; ihre verstärkte Einbeziehung in verschiedene Bereiche der Wasserversorgung wurde explizit gewünscht.

Jedoch wurde sowohl von einigen der befragten GTZ- und JWU-MitarbeiterInnen als auch von einigen Wasser-NGO MitarbeiterInnen und Befragten lokaler Frauengruppen aus den besonders von Wasserknappheit betroffenen Dörfern kritisiert, dass der Fokus der internationalen Geberorganisationen auf Partizipation und *Good Governance* den Blick auf die konfliktbedingten (national-)politischen Ursachen der Wasserknappheit verstelle. Zudem sei Partizipation von WassernutzerInnen in Anbetracht fehlender Wasserressourcen müßig. Auch sahen manche Befragte lokaler Frauengruppen eine verstärkte NutzerInnen-Partizipation kritisch, da sich hier ihrer Erfahrung nach die entscheidungsmächtigen Familien in den Gemeinden durchsetzten. Damit bestätigt sich die auch in anderen EZ-Projekten gewonnene Erfahrung, dass durch eine undifferenzierte, nicht gendersensible Partizipationsstrategie bestehende Macht- und Hierarchiegefälle innerhalb der Bevölkerung reproduziert werden können.

Technische Gestaltung Im Rahmen des untersuchten GTZ-Projektes sowie in Bezug auf die Wasserversorgung im Ramallah Distrikt insgesamt wurde anhand zahlreicher Beispiele offenkundig, dass „technisch-neutrale“ Überlegungen nicht allein ausschlaggebend waren für die Gestaltung des Wassersystems. So ist weder das komplexe institutionelle Setting des palästinensischen Wassersektors, noch dessen ungeplant erscheinendes Gesamtbild mit teilweise redundanter Infrastruktur ohne den Hintergrund des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu verstehen. Israel verfolgte seit der Besetzung im Jahr 1967 durch die Errichtung von Infrastruktur und die Kontrolle über die Wasserressourcen einen als *hydraulic development* bezeichneten Territorialisierungsprozess in den palästinensischen Gebieten. Derselbe Prozess des *hydraulic development* wurde jedoch der palästinensischen Seite verweigert. Mit dem Bau der integrierten israelisch-palästinensischen großtechnischen Wasserversorgungssysteme wurde durch Israel ein infrastruktureller Status Quo in den palästinensischen Gebieten geschaffen, der die Perspektive einer politischen Zwei-Staaten-

Lösung untergräbt. Die Wasserinfrastruktur fungiert damit auch als politisches Instrument. Seit Ausbruch der zweiten Intifada zeigte sich in verstärkten Zerstörungen palästinensischer Wasserinfrastruktur durch das israelische Militär zudem, dass Wasserversorgungssysteme nicht nur Politikinstrument im Territorialisierungsprozess, sondern auch bevorzugte militärische Ziele darstellen. Die Konsequenz ist ein unterentwickelter palästinensischer Wassersektor und eine für die palästinensische Seite unvorteilhafte Verteilung der gemeinsamen sowie der ausschließlich palästinensischen Grundwasserressourcen.

Im Projektverlauf kam es zu einer Verschiebung der Schwerpunktsetzung von den großtechnischen Zielen des Tiefbrunnenbaus zur Grundwasserneuerschließung – der als nachholende palästinensische *national hydraulic policy* zu lesen ist – hin zu nichttechnischen Zielen wie Organisationsentwicklung und Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit. Dies führte zu einem Interessenkonflikt zwischen den deutschen EZ-Institutionen GTZ und KfW einerseits und dem lokalen Projektträger JWU andererseits, der an der Neuerschließung von Grundwasser festhalten wollte. Hier wird deutlich, dass in einem Kontext, wo Wasser Teil des Konfliktes ist und die Konfliktparteien über sehr unterschiedliche Machtpotenziale verfügen, das Einnehmen einer „rein technischen“ Perspektive auf die Wasserproblematik die vom GTZ-Projekt nicht intendierte Folge haben kann, die Interessen der wirkmächtigeren Partei im Konflikt, in diesem Fall der israelischen Seite, zu bedienen.

Schließlich wurde hinsichtlich der Wirkung von neuer technischer Infrastruktur von einigen Vertreterinnen lokaler Frauengruppen im Ramallah Distrikt die in der Literatur zu Gender und Wasserprojekten vertretene Hypothese bestätigt, dass die durch die Verbesserung der Wasserversorgung gewonnene Zeit von Frauen häufig für einkommensgenerierende Aktivitäten genutzt wurde. In anderen Fällen jedoch wurde die frei gewordene Zeit aufgrund einer ökonomisch guten Situation der Haushalte in Freizeitgestaltung oder aufgrund gesteigener Hygienestandards in Hausarbeit investiert. Insgesamt wurde der Anschluss an das Wassernetz jedoch von allen Befragten lokaler Frauengruppen als deutliche Arbeitserleichterung mit psychologisch positiven Effekten für die Frauen wahrgenommen.

Zugang zu Ressourcen Anhand der Projektunterlagen, der Interviews mit GTZ- und JWU- ProjektmitarbeiterInnen sowie weiteren Nutzer(-nahen) AkteurInnen ließen sich deren Vorstellungen über den Zugang zu Wasser sowie die Kontrolle über Wasser herausarbeiten.⁴⁰³ Von allen AkteurInnen wurden für den Zugang und die Kontrolle über Wasser sowohl technische Faktoren als auch die Nationalität als entscheidend erachtet. So litten hoch gelegene oder weit von den Haupteinspeiseknoten gelegene Gemeinden bzw. Häuser

⁴⁰³Diese stehen jedoch nicht im Zusammenhang mit den im GTZ-Projekt durchgeführten Maßnahmen.

aufgrund des mangelnden Wasserdrucks bzw. des unzureichenden Wasserdargebots am stärksten unter Wasserknappheit. Die Nationalität wurde jedoch einhellig als maßgebliches Kriterium erachtet, denn die palästinensische Bevölkerung sei gegenüber den jüdisch-israelischen SiedlerInnen im Ramallah Distrikt sowie insgesamt gegenüber der israelischen Bevölkerung in Israel benachteiligt. So seien auch weit von Haupteinspeiseknoten entfernt und hoch gelegene jüdische Siedlungen jederzeit gut mit Wasser versorgt.

Der Zugang zu Wasser wurde zudem von allen AkteurInnen in Zusammenhang zur sozio-ökonomischen Situation der WassernutzerInnen gesetzt. Dabei wurde allerdings deutlich, dass die Befragten der Nutzer(-nahen) AkteurInnen eine schlechte sozio-ökonomische Situation der Haushalte in stärkerem Maße mit einem benachteiligten Zugang zu Wasser in Zusammenhang setzten als die befragten JWU- und GTZ-MitarbeiterInnen.

Genderaspekten wurde von Seiten der projektdurchführenden MitarbeiterInnen von GTZ und JWU nur wenig Bedeutung für die Frage des Zugangs zu Wasser beigemessen. Angesichts der wichtigen Rolle, die nach Ansicht aller Befragten die nationale Zugehörigkeit im Konfliktkontext für den Zugang zu Wasser spielt, spricht dies dafür, dass der Konflikt hier Aspekte wie Gender, ökonomisch-sozialen Status oder Alter überlagert. Damit werden jedoch Gender-Ansatzpunkte unterhalb der nationalen Ebene, insbesondere auf Haushaltsebene „jenseits der Wasserzähler“ vernachlässigt, die für den Zugang zu Wasser entscheidend sein können.

Mit zunehmender Nähe der Akteursgruppen zu den WassernutzerInnen rückten jedoch auch nicht auf den ersten Blick ersichtliche *haushaltsinterne* Genderaspekte des Zugangs zu Wasser in das Blickfeld. Aus den Interviews mit einigen basisnah arbeitenden Institutionen ging hervor, dass die Versorgungssicherheit bei intermittierenden Wasserversorgungssystemen auch von der Größe und Anzahl der Dachwasserspeicher auf jedem Haus abhängig ist. Letzteres werde von den ökonomischen Möglichkeiten des Haushaltes, aber auch von den innerhäuslichen Entscheidungsstrukturen bestimmt; ein größeres Mitspracherecht von Frauen bei Investitionsentscheidungen erweise sich hier als vorteilhaft.

Es bestätigte sich für die palästinensischen Gebiete und den Ramallah Distrikt, dass Frauen über weniger Besitz und Einkommen verfügten als Männer, was Auswirkungen auf deren Zugang zu Wasser haben kann. Zudem wiesen Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand eine niedrigere Anschlussrate an das Wasser- und Abwassernetz auf als solche mit männlichem Haushaltsvorstand. Mehrere Befragte lokaler Frauengruppen sahen im Blick auf

Haushalte mit weiblichem Vorstand einen Anhaltspunkt für einen benachteiligten Zugang zu Ressourcen. Jedoch könne hier nicht pauschalisiert werden. Der jeweilige Zugang zu Ressourcen hänge maßgeblich mit den Gründen für die Abwesenheit des männlichen Haushaltsvorstandes zusammen. Nachteilig auf den Zugang zu Ressourcen sei es insbesondere, wenn der Mann aufgrund Gefängnis, Krankheit oder Tod abwesend, nicht jedoch wenn er aus Arbeitsgründen ins Ausland gegangen sei.

Schließlich wurde die zunehmende Präsenz von Frauen in den Gemeinderäten als Resultat der Einführung einer Frauenquote im palästinensischen Wahlgesetz im Jahr 2005 von MitarbeiterInnen von Wasser-NGOs, Fraueninstitutionen und lokalen Frauengruppen als vorteilhaft für die Gemeinde-Wasserpolitik erachtet. Ihnen zufolge würden Frauen dem Zugang zu Wasser sozial bedingt eine höheren Priorität beimessen. Zudem werde kulturell bedingt durch die Präsenz von Frauen in den Gemeinderäten den Frauen in ländlichen Gemeinden erst die Möglichkeit eröffnet, ihre Bedürfnisse in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen; Frauen trügen nicht ohne Weiteres ihre Anliegen männlichen Repräsentanten im Gemeinderat vor. In manchen Dörfern wurde allerdings das Verbesserungspotenzial angesichts fehlender finanzieller Mittel sowie der unkooperativen Haltung von Männern in Gemeinderäten skeptisch beurteilt.

Arbeitsteilung Hinsichtlich der genderspezifischen Arbeitsteilung zeigte sich, dass sowohl von projektdurchführenden GTZ- und JWU-ProjektmitarbeiterInnen als auch von nutzer(-nahen) AkteurInnen die dem *reproduktiven Bereich* zuzuordnenden wasserbezogenen Aufgaben des häuslichen Wassermanagements wie Waschen, Putzen und Hygieneerziehung in der palästinensischen Gesellschaft im weiblichen Verantwortungsbereich gesehen wurde. Männern wurde dagegen die Zuständigkeit für die *öffentlichen Bereiche* von Wassermanagement wie das Bezahlen der Wasserrechnung oder das Rufen von Handwerkern zugeschrieben. Damit fand eine „Vergeschlechtlichung“ von Räumen statt. Eine diesbezüglich nicht eindeutige „Gender-Grauzone“ stellte hingegen die Bestellung und Bewässerung der Hausgärten dar.

Gleichzeitig wurde trotz der beschriebenen vielfach übereinstimmenden Aussagen zur genderspezifischen Arbeitsteilung aus den Interviews mit MitarbeiterInnen von Wasser-NGOs und lokalen Frauengruppen deutlich, dass Genderrollen und damit zusammenhängend die genderspezifische Arbeitsteilung sich auch innerhalb des Ramallah Distriktes nicht nur zwischen städtischen und ländlichen Kontexten, sondern auch von Dorf zu Dorf sehr unterscheiden können. Die oben beschriebenen Annahmen lassen sich damit nicht pauschalisieren. Bemerkenswert sind die unterschiedlichen Aussagen zur Zuständigkeit für

das Wasserholen in Abwesenheit einer funktionierenden zentralen Wasserversorgung. Mitnichten wurde das vielfach als Symbol für den Zusammenhang von „Wasser und Frauen“ herangezogene Bild der Frauen mit schweren Wasserkrügen auf dem Kopf in jedem Fall bekräftigt: In manchen Dörfern wurde diese Zuständigkeit auch jungen Männern, in anderen Dörfern beiden Geschlechtern gleichermaßen zugeschrieben.

Regionale Genderanalysen bestätigten den in der Literatur zu Gender und Konflikt oft angeführten Befund, dass insbesondere in Konfliktkontexten *Gender* nicht losgelöst von anderen Kategorien betrachtet werden kann. In den palästinensischen Gebieten schienen bezüglich der genderspezifischen Verteilung von Hausarbeit die steigende Bildung der Ehefrau, weibliche Arbeitstätigkeit und das Leben in Kernfamilien statt in Großfamilien entscheidende Faktoren zu sein, die zu einer Aufweichung der traditionellen Arbeitsteilung innerhalb der Haushalte führen. Zudem zeigte sich ein Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Vorstellungen hinsichtlich der Rollen und Aufgaben von Männern und Frauen und der Realität. Insbesondere aufgrund der auch konfliktbedingten Abwesenheit von Männern wird deutlich, dass Frauen „notgedrungen“ auch die gesellschaftlich als männlicher definierten offiziellen Angelegenheiten wie Rechnung Zahlen oder Handwerker Rufen übernehmen. Dies ist ein Hinweis auf die Genderdynamiken in Konfliktkontexten, die sich durch einerseits starre Genderrollenvorstellungen und andererseits eine Ausweitung von Handlungsspielräumen und Aufgaben auszeichnen.

Auf Planungsebene des GTZ-Projektes ließen sich Bestrebungen erkennen, Frauen stärker in Bereiche des öffentlichen Wassermanagements einzubinden. Dies ist zunächst positiv zu bewerten. Allerdings handelte es sich bei den geplanten – jedoch letztlich nicht umgesetzten – Aktivitäten um unbezahlte Gemeinde-Arbeiten für Frauen. Aus Genderperspektive knüpft hier die Frage nach der dadurch erzeugten, nicht-intendierten zusätzlichen Arbeitsbelastung für Frauen an. In diesem Sinne wurde auch bei den im Projekt im Rahmen der Komponente Öffentlichkeitsarbeit erstellten Wasserspar-Materialien die „traditionelle“ genderspezifische Aufgabenteilung im häuslichen Wassermanagement reproduziert. Zwar wurden Frauen auch bei über das traditionelle Rollenverständnis hinausgehende Aufgaben gezeigt und somit die starre Rollenverteilung auf Seite der Frauen durchbrochen; es wurde jedoch kein Versuch unternommen, Männer dazu anzuregen, auch reproduktive Aufgaben von Wassermanagement mitzutragen. Auch wenn mit den beschriebenen genderspezifischen Aufgaben vielfach an tatsächlich vorherrschenden Genderrollen angeknüpft wird, bergen diese impliziten Annahmen der ProjektmitarbeiterInnen gleichwohl die Gefahr, bestehende Genderrollen

festzuschreiben und damit die Handlungsoptionen für Männer und Frauen einzugrenzen statt wie erwünscht auszuweiten.

In den GTZ-Projektunterlagen und in den Interviews mit nutzer(nahen) AkteurInnen wurde einhellig die Auffassung vertreten, dass aufgrund der vorherrschenden genderspezifischen Arbeitsteilung insbesondere Frauen bei (auch) konfliktbedingter Wasserknappheit unter einer erhöhten Arbeitsbelastung litten. Dabei ließen sich den Aussagen der befragten nutzer(-nahen) AkteurInnen – im Gegensatz zu den allgemeinen aus dem GTZ-Projektrahmen ableitbaren Informationen – detaillierte Informationen zu den Anpassungsstrategien an die Wasserknappheit und den damit einhergehenden Arbeitsbelastungen sowie zu den Wassernutzungsschemata entnehmen. Aus den Interviews mit lokalen Frauengruppen wurde zudem deutlich, dass Regenwasser, Leitungswasser, Tankerwasser und Quellwasser in den verschiedenen Dörfern und Haushalten unterschiedlichen Nutzungszwecken zugeführt wird, was auch im Zusammenhang zu den Auffassungen bezüglich der jeweiligen Wasserqualitäten stehe. Auch bei den bei Wasserknappheit angewendeten Wassersparstrategien – dazu gehörte die Prioritätensetzung für die häusliche Wassernutzung und deren Durchsetzung, die Wasserweiterverwendung und sonstige Methoden und Techniken des Wassersparens – für deren Umsetzung die Frauen verantwortlich seien, zeigten sich sowohl dorf- als auch haushaltsspezifisch unterschiedliche Gewohnheiten und Praktiken. Diese stehen in Zusammenhang mit der jeweiligen Wasserversorgungssituation und den ökonomischen Rahmenbedingungen.

Schließlich bestätigte sich für das untersuchte Wasserprojekt, dass mit dem Fokus auf die häusliche Rolle von Frauen im Wassermanagement und auf ihre Arbeitsbelastung bzw. die angestrebte Entlastung insbesondere auf die praktischen Genderbedürfnisse abgehoben wurde. Diese stellen bestehende Genderungerechtigkeiten nicht direkt in Frage. Strategische Genderbedürfnisse, die auf eine Änderung der Macht- und Rollenverteilung abheben, wurden auch hier weitgehend ausgeblendet. Im Gegensatz dazu ging aus den Interviews mit einigen basisnah arbeitenden NGOs hervor, dass diese sich durch die Berücksichtigung von Genderaspekten in ihrer Arbeit eine gesellschaftliche Veränderung der genderspezifischen Rollenverteilung bzw. ein gesellschaftliches Empowerment von Frauen im Zuge von Wasserprojekten erhoffen. Ein Erklärungsansatz dafür könnte in den bei der direkten Zusammenarbeit mit den WassernutzerInnen gewonnenen Einsichten in eine verbesserte Projekteffizienz und den Möglichkeiten zum Empowerment von Frauen durch die Berücksichtigung von Genderaspekten sein.

6.2 Diskussion der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Arbeit zeigen, dass wichtige Forschungsfragen beantwortet werden konnten. Hinsichtlich der Forschungsfrage nach der Umsetzung von Gender Mainstreaming in der konkreten GTZ-Projektarbeit ist festzustellen, dass trotz positiver Entwicklungen im Projektverlauf eine systematische Integration eines Genderansatzes bzw. eine systematische Berücksichtigung der eigenen Genderprogramme nicht stattgefunden hat. Als für die Umsetzung hinderlich hat sich erwiesen, dass das projektdurchführende Personal in Genderfragen wenig geschult war. Gender wurde nicht als Querschnittsaufgabe verstanden und integriert, sondern als etwas zusätzlich zur eigentlichen Arbeit zu Leistendes verstanden. Ein erster Schritt für eine verbesserte Umsetzung der Genderprogramme wäre es, den MitarbeiterInnen von GTZ und lokalen Projektpartnern die jeweils gültige Genderunternehmensstrategie auszuhändigen. Auch eine standardisierte Gender-Schulung über Hintergründe, Nutzen und praktische Umsetzung von Gender Mainstreaming ist in diesem Zusammenhang zu empfehlen. Dies gilt in gleichem Maße für das möglichst frühzeitige systematische Einbinden des Gender-Ansatzes in die Planung bei jeder neuen Projektphase oder, wenn nötig, das nachträgliche Aufnehmen des Gender-Ansatzes durch die Durchführung eines breitangelegten Gender-Workshops mit projektdurchführenden MitarbeiterInnen. Dabei gilt es jedoch sicherzustellen, dass die Workshop-Ergebnisse in die Projektroutinen einfließen. Sinnvoll wäre es zudem, extra für diese projektbegleitende Aufgabe, Gender als Querschnittsaufgabe in das gesamte Projekt zu integrieren, Stellen zu schaffen und zu besetzen.

Es konnten bezüglich der Forschungsfrage nach den Genderbezügen von EZ-Wasserversorgungsprojekten in Konfliktgebieten verschiedene, zum Teil die aus der Literatur abgeleiteten Befunde bestätigende, zum Teil neue Genderbezüge für den spezifischen Konfliktkontext herausgearbeitet werden (dazu im Einzelnen Kapitel 6.1). Hinsichtlich der Forschungsfrage, welche Akteursgruppen sich am GTZ-Wasserprojekt beteiligten bzw. an der Organisation der Wasserversorgung beteiligt wurden und welche Interessen dabei bedient bzw. ausgegrenzt wurden, konnte zunächst eine limitierte Partizipationsstrategie innerhalb des GTZ-Wasserprojektes sowie für die Arbeit des Wasserversorgers JWU festgestellt werden. Wenig Partizipationsmöglichkeiten hatten kleinere, ökonomisch schwache Gemeinden und Flüchtlingslager des Ramallah Distriktes, Frauen und hier insbesondere die nicht im Wassersektor tätigen Frauen mit geringem Bildungsstand sowie in den ersten Projektphasen NGOs.

Um nicht die ohnehin sozial und ökonomisch benachteiligten Gruppen von der Projektarbeit und etwaigen aus dem GTZ-Projekt bzw. der Wasserversorgung resultierenden Vorzügen auszuschließen, wäre anzuregen, nach Möglichkeiten der verstärkten Einbeziehung auch dieser Gruppen zu suchen. Auch wenn die Arbeit der zentralen Wasserversorger andere Elemente der Wasserversorgung(-sinfrastruktur) berührt als die Arbeit der stärker an der Basis arbeitenden NGOs, wäre gleichwohl zu prüfen, inwieweit aus den zur Anwendung kommenden gendersensiblen NGO-Partizipationsstrategien geeignete Elemente für eine verbesserte Partizipationsstrategie auch für großtechnische Wasserversorgungsprojekte abzuleiten sind. In diesem Sinne könnten auch die von Seiten der WassernutzerInnen in den Dörfern bzw. den nutzerInnennah arbeitenden Organisationen gemachten Vorschläge für verbesserte Organisations- und Kommunikationsstrukturen zwischen WassernutzerInnen und Wasserversorgern sowie die Ideen für Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit als wertvolle Anregungen für JWU und GTZ gewertet werden.⁴⁰⁴

Schwierigkeiten ergaben sich jedoch bei der Beantwortung der Forschungsfrage nach neuen, genderspezifischen Belastungen, Entlastungen oder Risiken in Folge des Wasserprojektes. Die „Gender Impacts“, also die Wirkungen der im Zuge des Projektes durchgeführten Maßnahmen und Aktivitäten auf Geschlechterverhältnisse konnten auf Basis des verfügbaren Datenmaterials nicht beurteilt werden. Als problematisch erwies sich dabei, dass die GTZ-Projektunterlagen signifikant weniger Informationen zu den Geschlechterverhältnissen vor, während und nach den jeweiligen Projektaktivitäten enthielten als erwartet. Die empfohlene Durchführung von Genderanalysen durch die projektdurchführende GTZ – sowohl unter Rückgriff auf vorhandene genderdisaggregierte Daten zur Projektregion, als auch durch eigene Erhebungen von Daten unterhalb der Haushaltsebene – hatte (auch) im vorliegenden Fall nicht stattgefunden. Dies wäre jedoch vor dem Hintergrund der komplexen Genderdynamiken im vorliegenden Konfliktkontext besonders sinnvoll. Die projektbegleitende genderdifferenzierte Datenerhebung hinsichtlich des Zugangs zu Ressourcen, der Teilhabe an entscheidungsrelevanten Strukturen für den Wassersektor und der wasserbezogenen Arbeitsteilung und -nutzung sind eine nicht zu ersetzende Datenbasis für die Beurteilung der (genderspezifischen) Wirkungen des Projekts auf die Zielgruppen. Die Kenntnis darüber, wer vom Projekt bzw. von Projektkomponenten profitiert oder Nachteile dadurch hat, liegen im ureigenen Interesse der Entwicklungszusammenarbeit. Hier lässt sich

⁴⁰⁴Dadurch könnten beispielsweise auch vom Wasserversorger JWU benannte Probleme wie der unerwünschten „Um“-nutzung von Regenwasserzisternen – gemeint ist das unerwünschte Befüllen der leeren Regenwasserzisternen mit Leitungswasser durch WassernutzerInnen, womit aufgrund der überdurchschnittlichen Erhöhung der Wassernachfrage zur Wasserknappheit sowie zum Unterschreiten des notwendigen Wasserdrucks für die Versorgung beigetragen werde – besser begegnet werden.

für die untersuchten Projektphasen ein Defizit feststellen.⁴⁰⁵ Den ergänzend im Rahmen des Forschungsaufenthalts in Ramallah geführten Interviews mit verschiedenen AkteurInnen des Wassersektors konnten nur vereinzelte Informationen zu den Wirkungen der technischer Gestaltung im Rahmen des GTZ-Wasserversorgungsprojektes auf Geschlechterverhältnisse entnommen werden. Sie waren insofern nicht geeignet, um diese Forschungsfrage zufriedenstellend zu beantworten.

Auf Basis einer systematischen genderdifferenzierten Datenerhebung können neben der Beurteilung der Projektwirkungen zudem Genderaspekte bei der Projektplanung und -durchführung leichter und sinnvoller berücksichtigt und integriert werden. Dies stellt eine geeignete Grundlage dar, um die für den Bereich der großtechnischen Wasserversorgung konstatierten „Gender-Blindstellen“ aus einer Genderperspektive zu beleuchten. Einige diese Blindstellen aufdeckende Genderbezüge wurden in der vorliegenden Forschungsarbeit aus den in Interviews mit den nutzer(nahen) Organisationen gewonnenen detaillierten Erkenntnissen hinsichtlich Zugang zu Ressourcen, Wassernutzung und Arbeitsteilung unterhalb der Haushaltsebene herausgearbeitet. So ist deutlich geworden, dass es für die Verbesserung des Zugangs zu Wasser für die Bevölkerung als Zielgruppe von EZ-Wasserprojekten von Vorteil sein kann, die politische Repräsentation von Frauen auf Gemeinde- und Stadtratsebene sowie den gesellschaftlichen Status von Frauen – beispielsweise deren Mitspracherechte bei innerhäuslichen Investitionsentscheidungen – zu stärken. Dies könnte durch eigens für den Bereich Gender angestellte MitarbeiterInnen bzw. die Zusammenarbeit mit anderen Gender-Projekten und -Initiativen erreicht werden.

6.3 Ausblick

Für verschiedene Aspekte der vorliegenden Forschungsarbeit zeichnet sich ein weiterführender Forschungsbedarf ab. Dies gilt zunächst hinsichtlich der Zusammenhänge von Wasserversorgung, Gender und Konflikt in palästinensischen Flüchtlingslagern. Deren spezifische Situation, die sich von der sonst üblichen Unterscheidung in ländliche bzw. urbane Kontexte unterscheidet, stellt einen Ausgangspunkt für weitere interessante Forschungsarbeiten dar.

Es wurde zudem festgestellt, dass die vielerorts, so auch in Deutschland, anzutreffende klare Zuordnung der technisch-naturwissenschaftlichen Sphäre als männlich konnotierten Bereich

⁴⁰⁵Dies entspricht auch dem seit 2006 erfolgten Wechsel in der Evaluationspraxis der GTZ hin zu einer verstärkten Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit auf Wirkungen. Dazu sollten in den GTZ-Monitoring- und Evaluierungsaktivitäten zum Einen beobachtet werden, wie das gesellschaftliche Umfeld auf die EZ-Maßnahme einwirke und zum Anderen, inwieweit die EZ-Maßnahme zu Umfeldveränderungen beitrage (vgl. Reuber und Haas 2007:2,5). In diesem Sinne liegt der vorliegenden Forschungsarbeit die Annahme der Wechselwirkungen von Wasserversorgungsstruktur und Gesellschaft zugrunde.

in den palästinensischen Gebieten nicht in selbem Maße zu gelten scheint. Hier sind insbesondere junge Frauen in deutlich stärkerem Maße an technisch-naturwissenschaftlichen Ausbildungsgängen interessiert und auch vertreten. Es konnte nur vermutet werden, dass dies neben tieferen kulturellen Ursachen auch im Konflikt-Kontext zu lesen sein könnte. Inwieweit diese Hypothesen zutreffend sind bzw. weitere Zusammenhänge greifen, wäre durch weitere Untersuchungen zu erforschen.

Deutlich ist auch geworden, dass es bei den verschiedenen WassernutzerInnen im Ramallah Distrikt signifikante Unterschiede hinsichtlich der Nutzung der verschiedenen Wasser-„Arten“ (Regenwasser, Leitungswasser, Quellwasser, Wasser von Tankerlieferungen) und der jeweiligen Wasserspartechniken insbesondere im Zusammenhang mit Wasserknappheit gibt. Hier ergibt sich als weiterer Forschungsbedarf, dies systematisch zu erheben und zu erforschen, wie die Informationen für die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit von Wasserversorgern wie JWU genutzt werden können.

Abschließend ist festzuhalten, dass aus den Interviews mit den nutzer(nahen) Organisationen detaillierte Erkenntnisse hinsichtlich Wassernutzung und Arbeitsteilung auf Haushaltsebene gewonnenen wurden. Dies legt die Annahme nahe, dass je näher die befragten Akteursgruppen an der Wasser-NutzerInnenebene agieren, umso stärker geschlechtsspezifische Aspekte in den Blick rücken. Insbesondere im vorliegenden Konfliktkontext mit der intermittierenden Wasserversorgung – im Gegensatz zu der im mittel- oder nordeuropäischen Raum kontinuierlich funktionierenden Wasserversorgung – sind dabei in erhöhtem Maße Verständnis, Kenntnisse und Mitarbeit der WassernutzerInnen gefordert. Dies spricht dafür, auch nutzer(nahe) Organisationen stärker in die Wasserversorgung zu integrieren. Zwar können die von den NutzerInnen bzw. nutzernahen Organisationen benannten Genderaspekte von Wasserversorgung sicherlich keine „Lösungen“ für die Problematik der unzureichenden Wasserversorgung im Ramallah Distrikt bieten. Hier ist zu berücksichtigen, dass die nutzerInnennah arbeitenden Organisationen oftmals mit dezentralen Strukturen und nicht mit zentralen Wasserversorgungsprojekten befasst sind, deren Organisation und Ansätze nicht ohne weiteres auf zentrale Wasserversorgungsprojekte zu übertragen sind. Auch sind die private Ebene der NutzerInnen und ihre persönlichen Interessen und die professionelle Ebene der Institutionen des Wassersektors klar voneinander abzugrenzen. Gleichwohl wäre durch weitere Forschungsarbeit zu prüfen, inwieweit diese wertvollen Anregungen für die professionellen AkteurInnen des Wassersektors für eine verbesserte Wasserversorgung fruchtbar gemacht werden können.

Anhang 1- GTZ-Projektunterlagen

Erste Projektphase 12/1993 bis 12/1997	Zitierweise im Text (Kapitel 4 und 5)
Angebot über die Durchführung des Vorhabens Wasserversorgung Ramallah 1993	(Projektangebot 1993)
ZOPP III Workshop Report und Dokumentation – Technische Zusammenarbeit mit IGB, Verbesserung der Wasserversorgung im Ramallah Distrikt, 7.-12.6.1993, Horst Beyer.	(Workshop Dokumentation 1993)
Implementation Agreement between GTZ and JWU Februar 1994	(Implementation Agreement 1994)
Ein Sinia Water Well No. 5, Evaluation of its Suitability for Municipal Water Supply Well for Ramallah Area, JWU/GTZ, März 1995	(Evaluation “Ein Sinia No 5” 1995)
Bericht über die Hospitanz in dem GTZ Projekt Trinkwasserversorgung Ramallah, von Leila Chammaa, 27.11.1995	(Hospitanzbericht 1995)
Report “A Comparison of Original Project Document with Plan of Operation” 1995	(Report “Comparison” 1995)
Report “Why is it needed to acidese the borehole of the well” März 1996	(Report “acidese borehole” 1996)
Project Brief “Water Supply and Development Project JWU, Ramallah District” Dezember 1996	(Project Brief 1996)
Workshop Documentation – Water Supply Development Project JWU Ramallah District, 17.-20. September 1997, Nadim Mulhem.	(Workshop Dokumentation 1997)
Interne Projektberichte	
GTZ Interner Projektbericht; Berichtszeitraum 04/94-05/96 Bericht Nr. 1	(Interner Projektbericht Nr. 1 1996)
GTZ Interner Projektbericht; Berichtszeitraum 06/96-08/98 Bericht Nr. 2	(Interner Projektbericht Nr. 2 1999)
Sachstandsberichte GTZ an BMZ, GTZ OE 2011/414 und deutsches Vertretungsbüro in Ramallah	
Sachstand-Bericht Nr. 1 1994, 30.11.1994	(Sachstandsbericht Nr. 1 1994)
Sachstand-Bericht Nr. 2 1994, 31.12.1994	(Sachstandsbericht Nr. 2 1994)
Sachstand-Bericht Nr. 3 1995, 10.3.1995	(Sachstandsbericht Nr. 3 1995)
Sachstand-Bericht Nr. 4 1995, 26.5.1995	(Sachstandsbericht Nr. 4 1995)
Sachstand-Bericht Nr. 5, 1996, 23.1.1996	(Sachstandsbericht Nr. 5 1996)
Zweite Projektphase 01/1998 bis 12/2001	Zitierweise im Text (Kapitel 4 und 5)
Angebot zur Bearbeitung des Vorschlags/ Projektdurchführung “Wasserver- und Abwasserentsorgung Ramallah”1997	(Projektangebot 1997)
Report der Projektfortschrittskontrolle „Progress Review September 1997“, Evaluatoren Tony Richards, Experte für Institutionen GTZ und Manfred Matz Wasseringenieur, Eschborn GTZ	(PFK Report 1997)
Projektfortschrittsberichte an das BMZ	
Fortschrittsbericht Nr. 1, 1.4.94-31.5.1996	(PFB 1996)
Fortschrittsbericht Nr. 2, 1.6.96-31.8.1997	(PFB 1997)
Fortschrittsbericht Nr. 3, 2.9.97-1.9.1998	(PFB 1998)
Fortschrittsbericht Nr. 4, 2.9.98-1.9.1999	(PFB 1999)
Fortschrittsbericht Nr. 5, 2.9.99 –1.9.2000	(PFB 2000)
Fortschrittsbericht Nr. 6, 2.9.00- 1.9.2001	(PFB 2001)

Notenwechsel Auswärtiges Amt und GTZ 8.7.1998	(Notenwechsel 1998)
Projektbeschreibung für die zweite Projektphase 1998-2000, Januar 1998	(Projektbeschreibung 1998)
“PWA: Palestinian Priorities for Negotiation with German Delegation” 29.8.1998	(PWA Priorities 1998)
Project Brief “Water Supply and Development Project JWU, Ramallah District” 1999	(Project Brief 1999)
Protokoll eines Board Meetings des deutschen „Fund for Palestinian NGOs“, gefaxt an Büroleiter D. 17.6.1999	(Protokoll Board Meeting 1999)
“Minutes of the Palestinian- German Consultations on Development Cooperation 2000” Draft vom 15.11.1999	(Minutes Development Cooperation 1999)
“Tasks for 2000” (C.M., GTZ)	(Tasks 2000)
Protokoll des Board Meetings vom 14.2.2000 über “CDG Advanced Training Courses for Engineers 2000”	(Protokoll Board Meeting 2000)
Protokoll des GTZ-AP Treffens vom 3.2.2000 (C.M., GTZ)	(Protokoll AP Treffen 2000)
Bericht „Experience in Well Drilling, Ramallah District“, 2000. (C.M. GTZ)	(Erfahrungsbericht Well Drilling 2000)
GTZ/JWU Water supply project „hydrogeological study on Al-Mughayir and Khirbet Abu-Falah proposed boreholes“, Juni 1999, (C.M., B.S.).	(Hydrogeological Study 1999)
GTZ/JWU Water supply project „Proposed Drilling Site El-Mughayir“, 15.9.2000 (C. M.)	(Study „Proposed Drilling Site“ 2000)
GTZ/JWU Water supply project „Five new drilling sites for Ramallah“, 5.11.2000 (C. M.)	(Study „Five New drilling Sites“ 2000)
Email regarding Public Awareness, A. Assad an E.Döring GTZ/JWU 12.4.2000	(Email PA 2000)
Vertrag zwischen GTZ Wasserversorgungsprojekt Ramallah und JWU 1.12.2001	(Vertrag GTZ/JWU 2001)
Proposed Public Relations Annual Plan 2001	(PR Plan 2001)
“Production of Educational Material for International Water Day 2001”	(PR Material 2001)
Report on GTZ Role in enforcing the Public Relations Program 2000-2001	(Report PR 2000/2001)
Konzept “Water Rationalization Campaign und Water Friends Campaign” vom Ministry of Education (n.n.)	(Konzept Water Campaigns MoE)
Proposed Awareness Campaign for Water Rationalization (n.n.)	(Campaign “Water Rationalization”)
Awareness Campaign der Gemeinde Al-Bireh (MAB) (n.n.)	(Campaign MAB)
Monthly reports prepared by local staff: J. Sh.	
Monthly Report, November 2000	(Monthly Report 11/2000)
Monthly Report, Dezember 2000	(Monthly Report 12/2000)
Monthly Report, Juni 2001	(Monthly Report 6/2001)
Monthly Report, August 2001	(Monthly Report 8/2001)
Monthly Report, November-Dezember 2001	(Monthly Report 11-12/2001)
Dritte Projektphase 01/2002 bis 03/2006	
Angebot zur Bearbeitung des Vorschlags/ Projektdurchführung “Wasserver- und Abwasserentsorgung Ramallah/ Al Bireh Bezirk, 2001	(Projektangebot 2001)
Plan of Activities 2002	(Plan of Activities 2002)

Projektfortschrittsberichte

GTZ Projektfortschrittsbericht Nr. 1 an BMZ, Berichtszeitraum: (PFB Nr. 1 2003) 01.09.2001 – 15.06.2003	
GTZ Projektfortschrittsbericht Nr. 2 an BMZ, Berichtszeitraum: (PFB Nr. 2 2005) 16.06.2005 – 15.06.2005	
Konzept für dritte Projektphase 1/2002-9/2005	(Konzept 3. Projektphase 2002)
JWU Kundenzufriedenheitsstudie “Customer Satisfaction Survey Main Findings of the Field Survey and Focused Group Discussions”	(JWU Kundenzufriedenheitsstudie 2002)
Bericht “Summary of Negotiation on Palestinian- German Development Cooperation 2002” April 2002	(Bericht Development Cooperation 2002)
“A Challenging Experience in Organization Development: A Guidebook” Nancy E. Barnes, Abdelkarim Asa’d Palestine, Ramallah, 1998 to 2002, GTZ/ JWU 2003	(JWU/GTZ Guidebook 2003)
Project Status Sheets, “Water Supply & Sanitation Development, Ramalah/ Al-Bireh Distrikt” prepared by GTZ submitted to PWA, März 2003	(Project Status Sheets 2003) (Präsentation Joint approach 2004)
Präsentationsfolien “Joint approach of German Palestinian Development Cooperation in the Water Sector”, 14.4.2004 2004”	(Selbstdarstellung 2005)
Selbstdarstellung, Broschüre der GTZ vom März 2005: Beschreibung der Projektaktivitäten	(Women 2005)
„Women & Water Management in Developing Countries“ Dokument vorbereitet von N.Kh. GTZ, PA-Beauftragte, 2005	
Eigene Notizen und Dokumentation des GTZ Workshop vom 7.-11.9.2005 „Developing a Joint Strategy for the Palestinian Water Sector, Result and Impact Chains “	(Workshop Dokumentation 2005)
Plan of Operation Third Phase of Implementation up to March 2006	(Plan of Operation 2006)
Terms of Refernce (TOR) for Consultant at Public Relations Division in JWU (n.n.)	(TOR PA/PR)
Sample of Activities relating to “Collection of Sewage Fees in Al-Bireh” and “Water Consumption Campaign” (n.n.)	(Sample of Activities PA/PR)
Public Awareness Materialien erstellt von GTZ- Mitarbeiterin N. Kh. (Broschüren, Comics für Kinder und Jugendliche, Malbücher, Poster, Schreibblöcke, Lernbroschüren für Schulkinder, Stundenpläne, Aufkleber und Postkarten mit Bildern zum Thema „Wasser sparen“)	(Public Awareness Materialien)

Anhang 2- Liste der Interviews und Exkursionen

1) ExpertInnen-Interviews

Es wurden 24 leitfadengestützte ExpertInnen- Interviews geführt (vgl. Tabelle 10), die teilweise in die Darstellung des palästinensischen Wassersektors in Kapitel 3.2, sowie insbesondere in die Analyse der Zusammenhänge von Wasserversorgung und Gender im Ramallah Distrikt (Kapitel 4 und 5) eingeflossen sind. Von den Interviewten waren 11 Männer und 13 Frauen.

Tabelle 10: Liste der ExpertInnen-Interviews

Akteursgruppe	Institution	Name	Position	Datum
Interviews innerhalb des GTZ-Wasserprojektrahmens				
Projektdurchführende Institution	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)	N. Kh.	Projektmitarbeiterin in der dritten Projektphase, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit	26.4.2006 und 8.5.2006
	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)	M. Gh.	Projektmitarbeiterin in der dritten Projektphase, zuständig für Training	2.5.2006
	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)	C. M.	Projektmitarbeiter in der zweiten Projektphase, zuständig für Brunnenbau	10.4.2006
	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)	N. M.,	GTZ Wasserbüroleiter in der dritten Projektphase	15.5.2006
Projektdurchführende Institution – Projektträger	Jerusalem Water Undertaking (JWU)	B. S.	Leiter der Abteilung für Wartung (Operational Department)	25.4.2006 und 8.5.2006
	Jerusalem Water Undertaking (JWU)	I. J.	Leiter der Abteilung für Verwaltung und Kundenbetreuung (Administration Department)	25.4.2006 und 8.5.2006
	Jerusalem Water Undertaking (JWU)	N. Kh.	Leiter der Abteilung für Ingenieurwesen (Engineering Department)	8.5.2006

Interviews außerhalb des GTZ-Wasserprojektrahmens							
Im Wasserektor palästinensische NGOs	tätige	Palestinian Hydrology Group (PHG)	B. B.	Projektdurchführende Mitarbeiterin (Senior Stuff)	11.5.2006 und 18.5.2006		
		Palestinian Hydrology Group (PHG)	S. H.	Projektdurchführende Mitarbeiterin (Senior Stuff)	27.5.2006 und 21.9.2005		
		Palestinian Agricultural Relief Committees (PARC)	I. Z.	Projektdurchführender Mitarbeiter (Senior Stuff)	15.5.2006		
Im Wasserektor internationale NGOs	tätige	CARE -International	S.R.	Projektleiterin des EMPOWERS Projektes	31.8.2005		
		ACDI/VOCA, (US NGO)	S. L.	Projektdurchführende Mitarbeiterin, zuständig für Gemeinde-Beteiligung	7.6.2006		
		ACDI/VOCA (US NGO)	J. H.	Projektingenieur	7.6.2006		
Fraueninstitutionen		Rural Women's Development Society (RWDS)	F. Kh.	Leiterin der NGO	8.6.2006		
		Betunia Women Association, Betunia Municipality Council	A. H.	Leiterin der Betunia Women Association und Mitglied des Betunia Gemeinderates	17.6.2006		
		Palästinensisches Frauenministerium	F. B.	Department for Gender Training and Gender Mainstreaming	29.5.2006		
		Frauenclub des Al Amari Flüchtlingscamp	A.S.	Leiterin des Frauenclubs	15.6.2006		
Technokratische Wasserinstitutionen		Gemeindeverwaltung Betunia	Q. S.	Ingenieur in der Wasser- und Abwasser-Abteilung der Gemeindeverwaltung	5.6.2006		
		West Bank Water Department (WBWD)	I. A.	Leiter der Abteilung für Wartung (Maintenance Department)	6.5.2006		
		Palestinian Water Authority (PWA)	M.A.	Head of Water Quality Department and Water Lab	22.5.2006		
		Palestinian Water Authority (PWA)	F. D.	Ehemalige Mitarbeiterin der PWA,	12.9.2005		
Entwicklungsinstitutionen		United Nations Development Programm (UNDP)	N.A.	Program Manager	23.9.2005		
		Deutscher Entwicklungsdienst	R.K.	Friedensfachkraft, Frauen- und	2.5.2006		

	(DED)		Demokratieförderung	
	United Nations Relief and Works Agency (UNRWA)	Y.H.	Wasseringenieur	15.6.2006

2) Interviews mit lokalen Frauengruppen verschiedener Dörfer des Ramallah Distriktes

Es wurden 9 Interviews in verschiedenen lokalen Frauengruppen geführt (vgl. Tabelle 11), die in die Analyse der Zusammenhänge von Wasserversorgung und Gender im Ramallah Distrikt (Kapitel 4 und 5) eingeflossen sind. Die Interviewten der Frauengruppen waren alle weiblich. Das Durchschnittsalter lag bei 43 Jahren (20 bis 70 Jahre).

Tabelle 11: Liste der Interviews in verschiedenen Dörfern des Ramallah Distriktes

Dorf	Datum des Interviews	Bemerkung	Hintergrund
Deir As-Sudan	15.6.06	Gruppendiskussionen mit 30 Frauen der lokalen Frauengruppen Eingebettet in Public Awareness-Aktivität vom Palästinensischen Wasserministerium (PWA), 1)	Erst seit wenigen Jahren (2004) Anschluss an die zentrale Wasserversorgung
Budrus	13.6.06	Gruppendiskussionen mit 20 Frauen der lokalen Frauengruppen, Eingebettet in Public Awareness-Aktivität vom Palästinensischen Wasserministerium (PWA), 1)	Ort weit im Westen des Ramallah Distriktes, der nicht mehr von JWU sondern von WBWD versorgt wird.
Turmos Ayya	14.6.2006	Gruppendiskussionen mit 30 Frauen der lokalen Frauengruppen, Eingebettet in Public Awareness-Aktivität vom Palästinensischen Wasserministerium (PWA), 1)	Ort mit überdurchschnittlich hohem Anteil an weiblich geführten Haushalten auf (80-90%).
Beilein	21.6.2006	Interview mit sieben Frauen der lokalen Frauengruppe, 2)	Stark von Wasserknappheit, Landenteignung durch den Mauerbau und Armut betroffener Ort
Kober	18.6.2006	Interview mit Vorsitzenden der lokalen Frauengruppen, 2)	
Mazra Qiblya	20.6.2006	Interview mit Vorsitzenden der lokalen Frauengruppen, 2)	
Atara	19.6.2006	Interview mit Vorsitzenden der lokalen Frauengruppen, 2)	Ortschaft direkt hinter Checkpoints bzw. Straßensperren und somit abgelegen von der Distrikt-Hauptstadt Ramallah
Ein Areek	21.6.2006	Interview mit Vorsitzenden der lokalen Frauengruppen, 2)	Erst seit wenigen Jahren (2000) Anschluss an die zentrale Wasserversorgung
Ein Quinia	12.6.2006	Interview mit einer Familie (Mutter, Sohn und Ehefrau)	Ortschaft direkt hinter Checkpoints bzw. Straßensperren und somit abgelegen

			von der Distrikt-Hauptstadt Ramallah; letztes Dorf im Ramallah Distrikt, das zum Zeitpunkt der Untersuchung noch nicht an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen wurde, aber im Jahr 2006 Jahr angeschlossen wurde.
--	--	--	--

1) Im Rahmen dieser Aktivität, an der pro Dorf jeweils 20-40 Frauen teilnahmen, hat Frau Alawhi die von mir formulierten Fragen zur Diskussion gestellt. 2) In Begleitung einer Master Studentin der Gender Studies von der Universität Birzeit als Übersetzerin.

3) Exkursionen

Zudem hatte ich die Gelegenheit, an vier Exkursionen teilzunehmen (vgl. Tabelle 12).

Tabelle 12: Exkursionen

Institution	Datum	Beschreibung
PHG, GTZ	17.5.06	Exkursion nach Beit Nuba, Beit Sira, Beit Liqa, Kharbet al Musbah. Diese Dörfer liegen im äußersten Westen des Ramallah Distriktes und gelten bezüglich der Wassersituation als besonders schlecht versorgt. Ziel des Ausfluges war es, mit dem jeweiligen Bürgermeister zu sprechen und ein wasserbezogenes <i>need assessment</i> durchzuführen, da PHG gemeinsam mit der GTZ ein Projekt im Bereich „community participation“ im Wasser/Abwasserbereich durchführen wird.
PHG	21.5.06	Exkursion nach Belein. Teilnahme an einem Auftakt Treffen, das die Wasser NGO PHG im Dorf Belein im Rathaus in Anwesenheit verschiedener Dorfratsmitglieder, Farmer-, Jugend- und Frauen-Organisationen durchführte. Ziel dieses ersten Treffens war es, die DorfbewohnerInnen über Ziel und Inhalt des geplanten Projektes zu informieren und das weitere Vorgehen abzustimmen.
PHG, ACDI/VOC A	25.5.06	Exkursion nach Quibya (Ramallah Distrikt). Teilnahme an Projektabschluss Veranstaltung der NGOs PHG und ACDI VOCA. Es waren für 50 Familien on-site Grauwasser-Kläranlagen gebaut worden und das geklärte Wasser wurde für neu angelegte bzw. erweiterte Hausgarten-Anbauflächen genutzt. Das Projekt war explizit auf Frauen ausgerichtet, die sowohl Vertragspartnerinnen waren, als auch sämtliche Trainingseinheiten bezüglich Wartung/ Instandhaltung der Klein-Kläranlage erhalten hatten.
UNDP-PAPP	3.10.05	Von UNDP-PAPP organisierter Projektbesuch in Beit Furik und Beit Dajan, die über keine andere Wasserquelle verfügen als Regenwasserzisternen. Während der zweiten Intifada wurden häufig Wassertanker, auf die die Dörfer angewiesen waren, nicht vom israelischen Militär durch die Checkpoints durchgelassen. UNDP-PAPP förderte hier den Bau von Regenwasserzisternen mit KfW Geldern.

Literatur

- Abdo, N. (1994). *Nationalism and Feminism. Palestinian Women and the Intifada – No Going Back?* In: Moghadam, V. M. (Hrsg.): *Gender and National Identity*. London, New Jersey, Karachi, S. 148-170.
- Abdo, N. (1995). *Women and the Informal Economy in Palestine: A Feminist Critique*; Gender and Society Working Paper No. 3, Women's Studies Program, Birzeit University, Birzeit.
- Abu Nahleh, L. (1996). *Gender Planning, Vocational Education and Technical Training (VETT) in Palestine*, Women's Studies Department, Birzeit University, Birzeit.
- Abu Nahleh, L., Hammami, R., Johnson, P., Labadi F., Schalkwyk J. (1999). *Towards Gender Equality in the Palestinian Territories – a Gender Profile on Gender Relations*, SIDA, Birzeit University, Birzeit.
- ADB (2005a). *Gender Checklist- Health*. Asian Development Bank, verfügbar unter http://www.adb.org/Documents/Manuals/Gender_Checklists/Health/health.pdf [28.11.2005].
- ADB. (2005b). *Gender Checklist- Urban Development and Housing*. Asian Development Bank, verfügbar unter http://www.adb.org/Documents/Manuals/Gender_Checklists/Urban/urban2.pdf [28.11.2005].
- ADB. (2005c). *Gender Checklist - Water Supply and Sanitation*. Asian Development Bank, verfügbar unter http://www.adb.org/Documents/Manuals/Gender_Checklists/Water/gender_checklist_water.pdf [28.11.2005].
- Akrich, M. (1995). *User Representations: Practices, Methods and Sociology*. In: Rip, A., Misa, T.J. , Schot, J. (Hrsg.). *Managing Technology in Society. The Approach of Constructive Technology Assessment*. London, New York: Pinter Publishers. S. 167-184.
- Al-Baz, I. (2000). *Fallbeispiel: Die Rolle der EZ in den Wasserkonflikten Palästinas. Schafft die EZ ihrerseits Konflikte?* In: Fahrenhorst, B (Hrsg.). *Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten*. Berlin, S. 214-218.
- Amin, S. (1976). *Unequal Development*. Sussex: Harvester Press.
- Andermahr, S., Lovell, T., Wolkowitz. C. (1997). *A Glossary of Feminist Theory*. London, New York.
- Assaf, K. A., B; Darwish, A.; Wardam, B.; Klawitter, S. (2004). *Water as a Human Right: The understanding of water in the Arab countries of the Middle East - A four country analysis*. Heinrich Böll Stiftung - Global Issue Papers, No. 11. Berlin, Ramallah.
- Assaf, S. A. (2005). *Water in Palestine: Acknowledging the Past, Comprehending the Present and Facing the Future*. Konferenz Water: Values and Rights, Ramallah.
- Augustin, E. (1993). *Palestinian Women: Identity and Experience*. London: Zed Books.

- AusAID (2000). *Gender Guidelines Water Supply and Sanitation- Supplement to the Guide to Gender and Development*. Australian Agency for International Development. verfügbar unter http://www.ausaid.gov.au/publications/documents/gender_guidelines_water.pdf [28.5.2006].
- Benkler, M. (2000). *Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Arbeit der GTZ*. Dokumentation des GTZ Symposiums am 26.11.1999. Eschborn.
- Baden, S., Goetz, A.M. (1998). *Who needs sex when you can have gender? Conflicting discourses on gender at Beijing*. In: Jackson, C., Pearson, R. (Hrsg.) *Feminist Vision of Development: Gender Analysis and Policy*. London: Routledge.
- Barlow, M., Clarke, T. (2002). *Blue Gold: The Fight to Stop the Corporate Theft of the World's Water*. New York: The New Press.
- Bashir, B., Rabi, A. (2005). *The Status of Access to Drinking Water and Sanitation in the Occupied Palestinian Territories in Relation to the Millennium Development Goals*. Konferenz: Water: Values and Rights, Ramallah.
- Baumgarten, H. (1991). *Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bernstein, R. (Hrsg.) (1982). *Der Palästina-Konflikt*. Bad Wörishofen: Sachon.
- Birkenbach, H.-M. (2004). *Mehr als political correctness? Gender- und friedentheoretische Überlegung zur betrachtung, Erforschung und Bearbeitung von Gewaltkonflikten*. In: Calließ, J. *Geschlechterverhältnisse in der Überwindung von Gewaltkonflikten*. Loccumer Protokolle 27/03, 9-20.
- Böhme, W., Hüfner, K., Lotz, P. (1977): *Nahost-Konflikt*. Opladen.
- BMFSFJ (2002). *Handreichung für das BMFSFJ zur Implementierung von Gender Mainstreaming in Forschungsvorhaben*. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn.
- BMZ (2000). *Serienevaluierung "Geschlechterspezifische Differenzierung der Zielgruppe in ausgewählten FT/TZ Vorhaben"*. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn.
- BMZ (2005). *Übersektorales Konzept zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit- Eine Strategie zur Friedensentwicklung (Strategy for Peacebuilding)*. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn.
- BMZ (2005a). *Konzept für Maßnahmen der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe*. Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn.
- Bonacker, T., Imbusch, P. (2005). *Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden*. In: P. Imbusch, Zoll, R. (Hrsg.). *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden, S. 69-144.

- Boschmann, N. (1996). *Bewässerungslandwirtschaft, Hinweise zur Gender-Orientierung*. GTZ. Eschborn.
- Boserup, E. (1970). *Women's Role in Economic Development*. London: Earthscan.
- Braidotti, R., Charkiewicz, E., Häusler, S., Wieringa, S. (1994). *Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis*. London, Atlantic Highlands.
- Brandt (1991). *Frauenspezifische Aspekte der Flucht: das Beispiel palästinensischer weiblicher Flüchtlinge im Libanon*. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Berlin.
- Brendel, C. (1998). *Zielgruppenanalyse mit Genderperspektive: ein wichtiges und nutzbares Instrument in der armutsorientierten Projektarbeit*. GTZ, Pilotprojekt Armutsbekämpfung. Eschborn.
- Brewster, M., Hermann, Th., Bleisch, B., Pearl, R. (2006). *A Gender Perspective on Water Resources and Sanitation*. In: Wagadu, Volume 3. Special Issue: Water and Women in Past, Present and Future.
- BRIDGE (2001). *Briefing paper on the 'feminisation of poverty'*. BRIDGE (Development – Gender) Institute of Development Studies, University of Sussex. Brighton.
- Buckingham-Hatfield, S. (2000). *Gender and Environment*. London.
- Bundesregierung (2004). *Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung - Entwurf*. Stand: 14.12.2004. . Berlin.
- Butler, J. (1991). *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Butler, J. (1993). *Bodies That Matter. On The Discursive Limits Of Sex*. New York: Routledge.
- Byrne, B. (1995a). *Gender, Conflict and Development, Volume I: Overview*. BRIDGE Institute of Development Studies, University of Sussex. Brighton.
- Byrne, B., Baden, S. (1995b). *Gender, Emergencies and Humanitarian Assistance*. BRIDGE Institute of Development Studies University of Sussex. Brighton.
- Byrne, B. (1996). *Gender, Conflict and Development*. BRIDGE Institute of Development Studies. Brighton.
- Callenius, C. (2002). *Wenn Frauenpolitik salonfähig wird, verblasst die lila Farbe. Erfahrungen mit Gender Mainstreaming im Bereich internationaler Politik*. In: Rothfeld, S., Gronbach, S., Riedmüller, B. (Hrsg.). *Gender Mainstreaming- Eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis*. Reihe Politik der Geschlechterverhältnisse. Band 18. Frankfurt M.:Campus, S.63-80.
- CARE International. (2004). *Project: Emergency Water and Sanitation in Ya'bad Area, Study of Water Situation and its Impact on Livelihood of Palestinian Households in Ya'bad Rural Area*. Ramallah.

- CFD (2004). *Militarisierung und Gender in der IZA*. Christlicher Friedensdienst (CFD), Newsletter Gender und Friedensentwicklung 1/04. Verfügbar unter http://www.cfd-ch.org/pdf/publikationen/focus_dt/newsletter1_04_dt.pdf [17.8.2006].
- CFD. (2004a). *Gender- und konfliktsensitives Programm-Management*. Christlicher Friedensdienst (CFD), Newsletter Focus on Gender and Peace-building 2/04. Verfügbar unter http://www.cfd-ch.org/pdfs/newsletter2_04_dt.pdf [17.8.2006].
- CFD. (2005). *Natürliche Ressourcen, Konflikte und Gender*. Christlicher Friedensdienst (CFD), Newsletter Focus on Gender and Peace-building 1/05. Verfügbar unter http://www.cfd-ch.org/pdfs/newsletter1_05_dt.pdf [17.8.2006].
- CIDA/ Universität Birzeit (2005). *Housing, Land and Gender rights in the Palestinian Territories*. Studie der Canadian International Development Agency (CIDA) und der Universität Birzeit. Birzeit.
- Coates, S., Fry, M., Parry-Jones, S., Reed, B., Smout, I. (2000). *Practical Guide to Mainstreaming Gender in Water Projects - Guidelines for Engineers and Managers*. Department for International Development (DFID), Leicestershire.
- Cockburn, C. (1992). *The Circuit of Technology: Gender, Identity and Power*. In: Silverstone, R., Hirsch, E. (Hrsg). *Consuming Technologies: Media and Information in Domestic spaces*. London: Routledge.
- Cockburn, C., Zarkov, D. (2002). *The Postwar Moment: Militaries, Masculinities and International Peacekeeping*. London: Lawrence & Wishart.
- Coles, A., Wallace, T. (2005). *Gender, Water and Development*. Oxford, New York.
- Collmer, S., Döge, P, Fenner B. (1999). *Technik, Politik, Geschlecht - Zum Verhältnis von Politik und Geschlecht in der politischen Techniksteuerung*. Bielefeld.
- Cosgrove, W.J., Rijsberman, F.R. (2000). *World Water Vision: Making Water everybody's Business*. World Water Council. London: Earthscan. Verfügbar unter: <http://www.worldwatercouncil.org/index.php?id=961&L=0%20%2C%2024%25> [37.9.2006].
- CSD (2004). *A Gender perspective on Water Resources and Sanitation*. Commission on Sustainable Development (CSD), Hintergrundpapier. Verfügbar unter http://www.unwater.org/downloads/bgground_2.pdf [13.5.2006].
- Daibes, F. (2000). *Institutional Survey: The Water Sector of Palestine*. Projektbericht im Rahmen des Hebron Water Access and Storage Projektes. Ramallah.
- Damrath H., Cord-Landwehr, K. (1998). *Wasserversorgung*. Stuttgart: Teubner.
- Diaz-Gonzalez, O. S. (2001). *Gender and Change in the Organisational Culture- Part 1 - Tools to construct a gender-sensitive organisation*. GTZ, Pilotprogramm Gender. Eschborn, Bogota.

- Dietzen, A., (Hrsg.) (1993). *Soziales Geschlecht. Soziale, kulturelle und symbolische Dimensionen des Gender-Konzeptes*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dombrowsky, I. (2006). *Integration in the Management of International Waters: Policy Discourse, Theory Predictions and Empirical Evidence*. International Workshop "Governance and the Global Water System", 20.-23.Juni 2006. Bonn.
- Durth, R. (1996). *Grenzüberschreitende Umweltprobleme und regionale Integration. Zur Politischen Ökonomie von Oberlauf-Unterlauf-Problemen an internationalen Flüssen* Baden-Baden: Nomos.
- Duvvury, N., Knoess, J. (2005). *Gender based violence and HIV/AIDS in Cambodia. Links, opportunities and potential responses*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn. Verfügbar unter: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/05-0492.pdf> [17.7.2008].
- Eifler, C. (1999). *Nachkrieg und weibliche Verletzbarkeit. Zur Rolle von Kriegen für die Konstruktion von Geschlecht*. In: C. Eifler, Seifert, R. (Hrsg.). *Soziale Konstruktionen- Militär und Geschlechterverhältnisse*. Münster: Westphälisches Dampfboot. S. 155-186.
- Eifler, C. (2004). *Genderpolitik und Genderregime beim Peacekeeping*. In: Calließ, J. (Hrsg.). *Geschlechterverhältnisse in der Überwindung von Gewaltkonflikten*. Loccumer Protokolle 27/03. Rehburg-Loccum. S. 121-130.
- El-Jack, A. (2003). *Gender and Armed Conflict- Overview Report*. BRIDGE Institute of Development Studies, University of Sussex, Brighton.
- EU (1998). *A Guide to Gender Impact Assessment*. Europäische Kommission. Verfügbar unter: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gender/gender_en.pdf [14.5.2005].
- Fahrenhorst, B. (2000). *Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten*. Dokumentation der Fachtagung in der TU Berlin vom 3.-5.12.1999; SID-Berlin-Berichte Nr. 11, Berlin 2000.
- Falkenmark, M. (1986). *Fresh Water, Time for a Modified Approach*. In: *Ambio* Vol.15 No. 4.
- Falkenmark, M. (1989). *The Massive Water Scarcity Now Threatening Africa: Why isn't it Being Addressed?* In: *Ambio* Vol. 18, No. 2. S. 112–118.
- Farhat-Naser, S. (1995). *Thymian und Steine. Eine palästinensische Lebensgeschichte*. Basel.
- Finger, M., Allouche, J. (2002). *Water Privatisation. Trans-national Corporations and the Re-Regulation of the Water Industry*. Cambridge.
- Fischer, M. (2004). *Einflussnahme auf die Gender-Situation als Teil der Konfliktbearbeitung*. In: Calließ, J. (Hrsg.). *Geschlechterverhältnisse in der Überwindung von Gewaltkonflikten*. Loccumer Protokolle 27/03. Rehburg-Loccum. S. 75-92.

- Fisher, J. (2006). *For Her its the Big Issue - Putting Women at the Centre of Water Supply, Sanitation and Hygiene*. Water, sanitation and Hygiene Evidence Report. Verfügbar unter: <http://www.genderandwater.org/content/download/6471/45357/file/FOR%20HER%20IT%27s%20THE%20BIG%20ISSUE-%20Evidence%20Report-final%20english%20.pdf> [30.1.2008].
- Fleischman E. (1995): *Jerusalem's Women's Organizations During the British Mandate*. Jerusalem.
- Fong, M., Wakeman, W., Bhustan, A (1996). *Toolkit on Gender in Water and Sanitation*. Welt Bank, Gender Toolkit Series No. 2. Washington D.C. Verfügbar unter <http://water.worldbank.org/publications/toolkit-gender-water-and-sanitation> [13.4.2006].
- Francis, J., Jahn, S. (2001). *Integrating Gender perspectives: Realising New Options for Improved Water Management*. Bonn.
- Frank, A. G. (1967). *Capitalism and Underdevelopment in Latinamerica*. In: Monthly Review. London.
- Freitag, K., Schneider, K. (2001). *Länderkurzprofil aus Gender-Sicht: Marokko*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn. Verfügbar unter: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/01-0396.pdf> [23.5.2006].
- Frey, R. (2003). *Gender im Mainstreaming- Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs*. Königstein/ Taunus.
- Frey, R. (2005). *Evaluierungsbericht Gender in der GTZ Unternehmensstrategie 2001-2005*. Berlin.
- Ganter, E. (2005). *Entwicklungszusammenarbeit in islamisch geprägten Ländern- Beispiele aus der Arbeit der GTZ*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn.
- Giacaman (1995): *International Aid, Women's Interest and the Depolitization of Women*. Institute of Women's Studies, Universität Birzeit, Birzeit.
- Giacaman R, Johnson, P. (Hrsg.) (2002). *Inside Palestinian Households – Initial Analysis of a Community-based Household Survey*, Institute of Women's Studies in cooperation with Institute for Community and Public Health, Universität Birzeit, Birzeit.
- Gil, T. (1999). *Demokratische Technikbewertung*. Schriftenreihe des Frankreichzentrums der Technischen Universität Berlin, Band 4. Berlin.
- Goetz, A. M., Gaventa, J. (2001). *Bringing citizens voice and client focus into service delivery*. Brighton.
- Göler von Ravensburg, N., Jacobsen, I. (1999). *Gender Responsive Land Tenure Development*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn.

- Greif, M. (2000). *Ansätze feministischer Technikkritik - Die männliche Monokultur in der Technik ist nicht nur ein Frauenproblem*. In: Wächter, C. (Hrsg). *Frauen in der technologischen Zivilisation*. Profil (Technik und Wissenschaftsforschung), Bd, 35. München.
- Grint, K., Gill, R. (1995). *The Gender-Technology Relation - Contemporary Theory and Research*. London.
- Gross, B., Wijk, C. van, Mukherjee, N. (2001). *Linking sustainability with demand, gender and poverty: A study in community-managed water supply projects in 15 countries*. Welt Bank - Water and Sanitation Program. Washington, D.C. Verfügbar unter http://www.wsp.org/wsp/sites/wsp.org/files/publications/global_plareport.pdf [2.3.2006].
- GTZ (1991): *Betriebsvereinbarung Nr. 1/91 über Chancengleichheit und Frauenförderung in der GTZ*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn, überarbeitete Auflage vom 4. Juli 1995.
- GTZ (1993). *GTZ-Umsetzungsstrategie Frauenförderung 1993-94*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn.
- GTZ (1993a): *Technische Zusammenarbeit und Frauenförderung. Ein Positions- und Strategiepapier*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Eschborn.
- GTZ (1994). *Gender/ Frauenförderung in Wasser- und Sanitärprojekten- Leitfragen zu ZOPP. Projektvorbereitung, Projektprüfung, Projektfortschrittskontrolle*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Abteilung 414 Wasser, Abfallwirtschaft und Ressourcenschutz. Eschborn.
- GTZ (1996): *Der unternehmensweite Genderplan der GTZ für 1996 – 1997*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Eschborn.
- GTZ (2001). *Unternehmensstrategie zu Gender Mainstreaming 2001-2005*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Eschborn. Verfügbar unter: http://www.gtz.de/themen/cross-sectoral/download/genderstrategie_2001-2005_deutsch.pdf [23.4.2006]
- GTZ (2006). *Unternehmensstrategie zu Gender Mainstreaming 2006 - 2010*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Eschborn. Verfügbar unter: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/06-1028.pdf> [23.4.2006].]
- GTZ (2008). *Middle East Peace Process- Multilateral Working Group on Water Resources: Middle East Regional Study on Water Supply and Demand Development*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Eschborn.
- Gugel, G. (2006). *Gewalt und Gewaltprävention – Grundfragen, Grundlagen, Ansätze und Handlungsfelder von Gewaltprävention und ihr Bedeutung für die EZ*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Sektorvorhaben Bilung und Konfliktbearbeitung. Institut für Friedenspädagogik Thübingen. Eschorn, Thübingen. Verfügbar unter: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/06-0210.pdf> [15.7.2008].
- Guijt, I., Shah, M.K. (1998). *The Myth of Community: Gender Issues in Participatory Development*. London, ITDG.
- GWA (2003). *The Gender and Water Development Report 2003- Gender Perspectives on Policies in the Water Sector*, Gender Water Alliance. Verfügbar unter: http://www.unwater.org/downloads/Gender_Perspectives_Policies.pdf [14.1.2007].

- Haddad, M. (1998). *Planning Water Supply Under Complex and Changing Political Conditions: Palestine as a Case Study*. In: *Water Policy Journal* Vol. 1: S. 177-192.
- Haddad, M. (2003). *Future Water Institutions in Palestine*. In: Daibes, F. (Hrsg.). *Water in Palestine – Problems – Politics – Prospects*. Jerusalem.
- Hagmann, T. (2005). *Confronting the Concept of Environmentally Induced Conflict*. In: *Peace, Conflict and Development*. Issue Six, January 2005: S. 1-22.
- Hammami, R. (Hrsg.) (1997): *Labor and Economy – Gender Segmentation in Palestinian Economic Life; Palestinian Women - A Status Report 4*. Women's Studies Program -Birzeit Universität, Birzeit..
- Hammami, R. (2002): *Attitudes Toward Legal Reform of Personal Status Law in Palestine*. In: Hilal J., Johnson P. (Hrsg.). *Review of Women's Studies 2002: An Annual Review of Women's and Gender Studies*; Institute of Women's Studies, Birzeit Universität, Vol 1. Nr.1.
- Hannan-Andersson, C. (1985). *Ways of involving women in water projects*, In: *Waterlines*, Juli 1985, Vol. 4 (1), S. 28-31.
- Harding, S. (1991). *Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Geschlecht*. Hamburg.
- Hasiba, Q. M. (2004). *Living Conditions of Households Headed by Females in Palestinian Territory*, Palestinian Central Bureau of Statistics PCBS. Ramallah.
- Hass, A. (2006): *Morgen wird alles schlimmer, Berichte aus Palästina und Israel*. München: Beck Verlag.
- Hayn, D., Schultz, I. (2002). *Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt – Abschlussbericht*. Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) im Auftrag des BMU. Frankfurt a. M. Verfügbar unter: http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/gia_abschlussbericht_strahlenschutz.pdf [24.3.2007].
- Herz, D. (2003): *Palästina: Gaza und Westbank, Geschichte Politik Kultur*. München: Beck Verlag.
- Holzmann, N. (2006). *Gender und Konflikte- Ein Orientierungspapier*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Abteilung Staat und Demokratie. Eschborn. Verfügbar unter: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/07-0144.pdf> [26.7.2007].
- House, S. (2005). *Easier to Say, Harder to Do: Gender, Equity and Water*. In: Wallace, T., Coles, A. (Hrsg.). *Gender, Water and Development*. Oxford, New York: Berg. S. 209-226.
- Hudson L (1995): *Coming of Age in Occupied Palestine: Engendering the Intifada*. In: Göcek, F.M., Baleghi, S. (Hrsg.). *Reconstructing Gender in the Middle East*. New York: Columbia University Press. S. 123–39.
- Hummel, D., Hertler, Ch. Niemann S., Lux, A., Janowicz, C. (2004). *Versorgungssysteme als Gegenstand sozial-ökologischer Forschung: Ernährung und Wasser.*, Working Paper

- 2 des DEMONS project. Frankfurt a.M. Verfügbar unter: http://www.demons-project.de/material/demons_wp2.pdf [23.7.2007].
- Hummel, D., Lux, A. (2004b). *Wasser - Menschenrecht, Handelsware, Konfliktstoff. Was wird die Zukunft bringen?* Seminar "Das Öl des 21. Jahrhunderts. Süßwasser als Entwicklungsressourcen und Friedensfaktor". Vortrag am 17.10.2004 STUBE Essen. Verfügbar unter: <http://www.isoe.de/fileadmin/redaktion/Downloads/Bevoelkerung/hummel-demons-stube-2004.pdf>. [30.3.2007].
- HWASP (2003). *Hebron Water Access and Storage Project: Progress Report*. October 2002-January 2003, Department for International Development.
- Ibrahim F., Ashkenasi, A. (Hrsg.) (1997). *Der Friedensprozeß im Nahen Osten. Eine Revision*. Münster.
- ILO (2008). *Global Employment Trends for Women*. International Labour Office, Genf. Verfügbar unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_091225.pdf [23.11.2008].
- INSTRAW (1985). *Women and the International Drinking Water Supply and Sanitation Decade*. International Research and Training Institute for the Advancement of Women. Santo Domingo.
- Johnson P., Kuttab, E (2002): *Where have all the Women (and Men) Gone?: Gender and the Intifada*. In: Hilal J., Johnson P. (Hrsg.). *Review of Women's Studies 2002: An Annual Review of Women's and Gender Studies*; Institute of Women's Studies, Birzeit Universität, Vol 1. Nr.1.
- Joshi, D. (2002). *The Rethoric and Reality of Gender Issues in the Domestic Water Sector- A Case Study from India*. PHD thesis, University of Southampton.
- Joshi, D. (2005a). *Access, Poverty and Social Exclusion*. London.
- Joshi, D. (2005b). *Misunderstanding Gender in Water: Addressing or Reproducing Exclusion*. In: Wallace, T., Coles, A. (Hrsg.). *Gender, Water and Development*. Oxford, New York: Berg. S.135-153.
- JMCC (1996). *Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip; Declaration of Principles on Interim Self-Government Arrangements*. Jerusalem Media and Communication Center, Occasional document series No. 7. Jerusalem.
- JWU (1995). *Performance Prospects, JWU Ramallah District*. Jerusalem Water Undertaking (JWU). Ramallah.
- JWU (2001). *Jerusalem Water Undertaking- Performance and prospects 1996-2000*. Jerusalem Water Undertaking (JWU), German Technical Cooperation (GTZ). Ramallah.
- Kabeer, N. (1994). *Reversed Realities: Gender Hierarchies in Development Thought*. London: Verso.

- Kamminga, E. (1991). *Economic Benefits through Improved Rural Water Supply: A Review with a Focus on Women*. International Water and Sanitation Centre (IRC). Occasional Paper 17.
- Kasman, E. (1996). *Gender-aware approaches to relief and rehabilitation. Guidelines*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn.
- Kerner, I. (1999). *Feminismus, Entwicklungszusammenarbeit und postkoloniale Kritik. Eine Analyse von Grundkonzepten des Gender and Development Ansatzes*. Otto-Suhr Institut, Freie Universität Berlin. Berlin.
- Kerstan, B. (1995). *Gender-sensitive Participatory Approaches in technical Co-operation-Trainer's Manual for Local Experts*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Pilot Programme for Gender Issues. Eschborn.
- Kervorkian (1993): *Fear of Sexual Harassment: Palestinian Adolescent Girls in the Intifada*. in: Augustin, E. (Hrsg.). *Palestinian women: identity and experience*, London:Zed Books. S. 171-9.
- Khosla, P., van Wijk, C., Verhagen, J., James, V. (2004). *Gender and Water - Thematic Overview Paper*. International Water and Sanitation Centre (IRC), Delft.
- Klaphake, A., Scheumann, W. (2001). *Politische Antworten auf die globale Wasserkrise: Trends und Konflikte*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B48-49/2001*: S. 1-10. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/system/files/pdf/AHSH62.pdf> [27.4.2006].
- Klawitter, S. (2006): *Institutional design and process of the Palestinian water sector: Principal stakeholder, their roles, interest and conflicts*. Discussion Paper for the Collective Water Project. Technical University of Berlin. Berlin.
- Klein, N. (2004). *Konzeption und Interdependenzen von Katastrophen, Krisen und Konflikten. Diskussionspapier*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Sektorvorhaben Katastrophenvorsorge in der Entwicklungszusammenarbeit. Eschborn.
- Knothe, B. (2002). *Ansätze für eine nachhaltige und vorsorgende Wasserwirtschaft in der Region - Fallstudie zur Organisation der Abwasserwirtschaft im Elbe -Mulde - Einzugsgebiet*. Berlin.
- Kreutner, H.V., Kundermann, B. und Mukerji, K. (2003). *Handreichung für Baumaßnahmen nach Katastrophen und Konflikten*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Abteilung 42 Staat und Demokratie. Eschborn.
- KRIUM (2004). *Zivile Krisenprävention Umwelt und Ressourcen*. Newsletter, Ausgabe 11/2004. Verfügbar unter: http://www.krium.de/upload/Newsletter/Newsletter_KRIUMNovemberfinal.pdf [12.6.2007].
- KRIUM (2005). *Zivile Krisenprävention Umwelt und Ressourcen*, Newsletter; Ausgabe 03/2005. Verfügbar unter: http://www.krium.de/upload/Newsletter/Newsletter_KRIUMMaerz.pdf [12.6.2007].

- Kruk, G., Vorwerk, S. (2003). *Konfliktanalyse Ruanda: Konfliktodynamiken und –Akteure*. Erstellt im Rahmen der Vorbereitung des Neuvorhabens Ernährungssicherung und strukturelle Stabilität im Süden von Ruanda. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Kigali, Eschborn.
- Kuttab, E. (1995): *Commentary: Fixed Paradigms, changing realities Gender and development in Palestine*. In: Moghadam V.M., Abdo N., Kuttab E., Giacaman R. (Hrsg.). *Gender and Development, Gender and Society, Working Paper 3, Women's Studies Program Birzeit University*. S. 47-.
- Kuttab E., Barghouti, R (2002): *The Impact of Armed Conflict on Palestinian Women*. In: Hilal J., Johnson P. (Hrsg.). *Review of Women's Studies 2002: An Annual Review of Women's and Gender Studies*; Institute of Women's Studies, Birzeit Universität. Birzeit.
- Leonhardt, M. (2001a). *Konfliktanalyse für die Projektplanung und -steuerung Eine praktische Handreichung*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ, Abteilung 43, Sektorberatungsvorhaben Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Eschborn.
- Leonhardt, M. (2001b). *Konfliktbezogene Wirkungsbeobachtung von Entwicklungsvorhaben - Eine praktische Handreichung - Draft*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ, Abteilung 43, Sektorberatungsvorhaben Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Eschborn.
- Leonhardt, M., Hahn, H. (2004). *Review & Analysis: Needs Assessments in Post- Conflict Situations*. A Joint Project of The United Nations Development Programme, World Bank, United Nations Development Group. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ. Eschborn.
- Levy, C. (2001). *Report on the Gender Workshops in WaterAid*. London.
- Marchand, M., Parpart, J. (1995). *Feminism, Postmodernism and Development*. New York, London: Routledge.
- Meggle, G. (Hrsg.). (2007). *Deutschland-Israel-Palästina – Streitschriften*. Hamburg: Europäischen Verlagsanstalt.
- Mehler, A., Ribaux, C. (2000). *Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Technischen Zusammenarbeit- Ein Überblick zur nationalen und internationalen Diskussion*. Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Wiesbaden: Universum.
- Metha, L. (2000). *Water for the Twenty-First Century; Challenges and Misconceptions*. In: IDS Working paper 111. Sussex.
- Messerschmid, C. (2005). *Till the Last Drop: The Palestinian Water Crisis in the West Bank, Hydrogeology and Hydropolitics of a Regional Conflict*. International Conference on Water: Values and Rights, 2.-4.-5. 2005, Ramallah.
- Miller, C., Razavi, S. (1995). *From WID to GAD: Conceptual Shifts in the Women and Development Discourse*. In: Occasional Paper 1, United Nations Research Institute for Social Development, United Nations Development Programme. Genf.

- Moghadam, (Hrsg.) (1994). *Gender and National Identity, Women and Politics in Muslim Societies*. London, New Jersey.
- Moghadam V.M., Abdo N., Kuttab E., Giacaman R. (Hrsg.) (1995). *Gender and Development, Gender and Society*. Working Paper 3, Women's Studies Program Birzeit University. Birzeit.
- Mohanty, C. T. (1988). *Aus westlicher Sicht: Feministische Theorie und koloniale Diskurse*. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 23: S. 149-162.
- Moser, C., (1993). *Gender Planning and Development: Theory, Practice and Training*. London.
- Mubarak, S. (2004). *On The Sustainability Of Rural Wastewater Management Systems In Ramallah / Al-Bireh District*. Master Thesis of Water Engineering, Faculty of Graduate Studies at Birzeit University. Birzeit.
- Narayan, D. (1995). *The contribution of peoples participation: Evidence from 121 rural water supply projects*. Environmentally Sustainable Development Occasional Paper Series No. 1. Welt Bank, Washington, DC.
- Niggemann H. (2002): *Die Legitimierung politischer Macht in Palästina. Eine Analyse anhand der Diskussion um die Rollen und Rechte palästinensischer Frauen*. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Islamwissenschaften der Freien Universität Berlin.
- Oakley, A. (1992). *Sex, Gender and Society*. London: Temple Smith.
- OCHA (2006). *Occupied Palestinian Territory 2006*. Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA). Genf.
- Osterhaus, J., Salzer, W. (1995). *Gender-Differenzierung im Projektzyklus- Hinweise zur Planung, Monitoring und Evaluierung*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn.
- Osterhaus, J. (2000). *Gender und Projektmanagement- Ein Beitrag zum Qualitätsmanagement der GTZ*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn.
- Pappe, I. (2008). *The Ethnic Cleansing of Palestine*. Oxford: Oneworld.
- Paffenholz, Th. Brede, D. (2004). *Lernerfahrungen aus dem ATP Möglichkeiten und Grenzen der Technischen Zusammenarbeit in der Krisenprävention und Friedensentwicklung im Kontext terrorgefährdeter Länder*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Abteilung 42 - Staat und Demokratie. Sektorberatungsvorhaben Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Eschborn.
- PASSIA (2002): *Water, the Blue Gold of the Middle East*. Special Bulletin, Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs, Jerusalem. Verfügbar unter: <http://www.passia.org/publications/bulletins/water-eng/pages/water01.pdf> [30.9.2008].
- PCBS (2000). *Water Statistics in the Palestinian Territory*. Palestinian Central Bureau of Statistics. Ramallah.

- PCBS (2002a). *Dissemination and Analysis of Census Findings. Governorate Executive Reprint Series (07). Ramallah & Al Bireh Governorate. Palestinian Central Bureau of Statistics. Ramallah.*
- PCBS (2002b). *Water Statistics in the Palestinian Territory, Annual Report 2000. Palestinian Central Bureau of Statistics. Ramallah.*
- PCBS (2003). *Local Community Survey - 2003: Main Findings. Palestinian Central Bureau of Statistics. Ramallah.*
- PCBS (2005a). *Local Community Survey 2004. Palestinian Central Bureau of Statistics. Ramallah*
- PCBS (2005). *Meteorological conditions in the Palestinian Territory. Annual Report 2004. Palestinian Central Bureau of Statistics. Ramallah.*
- PCBS (2009): *Population, Housing and Establishment – Census 2007. Main Indicators by Locality Type. Palestinian Central Bureau of Statistics. Ramallah.*
- Peteet J. (1991): *Gender in Crisis: Women and the Palestinian Resistance Movement. New York: Columbia University Press.*
- PHG (2000) *Water for Palestine: A Critical Assessment of the European Investments Bank's Lending Strategy in the Rehabilitation of Water Resources in the Southern West Bank, Report for the Reform of the World Bank Campaign 2000. Ramallah.*
- PHG (2004). *Water For Life 2004: Israeli Assault on Palestinian Water, Sanitation and Hygiene During the Intifada. Water, Sanitation and Hygiene Monitoring Program (WaSH MP). Ramallah. Verfügbar unter: http://phg.org/data/files/monitoringpubs/yearly/Water_For_Life_04.pdf [2.3.2007].*
- PHG (2005). *Gender and Water management – Draft. Ramallah.*
- PHG (2005a). *Water for Life 2005- Continued Israeli Assault on Palestinian Water, Sanitation and Hygiene During the Intifada. Water, Sanitation and Hygiene Monitoring Program (WaSH MP). Ramallah. Verfügbar unter: http://phg.org/data/files/monitoringpubs/yearly/water_for_life_05.pdf [2.3.2007].*
- PNA (2002). *The Status of the Palestinian Women – five years after Beijing 1995-2000. Palestinian National Authority (PNA), Ramallah.*
- Porter, F., Smyth, I., Sweetman, C. (1999). *Gender Works: Oxfam's Experience in Policy and Practice. Oxford: Oxfam.*
- Prokopy, L. (2004). *The Relationship between Participation and Project Success: Evidence from Rural Water Supply Projects in India. West Lafayette: Purdue.*
- PWA (1998). *Water Resources in Palestine, Summary of Basic Information, Palestinian Water Authority (PWA), Ramallah.*
- PWA (2000). *Summary of Palestinian Hydrologic Data- Volume 1: West Bank. Ramallah, Palestine, Palestinian Water Authority (PWA). Ramallah.*

- PWA (2002): *Improvement of the Bulk Water Supply Management in the West Bank, Institutional Evolution and Action Plan Report 2002*, Palestinian Water Authority (PWA). Ramallah.
- PWA (2005). *Water Needs for un-served Communities in West Bank 2005*. Palestinian Water Authority (PWA). Ramallah.
- Rabbo, A. A., Scarpa, D., Qannam, Z., Qasem A.J., Younger, P. (1999). *Springs in the West Bank*, PHG, Newcastle University, Bethlehem University.
- Reeves, H., Baden, S. (2000). *Gender and Development: Concepts and Definitions*. Bridge Report No 55, Institute of Development Studies, University of Sussex. Verfügbar unter: <http://www.bridge.ids.ac.uk/reports/re55.pdf> [24.3.2006].
- Regmi, S. C. (2005). *Gender Mainstreaming in the Water Sector in Nepal: A Real Commitment or a Token?* In: T. Wallace, Coles, A. (Hrsg.). *Gender, Water and Development*. Oxford, New York: Berg. S.95-113.
- Reimann, C. (2001). *Towards Gender Mainstreaming in Crisis Prevention and Conflict Management- Guidelines for the German Technical Co-operation*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn.
- Reimann, C. (2004). "Roles of Women and Men in Violent Conflicts." The Center for Peacebuilding KOFF Info Sheet, Nr. 1. Verfügbar unter: http://www.swisspeace.ch/fileadmin/user_upload/Media/Projects/KOFF/InfoSheet_1_Roles_of_Women_and_Men.pdf [23.4.2007].
- Reimann, C. (2004a). *Unterstützung von Friedensallianzen: Wer unterstützt wen und wie? Vorüberlegungen aus gender-sensitiver Perspektive*. In: Calließ, J. (Hrsg.). *Geschlechterverhältnisse in der Überwindung von Gewaltkonflikten*, Loccumer Protokolle 27/03: Rehburg-Loccum. S. 93-120.
- Reuber, M., Haas, O. (2007). *Evaluierungen in der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)- Beitrag zur Zeitschrift für Evaluation der Deutschen Gesellschaft für Evaluation (DeGEval)*, 1 / 2007.
- Richter-Lyonette, E. (2004). *Gender: Beobachtungen einer Praktikerin internationaler Zusammenarbeit*. In: Seifert, R. (Hrsg.). *Gender, Identität und kriegerischer Konflikt- das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien*. Münster. S. 263-273.
- Ropers. N. (2002). *Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung- Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Abteilung 43. Gesundheit, Bildung und Nothilfe. Eschborn. Verfügbar unter: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/02-5163.pdf> [14.7.2008].
- Salahat, A.A. (2002). *Evaluation of the Municipal Water Supply Systems in the West Bank: Statistical Analysis and Identification of the Influencing Factors*. Thesis submitted at Birzeit University. Birzeit.

- Schäfer, C. (2002). *The Convention on Biological Diversity: Ensuring Gender-Sensitive Implementation*. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn.
- Schimmel, B. (1998). *Auswertung des GTZ Gender-Plans 1996/97*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Stabstelle 04. Eschborn.
- Schmeidl, S., Piza-Lopez, E. (2002): *Gender and Conflict Early Warning: A Framework for Action*. International Alert (IA) England, Swiss Peace Foundation (SPF), Bern.
- Schrottshammer, E., Kievelitz, U. (2006). *Dezentralisierung und Konflikte*. Handreichung. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn. Verfügbar unter <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/05-0556.pdf> [14.7.2008].
- Schultz I., Hummel D, Empacher C, Kluge K., Lux A., Schramm E., Schubert S., Stiess, I. (2001): *Research on Gender, the Environment and Sustainable Development*. Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), Frankfurt am Main.
- Seifert, R. (2004a). *Einleitung: Identität, Gender und kriegerische Konflikte*. In: Seifert, R. (Hrsg.). *Gender, Identität und kriegerischer Konflikt- das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien*. Münster, S. 9-25.
- Seifert, R. (2004b). *Gender-Dynamiken bei der Entstehung, dem Austrag und der Bearbeitung von kriegerischen Konflikten*. In: Calließ, J. (Hrsg.). *Geschlechterverhältnisse in der Überwindung von Gewaltkonflikten*. Loccumer Protokolle 27/03, Rehburg-Loccum. S. 185-215.
- Selby, J. (2003). *Water, Power & Politics In The Middle East - The Other Israeli-Palestinian Conflict*. London, New York: L.B. Tauris.
- Sørensen, B. (1998). *Women and Post-Conflict Reconstruction: Issues and Sources*. United Nations Research Institute for Social Development Programme for Strategic and International Security Studies. Genf.
- Starr, J. (1991). *Water Wars*. In: Foreign Policy No 82. S. 17-36.
- Stiegler, B. (1998). *Frauen im Mainstreaming: politische Strategien und Theorien zur Geschlechterfrage*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeits- und Sozialforschung. Bonn.
- SUSMAQ (2002). *Technical Negotiations File, Chapter 2, Sustainable Management of the West Bank and Gaza Aquifers – Projekt (SUSMAQ)*. Palestinian Water Authority (PWA) und University of Newcastle upon Tyne. Ramallah.
- Shalabi Y., Nicol A. (2005). *An Analysis of Water Use, Livelihoods and Local Stakeholders in Palestine*. Projektbericht Nr. 34 des Projektes Sustainable Management of the West Bank and Gaza Aquifers (SUSMAQ). Palestinian Water Authority (Palestine) und University of Newcastle upon Tyne (UK). Ramallah.

- Tamas, P. (2003). *Water Resource Scarcity And Conflict: Review Of Applicable Indicators And Systems Of Reference*. UNESCO, PC-CP Project. Verfügbar unter: <http://unesdoc.unesco.org/images/0013/001333/133307e.pdf> [12.5.2007].
- Tekülve, M. (2001): *Handlungsspielräume bestehen auf allen Ebenen -Zur Bedeutung von Armutsminderung und Gleichberechtigung in der Arbeit der GTZ - Fokus Afrika südlich der Sahara*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn. Verfügbar unter: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/02-0228.pdf> [2.8.2006].
- Tinker, I. (Hrsg.) (1990). *Persistent Inequalities: Women and World Development*. New York, Oxford: Oxford University Press.
- Trottier, J. (1999). *Hydropolitics in the West Bank and the Gaza Strip*. Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs, PASSIA. Jerusalem.
- UN (2000). *Women 2000 and Beyond: Women and Water*. United Nations, Division of the Advancement of Women, Department of Economic and Social Affairs. Verfügbar unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/public/W2000andBeyond.html> [2.3.2007].
- UNDP (1995). *Human Development Report*. United Nation Development Programme (UNDP). New York: Oxford University Press. Verfügbar unter: <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr1995/chapters/> [25.10.2007].
- UNDP (2001). *Gender approaches in Conflict and Post Conflict Situations*. United Nations Development Program (UNDP). New York: Oxford University Press. Verfügbar unter: <http://www.undp.org/content/dam/aplaws/publication/en/publications/womens-empowerment/gender-approaches-in-conflict-and-post-conflict-situations-/gendermanualfinalBCPR.pdf> [25.10.2007].
- UNDP (2003). *Mainstreaming Gender in Water Management – a practical Journey to Sustainability: A Resource Guide*. United Nations Development Program (UNDP). New York: Oxford University Press. Verfügbar unter: http://www.wsscc.org/sites/default/files/publications/undp_mainstreaming_gender_in_water_management_2003.pdf [25.10.2007].
- UNDP (2006). *Human Development Report - Beyond Scarcity: Power, Poverty and the Global Water Crisis*. New York, United Nations Development Program (UNDP). New York: Oxford University Press. Verfügbar unter: <http://hdr.undp.org/en/media/HDR06-complete.pdf> [25.10.2007].
- UNDP (2007). *Human Development Report 2007/2008. Fighting Climate Change: Human solidarity in a divided world*. United Nations Development Programme (UNDP). New York: Oxford University Press. Verfügbar unter: http://hdr.undp.org/en/media/HDR_20072008_EN_Complete.pdf [25.10.2007].
- von Braunmühl, C. (1997). *Mainstreaming Gender oder von den Grenzen, dieses zu tun*. In: Braig, M., Ferdinand, U., Zapata, M. (Hrsg.). *Begegnungen und Einmischungen*. Festschrift für Renate Rott zum 60. Geburtstag. Histoamericana 4. Stuttgart. S. 375-394.

- von Braunmühl, C. (2004). *Essentialisierung durch Gender Mainstreaming? Dialog mit Annemarie Sancar über geschlechterpolitische Folgen eines Politikinstrumentes am Beispiel des Wassersektors*. In: *Femina Politica* 3. Jg.(Heft 2/2004). S. 15-26.
- von Braunmühl, C. (2005). *Water Governance – Partizipation in der Wasserversorgung*. Forschungsverbund netWORKS Heft Nr. 18. Berlin. Verfügbar unter: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=RS6J92YE> [27.9.2008].
- van Laak, D. (2001). *Infra-Strukturgeschichte. Geschichte und Gesellschaft*. In: *Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft* 27.Jhg.(Nr.3). S. 367-393.
- Wajcman, J. (1994). *Technik und Geschlecht – Die feministische Technikdebatte*. Frankfurt a.M., New York: Campus-Verlag.
- Wallace, T. (2003). *Water:A gender issue- Findings from research in India and Nepal*. Institute of Irrigation and Development Studies (IIDS) der Universität Southampton.
- Wallace, T., Coles, A. (2005a). *Water, Gender and Development : An Introduction*. In: Wallace, T., Coles, A. (Hrsg.). *Water, Gender and Development*. Oxford, New York: Berg. S. 1-20.
- Wallace, T., Wilson, P. (2005b). *The Challenge to International NGOs of Incorporating Gender*. In: Wallace, T., Coles, A. (Hrsg.). *Water, Gender and Development*. Oxford, New York: Berg. S. 115- 133.
- Wächter, C. (Hrsg.) (2000). *Frauen in der technologischen Zivilisation*, München: Profil-Verlag.
- Welbourn, A. (1991). *Rapid Rural Appraisal RRA and the Analysis of Difference*. RRA Notes. No 14. S. 14-23.
- Weller, I., Fischer K., Hayn, D., Schultz, I. (2003). *Gender Impact Assessment der Angewandten Umweltforschung Bremen (GIA)*. Zentrum für Feministische Studien der Universität Bremen (ZFS), Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE). Bremen, Frankfurt a.M. Verfügbar unter: <http://www.isoe.de/ftp/bremengia.pdf> [3.8.2006].
- Weller, I. (2004). *Nachhaltigkeit und Gender: Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten*. München: Ökom Verlag.
- Weltbank (1993). *Water Resource Management, A World Bank Policy Paper*. Washington D.C.
- Weltbank (1995). *From Scarcity to Security: Averting a Water Crisis in the Middle East and North Africa*. Washington D.C.
- West, C., Zimmermann, D.H. (1991). *Doing Gender*. In: Lorber, J., Farrell, S. (Hrsg.). *The Social Construction of Gender*. London, New Delhi: S. 13-37.
- WHO/UNICEF (2000). *Global Water Supply and Sanitation Assessment 2000*. World Health Organisation (WHO), United Nations Children's Fund (UNICEF). Verfügbar unter:

- http://www.who.int/entity/water_sanitation_health/monitoring/jmp2000.pdf
[16.4.2006].
- Williams, S. (2002). *Conflicts of Interest: Gender in Oxfam's Emergency Response*. In: Cockburn, C., Zarkov, D. (Hrsg.) *The Postwar Moment: Militaries, Masculinities and International Peacekeeping*. London: Lawrence & Wishart.
- Wolf, A.T., Yoffe, S.B., Giordano M. (2003). *International Waters: Indicators For Identifying Basins At Risk*. Department of Geosciences, Oregon State University.
- World Water Council (1999). *Mainstreaming Gender in Water Resources Management – Why and How*. Background Paper for the World Vision Process, Paris. 1999. Verfügbar unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/forum-sustdev/francis%20paper.pdf>
[15.10.2006].
- Wölte, S. (2004). *Armed Conflict and Trafficking in Women- GTZ Desk Study*. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn.
- Yuval-Davis N. (1997): *Gender and Nation*. London: SAGE Publications.
- Zdunnek, G. (2002). *Akteurinnen, Täterinnen und Opfer- Geschlechterverhältnisse in Bürgerkriegen und ethnisierten Konflikten*. In: Harders, C., Roß, B. (Hrs.). *Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden. Perspektiven der feministischen Analyse internationaler Beziehungen*. Leske & Budrich, Opladen.
- Zwarteveen, M. Z. (1997). *Water- From Basic Need to Commodity: A Discussion on Gender and Water Rights in the Context of Irrigation*. In: *World Development* 25(8). S. 1335-1349. Verfügbar unter: <http://www.iwe.wur.nl/NR/rdonlyres/E679E172-027C-4BC5-A2C9-01A46F5F3969/148114/worlddevelopment1997.pdf> [6.1.2008].